

Schleswig - Holstein.

Das Land und das Volk, so wie die staatsrechtlichen Verhältnisse zu Dänemark.

Seit dem Jahre 1848.

Von allen deutschen Ländern hat keines in der öffentlichen Meinung und fast auch in der Diplomatie ein so eigenthümliches Schicksal in dieser Zeit des Umsturzes erfahren, als Schleswig-Holstein.

Von der höchsten Begeisterung für alle seine Bewegungen ist die Theilnahme Deutschlands fast zur Gleichgültigkeit herabgesunken, die Achtung vor dem Volke in diesen Herzogthümern scheint sich aufgelöst zu haben in die bloße Erkenntniß der Wichtigkeit ihres Gebiets; die ganz ungemaine Bedeutung der Herzogthümer für die Entwicklung der deutschen Reichsfrage, eine Bedeutung, die zu ihrer Zeit einen Augenblick lang vollkommen neben der des österreichischen und preussischen Staats stand, und die das erste deutsche Ministerium stürzte, ist so weit verschwunden, daß gar nicht weiter von ihr die Rede war neben andern Dingen.

Die diplomatische Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage, die vor Kurzem noch mit solcher Gewalt von dem deutschen Reichstage für die deutsche Centralgewalt in Anspruch genommen ward, daß man fast glauben mußte, es sey in ihr das Entweder oder das Oder unserer Tage praktisch aufgestellt, bevor noch das Jahr 1848 hinging, ist mit einer fast ungläublichen Vergessenheit, einem außer-deutschen Kongresse übertragen worden, und Niemand sagte ein Wort dazu.

Die deutsche Reichsgewalt sogar, die durch den Malmöer-Waffenstillstand und das Auftreten der schleswig-holsteinischen Stände im September fast in ihren Grundfesten erschüttert ward, konnte am Ende des Jahres 1848 durch ihren Kommissär derselben Landes-Versammlung erklären, sie möge sich vor allen Dingen durchaus nicht um die Lebensfrage des Landes bekümmern, sondern ihre ganze Thätigkeit auf eine einfache Bewilligung der Steuern beschränken. Das Land selbst endlich im Frühjahr noch in der begeisterten Bewegung nach seiner Zukunft ringend, lag mit dem Eintritt des Sommers 1848 in einer ungläublichen Abspannung, und Dieselben, die für das unzertrennliche und selbstständige Schleswig-Holstein vor einem halben Jahre noch Gut und Blut einsetzten, legten jetzt die Hände ruhig und fast gleichgültig in den Schoos, der Entscheidung wartend, in der sie doch keine Stimme haben werden; von der sie wenig Segen erwarten, und an der fast kein Theil Deutschlands so wenig mitzuzurechnen berechtigt und berufen ward, als eben Schleswig-Holstein, sein Volk und seine Regierung.

Es ist in diesen Zeiten nicht erlaubt, über den Gang der Dinge auch nur einen Monat lang hinaus

zu rechnen; allein der Gang der Dinge in der schleswig-holsteinischen Sache wird immer einen hochwichtigen und nicht weniger interessanten Abschnitt in der Geschichte unserer Zeit, wie zugleich in der Geschichte der rein germanischen Stämme Europas, der deutschen und skandinavischen Völker bilden, und noch nach Jahrhunderten wird der Blick der Geschichtsforscher mit inniger Theilnahme auf Dem ruhen was hier geschehen, und vielleicht noch mehr auf Dem was hier nicht geschehen ist.

Und worauf beruht dieses eigenthümliche Verhältniß dieses kleinen Landes und seiner Geschichte, dieses feste Band, daß das Interesse des großen Deutschland an ihm festhält, dieser Wechsel in Bedeutung und Bedeutungslosigkeit, in Wichtigkeit und Verschwinden in dem Gange der Dinge?

Der Grund ist ein einfacher und klarer, und es ist daher nöthig, ihn zum Verständniß, besonders der neuesten Entwicklung, hier an die Spitze zu stellen.

Schleswig-Holstein ist unendlich wichtig, aber nur für das gesammte Deutschland, nicht für irgend einen Staat in Deutschland. Seine Sache ist daher auch eine Angelegenheit und Aufgabe des ganzen Deutschland; der Kampf für dasselbe kann nur von der einheitlichen Gewalt Deutschlands gekämpft werden; der Sieg kann nur dieser Gewalt zu Gute kommen, die Niederlage ist eine Niederlage dieser Macht.

Schleswig-Holsteins Geschick ist daher unmittelbar mit dem Geschick dieser Einheit Deutschlands verbunden; es ist der empfindlichste Thermometer für den Höhegrad ihrer Entwicklung.

Schleswig-Holstein ist zu schwach um als selbstständig bewegende Kraft aufzutreten; es ist durch einen Zusammenstoß von Umständen, die hier dargelegt werden sollen, durchaus empfänglich. Und eben diese, kindliche Anhänglichkeit von der großen Frage des künftigen europäischen Staatensystems, dem einigen und selbstständigen Deutschland ist es, welche der Theilnahme an der schleswig-holsteinischen Bewegung Bedeutung gibt und derselben ihr historisches Recht sichert.

Wir leben der innigen Ueberzeugung, daß Länder und Völker ihr Leben nicht für sich und ihre Zwecke führen; denn eine höhere Hand hat jedem seinen organisch nothwendigen Platz in der Entwicklung des großen Ganzen angewiesen, und die tiefere Anschauung der Geschichte eines jeden Gliedes dieses Ganzen fängt erst dann an, wo der menschliche Blick diesen Platz, diese weltgeschichtliche Aufgabe desselben zu erfassen beginnt.

Der Augenblick, wo ein Volk in diesen Durchgangspunkt seines höhern Lebens hineintritt, ist immer der entscheidende für seine Zukunft und der höchsten Beachtung werth.

Und so klein auch dieses Schleswig-Holstein ist, so hat es dennoch mit der März-Revolution des Jahres 1848 auch seinen eigentlichen geschichtlichen Geburtstag gehabt, und fast von ihm aus wird die Bedeutung des ganzen vorausgegangenen Lebens dieser Gebiete klar, und erst was sich von da an ereignet erleuchtet die Bahn, die hinter uns liegt, und zeigt uns recht deutlich eigentlich, wem hier vorgearbeitet ward.

Dieses aber ist nichts Anderes als die Stellung Deutschlands unter den nordischen Seemächten als eine selbstständige Seemacht. Durch Schleswig-Holstein tritt Deutschland als ein selbstständiges Glied in das Völker- und Staatenleben der nordischen Mächte, und in ihren Organismus hinein. Mit Schleswig-Holstein beginnt die Mission Deutschlands auf den nördlichen Meeren, und von ihnen aus auf den Meeren der Welt.

Es ist eine neue Zeit, die sich damit für das große Vaterland öffnet, und deren Bedingung, Beginn und Voraussetzung die schleswig-holsteinische Bewegung war; denn diese neue Zeit hat unter allen Mächten, welche das Leben der Welt bewegen und entscheiden, keine für sich als die höchste und edelste, die innere Nothwendigkeit der deutschen Einheit.

In dieser Entwicklung erst klärt sich die Bestimmung von Schleswig-Holstein auf, und es ist nicht der schwächste Beweis von der Größe unserer Zeit, daß ungeachtet aller Dokumente, Diplomatie und Verdrehung, für jeden Verständigen jene Bestimmung eben der letzte und entscheidende Augenblick gewesen ist und seyn wird.

Hier wird es leicht werden, die Bestimmung Schleswig-Holsteins für Deutschland jetzt aus den unveränderlichen Elementen seiner Lage und seiner natürlichen Verhältnisse nachzuweisen und dann zu zeigen, wie die Geschichte bis zum recht eigentlich deutschen Augenblicke in der Bewegung des Volks, langsam aber sicher diesem Ziele vorarbeitet.

Hier soll es nun versucht werden ohne Vorurtheil und Vorliebe zu sprechen, und zu zeigen, daß dasjenige, was für die schleswig-holsteinische Sache die Theilnahme und Wachsamkeit aller Deutschen zur heiligen Pflicht macht, eben die unendliche Wichtigkeit Schleswig-Holsteins für Deutschland ist.

Schleswig-Holstein umfaßt das Land von der Unter-Elbe, so weit die Fluth des Meeres ihre Wirkung äußert, bis zu der Königs- oder Schortburger-Aue, dem Grenzfluß zwischen Schleswig und Friesland. Gegen Lauenburg besteht keine natürliche Grenze. Früher zog sich der ungehevere Sachsenwald von der Mündung der Trave bis zur Elbe, die Sachsen von den Wenden scheidend; jetzt ist aber von diesem Walde wenig mehr übrig.

Die Ostsee bespült das ganze Land im Osten, und schneidet an vielen Punkten tief in die Küste hinein, die herrlichsten Häfen des ganzen nördlichen Europa bildend; und unter ihnen vor allen den Häfen von Kiel, dem nach dem Urtheile aller Sachverständigen wenige in der Welt gleich sind, den Hafen von Flensburg und den der schiffreichen kleinen Stadt Apenrade.

Einst war auch die Schlei berühmt, als die Schiffe nicht so tief gingen.

Von niederer Bedeutung sind die Häfen von Hadersleben, Eckernförde, und Neustadt.

Die ganze schleswig-holsteinische Küste bildet den am wenigsten gefährlichsten Theil der Ostsee, da die Gewässer von Norden und Nordosten, fast auch ganz von Osten, und ringsum im Westen und Süden von den dänischen-schwedischen und deutschen Landen geschützt sind. Ganz anders ist die Westküste.

Hier trifft nämlich mit ihrer ganzen Wucht die Fluth des Weltmeers täglich den flachen Rand der Marschen, und es ist nicht ohne Interesse zu sehen, mit welchen Gefahren diese reichen, aber um theuern Preis dem Meere abgerungenen Marschen oder Sumpflande Schleswig-Holsteins zu kämpfen haben.

Die Fluth nämlich kommt gerade an dieser Stelle von zwei Seiten zugleich zusammen. Ihre erste Masse wälzt sich durch den Kanal längs der holländischen und belgischen Küsten, vorbei den Mündungen der Ems und Weser, gerade auf Dithmarschen zu.

Die zweite Masse, von jener getheilt, durch die großbritannischen Inseln, zieht über den Norden von Schottland theils gegen Norwegen, theils gegen die Westküste der cimbrischen Halbinsel, wo das Kattegat nicht mehr im Stande ist, die Woge des andringenden Wassers aufzunehmen. Sie stürzt dann hinunter in den Winkel, in den die Elbe mündet, und hier vereinigen sich daher zwei Fluthen zugleich gegen die flache Marsch.

Seit Jahrtausenden ist die Gewalt dieser Strömungen thätig gewesen, und wenig Orte in Europa haben wohl eine so furchtbare Umwälzung erlitten, wie dieses alte Land der Friesen.

Dunkle Sagen erzählen davon, daß einst das Ufer bis über die Felsen-Insel Helgoland hinausgegangen ist; ein König von England, erzählt eine friesische Sage, habe dann das feste Land zwischen England und Frankreich durchstechen lassen, so daß die gewaltige Fluth, durch den geöffneten Kanal hereindringend, in einer furchtbaren Nacht, die ganze Heimat der Friesen verschlungen hat.

Es ist nicht unmöglich, daß ähnliche Natur-Ereignisse Statt gefunden haben, denn wenn mit Nordweststurm die Fluth sich in diesen Winkel anhäuft, und vor ihm die Elbe nicht die Wasser zurückführen kann, bis die neue Fluth mit denselben Sturm sich hebt, dann erreicht das Meer eine furchtbare Höhe.

Die Bewohner der Marsch kennen die Gefahr, und eilen auf die Deiche, wo die Noth groß wird. Die Wellen toben dann gegen die schwache Wehr, wühlen unter dem Fuße, reißen oben am Kamm tiefe

Wässer und stürzen mit Gewalt hinüber. Dann ist der Deichgraf an seinem Plage.

Die Bewohner der Marsch werden aufgestellt wo der Drang am größten ist; sie füllen Säcke, Segel, Lacken mit Sand und Erde, und lassen sie hinab in die aufgespülten Risse. Schaufel und Spaten sind bereit, und mit der Gefahr des Lebens wird die Gefahr für das Land, für Hab und Gut bekämpft.

Nicht immer gelingt es aber; denn aus den frühern Jahrhunderten ist der Untergang vieler großen und schönen frießschen Gebiete mit Bestimmtheit nachzuweisen. So vernichtete im Jahre 1624 eine solche Sturmfluth die große Insel Nordstrand, die noch auf den Dankwerth'schen Karten zu finden ist mit 18 Kirchspielen, daß nur zwei kleine Inseln jetzt ihre vorige Stelle mehr bezeichnen.

Dazu ging in einer Nacht, es war die Nacht des Weihnachts-Abends, die ganze Reihe von schönen Halligen unter.

Noch im Jahre 1825 brach die Sturmfluth wieder bei Glückstadt den Deich, riß eine Reihe von mauerfesten Häusern in einem Augenblicke nieder, und schleuderte einen großen Dreimaster über dreihundert Schritte weit auf das Land, wo er später, zwischen der Frühlingsfaat im tiefen Marschboden feststehend, aufgehauen werden mußte.

So ist das Meer dort eben so furchtbar, als es friedlich an der Ostküste ist. Aber dafür gibt es auch wieder mit reichen Händen, was es nimmt. Fluth und Ebbe im ewigen Wechsel legen den fetten Schlamm an den Küsten ab, und bauen langsam aber sicher ein neues Land aus der Tiefe des Meeres auf.

Meilenweit erstrecken sich die flachen Ufer von den Küsten hinaus, so flach, daß sie bei niedriger Ebbe gangbar für vorsichtige Fußgänger werden, und die Inseln für Stundenlange Zeit dem Festlande gehören.

Kein Land kommt diesem Boden an Fruchtbarkeit gleich, und die Bewohner der Marsch sind aufmerksam, dieses Vorland, wo es in gleicher Höhe mit dem mittlern Wasserstande bei ordinärer Fluth steht, mit Deichen zu umgeben, und so die Kooge zu bilden.

Solche Kooge reihen sich von der Mündung der Elbe bis nach Tondern hinauf, der eine an dem andern, und durch sie liegt dieses Tondern, einst eine Seestadt, jetzt nicht weniger als vier Meilen von dem Meere entfernt auf dem festen Lande. Daß dabei keine Häfen vorhanden seyn können ist ganz natürlich.

Die Einfahrten von Husum und von Tondern, an der Mündung der Eider verdienen diese Namen kaum, denn erst die Elbe bildet den natürlichen Hafen der Westküste, an dem der Reichthum des Landes und deutscher kaufmännischer Geist das schöne Hamburg großgezogen haben. Allein dafür ist dieser Marschboden in seiner Weise der reichste, den vielleicht ganz Deutschland aufzuweisen hat.

Er ist flach wie das Meer, das ihn geschaffen hat, baumlos und fluplos. Das Auge reicht über die ganze Ebene, wie über eine stille See, und nur die

vereinzelt Gebäude mit sparsamen Laubholz zur Zierde umgeben, unterbrechen die Fernansicht.

Tiefe Gräben durchschneiden das Land, und schließen die Felder ein, auf welchen ein Viehstand weidet, der mit vollem Recht berühmt ist, und der den Reichthum des Landes bildet.

So ist der Charakter der Marsch, ein Ebenbild von Holland, dem sie nur an Größe und Wichtigkeit, nicht an Lebensfülle im Wohlstand und Kraft der Bewohner nachsteht.

Ein durchaus anderes Bild biethet der Osten dar. Hier ist der Boden auf eine von den Erdbildungskennern noch unerklärte Weise in wellenförmiger Bewegung gebrochen, und hunderte von kleinen Bächen und Seen ziehen sich durch die Hügel hin, welche die Heimath der schönen Buche sind.

Das Land besitzt keine großartigen Naturschönheiten, aber es ist reizend, wie wenig andere. Die Lieblichkeit der Gegenden entspricht ein festbegründeter Reichthum des Bodens, auf welchem reichliche Ernten einander folgen; die schönen Buchten bringen Schiffahrt und Handel zur Blüthe, und was die Hilfsquellen des Landes im Stande sind, zeigt die Geschichte der einst holsteinischen Stadt Lübeck, welche vor dreihundert Jahren allein, Dänemark die Spitze bot.

Viehzucht und Ackerbau blühen, und so ist auch von großer Bedeutung, daß selten Natur-Ereignisse die sichern Ernten vernichten.

Der dankbare Boden findet einen Stamm tüchtiger Bebauer, die ihn mit seiner ganzen Eigenthümlichkeit auszubenten wissen.

Wesentlich von beiden Küsten verschieden ist wieder die Mitte des Landes. So bildet nämlich die Fortsetzung der großen Haide, die sich von dem innern Rusland durch die Brandenburg'sche Mark und durch Lüneburg hin erstreckt; ein ödes Land, das wenig zur Kultur fähig ist, und flach und sandig erst an der Nordseite Jütlands mit dem Skagerrak sich in das Kattegat hineinsenkt.

Denoch ist es aber gerade diese Haide, die den eigentlichen Damm zwischen der Ost- und Westsee gebildet, und die Vereinigung beider Meere verhindert hat. Es mag seyn, daß einst die Fluth auch über diese Höhenrücken sich hingestürzt, und die Häfen in die Ostküste hineingewählt hat, allein derselbe hat sich erhalten, und er ist es, der das Ländersystem Skandinaviens mit Deutschland, wie ein festes Glied verbindet.

Wie ganz anders wäre der Lauf der Geschichte geworden, wenn er verschwunden, Schleswig oder Holstein nicht vorhanden, und der Küstenstrich von Holland bis Petersburg eine ungebrochene Linie geworden wäre! Doch davon ist es überflüssig hier zu reden.

Auf diesem vorhandenen sandigen und unfruchtbaren Höhenrücken berühren sich Deutschland und Skandinavien bald feindlich, bald freundlich, und erfüllen ihre Bestimmung, gemeinschaftlich das germanische Element im Norden Europa's festzustellen.

Mitten durch diese Sand-Ebene fließt die vielgenannte Eider, Schleswig und Holstein von einander trennend; mitten in der Eider liegt die Festung Neudorf.

burg, die eben so notwendig eine Bundesfestung werden muß, als Stralsburg es hätte bleiben müssen.

An der Mündung des Schleswig-Holsteinischen Kanals liegt das reizende Kiel, einer der wichtigsten Punkte von Norddeutschland. Beide Städte haben für Deutschland eine große Zukunft.

Dieses ist das Bild des Landes, dessen Flächeninhalt mit den dazu gehörigen Inseln etwa 310 Quadratmeilen beträgt.

Was die Elemente des materiellen Lebens, seine Produktion und Konsumtion betrifft, ist Schleswig-Holstein ein wesentlich ackerbautreibendes Land.

Theils der Sinn der Bewohner, der dem Nützlichen mehr als dem Geschmack und der erfindenden und gestaltenden Thätigkeit huldigt, theils der reichliche Ertrag des Landbaues, theils die Kleinheit des Landes, die das Entstehen großer Städte hinderte, theils die Höhe des Tagelohns, vor allen aber sein Verhältniß zu England und dessen Industrie, haben das Entstehen jeder industriellen Thätigkeit verhindert.

Dafür ist nun aber die Produktion der Boden-Erzeugnisse um so größer, und gehört zu den ersten in ganz Deutschland.

Trotzdem, daß der ganze mittlere Haiderücken un bebaut ist, betrug nach amtlichen Angaben die Ausfuhr an Rapsfaat über hunderttausend Tonnen im Durchschnitt; woneben noch drei Millionen Pfund Del ausgeführt wurden; dazu kamen Weizen und Gerste, jedes mit 150,000 und 120,000 Tonnen, dritthalb Millionen Pfund Mehl, und die übrigen Boden-Produkte im Verhältniß.

Noch viel wichtiger waren die Produkte der Viehwirtschaft: denn die Herzogthümer führten durchschnittlich an 6000 Tonnen Butter (à 224 Pfund), anderthalb Millionen Pfund Fleisch, dritthalb Millionen Pfund Speck, 12,000 Pferde, 35,000 Stück Vieh und 20,000 Schweine aus.

Der durchschnittliche Werth der Ausfuhr betrug demnach nicht weniger, als 16 Millionen Reichsbankthaler.

Die Einfuhr und der Verbrauch sind diesem entsprechend; nämlich es wurden eingeführt und verbraucht im Durchschnitte sechsthalb Millionen Pfund Kaffee, anderthalb Millionen Pfund Früchte aller Art, über eine Million Pfund Reis, dritthalb Millionen Pfund Tabak, zehn Millionen Pfund Zucker und Syrup; dazu anderthalb Millionen Pfund Baumwollenwaaren.

Der Werth der Einfuhr kann also auf dieselbe Summe angeschlagen werden, wie jener der Ausfuhr.

Bei Allen dem ist aber der Handel nur zum geringsten Theile in den Händen der Herzogthümer; denn er wird hauptsächlich durch Hamburg und Lübeck vermittelt; aber dennoch ist die Abhandlung nicht unbedeutend, und war bisher in einem fortwährenden Steigen begriffen.

Das Volk, welches diese Lande bewohnt, hat einen bestimmten, wenig durch äußere Mischung umgewandelten Charakter; aber die Herzogthümer selbst sind gerade in diesem Punkte verschiedener, als Manche es wissen.

Der Holsteiner gehört durchaus dem reinen niederländischen Stamme an. Er ist still, wenig beweglich, wenig empfänglich für die Gaben und die Schönheit des Genius; abgeschlossen und sich der Eingezogenheit freuend, theilt er sich wenig mit und begnügt sich gerne in geistiger, sowie in materieller Beziehung im engsten Kreise.

Dafür aber ist er stark und hart gegen sich und Andere, verachtet Schwäche, hält fest, was er mit dem Verstande gefunden, und achtet vor allen Dingen die scharfe und kalte Kritik, in politischen so wie in andern Dingen.

Er geht sehr schwer vorwärts, aber er geht auch schwer zurück; kein Stamm des deutschen Volks übertrifft ihn an Zähigkeit in dem Festhalten des einmal Erkannten oder Beschlossenen. Anders erscheint der Schleswiger.

Jenseits der Elbe fangen die Wohnsitze der alten Angelsachsen an, deren Nachkommen England bewohnen, und jetzt heißt das Land zwischen der Schlei und dem Flensburger Meerbusen, Angeln.

Der Angelsache ist rascher, kühner, geistig lebendiger als der Holsteiner; er liebt größere Dinge und gibt sich hin, ohne viel zu rechnen, so lange seine Offenheit der Offenheit begegnet.

Er erreicht leichter das Ziel seiner Aufgaben, aber freilich hält er es auch nicht mit jener rücksichtslosen Zähigkeit fest; er ist schlauer, aber nicht so ernst, eifriger, aber nicht so kräftig, tiefer und gläubiger, aber nicht so gründlich und beweisend.

Sein ganzer Stamm hat unendlich viel mehr gelitten, als jener der Holsteiner, dem er als Schutzwehr gegen die Dänen gedient hat, nur zu oft mit seinem letzten Blute und ohne Dank und Ruhm, und darum ist er misstrauisch und vorsichtig, aber wachsamer und mit einem frischen Entschluß bei der Hand.

So ersetzen und ergänzen sich beide Stammesgenossen, und eben darum ist ihr natürliches Bedürfniß die Gemeinschaft ihres Lebens, wie die Gemeinschaft ihrer Eigenschaften eine vortreffliche Mischung bildet.

Angewiesen auf einander durch Gemüth, Geist, Landesverhältniß, Geschichte und Zukunft, haben sich beide von jeher vertraulich die Hand gegeben.

Die Vergangenheit mit allen ihren Bewegungen zeigt durch ein volles Jahrtausend hindurch, wie diese höhere Natur das äußere Leben beider Lande nach allen Seiten hin beherrscht und durchdrungen hat.

Dieses eben ist es aber, was die Betrachtung dieser Geschichte ihr nächstes und wärmstes Interesse sichert.

Neben den Angelsachsen wohnen in Schleswig noch die letzten Abkömmlinge der alten friesischen Stämme an der nördlichen Westküste und auf den Inseln, zu schwach an der Zahl und zu städtelos, um etwas Größeres zu bedeuten, immer aber ein hochachtungswerther, durch begeisterte Anhänglichkeit an den eigenen Stamm, wie durch die seemännische Thätigkeit ausgezeichnete Bestandtheil des Ganzen.

Im Norden kommen dann die dänischen Elemente, welche von einer fortwährend dänischen Einwanderung vom Norden her berufen werden, nachdem nämlich

die dienende Volksklasse in den Gegenden Schleswigs bis nach Londern und Flensburg, hauptsächlich aus Dänemark her ergänzt wird, wovon dann Manche bleiben, und ihr dänisches Patois oder Klaunderwelsch oft mitten in rein deutsche Ortschaften hinein verpflanzen.

Wenn man die neueste auf Schleswig-Holstein bezügliche Bewegung in Deutschland vorurtheilsfrei betrachtet, so ist es allerdings wahr, daß zuerst der Kampf der deutschen Nationalität gegen die dänische, die damals die entschiedene Uebermacht hatte, das Gefühl der gemeinsamen Sache und die Freude an dem tapfern Widerstande einer Grenz-Provinz gegen fremde Einverleibung dieses Interesse erweckten.

Allein im Grunde war es doch mehr das Gemüth, als politische Ueberlegung, was dabei waltete.

Die tiefer Blickenden wußten zu beurtheilen, daß diese kleinen Lande zugleich von der größten Wichtigkeit für Deutschland seyen, und nahmen mit Freude wahr, daß durch den Kampf der Nationalitäten sich für Deutschland ein ungeheurer Fortschritt in seiner äußern Stellung vollzog.

Diese Erkenntniß hatte noch mehr Bedeutung, als jene rasch aufgeloderte Begeisterung, welche den Kern der Verständigen und die Diplomaten dauernd für die schleswig-holsteinische Sache gewann; sie hat auch diese Theilnahme unter manchem Wechsel der Dinge für Schleswig-Holstein erhalten, und sie ist es, die selbst für die Zukunft das eigentliche und dauernde Band zwischen Deutschland und dieser Frage bilden wird; und man muß dieserwegen gerade hier auf die Erörterung dieses politischen Gesichtspunkts den allergrößten Werth legen.

Wie Schleswig-Holstein zwei Staatensysteme, das deutsche und das skandinavische scheidet, so ist auch seine Bedeutung eine zweifache; sie ist zunächst dem Deutschen, dann dem Skandinavischen zugewendet.

Es scheidet und verbindet aber Beide, und eben darum ist das Auftreten der ganzen schleswig-holsteinischen Frage im Grunde nichts Anderes, als das Eintreten des Augenblicks, in welchem sich das Verhältniß dieser beiden, den ganzen Norden Europa's beherrschenden Staatensysteme zum ersten Mal zu ordnen, den Anfang machen will.

Wäre Schleswig-Holstein nicht die Brücke, welche zu dieser neuen Geschichte des Norden hinüberführt, so würden die Herzogthümer nimmer den Platz in der neuern Zeit eingenommen haben, den sie selbst in diesem Augenblicke behaupten. Daß sie es sind, ist nicht schwer zu erkennen.

Die ganze Länder- und Völkermasse Europa's scheidet sich geographisch und historisch in drei große Gruppen, deren westlichste, von Spanien, Frankreich und England gebildet, bis zum westphälischen Frieden eigentlich für sich gelebt hat, und noch gegenwärtig mit einer eigenthümlichen Richtung in Bildung und Geschichte da steht.

Wesentlich von ihr verschieden ist die östliche Gruppe mit ihrer russischen Hauptmasse, den polnischen und türkischen Völkern. Als Ganzes tritt sie erst mit

dem Anfang des achtzehnten Jahrhunderts in das europäische Staatensystem hinein.

Die Mitte enthält wieder drei selbstständige Systeme von Ländern und Staaten, nämlich das italienische, das deutsche und das skandinavische.

Diese drei Mittelgruppen haben in jeder Beziehung die schwerste Stellung in Europa, da sie den östlichen und westlichen Feinden gegenüber stehen.

Unter ihnen ist Deutschland entschieden die wichtigste, aber freilich auch am meisten gefährdete, und nur mit den größten Anstrengungen und nur zu oft nicht glücklich, hat es seinen Platz behauptet.

Bis zum sechzehnten Jahrhundert war das Meer, was dieses Europa umgibt, für die Europäer selbst fast durchaus ein Binnen-Meer; und die Welt ihnen an ihren Küsten abgeschlossen.

Macht und Stellung der einzelnen europäischen Staaten war daher hauptsächlich und fast allein durch die Ländermasse und die Landmacht bedingt.

Dieses Alles gestaltete sich aber wesentlich anders, als Amerika und das Vorgebirg der guten Hoffnung entdeckt waren.

Jetzt war die Aufgabe der europäischen Staaten eine die Welt umfassende; der Reichthum, die Masse und die Macht fremder Welttheile krystallisirten sich um kleine europäische Staaten.

Neue Bedürfnisse entstanden, und wer sie befriedigte, erhob sich zum Herrn der Bedürftenden.

Das Schicksal europäischer Staaten ward in transatlantischen Gebiethen entschieden, und die Seemacht ward zur Bedingung einer Weltmacht, was von einem ungeheueren Einfluß gewesen ist.

Durch jene machtvolle Thatsache nämlich wurde das von der See entfernte Deutschland aus einer Weltmacht zu einer bloß europäischen Großmacht; was ganz natürlich ein tiefer Sturz von seiner Höhe war.

Von jetzt an gab es eine Reihe der allerwichtigsten Interessen, die gar nicht mehr innerhalb des Gesichtskreises Deutschlands fielen, und bei denen man Deutschland daher nicht fragte; die großen Nationen des Weltverkehrs fingen an, auf die Deutschen wie auf eine untergeordnete Macht herabzublicken.

Der Schwung der Ideen, die mächtige Arbeit des materiellen Lebens, der Handel und die Schifffahrt, die sich an die unmittelbare Berührung mit andern Welttheilen anknüpften, gingen für Deutschland verloren, und so trat jene traurigste der Epochen in der deutschen Geschichte ein, in welcher Deutschland weder innerlich noch äußerlich Ansehen und Achtung hatte.

Als nun mit dem Anfang dieses Jahrhunderts die gewaltige Bewegung wieder innerhalb Europa losbrach, welche den Völkern das Bewußtseyn ihrer volksthümlichen Selbstständigkeit und das Bedürfniß nach nationaler Ehre zurückgab; als in Deutschland vor Allem sich diese Bewegung in dem mächtigen Streben nach Einheit kund gab, daß seit dem Jahre 1815 die Stämme und Staaten bald hierhin, bald dorthin im wechselnden Kampfe drängten; als die Deutschen erkannten, daß sie der Mittelpunkt Europa's und das mächtigste Volk desselben sind, da war es natürlich, daß sie, schon damals auf allen Märkten und Mee-

ren der Welt als feindliche, und eben darum nur zu oft mißhandelte Völkerschaft dastehend, des Dranges nicht mehr Herr werden konnten, um auch ihrerseits eine Seemacht seyn zu wollen.

Möge es hier unberührt bleiben, dieses Bedürfnis und die Bedingungen seiner Erfüllung weiter auszuführen, gewiß aber ist, daß es eine der wichtigsten Thatsachen für die Zukunft Deutschlands abgibt.

Allein, so wie das Bedürfnis auftrat, so mußte vor Allem Eine Voraussetzung in die Quere fallen; Deutschland hat seine Berührung mit dem Weltmeere nur an seiner Nordküste.

Diese Küste, vor der die Ungunst des Geschicks das herrliche Holland und Belgien abgetrennt hat, reicht nun zwar von der Ems bis nach Memel; allein diese herrliche Küste macht durch zwei Momente die Entwicklung einer selbstständigen Seemacht fast unmöglich.

Sie ist nur zu ihrem geringsten Theile eine offene; die ganze Ostküste ist beherrscht durch den Sund.

Der Lebensnerv der deutschen Schifffahrt hängt ab von einem fremden Staat; die Hälfte der deutschen Rhederei ist damit mittelbar in fremden Händen.

Gerade in der Ostsee stehen neben Deutschland drei Mächte, von denen selbst die kleinste das sonst so wenig bedeutende Dänemark, es jeden Augenblick in seiner Hand hat, die ganze Ostsee-Schifffahrt zu lähmen.

Und gesetzt selbst, Deutschland wollte sich hier eine Seemacht schaffen, so würde es dazu nicht im Stande seyn, da es keine Häfen für eine Flotte hier besitzt.

Ähnlich stehen die Sachen an der Westsee. Bis vor einem Jahre war der Hauptstrom des nördlichen Deutschland, die Elbe, von Holstein beherrscht, das unter einem fremden Souverain stand, und die dänischen Farben wehten vor den Thoren von Hamburg, Oldenburg und Hannover, sind aber fast in derselben Lage wie die Ostseeküsten; auch hier ist kein Hafen, und wäre ein solcher, so würde jene von Dänemarks Lage gegebene Trennung der Ost- und Westsee nicht bloß zwei deutsche Flotten erfordern, die sich schwer oder gar nicht vereinigen ließen, sondern es würde diese getheilte Macht nirgends groß genug seyn können, um allen Gegnern Deutschlands mit Nachdruck Widerstand zu leisten.

Dazu kommt nun zweitens die Gestalt des Landes. Mitten in jenem Küstenstrich, der an sich tief genug in Deutschland hinein sich erstreckt, schieben sich wie ein mächtiger Keil die deutschen Lande der Gesamt-Monarchie Dänemarks hinein; nämlich Schleswig-Holstein und Lauenburg.

Diese beherrschen den ganzen Norden, und bis Magdeburg und Erfurt steht ihnen nicht einmal eine deutsche Festung entgegen.

Wer jene Lande im Besitze hat, der hat damit die Macht und Möglichkeit Alles zu hindern und zu unterbrechen, was für die Entwicklung einer deutschen Seemacht geschehen kann.

Deutschlands See-Verhältnisse sind wie ein gebrochener Arm; es scheint fast, als ob es diesem herr-

lichen Lande versagt wäre, jemals eine solche würdige Stellung auf den Meeren, und damit unter den Angelegenheiten der Welt einzunehmen.

Gab es denn aus dieser Lage der Dinge keinen Ausweg? Mußte Deutschland alle Hoffnung aufgeben, jemals dieses sein erhabenes Ziel zu erreichen? Der freie Weg zum Meere war der Weg zu einer großartigen Zukunft.

War dieser Weg einem Volke auf immer verschlossen? — Nein! — Mitten im holsteinischen Lande lag ein Element, das nur beachtet zu werden brauchte, um die deutsche Entwicklung für immer auf eine feste Grundlage zu stellen.

Schon der erste Blick zeigt, daß eben Schleswig-Holstein das natürliche Verbindungsglied zwischen den zwei Küstenmassen Nord-Deutschlands bildet.

Ist Schleswig-Holstein deutsch, so ist die deutsche Küste im Osten sowie im Westen geschützt; kein Land der Welt ist so reich an unvergleichlichen Kriegshäfen, die Deutschland sonst nirgends besitzt. Die Elbe ist durch die Herzogthümer wieder ein deutscher Strom, und der ganze deutsche Norden ist gesichert. Allein die Bedeutung Schleswig-Holsteins reicht weiter.

Schleswigs nördliche Hälfte erstreckt sich bis mitten in den kleinen Belt. Auf diesem Punkte liegt die Verbindung zwischen den beiden Ländermassen, welche das Königreich Dänemark bilden; Jütland und die Inseln.

Wer Schleswig hat, der beherrscht eben damit das ganze Dänemark, denn sowohl Jütland als die Inseln sind zu schwach, um allein einen Widerstand entgegenzusetzen zu können.

Von Schleswig aus fährt man in einer Viertelstunde nach Jütland; der Besitz von Jütland entscheidet über Dänemark, ein deutsches Schleswig gibt Deutschland die Macht, über die Schlüssel der Ostsee und weiter. Der Sund schließt die Ostsee und damit die ganze russische, die halbe schwedische Schifffahrt.

Aber nicht wer den Sund hat, sondern wer ihn beherrscht, wird der Herr der Ostsee seyn.

Dänemark hat den Sund, es ist aber zu schwach, ihn zu beherrschen.

Wenn Deutschland an den Thoren von Jütland steht, so steht es an den Thoren von Kopenhagen, und dann ist es Deutschland, welches jenen Sund in seinen Händen hat.

Alles dieses ist möglich durch Schleswig-Holstein, unmöglich ohne dasselbe.

Gesetzt nun aber, der Sund wäre auch Deutschland gegenüber zu halten, so schließt der Besitz von Schleswig-Holstein die Möglichkeit in sich, einen Kanal durch Holstein hindurch zu graben, einen zweiten Sund, der alle Gefahren des Kattegat und der Kanonen von Kronberg beseitigen würde, ein Gedanke, der erst in neuester Zeit von tüchtigen Männern mit Ernst und Begeisterung aufgenommen worden ist.

So ist Schleswig-Holstein die Lebensfrage für die ganze künftige Seegelung Deutschlands, und Niemand kann und wird verkennen, daß diese Herzogthümer, so klein sie auch sind, dennoch den wichtigsten Theil des ganzen nördlichen Deutschland bilden.

Doch ist auch damit nicht die Bedeutung der Herzogthümer erschöpft; denn fast von gleicher Wichtigkeit sind sie für Skandinavien, und zunächst für Dänemark.

Dänemark ist von jeher ein kleiner Staat mit großen Bedürfnissen gewesen. Diese Bedürfnisse beruhen theils auf seiner Verfassung, theils auf der Gestaltung des Landes.

Was die Verfassung betrifft, so hat Dänemark seit zweihundert Jahren die Last eines nach Glanz und Aufwand strebenden Königthums zu tragen gehabt, das es in seinen materiellen Hilfsquellen fast erdrückt hat.

Um diese Last erträglich zu machen, hat Dänemark von jeher die Herzogthümer mit großer Rücksichtslosigkeit herbeigezogen; sie sind die Lastträger seines absoluten Königthums geworden, und es ist kein Zweifel, daß eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark in der Verfassung des Letztern eine wesentliche Aenderung herbeiführen muß, die um so tiefer greifen wird, als daselbst an eine Republik wegen des niedern Bildungsstandes des Volkes gar nicht gedacht worden ist.

Wenn Dänemark ohne die Herzogthümer eines Königthums bedarf, so wird es nicht im Stande bleiben, dasselbe aus eigenen Mitteln, und damit auch nicht mehr im eigenen Lande zu unterhalten; und so ragt schon hier die Idee einer skandinavischen Einheit in die schleswig-holsteinische Frage hinein. Dieser aber noch durch die folgende Betrachtung.

Dänemarks ganze Lage fordert mit unabwiesbarer Nothwendigkeit eine Seemacht für das dänische Reich.

Die Seemacht ist die kostbarste Macht, die es gibt, und Dänemark hat keine namenswerthe Kolonien, um sie zu erhalten.

Nur mit den Herzogthümern, deren Handels-Marine stärker ist, als die des Königreichs, und die eben so viele und eben so tüchtige Matrosen stellen, ist es möglich für Dänemark, eine einigermaßen erhebliche Seemacht zu unterhalten, die zwar als selbstständige keine Bedeutung hat, aber immer als Bundesgenossin durch die Lage der Gewässer, die sie beherrscht, und durch die Tüchtigkeit ihrer Seeleute achtungswerth bleibt.

Fallen daher die Herzogthümer von Dänemark ab, so ist die erste und nothwendigste Lebensbedingung dieses kleinen Reiches angegriffen, und es wird mit der Nothwendigkeit, welche die Selbsterhaltung auferlegt, seinen Stützpunkt außer sich suchen müssen.

Es kann darüber für Niemand, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, irgend ein gegründeter Zweifel obwalten; bedürfte diese für den ganzen Norden Europa's so unendlich wichtige Thatsache einer weitern Bestätigung, so würde sie dieselbe in der Lage des Landes finden, von der schon gesprochen worden ist.

Es ist gezeigt worden, daß Schleswig-Holstein die Verbindungen zwischen Jütland und den Inseln beherrscht, und daß eben dieserwegen Dänemark keine Macht besitzt, einen Uebergang nach Fühnen auch nur gegen eine geringe Streitkraft ernstlich zu verteidigen.

Nur schwedisch-norwegische Hilfe ist dazu im Stande, diese Stellung zu halten; jede Bewegung, welche die Herzogthümer nach Süden zieht, wird daher mit unabänderlicher Nothwendigkeit das Königreich nach Norden hinaufdrängen.

So ist nun das Schicksal der Herzogthümer zugleich das Schicksal der viel geträumten Skandinavien, und eigentümlich genug gestalten sich hier die Dinge so, daß der Besitz dieser deutschen Lande, vor allem Schleswigs, der von der skandinavischen Partei mit so vielem Eifer und mit so großen Opfern angestrebt worden ist, gerade dieselbe skandinavische Union die an sich schon Schwierigkeiten genug hat, dadurch verhindern muß, daß sie Dänemark die Möglichkeit der Selbstständigkeit ohne Skandinavien wieder gibt.

In jedem Falle ist die ganz ungemaine Wichtigkeit der Herzogthümer für den Norden Europa's klar, und die Angelegenheit selbst damit der größten Theilnahme werth.

Und wendet man die Blicke weiter nach Osten, so zeigt sich ein neuer Punkt, eben nicht weniger bedeutend.

Rußlands Absichten auf die Dardanellen und den Sund sind bekannt; Rußland hat diese Absichten nicht willkürlich gemacht, nicht etwa mit dem Testamente Peter des Großen erst gewonnen, sondern sie sind absolut nothwendig für dasselbe.

Die Stellung Dänemarks ist eine Lebensfrage für Rußland, selbst dann, wenn Rußland nicht agnatische oder verwandtschaftliche Rechte auf die Herzogthümer hätte.

Die schleswig-holsteinische Angelegenheit, die so eng mit der Zukunft Dänemarks zusammenhängt, ist daher eine von den Punkten, auf welche sich seit langer Zeit Rußlands Blick richtet, und Deutschland hat allen Grund, in jeder Weise gerade hier vorsichtig zu seyn, um nicht seine ganze Zukunft zur See zu verlieren.

Diese hier gemachten Betrachtungen sollen den Gesichtspunkt für die tiefere Auffassung des Weiterfolgenden bilden, nachdem jetzt hier der Verlauf der frühern Geschichte dargestellt werden soll.

Es ist im hohen Grade anziehend, zu sehen, wie sich seit einem Jahrtausend das Geschick langsam und unter blutigen Kämpfen, aber dennoch mit fester Richtung dahin wendet; Schleswig-Holstein zu vereinigen, es von Dänemark innerlich und äußerlich abzulösen, und es Deutschland in die Arme zu führen.

Die Geschichte Schleswig-Holsteins zeichnet sich von der Geschichte aller übrigen Theile Deutschlands dadurch aus, daß sie einen ganz bestimmten Gang ihrer Bewegung vom Anfang an bis auf den heutigen Tag zeigt und unverrückbar inne hält.

Sie nimmt alle übrigen allgemeinen europäischen Fragen in diese bestimmte Bewegung auf, und unter den heftigsten Stürmen und Kämpfen sieht man immer hier nur Eines und Dasselbe geschehen — nämlich die innige Vereinigung Schleswigs mit Holstein zu dem gemeinsamen Schleswig-Holstein.

Es ist kein Land bekannt, das Gleiches unter gleichen Verhältnissen gezeigt hätte. Doppelt anziehend wird aber dieses Ganze durch die gleichfalls allmähliche Entwicklung des Grundrisses, welcher dieses entstehende Schleswig-Holstein von Dänemark abtrennt, und nach Deutschland langsam, aber sicher gleichsam hinüber biegt, bis die neueste Zeit den Ausschlag gibt.

Der erste Abschnitt der Geschichte Schleswig-Holsteins reicht bis zum Jahre 1460 und ist voll von fortwährenden blutigen Kämpfen.

Schleswig wird von Holstein aus gewonnen, und ein schleswig-holsteinischer Fürst vereinigt beide Lande zum ersten und leider auch zum letzten Mal.

Indessen ist die Grundlage für die folgende Zeit gegeben, und von da an ist die Geschichte des neu entstandenen Schleswig-Holstein nur eine Wiederholung desselben Kampfes unter andern Formen.

Es ist wohl möglich, daß in vorgeschichtlicher Zeit ganz Cimrien von dem Stamme der Angeln bewohnt war, der erst im fünften Jahrhundert hinüberzog, um England zu erobern; wo aber die Geschichte beginnt, findet man den Norden Schleswigs von den Dänen, den Westen von den Friesen, und den Osten von den Angeln besetzt, nach welchen noch jetzt das reiche Land zwischen der Schlei und dem Flensburger Meerbusen genannt wird.

Die Sachsen hatten ihren Sitz in Holstein. Beide waren von der Eider geschieden, doch zogen schon deutsche Kaiser hoch hinauf in Jütland, und die Dännewirke war gegen den deutschen Strom, der nach Norden drängte, von den Dänen aufgebaut worden, ohne sie zu schügen.

Alein hier wird Manches ewig dunkel bleiben, weil ihm selbst eben die bestimmte Gestaltung abgeht.

Erst im zwölften Jahrhundert beginnt die eigentliche Geschichte mit dem ersten Herzog von Schleswig, dem tapfern Knut Lavard, dem Neffen des dänischen Königs Niels, der von Schleswig aus mit einem glänzenden Erfolge die Wenden bekämpfte, und den Titel ihres Königs annahm, woher noch jetzt der König von Dänemark »König der Wenden« heißt.

Der Glanz seiner Siege erweckte den dänischen Neid, und Magnus, der Sohn des Königs Niels, der seinem Vetter den Ruhm großer Thaten nicht verzeihen konnte, verfolgte Knut und ermordete ihn endlich im Jahre 1131 heimtückisch bei einem freundschaftlichen Besuche auf Seeland.

Die Schleswiger nahmen die Nachricht von diesem Morde mit tiefem Grimm auf, und schworen dem Geschlechte des Königs Rache; und als Niels im Jahre 1134 nach der Stadt Schleswig kam, erschlugen ihn die dortigen Bürger sammt seinem Gefolge.

Zeit dieser Zeit wendeten sich die Herzen der Schleswiger von den Dänen ab, und den Deutschen zu.

Die Könige von Dänemark überzogen Schleswig mit Krieg; allein der Sohn Lavard's Namens Waldemar, besiegte und erschlug den zweiten dänischen König Svend und wurde sodann selbst König von Dänemark.

Unter diesem schleswig'schen Fürstengeschlechte erhob sich nun Dänemark zu einem bisher nie gekann-

ten Glanze. Der Bruder Waldemar's Namens Knut, und sein Sohn Waldemar der Sieger, trugen die deutschen Waffen zum ersten Mal über die Eider. Holstein ward von dem vereinigten Schleswig und von Dänemark überwältigt.

Hamburg wurde genommen, Mecklenburg jünpflichtig, und bis nach den Heidenischen Ostprovinzen, des jezigen Rußland, Liefland und Esthland, ging die Herrschaft der Dänen. Sie schien auch auf einer festen Grundlage zu seyn, denn Schleswig-Holstein war in Dänemark aufgegangen.

In Holstein herrschte damals das Geschlecht der Schauenburg'schen Grafen. Diese stellten sich jetzt den Dänen entgegen, wurden aber überwältigt und der Graf Adolph mußte unter Urphede sein Land verlassen,

Sein Sohn Adolph IV. wartete auf eine bessere Zeit, als plötzlich die Nachricht kam, daß Waldemar von dem Grafen Günther von Schweden heimlich überfallen, und gefangen worden sey.

Jetzt erhoben sich alle seine Feinde, und auch Adolph kehrte zurück. Die Holsteiner sammelten sich um seine Fahne, und im Jahre 1227 wurde Waldemar mit seinem dänischen Heere bei Bornhöved gänzlich geschlagen.

Von dieser Zeit an wendete sich das Geschick der Herzogthümer. Holstein wurde unabhängig, aber es hatte eine große Lehre empfangen.

Wenn Schleswig mit Dänemark verbunden war, so blieb Holstein unfähig, Beiden zu widerstehen. Dänemark wußte nicht weniger, daß seine Verbindung mit Schleswig, die Grundlage seiner Herrschaft über Holstein sey.

Schleswig wurde daher der Mittelpunkt und der Preis der dänischen und deutschen Politik, der dänischen und deutschen Kämpfe.

Die Natur der Verhältnisse zeigte schon damals die wahre Lage der Dinge dem politischen Instincte des ganzen Nordens. Von da an ist das Leben dieser Länder ein fortwährender Streit um Schleswig, und selbst nach mehr als sechs hundert Jahren steht noch die Frage genau auf demselben Punkte als zu jener Zeit, wo die holsteinischen Grafen zum ersten Mal die Macht des nordischen Siegers auf dem deutschen Boden vernichteten.

Zunächst siegten jetzt die Deutschen, wenn auch nach manchen schweren Kampf. Schleswig blieb zwar bei Dänemark, aber es war den Nachkommen des brudermörderischen Königs Abel, die den dänischen Thron verloren hatten, als selbstständiges Fürstenthum verliehen worden.

Dänemark versuchte nun mehrfach, Schleswig als bloße Provinz dem Königreiche einzuverleiben, allein die Schleswiger leisteten Widerstand, und die Holsteiner halfen dazu.

Dänemark mußte die erbliche Selbstständigkeit Schleswigs zugeben, und als endlich der letzte Sproß, des Hauses von Abel Waldemar des V. ohne Aussicht auf Erben Herzog von Schleswig ward brach der entscheidende Kampf aus.

Holsteins Grafenhaus war damals in mehrere Linien gespalten; aber unter ihnen trat ein Mann mit solcher Energie hervor, daß das Haus der Schauenburger nur ger nur Einen Fürsten zu haben schien.

Dieser Mann war Gert der Große. Niemand hatte wie er die Bedeutung Schleswigs erkannt und die Kräfte Holsteins benützt. Er schlug den dänischen König Christoph, der Waldemar den V. entsetzen wollte, so aufs Haupt, daß derselbe von den Dänen nicht mehr ertragen ward. Sie fielen von ihm, und er selbst floh.

Gert ward jetzt Reichs-Verweser, und ließ nun jenen schleswig'schen Waldemar zum König von Dänemark wählen. Dafür übertrug ihm Waldemar Schleswig als ein rechtes Erblehen, und zwar unter den Bedingungen der Constitutio Waldemariana vom Jahre 1320, daß Schleswig und Dänemark niemals freie Herrscher haben sollten. Indessen daherte aber der Krieg fort.

Christoph kehrte zurück, und Waldemar wurde wieder Herzog von Schleswig, wozu Gert seine Zustimmung in dem Vertrage vom Jahre 1330 gab, nach welchem Dänemark die männliche Erbfolge in Schleswig den Nachkommen des Gerts versprach, wenn Waldemar keine männlichen Nachkommen hinterlassen sollte.

Dieser Vertrag ist die erste Grundlage des schleswig-holsteinischen Erbrechts, und von diesen aus datirt sich der Gedanke, daß dieses Erbrecht ein selbständiges neben den dänischen, daß Schleswig-Holstein ein selbständiges Fürstenthum, und daß von dieser Einheit und Selbstständigkeit das Glück der Herzogthümer bedingt sey.

Um so schmerzlicher ertrug Dänemark den Verlust, denn schon im Jahre 1332 brach wieder neuer Krieg los. Gert überzog jetzt im Zorne ganz Dänemark mit seinem Heere, und schon konnte er daran denken, das Reich zu unterwerfen, als er am 1. April 1346 von einem jüdischen Edelmann, Niels Ebbeson krank in seinem Bette ermordet ward.

Nun wogte der Krieg zwischen seinen Eöhnen und den Dänen lange Zeit hin und her, und das Ende schien erst nahe, als im Jahre 1375 der Herzog Heinrich von Schleswig, der letzte Sprosse der Abel'schen Linie starb; denn nun forderten die Schauenburger die Belehnung mit Schleswig; und der erste Schritt zu dem rechtlich verbundenen Schleswig-Holstein schien gesichert; allein aber auch dieses nicht unter einem letzten und furchtbaren Kampfe.

In dieser Zeit herrschte die Semiramis des Nordens, Margaretha in Dänemark. Diese dachte daran, die drei skandinavischen Reiche zu vereinigen; allein sie begriff sehr wohl, daß dieses nur möglich seyn werde, wenn die deutschen Herren die Südgrenze in Frieden lassen würden.

Sie gestand daher nach mancher Verhandlung die Belehnung Gerhard des IV. von Holstein mit Schleswig zu, und unter dem Schutze des auf diese Weise erkauften Friedens, errichtete sie endlich im Jahre 1386 wirklich die Ralmarische Union.

Allein kaum war diese geschlossen, so fiel auch schon ihr Nachfolger mit der ganzen gesammelten Macht der drei Reiche über das junge Schleswig-Holstein her.

Jetzt war die Noth groß, und die Feuerprobe des Einen Staats trat ein, bevor er sich befestigt hatte. Länger als zehn Jahre dauerte nun der Krieg des vereinten Scandinavien gegen das vereinte Schleswig-Holstein, und unter unglaublichen Anstrengungen wurde er geführt.

Die nordische Uebermacht war bedeutend; aber dennoch schlugen die Schleswig-Holsteiner die Scandinavier dreimal aufs Haupt, so daß auch diesmal der König von seinem eigenen Volke vertrieben ward, und so war die Probe bestanden.

Endlich, erst im Jahre 1440 entschloß sich der König Christoph von Dänemark, das Recht Holsteins auf Schleswig anzuerkennen: das Letztere ward dem Grafen Adolph den VIII. als »rechtes Erblehen« wirklich aufgetragen, und nach einem vierhundertjährigen Kampfe, stand Schleswig-Holstein unter einem deutschen Fürsten als selbstständige und hochgeachtete Macht im Norden da.

Aber nur zu kurz dauerte diese glückliche Zeit, denn Adolph besaß wohl ein starkes und glückliches Reich, aber er hatte keine Kinder um es zu vererben.

Adolph starb im Jahre 1459, und eine neue, aber nicht glückliche Zeit nahm ihren Anfang für die vielgequälten Herzogthümer.

Während Adolph VIII. in Schleswig-Holstein regierte, war im Jahre 1448 mit Christian dem I. das Haus der Oldenburger auf den dänischen Thron gekommen.

Christian stammte von weiblicher Seite von den Schauenburgern ab, und war keineswegs der nächste Verwandte, jedoch gab es manche Gründe, die dafür sprachen, ihn auch in Schleswig-Holstein als Nachfolger des edlen Adolph anzunehmen.

Christian war schlau und nicht ohne Energie, und wußte Alles für sich geltend zu machen. Man war in Schleswig-Holstein der Kriege schon überdrüssig und sah ein, daß eine Trennung der Herzogthümer einen neuen Kampf erzeugen müsse; man hoffte auf mancherlei Vortheile von Dänemark, und es wird nachgesagt, daß auch Bestechungen in mehr als einer Art thätig gewesen sind.

So gelang es nun den Oldenburg'schen König von Dänemark, die Stimmen des mächtigen Adels der Herzogthümer für sich zu gewinnen, und am 3. März 1460 wurde er zum Herzog von Schleswig-Holstein gewählt.

Es war dieses eine von den Handlungen, die in ihren Folgen über Jahrhunderte hinausreichen und das Schicksal ganzer Völker bestimmen.

Schon die vorhergehende Geschichte wird die Bedeutung dieses Schrittes gezeigt haben; die folgende Zeit bestätigt sie, und noch jetzt ist sie es, welche die ganze Lage der Dinge im Norden beherrscht.

Es ist daher nothwendig, diese Handlung mit einigen Worten zu charakterisiren.

Nach dem staatsrechtlichen Begriffen des Mittelalters, war der Umfang der fürstlichen Gewalt in den einzelnen Fürstenthümern ein ungemein geringerer als der gegenwärtige. Es wurde daher viel leichter möglich, die verschiedenen Staaten und Gebiete zu vereinigen und zu trennen, und durch den häufigen Wechsel in dieser Beziehung entstand in der Auffassung solcher Verhältnisse eine Schärfe und Leichtigkeit, die wir kaum mehr kennen.

Man muß dieses sich vergegenwärtigen um zu begreifen, daß die folgenden Absonderungen nicht leere Gedanken, sondern höchst praktische Rechtsfälle waren, und im Bewußtseyn des ganzen Volkes lebten.

Dänemarks inneres und äußeres Rechtsleben war so wesentlich von dem der Herzogthümer verschieden, die Geschichte so wie die Nationalitäten standen sich so scharf getrennt gegenüber, und die Abneigung beider war noch so groß, daß die vorgenommene Vereinigung der Herzogthümer mit Dänemark nur unter der Voraussetzung der größten Selbstständigkeit derselben im Innern wie im Außern vor sich gehen konnte.

Zugleich mußte die Errungenschaft der verfloffenen Jahrhunderte, die Vereinigung Schleswigs mit Holstein, auf das entschiedenste gewahrt werden, und dieses um so mehr, als der neu gewählte Fürst von Schleswig-Holstein zugleich der Fürst des Erbfeindes dieser Lande, des Königreichs Dänemark war.

Jene Wahl both daher gleich von Anfang an Verwicklungen genug dar, und es ließ sich voraussehen, daß sie wenig Gesundes in ihrem Gefolge haben werde, und mit Recht widersetzten sich ihr daher einzelne tiefer blickende Schleswig-Holsteiner; aber Alles geschah umsonst.

Man glaubte allen üblen Folgen vorbeugen zu können, und wählte unter Bedingungen, welche der neue Herzog beschwören mußte, und die, nachdem sie das Verhältniß Schleswig-Holsteins zu Dänemark feststellten, als das Staatsgrundgesetz der Herzogthümer betrachtet werden mußten.

Die wesentlichsten dieser Bedingungen waren:

»Daß die Herzogthümer den Herrn Christian von Oldenburg gewählt haben, nicht als König von Dänemark, sondern als Fürsten dieser Lande, nämlich der Herzogthümer; — daß diese Lande sollen zusammenbleiben einig, ungetheilt; — daß der Herzog keine Steuern auflegen soll, ohne Zustimmung der Stände; — daß er ohne die Stände weder Krieg führen, noch Münze schlagen, noch andere als die Eingeborenen in den Herzogthümern anstellen soll; endlich daß jeder neue Herzog bei seiner Thronbesteigung diese Rechte und Privilegien beschwören soll.

Es war für den König von Dänemark leicht, diese Versprechungen zu geben; es war aber nicht leicht, sie auch zu halten; denn es lag in der Natur der Sache, daß die Herrschaft nach und nach jenen in ihrer Person so streng aufgestellten Unterschied des Königs und Herzogs verwischen und sich als Fürsten eines und desselben Staats, von welchen Dänemark so wie die Herzogthümer nur Provinzen seyn, ansehen mußten.

Dem stand aber das Recht der Letztern, so wie ihre Nationalität entschieden gegenüber; und so blieb dieses das Unglück dieser Vereinigung, daß sie den Keim der Idee eines Gesamtstaats enthielt, der dennoch durch die Verschiedenheit seiner Theile unmöglich war.

Es ist hier nicht die Absicht die Geschichte der Herzogthümer zu geben, aber das Verständniß der Frage macht es durchaus notwendig, das auf die Trennung der Herzogthümer Bezughabende zu verfolgen.

Hält man jene Grund-Idee der ersten Wahl fest, so ist dieses auch nicht schwer, so sehr sich auch so gleich die Verhältnisse verwickeln. Jenes Prinzip der Untheilbarkeit der Herzogthümer nämlich, wurde bereits von dem Nachfolger Christian des I. verletzt.

Sein jüngster Sohn Friedrich I. dem ein Theil von Schleswig-Holstein zugefallen war, theilte unter seine Söhne aufs Neue, und aus dieser Theilung gingen die beiden herzoglichen Linien hervor, auf die in der Folge Alles ankommt.

Friedrich I., der älteste Sohn, nämlich Christian, der die eine Hälfte von Schleswig-Holstein erhielt, wurde im Jahre 1533 zum König von Dänemark gewählt, und sein jüngster Sohn Adolph, behielt bloß die andere Hälfte der Herzogthümer.

Von diesen beiden Fürsten gingen nun jene beiden erwähnten Linien aus,

Die Linie Christian des III. von Dänemark nahm, weil ihr Haupt von da an regelmäßig zum König von Dänemark gewählt ward, den Namen der königlichen an, während die Linie Adolphs die herzogliche genannt wurde, und zwar nach ihrer Residenz die Gottorper-Linie.

Beide Linien standen zwar in demselben Verhältniß zu den Herzogthümern, nachdem sie nur nach den Landesrechten regieren durften: und die Anerkennung der Letztern, vorzüglich der Untheilbarkeit der Lande, ging so weit, daß beide Linien bis in das achtzehnte Jahrhundert hinein, nur gemeinsame Gesetze erließen, gemeinschaftlich die höchste Verwaltung führten, und die gemeinsamen Stände der Herzogthümer anerkannten und zusammen beriefen; — aber dennoch bereitete sich bald die Zwietracht vor, welche Dänemark sowohl als auch Schleswig-Holstein aufs Neue an den Rand des Abgrunds führte.

Die königliche Linie nämlich, welche den Sitz ihrer eigentlichen Macht im Königreiche hatte, war ganz natürlich von jeher geneigt, das Interesse des Königreichs an die Spitze zu stellen, und den Theil der Herzogthümer, den sie besaß, demselben unterzuordnen. Sie fing daher bald an, den sogenannten königlichen Anteil der Herzogthümer als einen Theil von Dänemark zu behandeln, und auf diese Weise die so lange angestrebte Einverleibung Schleswig-Holsteins in Dänemark zu vollziehen. Diesem stand aber die herzogliche Gottorpsche Linie als Haupt-Gegnerin entgegen.

Der nächste Anhaltspunkt für ihre Opposition gegen die königliche Linie war jene wohlbekanntete Eifersucht, die unter eben ihren Rechten, nach Gleichen

die faktisch Schwächern stets dem Mächtigen gegenüber empfinden.

Besser begründet und in keiner Weise abzuweisen war die Ueberzeugung, daß die königliche Linie nur auf eine passende Gelegenheit warte, um den Besitz der Gottorper dem übrigen einzuverleiben.

In der That ließ es sich nicht läugnen, daß die Lage der Dinge die königliche Linie gleichsam von selbst drängen mußte; denn nachher wie vorher war Schleswig-Holstein das Land, welches den ganzen dänischen Staatskörper von Süden aus bedrohte und fast beherrschte.

Die Verhältnisse im Norden wurden nämlich, besonders seit der Vernichtung der Kalmarschen Union, keineswegs freundlicher für Dänemark. Schweden hatte seit jener blutigen Zeit Dänemark hassen und fürchten gelernt, und sehnte sich darnach, Rache zu üben, so wie nun seinerseits die neue Union Skandinaviens auf den Trümmern Dänemarks zu errichten.

Wie wäre es nun gewesen, wenn Schweden mit der Gottorper Linie ein Bündniß geschlossen hätte? und dieser Fall lag auch sehr nahe und war bedrohlich genug.

Dänemark hatte also jetzt allen Grund, die Gottorper Herzoge als sehr gefährliche Nachbarn anzusehen, und diese fürchteten Dänemark ebenfalls nicht weniger.

Zugleich war es klar, daß jede Form der Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins gleiche Gefahr bringen mußte. Dänemark suchte daher in aller Weise die königlichen Theile der Herzogthümer soweit es thunlich war dem dänischen Lande einzuverleiben, während die Elemente in den Herzogthümern dagegen, welche die Selbstständigkeit wollten, sich an die Gottorper angeschlossen.

So ward nun das alte Verhältniß von Schleswig-Holstein zu Dänemark nach und nach auf den Gegensatz der königlichen und Gottorper Linie übertragen.

Die Spannung stieg im Anfange des siebenzehnten Jahrhunderts, und es brauchte nur eines Anstoßes von Außen, um den Kampf losbrechen zu lassen.

Während dieses sich so nach und nach vorbereitete, fing Schweden an, in seine glänzende Epoche zu treten. Karl hoffte das durch eine furchtbare Adels-Aristokratie geschwächte Dänemark leicht zu bewältigen, und richtete seinen ersten Blick auf die Gottorper Herzoge von Schleswig-Holstein.

Er heirathete die Tochter des Gottorper Herzogs Friedrich, schloß mit ihm ein enges Bündniß, und fing den Krieg an, in welchem Dänemark fast mit einem Schlage bewältigt ward.

Karl stürmte aus Polen herbei, ging durch Schleswig-Holstein, dann über das Eis nach den Inseln, und erzwang, vor Kopenhagen stehend, mit dieser beispiellos kühnen That im Februar 1658 den Frieden von Roskilde.

Dänemark verlor alle Provinzen jenseits des Sundes; das Herzogthum Schleswig aber wurde souverän,

des bis dahin bestandenen Lebensnerus ledig, und mithin als ein selbstständiger Staat erklärt.

Dieser Friede war unendlich wichtig, denn von jetzt an wurden die beiden Schleswig-holsteinischen Fürsten, der König und der Gottorper Herzog, souverain für ihre Besitzungen in Schleswig, Vasallen des deutschen Reiches für die Besitzungen in Holstein.

Die Bewegung, welche Schleswig von Dänemark seit Knut Lavarðs Ermordung getrennt hatte, war damit scheinbar vollzogen, und das einzige staatsrechtliche Land dieses Herzogthums war rechtlich nur noch die in den gemeinsamen Ständen und der gemeinsamen Verwaltung vertretene Verbindung mit Holstein.

Allein freilich war es faktisch anders. Der jetzt souveräne König-Herzog von demselben Schleswig hatte die Gefahren eines selbstständigen Schleswig-Holstein nur zu deutlich erkannt.

Er ordnete daher seinen Antheil von Schleswig und Holstein dem Königreiche unter, und wartete nur auf den Augenblick, um die ganze Gottorper Linie aus Schleswig-Holstein zu vertreiben.

Die Gottorper Linie schloß sich aber dafür um so fester an Schweden an, und vermehrte auf diese Weise den Haß und die Furcht des dänischen Hauses, und so zeigte es sich auch bald, daß es einen Kampf auf Leben und Tod gelte.

Schon im Jahre 1675 fing Dänemark auf's Neue den Krieg gegen Schweden an, und forderte den Herzog von Gottorp auf, mit ihm sich zu verbinden. Als der Letztere dieses nicht wollte, brach der König von Dänemark in die Gottorp'schen Lande hinein, und verjagte den Herzog. Zweimal kehrte dieser wieder zurück, wurde aber jedesmal verjagt.

Jetzt warf sich derselbe offen in die Arme des Schwedenkönigs, und als der große Soldat des Nordens, Karl XII. den Thron bestieg, war der Gottorper sein treuer Verbündeter.

Das Glück des Kriegs aber wechselte; Dänemark nahm nach der Niederlage der Schweden ganz Schleswig-Holstein in Besitz, und hoffte diesmal wenigstens Schleswig für immer zu behalten.

Zu dem Ende griff der König zu einer Maßregel, deren Bedeutung gerade in den letzten Jahren bestritten worden ist, und die vor Kurzem noch wieder in Frage kam.

Man erinnert sich, daß der König von Dänemark, als souverainer Herzog von Schleswig, einen Theil dieses Landes in Besitz hatte.

Während der dänischen Besetzung Schleswigs ließ der König nun durch ein Patent vom August 1721 die Stände des herzoglichen Antheils von Schleswig nach Flensburg berufen, und gab ihnen die Weisung, von nun an ihm als Herzog von Schleswig zu huldigen.

Er erklärte zugleich in diesem Patent, »daß er den bisherigen herzoglichen Antheil von Schleswig mit dem Seinigen vereinige, und dasselbe als ein injuria temporum von seiner Krone abgerissenes Stück auf ewig einverleibe habe.«

In Folge dessen huldigten ihm nun die Stände und erklärten in diesem Huldigungsede, daß sie ihm

und seinen Erbnachfolgern secundum tenorem legis regiae, treu, hold und gewärtig seyn wollten.

Diese am 9. September 1721 vollzogene Huldigung ist der Gegenstand heftigen Streits gewesen; und es werden daher hier wenige Worte genügen, um die staatsrechtliche Bedeutung derselben darzulegen.

Im Jahre 1660 nämlich war durch eine Hof-Revolution in Kopenhagen die alte Adelsberrschaft gestürzt, und dem König die Erblichkeit der dänischen Krone übertragen worden.

Der König ließ aber im Geheimen durch einen Deutschen, Namens Peter Schumacher, später als Staats-Minister Griffenfeld genannt, ein Gesetz ausarbeiten, welches dem Könige die absolute Gewalt in die Hände gab, und zugleich die Erbfolge der dänischen Monarchie feststellte.

Dieses Gesetz wurde im Jahre 1665 zum Staatsgrundgesetz erhoben, und, obichon nicht veröffentlicht, dennoch als gültig anerkannt.

Diese Lex regia, oder das Königsgesetz bestimmte nun die Erbfolge in der Weise, daß auch die Weiber zur Erbfolge berechtigt seyn sollten. In Holstein dagegen galt nach dem deutschen Lehenrechte ursprünglich die männliche Erbfolge.

Diese, mithin von der dänischen wesentlich abweichende Erbfolge ward in der ersten Hälfte des siebenzehnten Jahrhunderts von den regierenden Häusern in Schleswig-Holstein durch drei Hausgesetze ausdrücklich anerkannt; zuerst im Jahre 1609 von der Gottorper Linie, im Jahre 1633 von der jüngern, zweiten königlichen Linie, und endlich im Jahre 1690 von der königlichen Linie selbst.

Die Letztere hatte dieses Gesetz im Jahre 1665 wo sie das Königsgesetz für ihre dänische Krone annahm, nicht aufgehoben, ja von denselben gar nicht einmal Erwähnung gemacht, wie dann überhaupt in dem Königsgesetze von den Herzogthümern durchaus nichts mehr erwähnt wird.

Die dänische Linie hatte daher zwei vollkommen selbstständige Staaten unter sich, und für jeden derselben eine besondere Nachfolge-Ordnung. Als nun jene Huldigung Statt fand, mag es vielleicht eine geheime Absicht gewesen seyn, die dänische Nachfolge-Ordnung für Schleswig unter der Hand einzuführen, nachdem man den Ausdruck lex regia in die Huldigung hineinbrachte.

Allein es ist dieses nirgends auch nur andeutungsweise ausgesprochen, und wäre dieses selbst der Fall gewesen, so würde es keinen rechtlichen Erfolg gehabt haben, da für den frühern königlichen Antheil keine Aenderung der Erbfolge gefordert, und endlich einseitig ohne die Zustimmung der Agnaten eine solche Aenderung, welche alle Agnaten ihrer Successionsrechte beraubte, nach durchaus anerkannten Grundsätzen des Staatsrechts nichts stattfinden konnte und kann. Es muß daher jene Huldigung als für die Erbfolge gleichgültig betrachtet werden.

Ebenso hat man von dänischer Seite den Ausdruck inkorporiren so deuten wollen, als sei damit eine Einverleibung Schleswigs und Dänemarks gemeint gewesen.

Hier widersprechen aber die Worte zu klar; der König sagt ausdrücklich, er wolle den herzoglichen Antheil mit dem Seinigen vereinigen, so daß offenbar nur das einheitliche Schleswig Zweck der Inkorporation war. Dieses ist also der Sinn jener vielbesprochenen Huldigung vom Jahre 1721.

In der neuesten Zeit hat man nun, da man jene Huldigung nicht mehr als Argument oder Beweisgrund für die Einverleibung Schleswigs in Dänemark gebrauchen konnte, sich auf die Garantien Frankreichs und Englands für den Frieden vom Jahre 1720 zwischen Dänemark und Schweden, die vom 26. Juli 1720 ausgestellt sind, berufen.

Diese Berufung ist aber so offenbar ein Nothbehelf derjenigen Richtung der Diplomatie, welche Dänemark auf Kosten der Herzogthümer mächtig machen will, daß es genügt, das einfache Verhältniß kurz darzulegen.

Dänemark hatte Schleswig seit dem Jahre 1713 militärisch besetzt. Es versprach England allerlei Unterstützungen in seinen Verhältnissen zum deutschen Reich, und erhielt dafür die Garantie mit den Worten: England erkläre, den Theil des Herzogthums Schleswig, welchen der König von Dänemark in Händen habe, ihr zu garantiren und in ihrem fortwährenden und friedlichen Besitz zu erhalten.

Wenn man sich erinnert, daß ein Theil Schleswigs der Gottorper Linie gehörte, und daß es eben dieser Theil war, den Dänemark besetzt hat, um das ganze Herzogthum Schleswig den Gottorpern zu entreißen, so wird es klar seyn, daß England nur garantierte, was Dänemark verbürgt haben wollte, nämlich die Verbindung des herzoglichen Antheils mit dem königlichen zu Einem Herzogthum, wie dieses die Huldigung im folgenden Jahre auch wörtlich ausspricht.

Von einer Einverleibung in Dänemark ist hier nicht die Rede. Daß die Identität der Person des Königs von Dänemark und des Herzogs von Schleswig-Holstein zu Unklarheiten Veranlassung gab, war ganz natürlich; daß aber Dänemark wohl schwerlich auch nur die geheime Absicht gehabt hat, in den zweifelhaften Ausdrücken sich eine Möglichkeit kräftiger Ansprüche offen zu halten, geht besonders daraus hervor, daß dieses selbst in den Herzogthümern nicht einmal geschah, wo doch der König damals herrschte.

Man muß daher historisch, sowie juristisch zu dem Resultate kommen, daß die Vorgänge des Jahres 1721 das Verhältniß der Herzogthümer zu Dänemark gar nicht weiter berührt haben.

Allerdings aber die innern Verhältnisse der Herzogthümer, und hier vorzüglich die des Herzogthums Schleswigs. Man kann die Lage der Dinge, aus welcher die spätern Bewegungen des achtzehnten Jahrhunderts hervorgegangen sind, hier mit wenig Worten bezeichnen.

Der König von Dänemark hatte als Herzog von Schleswig-Holstein den Gottorper Antheil des Herzogthums Schleswig mit dem sogenannten königlichen Antheil vereinigt, und diese Vereinigung war vollzogen durch eine Huldigung der Stände und durch eine Garantie der europäischen Großmächte.

Allein ein Vertheiliger hatte seine Zustimmung nicht gegeben, und dieses war der Herzog von Gottorp selbst.

Dieser unterzeichnete den Frieden nicht, genehmigte nicht die Huldigung seiner schleswig'schen Unterthanen, und erkannte somit den König von Dänemark nicht als legitimen Herzog des ganzen Schleswig an.

Keine Ueberredung und kein Unglück konnte ihn dahin bringen, sein Recht auf den Gottorpschen Antheil von Schleswig abzutreten; und somit ergab sich, daß die Einverleibung desselben in den königlichen nur noch eine, freilich garantierte Thatsache, aber kein vollgiltiger Rechtsakt sey.

Der Zustand war mithin so, daß der König von Dänemark jetzt König im Königreich, souveräner Herzog in Schleswig und Vasall des deutschen Reichs in seinem Antheil an Holstein war, während die Gottorper Linie nur die Hälfte Holsteins als deutsches Lehen besaß.

Allein auch so war die Letztere gefährlich, nachdem sie den Feinden Dänemarks stets eine Handhabe zum Angriff auf Dänemark darbot; und schon die nächste Zeit sollte zeigen, wie wichtig dieses werden konnte.

Bereits im Jahre 1725 nämlich hatte Peter der Große mit einem tiefen Blick die Verhältnisse des Nordens durchschauend, seine Tochter Anna mit dem Gottorper Herzog Karl Friedrich vermählt, aus welcher Ehe der Herzog Karl Peter Ulrich stammt, der zu einem großen Glück und Unglück bestimmt war.

Als dieser Nachkomme Peter des Großen vierzehn Jahre alt war, herrschte die Kaiserin Elisabeth, seiner Mutter Schwester in Rußland.

Sie richtete ihre Blicke mit derselben Energie auf die Angelegenheiten des baltischen Meeres, mit welcher später Katharina das schwarze Meer zu erwerben trachtete.

Im Jahre 1742 erwählte sie den jungen Herzog zum Nachfolger auf dem russischen Thron; und zugleich ließ sie seinen Vater, den Herzog Adolph Friedrich, das Haupt der jüngern Gottorper Linie, jüngern Sohn jenes in den Jahren 1670 bis 1689 von Dänemark so viel verfolgten Gottorper Herzogs Christian August, durch ihren Einfluß in Schweden zum Nachfolger der Königin Ulrike wählen.

Jetzt war das kleine Dänemark von den Mitgliedern derselben Gottorper Linie umgeben, die es wenige Jahrzehende früher kaum geachtet hatte, und mit Recht mußte ihm seine Lage bedenklich erscheinen, als im Jahre 1762 Elisabeth starb, und der Herzog Peter Ulrich als Peter III. Kaiser von Rußland wurde.

Dieser Monarch war in den Ideen und dem Haß seiner Familie gegen Dänemark erzogen worden; und hatte von Kindheit an gehört, daß Dänemark den Gottorper Antheil an Schleswig widerrechtlich geraubt habe; die glühende Rache seines Stammes machte sich Luft, und ohne auf weitere Verhandlungen einzugehen, ließ er unmittelbar nach seiner Thronbesteigung eine

Armee gegen Dänemark marschiren, um die Herzogthümer zu erobern.

Es war ein entscheidender Augenblick in der Geschichte des Nordens, denn wenn Rußland siegte, und das konnte kaum zweifelhaft seyn, so war es im Besitz der Schlüssel zum Sund, und beherrschte Dänemark.

Es würde damit der Herr der Ostsee und aller der Völker-Verhältnisse geworden seyn, die sich auf dieser Ostsee bewegen.

Die deutsche, sowie die schwedische Seefahrt würden die russische, von einer ungeheuren Landmacht unterstützte Seemacht gefühlt haben, der Weg in das Weltmeer war für Rußland offen, und große Dinge konnten ihrer Vollendung entgegen reifen.

Die Zeit schien so günstig wie möglich Preußen, der Hauptstaat im Norden Deutschlands, der sich russischen Uebergriffen entgegen zu stellen berufen glaubte, war mit Rußland für einen Augenblick eng verbündet. Frankreich war schwach, England ging seinem nordamerikanischen Kriege entgegen und konnte Rußland obnehin nicht erreichen; Schweden opponirte nicht. Dänemark schien also verloren.

Freilich marschirte eine dänische Armee dem russischen Heere entgegen, allein ohne Hoffnung auf einen Sieg. Da fiel plötzlich der russische Kaiser Peter von meuchlerischen Händen, und eine ganz andere Gestalt der Dinge kam jetzt zum Vorschein.

Es mag seyn, daß Katharina gleich Anfangs ihren Blick nach Süden richtete, gewiß aber ist, daß sie sofort eine Politik des Friedens im Norden zu nehmen anfing; und sich auch dann geneigt finden ließ, ein friedliches definitives Abkommen in Betreff der Herzogthümer zu treffen; und so nahmen die Verhandlungen vom Jahre 1766 ihren Anfang, die mit den Traktaten vom Jahre 1767 und 1773 endeten.

Es wird nicht schwer seyn, den Sinn dieser Traktate darzulegen. Dänemarks Schwäche in der schleswig-holsteinischen Frage bestand vor Allem darin, daß die Vereinigung der beiden Theile Schleswigs, noch immer nicht rechtlich anerkannt, und daß ein sehr wichtiger Theil Holsteins, besonders Kiel mit seinem Hafen, in fremden Händen war.

Es kam mithin darauf an, erstlich die Inkorporirung des Gottorpschen Antheils von Schleswig in den königlichen Antheil vom Jahre 1721 durch die Zustimmung der russischen Gottorper Linie ratihabiren oder genehmigen zu lassen, und dann die Uebertragungs-Urkunde des Gottorpschen oder russischen sogenannten großfürstlichen Antheils von Holstein zu erreichen.

Das dänische Königshaus hatte damals die Oldenburgischen und delmenhorstischen Lande im Besitz. Katharina schlug vor, diese nun der jüngsten Gottorper Linie als Preis für jene beiden Zugeständnisse zu übertragen.

Dänemark griff mit beiden Händen zu, und so kam bereits am 11. April 1767 der provisorische Traktat zu Stande, der später am 1. Juni 1773 von dem jungen Kaiser Paul I. bei erreichter Mündigkeit ratifizirt ward.

Dänemark ward somit auf's Neue, nach einem Kampfe von fünf Jahrhunderten, wieder mit Schleswig-Holstein in dessen ursprünglicher Ausdehnung vereinigt; beide Länder bildeten einen Gesamtstaat unter der Personal-Union des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein, und die große nordische Frage schien für immer gelöst.

Um nun die spätere Zeit in ihren Bewegungen, die bis auf die gegenwärtige Zeit reichen, richtig zu verstehen, muß man auf das neu begründete Verhältniß und die widerstreitenden Elemente, die es in sich verbarg, einen Blick werfen.

Hält man die Punkte fest, die hier kurz berührt werden sollen, so wird Manches klar werden, was sonst als Zufall oder Willkür erscheinen möchte.

Dänemark und Schleswig-Holstein standen seit dem Jahre 1773 zunächst äußerlich als ein Ganzes da, und sind bis zum März des vorigen Jahres auch fast in allen Beziehungen stets als solches behandelt worden.

Zwei Dinge waren es vorzüglich, welche diese äußerliche Einheit von da an auch zu einer innern zu machen strebten, während andere Elemente Grund und Entwicklung der Trennung abgaben. Jene beiden Dinge waren die absolute Souveränität des dänischen Königs, und die Lage des Königreichs.

Seit dem Jahre 1660 war der König von Dänemark ein unumschränkter Herr im Königreiche. Hier war von Ständen, von Volksrecht, von Volksleben auch nicht eine Spur zu finden.

Das Volk hatte nicht einmal das Recht, eine Theilnahme an der Staatsgewalt zu fordern, denn das Königsgeß entschied für die absolute Alleinheerschaft des Fürsten.

Wesentlich verschieden davon war das Verhältniß der Herzogthümer. Hier galt nämlich nach dem alten Recht noch die ursprüngliche landständische Verfassung; jedoch war seit dem Jahre 1712 kein Landtag gehalten worden, obwohl das Landesrecht nicht aufgehoben ward.

Es war daher natürlich, daß Dänemark in jeder Weise versuchte, seine absolute Souveränität über die Herzogthümer auszudehnen, und diese leisteten in dieser Beziehung keinen Widerstand.

So kam es nun, daß in den wichtigsten Theilen der obern Verwaltung wirklich eine Verschmelzung der Herzogthümer mit Dänemark Statt fand, die zum Zweck hatte, diese nach und nach zu Provinzen des Königreichs zu machen.

Dänemarks Lage aber gebot ihm, wie dieses bereits schon früher gesagt worden ist, auf das Dringendste, die Herzogthümer in keiner Weise zur Selbstständigkeit kommen zu lassen. Dieser Weg der dänischen Politik war daher auf das Bestimmteste angezeigt, und schon mit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts fing es an, ihn mit Eifer und Nachdruck zu betreten.

Diesem entgegen stand nun vor Allem die Nationalität der Herzogthümer und die entschieden deutsche Richtung derselben, zu welcher eine tiefgewurzelte Abneigung gegen alles Dänische kam. Das Volk der

Herzogthümer betrachtete sich selbst als selbstständig und wollte von keiner Einverleibung wissen.

Es sah sein Recht und seine Geschichte als ein wesentlich verschiedenes an, und hatte allen Grund, zu fürchten, daß jeder Schritt zu einer nähern Verbindung mit Dänemark dieser deutschen Selbstständigkeit seines Rechts entschieden gefährlich werden müsse.

In diesem Widerstreit der Nationalitäten fand die Einheit der Verwaltung ihre schwierigste Aufgabe, und es würde hier, wie in andern Ländern, zu einem haltlosen Hin- und Herdrängen gekommen seyn, wenn nicht das Erbrecht einen Krystallisationspunkt gebildet hätte.

Schleswig-Holstein nämlich war in allen bisherigen Verhandlungen und Veränderungen stets mit demselben Rechte, das es gehabt hat, an die dänischen Könige übergegangen.

Dieses Recht ging dahin, ein selbstständiges, ein ungetheiltes, und ein im Mannstamm allein vererbliches Land zu seyn. Dieses aber ist das Wesen des besondern staatlichen Erbrechts, daß es, gleichsam auf einen Punkt zusammen gefaßt, die staatliche Selbstständigkeit seines Landes darlegt, am allermeisten natürlich da, wo zwei Staaten in Personal-Union stehen; denn hier enthält das Erbrecht die Möglichkeit der Trennung, und diese Möglichkeit setzt eine wirkliche Selbstständigkeit notwendig voraus.

So war es zwischen Dänemark und den Herzogthümern. Dort konnte der Weiberstamm herrschen, hier war der Weiberstamm ausgeschlossen.

Es erscheint klar, daß hier der Punkt lag, der den Kampfplatz für alle der Einheit beider Staaten widerstrebenden und andererseits sie befördernden Elemente für die Zukunft abgeben sollte.

So lange nun der Mannstamm des Oldenburgischen Hauses auch in Dänemark herrschte, so lange konnte dieser Gegensatz nicht zu seiner rechten Entwicklung kommen. Allein, da er vorhanden, und im Grunde unverilgbar blieb, so mußte der Fall, wo dieser Mannstamm aussterben drohte, notwendig den Zeitpunkt herbeiführen, wo der alte Kampf um Schleswig-Holstein noch einmal aufgenommen und durchgekämpft werden mußte.

Diese Eventualität lag im vorigen Jahrhundert scheinbar fern. Das Gegenwärtige hat sie gebracht, und jene an sich notwendige Folge ist wirklich eingetreten.

Daher also die hohe Bedeutung des schleswig-holsteinischen Erbrechts, und der Umstand, daß der Streit um dieses Recht die Entscheidung einer unendlich wichtigen Frage in sich schloß.

Bevor es aber über diese Frage zum Streite kam, haben die Herzogthümer erst eine harte Erziehung durchmachen müssen, und die hier nachfolgende Darstellung wird zeigen, in welcher Weise diese Schule durchgearbeitet, und die Entscheidung vorbereitet ward.

Nach einem fünfzehnjährigen Kampfe findet man am Ende des achtzehnten Jahrhunderts den Anfang dieser Epoche, Schleswig-Holstein, wie zur Zeit

der letzten Schauenburger, noch einmal vereinigt, unter demselben Fürsten, und als ein Ganzes anerkannt.

Aber dieser Fürst war außerhalb des Landes, und Herr desselben Reichs, in dessen höchsten Interesse es lag, alle Elemente der Selbstständigkeit und einer möglichen Trennung der Herzogthümer von Dänemark zu vernichten.

Die ganze Regierungsgewalt lag in seinen Händen, und sie war groß, am größten im vorigen Jahrhundert und in einem Staate, wo man die Volksvertretung vernichtet und den Volkswillen beseitigt hatte. Unter sehr ungünstigen Verhältnissen nahm dieser letzte Zeitraum seinen Anfang.

Kopenhagen, der Hauptsitz der dänischen Nationalität, war auch der Sitz der Regierung der Herzogthümer. Man begriff hier bald, daß die einzige Widerstandskraft der Herzogthümer in ihrer deutschen Nationalität bestehe, und fing daher gegen diese zu arbeiten an.

Schon im Jahre 1781 ward ein Professor der dänischen Sprache an der Universität zu Kiel angestellt, wo Niemand dänisch verstand, oder es lernen wollte. Als dieses nicht half, ward im Jahre 1804 der Professor Hengh Guldberg dahin geschickt, und jetzt begann mit diesem thätigen Mann eine förmliche dänische Propaganda.

Guldberg sprach zuerst offen aus, daß die Holsteiner die Pflicht hätten, sich als Theil der dänischen Nationalität zu betrachten, daß sie Provinzen von Dänemark sind und daß sie daher vor Allem die dänische Sprache zu erlernen hätten.

Man hörte diesem Manne bloß ruhig zu, und so war die Sache Anfangs auch ohne Erfolg betrieben worden. Allein bald kamen zu diesen und ähnlichen Katheder-Erklärungen ernsthaftere Maßregeln der Regierung selbst, die zu ernsthaften Betrachtungen Veranlassung gaben.

Es wurde nämlich im Jahre 1807 befohlen, daß alle Verordnungen in beiden Herzogthümern, sowohl dänisch als auch deutsch erlassen werden sollten, und vom Jahre 1809 an wurden auch alle Bestallungen in dänischer Sprache erteilt, die dänische Sprache sollte seit dem Jahre 1811 den Vorzug bei Besetzungen der Ämter geben, und zugleich wurden auch dänische Prüfungen und ausschließlicher Gebrauch der dänischen Sprache in den nördlichen Distrikten in Kirche und Schule angeordnet.

Die dänische Münze wurde im geraden Widerspruch mit den Landesrechten eingeführt, die deutsche Kadetten-Anstalt nach Kopenhagen verlegt, und im Jahre 1814 wurde sogar durch die Schulordnung die dänische Sprache in allen höhern Schulen zu einem notwendigen Gegenstande der Lehre gemacht.

Jetzt fing das Volk an sich zu bewegen. Den Anstoß dazu gab eine, von einem dänischen Etatsrath aufgestellte Preisfrage: »Wie man es machen müsse, um das Dänische zur allgemeinen Landessprache in Schleswig zu erheben?

Die deutsche Literatur, die bisher schweigend an diesem Gegenstande vorübergegangen war, nahm jetzt den Fehdehandschub auf, und jetzt fing ein publizisti-

scher Kampf an, der zum ersten Male die Verhältnisse der dänischen und deutschen Sprache in Schleswig aufklärte.

Der Professor Falk in Kiel wies gründlich nach, in welcher Weise die Dänen es versucht hatten, die dänische Sprache als die überwiegende in Schleswig darzustellen, und zeigte, wie man die Friesen, diesen echtdeutschen Stamm, zu den Dänen gezählt, wie man nach dem Areal statt der Einwohnerzahl gerechnet und das Deutsche nirgends in Anschlag gebracht hatte, wo dänische und deutsche Bevölkerung einander äußerlich vermengt, gegenüberstanden.

Er kam bereits auf diese Weise im Jahre 1816 zu dem Resultat, welches in Allem Wesentlichen noch heute als das allgemein Richtige anerkannt ward, daß kaum ein Drittel überhaupt dänisch verstehe, und daß nur ein Viertel wirklich dänisch sey.

Er wies außerdem nach, daß auch in diesem dänischen Viertel alle Intelligenz und alle höhern Interessen deutsch sind, und daß der Versuch einer Dänisierung Schleswigs daher nothwendig trotz aller Anstrengungen ein vergeblicher Versuch bleiben müsse.

Diese schriftliche Darstellung machte ungemeines Aufsehen, und der Grimm der Dänen war darüber sehr groß, welche viele Gegeneinwürfe zu machen versuchten.

Im Jahre 1834 fing noch einmal derselbe Kampf an, es ist aber wenig Neues dazu gekommen, und es ist nur gewiß, daß die folgenden Bewegungen besonders seit dem Jahre 1830 die deutschen Elemente immer weiter nach dem Norden hinaufgetrieben haben.

Indessen breitete sich derselbe Kampf auf einem andern Gebiete vor. Man wird sich erinnern, daß seit dem Jahre 1461 Schleswig-Holstein gemeinschaftliche Landtage hatte; und diese Landtage waren seit dem Jahre 1712 zwar nicht geradezu aufgehoben, aber doch nicht wieder zusammen berufen worden.

Es bestand seit dieser Zeit nur eine regemäßige Versammlung von Prälaten und der Ritterschaft der beiden Herzogthümer, die so weit sie konnte für sich die Rechte des alten Landtags, namentlich das Recht der Steuerbewilligung in Anspruch nahm.

Man hatte indessen von Seite Dänemarks bisher wenig auf diese Korporation geachtet. Als nun aber mit dem Jahre 1815 nach und nach die öffentlichen Zustände in Deutschland eine freiere Richtung annahmen, und der Artikel 13 der Bundes-Akte die ständische Verfassung versprach, da glaubten nun auch die Prälaten und die Ritterschaft, daß jetzt die Zeit gekommen sey, um das Recht des alten schleswig-holsteinischen Landtags wieder geltend zu machen.

Sie wendeten sich daher mit dieser, auf den alten Landesrechten beruhenden Forderung an den Thron ihres königlichen Herzogs.

Man muß sich die Lage der Verhältnisse vorstellen, um das absolut gegebene Verhalten Dänemarks zu erklären. Der dänische König war nicht allein unumschränkter Herr in seinem eigenen Reiche, und mußte schon dieserwegen gegen die ständischen Rechte der Herzogthümer sich erklären, sondern die Bewilligung einer ständischen Verfassung, für diese wäre eine Er-

klärung ihrer staatlichen Selbstständigkeit, zugleich ein Werkzeug gewesen, um sie faktisch zu erringen.

Dänemark hatte daher einen gewichtigen Grund mehr, jene Forderung abzuschlagen als alle Fürsten von Europa. Es blieb mithin natürlich umsonst, daß sich Prälaten und Ritterschaft auf das alte Recht der sogenannten Privilegien vom Jahre 1461 und auf den Artikel der Bundes-Akte beriefen, denn man hörte sie nicht.

Sie verweigerten die Zahlung der Steuern, aber man zwang sie mit militärischer Exekution. Endlich wendeten sie sich förmlich klagend an den deutschen Bundestag, wo Dahlman ihr Anwalt war. Er wies schlagend nach, daß das Recht zur landständischen Verfassung bestehe.

Man entschied auf dem Bundestage vom Jahre 1823, daß diese Verfassung nicht in anerkannter Wirksamkeit bestehe, und die Petenten würden zur Ruhe verwiesen. Jetzt fing eine strenge Herrschaft der Dänen an, bei welcher Gelegenheit die Censur die Presse unterdrückte, und es schien für lange Zeit Alles verloren.

Da brach die Juli-Revolution vom Jahre 1830 in Paris aus. Der alte Bau des absoluten Staats zitterte in seinen Grundfesten. Auch nach Schleswig-Holstein drang die mächtige Bewegung.

Einer von jenen edlen Männern, die bestimmt sind, mit ihrem Unglück das Glück ihres Vaterlandes zu besiegeln, nämlich Uwe Kornsen trat auf und forderte zum ersten Mal im Namen des Volks eine neue gemeinschaftliche und freie Verfassung für die Herzogthümer.

Die kleine Schrift, wenige Seiten enthaltend, griff mächtig in die öffentliche Stimmung hinein; das Volk regte sich, aber es war noch nicht reif, um das neue Gut ganz zu verstehen oder zu erringen.

Die Reaktion siegte in Deutschland und sie siegte auch in Schleswig-Holstein. Kornsen wurde gefangen genommen, angeklagt und verurtheilt. Der König von Dänemark kam selbst nach Kendsburg, und der alte Zustand der Dinge ward wieder hergestellt.

Aber dennoch hatte die Bewegung einen tiefen Eindruck in Kopenhagen hinterlassen. Man fing an zu fürchten, und die Furcht rief KonzeSSIONen herbei. Schon im Jahre 1831 wurden erfahrene Männer nach Kopenhagen berufen, um über eine ständische Verfassung der Herzogthümer mit der Krone zu berathen.

Hier waren ernsthaftere Streitigkeiten vorgefallen; allein die Regierung hat niemals etwas darüber veröffentlicht. Das Resultat dieser Berathungen ließ indessen lange genug auf sich warten, und erst am 15. Mai 1834 wurde die sogenannte provisorisch-ständische Ordnung für die Herzogthümer und zugleich mit für Dänemark veröffentlicht.

Sie gehörte zu den liberalsten in ganz Deutschland. Nicht allein daß ziemlich hoher Censur und ständische Gliederung herrschten, woran man damals gewöhnt war, die Stände hatten durchaus nur beratende Stimmen in der Gesetzgebung keine Art, von Initiative, keine Spur des Steuerbewilligungsrechts,

kein Anklagerecht der Minister, keine Oeffentlichkeit. Vor allem aber waren die Stände getrennt; Schleswig hatte die Seinigen, und Holstein ebenso.

So glaubte man mit einem ungefährlichen Geschenke den Drang des Volks befriedigt zu haben; aber dennoch machte dieses tiefer und tiefer gehende Bedürfnis selbst aus diesen Ständen eine Macht.

Schon in ihrer zweiten Ordnung im Jahre 1838, fingen sie mit großer Freimüthigkeit und Energie an, die höchsten Interessen des Volkes zu vertreten. Sie machten sich zum Organ der beiden Hauptforderungen des Landes, und stellten mit allem Nachdruck die ernsthafte Bitte um eine freiere und vor Allem um eine vereinte Verfassung der Herzogthümer auf. Allein gerade hier wollte und durfte man sie am wenigsten anhören.

Auf alle Petitionen erhielten sie kaum eine Antwort, und man ging in Kopenhagen dem kommenden Jahrzehend mit der Sorglosigkeit entgegen, mit welcher man in andern Staaten den kommenden und werdenden Dingen zusah. Das Land schien von der Erfüllung seiner Wünsche so fern, als es jemals gewesen ist.

Allerdings war Eines gewonnen. Statt daß bisher die unklare und unaufgeklärte öffentliche Meinung fast unbewußt geschehen ließ, was man nicht hindern konnte, so hatte jetzt das Land ein Organ seiner Wünsche und seiner Rechte, und es bedurfte nur eines kraftvollen Anstosses, um die Wichtigkeit dieser Errungenschaft zu zeigen.

Diesen Anstoß brachte ein nicht unerwartetes Ereignis. Am 3. Dezember 1839 nämlich starb auf seinem Schlosse Amalienburg in Kopenhagen der alte König Friedrich VI. und da er keine männlichen Leibes-Erben hinterließ, so kam die zweite Linie des ältern eigentlichen königlichen Hauses auf den Thron mit Christian dem VIII., und mit diesem König beginnt der letzte Abschnitt dieser Geschichte.

König Christian VIII. war der Sohn des Prinzen Friedrich, des Bruders Christian des VII. Er selbst hatte nur einen Sohn, den Prinzen und jetzigen König Friedrich den VII.

Dieser, bereits im reifen Mannesalter, blieb unbeerbt, und es waren keine Aussichten zu einer Nachkommenschaft vorhanden. So wie also Christian VIII., dem man keine so ganz lange Lebensdauer vorherzusagen konnte, den Thron bestieg, so war der Fall einer Trennung der Herzogthümer von Dänemark vermöge des Erbrechts zu nahe herangerückt, um ihn noch länger übersehen zu können.

Stirbt Friedrich VII. ebenfalls ohne männliche Nachfolger, so fällt Dänemark nach dem Königsgeiz an die weibliche Linie, dem Prinzen Friedrich von Hessen, Sohn der Landgräfin Charlotta, der Schwester Christian des VIII. zu.

Die Herzogthümer dagegen mußten nach dem Rechte der männlichen Primogenitur an das Haupt der zweiten oder jüngern königlichen Linie, dem Herzog von Augustenburg fallen.

Es erschien klar, daß damit die langgehoffte Trennung der Herzogthümer von Dänemark wirklich und wohl für immer gegeben war, es ließ sich auch nicht länger verkennen, daß solchen Möglichkeiten gegenüber die Bewegung in den Herzogthümern stark und nachhaltig seyn werde. Die Entscheidung nahte, und man mußte sich rüsten ihr zu begegnen.

Von jetzt an beginnt ein ganz neues Leben sowohl im Königreiche als in den deutschen Landen, voll von Arbeit und Gefahr, aber auch voll von Interesse und frischer Entwicklung.

In Dänemark zuerst fing die Volkspartei, die mit dem Tode Friedrich des VI. ins Leben getreten war, mit Kraft an, sich dieser Frage anzunehmen. Sie hatte bereits im Jahre 1840 gesucht, in die Regierung einzutreten und für Dänemark allein eine freiere Verfassung zu erringen; allein die alte Bureaucratie war zu mächtig und das Volk war zu wenig gebildet.

Statt der rein politischen Freiheit fing sie an, sich nach und nach der nationalen Frage zuzuwenden, und schon im Jahre 1841 traten sie mit dem Gedanken auf, daß in der Stellung der Herzogthümer zu Dänemark eine große Gefahr für das Königreich, und nicht weniger für die dänische Nationalität liege.

Sie griff die alte Frage wieder auf, ob Schleswig dänisch oder deutsch sey, und behauptete, daß Schleswig nicht bloß seinem Rechte, sondern auch seiner Nationalität nach, zu Dänemark gehöre, und daß es ein Verrath an der Sache des Volkes so wie der Nation sey, Schleswig nicht als einen zum Ganzen gehörenden Theil von Dänemark zu betrachten.

An der Spitze dieser Partei stand schon damals Orla Lehmann, der Sohn eines Deutschen, aber dem dänischen Volke ganz hingegeben, — ein ehrwürdiger Mann, gewandt in Rede und Schrift, voll Leben, genial und rasch in Allem, was er unternahm.

Ihm und seiner Partei gelang es, das dänische Volk für die Idee eines »Dänemark bis zur Eider« zu begeistern; eine thätige Propaganda knüpfte sich an diese Bestrebungen und zum ersten Mal seit Jahrhunderten sah man in Dänemark eine öffentliche Meinung, wenn auch nur in rohen Grundzügen entstehen.

Allein der gewaltige Erfolg dieser Partei war keineswegs, wie man dieses so oft gemeint hat, ihr selbst ausschließlich zuzuschreiben. Die Regierung nämlich ihrerseits sah sehr wohl das Bedenkliche der oben erwähnten Eventualität ein.

Auch sie suchte nach einem Mittel demselben zu begegnen, und so kam es, daß sie jene Partei-Bestrebungen der Eider-Dänen bis zu einem gewissen Grade zu den übrigen machte, so unlieb ihr auch die liberale Richtung derselben seyn mochte.

Daher entstand nun eine mehr und mehr sich ausbildende Feststellung aller Elemente auf diesem Punkte; die Regierungs-Partei schloß sich zuletzt offen der Partei der Nationalen an, und so konnte im Jahre 1844 in der Stände-Versammlung von

Roeskilde Ulgreen Ussing seinen dahin lautenden Antrag fast einstimmig durchbringen.

»Der König möge erklären, daß Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg einen einigen und untheilbaren Staat ausmachen, in welchen die Erbfolge ausschließlich nach dem Königsgesetz gelte, und daß Jeder, der dagegen schreibe, spreche oder handle, als Hochverräther behandelt werden möge.«

Dieses war ein sehr kühner Wurf, aber es war doch mehr ein Versuch als ein wirklicher Akt, und schon die Folge dieses Versuchs zeigte, daß die Herzogthümer schwerlich einem solchen oder ähnlichen Staatsstreiche nachgeben würden.

Hier nämlich hatte man in dieser Zwischenzeit keineswegs geruht. Die Lage der Dinge wies mit entschiedener Nothwendigkeit auf zwei Punkte hin; die Darlegung des Erbrechts der Herzogthümer und die Erweckung der öffentlichen Meinung in den deutschen Ländern über die Wichtigkeit und das Recht der Herzogthümer; denn ohne einen Rückhalt an Deutschland, hätten die Herzogthümer, wie die neueste Zeit es gezeigt hat, nicht mehr den nahenden Sturm bestehen können.

Dabei haben zwei junge Männer sich entschiedene Verdienste erworben, die wohl der Ehre einer Erwähnung werth sind; nämlich R. Samwer und der Professor von Kiel Namens L. Stein, welcher unermüdet auf die hohe Wichtigkeit der Herzogthümer für Deutschland hinwies, und zuerst die Aufmerksamkeit des deutschen Volks für diese politische und nationale Lebensfrage des nördlichen Deutschland zu erwecken wußte.

Was Beide angestrebt haben, ist auch Beiden gelungen. Und in der That war es von entscheidender Wichtigkeit, daß im Jahre 1844, als der eben erwähnte Ussing'sche Antrag von Roeskilde ausgemacht ward, die Ueberzeugung in den Herzogthümern gewonnen war, daß man in der selbstständigen männlichen Erbfolge nur das strenge Recht des Landes fordere, und daß man in diesem Rechte eine hochwichtige deutsche Sache vertheidige.

So konnte es möglich seyn, daß, als jener Ussing'sche Antrag verlautete, ein allgemeiner Schrei des Unwillens sich in beiden Herzogthümern erhob. Man hatte von Seite der dänischen Partei stets gesagt und wiederholt, daß die Opposition der Herzogthümer gegen Dänemark nicht vom Volke, sondern nur von einer starken Beamten-Aristokratie ausgehe. Jetzt war die Gelegenheit da, zu zeigen, daß auch das Volk keine dänische Herrschaft wolle.

In Kiel zuerst schritt man voran, und eine von Droyßen entworfene energische Adresse an die in Tzeboe versammelten Stände, bedeckte sich sofort mit den Unterschriften der ersten Namen des Orts.

Von allen Seiten des Landes kamen zustimmende Erklärungen, so daß man fast sagen kann, es habe damals kein einziger Mann von Bedeutung den Adressen seinen Namen entzogen.

In jener Zeit galt noch eine Adresse etwas; der Eindruck, den jene fast einstimmige Erklärung des Landes machte, daß man selbstständig seyn und blei-

ben und sein eigenes Erbrecht behalten wolle, war ein ungeheurer.

Deutschland, damals von allen Seiten her geknechtet, jubelte bei dieser Volksbewegung der neugewonnenen Deutschen zu, und die Dänen, offenbar in bitterer Entrüstung und in halber Furcht, schwiegen; die Regierung wagte keine einzige Maßregel, und der Sturm war abgeschlagen.

Allein die Gründe, die den Uffing'schen Versuch hervor gerufen hatten, waren nicht willkürlich erzeugt; man muß gerecht seyn und zugestehen, daß Dänemark in der That nicht anders konnte. Die tiefe Ruhe, welche dem ersten Hauptangriff auf die Selbstständigkeit der Herzogthümer folgte, konnte nicht aufrecht seyn.

Die Bewegungen der Presse deuteten auf gegenseitige Rüstung. Von dänischer Seite nahm sich die Pressfreiheitsgesellschaft der Sache an; eine förmliche Propaganda organisirte man im Norden Scheswigs, Blätter und Denkschriften wurden verbreitet, und so suchte man in jeder Weise zu wirken.

Von Schleswig-Holstein aus erging dafür der Ruf an das deutsche Volk, sich der deutschen Sache anzunehmen. Der Blick des deutschen Publikums erweiterte sich, und damit eine ununterbrochene Reihe von Berichten.

Aufsätze in mehreren Zeitungsblättern wiesen nach, wie unendlich wichtig gerade Schleswig-Holstein für die deutsche Flotte und den deutschen Handel sey. Es war dieses die Zeit, wo man in Deutschland ernstlich an die Ausdehnung des Zollvereins dachte.

Ihr stellte sich besonders Hamburg entgegen in Wort und That, und die manichfachen Schriften, die gegen den Anschluß geschrieben waren, werden vielleicht noch Vielen erinnerlich seyn.

Gegen diese Tendenz trat mit aller Macht Stein auf; er wies nach, daß die höchsten Interessen des nördlichen und südlichen Deutschlands Hand in Hand gingen; daß Deutschland seiner Natur nach bestimmt sey, ein großes Handelsgebiet zu seyn, daß aber die Erfüllung dieser Bestimmung von dem Beitritt Schleswig-Holsteins, dieser wieder von der Erhaltung seiner Selbstständigkeit abhängt.

So ward für Schleswig-Holstein neben dem Gefühl der Nationalität auch das materielle Interesse gewonnen; die schleswig-holsteinische Frage wurzelte immer tiefer im deutschen Bewußtseyn, und es nahe der Zeitpunkt rasch heran, wo sie erscheinen mußte als Dasjenige was sie ist, als die Frage nach der Zukunft Deutschlands zur See und seiner Stellung im skandinavischen Staatensystem.

Man fühlte dieses wohl in Dänemark, und die nahende Gefahr verleitete die Führer der dänischen Parthei zu groben Taktlosigkeiten, welche die Spannung nur noch vermehrten. Die Regierung sah dem ruhig zu, denn sie dachte, den ganzen Knoten mit Einem Streiche zu durchhauen.

Am 8. Juli 1846 erschien plötzlich, ohne besondere Beweggründe, der so berühmte offene Brief des Königs von Dänemark; in welchem der König erklärte, daß das ganze Herzogthum Schleswig untrenn-

bar mit Dänemark durch die Vorgänge des Jahres 1721 verbunden sey, daß dasselbe für einen Theil von Holstein gelte, und daß der König diese Ansicht für die allein gültige erklären müsse. Eine gewaltige Bewegung folgte diesem Aktenstücke.

Die Stände von Holstein waren in Jæbøe versammelt, und sprachen noch einmal aus, daß das Recht der Herzogthümer die Untheilbarkeit und Untrennbarkeit und die männliche Erbfolge sey; aber der König nahm diese Erklärung nicht an, und die Stände gingen auseinander, nachdem sie noch einmal feierliche Verwahrung beim Bundestag eingelegt hatten.

Der Bundestag freilich gab darauf am 17. September eine Antwort, die weder bestimmt für, — noch gegen die Herzogthümer lautete; jedoch damals galt es noch für ein Großes, wenn der Bund nicht offen zu Gunsten jedes Souverains gegen die Völker auftrat.

Zugleich war zu Neumünster eine große Volksversammlung abgehalten worden, die sich mit seltener Energie für das Landesrecht aussprach.

Die Zeichen der Zeit wurden immer drohender. Es war umsonst, daß der König einen zweiten offenen Brief an seinem Geburtstag erließ, der die Gemüther beruhigen sollte.

Denn zu gleicher Zeit erschien eine offizielle Schrift, in welcher das absolute Unrecht von Dänemark auf Schleswig historisch und juristisch nachgewiesen werden sollte, und diese Schrift wurde an alle Höfe versendet.

Ihr entgegen traten damals nicht ohne Gefahr mehrere Professoren der Universität von Kiel, und wiesen in einer gründlichen Abhandlung das Verkehrte jenes sogenannten Kommissions-Bedenkens, und die geschichtliche und rechtliche Wahrheit der Behauptungen der Herzogthümer so schlagend nach, daß von dänischer Seite eine Wiederlegung derselben auch nicht einmal versucht worden ist.

Damit war im Grunde die Frage auf diesem Gebiete erledigt, und die einmüthige Festigkeit aller Elemente des Volkslebens hatte auf's Neue einen ersten Angriff der dänischen Einverleibungssucht abgeschlagen. Es sollte, oder vielmehr es konnte nicht der Letzte seyn.

Der König war bejährt und seine Gesundheit stand nicht fest. Der Prinz Friedrich war zum zweiten Mal von seiner Gemahlin, einer mecklenburgischen Prinzessin geschieden, ohne Nachkommen. Der Anfang des Endes stand also bevor; man mußte an das letzte Mittel denken.

Hier ist es nun wohl der Ort, schließlich des ungeheuern Irrthums zu gedenken, der das ganze monarchische Europa bis in seine Grundfesten erschüttert hat, und der auch dem dänischen Königthum die letzte Möglichkeit einer Vereinbarung mit den Herzogthümern raubte.

Die Regierung, an fortwährende Unterdrückung der Volksfreiheit gewöhnt, hatte sich mit dem Gedanken nicht befreunden können, die Vereinigung der Herzogthümer und Dänemarks auf die Basis einer wahrhaft konstitutionellen Freiheit zu errichten.

Sie glaubte, daß sie mit ihrer Regierungsgewalt fortwährend im Stande seyn werde, jeden Akt des Volkswillens zu unterdrücken und das Volk zu zwingen. Sie hatte sich aber damit die liberale, sehr starke und thätige Parthei entfremdet, während die dänische Propaganda die nationale Richtung verlegte, und die dynastischen Hoffnungen der Augustenburger Linie auf der Trennung der Herzogthümer von Dänemark beruhte.

Sie hatte daher Alles gegen sich, und hatte in den Herzogthümern keinen einzigen Freund. So ernst wurde dadurch die Lage der Dinge, daß sie trotz ihrer Verblendung dennoch endlich an den letzten Ausweg, die Bewilligung einer gemeinsamen Verfassung für Dänemark und die Herzogthümer zu denken anfing.

Das Jahr 1847 verstrich ruhig. Man faßte während dieser Zeit jenen Plan und arbeitete im tiefen Geheimniß die Vorbereitung zu jener Verfassung aus, mit welcher der König im Jahre 1848 für immer die beiden Theile der Gesamt-Monarchie zu verbinden hoffte.

Aber jetzt rächte sich die Hartnäckigkeit des Absolutismus auf eine furchtbare Weise. Auch diesem Fürsten rief der höhere Lenker der Geschichte das ernste Wort zu: »Es ist zu spät.« Eine milde Hand bewahrte indessen den König selbst davor, das Zusammenbrechen aller seiner Pläne und den Anfang einer neuen Geschichte zu erleben.

Eine tödliche Krankheit raffte ihn am 20. Jänner 1848 dahin, und an demselben Tage wurde sein Sohn Friedrich VII. als König von Dänemark, Herzog zu Schleswig-Holstein und Lauenburg in Kopenhagen ausgerufen.

Es waren gerade 400 Jahre, seit der Oldenburger Stamm den dänischen Thron im Jahre 1448 bestiegen, seit der dänische Reichsrath Christian den I. zum König gewählt hatte.

Friedrich VII. aber ist der letzte Sprosse der ältesten männlichen Linie des Hauses. Er ist zweimal vermählt gewesen, wurde beide Mal geschieden, und besitzt durchaus keine Hoffnung auf Nachkommenschaft, um so mehr, als er seinen entschiedenen Willen erklärt hat, sich nicht wieder verheirathen zu wollen.

Durch seine Person allein hängt also das Königreich mit den Herzogthümern zusammen, — ein schwaches Band für eine so unendlich wichtige und doch so viel bestrittene Einheit.

Der König Friedrich, geboren am 6. Oktober 1808, war nicht mehr jung, als ihm der Thron zufiel, und zählte bereits 40 Jahre. Seine Gesundheit war nicht ganz fest, und schon mehr als einmal war er in Lebensgefahr gestanden.

Außerdem zeichnet den Fürsten keine jener persönlichen Eigenschaften aus, die, indem sie entweder die Geister oder die Herzen gewinnen, gleichsam über die Verhältnisse hinweg einen Mittelpunkt für die Völker bilden, an deren Spitze sie stehen.

Friedrich VII. hat auch keine hohe Bildung genossen; denn einen großen Theil seines Lebens brachte

er mit wenigen Matrosen auf seinen Lustkutter zur See zu.

Man hatte ihn wenig oder nie zu den Staatsgeschäften beigezogen, denn die Uebertragung des Gouvernements von Jünen war im Grunde nur dem Namen nach gewesen.

Schon als Kronprinz erklärte er laut und für die Verhältnisse viel zu oft seine Indifferenz gegen Staatsformen und Staats-Angelegenheiten. Es war also klar, daß er schwerlich jemals selbstständig in diese große Frage des Landes hinein greifen werde.

Sein Vater, ein kluger Mann, hat, wenn auch mit einem widerstrebenden Bedauern, dieses durch lange Zeit erkannt, und sah die Haltlosigkeit einer Regierung voraus, die von seinem Sohne allein geleitet werden würde. Während nun das Jahr 1847 mit seiner Ruhe über den Gesamtstaat Dänemark hinweg ging, mußte er darauf denken, den Weg der Politik für zwei Regierungen zugleich nämlich für die Seinige und die seines Sohnes festzusetzen.

Daher also die Stille, die dem offenen Briefe vom Jahre 1846 folgte. Man arbeitete und baute in Kopenhagen an Dänemarks Zukunft, und in der That lag durch die Verhältnisse selbst die Einleitung mit Nothwendigkeit in den Händen der dänischen Regierung.

Die Herzogthümer konnten ruhig warten, bis Friedrich VII. einst sterben würde. Dänemark mußte vorher handeln; es mußte die Brücke schlagen zur neuen Gesamt-Monarchie, und den Anstoß geben zu den Dingen, die da kommen sollten.

Dieserwegen ist es zuerst nothwendig, einen Blick auf die dänischen Verhältnisse zu machen, bevor man sich zu Schleswig-Holstein wendet; denn diese Verhältnisse haben mehr gethan, als die einzelnen Menschen, und noch in diesem Augenblicke sind sie es eigentlich, die dort herrschen.

Diese Verhältnisse aber mußten um so mächtiger seyn, als die der Regierung nur mit höchster Abneigung obliegende Persönlichkeit Friedrich des VII. den bewegenden Elementen durchaus freien Spielraum ließ.

Der Gang der Dinge im Norden und das Schicksal Schleswig-Holsteins sind nicht zu verstehen, ohne Kenntniß der dänischen Zustände; die allgemeine, weit über ihre Grenzen gehende Bedeutung der Herzogthümer offenbarte sich von jeher zuerst durch den innigen Zusammenhang mit dem innersten Leben des baltischen Archipels.

Seit dem Jahre 1660, wo die dänische Adels-herrschaft gestürzt ward, hatte die absolute Monarchie sich auf dem Fußschemel einer allmächtigen Bureaucratie, die ganz Dänemark umfaßte, festgestellt.

Zwei Gründe hatten die Erhaltung dieser Bureaucratie bedingt, zuerst der Mangel eines freien und wohlhabenden Bauer- und Bürgerlandes, dann die große Zerplitterung der Monarchie in einzelne Landestheile, die keine Vereinigung des Volkslebens zuließ.

Nur Kopenhagen, mit seinen 120,000 Einwohnern, konnte für ein wirkliches Volksleben Raum ge-

ben und hier also konzentrierten sich die Kräfte, die Gedanken und die Tendenzen des Reichs.

Was in Kopenhagen siegte oder unterlag, das siegte oder unterlag auch in dem übrigen Dänemark. In diesem Kopenhagen gab es nun zur Zeit der Thronbestreitung Friedrich des VII. hauptsächlich drei Partheien, die mit dem Tode Friedrich des VI. entstanden waren, und auf die ganze Regierung Christian des VIII. den entschiedensten Einfluß ausgeübt hatten.

Die erste Parthei war die bureaukratische, die zugleich das aristokratische und das dynastische Element entschieden vertrat. An ihrer Spitze stand vorzüglich der Minister Dersted, der bekannte Rechtsgelehrte, ohne Zweifel der erste Jurist, den Dänemark jemals gehabt hat, ein Mann im Geiste der Kanzlei-Verwaltung groß gezogen, dem das Volk und die neue Zeit gänzlich unbekannt waren.

Bei großer formell-administrativer Arbeitstätigkeit und vielem Verstande achtete man die Ehrlichkeit und Reinheit seiner Gesinnung; allein ein gewisser Mangel an aristokratischer Hofsitte nahm ihm einen großen Theil seines Einflusses in den höchsten Kreisen.

Er war eine mächtige Stütze des Bestehenden und eine zahlreiche Schule von Gelehrten und Beamten schloß sich an ihn an. Doch um das Neue zu ergreifen, war er nicht jung genug, um das Große zu wagen, nicht ehrgeizig genug.

Als einer seiner Hauptfehler mußte gelten, daß er die Herzogthümer, wie dieses überhaupt bei den meisten Dänen der Fall ist, durchaus nicht kannte, und daher, von manchem Vorurtheil beherrscht, Vieles für möglich und Vieles Andere für unwahr hielt, was doch weder möglich noch unrichtig war.

Vor allen Dingen aber war Dersted kein Staatsmann, sondern nur ein Beamter; Christian VIII. überragte ihn darin weit, und daher konnte auch Dersted niemals in seiner Bedeutung eine gewisse Grenze überschreiten.

Der Mann, dem er in seiner Persönlichkeit und in seiner literarischen Laufbahn am nächsten stand, war der Professor Falk aus Kiel, der erste Gründer des alten Schleswig-Holsteinismus, bei dem, so wie bei Dersted, in dem Kanzlei-Deputirten der Staatsmann in dem Professor untergegangen war.

Wie aber auch diese Männer beschaffen waren, das treue und lebenswürdige Gemüth Beider ließ weder Neid noch Feindschaft gegen sie zu.

Neben Dersted standen noch Algreen Ulfing, ein kluger praktischer Mann, dessen Ehrgeiz aber kaum über einen Orden und Titel hinweg ragte, und der frühere Professor David, ein Renegat des Liberalismus, der, wie alle ähnlichen Renegaten, bald verscholl.

Den Mittelpunkt der Aristokratie bildete unter Christian dem VIII. der Landgraf Wilhelm von Hessen, ein Schwager des Königs und Gouverneur von Kopenhagen, verheiratet mit dessen Schwester Charlotte, deren Sohn Prinz Friedrich einen Thron besteigen soll, auf den ihn nichts, als das starre

Wort eines Gesetzes ruft, das seit zweihundert Jahren der Fluch Dänemarks gewesen ist.

Um ihn scharten sich die Trümmer der alten Adels-Aristokratie, unter welchen der Finanz-Minister Graf Moltke von Bregantvoed entschieden mit seinen feinen, echt aristokratischen Manieren und seinem großen Vermögen hervorragte.

Eine dynastische Parthei als solche gab es nicht, denn die Dynastie war für die Forderungen aller Partheien die unbestrittene Voraussetzung.

Das Organ dieser Nuancirungen der konservativen Parthei, die ihre Stärke erst in dem kommenden Jahre kennen lernen sollte, war und ist die halboffizielle »Berlingske Tidende«, die ein Mann von großen Kenntnissen und mit nicht weniger großer Gewandtheit der frühere Großhändler Nathansen, redigirte.

Die zweite Parthei war die nationale oder skandinavische, die in den dreißiger Jahren entstanden war, und bei dem Tode Friedrich des VI. zum ersten Mal als förmliche Parthei auftrat.

Man hatte während der letzten Regierungsjahre dieses alten Herrn die so nothwendigen Reformen nicht verfolgen mögen.

Als die Nachricht von seinem Tode bekannt ward, glaubte die junge Welt, daß mit Christian dem VIII. eine neue Zeit herankomme, und daß es nur einer bestimmten Manifestation bedürfe, um die gehofften Zugeständnisse zu erlangen.

Es war dieses ganz dasselbe Verhältniß, wie in Preußen beim Tode Friedrich Wilhelms des III. In Kopenhagen hielt man zu diesem Zwecke eine große Versammlung ab, wobei Orla Lehmann zum ersten Mal als Führer dieser Parthei auftrat und mit einer Erklärung der Hoffnungen des Volks an den König beauftragt ward.

Noch nie hatte ein dänischer König eine solche Deputation empfangen; daß Christian VIII. sie empfing, mochte schon an und für sich als ein großes Zugeständniß gelten.

In jedem Falle konstituirte dieser Empfang die Parthei, und von da an fing sie an mit großer Thätigkeit ihre Wirksamkeit zu entfalten.

Hier möge, was diese Parthei gethan und gewollt hat, nur die Bemerkung Raum finden, daß sie in allen Dingen das nationale und vorzüglich das skandinavische Element über die Freiheit stellte, und daß ihr Kampf gegen die konservative Parthei nur so weit ging, als sie fürchten mußte, daß das Uebermaß des konservativen Prinzips der nationalen Einheit entgegen arbeite.

Sie ging von der Ueberzeugung aus, daß die Freiheit sich schon finden werde, wenn man nur die Freiheit habe.

Die Regierung verfolgte Anfangs diese Parthei stark, und Orla Lehmann wurde sogar einmal gefänglich eingezogen; allein alle Staatsmänner sahen schon damals in ihr eine mächtige Stütze der Bestrebungen Christians des VIII., so daß sie bereits im Jahre 1844 vom Hofe völlig anerkannt und gerne gesehen wurde, denn ihr gehörte die nächste Zukunft.

Die tüchtige Jugend schloß sich ihr vor Allem an. Die dänische Propaganda war ihr Werk, und obgleich einige der bedeutendsten Männer in der geistigen Welt Dänemarks je nach ihrer Weise sich von eigentlicher Parttheistellung ferne zu halten suchten, so schien es doch klar, daß der Gang der Ereignisse sie in diese Partthei hineindrängen mußte, wenn die Entscheidung nahe.

Als das Jahr 1847 kam, blieb es keinem Zweifel mehr unterworfen, daß in ihr die eigentliche Macht Dänemarks zum Angriff und zur That ruhete, während die konservative Partthei die Macht der Vertheidigung in Händen hatte.

Und dieses Verhältniß war es, das über die Stellung beider Theile im folgenden Jahre entschied. Das Organ der National-Partthei war bekanntlich »Fædrelandet,« ein mit Geist herausgegebenes Blatt, dem aber eine solide Basis in der administrativen Kenntniß fehlte, und das außerdem die Preßgesetze nach allen Seiten hin beschränkten.

Die dritte Partthei war kaum als eine solche zu bezeichnen, und erschien gleichsam nur als das Salz der andern, die doktrinär demokratische Partthei mit dem Blatte »Ribbenhavensposten.«

Sie vertrat Ideen, die sie selbst nicht erzeugte, und eine Macht, die sie, damit sie nicht verschwinde, selbst täglich neu erzeugen mußte.

Ihr Ziel lag so ferne und hatte vor allen Dingen mit der nächsten politischen Lebensfrage Dänemarks so wenig zu thun, daß man kaum mit ihr rechnete.

Sie erschien als äußerster Anfang der nationalen Partthei, und war auch nichts Anderes, da sie, wie die Demokraten überhaupt, über die Starrheit ihres Prinzips das Verhältniß der wirklichen Dinge übersehen.

So standen nun die Parttheien in Kopenhagen, in dem Hauptstosse des politischen Lebens von Dänemark. Die dänischen Provinzen, die Inseln und Zümland bedeuteten wenig, denn hier war kein bestimmter Geist in der Bevölkerung, und nur die nationalen Sympathien fanden Anklang; allein ein aufmerksamer Beobachter konnte leicht erkennen, daß Alles von der Hauptstadt abhängt.

Was die schleswig-holsteinische Frage betraf, so standen diese sämtlichen Parttheien, wenn nicht auf demselben Standpunkte, so doch vor demselben Ziele, und es ist nicht ohne Bedeutung für die folgende Zeit, die verschiedene Auffassung desselben Prinzips bei jenen Leitern der Bewegung zu betrachten.

Die ganze konservative Richtung hielt zunächst an beiden Herzogthümern fest; die hohe Aristokratie, aus allgemeinem dynastischem Interesse, die Bureaucratie, aus der ihr inwohnenden Abneigung gegen jede Bewegung des Volks, und dann freilich auch aus der wohlbegründeten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Herzogthümer für Dänemark; der Hof aus Ueberzeugung von der zugleich juristischen und politischen Richtigkeit seiner Forderung auf die Erhaltung der Gesamt-Monarchie.

Indessen erschien die ganze konservative Seite nicht ganz abgeneigt, in Beziehung auf Holstein itzgend ein Abkommen zu treffen, vorausgesetzt, daß daselbe das Herzogthum Schleswig nur noch fester an Dänemark anschließe.

Die nationale Partthei wollte von Holstein unter keiner Bedingung etwas wissen. Sie hatte geschichtliche Kenntnisse genug, um die Hoffnungslosigkeit einer Dänistruung Schweswigs einzusehen, so lange dasselbe mit Holstein verbunden blieb; und haßte und fürchtete in einem gleichen Maße die Verbindung Dänemarks mit Deutschland, die durch Holstein gegeben ward; sie wollte »Dänemark bis zur Eider« konstituiren, und Holstein seinem Schicksale überlassen. Für dieses Dänemark dann wollte sie freilich auch das Alleräußerste wagen.

Die demokratische Partthei endlich, die mit ihren liberalen Tendenzen tief in die nationale hineinreichte, hielt den Grundriß fest, und verfocht ihn mit einem großen Eifer, daß eine Harmonie und Einheit der Herzogthümer nur durch eine Verfassung erreicht werden könne; und forderte eine Konstitution als Basis des Gesamtstaats.

Sie wies auf die trüben Zustände Deutschlands unter dem alten Bundestag hin, und ermüdete nicht zu wiederholen, daß man die Hälfte der Bevölkerung beider Herzogthümer durch eine Maßregel im Sinne wahrhaft konstitutioneller Freiheit mehr, als durch alle Bande der Dynastie und der Gewalt mit Dänemark verknüpfen würde.

Dieser Partthei stimmten Viele bei, die auch gerade nicht zur Partthei gehörten. Alles dieses hatte König Christian VIII. in seinem letzten Lebensjahre wohl erkannt und erwogen.

Die Angelegenheit bildete in allen ihren Bezeichnungen den Gegenstand häufiger und ernsthafter Sitzungen des geheimen Staatsraths, und es konnte nicht fehlen, daß die Verleihung einer Verfassung das einfachste und sicherste Auskunftsmittel zur Lösung der Frage erschien.

Allein hier muß noch ein Punkt hervorgehoben werden, der für die gerechte Würdigung der Dinge in der künftigen Geschichtschreibung von großer Wichtigkeit ist.

Manche mit den Verhältnissen wohlbekannte Männer haben schon damals zum Theil mit einem unmutigen Erstaunen gefragt, warum denn der König Christian VIII. nicht eher jene Verfassung, die den Anstoß zu einem völligen Bruche gab, und warum er sie nicht in einem liberalen Sinne gegeben habe.

Viele halten daher diese Halbheit und Verjögerung mit Recht für den größten Fehler in der ganzen Regierung Christians des VIII.

Der Grund, warum er aber zögerte, lag keineswegs in einer persönlichen Abneigung gegen die Freiheiten des Volks, sondern darin, daß er damals während der unbestrittenen Herrschaft des alten Systems, durch einen solchen Akt unter den übrigen Fürsten von Europa isolirt worden wäre.

Das mußte der König, und das war es, was er fürchtete. Darum versuchte er zuerst alle andern

Wege, und selbst den einer Transaktion mit dem ersten schleswig-holsteinischen Kanaten, dem Herzoge von Augustenburg, dem er Hoffnung auf die dänische Krone machen ließ, wenn er seinen Antheil an dem Widerstande der Herzogthümer aufgeben wolle.

Der Herzog aber war viel zu klug, um nicht die Gefahr eines solchen Akts einzusehen. Bei der großen Wuth der Dänen gegen ihn und sein Haus, und bei den klaren Bestimmungen des noch geltenden Königs-gesetzes, nach welchem er kein legitimes Recht auf die dänische Krone haben konnte, mußte er begreifen, daß er mit einem Eingehen auf diese Vorschläge ganz gewiß seine Stellung in den Herzogthümern verlieren, und höchst wahrscheinlich auch die dänische Krone nicht gewinnen würde.

Wer konnte überdies auch wissen, ob dieses nicht eine Falle war; und dieserwegen schlug er es auch aus, und er hatte sehr wohl gethan.

Auf diese Weise war Christian dem VIII. der Weg eines dynastischen Abkommens abgeschnitten, und nun dachte er endlich ernstlich daran, mit einer Verfassung hervorzutreten.

Allein auch dabei drückten die gewöhnlichen Bedenklichkeiten den einzig richtigen wahrhaft kühnen Entschluß zu Boden.

Christian VIII. sah die Schwächen seines Nachfolgers, und es war auch nicht schwer, vorher zu wissen, daß er ganz in den Händen seiner Rathgeber seyn werde.

Sollten ihn alle Partheien unterstützen, so mußte die Verfassung allen Partheien in Dänemark zusagen, vor Allem aber mußte sie nicht von der Art seyn, daß sie die befreundeten Regierungen durch wirkliche Freisinnigkeit stuzig machte.

Statt sich daher rückhaltlos in die Arme des Volks zu werfen, beschloß Christian eine Verfassung, die man in jeder Beziehung eine halbe Maßregel nennen mußte.

Er wollte sie vielleicht selbst veröffentlichen, vielleicht war sie vom Anfang her zu seinem Vermächtniß bestimmt, denn wer dachte damals an die Möglichkeit des Jahres 1848? und so durchschnitt der Tod die Frage.

Am 20. Jänner wurde Friedrich VII. König von Dänemark, Herzog zu Schleswig und Holstein, und nach der Weisung des Todten veröffentlichte er am nämlichen Tage das Patent, das für Dänemark der offene Brief, für die Herzogthümer aber die königliche Urkunde genannt wurde.

Dieses Patent zeigte sogleich, daß der König durchaus den Weg seines Vaters beobachten werde, und er sagte darin, daß es »der erste und wichtigste Endzweck des neuen Fürsten seyn werde, den von seinem Vater aufgestellten Beispiele zu folgen.«

Den Hauptpassus klärte die nächste Zukunft sowie die nächste Vergangenheit auf, nachdem die Urkunde es aussprach, daß Friedrich VII. nicht allein die von dem Verstorbenen angefangenen Verbesserungen in der Verwaltung fortsetzen, sondern auch die von ihm beabsichtigte Ordnung der öffentlichen Verhältnisse des Staats vollenden wolle, deren Vollführung allein durch

seines Vaters Krankheit und dessen Tod ausgesetzt worden sey.

Dieser königlichen Urkunde folgte dann bald darauf das Kanzlei-Patent, wodurch ein allerhöchstes Reskript wegen Einführung einer Verfassung zur öffentlichen Kunde gebracht ward.

Die in diesem Patente veröffentlichte Anbahnung einer Verfassung mußte über das nächste Schicksal des Reichs entscheiden, und man nahm daher das Patent mit der höchsten Spannung auf. Es enthielt keine Verfassung, sondern nur die allgemeinsten Grundzüge derselben und die Bestimmung über die Form, in welcher die Verfassung gemacht werden sollte.

Der Schwerpunkt dieses ganzen Erlasses lag in zwei Bestimmungen, nämlich zuerst in dem Maße öffentlicher Freiheiten, die derselbe dem Lande zugestand, denn dieses Maß mußte entscheiden, ob die liberale Parthei um seinerwillen sich vielleicht zur Nachgiebigkeit in Betreff des öffentlichen Rechts geneigt finden würde, dann in der Art und Weise, wie man die Dänen den Deutschen gegenüber gestellt hatte, denn damit war das Maß der Möglichkeit gegeben, überhaupt Dänen und Deutsche jemals in einer und derselben Verfassung zusammenzustellen.

Die Rechte, welche der König dem Volke durch die neue Verfassung zu geben beabsichtigte, bestanden in einer beschließenden Mitwirkung bei Veränderungen in den Steuern und bei der Finanz-Verwaltung, so wie auch bei der Erlassung von Gesetzen, welche die gemeinschaftlichen Angelegenheiten des Königreichs und der Herzogthümer betreffen; dann in dem Rechte auf Anträge, welche unmittelbar die gemeinschaftlichen Interessen des Königreichs und der Herzogthümer angehen. Nebenan sollten für die Verwaltung aller Theile des Königreichs die alten Provinzialstände mit ihrer Rechtlosigkeit fortbestehen.

Das Erste war so sehr auf Schrauben gestellt, daß es bei Vernünftigen kein Vertrauen gewinnen konnte; das Zweite zeigte deutlich, daß man dem Volke eigentlich kein einziges wirkliches Recht zuzugestehen beabsichtigte, denn nichts war von der Selbstregierung des Volks entfernter, als die Verfassung der bisherigen Provinzialstände vom Jahre 1834.

Also schon diese Bestimmungen mußten den Erfolg der ganzen Maßregel sehr zweifelhaft machen. Entscheidend war aber der zweite Theil des Patents, nach welchem zur gemeinsamen sorgfältigen Erwägung der neuen Verfassung eine Anzahl erfahrener Männer nach Kopenhagen berufen werden sollten.

Die Zusammensetzung dieser Versammlung blieb eigentlich der wichtigste Punkt, und man muß ihn sich vergegenwärtigen, um den Widerspruch zu erklären, den das Verfassungs-Patent fand.

Als Grundlage der Zusammensetzung galt zunächst die gleiche Anzahl der Dänen und der Deutschen, und zwar so, daß das Königreich 18 und die Herzogthümer 18 Männer wählten.

Diese Wahl sollte nach den Klassen der Abgeordneten in den bisherigen Provinzialständen von den Mitgliedern derselben und aus ihrer Mitte vor sich gehen.

Dann behielt sich der König selbst die Wahl von acht Mitgliedern in Dänemark, von vier Mitgliedern in Schleswig und von vier Mitgliedern in Holstein bevor.

Dazu fiel es auf, daß dieser verfassungsgebende Körper noch einige andere Gesetze von höchster Wichtigkeit, besonders das Wehrpflicht- und Münzgesetz, beraten und nicht etwa für die Reichs-Versammlung, sondern nur für die Provinzialstände vorbereiten sollte.

Dieses war das entscheidende Patent, welches den Wendepunkt in dem Kampfe der beiden Theile der Monarchie bildete.

Es hätte von einem unendlich segensreichen Einfluß seyn können; aber ganz durchdrungen von dem kläglichen Charakter jener Halbheit, die damals eine höchste Staatsweisheit schien, vermochte es Nichts als endlich einmal klar und bestimmt die Nutzlosigkeit aller unentschiedenen Transaktionen zu beweisen.

In Dänemark zunächst traten sowohl die nationale als die demokratische Parthei dem Vorschlage der Regierung mit der entschiedensten Energie entgegen. Die erstere rügte zwei Dinge: erstens, daß die ganze Basis der Gleichheit in der Vertretung der beiden Nationalitäten eine höchste Ungerechtigkeit gegen das dänische Volk, das so viel stärker an Zahl und Gewicht sey, enthalte.

Zweitens aber, daß die Regierung weder klug noch gerecht handie, nachdem sie Holstein mit aufnehme.

Dänemark wolle nichts von dem durchaus deutschen Holstein wissen; von jeher sey alles Unglück aus Deutschland gekommen, und man werde nie und nimmermehr zugeben, daß eine verfassungsmäßige Bewegung dieses Verhältnisses Statt finde.

Die demokratische Parthei erhob darneben eine laute Klage über das geringe Maß von volksthümlichem Recht, das man zugestanden hatte.

Wenn selbst in einem solchen, über die ganze Zukunft eines Staats entscheidenden Augenblicke so wenig offen und so engberzig verfahren werde, meinte sie, woher solle dann Vertrauen zur Regierung, Hoffnung auf die Zukunft kommen?

Die Bewegung in Dänemark nahm von Tag zu Tag zu und die mächtige nationale Parthei bearbeitete das ganze Land, Kopenhagen, die Inseln, ja selbst Zütland.

In allen Orten wurden Volks-Versammlungen abgehalten, allenthalben sprach man sich gegen dieses Gesetz aus, und bevor drei Wochen vergangen waren, konnte ein aufmerklicher Beobachter bereits mit Bestimmtheit sagen, daß der ganze Plan der Regierung, im Königreiche das Volk auf diesem Wege für die Gesamt-Monarchie zu gewinnen, gänzlich gescheitert sey.

Dieses war aber in jener Zeit mehr als eine bloß verfehlte Regierungs-Maßregel. Die beständige Bearbeitung dieses Gegenstandes hatte endlich auch in Dänemark die allgemeine Ueberzeugung erweckt, daß von der richtigen Behandlung und Entscheidung dieser Frage die ganze Zukunft Dänemarks abhängt.

Bisher hatte das alte Regierungssystem mit seiner ganz bürokratischen Haltung ausschließlich Macht und Verantwortung in Händen gehabt, und es erschien durchaus unerhört, daß ein Ministerium anders als durch den Tod seiner Mitglieder Veränderungen erfuhr.

Jetzt durchdrang das Volk die Ahnung, daß ein Minister mehr sey als ein Verwaltungs-Beamter, und daß unter dem Drange der Umstände auch diese bisher für geheiligt gehaltenen Personen dem Volkswillen weichen müssen.

Es schien dieses schon an und für sich ein ungeheurer Schritt vorwärts, und mehr noch in der damaligen Lage, wo so Großes von dem Ministerium abhing.

Alles drängte sich daher auf diesen Punkt zusammen; lang verheßter Grimm, heimlicher Neid, kühne Hoffnungen, unklarer Instinkt arbeiteten gemeinsam an der ersten Grundlage einer freien Verwaltung, dem Prinzip des Wechsels der Ministerien.

Vor Allem aber traten jetzt die Führer der nationalen Parthei hervor, an ihrer Spitze Orla Lehmann, dem der sichere Instinkt seines Ehrgeizes endlich das Thor der Zukunft öffnete.

Er erkannte, daß der Sturz des Verfassungs-Patents der Sturz des Ministeriums seyn müsse; und schon wagte er zu hoffen, daß alsdann nur ein nationales Ministerium möglich seyn werde.

Mit unglaublicher Anstrengung wurde gearbeitet und agitirt, und mitten in dem Untergange des alten Systems sah man bereits die Umrisse der neuen Ordnung der Dinge, ein Volks-Ministerium zur Seite eines absoluten Throns, den schneidendsten Widerspruch der alten und der neuen politischen Welt, und damit den Anfang einer neuen Epoche für Dänemark entstehen.

So griff jenes Patent in seinen Folgen für Dänemark weit über seinen nächsten Inhalt hinaus; für die Gesamt-Monarchie ein Wendepunkt, ward es dieses nicht weniger für die Verfassung des eigentlichen Königreichs.

Mit ihm und durch dasselbe war ein neues Prinzip in dem alten Insel-Staat hinein gedrungen. Die Jugend fing an, sich über das Alter zu stellen, und statt daß das Königthum mit seinem Gesetze eine Verfassung ohne Mitwirkung des Volks geschaffen hatte, rief die nationale Bewegung zum ersten Mal seit Jahrhunderten das Volk auch ohne Verfassung zum Eingreifen in die Lebensfrage des Staats auf.

Bevor auch noch nur die Ahnung der französischen Revolution aufdämmerte, war in Dänemark die wahre Revolution im Grunde schon vollzogen; das alte Prinzip war mit der Bewältigung des Regierungsplans innerlich gebrochen, und der Grundstein eines freien und volksthümlichen Staatslebens für Dänemark gelegt.

Es ist vom höchsten Interesse, den ungemeinen Einfluß des deutschen Lebens auf die Entwicklung des dänischen Staats, zu betrachten.

Der erste König von Skandinavien, Freiherr von Pommeren, war ein Deutscher; das Oldenburger

Haus kam aus Deutschland, der Verfasser des dänischen Königs-Gesetzes, Namens Griffenfeld, war in Holstein geboren, der bureaukratische Reformator von Dänemark stammte aus Holstein, die ständische Institution vom Jahre 1834 war von dem Schleswiger Uwe Lornsee auch für Dänemark erzwungen worden; Orla Lehmann ist ein Holsteiner in Kopenhagen von deutschen Eltern geboren worden.

Endlich ist es die schleswig-holsteinische Frage, die in Dänemark die neue Zeit eines bessern Lebens erzeugt, und der deutsche Dehlenschläger war es, der eine neue dänische Literatur gründete.

Und dennoch — aber vielleicht eben darum, haben die Dänen das Deutsche, wo sie es finden.

Es ist klar, daß entweder Freundschaft und Feinde zwischen beiden Elementen erstehen, oder daß das Dänenthum von den Deutschen verschlungen werden muß. Die nächste Zeit wird auch dieses entscheiden, und diese Entscheidung ist durch den alten Zankapfel des Nordens, die schleswig-holsteinische Frage endlich zur unvermeidlichen Nothwendigkeit geworden.

So standen nun die Sachen im Königreiche im Anfange des Monats Februar 1848.

In einem Lande, wo es keine freie Presse und kein Vereinsrecht gibt, kann es niemals bestimmt ausgeprägte politische Partheien geben. Es wird da wohl eine Bewegung entstehen können, allein sie wird selten oder nie einen bestimmten Verlauf nehmen; das Bedürfniß des Volkslebens, gewissermaßen organisch gegliedert in seinen Partheiungen aufzutreten, ist so groß, daß es jeden Anstoß benützt und ausbeutet, um jene Partheien zu bilden.

Schleswig-Holstein lag in jener Zeit, wie das ganze übrige Deutschland, tief geknechtet unter dem kläglichem Druck der Censur, die keine freie Meinung offen aufzutreten ließ.

Die besten Männer des Landes fühlten wohl die Nothwendigkeit einer Verständigung mit dem Volke, über die Grundlage der Dinge, die man vorher sehen konnte; allein diese Verständigung selbst machte der Polizei-Staat ihnen unmöglich.

Nur ein Gebiet gab es, auf welchem das Wort nicht gebunden war; und dieses war das rein rechtliche Gebiet, auf welchem nun thätig gewirkt wurde. Man wies nämlich die rechtliche Selbstständigkeit der Herzogthümer so oft nach, daß sie endlich zu einem allgemeinen Glaubensartikel wurden.

Zugleich versuchte man, so weit es erreichbar war, die großen Nachteile, welche den Herzogthümern aus der Verbindung mit Dänemark entspringen würden, in jeder Weise deutlich zu machen.

Endlich war der dänischen Propaganda ein kräftiges Aufgebot des deutschen Nationalgefühls entgegen gesetzt, und so dem Volks-Bewußtseyn allerdings ein bestimmter Inhalt gegeben worden.

Allein die Herzogthümer kamen bald so weit, zu wissen, was sie nicht wollten, aber sie wußten nie, selbst in diesem Augenblicke nicht, was sie wollten.

Es ist dieses ein Unheil, das auf diesem Lande liegt, und das sie der höchsten Ehre, die ein kleines Land in dem verfloßenen Jahre hätte erringen können, zu ihrem und zu Deutschlands großem Schaden beraubt hat.

Darin waren alle einig, daß man nicht zu Dänemark gehören wolle; was man denn nun außerhalb Dänemark seyn und beginnen wollte, das konnte Niemand sagen.

Schon seit Jahren war dieses der Zustand der öffentlichen Meinung; aus ihm ging die Energie hervor, mit welcher man sich im Monate März erhob, sowie die Kraftlosigkeit, als diese Erhebung geschehen und die Losreißung vollzogen war.

Wenn man dieses weiß, weiß man im Grunde die ganze innere Geschichte der schleswig-holsteinischen Revolution mit allen ihren schönen und ihren trüben Seiten.

Trotz dieses partheilichen und unorganischen Zustandes der öffentlichen Meinung im Großen und Ganzen, gab es indessen gewisse allgemeine Richtungen in derselben, in welche die Ungeburt von Partheien gegeben war, und deren Verhältniß später über das Schicksal des Landes entschied.

Die eigentliche Aristokratie Schleswig-Holsteins bestand und besteht aus den großen adeligen Gutsbesitzern, die ihren Vereinigungspunkt in der schleswig-holsteinischen Ritterschaft haben.

Dieser Adel der Herzogthümer war durch und durch deutsch, und zeichnete sich bei aller Starrheit gegen eine freie Bewegung des Volkes dennoch stets durch ein strenges und tapferes Festhalten an den Rechten des Landes aus; bei den Meisten gewiß nicht bloß darum, weil diese Landesrechte zugleich die Privilegien der Ritterschaft enthielten.

Unter dieser Aristokratie ragte die Familie der Reventlow als eine der ersten hervor. Die beiden Hauptpersönlichkeiten in ihr, die Grafen Reventlow-Preeß und Reventlow-Fersbek sind in der letztern Zeit in ganz Deutschland bekannte Männer geworden; und der Erstere galt entschieden als der Bedeutendere.

Reventlow-Preeß, so genannt als der Probst des adeligen Klosters oder Stifts Preeß, war noch ein junger Mann. Er war stolz und in jeder Beziehung eine hochadelige Natur, streng abgeschlossen, fest, furchtlos, von der Natur und vom Geschick dazu bestimmt, der Führer der aristokratischen Parthei in einer Volksvertretung zu seyn, aber auch zu nichts Anderem mehr; denn bei großer persönlicher Kühnheit fehlte ihm die Kühnheit des Gedankens, der sichere Blick, der den Staatsmann macht, das gläubige Vertrauen auf die hohe Bestimmung des Volkes, die klare Einsicht in die Elemente, welche die neue Zeit beherrschen.

Er mochte sie vielleicht nicht kennen lernen, denn er wußte, daß er sie nicht lieben kann; er verachtete den Schein des Volksmannes, aber er achtete nicht genug den wirklichen Volksmann.

Er war unbestechlich für Alles, was den Menschen gewinnt, aber er wußte weder selbst zu bestechen noch zu gewinnen.

So war er hochgeachtet, aber wenig geliebt; das Volk vertraute ihm, daß er seine Pflicht thue, aber es fühlte, daß diese Pflichterfüllung das Land nicht retten wird; denn der Graf stand streng und fest auf dem Rechtsboden, und dieser Rechtsboden war gegen Dänemark nur die Verhinderung gewisser Uebergrieffe, nicht die Forderung einer wirklichen Trennung der Herzogthümer.

Eben dadurch stand er freilich an der Spitze der Grund-Aristokratie, denn auch diese war keineswegs gesonnen, irgend etwas gegen Dänemark zu thun, das in seinen Konsequenzen ihre eigenen Vorrechte gefährden konnte.

Wer den Grafen kannte, wußte daher, daß bis zu einem gewissen Punkte die Sache der Herzogthümer in ihm und in seiner Parthei die mächtigste Stütze, über diesen Punkt hinaus aber einen bedenklichen Gegner finden werde.

Konnte man somit den Grafen Reventlow-Preß als die Hauptperson in dem energischen und liberalen Theile der Ritterschaft ansehen, so war sein Oheim, der Graf Reventlow-Jersbek, der Führer der äußersten konservativen Rechte.

Neben einigen wirklich dänisch-gesinnten Adelligen gab es nämlich nur eine dem Gewicht nach ziemlich mächtige Parthei, die allerdings den dänischen Präntionen kräftig entgegen trat, weil sie bei einer engern Verbindung mit Dänemark, wo es bekanntlich keinen rechten Adel gibt, ihre aristokratische Stellung gefährdet sah, die aber um keinen Preis eine Erhebung durch das Volk und für das Volk wollte.

Diese Parthei trat im Anfange der Revolution in den Hintergrund; sie wurde einflussreicher, je mehr die Diplomatie die Sache dem Volke aus den Händen nahm.

Als der Malmber Waffenstillstand durchging, hatte sie den Platz an der Spitze der Verhältnisse eingenommen, den bisher die linke Seite des Adels gehabt hat. Das Haupt dieser Parthei war nun der Graf Reventlow-Jersbek.

Dieser Graf war außerdem der Schwager des Herrn von Radowiz, und dem preussischen Interesse um so wärmer ergeben, je entschiedener das preussische Kabinet den Bewegungen des preussischen Volks entgegen trat. Seine Wirksamkeit war sehr kurz und durchaus negativ.

Als Präsident der gemeinschaftlichen Regierung seit dem 29. Oktober 1848, hatte er nichts gethan, woran man ein liebes oder ein großes Andenken hätte knüpfen können.

Daß aber gerade ein solcher Mann an die Spitze der Geschäfte kommen konnte, zeigte mehr als alles Andere, daß das Volk selbst rathlos und nur negativ zu Werke gegangen war.

Unmittelbar neben der Aristokratie, eng mit ihr verwandt und in immerwährender Verührung mit ihr, stand die Parthei, die man als die alte schleswig-holsteinische Parthei bezeichnete.

Sie ist hauptsächlich durch die vereinten Bestrebungen zweier Männer begründet, von welchen die

Eine dem großen Deutschland angehört, nämlich Dahlmann und Falk.

Als mit dem Jahre 1815 die dänischen Nationen systematisch die Vernichtung der nationalen und rechtlichen Selbstständigkeit der Herzogthümer anbahnte, da schloßen sich die besten Professoren der Universität von Kiel zusammen, um dem Dänenthum einen festen Damm entgegen zu setzen.

Sie waren damals von allen Seiten beschränkt. Ein Volksleben gab es noch nicht, die Presse war gefesselt, der Bundestag zeigte sich Niemanden freundlich, der es mit dem Volke gegen die Fürsten hielt.

So blieb nun nichts übrig, als die reine Ritterschaft, und vor Allem das öffentliche Recht und die Geschichte, um die Dänen von der deutschen Grenze abzuwehren.

Sie warfen sich mit Eifer auf dieses Feld und machten aus historischen Forschungen und rechtlichen Untersuchungen eine Waffe, die den Dänen furchtbar genug wurde.

Ihr Organ waren die »Kieler Blätter,« zu ihrer Zeit eine treffliche Zeitschrift, und nicht als der schlechteste, wenn auch als der letzte Beweis dafür muß es gelten, daß sie die Herausgeber im Jahre 1819 nach den Karlsbader Beschlüssen, lieber eingehen ließen, als daß sie sich der Censur unterworfen hätten.

Die Hauptthätigkeit dieser Richtung bestand aber in der Erziehung der studirenden Jugend zu der festen Ueberzeugung von der Rechtmäßigkeit der Forderungen der Herzogthümer auf Selbstständigkeit, Untheilbarkeit und verwandtschaftliche Erbfolge.

Es ist dieses ungemein hoch angeschlagen; denn die ganze Beamtenwelt, in diesem Sinne belehrt, hielt und hält an jenen Prinzipien mit einer unerschütterlichen Treue fest; es ist keine Frage, daß die ganze Revolution entweder nie oder in einem ganz andern Sinne gekommen wäre, wenn jene Lehre nicht den rein historischen Rechtsboden zum ewigen Fundamente gemacht hätte.

Das Haupt dieser Richtung war unstreitig der Professor Falk aus Kiel, dessen Namen unter den Juristen bekannt genug ist.

Dieser Mann vereinigte in sich alle Vorzüge und alle Mängel der Parthei mit einer so großen persönlichen Liebenswürdigkeit und einer fast kindlichen Reinheit des Gemüths, daß er zu den Wenigen gehört, von denen man sagen kann, daß sie viele Freunde, manche Verehrer, wenige Gegner und keinen Feind haben.

Als Begründer der wissenschaftlichen Darstellung des schleswig-holsteinischen Rechts stand er mit seinen ausgebreiteten Kenntnissen in einem hohen Ansehen; die Energie, mit welcher er bereits im Jahre 1816 dem Dänenthum entgegen getreten war, die unerschütterliche Behauptung der schleswig-holsteinischen Selbstständigkeit, die Klarheit und Wärme der Rechtsentwicklung, und die höchsten persönlichen Verbindungen machten ihn zum ersten Mann des doktrinären Schleswig-Holsteinismus.

Er war der lebendige Typus der Ideen, welche diesen bewegten. Er wollte das legitime Recht, aber

dieses auch um jeden Preis. Nach seinen Grundsätzen trat mit dem Aussterben der männlichen Linie des Königshauses die jüngere königliche Linie auf den Thron der Herzogthümer.

Dieses war es, was er wollte, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Ihm ist es nie in den Sinn gekommen, andere Rechte anzuerkennen, als die verbrieften und gesetzlichen; er wollte Nichts durch das Volk; Weniges für das Volk. Alles durch und für die legitimen Ansprüche.

Die Faktoren des Jahres 1848 kannte er nicht; er war nicht reaktionär, aber er wies alle Elemente zurück, die nicht in seinem Gesichtskreis lagen, und gelangte so dazu, Dasjenige für etwas Feindliches zu halten, was sich nicht mit seiner Auffassung begnügen konnte. Er war kein Redner, aber er sprach gut, doch zum Volke nie.

Falk erscheint als ein Mann, an dem der wüthendste Drang der dänischen Propaganda zerschellen mußte; aber er war unfähig, die Zügel zu halten, nachdem der alte Zustand einmal gebrochen war; jede Spur vom Staatsmanne ist in dem Professor untergegangen.

Um die großen deutschen Interessen der Einheit und Freiheit kümmerte er sich wenig; am wenigsten fragte er nach dem Verhältniß der schleswig-holsteinischen Frage zur deutschen, oder gar zur europäischen Politik.

Kräftig, klar, kenntnißreich wie sein Vorbild Moser hat er dennoch nie die Fürsten oder das Fürstenthum zu bezweifeln gewagt, wie Jener.

So war Falk, und so war die ganze altschleswig-holsteinische Richtung. Sie war eine große Macht gegen Dänemark, aber machtlos so wie die Trennung geschehen; sie war es, die mit der Aristokratie im Bunde Schleswig-Holstein von Dänemark losgerissen, aber sie war es auch, die es planlos in die Hände der Diplomatie gelegt hat, als die Trennung geschehen war.

Die dritte Parthei war die demokratische; es versteht sich, daß sie diesen Namen erst im Jahre 1848 erhalten hat.

Sie hatte im Allgemeinen die Stellung in Schleswig-Holstein, welche die Parthei der »Kjobenhavns post« in Dänemark besaß.

Die Demokratie hegte keine große Achtung vor dem legitimen Recht und historischen Patriotismus; sie hoffte nicht viel von einer Trennung von Dänemark als solcher; ihr war es nicht um den selbstständigen Staat Schleswig-Holstein, sondern vielmehr um die freiheitliche Entwicklung des Einzelnen zu thun.

Sie wollte den Boden des aus dem Volke selbst geschaffenen Rechts; sie wollte das Volk nicht durch den Rückblick auf seine Geschichte, sondern durch den freien Blick in die Zukunft erheben.

Sie bildete daher eben so entschieden Opposition gegen Dänemark als die Altshleswig-Holsteiner, aber sie stand auf einem andern Boden und vor einem andern Ziel.

Ja wegen diesen Ziels hätte sie von dem historischen Recht und dem schleswig-holsteinischen Staate

gerne Manches zum Opfer gebracht. Volks-Vertretung, Vereinsrecht, Presse, Kampf gegen Beamten-Willkür aller Art, dieses war das Gebiet, auf welchem sie sich bewegte, und in welchem sie die Sympathien, besonders der niedern Stände fand.

Da in jener Zeit alle unfreien Maßregeln aus Dänemark kamen, so sammelte sie ihre Kräfte mit derselben Energie gegen diesen äußern Feind der Freiheit, mit der sie gegen den innern Feind aufgetreten seyn würde.

Ihrer Wirkksamkeit ist es zu danken, daß der sogenannte gemeine Mann, Dänenthum und Unfreiheit identifizirend, so kräftig und rückhaltslos der Erhebung des Landes beitrug.

Allein dafür mangelte ihr in Schleswig-Holstein wie im ganzen Deutschland eine wirklich staatsmännische Kapazität und ein höherer, die Verhältnisse beherrschender Blick.

Sie konnte in der That nur das Prinzip, wenig den Boden, auf den sie es verpflanzte; ihr Streben war, wie dieses der Charakter der Demokratie überhaupt ist, mit der Erkämpfung der freien Form befriedigt und zu Ende.

Sie hatte nie darüber nachgedacht, was sie mit dieser Form beginnen werde, wenn sie da seyn würde, nie das Maß der Kräfte erwogen, das ihr entgegenstand, nie nach einem positiven letzten Ziel für ihr engeres Vaterland gerungen.

Endlich hatte sie auch wenig Kenntnisse von der Verwaltung und daher auch wenig Vertrauen in den höhern Schichten der Gesellschaft.

Nur die Umstände vereinigten sie mit den andern Partheien; wie diese gegen die dänischen dynastischen Ansprüche, kämpfte sie gegen die dänischen absolutistischen Maßregeln; ihre Macht war die der reinen Opposition.

Man konnte auch bei ihr im Voraus den Punkt bestimmen, wo sie mit ihrem positiven Inhalt und damit auch mit ihrer Fähigkeit die Zügel der Bewegung zu lenken, am Ende seyn würde.

Der Hauptführer dieser Richtung war Theodor Olshausen, Herausgeber des Kieler Korrespondenzblattes seit dem Jahre 1829; ein Mann von der reinsten und uneigennützigsten Ueberzeugung, von ungemeiner Schärfe des Verstandes, von unermüdblicher Thätigkeit, kein Redner, aber ein Sprecher für das Volk, klar, einfach, rücksichtslos, die Sache der niedern Klassen auf allen Punkten und gegen Jeden vertretend, das volle und unwandelbare Vertrauen derselben besitzend, und durch sein Blatt, obwohl er es mit weit mehr Prinzip als System redigirte, von einem bedeutenden Einflusse.

Es war das Organ, durch welches der niedere Bürgerstand die Dinge ansah, und hätte das Land große Städte gehabt, so würde er vielleicht zu seiner Zeit der mächtigste Mann der Herzogthümer gewesen seyn.

Allein schon vor der Revolution betrachteten ihn und seine Parthei Viele, und vorzüglich die Doktrinäre sowie der Adel, mit Mißtrauen und Bedenken, und die Bureaucratie konnte sich kaum verstehen, ihn

auch nur als Verbündeten anzuerkennen; denn man wußte, daß er, wie denn dieses der große Fehler aller Demokratie ist, dem Volke zu viel und der Regierung zu wenig geben und vertrauen wollte.

Neben ihm stand der Rechts-Anwalt Claussen in Kiel, später Abgeordneter in der deutschen National-Versammlung, der durch Derbheit und Kraft ersetzt, was ihm an klugem Verständniß der Dinge abging.

Anderer, die sich ihnen anschlossen, hatten weniger Bedeutung. Diejenigen, von welchen hier gesprochen werden soll, bildeten und bilden eigentlich keine Parthei, doch sind sie nicht ohne beachtenswerthen Einfluß geblieben.

Alle vorhergenannten Richtungen hatten, wie die ganze Zeit vom Jahre 1815 an, die höchsten Anstrengungen und Hoffnungen des Landes in dem Verhältnis zu Dänemark konzentriert. Sie hatten darüber Deutschland mit mehr oder weniger Bewußtseyn aus den Augen verloren.

Einige weil sie nichts von der gemeinschaftlichen Entwicklung Deutschlands hofften, Andere weil sie es geradezu nicht kannten. So benannte man z. B. Deutschland für alle Studierende das Ausland.

Es blieb also nothwendige Folge davon, daß man sich nicht gewöhnte, die schleswig-holsteinische Sache zunächst als eine deutsche, dann als eine europäische Folge aufzufassen. Und dieses war es vor Allem, was dem Kampfe gegen Dänentum jenen höhern Schwung nahm, den nur das Bewußtseyn geben kann, an einer großen Entscheidung mit freier Kraft theilzunehmen.

Auf der andern Seite kann man Deutschland den Vorwurf nachsagen, daß es sich ebenso wenig um Schleswig-Holstein und seine hohe Wichtigkeit kümmerte. Man wird sich wohl noch deutlich der Zeit bis zum Jahre 1842 und 1843 erinnern.

Wer, — kann man fragen, hat bis dahin, außer einer flüchtigen Bekanntschaft mit den nordalbing'schen Verhältnissen eine wirkliche Theilnahme des deutschen Volks an der Zukunft eines seiner wichtigsten Gebiete gesehen?

So standen sich damals Beide, die Herzogthümer und Deutschland, fern; dennoch aber war Zweierlei unendlich gewiß und klar. Schleswig-Holstein konnte nicht ohne Deutschlands Hilfe und Sympathie sich der deutschen Uebermacht erwehren und Deutschland konnte ohne Schleswig-Holstein keine Seemacht und kein sich selbst ganz genügendes Handelsgebieth herstellen.

Hier war daher eine wichtige Brücke zwischen dem Ganzen und seinem Theile zu schlagen; es gehörte aber dazu ein klarer Blick in die europäischen Verhältnisse, großer Eifer in kleinen und scheinbar vereinzeltten Arbeiten, und ein festes und gläubiges Vertrauen auf die Zukunft des deutschen Volks.

Der Weg zur Erreichung dieses Ziels war gegeben; es war die deutsche Presse, durch die man Schleswig-Holstein in Deutschland, Deutschland in Schleswig-Holstein einführen mußte.

Hatte einmal Deutschland die hohe Bedeutung seiner nördlichsten Provinzen erkannt, so blieb es keine Frage, daß es mit aller Kraft des Verstandes und

mit aller Wärme des Gefühls an ihnen festhalten werde.

Von dieser Ueberzeugung aus begannen in jenen Jahren einige junge Männer ihr Werk, die innige Verbindung Schleswig-Holsteins mit Deutschland zuerst im Geiste und Gemüthe des Volks diesseits und jenseits der Elbe zu gründen.

Es war damals die Zeit, wo das ganze deutsche Volk nach einem freien und kräftigen Worte dürstete, und mit wunderbarer Fügung ward die schleswig-holsteinische Frage die einzige, in welcher die deutsche Presse einen Kampf gegen fürstliche Unterdrückung von Volksrecht und Volksbewegung aufnehmen durfte.

So konnte es gelingen; und es gehört zu den ehrenvollen Momenten der deutschen Presse, daß sie zum Theil mit wirklicher Anstrengung dem Eifer jener Männer für die Sache Schleswig-Holsteins ganz unermüdet entgegen kam.

Schritt für Schritt wurde der Kampf derselben hier verfolgt, und man darf sagen, daß die deutschen Zeitungen in dieser Zeit sich zum Range wirklicher Geschichtsquellen erhoben haben.

Selten wohl hat das Auftreten der Tagespresse in Deutschland einen so großen und nachhaltigen Erfolg gehabt; für keine Landesache wurde jemals die öffentliche Meinung so entschieden und so dauernd gewonnen.

Es ist wohl nicht die Absicht, dieses hier genauer zu verfolgen; allein es wird sich Manches erklären, wenn man hier bemerkt, daß die Zeit für diese politische Entwicklung im deutschen Sinne zu kurz war, um auch den niedern Klassen mehr als ein ziemlich unbestimmtes Gefühl für die Einheit mit Deutschland einzusüßen.

Das erste Stadium dieser Entwicklung, eine fast blinde Hingebung, die sich in allerlei Manifestationen kund gab, war noch nicht vorüber, als die Bewegung unerwartet losbrach.

Daher kam es, daß die Wirksamkeit dieser Männer, deren Namen unwichtiger sind als ihre Arbeiten, zwar eine sehr große, daß aber ihr Einfluß gleichsam noch gestaltlos war, weil sie, so lange der alte Bundestag bestand, nichts Bestimmtes und Fassbares als letztes Ziel hatten aufstellen können.

Dennoch darf man sagen, daß Vieles gar nicht und Anderes niemals mit derselben Energie geschehen wäre, wenn diese ernstgemeinten und nicht undankbaren Bestrebungen nicht den Weg gebahnt hätten.

Das letzte und in vieler Hinsicht das bedeutendste Glied in diesen Zuständen bildete nun die Augustenburger Dynastie und ihre sehr starke Parthei in den Herzogthümern.

Es ist also durchaus nothwendig, sich von der Stellung dieses fürstlichen Hauses in der schleswig-holsteinischen Frage ein klares Bild zu machen, um die folgenden Ereignisse ganz übersehen zu können.

Die Augustenburger bilden bekanntlich die zweite männliche Linie des ältesten Zweigs der Oldenburger, und haben daher, wenn mit Friedrich dem VII. die erste Linie ausstirbt, das nächste Recht auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein.

Es ist merkwürdig genug, daß sie dieses ihr Recht bis zum Tode des Königs Friedrich des VI. wenig oder gar nicht geltend machten; jedenfalls war es kein Vortheil für sie, weil sie das Land schon lange daran hätten gewöhnen können; sie als den Mittelpunkt seiner Liebe und seiner Kämpfe zu betrachten.

Erst mit der Thronbesteigung Christian's des VII. traten die Augustenburger in den Vordergrund. Christian VIII. hatte mit dem Anfange seiner Regierung sogleich den Plan gefaßt, wenigstens Schleswig, vielleicht auch Holstein unzertrennlich mit Dänemark zu verbinden.

Die Augustenburger hatten vollkommen Recht, darin eine hohe Gefahr für ihre Hoffnungen zu sehen. Sie mußten jetzt dem Lande zur Seite treten und alle Richtungen unterstützen die nach einer endlichen Loslösung von Dänemark strebten; denn würde diese nicht gelingen, so waren sie für immer in die Klasse von fürstlichen Gutsbesitzern zurückgeworfen.

Gelingt aber die Befreiung von Dänemark, so gab ihnen das Erbrecht die fürstliche Krone eines der wichtigsten Theile Deutschlands.

Sie fingen daher den Kampf an, der ein Kampf für ihre Existenz, sowohl, als für ihr legitimes Recht war; und sie fingen diesen Kampf mit Umsicht und Nachdruck an.

Alein in diesem Kampfe kamen sie beinahe schon im Anfange in eine halbe, unklare Stellung. Es ist schon früher gesagt worden, wie alle Partheien gleich sehr, jede von ihrem Standpunkte aus, die Trennung und die Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins anstrebten.

Die Augustenburger sahen sich nun dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, allen Partheien zugleich sich so weit als möglich anzuschließen.

Alein seiner Natur nach war dieses eigentlich schleswig-holsteinische Fürstenhaus zugleich das Haupt und die Hoffnung der sehr mächtigen Aristokratie; jede auch nur entfernte Verbindung mit der demokratischen Parthei mußte also diese Stellung wankend machen, und dennoch konnte man die letztere Parthei in keiner Weise entbehren.

Hier lag nun die eigentliche Schwierigkeit der Lage dieses fürstlichen Hauses, und diese Schwierigkeit hat es nicht überwunden. Die Fürsten haben sich nie bestimmt für eine Parthei erklärt, und Viele wußten es ihnen sogar zu danken; aber eben darum hat sich auch keine Parthei als solche für sie erklärt, und man hätte voraussehen können und müssen, daß es in den herannahenden stürmischen Zeiten nicht genügen dürfte, als eine bloße Unvermeidlichkeit dazustehen.

Wenn man zu seiner Zeit gewagt hätte, so hätte man jetzt gewonnen gehabt. Doch ist es nutzlos, zu untersuchen, wie das Geschehene besser hätte geschehen können.

Das Haupt des allein erbberechtigten Fürstenhauses, der Herzog Christian Karl Friedrich August ist am 19. Juli 1798 geboren. Seine Mutter war die Tochter des Königs Christian des VII.; seine Schwester Karoline Amalie, war die Gemahlin

Christian's des VIII. seit dem Jahre 1815; aber sie blieb kinderlos.

Der Herzog selbst, vereint mit einer hohen fürstlichen Persönlichkeit, einem scharfen Verstand und mit ungewöhnlichen Kenntnissen, war ganz genau mit der Geschichte des Nordens bewandert, und Niemand kannte die Rechte seines Hauses besser als er.

Zu wenig dagegen kannte er das Volk, und bis zur letzten Zeit hatte er, auf seinen Schlössern in Augustenburg und Grabenstein residierend, sich sogar dem Adel der Herzogthümer zu wenig gezeigt.

Es ward dieses nicht wieder gut gemacht dadurch, daß er die ihm in den alten schleswig'schen Provinzialständen zustehende Virilstimme persönlich ausübte; seine Theilnahme raubte ihm einen Theil seines fürstlichen Glanzes, ohne ihm eine unbestrittene Bürgerkrone auf das Haupt zu setzen.

Seine Rathgeber haben ihm nicht weise gerathen. Die Dänen dagegen hatten tödlichen Haß gegen ihn; den sie nach dem Siege bei Flensburg selbst gegen seine Schlösser und Besitzungen in ganz rücksichtsloser, zum Theil sehr rohen Weise ausübten.

Zimmerhin blieb der Herzog die wichtigste Person in den Herzogthümern, dem sich besonders mehrere der gewandtesten Advokaten angeschlossen hatten, und die sein Schicksal zu dem ihrigen machten.

Zuerst verdient hier genannt zu werden der Präsident der provisorischen Regierung, Hartwig Bessel aus Schleswig — ein Mann, den die Gunst der Umstände zu einer Stellung erhoben, auf der ihn nur die Umstände erhalten konnten; doch hat sein festes und kräftiges Auftreten gegen die dänische Bureaucratie und eine große Unparteilichkeit ihm das anhaltende Vertrauen des Volkes erworben.

Auch zeichnete er sich durch eine ganz unerwartete Ruhe und eine große Repräsentationsgabe aus. Bei weitem gewandter, aber auch zu viel sehr Advokat war K. Samwer, der sich durch die erste gründliche Darlegung des Erbrechts der Herzogthümer einen Namen gemacht hat.

Weit bedeutender und einflußreicher war der Professor Hegewisch, unter dem Namen Franz Baltisch, auch als Schriftsteller Krieger besonders auf dem sozialen Gebiete rühmlich bekannt, ein entschiedener Anhänger der englischen Verfassung und der Nothwendigkeit einer starken Grundaristokratie, aber von jeher, obwohl in den höchsten Kreisen stets gerne gesehen und gerufen, dem praktischen Staatsleben zu entfremdet, um thätig auftreten zu können.

Er bildete in gewisser Weise die Vermittlung zwischen der Aristokratie und dem Augustenburger Hofe, und galt bei Beiden sehr viel, dagegen seit dem Jahre 1834, wo er die Wahl zum Ständemitgliede ausschlug, galt er wenig beim Volke.

Der Bruder des Herzogs, Prinz Friedrich, auf dem Landgute Noer residierend, geboren im Jahre 1800, reichte geistig nicht zum Herzog hinauf, war dagegen weit populärer durch eine große Verbundenheit seines Wesens, und galt bis zum Gefecht bei Flensburg für einen tüchtigen Offizier.

Sein Einfluß bei der Armee war sehr groß und entschieden wichtig bei der Revolution des März-Monats. Dieses waren die Partheiungen und die Hauptpersonen in Schleswig-Holstein, als die schleswig-holsteinische Kanzlei das Verfassungs-Rescript vom 28. Jänner veröffentlichte.

Der neue und entscheidende Schritt des Königs von Dänemark war für die Höhergestellten nichts ganz Unerwartetes; und da die Bestimmungen jenes Rescripts nicht plötzlich in's Leben traten, so konnten auch die Uebrigen volle Zeit gewinnen, um zu einem bestimmten Plane zu kommen.

Was man beschließen mußte, lag aber bereits so deutlich in den bereits angegebenen Verhältnissen, daß der sichere Instinkt des ganzen Volkes gleich von Anfang an die volle Unmöglichkeit der Ausführung jener Verfassung in den Herzogthümern erkannte.

Zuerst und zumeist der Augustenburger Hof und seine Parthei; denn natürlich würde die jüngere königliche Linie durch eine solche Verfassung, die grundgesetzlich Schleswig, oder gar Schleswig-Holstein für immer dem Königreich einverleibt hätte, alle ihre so lange und eifrig verteidigten Rechte unwiderrüflich verloren haben.

Es galt für sie, das Aeußerste an das Aeußerste zu setzen, und die Kraft ihres Auftretens ruhte darin, daß dabei Recht und Klugheit Hand in Hand gingen. Allein auch die Alt-Schleswig-Holsteiner, so wenig als die Demokraten, wollten etwas von dieser Verfassung wissen.

Den Alt-Schleswig-Holsteinern war sie vor Allem die rechtliche Form des Unrechts gegen die Herzogthümer, die Begründung der dauernden Beherrschung der Letztern durch das Königreich, die Unterwerfung unter dänische Bureaucratie, der Tod aller Hoffnung auf Selbstständigkeit.

Merkwürdig! wie derselbe Punkt in dem Rescript den Dänen und den Deutschen zugleich die Veranlassung zur größten Klage gab, nämlich — die gleiche Zahl der Vertreter, die dem Königreiche und den Herzogthümern bewilligt wurde; ihnen war sie eine schwere Beeinträchtigung ihres Rechts auf stärkere Vertretung.

Die Liberalen dagegen hoben hervor, daß bei dieser Gelegenheit die Königswahlen stets den Ausschlag geben würden, da der König nur Einen Mann in den Herzogthümern zu ernennen brauchte, der nicht dänisch, aber doch bürokratisch gesonnen sey, um den ganzen Gang der Abstimmung und damit die ganze künftige Verfassung in seinen Händen zu haben.

Für sie war jene Gleichheit scheinbar eine große Bevorzugung, in der That aber nur eine große Gefahr für das Land und sein Recht. Die liberale Parthei war außerdem nichts weniger als befriedigt, von den so geringen Volksrechten, die man gegeben hatte; und verwarf die Zugeständnisse, schon damals auf Erregenschaften hoffend.

Die deutschgesinnte Parthei endlich erkannte in dieser Verfassung vor allem eine Losreißung Schles-

wig-Holsteins nicht allein von dem augenblicklichen Zustande, sondern auch von der Zukunft Deutschlands.

Der Lebensnerv der norddeutschen Entwicklung war so abgeschnitten, und diese Verfassung, den Mittelpunkt der Herzogthümer nach Norden verlegend, stellte sich fernerhin wie ein Damm zwischen Deutschland und seine Handels- und See-Einigung.

So traten alle Partheien mit gleicher Energie gegen jene Verfassung auf; und nicht ohne Erstaunen sah das Cabinet sich plötzlich von den Dänen und den Deutschen zugleich verlassen.

Es hätte daraus erkennen müssen, daß eine solche Vereinigung, wie es die vorgeschlagene war, oder vielmehr, daß eine gemeinsame Verfassung überhaupt unmöglich sey; allein noch war der Februar nicht zu Ende, und noch konnte ein Fürst auf die Fürstengewalt mehr als auf die Volksstimme rechnen.

Man schloß also die Augen in Kopenhagen. Der einmal betretene Weg mußte zu Ende geführt werden; der Befehl zur Vornahme der Wahlen für jene erfahrenen Männer wurde gegeben; und die Entscheidung kam immer näher.

In den Herzogthümern fanden indessen Besprechungen über die nächsten Maßregeln Statt. Es erschien natürlich, daß ein vereinzeltes Handeln nutzlos seyn würde. Die Stimmen aus Dänemark gegen die Verfassung gaben Muth; man mußte einen gemeinschaftlichen und großen Schritt wagen. Vor allem aber die Aristokratie, an dessen Spitze sich der Graf Reventlow Preeß befand, der darauf drang.

Sie fühlte heraus, daß hier nur eine Erhebung des Volks retten könne, sie wollte aber in einem solchen Augenblicke nichts ohne sich geschehen lassen. Es war das erste Mal, daß man einem königlichen Befehle entgegen handelte. Die Konsequenzen hievon schienen zu ernsthaft, und man mußte versuchen, ob es denn keinen andern Ausweg gebe.

So kam man überein, alle Mitglieder der beiden, der schleswigschen und der holstein'schen Provinzialstände zu einer gemeinschaftlichen Versammlung in Kiel einzuladen.

Das Land blickte in stummer Erwartung auf diesen Tag; nämlich auf den 17. Februar; denn seit dem Jahre 1711 war kein schleswig-holsteinischer Landtag gehalten worden.

Zum ersten Mal seit so langer Zeit wagten es die Stände, unter den Augen des zürnenden Fürsten sich zu einem Beschlusse zu versammeln, der vielleicht eine Kriegs-Erklärung, gewiß ein offener Bruch mit dem Landesherren werden mußte.

Eine große Menschenmasse aus allen Theilen der Herzogthümer war nach Kiel zusammengeströmt. Man fühlte wohl die Schwere des Augenblicks; doch ging man sehr vorsichtig zu Werke.

Die Stände-Mitglieder sollten sich nicht als solche, sondern als Wahlmänner für die erfahrenen Männer versammeln; die Einladung dazu war im Privatwege geschehen, denn man wollte so viel als möglich nur die Sache und nicht das Aufsehen.

Am 17. Februar versammelten sich nun die eingeladenen Mitglieder. Es war von Bedeutung, daß

bei dem wohlbekannten Zwecke der Versammlung von den 74 aus beiden Herzogthümern Eingeladenen nur acht wegen Meinungs-Verschiedenheit nicht erschienen; die Uebrigen waren zufällig verhindert; sechzig waren aber anwesend. Zugleich fand eine große Volks-Versammlung in Kiel statt, freilich fast erdrückt von den damals noch allmächtigen polizeilichen Gewalten und Gesezen.

In dieser Versammlung war eine energische Adresse abgefaßt, und eine Deputation an die versammelten Stände-Mitglieder abgeschickt worden, um ihren wichtigen Schritt um jeden Preis zu versichern.

Die Sitzung dieses ersten vereinigten schleswig-holsteinischen Landtags nahm gegen 1 Uhr Mittags ihren Anfang; wobei der Bürgermeister und Abgeordnete Doctor *Walemann* von Kiel präsidirte; und dauerte mit einer zweistündigen Unterbrechung bis 11 Uhr Nachts unter bestigen Debatten.

Zum ersten Mal sah man hier deutlich, daß eine starke Parthei des Landes große Bedenken trage, der legitimen Regierung offen entgegen zu treten, und dieses war hauptsächlich die Parthei der Aristokratie. Die Hauptfrage, um die es sich handeln mußte war natürlich, ob man in Folge des königlichen Befehls wählen solle oder nicht.

Die Aristokratie erklärte sich für die Wahl freilich nicht ohne Gründe. Zuerst sagte man, man dürfe einem königlichen Gebote nicht ohne die dringendste Noth widersprechen.

Dieses nun überzeugte Niemanden, da ja die dringendste Noth vorhanden war. Viel mächtiger war die Erwägung, daß ein Theil der Wahlen doch geschehen würde; daß der König allein acht Mitglieder ernenne, und daß man auf diese Weise der Gefahr ausgelegt sey, mehr als die Hälfte der Einberufenen nach Kopenhagen geben zu sehen.

Dann aber sey der nächste Zweck der Regierung erreicht; und dieses dürfe man nicht zugeben. Dieser Grund blieb es auch, der die Gegenwart bestimmte. Bei der ersten Abstimmung ergaben sich 39 Stimmen für die Wahl und 21 Stimmen gegen die Wahl.

Die Minorität aber, ihre Ansicht dem Bedürfnisse der Einheit opfernd, schloß sich darauf der Majorität an, und die Wahl wurde angenommen.

Allein freilich nicht etwa die einfache Wahl. Beide Partheien erkannten an, daß diese Wahl keine Zustimmung zu irgend einem Aufgeben der Landesrechte enthalten dürfe, und daß daher die Gewählten selbst die neue, ihnen von der Regierung vorzulegende Gesamt-Verfassung nicht erst berathen, sondern nur widerrathen dürften, daß dagegen ihnen die Pflicht obliege, sofort die so lange vorenthaltene gemeinschaftliche schleswig-holsteinische Verfassung allein zu beantragen.

Dieses ward einstimmig angenommen, und in Folge dessen beschloß nun die Versammlung gleichfalls einstimmig auf *Clussen's* Antrag, daß jeder Wähler bei der Wahl der erfahrenen Männer folgende Erklärung zu Protokoll geben solle: »Nicht als Abgeordneter, sondern als von Sr. Majestät zur Erwählung von Rathgebern bestimmter Wahlmann, wähle

ich N. N., von der Ueberzeugung geleitet, daß die Gewählten, der Rechte der Herzogthümer eingedenk, welchen ich durch meine Wahl nichts vergeben kann oder will, Sr. Majestät die Einführung jeder auf der Idee eines dänischen Gesamtstaats beruhenden Verfassung, als dem Rechte und den Interessen der Herzogthümer widersprechend, widerrathen, dagegen aber die Vorlage einer konstitutionellen Verfassung für beide Herzogthümer Schleswig und Holstein unterthänigst beantragen werden.«

Endlich wurde einstimmig beschlossen, daß alle Wähler, wenn die Wahl-Kommissäre sich weigern würden, diese Erklärung in den Wahl-Protokoll aufzunehmen, in diesem Falle überall keine Wahl vornehmen sollten.

Diese Beschlüsse waren in jener Zeit von der äußersten Wichtigkeit, und es gebührten in der That Ereignisse, wie die des folgenden März-Monats dazu, um sie in den Hintergrund zu drängen.

Damals standen noch die Throne fest; hier aber trat ein ganzes Volk in allen seinen Partheiungen gemeinschaftlich handelnd, einem Fürsten bestimmt gegenüber.

Der König von Dänemark war durch jenen Beschluß in die Unmöglichkeit versetzt, auch nur die Berathung seiner Verfassung anfangen zu lassen.

Die äußerste Grenze des passiven Widerstandes war erreicht, und die Regierung war auf geschickte Weise in die Lage gebracht, jetzt angriffsweise gegen eine Bevölkerung zu verfahren, welche das legitime Recht, die Zustimmung aller Partheien und die Sympathien Deutschlands für sich hatte.

Man fühlte dieses wohl, und hatte allen Grund, eine energische Maßregel von Dänemark zu erwarten; wobei sich das einmal aufgeregte Volk nicht mehr halten lassen würde.

Man sah den Augenblick des Ausbruchs näher und näher kommen, und ging ihm entschlossen entgegen, denn es war dieser Zustand nicht mehr zu ertragen, und jede Parthei durfte hoffen, in dem gemeinschaftlichen Kriege auch für ihre Prinzipien einen Sieg zu erkämpfen.

Jetzt fanden Verhandlungen und Besprechungen aller Art statt. *Olshausen* bildete in Kiel seinen täglich an Bedeutung wachsenden Bürger-Verein; die Aufregung stieg, und während noch Niemand die allernächsten gewaltigen Bewegungen ahnte, schien in Schleswig-Holstein das Zeichen zum allgemeinen Kampfe der neuern Ideen gegen die alten Zustände gegeben zu werden.«

Die dänische Regierung befand sich indessen in einer nicht geringen Verlegenheit; ihr eigenes Volk wollte ihre Verfassung nicht, und die Parthei *Orela Lehmann's* arbeitete in Kopenhagen und in Jütland zugleich.

Bürger- und Volks-Versammlungen wurden gehalten, Petitionen und Adressen eingeschickt, die Hauptstadt ward agitirt, und so trat es immer klarer hervor, daß das Projekt gescheitert sey.

In dieser Zeit stand ein Mann an der Spitze der schleswig-holsteinischen Kanzlei, der in Kopenhagen

residirenden Oberbehörde für alle drei Herzogthümer, nämlich auch Lauenburg, der ganz dazu bestimmt schien, die Sache aufs Aeußerste zu treiben.

Dieser war der Präsident Graf Karl Moltke, ein Holsteiner, aus einer Familie, die dem Lande bis dahin ausgezeichnete Männer gegeben hatte.

Dieser Mann war ein Aristokrat im vollsten Sinne des Wortes, aber zugleich der entschiedenste Anhänger des absoluten Königthums. Er kannte die Herzogthümer wenig, weil er wenig Achtung vor dem Volke hatte, nie hat er das absolute Recht, und nie die absolute Gewalt des Fürstenthums bezweifelt, wenn auch zu seinem und des Landes größten Schaden. Er war in die Kommission, welche die Verfassung entwerfen sollte, mit dem dänischen Finanzminister Moltke, Dersted und dem Staatsrath Lang berufen worden.

Um so bedenklicher sah man also jetzt dem Entwürfe entgegen. Der Graf aber rieth dem Könige zum entschiedenen festhalten der einmal beschlossenen Maßregeln, und im Nothfalle sogar zur Anwendung der Gewalt.

Er hätte viel Unheil abwenden können, aber er vermehrte vielmehr das Uebel. Das Cabinet schloß mit sich ab, und das Beharren auf dem Willen des Königs wurde trotz der drohenden Nachrichten aus den Herzogthümern festgestellt. Jetzt schien also der Zusammenstoß auch selbst den besonnensten Männern unvermeidlich.

Da brach mitten in dieser steigenden Gährung, die Nachricht von dem 24. Februar herein welche die Gemüther mit ungeheurer Gewalt ergriff, ja selbst die Julitage hatten nicht so gewaltig gewirkt.

Ganz Deutschland erhob sich in allgemeinsten Bewegung, und es war wie das Erwachen aus einem langen und schweren Traum. Allein in eigenthümlicher Weise griff die Nachricht von der Erhebung der französischen Republik in den Stand der Dinge in Schleswig-Holstein ein.

Es ist die gewöhnliche Meinung, daß erst das Auftreten Preußens der folgenden Zeit ihren bestimmten Charakter gegeben hat; aber dieses ist nicht richtig; denn die Nachrichten aus Frankreich waren es zuerst, die das Verhalten der verschiedenen Elemente zu einander bedingten.

Die dynastische Partei und die Aristokratie hatten nämlich bis dahin die Bewegung des Volks wenig geachtet, und sie sahen sie als ein freilich unabweisbares Mittel zum Zwecke an. Man erinnerte sich sehr gut, wie man ähnliche Aufregungen seiner Zeit in Braunschweig benutzt, und später in Hannover sie gar nicht gefürchtet hatte.

Jetzt aber stand die große Thatsache der französischen Republik da; es erschien als möglich, auch ohne dynastische Interessen einen Kampf des Volks zu erheben; und als gewiß, daß ein solcher Kampf die Vorrechte privilegirter Klassen für immer beseitigen würde.

Zugleich sah man, wie jene Nachricht den Muth und die Hoffnung der Volkspartei erhob. Es sprach sich freilich Niemand deutlich aus; allein dieses war

auch nicht nothwendig. Man konnte dieser Volkspartei nicht entbehren, aber man konnte sie auch nicht mehr gewähren lassen.

Die Furcht entstand, daß man mit ihr das Schlachtfeld gegen die Dänen zwar behaupten, aber dann auch mit ihr den Kampfspreis werde theilen müssen; denn in der That: Was war denn bis dahin der Kampf gegen den dänischen König? War es nicht ein Kampf gegen den legitimen Landesherrn? Und wenn man ihn vom Throne gestossen; Wer konnte dann der Volkspartei das Recht absprechen, auch ihrerseits den neuen Fürsten nicht anerkennen, das französische Volk nachahmen, Adel und Vorrechte mit einem Schlage abschaffen zu wollen? Ließe man dagegen nach in dem einmal erregten Streit, so kam schließlich je eine ähnliche Gelegenheit wieder; ja Wer stand dafür, daß nicht die Volkspartei allein den Bruch mit Dänemark aussprach, Alles mit sich fortsetze, und am Ende bei der ersten deutschen Republik, als dem von jenen beiden Parteien wenig gewünschten Ziele anlangte? Die Lage ward schwierig; man wird aber begreifen, wie die französischen Ereignisse statt dem Gange der Dinge einen neuen Impuls zu geben, den Adel und Hof bedenklich machten.

Gewiß hätte der Adel in den Herzogthümern ruhig den gewaltigen März-Monat vorübergehen lassen, wenn nicht das Verfassungs-Rescript mit seinen entschiedenen Bestimmungen dagestanden wäre, deren Erfüllung durch die aus ihr folgende Incorporation Schleswigs in Dänemark noch weit mehr als alle Volksbewegung die Hoffnungen des Adels vernichten mußte. Man mußte daher vorwärts; aber man fing jetzt an mit höchster Vorsicht aufzutreten.

Seit der französischen Revolution war jene unmittelbare, fast kindliche Einmüthigkeit verschwunden, und die Berechnung fing an, an die Stelle der Begeisterung zu treten.

Die Aristokratie hoffte noch einmal, durch ernste Vorstellungen bei Hofe die Aufhebung der Verordnungen vom 28. Jänner zu erreichen; sie wäre dadurch aller Gefahren einer Volkshebung ledig gewesen. Graf Reventlow Preß reiste nun selbst nach Kopenhagen. Er stellte die Lage der Dinge vor, und versuchte vor allem den Grafen K. Moltke zu überzeugen.

Dieser Mann hatte damals das Schicksal des Reichs in seinen Händen. Würde er nachgegeben und von der Gesamt-Verfassung zurück getreten seyn, würde er den Herzogthümern einige Zugeständnisse gemacht haben, so wäre der Plan des verstorbenen Königs in sich selbst zusammen gefallen, und der augenblicklichen Bewegung wäre abgeholfen gewesen. Allein an seinen Starrsinne brachen sich Bitten, Gründe und Vorstellungen; kurz, er wollte nicht.

Graf Reventlow reiste wieder zurück nach Kiel, und er so wie die Aristokratie konnten dem Grafen Moltke nie diesen großen Fehler verzeihen, denn sie wußten, daß jetzt das Aeußerste bevorstand.

In Kiel sprach man sich dann nochmals aus, und Alles wurde erwogen. Der Adel erkannte, daß

er die Bewegung nur bis zu einem gewissen Punkte würde halten können.

Man beschloß mit dem Volke über diesen Punkt hinaus zu gehen, um die Zügel nicht aus den Händen zu verlieren, und der Erfolg gab ihnen Recht.

Indessen dauerte in Kopenhagen die Agitation fort. Unter der Leitung Lehmann's, Monrad's und Scherzings, bildete sich im Kasino eine Art Bürger-Verein. Sein Wahlpruch war, daß Dänemark von Holstein nichts wissen, aber Schleswig »bis zur Eider« um jeden Preis halten wolle.

Die Aufregung mehrte sich täglich. Das alte Ministerium wurde immer unfähiger sich des Drangs der Tagesfrage zu erwehren. Je mehr es wankte, desto eifriger griff man es an. Die Frage nach Schleswig war bereits zu einer Portefeuille-Frage für die Leiter der Bewegung geworden.

Es ließ sich voraussehen, daß man das alte Ministerium stürzen, und daß ein neues, ein »Eider-Ministerium« unter Lehmann's Leitung auftreten werde. Alsdann war der Krieg erklärt; schon nannte man den Adel der Herzogthümer Aufrührer. Adressen strömten nach Kopenhagen aus allen Theilen des Reichs, mit dem Wahlpruch: Gewalt gegen die Herzogthümer, und Dänemark bis zur Eider. Der König sah ruhig zu, von ihm war keine Hilfe zu erwarten.

Schon war die Stellung der deutschen Kollegien in Kopenhagen unhaltbar geworden, so wenig sie auch von jeher für die Sache der Herzogthümer gethan hatten. Man haßte ihre Mitglieder als Deutsche. Dieses schien den Dänen klar, daß die Herzogthümer sich erheben würden, wenn ein Eider-Ministerium ans Ruder kommen sollte.

Viele Zeit war daher nicht zu verlieren, da auch das deutsche Volk sich mächtiger bewegte als jemals. Selbst der Bundestag schien ein anderer werden zu wollen. Schon gab er die Presse frei, denn er hatte sich selbst aufgegeben. Am Rhein war heftige Bewegung für die Volksrechte, so auch in Hannau, Frankfurt, Köln und Koblenz.

Am 8. März dekretirte der Bundestag die Revision seiner Verfassung; in Berlin wogte es auf, selbst in Wien fing der Sturm an. Wo war das Ende, wenn man unthätig zusah? Die Aufhebung der Censur vom 10. März war eine halbe Maßregel, und regte nur tiefer auf; denn man sah sie als ein Zeichen der Schwäche an.

Schon am 15. März ging eine Petition aus Altona und eine andere aus Kiel ab, die nicht bloß Pressfreiheit, Schwurgerichte, Vereinerrecht und Waffenrecht, sondern auch eine gemeinschaftliche und freie Verfassung der Herzogthümer forderte.

Umsonst wendete sich die schleswig-holsteinische Ritterschaft am 13. März, in einer vorsichtigen Adresse noch einmal bittend und warnend an den König; aber man hörte weder das Volk noch den Adel.

Der Präsident der schleswig-holsteinischen Regierung, trat dem Befehle des Grafen Moltke gemäß mit aller polizeilichen Gewalt gegen Alles in gleicher Weise auf, und seine verhasste Persönlichkeit machte seine Maßregeln nur noch verhasster.

Da entschloß man sich jetzt zum letzten Schritte. Es wurde nämlich zum 18. März eine Versammlung aller schleswig-holsteinischen Stände-Mitglieder nach Rendsburg berufen, um einen endlichen Beschluß zu fassen. Es schien hohe Zeit, denn indessen gingen die Wahlen der Vertrauensmänner in aller Ruhe vor sich.

Am 18. März, dem entscheidenden Tage zu Berlin fand die erwähnte Versammlung Statt. Von den Eingeladenen waren diesmal 70 Personen erschienen.

Beseler war Präsident, und die Haltung der Versammlung mehr still als feierlich. Es war auffallend, daß man in einem solchen Augenblicke dem harrenden Publikum Anfangs die Bitte um Oeffentlichkeit abschlug.

In der Versammlung selbst nun zeigte sich zum ersten Mal, wie die französische Revolution und der Gang der Dinge in Deutschland die Auffassung geklärt, welche die Plane und Richtungen bestimmt hatten.

Theodor Olshausen eröffnete die Debatte, und die Rede, die er hier hielt, gehört zu seinen bedeutungsvollsten Reden. Er erhob den Blick der Versammelten über die Grenzen der eigentlichen Landesfrage; er zeigte den innern Zusammenhang der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mit der deutschen Sache, und wie in diesem Augenblicke nur ein fester Anschluß an Deutschland retten könne; er wies nach, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands der Gedanke, und damit die Gewalt des Tages sey.

So kam er zu seinem Antrage, oder vielmehr zu dem Principe, von dem aus er die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage allein für möglich hielt; die Bildung einer neuen Volksvertretung, die zur Aufgabe habe, die Konstituierung Schleswig-Holsteins als eines von Dänemark und dem dänischen Einflusse unabhängigen Staats, dem Anichluß dieses ganzen ungetheilten Staats an den deutschen Bund, und die gründliche Reform der deutschen Bundes-Verfassung zunächst durch Berufung einer Vertretung der deutschen Völker am Deutschen Bundestage.

Von diesen Prinzipien kam er zu der nothwendigen Konsequenz, daß man die Betheiligung der erfahrenen Männer an der Verfassungs-Beratung ablösen, die sofortige Berufung der gemeinschaftlichen Stände vom Könige erbitten, und um dem Ganzen Nachdruck zu geben, eine Bewaffnung des Volks einrichten müsse.

Olshausen hatte damit den Sinn, sowohl der rein demokratischen als der eigentlich deutsch-gesinnten Parthei ausgesprochen, und von diesem Augenblicke an schloß sich die Letztere, die sich bisher noch immer ziemlich isolirt gehalten hatte, an jene an.

Desto bestimmter trat ihm Graf Reventlow Preeß im Namen der Aristokratie und der Alt-Schleswig-Holsteinischen entgegen. Er erklärte sich gegen die vorgeschlagenen Maßregeln; er befürchtete, daß man den gesieglichen Boden verlassen, und zur Anwendung der Gewalt getrieben werde. Noch müsse man auf friedliche Lösung hoffen; der Fürst sey und bleibe die Hoffnung des Landes; eine Adresse an ihn

könne nur die Erklärung der Unterthanentreue erhalten.

Man konnte an der jetzt folgenden Entscheidung ungefähr das Machtverhältniß beider Partheien erkennen. Es ward der Antrag Olshausen's verworfen dagegen ward der Antrag angenommen, eine Deputation nach Kopenhagen zu senden mit fünf Forderungen: »Die Mitglieder der beiden Stände sofort in Eine Versammlung zusammen zu berufen, und ihnen ein Verfassungsgesetz vorzulegen; bei dem deutschen Bunde die nöthigen einleitenden Schritte wegen einer Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund zu thun.

In Anbetracht der dringenden äußern und innern Verhältnisse in geeigneter Weise für die Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit selbstgewählten Offizieren thätig seyn zu wollen; dem Lande vollständige Pressefreiheit und unumschränktes Recht zu öffentlichen Versammlungen wiederzugeben; den Regierungs-Präsidenten Namens Scheel sofort aus seinem Amte zu entlassen.«

Nebenbei erklärte die Versammlung ihre lebhafteste Sympathie für die Bildung eines deutschen Parlaments. Zur Kopenhagener Deputation wurden gewählt: Engel, Claussen, Olshausen, Sülich von Neergaard.

So war der Antrag Olshausen's zwar nicht angenommen, aber sein Gedanke als Grundlage der künftigen Bewegung aufgestellt.

Reventlow's Vorschlag hatte selbst für diese Versammlung die Vermittlung zu weit auf den Rechtsboden zurückgewiesen, und so suchte er zwischen Beiden noch einmal einen friedlichen, aber freilich keinen mehr gehofften Ausweg.

Während dieser Sitzung fand eine große Volksversammlung im Rendsburger Theater statt, in welcher die Begeisterung groß und allgemein war.

Schon dachten entschlossene Männer daran, bereits jetzt die Festung durch einen Handstreich zu gewinnen; aber nur die fast noch kühle Haltung der Stände hielt sie ab. Allein ein großes Resultat ergab diese Versammlung. Rendsburg war voll von Militär, das ebenfalls an jener Versammlung Theil genommen hatte.

Als am andern Morgen die Anwesenden in ihre Heimath abreisten, verließen sie die Festung, den Schlüssel des Landes, mit der Ueberzeugung, daß das Heer der Herzogthümer niemals für die dänische Sache, und gegen seine deutschen Landsleute die Waffen erheben würde.

Am 21. März gingen die Deputirten nach Kopenhagen ab; und am 23. März konnte das Korrespondenzblatt ausrufen: »Vertrauen, Macht und Ansehen der alten Regierung ist verschwunden; und bald ist es Zeit, daß eine neue Regierung entstehe, welche volksthümlich, das Vertrauen des Volks hat, die nothwendig gewordenen Neugestaltung der Dinge zu bewirken, und welche das Recht, den Frieden und die Wohlfahrt des Landes zu sichern im Stande ist.«

Zugleich fingen die Bürger in Schleswig, in Altona und Kiel an, sich zu bewaffnen; wozu die

Gemeinden das Geld vorschossen. Uebungen wurden jetzt gehalten, und man wartete mit äußerster Spannung auf die entscheidende Nachricht aus Kopenhagen. Man wußte, daß der Bruch jetzt kommen mußte, nur war es die Frage, welcher von beiden Partheien die Macht in die Hände fallen werde.

Der Augustenburger Hof sah dieses sehr gut ein. Der Herzog selbst stand nicht so, daß er sich dem Volke rücksichtslos hätte in die Arme werfen können. Er mußte, freilich im Interesse der Herzogthümer so gut als in dem seiner eigenen Sache, einen auswärtigen Verbündeten suchen, und er eilte nach Berlin.

Die Tage des 18. und 19. März waren aber über die Hauptstadt Preußens hingegangen. Der König schmückte sich mit den deutschen Farben, und hatte die deutsche Sache zu der seinigen gemacht. Freilich nicht in dem Sinne der Demokratie, denn er wollte ein einiges freies, aber auch ein legitimes oder gesetzliches Deutschland.

Schleswig-Holsteins Sache war eine deutsche; aber auch hier schien die Gefahr eines Bruches der Legitimität des Rechtsbodens nahe zu liegen.

Es ward also dieserwegen leicht, den König zu einer Anerkennung des Unvermeidlichen, des Bruches mit Dänemark zu bewegen, weil die Art, wie es geschah, mitten in der Revolution das Banner des historischen Rechts aufrecht halten sollte.

Der Bundestag hatte bereits im Jahre 1846 die drei Kardinalsätze des schleswig-holsteinischen historischen Rechts anerkannt; der Herzog erwirkte vom Könige ein eigenhändiges Schreiben, das ein mächtiges Gewicht in die Wage der schleswig-holsteinischen Sache legte. Dieses, übrigens bekannte Schreiben, war folgenden Inhalts:

»Durchlauchtigster Herzog! Auf Euer Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage, in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, eröffne ich Ihnen hiemit Folgendes:

Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Lage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten.

Zu diesen bestehenden Rechten rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verlegenden Sätzen ausgesprochen ist:

1. Daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind. 2. Daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, und 3. daß der Mannsstamm in den Herzogthümern herrscht.

In diesem Sinne habe ich mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesem bestehenden Staatsverhältniß bin ich bereit, in Anbetracht des Bundesbeschlusses vom 17. März 1846 die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen.

Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falles in der festen Zuversicht, daß

meine deutschen Bundesgenossen gleich mir zum Schutze derselben herbeieilen werden. Mit aufrichtiger Freundschaft verbleibe ich Euer Durchlaucht freundwilliger Vetter.
Friedrich Wilhelm.

Dieser Brief ist darum wichtig, weil er den Grundgedanken der ganzen preussischen Politik, oder auch den Keim aller Verlegenheiten derselben in Betreff Schleswig-Holsteins für die Folgezeit enthält. Mit ihm eilte der Herzog sofort nach Rendsburg zurück, wo er am 25. März eintraf, während die Erhebung bereits ihren ersten Sieg gefeiert hatte.

Während dieses in den Herzogthümern geschah, war die erwähnte Deputation der fünf Stände-Mitglieder in Kopenhagen auf dem Dampfboote »Skirner« angekommen.

Hier erschien die Aufregung fast schon auf ihrem höchsten Punkt. Die Nachrichten von Berlin und Wien waren eingetroffen; das Frankfurter-Vorparlament war im Entstehen begriffen; und man durfte erwarten, daß die Deutschen mit ihrer ganzen Macht Schleswig-Holstein zu Hilfe kommen würden. Eine ganz neue Ordnung breitete sich vor den Blicken des Inselvolks aus.

Noch unverstanden, hinterließ der erste gewaltige Eindruck der sich drängenden Ereignisse doch die Ueberzeugung, daß der entscheidende Augenblick gekommen; daß für Dänemark die höchste Gefahr im Verzuge, und daß das alte Ministerium unfähig sey, die Zügel des Staats ferner zu lenken.

Die Reden und Agitationen im Kasino zu Kopenhagen wurden immer heftiger; Am 20. März kamen die Nachrichten von der Rendsburger Versammlung nach Kopenhagen. Man erkannte mit Schrecken, daß man sich auf das Militär nicht mehr verlassen könne, obwohl es beinahe ganz von dänischen Offizieren befehligt war.

Am 22. März sagte man schon allgemein, daß die Herzogthümer im Aufstande seyen, und an ihrer Spitze sich der Herzog befinde. Das Volk drängte sich auf den Straßen hin und her, als das Dampfboot ankam, und mit diesem die Deputation.

Man erfuhr am Hofe bald, was vorgegangen war, und schon an demselben Tage, ließ der König die Häupter der »Eiderdänen«, Monrad, Tscherning und Lehmann zu sich berufen, um über das neue Ministerium, über die Kriegs- und Friedensfrage die Verhandlungen zu beginnen.

Indessen stieg die schleswig-holsteinische Deputation unter der Begleitung einer ungeheuren Volksmasse an's Land; und erbat sich eine Audienz beim Könige, worüber sie aber dahin gewiesen wurde, ihr Anliegen schriftlich zu überreichen.

Nun übergab sie dem Kabinetts-Sekretär Tiliß die bereits mitgetheilten fünf Rendsburger Punkte, worüber am andern Vormittage eine Audienz bewilligt wurde.

Neergaard, der spätere Abgeordnete in Frankfurt führte das Wort in einer ruhigen aber auch sehr bestimmten Weise.

Der Baron Plessen und der zum Regierungs-Präsidenten ernannte Etatsrath Franke, später Abgeordneter in Frankfurt und Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, welcher damals sich noch nicht für die Sache Deutschlands erklärt hatte, waren zugegen.

Der Hauptinhalt der Rede Neergaard's, der als ein in beiden Herzogthümern hochgeachteter Mann doppeltes Gewicht in diesem entscheidenden Augenblicke haben mußte, ging dahin, daß die Ruhe des Landes von der Gewährung jener Anträge abhängt, und daß Niemand für das Aeußerste stehen könne, wenn der König verweigern würde.

Der Charakter des Königs, gutmüthig und keineswegs im dänischen Sinne fanatisirt, zeigte sich in diesen wenigen Augenblicken auf das deutlichste.

Er widersprach nicht und schlug nicht ab; und erwiederte bloß mit einigen wohlwollenden Worten, daß er sich augenblicklich nicht auf die Beantwortung der so wichtigen Fragen einlassen könne; jedoch schon jetzt mittheilen wolle, daß der Regierungs-Präsident Scheel entlassen sey; worauf sich die Deputation entfernte.

Gleich darauf wurde geheimer Staatsrath gehalten, und hier entschieden nun selbst die alten Minister, welche den Sturm kommen sahen, daß der König die schleswig-holsteinischen Forderungen nicht annehmen dürfe; daß es aber jetzt Zeit sey, ein neues Ministerium zu berufen.

Noch an demselben Tage, den 23. März wurde darauf der Graf Moltke Präses und Finanz-Minister, der Kammerherr Wardenfleth, Minister des Innern, der Kapitain Tscherning, Kriegs-Minister, Graf Knuth, Minister des Aeußern, der Pastor Monrad, Kultus-Minister, der Etatsrath Hvidt und Orla Lehmann Minister ohne Portefeuilles, Blume Zoll- und Handels-Minister, und Baron Plessen provisorischer Minister für die Herzogthümer.

Damit war jetzt der Würfel gefallen, und am 24. März erhielt die Deputation der Herzogthümer die eigentliche Erklärung des Königs, welche Orla Lehmann selbst überbrachte, und mündlich als das letzte Wort des Königs bezeichnete.

Diese Antwort war folgenden Inhalts:

»Auf Ihre Anträge haben wir Ihnen zu eröffnen, daß wir gesonnen sind, unserm Herzogthum Holstein als einen selbstständigen deutschen Bundes-Staate eine auf der Grundlage eines ausgedehnten Wahlrecht gebaute, in Wahrheit freie Verfassung zu gewähren, worin namentlich auch Volksbewaffnung, Preßfreiheit und Vereinsrecht ihre Geltung finden werden; daß als Folge dessen unser Herzogthum neben einer eigenen Regierung und Militär-Verfassung auch getrennte Finanzen erhalten wird; sobald die gegenseitige Auseinandersetzung neben den andern Bedingungen einer Union mit Dänemark und Schleswig festgestellt sind: daß wir uns daneben den Bestrebungen für Errichtung eines kräftigen und volkshämlichen deutschen Parlaments offen anschließen werden; daß wir unser Herzogthum Schleswig dem deutschen Bunde einzuverleiben weder das Recht, noch die

Macht noch den Willen haben, dagegen die unzerrennliche Verbindung Schleswigs mit Dänemark durch eine gemeinschaftliche freie Verfassung kräftigen wollen; daneben wollen wir Ihnen bedeuten, daß es unser ernsthafter Wunsch ist, in einem aufrichtigen Einverständnisse mit unsern lieben und getreuen Unterthanen Frieden und Freiheit in unsern Landen zu begründen; daß wir daneben es als die heiligste Pflicht des legitimen Fürsten erkennen, die Herrschaft des Gesezes und die Aufrechthaltung des Landfriedens mit aller Macht zu schützen.»

Dieses mußte mithin als das dänische Ultimatum an die Herzogthümer gelten; jedoch soll hier der Punkt herausgehoben werden, der von jetzt an als die eigentliche Hauptsache der ganzen Frage anerkannt ward; denn es war nicht mehr Holstein, sondern es war das Herzogthum Schleswig und seine künftige Stellung, welches den Zankapfel und das Haupt der ganzen schleswig-holsteinischen Angelegenheit bildete.

Als die Deputation diese Antwort erhalten hatte, war es sicher, daß nunmehr der Friede gebrochen sey. Die in den deutschen Kollegien in Kopenhagen angestellten Deutschen vernahmen die Nachricht mit Schrecken. Nachdem sie so viele Jahre lang nichts für die Herzogthümer gethan hatten, sahen sie sich jetzt auch in Kopenhagen plötzlich isolirt, ernstlich bedroht, und flüchteten zum größten Theil mit Zurücklassung ihrer Habe auf die Dampfschiffe.

In der Stadt erschienen Proklamationen des Königs und der Stadt-Kommandantenschaft an das Volk; die Rüstungen und Aufgebote gingen unmittelbar an, und die Deutschen verließen die dänische Rhede in der Ueberzeugung, die Botschaft eines jetzt unvermeidlichen Krieges nach den Herzogthümern zu bringen.

Während sie aber auf hoher See waren, hatten die Ereignisse hier bereits die Entscheidung herbeigeführt.

Der Tag der Rendsburger Versammlung, wo sich unter den Augen der Stände das Volk beinahe allein erhoben hatte, hatte sowohl der streng aristokratischen Parthei als auch den ängstlichen Personen im Lande die Augen geöffnet.

Man sah ein, daß bei der geringsten Veranlassung die Glut zur hohen Flamme auflodern würde, und man wußte nicht, wohin in einem solchen Augenblicke die Bewegung des Volks führen könnte.

Es schien weise, das Unvermeidliche vor allen Dingen nicht dem Volke selbst und jenen Führern zu überlassen. Wer zuerst den Anstoß gab, der mußte Herr der kommenden Richtung seyn.

Der Herzog von Augustenburg verweilte noch in Berlin und das war gewiß nicht klug für seine Sache gehandelt, aber auch Olshausen, Clausen und Neergaard befanden sich in Kopenhagen.

Wenn sie eiligst zurückkehrten, war kein Mann, keine Parthei im Lande stark genug, ihnen die Gewalt aus den Händen zu nehmen. Da kam das erste Gerücht von dem Ministerwechsel in Kopenhagen nach den Herzogthümern.

Das Volk war auf's Tiefste aufgeregt; Kiel blieb aber natürlich der Mittelpunkt. Hier fing um die Mittagszeit am 23. jene allgemeine Unruhe an, die einen entscheidenden Augenblick vorangeht.

Der Kommandant der in Kiel garnisonirenden Jäger hatte Befehl, bei dem ersten Beginne von Volksbewegungen die Sache zu verlassen. Das General-Kommando wollte das Korps dem Einflusse des Volkswillens entziehen; denn es befürchtete noch, was schon lange eingetreten war.

Die Bürgerschaft verlangte, daß das Militär bleiben solle. Eine Bürgergarde wurde schnell errichtet, und der Kommandant Oberst Hongh, sah sich gezwungen, dem Magistrate zuzugestehen, daß die Bürger die Wachen gemeinschaftlich mit dem Militär besetzten.

Die Truppen erklärten sich für das Volk ohne Zaudern, ohne Rückhalt, und so war die Sache Dänemarks verloren, bevor man sie ernstlich angegriffen hatte.

Indessen waren am Nachmittage die Häupter in Kiel eingetroffen, und zwar zuerst der Prinz von Augustenburg; dann Beseleer aus Schleswig, zuletzt Graf Reventlow-Preß. Sie versammelten sich sofort zur kurzen Berathung, während fast die ganze Bevölkerung selbst im Bürger-Vereine zusammenströmte, um die nöthigen Beschlüsse zu fassen und ihnen Nachdruck zu geben.

Hier erschien Beseleer, und ward mit einem unendlichen Jubel begrüßt. Die Anerkennung des entscheidenden Schrittes war damit eigentlich schon geschehen.

Nach einer kurzen Anrede verließ er das Haus; die Regierung sollte sofort konstituirt und dann proklamirt werden. In dem Komptoir des Advokaten Wargum waren die Leiter versammelt; man gedachte einfach und kurz die eben Genannten als Regierung einzusetzen und dann weiter zu verfahren.

Indessen hatten sich aber eine Anzahl Männer auf dem Rathhause zu Kiel versammelt. Als zu diesen die Nachricht kam, daß man nur aus diesen Persönlichkeiten die neue Regierung bilden wolle, entstand eine heftige Aufregung.

Man konnte auf dem Rathhause die große Bedeutung der schleswig-holsteinischen Frage, die noch gewichtiger in diesem Augenblicke ward, für hinreichend finden, um zu begreifen, daß die Regierung das Land nur durch eine kühne und wahrhaft volksthümliche Haltung retten, daß sich das Volk der Regierung nur mit einem ganzen und offenen Herzen hingeben könne, wenn es in ihr, neben Dynastie und Adel, auch seinen Vertreter habe.

Mit einem tiefen Erstaunen sah man, daß man Beides bei dieser Zusammenfügung nicht zu würdigen verstanden habe. Es wurde nun eine Deputation an die Genannten abgeschickt, um sie aufzufordern, hierauf Rücksicht zu nehmen.

Nach heftigen Debatten erklärte man sich bereit, den englischen Konsul in Kiel, und den Advokaten Bremer in Flensburg beizuziehen. Nun aber entstand die Frage nach den nächsten und wichtigsten

Schritten der neuen Regierung, denn so viel hatte man schon jetzt begriffen, daß diese nicht mehr einseitig von jenen drei Männern beschlossen werden konnten.

Beseler begab sich hierauf auf das Rathhaus, wo sich allmählig um die ursprünglich Anwesenden der Kern der Bürgerchaft versammelt hatte; und hier nahm nun die Debatte ihren Anfang.

Man trat Beseler sogleich mit der Forderung entgegen, daß die neue Regierung die alten Stände auflösen und auf einer möglichst freien Basis des allgemeinen Stimmrechtes eine neue Stände-Versammlung berufen möge; denn man behauptete, daß die alten Stände weder das Recht noch die Macht hätten, in so entscheidender Zeit die Stimmführer des Volkes zu seyn.

Um ein ganz neues Recht zu gründen, müsse ein ganz neues Organ geschaffen werden, um dem Volke als einem Ganzen seine neue Verfassung zu geben, müsse das Volk als Ganzes berufen werden; die Gefahr sey eine große und gewaltige, nur das Aufgebot des ganzen Volks könne das Land retten.

Die Hilfe Deutschlands könne nur dadurch gewonnen werden, daß man die Grundsätze der Bewegung Deutschlands mit großartiger Kühnheit zu den seinigen mache.

Vor Allem aber sey dieses das einzige Mittel, die ganze schleswig-holsteinische Frage mit einem Schlage zu erledigen. Aufgestanden sey man einmal, aber noch wisse Niemand recht, was man in den Herzogthümern wolle.

Verufe man die neue gemeinschaftliche Landes-Vertretung, so sey die Forderung der Herzogthümer damit zur Thatsache erhoben, und man habe von da an die Anerkennung dieser Thatsache als vernünftige Basis weiterer Verhandlungen mit Dänemark sowie mit Preußen.

Solle diese Bewegung der Herzogthümer überall ein erfreuliches Ende nehmen, so müsse die Regierung doch zu irgend einer entschiedenen Maßregel Muth haben; ohne eine solche sey wahrlich schon jetzt kein erfreuliches Ende abzusehen! Es war aber umsonst.

Eben dieser Muth fehlte in der entscheidenden Stunde; und das Land so wie ganz Deutschland haben es mit einem Jahre voller Mühen und ohne Ehren entgelten müssen.

Beseler widersprach und verwies auf den Rechtsboden, und ohne nachgegeben zu haben, verfügte er sich zu den bei Bargum versammelten Männern.

Von da ging er gegen ein Uhr mit seinen Kollegen Namens Kaufmann und Schmid auf das Rathhaus zurück, wo sich dieselben nun der Versammlung als die provisorische Regierung vorstellten, und folgende Proklamation mittheilten.

»Mitbürger! Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen, und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen. Der Wille des Landesherrn ist nicht mehr frei, und das Land ohne Regierung. Wir werden es nicht dulden wollen, daß deutsches Land dem Raube der Dänen preisgegeben werde.

Große Gefahren erfordern große Entschlüsse, zur Vertheidigung der Grenze, zur Aufrechthaltung der Ordnung ist eine leitende Behörde nothwendig.

Folgend der dringenden Nothwendigkeit und gestärkt durch das uns bisher bewiesene Zutrauen haben wir, dem ergangenen Rufe folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und der Rechte unsers angestammten Herzogs in seinem Namen führen werden.

Wir werden sofort die vereinigte Stände-Versammlung berufen, und die übernommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landesherr wieder frei seyn wird, oder von der Stände-Versammlung andere Personen mit den Landes-Angelegenheiten beauftragt werden.

Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheits-Bestrebungen Deutschlands anschließen. Wir fordern alle wohlgesinnten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen.

Last uns durch die Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugniß des patriotischen Geistes geben, der die Schleswig-Holsteiner erfüllt.

Der abwesende Advokat Bremer wird aufgefordert werden, der provisorischen Regierung beizutreten. < Unterzeichnet waren im Namen der provisorischen Regierung: Beseler, Friedrich, Prinz zu Schleswig-Holstein, Reventlow und M. E. Schmid.

Beseler leitete diese Proklamation mit einigen formellen Worten ein und machte sie dann bekannt. Die Zuhörer standen einen Augenblick stillschweigend, denn in der That war diese Proklamation weder geeignet, die Herzen noch die Ueberzeugungen zu gewinnen.

Kaum war daher der erste Augenblick vergangen, so erhob sich ein heftiger Sturm gegen dieselbe. Es kam ein Augenblick, wo man der provisorischen Regierung geradezu erklärte, daß dieselbe keineswegs geeignet sey, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen.

Der Streit wurde noch bedenklicher, als endlich sich Graf Reventlow Gehör verschaffte. Seine klare, feste Rede brach durch, in welcher er erklärte: die Regierung könne und werde sich nicht das Recht einer Gesetzgebung anmaßen, sie könne und werde nicht die Stände entlassen, sie könne und werde als provisorische Regierung nicht dasjenige thun, was einer definitiven oder entschiedenen Regierung allein gebühre. Sie wolle sich aber entschließen, in Anbetracht der Lage der Dinge die sofortige Erlassung von provisorischen Gesetzen zu versprechen, welche die Freiheit der Presse der Volks-Versammlungen und der Bürgerbewaffnung betreffen würden.

Die Stände sollten daher berufen, von ihnen sollte die Organisation einer neuen Volks-Vertretung berathen und beschlossen werden. Wie die Sachen standen, war dieses Alles das Erreichbare.

Auf die Frage, ob die Versammelten auf dieser Grundlage die provisorische Regierung und ihre Proklamation anerkennen wollten, stimmten die Anwesenden endlich bei, und nach ein Uhr Morgens trat die provisorische Regierung auf den Marktplatz hinaus,

wo Bessler die Proklamation vorlas und unter einem allgemeinen Zuruf erklärte, daß die provisorische Regierung sich konstituiert habe.

Jetzt wurden die deutschen und die schleswig-holsteinischen Fahnen aufgesteckt; das Militär ging über; der Oberst von Honig legte das Kommando nieder, die Studenten, Turner und die Bürgergarde rüsteten sich, und die Menge lief auseinander, um einige Stunden der Ruhe zu genießen.

So hatte nun der 24. März seinen Anfang genommen. In der That ein eigenthümlicher Anfang für diejenigen, welche das Ende bei dem Beginne mit zu berechnen verstanden.

Also eine ganz nach dem alten ständischen System zusammengesetzte Stände-Versammlung sollte allein über die öffentliche rechtliche Zukunft des Landes, über die Freiheit des Volkes entscheiden? Und noch mehr, der König sollte in jedem Augenblicke das Recht haben, wiederzukehren mit seinem ganzen bisherigen Rechte.

War es also möglich, daß ein solcher Anfang ein gutes Ende bringen konnte? Die Landesfrage, der entscheidende Punkt war ja eben das bestrittene Recht der weiblichen Linie auf Schleswig; die Einheit und Selbstständigkeit der Herzogthümer.

Der König-Herzog hatte noch wie früher keine Kinder; nach dem Programm der Regierung mußte er wieder eingesetzt werden. Er behauptete aber noch wie früher die Unzertrennlichkeit Schleswigs von Dänemark; — mithin war die eigentliche Frage hier gar nicht berichtigt, und für die Entscheidung gar nichts gewonnen.

Der König hatte den Anschluß von Schleswig an den deutschen Bund, um welchen die Rendsburger Versammlung ausdrücklich gebeten hatte, geradezu abgeschlagen, und die provisorische Regierung hielt es in dem Augenblicke einer deutschen Revolution in Schleswig-Holstein für angemessen, der deutschen Zukunft der Herzogthümer gar nicht einmal Erwähnung zu machen.

Die Wiederkehr desselben Falls, warum die Erhebung geschah, war in dieser Proklamation gleichsam sanktionirt.

Weder die demokratische noch die deutsche Parthei waren also ihrem Ziele viel näher gekommen. Aber auch die Hofsparthei und die Aristokratie hatten wenig gewonnen.

Es war die Meinung gewesen, daß die demokratische und die deutsche Parthei, so viel Worte sie auch mache, doch sehr schwach sey.

Man hatte mit beiden Partheien gar nicht gerechnet; — jetzt im letzten Augenblicke traten sie mit unerwarteter Energie hervor. Ein unwilliges Erstaunen erfolgte, der lang vorhergesehene Augenblick trat ein, wo sich die beiden großen Elemente des Lebens in den Herzogthümern, bis dahin treu vereint gegen die Dänen, jetzt von einander trennten.

Zum ersten Male entstand auf der rechten Seite die Frage, wo der bedenklichere Gegner stehe. Man erkannte, daß jede großartige Maßregel zur nothwendigen Folge eine weitere Erhebung des Volks und da-

mit einem Zuwachs an Macht für die Partheien der linken Seite haben werde.

Dieses war es aber, was man vor Allem fürchtete, und dennoch konnte eine ehrenvolle Stellung von Schleswig-Holstein nur um diesen Preis erreicht werden. Ein einsichtsvoller deutscher Diplomat hat gesagt: »Die Schleswig-Holsteiner hätten bei ihrer Revolution nur Einen Fehler gemacht; daß sie den König für unfrei erklärten, ohne ihn abzusetzen.«

Man wußte dieses wohl; allein eine solche Absetzung hätte die Schiffe verbrannt und die Abgehenden ohne Rückhalt in die Arme des Volks geworfen.

Darum hielt man so fest an der Legitimität; aber dieses war es, was die schleswig-holsteinische Frage zu einer endlosen Frage gemacht hat, ohne doch der Legitimität selbst zu nützen; denn es war und blieb ein Kampf gegen den gesetzlichen Landesherrn, es blieb ein Fürst mehr auf seinem Throne angegriffen.

Was half jene Hinterthür des unfreien Landesherrn? Sie machte es dem Herzog von Augustenburg unmöglich, den Thron der Herzogthümer zu besteigen.

Das wäre das Einzige gewesen, was damals auf einem ärstlichen Wege hätte retten können; allein zu einem so kühnen Schritte fehlte es den Männern des 24. März an Muth und an Vertrauen.

Man fürchtete mit der Absetzung des Königs der Republik das weite Thor zu öffnen. Hätte man das Volk und seine Führer gekannt, man hätte es nicht gefürchtet und den Knoten zerhauen, und so war nun auch von dieser Seite der Anfang kein glänzender oder beruhigender gewesen.

In jedem Falle also hatte dieses Auftreten der Regierung, so wenig es auch im Anfange vom Volke bemerkt ward, die Lage der Dinge in den Herzogthümern nur verwickelter gemacht, und es schien ein recht erfreuliches Ende nicht mehr möglich.

Man wußte mit der größten Bestimmtheit, daß weder der König, noch die dänische Regierung jemals in Beziehung auf Schleswig nachgeben, daß Beide gleichfalls nie eine gemeinschaftliche Verfassung der Herzogthümer zugestehen würden.

Der König war souverain und gesetzlich; erkannte man ihn als solchen unbedingt an, so hatte er entschieden das Recht, die gemeinsame Verfassung zu verweigern, für Holstein und Schleswig besondere Verfassungen anzubieten, und die höchsten Verwaltungsmaßregeln vorzunehmen.

Gerade diesewegen war es ganz vollkommen klar, daß nur eine, unter jeder Bedingung eingeführte gemeinschaftliche Verfassung und Verwaltung der Herzogthümer gegen den Mißbrauch jener gesetzlichen Gewalt, wenn man sie einmal anerkennen wollte, retten könne.

Wer daher gegen den Fürsten aufstand, der mußte wissen, daß es nach der Lage der Dinge ein durchaus nichtiges Unternehmen sey, denselben bloß von gefährdrohenden Maßregeln abhalten und nicht von ihm um jeden Preis diese gemeinsame Verfassung erzwingen zu wollen; denn erkannte man seine unbedingte

Souveränität an, so sprach man ihm auch das Recht zu, die gemeinschaftliche Verfassung zu verweigern.

Der Anfang dieser Revolution enthielt demnach einen ganz unlöslichen Widerspruch, wenn man nicht mit der Erklärung anfing, daß der König nur gesetzlicher Fürst bleiben könne, insofern er die nothwendige Bedingung der Erhaltung aller schleswig-holsteinischen öffentlichen Rechts, diese gemeinschaftliche Verfassung, gebe oder zugestehet.

Und zu diesem Schritte verstand sich, wie bereits gesagt worden ist, die provisorische Regierung nicht. Sie, und mit ihr die dynastische, die aristokratische und sogar die altschleswig-holsteinische Parthei blieb in der eigenthümlichen Vorstellung, als werde durch diesen Krieg in dem frühern Verhältniß nichts geändert; als werde nach wie früher die jüngere männliche Linie nach dem Tode des Königs in den Herzogthümern herrschen, und dann erst die Selbstständigkeit derselben völlig entschieden seyn.

Die unglückliche Konsequenz davon mußte seyn, daß dann auch so lange Nichts von Seiten der Herzogthümer an dem öffentlichen Recht geändert werden dürfte; und so kam die Regierung in die Lage, sich dem Bedürfniß nach jener Verfassung fast widerlegen zu müssen, ohne doch eine andere Hilfe als durch dieselbe zu wissen, und sogar ohne später ihre Einführung verhindern zu können.

Dieser Widerspruch hat ihr von jeher alle rechte Kraft genommen, und sie und das Land geradezu hilflos in die Arme der Diplomatie geworfen.

Die Parthei dagegen, welche dieses unglückliche Verhältniß sehr gut ein sah, besaß kein rechtes Organ; sie konnte es wohl dahin bringen, daß man zur Berathung und Annahme einer Verfassung schritt, allein erst im September, als schon Alles zu spät war.

Sie war in der Zwischenzeit sehr gefürchtet und sehr bedrückt; was sie Beides nicht verdiente; aber sie hatte es freilich nicht so weit gebracht, das Volk über jenen Widerspruch aufzuklären, und so blieb sie machtlos und ohne bestimmten Einfluß.

Das Land selbst durchschaute das Verhältniß nicht und zeigte ungemein geringe politische Einsicht. Ganz zufrieden damit, eine schleswig-holsteinische Regierung zu haben, überließ es derselben Alles, was Politik betraf, ohne zu zweifeln oder zu fragen.

Und so mußten schon jetzt die Einsichtsvollen sich ernstlich fragen, welches Ende eine Revolution nehmen könne, die nach wie vor den König von Dänemark als unbestrittenen Landesherrn in beiden Herzogthümern anerkannte, die Rechte seiner Krone auf keinem Punkte verlegen, die Herzogthümer weder von Dänemark losreißen, noch ihre Verfassung auf der Grundlage des Volkswillens allein aufbauen wollte; — dennoch aber in einem vollen Aufruhr dastand.

Und dieses in einer solchen Zeit und in einem zugleich so schwachen und so wichtigen Lande!

Es war also keinen Augenblick zweifelhaft, daß sich bei der Nachricht von der Erhebung Kiels das ganze Land für die Regierung um jeden Preis erklären würde.

Man setzte ein festes Vertrauen in das Heer; man hoffte, es würde sich durch begeisterte Freiwillige verstärken, die dänische Armee aufsuchen und sie schlagen. Dann konnte man als Sieger wenigstens mit dem stolzen Gefühle des Sieges die Angelegenheit des Vaterlandes, wie sie nun auch sich gestalten möchte in den eigenen Händen haben.

Wer es daher ehrlich meinte, der warf jetzt alle Bedenklichkeiten zur Seite. Es galt den äußern Feind zu schlagen, und hier wenigstens gab es keine Parthei, keinen Streit, keinen Zweifel, keine Nachlässigkeit.

Einmal eingesetzt — und das blieb der Trost und die Hoffnung Aller — war die provisorische Regierung für Alle, die unbeschränkte Herrin des Landes.

Die neue provisorische Regierung ergriff ihre große Aufgabe im Anfange mit allem Eifer; äußerlich schien entschlossener Wille und feste Kraft über Alle gekommen zu seyn.

Nachdem noch einmal am Morgen des 24. März um 6 Uhr unter Trommelschlag und Glockengeläute die provisorische Regierung ihre Proklamation und ihre eigene Konstituierung verkündet und von der Einwohnerschaft mit lautem Jubelruf begrüßt war, übernahm Prinz Friedrich das Ober-Kommando über alle Truppen der Herzogthümer, und nun mußte ernstlich daran gedacht werden, die Festung Rendsburg so schnell als möglich zu gewinnen.

Rendsburg in der Mitte der beiden Herzogthümer gelegen, an dem Punkte, wo die Hauptlandstraße von Hamburg nach dem Norden über die Eider und den schleswig-holsteinischen Kanal geht; drei Meilen von der Eckernförder, vier Meilen von der Kieler Bucht entfernt, ist die einzige Festung von Erfurt bis Kopenhagen, und beherrscht nicht bloß beide Herzogthümer, sondern ist auch für ganz Nord-Deutschland von der allergrößten Wichtigkeit.

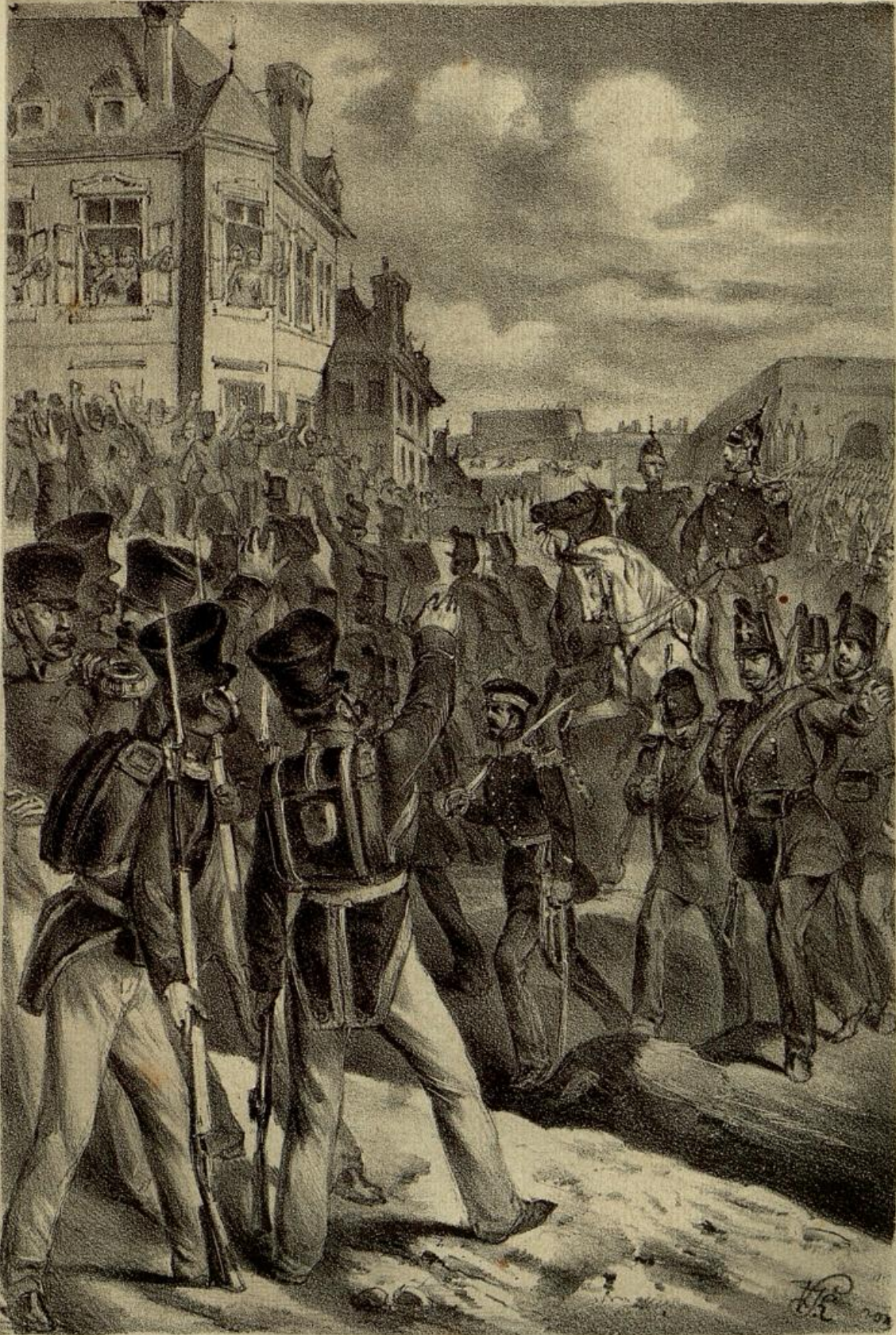
Würde Rendsburg den Dänen in die Hände fallen, so konnte an keinen glücklichen Ausgang mehr gedacht werden, da die Herrschaft derselben zur See ihnen die beiden Hauptbuchten von Schleswig und Holstein, die Eckernförder und die Kieler Bucht, offen gehalten, jede Bewegung in Schleswig von Holstein abgeschnitten, und Holstein selbst, vor Allem aber Kiel, jedem Angriff offen gelegt hätte.

Der erste Schritt war daher die Einnahme der Festung Rendsburg. Zum Glück hatte dieselbe auch nicht die mindeste Schwierigkeit, weil die Bürger ganz entschieden für die deutsche Sache standen, und die Garnison schon früher gewonnen war.

Der Prinz ließ daher das Kieler Jägerkorps mit einem Extrazuge abgeben, welchem um 1 Uhr die Studenten und Turner folgten.

An einen Widerstand ward nicht gedacht, und so zogen die Truppen wie in eine offene Festung hinein, wo sie mit Jubel empfangen wurden, und so war um die Mittagszeit der Prinz im Besitze des Plazes.

Zu gleicher Zeit erhoben sich die übrigen Truppen der Herzogthümer für die schleswig-holsteinische Sache; das Glückstädter Bataillon, die Isehoer und



L'entrata dei Slesvich - Olsteini nella Fortezza di Renshona.

A' schlesvzig - holsteiniak bemenetele a rendsburgi várba.



Schleswiger Dragoner erklärten sich gleichfalls und zogen in Rendsburg ein.

Nur die geborenen dänischen Offiziere wurden theils arretirt, theils entkamen sie durch die eiligste Flucht.

Schon am 25. März stand der Prinz in Rendsburg an der Spitze der ganzen Truppenmacht der Herzogthümer, und dachte nun daran, dem erwarteten Angriff der Dänen entgegen zu gehen.

Indessen hatte die provisorische Regierung noch in Kiel ihr erstes Wort gelöst, und drei provisorische Verordnungen über die Presse, das Vereinsrecht und die Bürgerbewaffnung erlassen.

Sie ging an demselben Tage nach Rendsburg ab, und empfing hier die Nachricht von der allgemeinen Begeisterung, mit welcher ihre Schilderhebung in allen Theilen des Landes aufgenommen wurde.

Sie konnte sich als alleinige Herrscherin der Herzogthümer ansehen, und wirklich selten hatte eine Regierung in einem ähnlichen Augenblicke eine gleich glänzende und bedeutungsvolle Stellung; denn von Parttheilung war hier nirgends die Rede.

Daß am 25. März Morgens die oben erwähnte Deputation aus Kopenhagen zurück kam, wurde in diesem Augenblicke kaum bemerkt; zwei Tage früher hätte dieses schon selbst das ganze Geschick der Herzogthümer umgestaltet; allein trotz ihrer fast souverainen Gewalt, hielt die Regierung an dem Grundsatz fest, daß der König Landesherr sey und bleibe, und daß sie selbst berufen sey, die Rechte der Krone nicht weniger als die Rechte des Landes zu schützen.

Um darüber auch in Kopenhagen keinen Zweifel entstehen zu lassen, ergriff dieselbe ein Mittel, das wenigstens damals sehr großen Mißverständnissen ausgesetzt seyn konnte.

Sie erließ bereits am 25. März ein, von ihrem Sekretär, dem Professor Droyse abgefaßtes Schreiben an den König von Dänemark, welches in höchst unterthänigen Ausdrücken denselben als Landesherrn anerkannte, die Begebenheit historisch erklärte und mit der Nachweisung schloß, daß das Land nicht mehr zu bändigen gewesen, und daß die Anwendung der militärischen Gewalt nutzlos und gefährlich gewesen seyn würde.

Dieses Schreiben endete noch mit dem bedeutungsvollen Satz: »Sollten Euer Majestät Höchstdero Herzogthümer erhalten, sollte das Land vor völliger Anarchie und Aufruhr bewahrt bleiben, so mußte schnell eine Regierung in's Leben treten, die das volle Vertrauen des Landes besitzt, und sich auf dasselbe zu schützen vermag, die aber eben so entschlossen ist, die Rechte des Landes zu vertreten, und demselben dieselbige freiheitliche nationale Entwicklung zu sichern, welche wir als in Euer Majestät unsers deutschen Herzogs gerechten und weisen Willen liegend voraussetzen müssen.«

Somit ward den Dänen die ganze Bewegung der Herzogthümer von der provisorischen Regierung als eine drohende, völlige Anarchie und die Gewaltergreifung der Regierung dargestellt, um dem Könige von Dänemark seine deutschen Länder zu erhalten.

Daß der Anspruch des Landes auf eine gemeinsame Verfassung nicht bloß ein rechtlich vollkommen begründeter, sondern jetzt ein politischer durchaus nothwendiger sey, daß es keinen andern Ausweg gebe, als diese gemeinsame Verfassung, daß nur sie den Krieg auf der Stelle endigen und die Personalunion für alle ihr zukommende Zeit sichern werde, daß aber ohne sie keine Unterwerfung möglich seyn könne und dürfe; davon verlautete kein Wort.

Man denke sich also den Eindruck, den diese Erklärung in Dänemark machen mußte. In den Herzogthümern aber beachtete man diese Diplomatie eben so wenig, als die Proklamationen des Königs an die Schleswiger und an die Holsteiner vom 27. und 29. März.

Alles war voll von Begeisterung; die schwerbeweglichen Gemüther der Niedersachsen glühten in einer nie bekannt gewesenen Wärme. An allen Orten bewaffnete sich das Volk, Freikorps und Schützenkorps bildeten sich nach und nach, Beiträge aller Art kamen häufig nach Rendsburg.

Wie stolz, wie edel, wie hingebend war jetzt dieses kleine Volk in diesen Tagen seiner ersten Erhebung, welche eine Fülle von Kraft entwickelte es, welche eine Macht war in den Händen von Männern, die einer so großartigen Unternehmung gewachsen gewesen wären.

Indessen säumte der König nicht, dem Versprechen seiner Proklamation gemäß, mit seinem Heere an der Grenze von Schleswig zu erscheinen. Schon am 30. März standen zwei Bataillone in Hadersleben. Vor Sonderburg erschien Dircking-Holmfeldt mit einem Kriegsschiff und zwang die Insel Usen zur Uebergabe.

Man mußte eilen, dem Feinde entgegen zu gehen. Die Noth fing an, drängend zu werden. Die provisorische Regierung, die allerdings — und dieses muß zur richtigen Beurtheilung ihrer Stellung nicht vergessen werden — die Schwäche des Landes am besten erkannte, sah sich unter diesen Umständen nach innerer und äußerer Hilfe um.

Sie schickte den Advokaten Claussen nach Berlin, und den Justizrath Schleiden nach Frankfurt, um die Lage der Dinge darzustellen. Sie nahm, um sich der Zustimmung aller Parttheien zu versichern, den Olshausen bereits am 29. März als sechstes Mitglied in die provisorische Regierung auf, nachdem sie unterm 27. März die Vereinigte Ständeversammlung zum 3. April nach Rendsburg berufen hatte.

Sie ließ die Freikorps, so weit es thunlich war, organisiren und das reguläre Militär ausheben. Allein sie wußte auch recht wohl wie schwach eigentlich die militärischen Kräfte des Landes waren. Zuerst und vor allem fehlten dem Heere die erforderliche Anzahl Offiziere.

Die Offiziere der ganzen Armee hatten bis dahin ihre Bildung in Kopenhagen erhalten, und schon dieserwegen war ein großer Theil derselben durchaus dänisch, ein anderer Theil dänisirt.

Im Ganzen waren in beiden Herzogthümern überhaupt nur für etwa 4000 Mann die Offiziere da gewesen. Die Dänen unter ihnen traten zurück, und auf die Danisirten war nicht ganz sicher zu rechnen; wie sollte man also jetzt, und zwar binnen acht Tagen, über 7000 Mann mit Offizieren versehen ins Feld stellen.

Wer wird sich also wundern, daß das junge Heer zur Hälfte ohne ein wirkliches Offizierkorps blieb. Die Dänen hatten ferner nie das Geringste für die Equipirung der deutschen Truppen in den Herzogthümern anfertigen lassen; und so fanden sich daselbst weder Waffen noch Montur in der erforderlichen Menge. Dazu kam noch, daß die Dänen anrückten, bevor man die gehörigen Vorbereitungen treffen konnte. Sie freilich hatten eine geübte, wohl versehene Armee, die genaueste Kunde von den Mitteln der Herzogthümer und eine Seemacht, die bei der offenen Lage der Herzogthümer höchst gefährlich erschien.

Die Lage der Regierung war für die kühle Berechnung eine sehr ernsthafte. Ein allgemeines Aufgebot des Landes unter einer tüchtigen Leitung hätte allerdings helfen können; allein dazu war Niemand zu bewegen.

Viele hofften noch Alles von den militärischen Talente des Prinzen Friedrich; und die Meisten unter den Vernünftigen wendeten ihre Blicke nach Deutschland; übrigens waren aber Alle zum Aeußersten entschlossen.

Indessen nahte der 3. April heran, wo die Stände-Versammlung eröffnet werden sollte. Man war zunächst gespannt, wie viele Mitglieder sich einfinden würden; doch machte von vorneherein der Einmarsch der Dänen in Nordschleswig das Erscheinen der nordschleswig'schen Deputation theils unwahrscheinlich theils unmöglich.

In der That kamen von 96 Mitgliedern nur 76 nach Rendsburg Große Erwartungen knüpften sich an diese Versammlung. Wer sie indessen kannte, wußte, daß sie dem Vorgange der provisorischen Regierung fast unbedingt leisten würde.

Die Lage der Dinge war der Art, daß die provisorische Regierung irgend etwas Entscheidendes vornehmen mußte; das Land hätte beiden Organen treuer gefolgt, als dem mächtigsten Despoten. Allein bei der ersten Zusammenkunft des schleswig-holsteinischen Landtags geschah in der That Nichts, weder von der Regierung noch von den Ständen.

Wenn die Regierung das Angefangene zu seinem scheinbar nächsten glücklichen Ausgang hätte bringen wollen, so hätte sie den Ständen eine angemessene Verfassung der Herzogthümer so fort vorlegen, und diese von ihr in Bausch und Bogen annehmen lassen müssen; um ein paar Zoll Freiheit mehr oder weniger würde man damals wahrlich nicht gemäkelst haben; nahm doch die spätere Landes-Vertretung die Verfassung vom 4. September in drei Tagen an! Sie hätte dann in Gemäßheit dieser Verfassung die neue Landes-Vertretung sofort berufen, die Verwaltung in ihren Grundzügen ordnen, und dem König-

Herzog die so viel bestrittene Einheit als eine vollendete Thatfache entgegen stellen müssen.

Sie hätte damit im glücklichen Falle das Erreichbare erreicht, und das Resultat des beginnenden Krieges vor dem Ende desselben festgestellt, ohne doch den legitimen Erbreechten irgend wie zu nahe zu treten. Im unglücklichen Falle hätte sie dem Lande ein dauerndes Ziel gestellt, sich selbst ein Denkmal gesetzt.

In jedem Falle aber hätte sie mit den Herzen zugleich die Ueberzeugungen dauernd an ihr Festen gefesselt. Sie wagte es nicht, und doch wußte sie, daß die Stände ihrerseits es zuerst nicht thun würden. Sie legte, wie sie es versprochen hatte, ihre Gewalt in der ersten Sitzung in die Hände der Stände nieder, und es ward ihr dieselbe natürlich mit allgemeiner Aklamation wieder gegeben.

Dann wurden die von ihr erlassenen provisorischen Verfügungen kurz beraten, und diese, so wie der Antrag der provisorischen Regierung wegen Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund genehmigt. Nun endlich ward die Frage nach der Verfassung vorgelegt, über die ein kurzer parlamentarischer Kampf entstand.

Die demokratische Richtung hatte hier wie gewöhnlich weder den Muth noch das Vertrauen, auf die Erlassung einer sofortigen Verfassung zu dringen, sie wollte wegen dem Prinzip, eine Verfassung durch das Volk, und dieserwegen eine neue Wahlordnung für eine konstituierende Versammlung, da sie sah, daß die gemeinsame Regierung noch nichts fertig hatte.

Der Antrag, daß aus der Stände-Versammlung ein Ausschuß für die Entwerfung einer Verfassung und eines freien Wahlgesetzes erwählt werden möge, war gegen eine Stimme abgelehnt worden; die Nothwendigkeit eines neuen Wahlgesetzes erkannte man dagegen einstimmig an, und beauftragte die Regierung einen Entwurf dazu vorzulegen.

Damit war eigentlich der Lebensnerv der Versammlung abgeschnitten. In der dritten Sitzung wurden die Steuern von den Ständen bewilligt; in der vierten Sitzung vertagten sie sich. Die Regierung stand wieder allein, und sie eilte auch nicht.

Jenes Wahlgesetz wurde erst im Monat Juni fertig; und dabei drängte auch kein Mensch. Die Spitze der Erhebung war abgebrochen, und bevor man dieses recht eingesehen hat, ging die Hoffnung auf einen Sieg im Felde unter. Mit den Tagen von Flensburg ward die Diplomatie die alleinige Herrin in der schleswig-holsteinischen Sache.

Schon in den ersten Tagen nach der Erhebung war beschlossen worden, die Dänen bei ihrem Angriffe schon im Norden Schleswigs zu erwarten. Große Thätigkeit herrschte in Rendsburg, und fast täglich gingen kleinere oder größere Truppenzüge nach dem Norden ab.

Das Vertrauen auf die militärischen Fähigkeiten des Prinzen Friedrich war sehr groß, doch wunderte man sich schon damals, daß derselbe in Rendsburg mit allerlei Intendantur-Geschäften sich abmühte, während seine Gegenwart bei der Armee um so notwendiger gewesen wäre, als bei dieser ein gro-

ßer Mangel an Offizieren, und sie überhaupt sehr bunt zusammen gewürfelt war.

Sehr guten Eindruck machte es übrigens, daß aus Berlin und andern Theilen Deutschlands eine Reihe junger tüchtiger Schützen in die Freikorps eintraten; denn die ganze Jugend war noch immer voll von Begeisterung.

Die äußerste Avantgarde der schleswig-holsteinischen Truppen war schon über Apenrade hinaus vorgezogen, und bestand aus den Studenten und Turnern von Kiel und dem Jägerkorps. Das Erscheinen dänischer Kriegsschiffe im Apenrader-Hafen und die feste Stellung der Dänen auf Alsen machten es jedoch nothwendig, bis auf Flensburg zurück zu gehen.

Hier konzentrierte sich das ganze Heer Schleswig-Holsteins, welches freilich kaum 7000 Mann zählte, und sehr wenig mit Geschütz versehen war.

Erfabrene Militärpersonen hatten die Ueberzeugung, daß nur die persönliche Tapferkeit der Truppen und die Tüchtigkeit der höchsten Leitung einen glücklichen Ausgang möglich machen würden. Die Zuversicht des Landes blieb jedoch unerschütterlich.

Leider theilte das Kommando mit dem ganzen Volke den größten Fehler aller Kriegsführung, der die Quelle alles Uebels wird — nämlich die Verachtung des Gegners.

Noch immer bis in den Monat April hinein, blieb der Prinz in Rendsburg. Er glaubte für den Sieg Zeit genug zu haben, wenn er, wie seine Proklamation an das Heer sagte, »Daß er am Tage der Ehre bei demselben seyn werde.«

Indessen arbeitete man in Kopenhagen mit ganz ungemeiner Thätigkeit und Umsicht an den Vorbereitungen zum Kampfe. Die Erregung des Volks, lange Zeit und geschickt genährt, war ungeheuer.

Große Gaben floßen zusammen; die Armee ward mit den reichlich vorhandenen Mitteln schon im Anfang April auf 14,000 Mann gebracht, und die Schiffe wurden in Stand gesetzt.

Am 5. April ging der König nach Friederika ab, nachdem er vorher am 4. April eine Allerhöchste Intermittat-Kommission für Schleswig eingesetzt hatte. Die Seele der ganzen Kriegsführung war der Kriegsminister Eschering.

Derselbe war bis dahin Kapitän gewesen, hatte eine Zeit lang in Rendsburg in Garnison gelegen, und konnte die Herzogthümer genau.

Durch heftige Opposition gegen die alte schlechte Verwaltung der Generalität hatte er sich Ungnade und Arrest zugezogen. Er ging sodann zur politischen Opposition über, wurde Orla Lehmanns Freund, und stand an der Spitze der Bewegung vom 22. März, die ihn in das Kriegs-Ministerium brachte.

Eschering war entschieden nicht bloß ein tüchtiger, sondern sogar ein talentvoller Offizier; und übersah nicht allein die militärischen, sondern auch die politischen Verhältnisse mit tiefer Einsicht.

So hat es auch der an den alten Hof gewohnten Generalität ankam, einen jungen Mann, und noch dazu einen bloßen Kapitän an ihrer Spitze zu sehen, so wünschten sich doch die Verständigen

Glück zu diesem wichtigen Erwerb; denn der junge Kriegs-Minister zeigte sogleich, daß er der Sache gewachsen sey.

Er zuerst erkannte die Wichtigkeit der Insel Alsen, die, wie eine ungeheure Festung in der Mitte Schlesiens sich hinstreckend, jede Stellung im Norden des Flensburger-Meerbusens, wenn nicht unhaltbar, so doch sehr gefährlich macht.

Die Küsten gestärkter schwer eine Landung, und wo sie möglich war, wie z. B. bei Sonderburg, legte er Kriegsschiffe hin und errichtete Batterien.

Dann, die große Verkehrtheit in den Operationen des schleswig-holsteinischen Heeres um den Flensburger Meerbusen sofort durchschauend, gab er Befehl, sich durchaus nicht darin zu stören; dagegen ließ er die ganze dänische Macht vom Norden nach Flensburg vorrücken, und die Schiffe in Bereitschaft halten; während der Prinz noch immer in Rendsburg war.

Am 8. April endlich trafen die ersten dänischen Vorposten und die Avantgarde der schleswig-holsteinischen Armee bei Bau ein. Nach einigen Plänkelleien zogen sich die Dänen zurück, denn es lag im Plane, die Deutschen nach Alsen hinzulocken und sie vom Hauptkorps, das in Flensburg lag, abzuschneiden, doch gelang dieses nur theilweise.

Zugleich fand ein Angriff auf Glücksburg statt, nämlich auf der Südseite des Flensburger Hafens, der jedoch ohne Entscheidung blieb. Erst am 8. April ging der Prinz Friedrich von Rendsburg nach Flensburg, wo er sich unterwegs über die Nacht in Schleswig aufhielt, und dann am Morgen des 9. April nach Flensburg kam, gerade in dem Augenblicke, wo die Niederlage seiner Armee bereits entschieden war.

Um jedoch die folgenden Bewegungen klar zu machen ist es nothwendig, die Stellung der Armee kurz zu bezeichnen.

Der Flensburger Hafen ist eine tiefe und schmale Bucht, an deren Ende Flensburg liegt. Im Norden und Nordosten von Flensburg gehen die Wege nach Alsen und Apenrade, wo die Dörfer Krusau und Bau liegen. Letzteres eine Meile, das erstere eine halbe Meile von Flensburg entfernt.

Zwei Meilen an der Südseite des Hafens liegt das Schloß und der Flecken Glücksburg; dicht dabei die Zollstätte Holschens, wo eine schmale Landenge, die unverteidigt war, einen trefflichen Haltpunkt für die dänische Marine abgab.

In Bau stand das sechzehnte Bataillon, in Krusau standen die Kieler-Jäger und Studenten, in Flensburg befand sich der Haupttheil der Armee, in Glücksburg eine nicht unbeträchtliche Abtheilung.

Es war klar, daß diese Stellung unhaltbar seyn mußte. Der Flensburger-Meerbusen ging mitten in sie hinein, und machte, da man vom Wasser aus die Verbindungswege von Bau und Krusau nach Flensburg bestreichen konnte, jeden Angriff auf jene Avantgarde fast unfehlbar.

Die geringe Zahl der deutschen Truppen dagegen, auf einen Raum von mehr als drei Meilen zerstreut, ließ jede kräftige Vertheidigung als fast un-

möglich erscheinen. Dennoch waren keine angemessenen Befehle gegeben, auch war keine Rückzugs-Linie angeordnet, denn man erwartete Alles von dem Prinzen.

In der Nacht aber, die derselbe in Schleswig zubrachte, zog sich eine dänische Abtheilung des rechten Flügels nordostwärts um Bau herum, und bedrohte so ernstlich die Verbindung der Avantgarde mit der Stadt; daß schon jetzt die Gefahr höchst dringlich erscheinen mußte.

Am Morgen begann dann der Angriff auf die Stellung bei Bau und Krusau. Die Dänen griffen mit 14,000 Mann an; die Stärke der deutschen Avantgarde war etwa 2000 Mann; aber dennoch widerstand sie, und in einer Stunde war das Gefecht allgemein geworden.

Man sah man eine wunderbare Erscheinung. Die Kieler-Studenten und Turner lauter junge Leute, die nie eine Muskette getragen hatten, warfen sich mit solcher Kühnheit dem Feinde entgegen, daß derselbe flugte; unter dem heftigsten Feuern hielten sie Stand, scherzend und feuernd unter den Kugelregen.

Die Kieler-Jäger, größtentheils Lauenburger, wichen; die deutschen Studenten aber warfen sich mit dem Bajonett auf die dänischen Vortruppen, trieben sie mehrmals zurück und Keiner dachte an ein Fliehen.

Die Dänen, verwirrt und schon in der Meinung, daß hier ein starker Rückhalt stehen müsse, wurden trotz ihrer siebenfachen Uebermacht einen Augenblick aufgehalten. Da verkündete starker Kanonendonner in der linken Flanke von Bau her, daß das dort stehende sechzehnte Bataillon geschlagen, und der Rückmarsch nach Flensburg ernstlich bedroht sey.

Nun erwartete man Befehle aus Flensburg, eine Ordonnanz nach der andern wurde abgeschickt — aber alles war umsonst. Das Korps mußte, ohne Anweisung, und schon umzingelt unter der Führung des Majors Michelsen an den Rückzug denken, und so wendete man sich nach Flensburg.

Da legten sich aber die dänischen Kanonenboote an den Strand, und bestrichen mit Kartätschen die Kunststraße, die dicht am Wasser nach dem Nordthor zurückführt.

Jetzt entstand Verwirrung; die Offiziere des Kieler-Jäger-Korps, die mit dem größten persönlichen Muthe vorangegangen sind, waren zum größten Theil schon gefallen.

Michelsen wurde durch den Arm geschossen und fiel; die unverantwortliche Behandlung der dänischen Aerzte hat ihn später aus der Welt geschafft. Die Studenten und Turner retteten sich durch das Kartätschenfeuer hindurch nach einer Eisengießerei dicht vor Flensburg.

Als sie hier ankamen, hatte der dänische rechte Flügel bereits das nördliche Thor von Flensburg besetzt. Rettung war also unmöglich; und dennoch verteidigten sie sich noch eine halbe Stunde in der Eisengießerei, bis die gänzliche Erschöpfung am Nachmittage sie zur Uebergabe zwang.

Ueber achtzig Studenten und über dreißig Turner wurden zu Schiffe nach Sonderburg und von da nach Kopenhagen gebracht; wo sie dann später mit

Stolz erfuhren, daß sie sich drei Stunden gegen eine ungeheure Uebermacht geschlagen haben, und daß der Verlust der Dänen wenigstens drei Mal so groß gewesen sey. Das Land trauerte wohl über sein Unglück, aber es war stolz auf seine Söhne.

Während sich hier die Kinder Schleswig-Holsteins schlugen, hatte der Prinz unmittelbar nach seiner Ankunft und ohne die Stellungen zu besichtigen, in Flensburg sofort den Befehl zum schleunigsten Rückzug gegeben.

Das ganze Heer brach jetzt nach Schleswig auf. In Idstedt suchte man einen Augenblick anzuhalten; aber man gab gleich auch diese Stellung wieder auf und eilte durch Schleswig — bei Eckernförde vorbei, bis an den Wittenjee, eine Meile vor Rendsburg.

Das Korps von Glücksburg verließ Angeln, und ein Theil desselben löste sich gänzlich auf. Vier fünfteltheile des Heeres hatten keinen Feind gesehen.

Schleswig war verloren, und was noch mehr ist, das Vertrauen auf das oberste Kommando war für immer dahin. Tiefe Verstimmung bemächtigte sich des ganzen Landes, denn was man hätte leisten können, zeigten die wenigen Tapfern, die im Feuer gestanden waren.

Harte Anklagen wurden jetzt laut gegen den Prinzen, aber was nützen sie jetzt mehr? In jedem Falle konnte bei der Unmöglichkeit ihn zu ersetzen, und bei dem nicht günstigen Zustande des Heeres, dem es noch immer an Geschütz und mehr als jemals an Offizieren fehlte, an eine, auf eigene Kräfte gebaute Verteidigung nicht mehr gedacht werden, und so standen jetzt schon am 11. April die Dänen in der Stadt Schleswig.

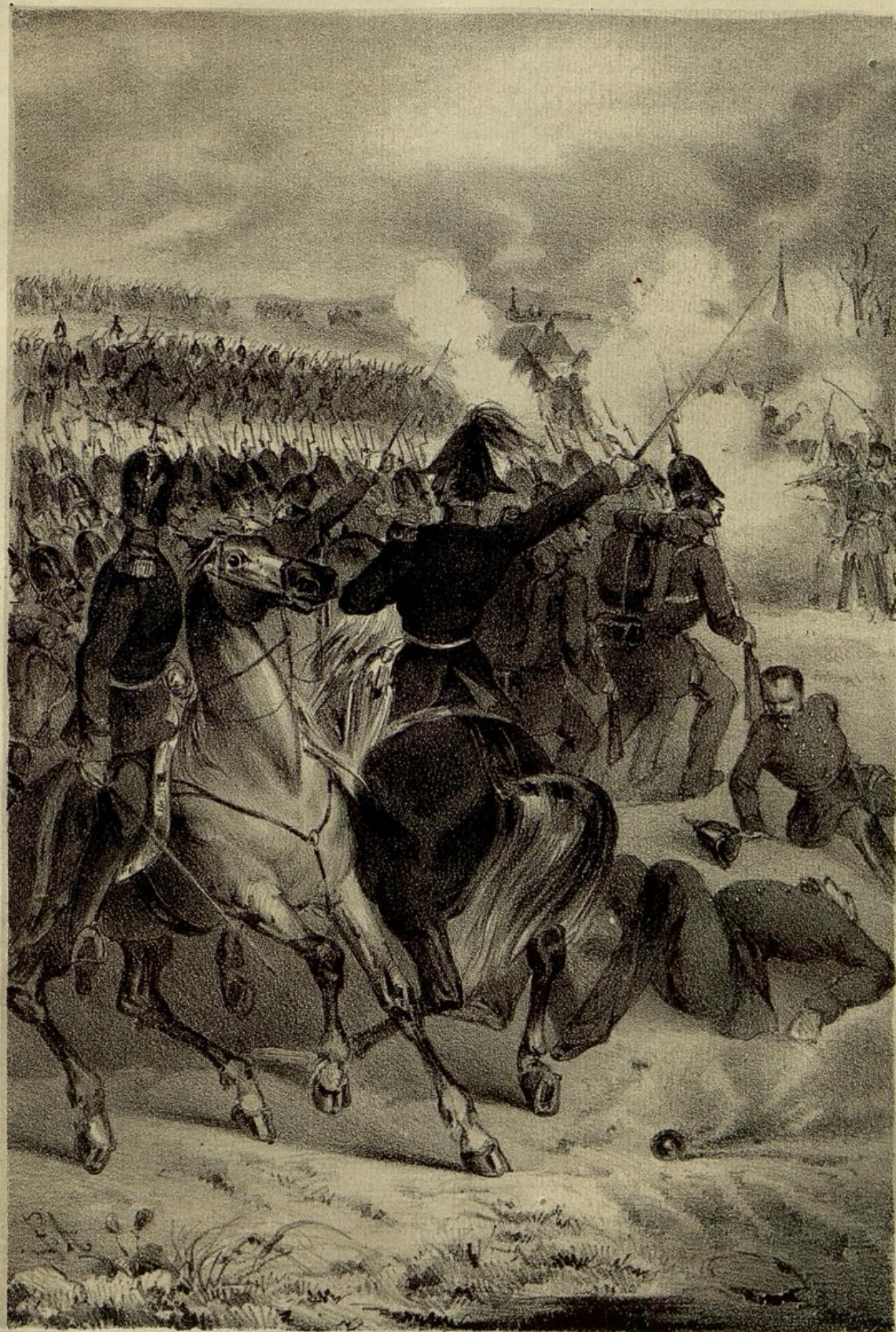
Dieses war das Gefecht von Bau, und der Rückzug des schleswig-holsteinischen Heeres von Rendsburg.

In jeder andern Kriegsgeschichte ziemlich bedeutungslos, blieb dieses Ereigniß für die schleswig-holsteinische Sache doch von der entscheidendsten Wichtigkeit. Bis dahin hatte man den großen Fehler begangen, die Dänen zu verachten; jetzt sah man aber wenigstens ein, daß man mit einem achtungswerthen Gegner zu thun hatte.

Man hatte die eigenen Kräfte überschätzt, man lernte seine Mängel kennen und wurde gezwungen, statt auf allgemeine Begeisterung auf systematische Rüstung die Hoffnung des Landes zu bauen.

Doch dieses war nicht das eigentlich Bedrückende, und eben so wenig lag es darin, daß das Herzogthum Schleswig für den Augenblick verloren schien. Ein einziges glückliches Treffen konnte Land und Volk wieder gewinnen, und in der That waren die Kräfte der Herzogthümer noch nicht im geringsten ermüdet.

Das aber blieb die hohe Wichtigkeit dieses Tages, daß er jede Hoffnung auf ein eigenes Ausfechten der eigenen Sache vernichtete, und daß alle diejenigen, welche in trüber Voraussicht der diplomatischen Verhandlungen und ihrer unerfreulichen Folgen der Herzogthümer selbst eine gewichtige Stimme bei der Entscheidung über ihr Land zueignen wollten, gänzlich zum Schweigen und zur völligen Unthätigkeit verurtheilt wurden.



Il combattimento dei danesi contro gli Slesvich-Holsteini presso Bau.

A' danusok ütközete a schleszwig-Holsteiniakkal Bauban.



Die provisorische Regierung mit ihrer unglückseligen unklaren Stellung konnte jetzt Alles in die Hände Preußens legen; schon standen die Berliner Garden in Rendsburg, schon hatte der Bundestag sich geeilt, den status quo ante als Grundlage der Verhandlungen mit Dänemark anzuerkennen und Preußen auf dieser Basis die Vermittlung zu übertragen.

Die Herzogthümer hatten mit der Macht auch das Recht verloren, das eigene Wort in die Wagschale zu werfen; sie mußten schweigend die Maßnahmen des politischen Voemunds anerkennen und noch dazu Dank aussprechen.

Von nun an beginnt eine ganz andere Geschichte für Schleswig-Holstein. Jetzt erst, nachdem man Preußen aufgerufen hatte, zeigte sich der wahre Charakter der schleswig-holsteinischen Frage.

Man hatte kurzfristig genug geglaubt, nur mit den Dänen zu thun zu haben, jetzt aber wurde es klar, daß die Angelegenheit des Landes eine europäische Frage, und daß sie vor allen Dingen von ganz entscheidender Bedeutung für Deutschland sey.

So wie diese Macht einmal austrat, mußte Schleswig-Holstein selbst ganz in den Hintergrund treten. Die Regierung ward zu einer bloßen, und in politischen Dingen willenlosen Verwaltungsbehörde; das Land wurde ein streitiges Territorium; das Volk wurde weder gefragt noch angehört.

Der schlagendste Beweis von der ungemeinen europäischen Wichtigkeit dieses kleinen Gebiets ist, daß seit dem 9. April 1848 weder die großen und tapfern Heermassen Deutschlands, noch die glänzendsten Siege über die Dänen, noch die Eroberung der Hälfte der dänischen Monarchie, sondern nur allein diplomatische Noten die Ereignisse bestimmt haben.

Die Herzogthümer waren aufgestanden in der festen Meinung, daß sie allein stark genug seyn müssen, um es mit den Dänen aufzunehmen.

Die spätere Geschichte hat gezeigt, daß sie darin Recht hatten, wenn alle Hilfsquellen dieser reichen und tüchtigen Lande gehörig benutzt würden.

Aber damals hatte man sich getäuscht; man hatte sich namentlich getäuscht in den Fähigkeiten des Ober-Anführers, des Prinzen von Augusten-burg. Die Truppen der Herzogthümer waren bei Bau geschlagen worden, und zurückgegangen bis zur Eider.

Das Herzogthum Schleswig war aufgegeben, die Stadt Schleswig war von den Dänen besetzt, Rendsburg kaum in einem verteidigungsfähigen Zustande, das Heer noch ohne Organisation, ohne Offiziere, ohne ein fähiges Ober-Kommando. Es fehlte an Waffen, an Ordnung, an Concentration.

Die Dänen dagegen hatten die stärkere Zahl, ein gut organisiertes Heer, das Bewußtseyn ihrer Ueberlegenheit, die Herrschaft zur See, den Besitz von Alsen, und die starke Stellung von Schleswig.

Nur Eines hätte die Herzogthümer retten können; und dieses wäre gewesen eine geniale, auf der Höhe der damaligen Zeitverhältnisse stehende Regierung, welche sich bereit gezeigt hätte, Alles an die große Zu-

kunft Schleswig-Holsteins zu setzen, ja selbst das historische Recht.

Eine solche Regierung hätte mit dem kleinen, aber starken, einem vernünftigen Befehle und einem klaren Willen, wie kein anderes willig und frei gehorchenden Volke, mit den reichen Hilfsquellen des Landes, mit der nachhaltigen Begeisterung, die noch herrschte, Großes erreichen können. — Aber eine solche Regierung existirte nicht.

So ergab sich die erste Grundlage der jetzt kommenden Ereignisse, die Unselbstständigkeit der Herzogthümer, ihre Unselbstthätigkeit, ihr Hingebenseyn in allen Fragen und Bewegungen an den äußern Einfluß.

Es ergab sich daraus wieder ein anderes nachhaltigeres Ereigniß, das verderbliche Wirkungen hervorbrachte.

Diejenigen, die an der Spitze standen, nahmen den Eindruck jener Unmacht der Herzogthümer zu einem selbstständigen Auftreten, den allerdings jene erste Zeit geben mußte, mit sich hinüber in ihre beginnende Laufbahn; sie glaubten von da an, daß die Herzogthümer überhaupt nicht könnten, was sie einmal nicht gekannt; und so wurde das Anschließen an Alles, was von Außen kam, der vorwaltende Charakter der Politik der schleswig-holsteinischen Regierungen.

Die zweite große und allgemeine Grundlage der jetzt kommenden Entwicklung in den Herzogthümern war das Verhältniß zu Deutschland und Preußen; was besonders näher zu betrachten ist.

Wirft man einen Blick zurück auf Dasjenige, was früher über die Bedeutung der Herzogthümer, namentlich in Beziehung auf ihre geographische Lage gesagt worden ist, so steht der Satz fest, daß der Besitz der Herzogthümer jeder Großmacht, gleichviel wegen einer deutschen oder nicht deutschen, die Herrschaft über die Ostsee und über den Haupthandel Deutschlands, der durch die Elbe geht, sichern muß.

Namentlich aber würde dieser Besitz für Deutschland von ungeheurer Bedeutung gewesen seyn, weil er eben der deutschen Macht eine neue, außerordentlich einflußreiche Stellung im ganzen Norden hätte geben müssen.

Aber auch schon für Preußen wäre die Herrschaft über Schleswig-Holstein von ungemeiner Wichtigkeit geworden, und dieses sowohl zu Lande als zur See.

Preußens große Schwäche als Landmacht besteht namentlich in der Trennung seiner beiden großen Hälften.

Die Verbindung dieser beiden Hälften ist nur schwach gesichert. Vorzüglich vom Norden aus hat sie fast keine Stütze. Die große norddeutsche Ebene, deren Durchmesser das Bett der Elbe bildet, steht jedem feindlichen Angriffe offen.

Es gibt nicht einmal eine deutsche Festung zwischen Rendsburg, Magdeburg und Erfurt. Der Besitz der Herzogthümer hätte dagegen Preußen einen sehr festen Halt gegeben.

Schon Holstein allein mit Rendsburg und Kiel konnte als ein Damm gegen jeden Angriff von Nor-

den für Preußen gelten, um so mehr, da einerseits das Terrain Holsteins und die Lage der Festung Rendsburg, Holstein selbst zu einem schwer einzunehmenden Lande machen.

Daß und wie aber der Besitz von Holstein, Preußen zu einer Seemacht, wenigstens auf dem baltischen Meere machen mußte, bedarf keiner weitern Ausführung.

Das Schicksal der Herzogthümer war daher in gewisser Weise das Schicksal des ganzen Deutschland, zunächst aber der Grundstein der Bedeutung Preußens im Norden.

Nun hatten allerdings die gewaltigen Bewegungen jener Monate des Jahres 1848 den Geist der Mächte von Europa umgestaltet; allein sie hatten weder den Umfang noch die Interessen derselben in Beziehung auf das europäische Staatensystem geändert.

Dieses ruhte nach wie vor auf seinen alten Grundlagen. Sein Organismus, sowie seine Bedingungen, wurden den Großmächten überhaupt, namentlich von den beiden Staaten, welche im Jahre 1848 am wenigsten berührt waren, von England und Rußland, ganz aus denselben Gesichtspunkten betrachtet, wie das bisher der Fall gewesen ist.

Beide hatten, jeder freilich aus einem andern Grunde, das höchste Interesse, daß die bisherige Gestalt des europäischen Staatensystemes wenigstens äußerlich nicht geändert werde.

Namentlich wollten aber Beide nicht, daß das Machtverhältniß auf der Ostsee wesentlich verändert werde.

Rußland nicht, weil es mit seinem weittragenden Blicke einerseits in der deutschen und selbst schon in der preussischen Ostsee-Flotte einen Rivalen fürchtete, andererseits weil es im Falle der Vergrößerung seiner eigenen Macht auf der Ostsee eine kräftige Verbindung zwischen dieser und der schwedischen oder gar skandinavischen Seemacht voraussehen konnte.

England wollte keine Veränderung des Macht-Verhältnisses auf der Ostsee, weil es in der Entwicklung einer deutschen oder preussischen Seemacht, oder auch nur in der Einverleibung des schleswig-holsteinischen Landgebietes in Deutschland oder Preußen eine gänzliche Unterwerfung des norddeutschen Handels oder Zollwesens unter den deutschen Zollverein, und damit eine bedeutende, der englischen Herrschaft gefährliche Vergrößerung der deutschen Industrie- und Handelsmacht erblickte.

Beide Mächte waren daher gegen Alles, was die Herzogthümer an Deutschland oder auch nur an Preußen näher anschließen konnte.

Etwas anders verhielt sich, wenigstens im ersten Augenblicke, Frankreich zu der schleswig-holsteinischen Frage.

Man kannte in Frankreich im Grunde sehr wenig die wahre Bedeutung der Sachlage; im französischen Publikum war Schleswig-Holstein ein völlig unbekanntes Land.

Frankreich hatte außerdem nur geringes Interesse daran, das Entstehen einer deutschen Seemacht zu hindern, da es um jeden Preis sowohl Rußland in der

Ostsee, als England auf dem Welt-Meere einen neuen Rivalen wünschen mußte.

Endlich aber war die Opposition gegen Alles, was Guizot gethan, so groß, daß man ohne weitere Untersuchung auch den von dem königlichen Cabinet festgehaltenen Anschluß an die Politik des dänischen Cabinets verwarf, und sich sehr genügt fühlte, den Herzogthümern bloß darum Recht zu geben, weil man Guizot Unrecht gab.

Außerdem erschien die Erhebung in dem Lichte einer Revolution gegen einen Fürsten, und Frankreich sah demnach in dieser Erhebung einen natürlichen Verbündeten.

Bei Allem dem blieb es jedoch, absorbiert von seinen eigenen Fragen, ziemlich gleichgiltig gegen die ganze Sache; und als es endlich namentlich durch den Einmarsch der sehr wenig republikanisch gesinnten preussischen Truppen in die Herzogthümer und dann in Sütlund zu fürchten anfing, daß Preußen sich eine Acquisition aus den Herzogthümern machen werde, da wandte es sich mehr und mehr gegen die schleswig-holsteinische Sache, und trat der Politik Englands bei.

Dieses geschah bereits im Monat Mai, und diese Stellung hat Frankreich, ohne jedoch sich bestimmt in die ganze Angelegenheit einzumischen, in allem Wesentlichen beibehalten.

Was Oesterreich betrifft, so besaß es weder direkte Veranlassung, noch auch bei eigener Erschütterung seiner Zustände Zeit und Kraft genug, sich weiter an der Sache zu betheiligen.

Es rückte dieser Angelegenheit erst im Jahre 1850 näher durch die Beziehungen, in welche die schleswig-holsteinische Frage zum deutschen Bundestage trat.

Dieses war die allgemeine Lage der politischen Verhältnisse, als die Dänen bei Schleswig standen und die preussischen Garde-Regimenter in Rendsburg einrückten.

Es ergab sich ein allgemeines Resultat, daß die beiden Hauptmächte, England und Rußland gegen die Ansprüche und die ganze Erhebung der Herzogthümer waren, weil sie eine Vergrößerung Deutschlands oder doch Preußens zu Lande und zur See durch die Trennung derselben von dem dänischen Königreiche fürchteten.

Dieses Resultat war so einfach, so klar, so notwendig, daß die ganze staatsmännische Unfähigkeit der provisorischen Regierung dazu gehörte, um es nicht als die einzige und entscheidende Hauptsache in der ganzen Lage der Herzogthümer anzusehen und darnach zu handeln.

Preußen dagegen begriff es seinerseits sehr wohl; allein es handelte mit einer Halbheit und Unsicherheit, die es in dieser ganzen so ungemein wichtigen Sache in eine höchst verkehrte, seiner Würde und seinen Interessen gleich sehr widerprechende Lage bringen mußten.

Mit jenem Resultat war nun die Aufgabe der provisorischen Regierung gegeben, als eine ganz bestimmte und unverrückbare. Verläßt sie die Bahn, die dasselbe ihr vorgezeichnete, so mußte sie sich und das Land unausbleiblich in unabsehbare Verwirrungen stürzen.

Es erschien natürlich unmöglich der übereinstimmenden Absicht Englands und Rußlands gegenüber den eigenen Willen der Herzogthümer durchzusetzen. Es war ebenso unmöglich, für dieselben sich wieder in den alten Zustand vor dem Jahre 1848 zurück versetzen zu lassen.

Die provisorische Regierung hätte daher mit fester Hand das erste und eigentliche Bedenken jener beiden Großmächte, warum sie im Grunde allein gegen die Erhebung und die Forderungen der Herzogthümer auftraten, beseitigen müssen.

Sie hätte durch ihr ganzes Auftreten nach Außen hin und durch ihre ganze Verwaltung im Innern den Beweis liefern müssen, daß sie um keinen Preis eine absolute Abhängigkeit der Herzogthümer von Preußen wolle; daß sie vielmehr beabsichtige, das frühere Maß der Selbstständigkeit der Herzogthümer gegen Preußen mit allen Mitteln wieder herzustellen; und daß sie dadurch jenen Mächten gebe, was sie eben hauptsächlich forderten; — eine Garantie dafür, daß die Herzogthümer durch ihren Kampf gegen Dänemark nicht einer mehr oder weniger direkten Einverleibung in Preußen anheimfallen würden.

Dieses Alles faßte sich nach allen Seiten hin zusammen in den Begriff und die Ausführung einer selbstständigen Politik der Herzogthümer.

Diese Selbstständigkeit konnte natürlich nicht an einem Tage, nicht mit einer Maßregel erreicht werden; aber man konnte sie zum lebendigen Prinzip des ganzen Auftretens erheben, und dadurch das wachsame und richtig urtheilende Interesse jener beiden Großmächte versöhnen.

Auf der andern Seite war Preußens Aufgabe, vom höhern Standpunkte aus betrachtet, ganz dieselbe Aufgabe.

Preußen mußte sich vernünftigerweise sagen, daß es als fünftes und schwächstes Glied der Großmächte durchaus außer Stande seyn werde, die Herzogthümer für sich gegen den entschiedenen Willen jener Mächte zu gewinnen.

Durch die Verhältnisse war Preußen nun allerdings veranlaßt worden, sich der Sache der Herzogthümer Dänemark gegenüber anzunehmen; und hatte seine Garde-Regimenter, Kaiser Franz und Alexander, nach Rendsburg geschickt, um den ersten Stoß der Dänen aufzuhalten.

Bei der gänzlichen Auflösung der schleswig-holsteinischen Macht war Preußen thatsächlich nicht bloß Herr der Kriegsführung, sondern wirklich Herr im ganzen Lande.

Es hatte daher allerdings in Wirklichkeit bereits gerade die Stellung, welche ihm weder von England, noch von Rußland gelassen werden konnte, und die unter jeden andern Umständen eine vollständige Kriegserklärung gegen Beide gewesen wäre.

Allein eben die außerordentlichen Umstände jener Zeit ließen das Ungewöhnliche als ein Gewöhnliches erscheinen, und mit der bloßen noch zusammenhängenden Besetzung Holsteins war für die preussische Politik noch keine Entscheidung gegeben.

Das Bedenken jener beiden Mächte konnte erst da beginnen, wo Preußen dasjenige, was ihm der Augenblick geboten hatte, zu einem Dauernden zu machen suchte.

Preußen mußte dieses erkennen, denn es war gar nicht möglich, es nicht zu begreifen. So wie es Jenes that, mußte es wissen, daß es in der ganzen schleswig-holsteinischen Frage die Gesamtheit der europäischen Diplomatie gegen sich haben und gegen die Herzogthümer wenden werde.

Es konnte nun freilich auf diesen möglichen Fall hin verfahren, wie es verfuhr; allein dann mußte es, dieser Herzogthümer wegen, wie einst für Schlesien, auf einen europäischen Krieg gefaßt seyn, den es nur durch ein Aufbieten des ganzen Deutschlands und mithin durch den Umsturz der ganzen Verfassung des deutschen Reiches, dem seine eigene gefolgt wäre, in dem Untergange hätte ertragen können.

Es war nach dem herrschenden System und nach den Persönlichkeiten mehr als unwahrscheinlich, daß dieses geschehen werde; mithin blieb nur Eines übrig.

Da es voraussichtlich die ganze Gegnerschaft der europäischen Diplomatie in dem Maße mehr sich ziehen mußte, in welchem es die Herzogthümer von sich abhängig machte, so mußte es, um wirklich freie Hand zu behalten, so viel als möglich die Entwicklung der Selbstständigkeit der Herzogthümer fördern.

Es mußte genug Sicherheit des staatsmännischen Urtheils besitzen, um sich sagen zu können, daß diese Selbstständigkeit die Herzogthümer unbedingt doch bei der fortwährenden Gefahr, die von Dänemark drohte, dem preussischen Kabinet in die Arme treiben werde, und daß es dann, wenn auch nicht in den Herzogthümern, so doch über dieselben herrschen werde.

Es mußte von der Lage der Dinge zu erwarten wissen, was es mit seiner direkten und ausschließlichen Einmischung und Bevormundung nie erreichen konnte.

So beweisen alle Verhältnisse und Berechnungen in gleicher Weise und in einem gleichen Maße, daß in der möglichsten Selbstständigkeit der Herzogthümer der einzige Ausweg aus der sehr ernsten Verwickelung gefunden werden könne, die mit der Erhebung herantrat.

Nie ist ein Grundsatz für die Herzogthümer wie für Preußen klarer gewesen, und nie hat das Werken des Großen und Allgemeinen über dem Halben und Vereinzelten traurigere Folgen gehabt.

Was thaten nun Preußen einerseits und die Herzogthümer andererseits dieser Sachlage gegenüber? Preußen hatte weder den Muth, die Sache der Herzogthümer bis zu ihrer letzten, zwar sehr ernsten, aber doch unvermeidlichen Konsequenz auf sich zu nehmen, und die Selbstständigkeit der Herzogthümer zu einer diplomatischen und öffentlich rechtlichen Thatsache zu machen, noch auf den, die Herzogthümer in seinen eigenen oder im Namen Deutschlands sich oder Deutschland als Provinz einzuverleiben.

Es wollte die Herzogthümer von sich abhängig erhalten, und doch den Schein haben, als beabsichtige es die Rechte des Königs von Dänemark und damit

die frühere politische Stellung der Herzogthümer wieder herzustellen.

Es wollte durch das Erste sein eigenes Interesse, durch das Zweite das der europäischen Diplomatie befriedigen.

Dieses war ein absoluter, unlösbarer Widerspruch; denn statt Beides zugleich zu erreichen, gab es seinem Erzfeinde, Rußland, eine Handhabe, um ihm eine Niederlage nach der andern in den Augen Europa's beizubringen, die um so demüthigender waren, als sie ihm durch die Hand des kleinen, halb verachteten Dänemark zugefügt wurden.

Preußen verlor durch die eigenstnig beibehaltene Vertretung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten allen Einfluß, den es früher in Dänemark gehabt hatte, und durch die Vernichtung jeder Selbstständigkeit der Herzogthümer verfeindete es sich die Stimmung dieser Lande ebenso sehr als die des Königreichs Dänemark.

Preußen ward gezwungen, den Dänen dienstbar zu werden, ohne der Verbindung Holsteins mit seiner Macht auch nur einen Zoll breit näher zu kommen; und so hat Preußen seit dem Jahre 1806 nie mehr verloren, als durch eigene Schuld in der Angelegenheit von Schleswig-Holstein.

Die provisorische Regierung der Herzogthümer dagegen begriff gar nicht, welche Bedeutung die schleswig-holsteinische Frage habe, und in der Angst vor dem dänischen Heere einerseits, und der althergebrachten Hochachtung vor Preußen andererseits, warf sie sich nun ohne weiteres Bedenken den Preußen rückhaltlos in die Arme.

Sie hat sich niemals zu der Idee erhoben, daß die Herzogthümer nach einer Selbstständigkeit ihrer Politik streben könnten, vielweniger dafür etwas Bestimmtes gethan.

In ihrer ganzen Zusammensetzung zeigte sie so offen ihre völlige Haltlosigkeit in den wahrhaft großen Fragen, deren Mittelpunkt die Herzogthümer bildeten, daß die Großmächte auch nicht einen Augenblick daran dachten, in ihr jene Garantie gegen eine indirekte Einverleibung in Preußen zu finden, die sie allein hätte veranlassen können, nicht die entschiedenen Gegner der schleswig-holsteinischen Erhebung und ihrer Ansprüche zu werden.

Aber nicht allein die provisorische Regierung theilte diese Ansicht, sondern auch die alte Landesvertretung stand durchaus nicht auf der Höhe der Frage; und doch wäre sie das einzige Organ gewesen, welches unter diesen Umständen die Regierung in die richtige Bahn hätte lenken können.

So kam es, daß die Herzogthümer sofort nach ihrer Erhebung Dasjenige wurden, was sie ohne äußerste Gefahr für ihre eigene Zukunft niemals werden dürften; nämlich ein willentloses, von der preussischen Macht besetztes Territorium, das keine einzige Großmacht der andern gönnen durfte, und das dennoch, einmal von Dänemark getrennt, einer von ihnen anheimfallen zu müssen schien.

Dieses war schon im April 1848 die Grundlage aller Zustände der Herzogthümer. England ward da-

rüber mit Recht unmuthig, und Rußland freute sich darüber mit einem nicht geringen Rechte.

Zimmer aber sieht es bedenklich aus für eine europäische Frage, wenn England zürnt und Rußland zufrieden ist.

Auf diese Weise wurde der ganzen Erhebung Schleswig-Holsteins von Anfang an ein Charakter aufgeprägt, dessen sie sich niemals wieder hat entäußern können. Das Volk aber begriff die Sache ebenso wenig als die Regierung.

Das Entstehen einer Reihe halb demokratischer, halb sozialer Bewegungen hinderte endlich auch für die höher Stehenden den freien Ueberblick. Dazu kam das eigenthümliche Verhältniß, in welchem die Herzogthümer zu Deutschland standen.

Somit ging auch der letzte Rest von eigener Selbstständigkeit in der Politik und der Verwaltung dieses Landes unter.

So bestimmt, so unzweifelhaft war dem ganzen Gange der Dinge dieser Charakter, theils durch die ersten großen Maßregeln, theils durch die herrschenden Persönlichkeiten aufgeprägt, daß Diejenigen, welche unbeirrt den Blick auf das Ende richteten, bereits in dem ersten Monate der Erhebung laut und offen erklärten, daß diese Erhebung eine verfehlte sey, und daß sie, krank an inneren Widersprüchen, zu keinem glücklichen Ausgang kommen könne.

Hält man nun jene allgemeine Grundlage der Dinge in Schleswig-Holstein fest, so wird die scheinbar absolute Verwirrung und Endlosigkeit des Kampfes und der diplomatischen Versammlungen, die nun hervortraten, sich als ein einfaches und innerlich deutlich zusammenhängendes Ganze ergeben.

Die großen und mächtigen Interessen, welche in der schleswig-holsteinischen Frage sich entgegen stehen, und welche sofort mit ihrem Auftreten sich gegenseitig bestimmend kreuzen und bekämpfen, machen die Darstellung jetzt schwierig, wie sie damals das Verhältniß dessen, was eigentlich vor sich ging, Vielen gänzlich nahmen, Andere verwirrten.

Es ist daher nothwendig, die beiden Hauptgebiete, in welchen jene Geschichte vorläuft, von einander zu scheiden, da sie fast zwei Geschichten neben einander bilden.

Das eine Gebieth ist das der europäischen Diplomatie, das andere Gebieth ist das des materiellen Kampfes auf der cimberischen Halbinsel.

Kaum war also die provisorische Regierung in Rendsburg eingezogen, und jede Hoffnung auf eine friedliche Verständigung mit Dänemark verschwunden, als jene im Gefühle ihrer Schwäche und unfähig zu jeder großartigen selbstständigen Maßregel, sofort sich auf allen Seiten nach fremder Hilfe umsah.

Am natürlichsten war es dabei, sich sogleich an Preußen und an die neue Gewalt zu wenden, welche aus dem alten Bundestage hervorgehen zu wollen schien.

Man schickte daher sogleich nach Berlin und Frankfurt. An den Bundestag schickte man, nachdem man

zuvor in einem Schreiben vom 26. März die Erhebung der Herzogthümer und die Einsetzung der provisorischen Regierung angezeigt hatte, den Justiz-Rath Schleider mit einer Eingabe der provisorischen Regierung, die neben der historischen Erklärung der Geschichte des Aufstandes das dringende Gesuch enthielt, mit Aufbietern der Bundesmacht den bedrängten Herzogthümern zu Hilfe zu kommen, dann aber auch die Bitte, das Herzogthum Schleswig in den deutschen Bund aufzunehmen zu wollen.

Dieses Aktenstück war am 28. März von Droyßen abgefaßt. Man bedachte offenbar nicht, was man that, nachdem man durch die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund nicht bloß den Verträgen vom Jahre 1815 den ersten Stoß gab, sondern auch dem jungen Deutschland ein höchwichtiges Gebiet zulegte; doch blieben in jener Zeit auch größere Staatsmänner von Unvorsichtigkeit nicht frei, und dieser Schritt schien wenigstens das Natürlichste und Erfolgreichste, was man thun konnte.

Nachdem Schleiden seine Botschaft ausgerichtet hatte, wurde sofort der engere Bundesrath berufen, und schon am 2. April eine Sitzung gehalten. In dieser Sitzung zeigten Hannover, Mecklenburg und Hamburg an, daß sie von der preussischen Regierung zur Leistung der Bundeshilfe aufgefordert seyen, aber erst einen Bundesbeschluß erwarten wollten.

Hannover besonders forderte ein energisches Auftreten gegen Dänemark. Der dänische Bundestags-Gesandte Pechlin erklärte dagegen, »daß es Dänemark wegen der äußerst aufgeregten und in der Hauptstadt unwiderstehlich manifestirten dänischen Nationalgesinnung völlig unmöglich gewesen sey, die Erhaltung des alten Bundes zwischen Schleswig und Holstein zu bewirken, da es alsdann auch für Schleswig hätte dem deutschen Bunde beitreten müssen.«

Uebrigens sey durchaus kein Grund vorhanden, das zehnte Armeekorps oder die preussischen Truppen aufzubieten, da Dänemark in keiner Weise beabsichtige, einen Angriff auf das Territorium des Bundes zu machen.

Dänemark verwahre sich daher auf das entschiedenste gegen jede Dazwischenkunft Preußens und beantrage dagegen, »bei der hohen Bundes-Versammlung nicht allein die Verhinderung des Fortgangs dieser Dazwischenkunft, sondern auch die des Anzugs von Freischaaeren nach den Herzogthümern.«

Nach diesen Erklärungen blieb im Grunde kein Zweifel über die wahre Meinung Dänemarks übrig. Es beharrte ganz entschieden auf seinen Absichten gegen die Herzogthümer, und wenn es auch eine Vermittlung wünschte, so wollte es sie doch offenbar in Beziehung auf Schleswig nicht zulassen.

Das Präsidium schlug darauf vor, einen Ausschuß von sieben Mitgliedern zur Begutachtung dieser Angelegenheit niederzusetzen, was auch angenommen ward.

Dieser Ausschuß berieth am 3. April, und am nächstfolgenden Tage kam der erste wichtige Bundesbeschluß zu Stande, welcher die königliche preussische Regierung aufforderte, Namens des deutschen Bundes

das Vermittlungsgeschäft zwischen Dänemark und den Herzogthümern zu übernehmen, und als Grundlage dieser Vermittlung die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung des status quo ante anerkannte.

Mit diesem Bundesbeschluß hatte Preußen nun wirklich eine zwar sehr schwierige, aber auch eine sehr bedeutsame Stellung eingenommen.

Es trat an die Spitze der ganzen deutschen Politik des Nordens, und wenn ein Krieg entstand, so mußte ihm voraussichtlich die Kriegsführung ganz Nord-Deutschlands, ja vielleicht des ganzen Nordens übergeben werden.

Es war seinem nie aufgegebenen Ziele, der Hegemonie nämlich der Obergewalt, wenigstens in Nord-Deutschland, einen wichtigen Schritt näher gerückt.

Jetzt kam es darauf an, wie es in dieser Beziehung auftreten werde; denn mehr als jemals hing jetzt gerade vom preussischen Kabinet die Zukunft dieser großen Frage ab.

Das Nächste, was nun geschehen mußte, lag indessen in der That so nahe, daß über seinen Inhalt kein Zweifel obwalten konnte.

So wie man in Kopenhagen erfuhr, daß die schleswig-holsteinische Sache Gegenstand der Theilnahme des Bundes werde, und daß namentlich Preußen dieselbe in seine Hand nehme, begriff man die Unmöglichkeit; ganz allein den Stoß auszuhalten, der von dieser Seite kommen mußte.

Es gingen daher sogleich Depeschen nach Rußland, Schweden und England ab, in welchen diese drei Mächte, besonders England auf das Dringendste aufgefordert wurden, Hilfe gegen Preußen zu leisten. In London vorzüglich, wo man den preussischen Einfluß am schwersten zu bekämpfen hatte, berief man sich auf die Verträge vom Jahre 1721 und stellte schon damals die Garantie Englands als eine Pflicht zur Unterstützung gegen die Herzogthümer auf.

In Schweden berief man sich auf die Gefahr, welche dem ganzen Norden drohe. In Rußland endlich stellte man außer den naheliegenden allgemeinen Erwägungen die Versprechungen eines geheimen Familien-Traktats vom Jahre 1785, dessen Existenz ziemlich gewiß ist, und der den beiden Mächten die gegenwärtigen und zukünftigen Besigungen garantirt, an die Spitze.

Auf diese Weise verschlang sich, bevor noch acht Tage der schleswig-holsteinischen Erhebung gefolgt waren, die schleswig-holsteinische Frage zu einem festen Knoten, und alle Mächte des Nordens wurden mit und wider ihren Willen mit hineingezogen.

Preußen erkannte sofort die große Schwierigkeit, die ihm bei einer solchen Sachlage diese Angelegenheit bereiten werde. Es konnte mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß Rußland ein Nachgeben Dänemarks und eine Eroberung der Herzogthümer durch Preußen nicht dulden würde; es mußte das Widerstreben Schwedens und endlich sogar das ernsthafteste Bedenken Englands fürchten; denn wer stand am Ende England dafür, daß bei einem wirklichen Kriege Preußen nicht Jütland und dann auch Fünnen einnehmen werde?

Preußen hatte daher in der Diplomatie keine Freunde; dagegen war es aber dennoch gezwungen, die schleswig-holsteinische Sache mit allen ihren Konsequenzen zu übernehmen; denn nur dadurch hielt es die vielgewünschte Hegemonie fest, und befriedigte sein Volk, in dem die deutschen Sympathien damals die Alleinherrschaft hatten.

Preußen mußte den Kampf übernehmen, auf die Möglichkeit hin, mit halb Europa in einen Krieg zu kommen; aber es that es ungerne, weil es sehr gut wußte, daß es diesen Krieg nur durch ein Aufgehen in Deutschland werde durchführen können.

Es suchte daher in dieser Lage nach einem Auswege, und fand den schlechtesten, den es wählen konnte. Kaum war das preussische Kabinet am 3. April sicher benachrichtigt von dem erwähnten Bundesbeschlusse, der am 4. April gefaßt werden sollte, als es sogleich einen geheimen Abgesandten an das dänische Kabinet schickte, der bereits in der Nacht vom 4. zum 5. April durch Rendsburg ging.

Dieser Abgesandte, der Major von Wildenbruch, hatte den Auftrag, dem Könige von Dänemark die Lage der Dinge auseinander zu setzen, und besonders dem dänischen Kabinet vorzustellen, daß Preußen nicht anders habe handeln können, als die Leitung der Vermittlung anzunehmen; daß aber Preußen, wenn Dänemark nur den einmal geforderten status quo ante anerkannt, gerne gegen Dänemark in jeder Weise seine guten Dienste anbiete.

Es ist wahrscheinlich, daß schon damals darauf hingewiesen ward, daß Preußen eine Theilung Schleswigs als die Grundlage einer Verständigung zwischen Dänemark und den Herzogthümern annehmen wolle, unter der Voraussetzung allerdings, daß der südliche Theil von Schleswig, dann dem deutschen Bunde einverleibt und mit Holstein verbunden werde.

Allein man hatte in Berlin offenbar das wahre Sachverhältniß, die ganze Schwäche der Regierung dem aufgeregten, besonders von der Eiderdänen-Partei beherrschten Volke gegenüber falsch aufgefaßt.

Es ist zweifelhaft, ob die dänische Regierung, wenn sie auf jenen Antrag eingehen gekonnt hätte, es gewollt haben würde; gewiß aber ist, daß sie, wenn sie es wollte, es doch nicht gekonnt hätte.

Die Aufregung in Kopenhagen war zu groß; die Truppen waren schon ausgerückt und die Regierung schutzlos.

Außerdem mußte aber ein solcher Antrag in einem solchen Augenblicke, wo Dänemark, Rußland und Schweden für sich und England noch keineswegs gegen sich hatte, fast wie eine Bitte um Nachgeben erscheinen; daher erklärte jetzt das dänische Kabinet, sich auf diese Anträge nicht einlassen zu können.

Jetzt hätte Preußen, wie es seine Würde forderte, zurücktreten müssen, allein der Major von Wildenbruch hatte zu bestimmte Instruktionen und beilegte sich, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Kopenhagen, nachdem er vergeblich mündlich mit ihm konferirt hatte, auch schriftlich den eigentlichen Zweck seiner Sendung in der später vielbesprochenen Note vom 8. April mitzutheilen.

Diese Note wirft auf die damalige Lage der preussischen Vermittlung ein zu helles Licht, als daß sie nicht hier ganz mitgetheilt werden sollte, und war folgenden Inhalts:

»Der Unterzeichnete mit einer außerordentlichen Sendung Sr. Majestät des Königs von Preußen an Sr. Majestät den König von Dänemark gesendet, beehrt sich, mit seinen mündlichen Äußerungen übereinstimmend, den Zweck seiner Sendung Sr. Excellenz dem königlich dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten noch einmal darzulegen.

Dieser Zweck ist, Sr. Majestät dem Könige von Dänemark die Ansichten der preussischen Regierung über die schleswig-holsteinische Frage vorzulegen und deren volle Mitwirkung anzutragen, sobald die dänische Regierung sich entschließen würde, auf einen Versuch zur friedlichen Lösung des rücksichtlich der Herzogthümer bestehenden Zerwürfnisses einzugehen.

Preußen kann und will den Beschlüssen nicht vorgreifen, welche der deutsche Bund über Fragen, die er seiner Kompetenz unterwirft, treffen wird. Es kann jetzt nur seine Ansicht über eine mögliche Ausgleichung des Streits darlegen, und diese einzuleiten suchen.

Preußen wünscht vor allen Dingen die Herzogthümer Schleswig-Holstein ihrem König-herzog zu erhalten, und ist weit davon entfernt, seinem eigenen Interesse oder dem Ehrgeize dritter Personen dienen zu wollen.

Im Interesse Dänemarks aber, so wie dem aller Nachbar-Staaten liegt es, daß die deutschen Fürsten sich der Angelegenheit kräftig annehmen, und einzig der Wunsch, die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands zu verhindern, sich unheilbringend einzumischen, bewog Preußen zu den gethanen Schritten.

Das Einrücken preussischer Truppen in Holstein hatte den Zweck, das Bundesgebiet zu sichern und zu verhindern, daß die republikanischen Elemente Deutschlands, an welche die Herzogthümer als letztes Mittel der Selbsterhaltung hätten appelliren können, sich der Sache bemächtigten.

Die Idee einer Nordalbing'schen Republik, welche bereits hervorgetreten ist, ist geeignet, sowohl Dänemark als die deutschen Nachbarländer ernstlich zu gefährden.

Preußen wird in dieser Stellung abwarten, ob Dänemark zu einer friedlichen Ausgleichung die Hand bietet oder nicht.

Sehr bereit ist der Unterzeichnete, so viel an ihm liegt, daß die von Sr. Majestät dem Könige von Dänemark als erste Bedingung friedlicher Unterhandlungen gestellte Forderung der Zurückziehung preussischer Truppen aus der Altstadt Rendsburg erfolge.

Eine friedliche Ausgleichung ist jetzt noch möglich; sie wird es aber nicht mehr seyn, wenn der König von Dänemark in einem erbitterten Kampfe seinen deutschen Unterthanen gegenüber getreten seyn wird; der, den unwahrscheinlichen Fall auch angenommen, daß Dänemark der Kraft des gesammten Deutschland gegenüber als Sieger bleiben würde, einen dauernden

Besitz und bleibenden Besitz für Dänemark niemals begründen kann.

Der eigene Vortheil Dänemarks ist es, den Preußen im Auge hat, seine Größe, seine Selbstständigkeit will es, die ihm durch Abreißung der Herzogthümer bedroht scheint, und ist erbötig, dazu mitzuwirken.

Natürlich mußte nach dieser Note Preußen in einem ganz besondern Lichte vor der dänischen Politik erscheinen; denn es hatte ziemlich offen gestanden, daß es in der schleswig-holsteinischen Sache gar keine eigene Politik, am wenigsten eine dem dänischen Cabinet feindliche Politik habe; daß es den Grimm der Deutschen gegen die Dänen keineswegs theile; daß es vielmehr um jeden Preis die Herzogthümer für Dänemark erhalten wolle; daß Dänemark somit nichts von Preußen, sondern nur von den Elementen zu befürchten habe, welche Preußen zu seinem derartigen Auftreten gezwungen hätten.

Von da an hatte Dänemark also Preußen diplomatisch schon besiegt. Man sah mit Ruhe, ja fast mit Hohn auf Preußens Auftreten; man erwiderte seine Bemühungen mit Kälte, und bedachte sich keinen Augenblick, einen Krieg anzufangen, der unter andern Umständen in vier Wochen mit der Vernichtung Dänemarks geendet hätte.

Ja, als später Preußen sich dennoch gezwungen sah, zu den Waffen zu greifen, da konnte man in dem dänischen Volke dreist die Meinung verbreiten, daß Preußen durchaus in friedlicher Absicht komme, daß Preußen die Herzogthümer nur scheinbar vertheidige, und im Grunde der beste Freund von Dänemark sey; wozu die folgenden Ereignisse des Mai-Monats die Aufklärung lieferten.

Ja man ging sogar so weit, jene Note des Majors von Wildenbruch zu veröffentlichen und Preußens gänzliche Unselbstständigkeit auf diese Weise gegen allen Gebrauch auszubeuten.

Aber Alles dieses brachte Preußen nicht von seiner halben Politik ab. Dänemark jedoch, seinen Vortheil ersehend, brach darauf die weitem Verhandlungen ab, was in denselben Tagen geschah, wo die schleswig-holsteinischen Truppen bei Bau geschlagen wurden und bis auf die Eider zurückgingen, wodurch die Dänen gewonnenes Spiel zu haben glaubten.

Während diese Versammlungen direkt mit Dänemark Statt fanden, fing Preußen zugleich in London seine diplomatische Thätigkeit an.

Wie schon erwähnt worden, hatte Dänemark bereits durch eine Eingabe vom Anfang des Monats April die schleswig-holsteinische Frage in seinem Sinne dargestellt, und besonders England aufgefordert, seine Garantien vom Jahre 1721, nach welchen England dem Königreich Dänemark den ungestörten Besitz von Schleswig zugesichert haben sollte, jetzt, wo Schleswig bedroht werde, besonders gegen die Forderungen Deutschlands und Preußens zur Ausführung zu bringen. In England hatte man sich bisher wenig um Schleswig-Holstein gekümmert.

Preußens Gesandter, der als Diplomat und als Schriftsteller gleich ausgezeichnete Ritter von Bunsen hatte daher die bestimmteste Veranlassung, nur

bei dem englischen Kabinete aufzutreten. Er that dieses, nachdem er das wahre Sachverhältniß darlegte, die Rechte der Herzogthümer auf ihre beständige Verbindung nachwies, und den Angriff Dänemarks als einen zwar an Interesse des Königreichs, aber nicht in seinem Rechte liegenden Angriff darstellte.

Zugleich hatte Bunsen den Auftrag, dem englischen Kabinete in ähnlicher Weise, wie der Major von Wildenbruch, dieses dem dänischen Cabinet eröffnete hatte, zu verstehen zu geben, daß Preußen keineswegs den Krieg wünsche, und vielmehr sehr gerne eine Vermittlung eingehen und selbst sich eventuell zu einer Theilung von Schleswig herbeilassen werde; daß aber das dänische Cabinet sich auf Nichts einlassen wolle, und daß Preußen daher nicht Schuld daran sey, wenn ernsthafte Folgen aus dieser Hartnäckigkeit entstehen würden.

Bunsen arbeitete diese Ansichten zu einem kurz nachher veröffentlichten Memoir aus, welches unter den diplomatischen Schriften aller Zeit stets einen ausgezeichneten Rang durch Klarheit seiner Fassung und richtige Beachtung der Verhältnisse behalten wird.

Indessen erreichte Preußen dadurch nichts, als daß England auf die Sachlage mehr und mehr aufmerksam wurde; zugleich waren auch die Dänen keineswegs müßig.

Orla Lehmann ging selbst nach London, und wußte mit seiner gewandten und einnehmenden Weise sich bei den Tories oder der Hofpartei Eingang zu verschaffen, die um so entschiedener sich der Sache Dänemarks anzunehmen angingen, je weniger Palmerston geneigt schien, gegen Preußen Partei zu nehmen.

Orla Lehmann stellte die Erhebung der Herzogthümer in England als einen Kampf des Pöbels gegen die Monarchie und das Bestehende dar, wie er in Paris denselben als den Kampf der aristokratischen Grundbesitzer gegen die liberale Richtung des dänischen Kabinetts darzustellen wußte.

Es gelang ihm darum auch bald, die Times für die dänische Sache zu gewinnen, wenn auch nicht ohne bedeutende Kosten; und so erschienen schon Anfangs April mehrere schmäbende Artikel dieses käuflichen, immer aber reaktionären Zeitungsblattes gegen die Schleswig-Holsteiner, die gegen das Bunsen'sche Memoir ein zweites Publikum und eine zweite öffentliche Meinung aufzustellen suchten.

Allerdings mußte Orla Lehmann dabei eine ernste Zurechtweisung von Bunsen hinnehmen, doch ward schon dadurch die bestimmte Theilnahme Englands paralytirt; und da die Schleswig-Holsteiner selbst weder etwas thaten noch thun wollten, so konnten die Dänen annehmen, daß sie in London ebenso viel Terrain wie die Preußen gewonnen hätten; und so geschah es auch, daß Preußen sich in der ganzen schleswig-holsteinischen Frage durchaus isolirt fühlte.

Dazu kam noch, daß man in Berlin versäumte, sich zur rechten Zeit und in der gehörigen Weise an Schweden zu wenden, und sich dadurch das Stockholmer Cabinet fast gänzlich entfremdete.

Preußen stand also im Anfang des Monats April allerdings allein; es hatte wohl ganz Deutschland hinter sich und keinen offenen Feind; aber dennoch gehörte ein frischer und selbstthätiger Muth dazu, um diese Stellung zum Vortheil Preußens auszubehalten.

Diesen Muth besaß man nicht; und auf diese Weise war die Entwicklung der Dinge in der diplomatischen Welt gleich vom Anfang an aus den Händen Preußens genommen, und den Umständen in die Hände gegeben. Dieses war nun die Sachlage im Anfang des April-Monats.

Während dieses in London, Kopenhagen, Stockholm und Berlin geschah, und auch in Frankreich die Stimmung sich nach und nach der dänischen Politik wieder zuwendete, gingen die Dinge in Deutschland ihren Weg, und rissen die Haltlosigkeit Preußens mit sich fort, ohne daß man auch hier beiderseits wußte, wie weit man gehen und wohin man kommen werde.

Nach dem Beschlusse vom 4. April reiste Pechlin von Frankfurt ab. Von Rendsburg aus war Droysen als einer der siebenzehn Vertrauensmänner nach Frankfurt geschickt und hier angenommen worden, wenn gleich der Bundestags-Präsident im Anfange Zweifel und Bedenken über seine Zulassung aussprach.

Droysen, als Mitglied der Vertrauensmänner, war Anfangs ungemein thätig. Die große Begeisterung, welche die Erhebung Schleswig-Holsteins und die Bitte der provisorischen Regierung, Schleswig in den deutschen Bund aufzunehmen, in ganz Deutschland erweckt hatten, kam ihm zu Hilfe, und Preußen mußte dringend wünschen, daß von Frankfurt und besonders vom Bundestage aus, seinem Einschreiten ein kräftiger Rückhalt gegeben werde.

Besonders von Droysen ging auch der Antrag der Siebenzehner Vertrauensmänner an den Bundestag aus, der am 10. April gestellt ward: 1) daß die provisorische Regierung für Schleswig-Holstein im Sinne ihres eigenen Antrags von Seiten des deutschen Bundes anerkannt werden möge; und 2) daß von der hohen Bundes-Versammlung das Nöthige dieserwegen veranlaßt werde, um die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund baldigst zu bewerkstelligen.

In Folge dieses inhaltschweren Antrags nahm darauf die Bundes-Versammlung einerseits dem Drange der öffentlichen Meinung gegenüber haltlos, andererseits von Preußen gedrängt, den wichtigen, insbesondere auch von Dahlmann unterstützten Beschluß vom 12. April an, welcher Beschluß dahin lautete: »Auf den Antrag des Ausschusses für die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten erklärt die Bundes-Versammlung in Verfolg ihres Beschlusses vom 4. April die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten betreffend: 1) daß im Falle königlich dänischerseits die Einstellung der Feindseligkeiten und die Räumung des Herzogthums Schleswig von den eingerückten dänischen Truppen nicht erfolgt seyn sollte, dieses zu erzwingen sey, um das durch den Bund zu schützende Recht Holsteins auf die Union mit Schleswig zu bewahren.

2) Da nach ihrer Ueberzeugung die sicherste Verbürgung jener Union durch den Eintritt Schleswigs

in den deutschen Bund erlangt werden würde, die preussische Regierung zu ersuchen, bei Gelegenheit des Vermittlungsgeheimnisses auf diesen Eintritt hinzuwirken.

3) daß sie die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein, welche sich mit Vorbehalt der Rechte ihres Herzogs und Namens desselben zur nothgedrungenen Vertheidigung der Landesrechte konstituiert hat, als solche und in diesem Maße anerkenne, und dafür von der vermittelnden königlich preussischen Regierung erwarte, daß sie die Mitglieder dieser provisorischen Regierung und ihre Anhänger gegen die dänischen Behörden in Schutz nehme.«

Dieses war ein sehr wichtiger Schritt. Zuerst allerdings gewann Preußen dadurch vollkommen freie Hand in seinen Angriffen auf Dänemark, und die deutschen Truppen ordneten sich ihm, so wie die ganze deutsche Diplomatie vollständig unter.

Allein zugleich ward es in Dänemark durch diesen Beschluß möglich, den Angriff der Preußen und die Theilnahme Deutschlands an der schleswig-holsteinischen Sache in Europa darzustellen, als einen Versuch der jungen deutschen Macht, ihre Existenz sofort mit Eroberungen zu beginnen.

Die Schwierigkeit der Lage, in welcher Preußen sich befand, verdichtete sich damit gleichsam. Dänemark fühlte und wußte, daß die übrigen Großmächte auf keinen Fall eine Vergrößerung Preußens leiden, und einem Eroberungskriege, Deutschland sich mit aller Gewalt entgegen stellen würden.

Obwohl zu einem ernstlichen Widerstande unfähig, erwartete Dänemark doch Preußen jetzt festen Fußes in Schleswig, bereit bei jedem Angriffe der Deutschen die ganze Diplomatie zu Hilfe zu rufen, und war überzeugt, daß Preußen unter diesen Umständen niemals das Aeußerste wagen werde.

Preußen dagegen, ungewiß über die Zukunft der Dinge in Deutschland, wollte weder die deutschen Sympathien durch Nachgeben gegen die Dänen verlieren, noch auch durch entscheidendes Handeln sich halb Europa zum Feinde machen.

Es wußte zu gut, daß es diesem Stoß nur um den Preis einer vollständigen Umwälzung der deutschen Verhältnisse werde aushalten können.

In dieser Ungewißheit hielt es sich noch einige Tage vom ernstlichen Vorrücken in Schleswig zurück. Der Major von Wildenbruch war nach der Beendigung seiner vergeblichen Unterhandlungen von Sonderburg, wo der König von Dänemark residirte, in das preussische Lager zurückgekehrt und wartete auf Instruktionen.

In Berlin konnte man zu keinem Entschlusse kommen; der russische Einfluß lähmte schon damals jeden Willensakt, und so mußte wieder der Anstoß von Außen kommen.

Während die Diplomatie sich immer tiefer in die schleswig-holsteinische Frage hinein arbeitete, ohne einen Ausgang zu sehen, ging das damals noch frische Gefühl des deutschen Volkes gerade auf das Ziel zu.

Man wollte in Deutschland das Ende dieses scheinbar so unbedeutenden Krieges; man wollte zeigen, daß Deutschland die Völker, die sich in seine Arme

werfen, zu schützen wisse; man wollte Ruhm und Sieg für die jungen deutschen Farben.

Die mittlern deutschen Mächte besonders betrachteten den Krieg als eine Ableitung für die gewaltige Bewegung des Volks; die höchsten deutschen Behörden waren nicht im Stande, besonders da Oesterreich durch die innere Zerrüttung gelähmt war, dem wachsenden Dinge der öffentlichen Meinung sogleich zu widerstehen.

Am 14. April stellten daher in der Bundes-Versammlung, Braunschweig und Nassau den Antrag, Preußen die unmittelbare Leitung des Kriegs zu übergeben.

Der Militär-Ausschuß des deutschen Bundes prüfte die Frage, und schon am 15. April beschloß der Bund, Preußen zur Stellung eines Ober-Befehlshabers über die in Schleswig-Holstein agirenden Truppen aufzufordern, die Kontingente des zehnten Armeekorps für den Krieg bereit zu halten, und die Küsten, so weit es in seiner Macht sey, zu schützen. Nun mußte sich jetzt Preußen entscheidend aussprechen.

Die militärische Bewegung, welche während dieser Zwischenzeit eingetreten war, begründet sich auf die hier folgende Darstellung.

Nachdem am 8. April 1848 die Schleswig-Holsteiner bei Bau von den Dänen geschlagen waren, drangen die Letztern in einem raschen Zuge vorwärts. Das nächste und hauptsächlichste Ziel ihres Marsches war die Stadt Schleswig.

Das Terrain bietet hier, nachdem der linke Flügel den Dänen durch die Schlei, der rechte Flügel durch die Reste des alten Dannewirke, das Centrum durch das Schloß Gottorf geschützt war, eine sehr feste Stellung.

Diese Stellung beherrscht den ganzen Rest von Schleswig, denn von Schleswig führt eine breite Straße nach Rendsburg und Eckernförde, die beide nur wenige Stunden entfernt sind.

Die Dänen besetzten diese Stellung auf alle nur mögliche Weise. Zugleich schickten sie auch einige Kriegsschiffe in den Hafen von Eckernförde, und ließen diesen Ort besetzen.

Die Vorposten der dänischen Armee erstreckten sich bis zum Wittensee, wo man die Thürme von Rendsburg sieht.

In den Defileen dieser sehr durchbrochenen Gegend stand die Vorhuth der schleswig-holsteinischen Truppen.

Diese wurden durch täglich heranziehende Freischaaren aus allen Theilen Deutschlands verstärkt, allein dieses war freilich mehr eine Vermehrung der Zahl als der eigentlichen Macht; denn diese Freischaaren hatten bei aller persönlichen Tapferkeit, die sie entwickelten, doch sehr große Schwierigkeit, sich der strengen militärischen Ordnung zu unterwerfen.

An eine soldatische Ausrüstung war daher gar nicht zu denken. Die Offiziere fehlten und das Ober-Kommando entfaltete keineswegs eine Thätigkeit und Thätigkeit, die jene Mängel hätten ersetzen können.

Dabei waren die Dänen an Zahl noch immer sehr überlegen. Die provisorische Regierung selbst aber nahm in ihrem ganzen Auftreten einen solchen Charakter der Halbheit und Unklarheit an, daß damals wenig Hoffnung auf den Ausgang gewesen wäre, wenn Schleswig-Holstein hätte allein gegen Dänemark stehen sollen.

Indessen hüteten die Dänen sich aber sehr, das Territorium von Holstein zu betreten, und erklärten, daß sie es nur mit Schleswig zu thun hätten.

Außerdem aber waren die beiden, schon früher erwähnten preussischen Garde-Regimenter bereits in Holstein eingerückt und hatten unter dem Kommando Bonin's Rendsburg besetzt.

Im Westen von Schleswig war durchaus nichts Entscheidendes vorgefallen. Der Landsturm war zwar aufgeboten worden und muthig gefaßt, gegen die Dänen zu ziehen; allein diese hielten sich streng auf der Ostküste. Vor dem Kieler Hafen lag die Korvette *Galathea*; die kleine Festung Friedrichsort blieb von dem Ober-Kommando durch einige Zeit ganz vernachlässigt. Der Handel stockte wohl, aber die Begeisterung war dabei dennoch groß.

Die Bürgerwehr bildete sich, und eine Landung der Dänen wäre, selbst wenn sie solche gewollt hätten, ein mißliches Unternehmen gewesen.

Unter diesen Umständen mußte es zunächst den Preußen darauf ankommen, den Zusammenstoß der dänischen und schleswig-holsteinischen Truppen zu verhindern, um nicht zu einem plötzlichen Auftreten gezwungen zu werden, bevor man ein bestimmtes Resultat in den diplomatischen Verhandlungen ersehen konnte.

Bonin theilte daher schon am 10. April dem dänischen Hauptquartier den Inhalt seiner Instruktionen mit, welche dahin lauteten: jeden fernern Angriff der dänischen auf holsteinische Truppen, wo sie sich auch befinden mögen, als eine Kriegserklärung von Seiten Dänemarks gegen die königlich preussische Regierung zu betrachten.

Die Antwort darauf aus dem Kabinet des Königs selbst lautete aber ganz einfach dahin, daß der König den festen und unabänderlichen Willen habe, sein Herzogthum Schleswig aufs Aeufserste zu vertheidigen, und daß er daher, jeden Soldaten, der die festgestellte militärische Demarkations-Linie überschreite, als einen Feind werde ansehen und als solchen werde behandeln lassen; — daß er übrigens den Einmarsch der preussischen Truppen in Holstein nur als eine Demonstration ansehen könne und wolle, welche die Aufrechterhaltung der innern Ordnung und des Friedens zum Zwecke habe, und dieserwegen an den Kommandeur der preussischen Truppen die Forderung ergehen lasse, der sogenannten provisorischen Regierung daselbst die sogleiche Einstellung aller Regierungs-handlungen aufzulegen.

Diese Erklärung des Königs war vom 12. April. Ganz natürlich antwortete Bonin, daß er sich nicht nur nicht darauf einlassen könne, sondern daß vielmehr die preussischen Truppen unter seinem Kommando der provisorischen Regierung zur Verfügung gestellt seyen; zugleich erklärte er nochmals, daß die preussi-

schon Streitkräfte nicht als Feinde den königlich dänischen Truppen gegenüber stehen, sondern lediglich um der Vermittlung mehr Nachdruck zu geben, und daß er endlich während der Dauer des Waffenstillstands ermächtigt und auch bereitwillig sey, Verhandlungen über die Wiederherstellung des status quo ante nach dem Beschluß des deutschen Bundes zu führen.

Diese Erklärungen standen einigermaßen im Widerspruch miteinander und hatten durchaus keine weitem Folgen.

Indessen blieb aber die Waffenruhe, bis durch den erwähnten Beschluß vom 15. April, wo Preußen aufgegeben ward, den Oberanführer für das deutsche Heer in Schleswig-Holstein zu stellen, und damit die ganze Verantwortlichkeit allein zu übernehmen.

Es war dieses die Zeit, wo man in Berlin ernstlich daran dachte, dem Prinzen von Preußen seine frühere Stellung wieder zu geben.

Da der Prinz damals in London war, so ging gleich nach dem Beschlusse des Bundestags eine Stafette nach London ab, um den Prinzen zur Annahme des Kommando zu bewegen; allein der Prinz erklärte, gegen den König von Dänemark das Kommando nicht führen zu wollen.

Es war das erste Mal, daß sich eine tiefe Verschiedenheit in der Auffassung des Königs und seines Bruders, über die schleswig-holsteinische Frage, zeigte. Indessen sammelte sich das zehnte Armeekorps in Holstein; jedoch Tag für Tag verging, ohne daß Etwas geschehen wäre.

Die öffentliche Meinung ward beunruhigt, und man begriff den Grund der Verzögerung nicht. Einige schoben solche auf die Unwillfährigkeit von Hannover, und Andere wieder auf andere Staaten, und so stieg mit jedem Tage die Ungebuld.

Indessen war dem durch seine militärischen Leistungen als ausgezeichnet bekannten hannoverschen General Halkett einstweilen das Ober-Kommando übertragen worden.

Halkett arbeitete in Rendsburg den Angriffsplan auf die schleswig'sche Stellung der Dänen aus, und Alles war schon fertig, nur nicht das preussische Kabinet mit seinem Entschlusse.

Endlich kam Antwort aus London, und sofort ward nun der General Wrangel von Berlin aus nach Rendsburg geschickt, um das Ober-Kommando zu übernehmen.

Hier kam derselbe am 21. April an, übernahm am nächstfolgenden Tage durch Tagsbefehl das Ober-Kommando und ließ nach dem Plan Halketts schon am 23. April die ganze Macht gegen die Stellung der Dänen bei Schleswig anrücken.

Es war auch schon hohe Zeit; denn während jener langen Unthätigkeit hatten die Dänen die Vortheile ihrer Stellung benutzt.

Schon standen am 24. April die ersten dänischen Truppen an der Westküste in Husum. Eckernförde war gut besetzt und hier ein Kühner, aber ohne Geschütz und mit geringer Macht von den Freischaaren unter dem bairischen Major von der Lann gemächter Angriff zurückgewiesen worden, bei denen die Leb-

tern 25 Tode und 50 Verwundete verloren. Die dänische Politik änderte sich dabei durchaus nicht und so mußte Preußen vorwärts.

Am Morgen des 25. April marschirte das deutsche Heer in zwei Kolonnen aus. Die Avantgarde nahm sogleich im ersten Anlauf die Wälle bei Dannewirke; die erste Kolonne drang in Bastorf ein, und mußte hier lange Zeit ein bestiges Feuer der dänischen Geschütze aushalten, bis endlich die schleswig-holsteinischen Schützen den rechten Flügel der Dänen umgingen, so daß Letztere sich zum Rückzug genöthigt sahen.

Die Dänen waren auf den Angriff nicht vorbereitet gewesen, und befanden sich zum Theil in der Kirche; sie schlugen sich aber nicht ohne Tapferkeit, obgleich sie nirgends einen Vortheil erreichten.

Am Abend zog sich die dänische Armee eiligst zurück; — die Garde gab das besetzte Schloß Bastorf auf, und Alles wendete sich jetzt gegen Flensburg.

Am 24. April fing die Verfolgung in zwei Kolonnen an. Die rechte Kolonne bestand aus den Truppen des zehnten Armeekorps, welchem noch fünf preussische Bataillone folgten; die linke Kolonne enthielt nur preussische und schleswig-holsteinische Truppen.

Erst bei Bilschau, anderthalb Meilen von Flensburg entfernt, wurde der rasch zurückweichende Feind erreicht und etwas weiter nach Norden, bei Deverssee, kam es zu einem hitzigen Gefechte, in welchem die Dänen nochmals geschlagen wurden, und dabei ungefähr vierhundert Gefangene verloren.

Diese suchten nun in größter Eile nach Flensburg zu kommen, von wo es dann in einem unaufhaltbaren Rückzuge weiter ging, nachdem ein Theil nach dem Norden, und ein anderer Theil nach Alsen sich wendete, und so war jetzt das Herzogthum Schleswig für die deutschen Truppen gewonnen.

Dennoch war aber weder die Freude bei den ausrüchtigen Deutschen, noch die Niederge schlagenheit bei den Dänen so groß, als man es hätte erwarten sollen; denn in der That unterlag es nicht dem geringsten Zweifel, daß die bei Weitem stärkere Macht der Deutschen, wenn sie gewollt hätte, das ganze dänische Heer würde gefangen genommen haben.

Statt ein unbedeutendes Korps unter dem Kommando des tapfern Faströw nach Missunde an der Schlei zu schicken, welches nicht im Stande seyn konnte, hier den Uebergang zu erzwingen, hätte man die Hälfte der Bataillone, die bei Schleswig gar keinen Feind zu Gesicht bekamen, auf diesem Punkte zu rechter Zeit detachiren, und somit den Weg nach Flensburg gänzlich coupiren müssen.

Noch am 24. April hätte man gleichzeitig mit den Dänen in Flensburg einrücken und ihnen ihren ganzen Artilleriepark nehmen können, wenn man dieses eben gewollt hätte.

So aber that man es nicht, und erst am 25. April Morgens rückten die ersten Deutschen, ein hannoversches Infanterie-Regiment, in Flensburg ein; an welchem Tage auch die Dänen Eckernförde räumten.

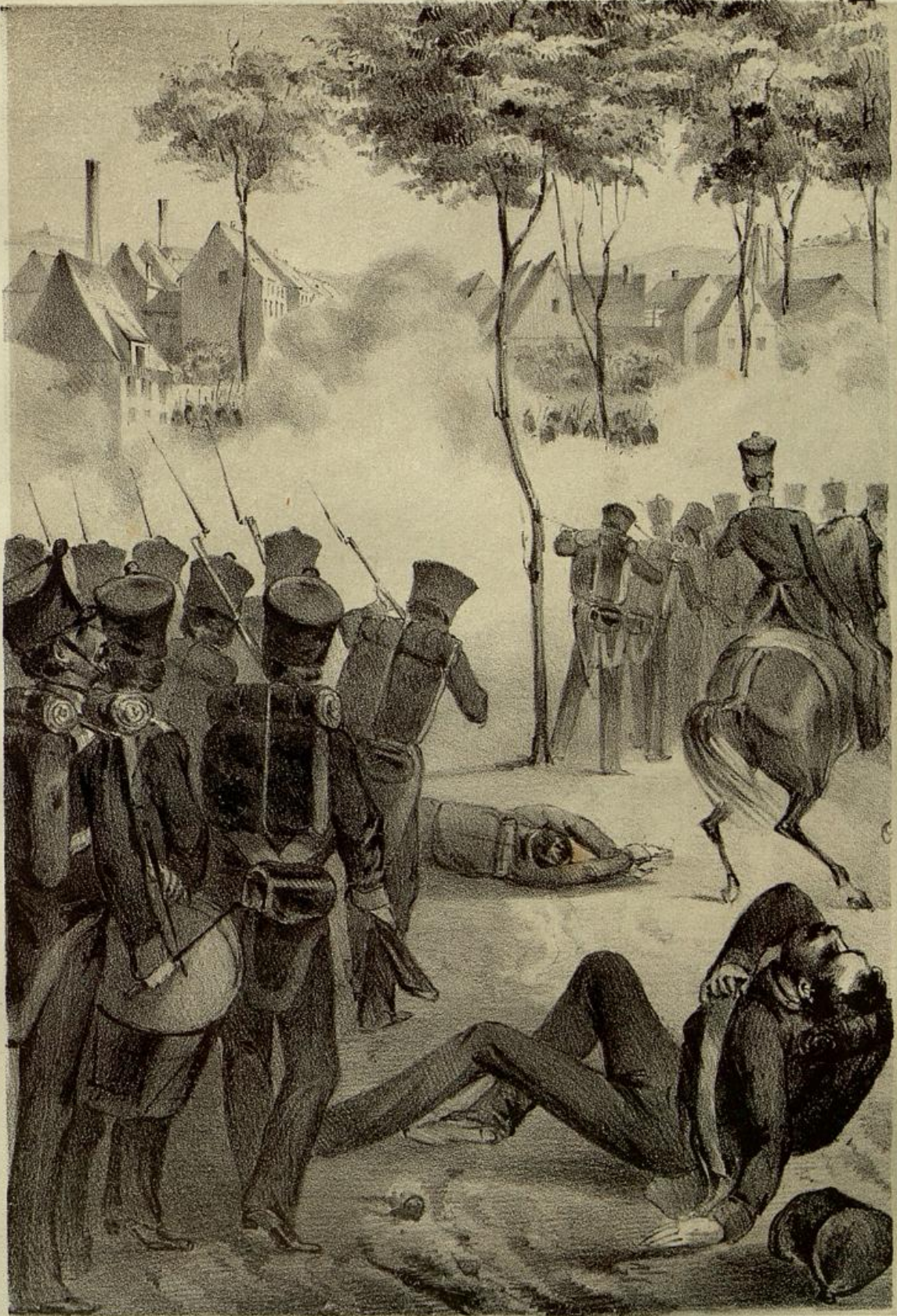
Der Verlust war bei den Deutschen nicht sehr erheblich gewesen, um damit die Verzögerung zu ent-



L'assalto dei Prussiani a Danawerk presso Slesvich.

A'poroszk ostroma a danusokra Schleszig mellett





Il combattimento presso Flensburg il 25 Aprile 1848.

Ácsata Flensburgnál 25. apriluson 1848.

Das Gefecht bei Flensburg am 25. April 1848.



Tah najpēt Danū s Flensburga.



La ritirata dei Danesi, da Flensburgh.

Á dánok hátrálás Flensburgból.

Der Rückzug der Dänen aus Flensburg.
am 25. April 1848.



schuldigen, da man kaum hundert Verwundete zählte. Auf beiden Seiten waren ungefähr vierhundert Tode und Verwundete, während die Dänen noch überdies eine bedeutende Anzahl von Gefangenen verloren hatten.

Erst am 26. April zog Wrangel in Flensburg ein, gab dann einen Rasttag und besetzte die Umgegend von Flensburg.

Die Dänen schickten einen Parlamentär, der die Räumung des Herzogthums Schleswig von Seiten Dänemarks gegen das Zugeständniß einer Waffenruhe angebothen haben soll.

Es scheint auch, daß die Instruktionen des Feldherrn Wrangel nicht weiter als bis zu diesem Punkte gegangen sind, denn jetzt fing zwischen Flensburg und Frederika, wo der dänische König sich aufhielt, ein eifriger Parlamentärwechsel an.

Schleswig wurde bis auf Alsen vollständig geräumt, und es gab sogar Einige, welche um diese Zeit schon an einen Frieden glaubten; allein bald bekamen die Sachen ein anderes Aussehen.

Schon am 29. April brach Wrangel von Flensburg auf, schickte die schleswig-holsteinischen Truppen nach dem Westen, stellte den General Hallett gegen Alsen, kam selbst in Apenrade, dann in Hadersleben an, und am 1. Mai überschritt er die jütische Grenze bei Kolbing, nachdem er zugleich seine Ankunft den Jütern in einer kurzen und klaren Proklamation mittheilte.

Die Dänen zeigten sich nirgends, und so kam es auch nicht einmal zu einem Vorpostengefecht. In den Herzogthümern hob sich jetzt die Stimmung. Viele jubelten auf's Neue auf, jedoch die klügern Personen schwiegen und sahen ganz ruhig zu.

So endete der Monat April nach einer langen und traurigen Ungewißheit mit einem, wie es schien, entscheidenden Resultat.

Es war keine Frage, daß Preußen, wenn es wollte, dem Kriege jetzt ein Ende machen, und die Selbstständigkeit der Herzogthümer auf alle Zeit hinaus feststellen konnte.

Die Herzogthümer, in der kurzfristigen Hoffnung auf Preußen, gaben sich ihm dafür ganz hin, vernachlässigten das Eigene und je weiter die preussischen Truppen vorrückten, desto weniger glaubten sie selbst thätig eingreifen zu brauchen.

Preußen, um in seinen Verwicklungen wenigstens den Herzogthümern gegenüber freie Hand zu behalten, sah dieses gerne und beförderte dieses Ruhigseyn und diese Gleichgiltigkeit der Herzogthümer.

So entstand denn während dieses Monats der Zustand in Holstein, der hier kurz charakterisirt werden soll, weil er die Grundlage der späteren Verhältnisse geworden ist.

Die Männer, welche die Bewegungen der Herzogthümer vor dem März 1848 geleitet hatten, waren ihrerseits der Meinung, daß an eine demokratische Richtung derselben gar nicht zu denken sey, und daß man dieses wesentlich deutsche Element nur so weit benutzen wolle, als man es eben selbst gebrauchen könne.

Als nun statt einer vollkommen unselbstständigen Folgeleistung des Landes, plötzlich Forderungen auf-

tauchten, welche über ihre einmal festgestellte Auffassung hinausgingen, wurden sie bedenklich, und fingen an, den Umsturz alles Bestehenden zu fürchten.

Zugleich traten einige junge und entschlossene Männer auf, die jenen Männern mit solcher Offenheit die Wahrheit sagten, daß nämlich die einzige Rettung der Herzogthümer in ihrer möglichst großen Selbstthätigkeit liege; daß die provisorische Regierung um jeden Preis vor Allem dahin streben müsse, während der Zeit ihrer Wirksamkeit nur eine auf dem Prinzip der Selbstständigkeit der Herzogthümer und ihrer innern organischen Einheit gebaute Organisation von Schleswig-Holstein herzustellen, besonders als Grund derselben eine freisinnige Verfassung baldmöglichst einzuführen; daß, wenn dieses nicht geschehe, der Vormarsch der Preußen den Herzogthümern wenig wahren Vortheil bringen könne, während ein nicht unmöglicher Rückzug das ganze Land den Dänen im alten Zustande wieder übergeben werde; daß man aber vor Allem die Entwicklung dieser Selbstständigkeit mit der Errichtung einer schleswig-holsteinischen Armee und einem gleichzeitigen Aufbriehen des ganzen Landsturms beginnen müsse; daß, wenn dieses nicht geschehe, die Herzogthümer nur zu einem Gegenstande der Politik ohne Rücksicht auf ihre höchsten Interessen gemacht, und ihnen alle Theilnahme an der Entscheidung am letzten Orte noch aus den Händen genommen werden würde.

Die provisorische Regierung aber hatte nicht den Muth, auf diese ihr vorgestellten Beweggründe einzugehen, denn sie hätte jetzt allerdings großartige Maßregeln und mit Männern rechnen müssen, die damals Europa bewegten, und dieses verstand oder wagte sie nicht.

Auch ihr schwebte das Schreckensbild einer nordalbingischen Republik vor Augen, und um diesem Schreckbilde zu entgehen, ließ sie in einer fast völligen Unthätigkeit die wichtigste und unwiederbringliche Zeit für die Herstellung eines selbstständigen Schleswig-Holstein's verstreichen.

Sie that nur, was sie durchaus nicht lassen konnte, und berief die alten Provinzial-Stände am 3. April nach Rendsburg.

Diese Versammlung ward aber entscheidend für die Zukunft der Herzogthümer eben dadurch, daß sie nichts entschied; und zeigte mehr als alles Andere, welche eine ungeheure Kluft zwischen der frühern und der neuern Zeit liege, und wie wenig die Männer der Vergangenheit im Stande sind, die Bedeutung jener neuen Bewegung auch nur für ihr eigenes Land zu erfassen.

Nachdem bereits durch Patent vom 27. März die provisorische Regierung die alten Stände der Herzogthümer bisher getrennt, jetzt als vereinigte Ständeversammlung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zum 3. April berufen hatte, kamen dieselben an diesem Tage wirklich in Rendsburg zusammen.

In der ersten Sitzung legte jetzt die provisorische Regierung ihre Gewalt in die Hände der Versammlung nieder, und empfing dieselbe von ihr unter einem gemeinsamen Danke wieder zurück.

Es kam zur Sprache, die Regierung zu ermächtigen, daß sie den Advokaten Claussen oder ein anderes Mitglied hinzuziehen möge, was aber nicht als ein förmlicher Antrag aufgestellt ward; denn die Majorität fürchtete sich schon damals vor der Unabsehbarkeit der Bewegung, in welche die demokratische, von Claussen entschiedene vertretene Richtung sie gestürzt haben würde.

Darauf ward der Antrag gestellt, daß man die Aufnahme des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund mit aller Kraft betreiben möge, wofür sich alle schleswiger Abgeordneten aussprachen, während nur ein Flensburger Deputirter sich dagegen mit den Worten erklärte: Kein Land, am wenigsten Schleswig, könne es wünschen, einem Lande sich anzuschließen, welches in einer völligen Auflösung begriffen sey. Aber dennoch ward der Antrag, den die provisorische Regierung beim Bundestage schon gestellt hatte, angenommen, und somit war die erste Sitzung geschlossen.

Von Aufregung und Streit war keine Spur; ja es war in dieser Versammlung, als ob man über die einfachsten Dinge von der Welt spreche.

Die zweite Sitzung fand an demselben Tage Nachmittags um 5 Uhr Statt, in welcher es über den Antrag des Regierungs-Kommissärs zur Sprache kam, daß von der Stände-Versammlung ein Ausschuß aus ihrer Mitte gewählt werde, um eine schleswig-holsteinische Verfassung, und ein freies Wahlgesetz zu entwerfen.

Dagegen trat aber besonders Claussen auf und forderte: daß nur ein Ausschuß für ein neues Wahlgesetz bestimmt werde, damit das Volk bei der Berathung der Verfassung in vollem Umfange vertreten sey.

Zum ersten Male berührten sich also hier in der Versammlung die Gegensätze, da die Richtung der großen Grundbesitzer im Grunde sehr entschieden gegen die Herstellung eines neuen Wahlgesetzes war.

Die Majorität hätte offenbar gerne die ganze Sache beseitigt, unter der Hinweisung auf die Nothwendigkeit des Kampfes nach Außen; allein die Nothwendigkeit der Sache, die Beispiele des übrigen Europa, der Druck der öffentlichen Meinung, waren aber zu groß.

Endlich war Claussen's Antrag, daß die Regierung ersucht werden solle, baldigst der Stände-Versammlung einen Entwurf zu einem freien Wahlgesetz vorlegen zu lassen, angenommen worden.

Dieses mochte wohl ein entschiedener Sieg des freien Prinzips gewesen seyn, aber ein sehr zweifelhafter; denn vor allen Dingen war dadurch die ganze Sache in die Hände der Regierung gelegt, und mithin indirekt den Einflüssen anheim gegeben, unter welchen diese selbst stand.

In jedem andern Lande wäre dieses von anderer Bedeutung gewesen, als in Schleswig-Holstein. Es konnte jeden Tag Schleswig von den Dänen eingenommen, und dadurch die ganze Vornahme vereitelt werden, denn es kam Alles auf die rasche Energie der provisorischen Regierung an.

Trat Frieden ein, bevor das Wahlgesetz gegeben, und eine neue schleswig-holsteinische Kammer berufen worden, so war jenes Schleswig-Holstein nicht einmal eine Thatsache, viel weniger ein Rechtskörper. Das Land hatte in diesem Falle kein selbstständiges Organ.

Die alten Stände mußten dann noch einmal zusammen kommen, und Alles, was man gehofft und gefordert hatte, war in Frage gestellt.

Indessen stand der Antrag da, und die provisorische Regierung hatte das Schicksal des Landes in Händen.

Die folgenden beiden Sitzungen waren von einem geringen Interesse. Am 4. April, in der dritten Sitzung, bewilligte man die bisherige Steuererhebung der provisorischen Regierung.

Zugleich wurden auch alle von ihr bis dahin erlassenen provisorischen Geetze genehmigt, und einige neue Verfügungen erlassen, die eine Erleichterung der Lasten des Arbeiter- und Tagelöhnerstandes enthielten.

In der vierten Sitzung vom 5. April wurde endlich die Versammlung vertagt; denn sie hatte in der That auch wenig mehr zu thun.

Durch die Erklärung, daß ein neues Wahlgesetz nöthig sey, hatte sie sich ihr eigenes Mandat aufgekündigt, und nachdem sie die Vorlage desselben ganz der Regierung überließ, so hatte sie sich aller selbstständigen Gewalt entäußert.

Jetzt also konnte die provisorische Regierung sich als souveräne Herrin der Herzogthümer ansehen, und es ruhte von nun alle Macht, wohl aber auch alle Verantwortlichkeit auf ihr.

Aber es war klar geworden aus den kurzen Verhandlungen dieser Stände, daß dieselben durchaus nicht den Willen hatten, selbstthätig einzugreifen; daß sie aus Furcht vor der Demokratie um jeden Preis, ja selbst um den der äußersten Gefahr der Herzogthümer, die Regierung halten wollten; und daß endlich jeder Versuch, die Regierung zu dem so nothwendigen Handeln zu bewegen, von ihnen auf das Entschiedenste bekämpft werden würde.

Man durfte sich darüber auch keineswegs verwundern, da diese Stände auf einen ziemlich hohen Census und auf wirklichen Grundbesitz gebaut und ständisch geschieden, durchaus nur das konservative Element vertreten konnten und auch vertraten.

Aber es war ein großer Nachtheil für die Herzogthümer, der sich freilich erst später zeigen sollte; denn während nun die Preußen erst unterhandelten und endlich gegen die Dänen ausrückten und sie schlugen, geschah in den Herzogthümern den ganzen April-Monat hindurch gar nichts, weder für die Organisation der Verwaltung, noch für das Heerwesen, noch für die materiellen Interessen.

Der einzige Akt von weiterer Bedeutung war, daß in Folge der Verfügung vom 18. April die Wahlen für die Frankfurter Versammlung ausgeschrieben und sowohl in Schleswig als in Holstein wirklich abgehalten wurden.

Auf das Land selbst übten diese Wahlakte im Allgemeinen einen heilsamen Einfluß aus; denn auf das allgemeine Stimmrecht begründet, wurden durch sie die

bisher von aller Politik fast ganz verdrängten Nicht-besigenden zum ersten Mal zur Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten herangezogen, und die Verbindung des Landes mit Deutschland kam dem ganzen Schleswig-Holstein zum Bewußtseyn, wenn auch noch in sehr gestaltloser Weise.

Die Meisten sahen schon damals, daß das Schicksal der Herzogthümer unablässig mit dem Schicksale Deutschlands verbunden sey, da nur Deutschland das rechte Interesse und die rechte Kraft habe, die Selbstständigkeit der Herzogthümer gegen die europäische Politik zu vertreten.

Für den Augenblick aber lag die äußere Politik ganz in den Händen Preußens, die innere ganz in den Händen der provisorischen Regierung. Der Monat April hatte noch nichts entschieden, und noch mußte man warten was Beide thun würden; auch konnte man noch Großes von Frankfurt erwarten.

So entschieden auch die militärische Niederlage der Dänen während des Monats April war, so war doch mit diesen Siegen in einer so großen, den ganzen Norden umfassenden Frage nur ganz wenig ausgerichtet. Die Ereignisse des Monats April, welche Viele als das Ende des Streites ansahen, erwiesen sich in der That nur als Anfang desselben.

Der Monat Mai, obwohl arm an Waffenthaten und Ruhm für Deutschland war desto reicher an diplomatischen Kämpfen. Ohne daß Deutschland und die Herzogthümer das recht ahnten, gab eigentlich dieser Monat der schleswig-holsteinischen Frage ihren bestimmten Charakter für das ganze folgende Jahr, und zeigte nach allen Seiten hin die großartigen Beziehungen, in welche dieses kleine Land mit seinem Auftreten gegen Dänemark hineintrat, und seinerseits Deutschland wieder hineinzog.

Es war das erste Mal seit dem Jahre 1815, daß Deutschland ein ihm eigenes Gewicht in der europäischen Welt hatte; und der Gang der Dinge in Schleswig-Holstein ist daher, wie kein anderer Theil der deutschen Geschichte, eine reiche Lehrschule für Alle, welche überhaupt allgemeine deutsche Fragen im Verhältnis zu Europa studiren wollen.

Betrachtet man Dasjenige, was im Monat April geschah, so erscheint es klar, daß in diesem Monat noch wesentlich Dänemark und Preußen einander allein gegenüberstanden.

Allerdings waren schon der deutsche Bundestag, England und Rußland herbeigezogen; allein diese Mächte hatten doch noch keine ganz entschiedene Stellung eingenommen; und zwar dieserwegen nicht, weil Preußen selbst seinerseits mit jedem bestimmten Hervortreten noch immer zögerte.

Es richtete noch immer die verbindlichsten Noten an das dänische Kabinet und erklärte sich zu jedem Uebereinkommen bereit; es stand mit seinen Truppen bis gegen das Ende des Monats noch auf bloß holsteinischen Boden, während Dänemark unangegriffen Schleswig in Besitz hatte; ja es machte durch sein Auftreten möglich, daß Dänemark die preussischen

Truppen offen als Freunde der dänischen Sache bezeichnen konnte. Allein dieses konnte offenbar nicht lange dauern.

Was Preußen gethan haben würde, wenn damals Deutschland nicht begonnen hätte, mit selbstständigen Willen zu handeln, läßt sich nicht sagen; nachdem aber einmal Deutschland sich erhoben hatte, so konnte Preußen nicht mehr umhin, diese Sache vom wesentlich deutschen Gesichtspunkte aus in seine Hand zu nehmen.

Die Folge davon war, daß es, wie bereits gesagt, dem Drange der öffentlichen Meinung in Deutschland nachgab, und endlich mit der Schlacht von Schleswig das Herzogthum säuberte. Nun aber trat der Fall ein, den man in Berlin vorhergesehen hatte.

Die äußerste Gefahr Dänemarks, von Preußen, vielleicht gar im Namen des neuen, noch unberechenbaren Deutschland verschlungen zu werden, zwang die Großmächte, jetzt bestimmter aufzutreten.

Die militärischen Verhältnisse wurden von diesem Augenblicke an das Untergeordnete; und ein neuer Abschnitt der Geschichte des Kampfes beginnt; der Charakter desselben aber ist leicht zu erkennen.

Durch das Zusammentreffen der Hauptmacht wurde jede Macht auf ihre natürliche Basis zurückgeworfen. Preußen, in der schleswig-holsteinischen Sache ganz Europa gegenüber, mußte sich jetzt dem deutschen Bunde oder der deutschen Macht entschieden anschließen; Dänemark, dieser Macht gegenüber, mußte seinen natürlichen Stützpunkt in Rußland suchen; England endlich trat als das vermittelnde Element auf, nachdem es ihm hauptsächlich darauf ankam, durch den Sieg des einen oder andern Theils nicht eine entscheidende Störung des Gleichgewichts, die es damals nicht hätte berechnen können, zuzulassen. Dieses war also der allgemeine Charakter der Bewegung des Mai-Monats.

Schon am 18. April hatte der englische Gesandte Westmoreland dem preussischen Kabinet die Mittheilung gemacht, daß England sich durch seine Garantie vom 3. Juni 1720 verpflichtet halte, Preußen von einer Besetzung Schleswigs abzuhalten.

Graf Arnim, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, antwortete aber darauf am 19. April, daß Preußen durchaus nicht im eigenen Namen handle, sondern vielmehr im Auftrage des deutschen Bundes, und daß der deutsche Bund am 12. April zunächst die Effektivirung der Räumung Schleswigs von den dänischen Truppen, und die Aufrechthaltung der Verbindung der Herzogthümer gefordert habe.

Zugleich beschloß auch der Bundestag in Folge der ihm von Preußen gewordenen Mittheilung, daß an den Beschlüssen vom 4. und 12. April festzuhalten, aber die bona officia Englands für die Vermittlung in Anspruch zu nehmen seyen; und daß außerdem der Syndikus Vankes, Bundestags-Gesandter der freien Stadt Hamburg dieses und den Inhalt der eigentlichen Forderungen der Herzogthümer England unter Erbitterung seiner bona officia mitzutheilen habe.

Damit war nun freilich die Sache nicht weiter gekommen. Preußen in Verfolg seiner Erklärung,

ließ Wrangel vorwärts marschiren, die Dänen bei Schleswig schlagen, und die Grenze Jütlands berühren. Dieses ist der Punkt, auf welchem früher von der Geschichte des Feldzugs gesprochen worden ist; allein es ist dieses zugleich der Punkt, auf welchem das bisherige Prinzip der preussisch bündestäglichen Politik erschöpft war.

Dieses hatte nur die Räumung Schleswigs von dänischen Truppen gefordert, und diese war erreicht. Jetzt mußte jene Politik sich über die Grundlage des Friedens aussprechen, den man von deutscher Seite durch die Verreibung der Dänen erzwingen wollte; denn ein Weiterdringen ohne eine solche Grundlage war eine Bedrohung der Existenz von Dänemark; und diese abzuwenden, lag eben sowohl in dem Interesse Englands als Russlands.

Raum hatte daher der General Wrangel am 23. April die Dänen bei Schleswig geschlagen, so fanden in Kopenhagen sogleich Konferenzen zwischen dem englischen und russischen Gesandten Statt, deren Resultat eine gemeinschaftliche Depesche beider Gesandtschaften vom 30. April war.

Dieses Schreiben wurde dem General am 2. Mai im Hauptquartier Gudsoe vor Fredericia übergeben, worin ein Waffenstillstand unter Räumung des ganzen Jütland von deutschen Truppen gefordert wurde. Dänemark sollte dafür Schleswig geräumt lassen mit Ausnahme Alsen's, und seine Feindseligkeiten zur See einstellen.

General Wrangel erwiderte darauf unmittelbar, daß er Jütland räumen werde, sobald Alsen und alle zu Schleswig gehörigen Inseln, so wie alle aufgebrauchten deutschen Schiffe von den Dänen zurückgegeben würden.

Vorschlag und Antwort wurden dann dem Bundestage vorgelegt; zugleich aber trat Russland bestimmter auf, nachdem der russische Gesandte in Berlin ämtlich seine Instruktion dahin mittheilte, daß Russland das Verfahren Preußens und des deutschen Bundes nicht gerechtfertigt finden könne, daß dasselbe vielmehr den Garantien Russlands nach den Verträgen vom Jahre 1767 und 1773 zuwiderlaufe, und daß daher das kaiserliche Kabinet, wenn das Vermittlungs-Verfahren keinen Eingang finden sollte, sich genöthigt sehen werde, gegen jenes Verfahren formellen Protest zu erheben.

Der preussische Gesandte antwortete hierauf am 5. Mai, daß er die Forderungen des General Wrangel kenne, daß er sie billige, und daß die Grundlage der Vereinbarung die Anerkennung Schleswigs und Holsteins als eines unzertrennlichen selbstständigen Staatskörpers seyn müsse, welcher nur durch Personal-Union so lange mit Dänemark verbunden bleibe, als der Mannstamm des Oldenburg'schen Hauses in letzterem Reiche herrscht.

Der König von Dänemark würde seine Einwilligung zu der eventuellen Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund zuzusichern haben. Doch würde als Mittel zur Ausgleichung und Verständigung die Modalität offen zu lassen seyn; daß die an Jütland grenzende und der Nationalität nach vorherrschend

dänischen Distrikte von Schleswig, wenn in ihnen der freie Volkswille sich für eine Vereinigung mit Dänemark aussprechen sollte, von der Verbindung mit Schleswig und folglich auch von der Aufnahme in den deutschen Bund auszunehmen seyn würden.

Dieses theilte der preussische Gesandte dem Bundestage mit, und der Bundestag antwortete, nachdem er sein volles Einverständnis mit den getroffenen Einleitungen aussprach, und Preußen ersuchte, auf der vergeschlagenen Basis vorzugehen.

Somit hatten Preußen und der Bundestag eine feste Grundlage für ihre Politik gewonnen. Allein bei dem ersten Blick auf die Verhältnisse des Nordens mußte es klar seyn, wie diese Grundlage; Einheit der Herzogthümer und Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund der deutschen Macht, in welcher Form sie auftreten möge, ein so außerordentliches Gewicht im Norden geben werde, daß die Verwirklichung jener Friedensbasis nur durch einen Kampf mit allen im Norden theilhaftigen Mächten möglich seyn konnte; denn besonders die Einverleibung Schleswigs in den Deutschen Bund mußte die ganze Gestalt der nordischen Verhältnisse ändern, und Preußen sollte nur zu bald erfahren, was eine solche Forderung eigentlich zu bedeuten habe.

Raum war nämlich diese Erklärung abgegeben als auch schon das dänische Kabinet die gänzliche Verneinung Dänemarks voraussehend, sich auf das dringendste an Russland und dann an Schweden wendete, und die unausbleibliche Folge eines solchen Friedens vorstellte.

Für Russland war die Sache kaum etwas Neues; aber Schweden sah sich jetzt gezwungen bestimmt aufzutreten. Theils gereizt durch eine gewisse vornehme Behandlung von Seiten des preussischen Kabinet's, theils ernstlich desappontirt, daß man die nothwendige Folge jedes Friedens, das Entstehen einer skandinavischen Union, ihm von Seiten Deutschlands und Preußens nicht näher gelegt, theils auch in angestammter Nachgiebigkeit gegen Russland, trat Schweden in Folge der Erklärung jener Friedensbasis offen auf die Seite Dänemarks.

Preußen hatte durch seine halbe Politik den allerwichtigsten und natürlichsten Bundesgenossen, Schweden und die Idee einer skandinavischen Union, verloren.

Man braucht hier wohl nicht erst weitläufig auseinanderzusetzen, daß jede gänzliche Trennung der Herzogthümer von Dänemark als absolute Folge die Vereinigung der drei nordischen Reiche nach sich ziehen muß; und wenn dasjenige damals nicht durch Reflexion klar ward, der begriff es wenigstens mit einem unmittelbaren Gefühle.

Diese Vereinigung war der einzige Weg, Schweden zu Gunsten der preussischen Vorlagen zu stimmen. Statt dessen hatte man aber Schweden vernachlässigt, und es dadurch Russland in die Arme geworfen.

Die dänischen Abgeordneten hatten jetzt ein leichtes Spiel in Stockholm. Der König von Schweden ließ bereits am 9. Mai durch seinen Gesandten den Baron d'Ohsson, dem preussischen Kabinet eine Erklärung dahin abgeben: daß die beiden Königreiche

sich ihr Recht, in den Angelegenheiten des Nordens mitzureden, vorbehielten, und daß mit Ueberschreitung der dänischen Grenze durch deutsche Truppen der Fall eintreten werde, wo Schweden sich nach den gegen Dänemark übernommenen Verpflichtungen genöthigt sehen müsse, ein Hilfskorps nach Fünen, oder nach einer andern dänischen Insel überzusetzen.

Zu gleicher Zeit erließ der König Oskar von Schweden an den geheimen ständischen Ausschuss ein Rescript um Bewilligung von zwei Millionen, und die Truppen so wie die Flotte wurden auf den Kriegsfuß gesetzt.

Dänemark hatte also jetzt einen hochwichtigen Verbündeten gewonnen; aber auch England fand jene Forderung Preußens, so natürlich sie auch vom deutschen Standpunkte war, doch zu bedenklich.

Es trat daher für den Augenblick eine Kälte ein zwischen Berlin und London, die durch Bunsen's sehr klares und bestimmtes Auftreten im Sinne des höhern preussischen und deutschen Interesse nicht eben vermindert ward. Rußland drohte aus der Ferne, und so geschah dann, was man voraussehen konnte.

Preußen war durch seine obige Erklärung allen übrigen Mächten gegenüber isolirt und gänzlich auf Deutschland zurückgeworfen; Dänemark dagegen fühlte sich plöglich stärker als jemals, obgleich sein Heer fast gänzlich vernichtet war, und so mußte die Entscheidung folgen.

Das kleine Dänemark, im Gefühle seines mächtigen Rückhalts, und höchst gereizt, dachte keinen Augenblick daran, den Forderungen Preußens nachzugeben. Im Gegentheile rief man von Kopenhagen aus den Patriotismus der Dänen auf, lobte das Heer, spottete die Deutschen, und, um Preußen zu einem letzten Schritte zu verleiten, fing man an die preussischen Schiffe aufzubringen und mit Beschlag zu belegen.

Man rechnete richtig in Kopenhagen, und erwartete, daß Preußen in Folge dessen in Jütland vordringen, und daß alsdann Schweden und bald auch Rußland gegen Preußen auftreten werde.

In der That mußte Wrangel in Folge jener Beschlagnahme bestimmter handeln, und nahm jetzt Fridericia ein, während Sastrow mit einem Detachement nach Jütland hineingeschickt wurde, wo er bis Aarhus vordrang, Kontributionen ausschrieb, solche eintrieb, und auf diese Weise die Besitzergreifung vorbereitete.

Von Fridericia aus bestand die deutsche Artillerie einen Kampf mit den dänischen Kanonenbooten; ja sogar Middelfahrt wurde bombardirt, und Abtheilungen von Freischaren unter Wasmer und von der Lann rückten nach Norden.

Am 18. Mai erließ Wrangel seine bekannte Proklamation an die Jüten, in welcher er als Ersatz des Schadens, welchen die Dänen der deutschen Schifffahrt zufügten, eine Kontribution von zwei Millionen Species nebst einer bedeutenden Lieferung von allen Gegenständen zur Unterhaltung des Heeres ausschrieb.

Zugleich sandte er seinen Sohn nach Berlin mit den genauern Nachrichten über das Heer und seine Pläne, und forderte nunmehr, um der Sache ein Ende zu machen, eine bedeutende Verstärkung der Truppenmacht, damit er Jütland ganz besetzen und nach Fünen hinübergehen könne.

In Folge dieser Maßregeln war man einige Tage lang voll Jubel in Schleswig-Holstein, man glaubte und mußte glauben, daß Preußen jetzt Ernst machen werde. Man wußte, daß damals das übrige Deutschland einem energischen Drucke nachgeben würde, man gab sich der Hoffnung hin, daß jetzt die Einheit des jungen Deutschland ihren ersten Sieg feiern werde.

Allein kaum erfuhr man dieses bestimmte Auftreten Preußens in der Diplomatie, als auch schon alle Mächte herbeieilten, den neu entstehenden Brand zu löschen.

Schweden erklärte, daß es jetzt die dänischen Inseln besetzen werde. Rußland rüstete und kündigte eine Expedition in die Ostsee an; und der Großfürst Konstantin setzte sich in Bereitschaft zur Abreise nach Stockholm und Kopenhagen.

Die Dänen schärften ihre Blokade. Vor allen aber fürchtete England den Ausbruch ernstere Bewegungen. In London fanden in den ersten Tagen des Monats Mai häufige Konferenzen zwischen Bunsen und Palmerston statt, und England drängte Preußen mit aller Macht, in dieser schwierigen Sache nachzugeben.

Preußen fühlte seine Isolirung. Was aus Deutschland werden sollte, konnte noch Niemand sagen; man fing an, es in Berlin zu fürchten. So verstand sich nun Preußen dazu, Vorschläge zu einem Waffenstillstande zu machen, die allerdings wesentlich von den früher erwähnten verschieden waren.

Auf Grundlage dieser Vorschläge entschied sich nun England, seinen Vermittlungs-Vorschlag für den vorläufigen Waffenstillstand vom 18. Mai zu machen, wesentlich des Inhalts, daß beide Herzogthümer sowohl von dänischen als von deutschen Truppen geräumt, die gegenseitigen Gefangenen herausgegeben, die mit Beschlag belegten deutschen Schiffe entlassen, die Truppenkörper der Herzogthümer aufgelöst, in beiden Herzogthümern eine provisorische Regierung, unterstützt von einem starken Gensdarmarie-Korps, eingesetzt und endlich alle Kontributionen zurückbezahlt werden sollten.

Nun konnte Preußen in zwei Punkte nicht einwilligen; erstens nicht in die Aufhebung der provisorischen Regierung, dann nicht in die gänzliche Entblößung Holsteins von deutschen Truppen. Zugleich mußte man sich bei der Eingehung eines Waffenstillstandes einigermaßen klar seyn über die Grundlagen des Friedens.

So kam man nun dahin überein, daß die Räumung stattfinden, eine provisorische Regierung errichtet und als Grundlage des Friedens, die Trennung des dänischen nördlichen Schleswig von dem südlichen deutschen aufgestellt werden sollte. Preußen legte diese Vorschläge dem Bunde vor, und dieser nahm sie im Wesentlichen auch an.

In Folge dessen war plötzlich, wider alles Erwarten, dem General Wrangel der Befehl ertheilt worden, aus Jütland sich zurückzuziehen, alle Kontributionen und Requisitionen zu sistiren und sogar das Herzogthum Schleswig zu räumen.

England beharrte darauf, in der Räumung von Schleswig die erste Voraussetzung aller weitem Unterhandlungen zu sehen, und Preußen, welches schon damals keinen eigenen Willen mehr zu haben wagte, mußte nachgeben.

Noch einige Tage stand Wrangel in Jütland still, dann fing er an gegen Ende Mai seine rückgehenden Bewegungen zu machen; worüber sich aber das Erstaunen und der Schmerz der Herzogthümer nicht beschreiben lassen.

Zuerst wollte man es nicht glauben; und als man es glauben mußte, bemächtigte sich tiefe Niedergeschlagenheit der Gemüther.

Am 28. Mai war Wrangel schon wieder in Flensburg. Umsonst suchten die Vertrauenden den Muth aufrecht zu halten, und von da an glaubten die Einsichtsvollen nicht mehr an die Thätigkeit Preußens! Der Jammer der Deutschen im Norden von Schleswig war groß, aber es war damit nicht mehr zu helfen.

Die Feinde Preußens hatten den ersten großen Sieg über dasselbe erfochten, und die Herzogthümer konnten ihre Sache, insoferne sie allein von Preußen abhing, für verloren ansehen.

Indessen schien die Hauptsache doch in keinem Falle entschieden. Noch hatte Preußen keinen Vorschlag gemacht, der hinter seine früher aufgestellten Prinzipien zurückgegangen wäre. Noch war es von Dänemark nicht ungestraft verhöhnt und verlegt worden; noch konnte sein Nachgeben als eine eben so verständige als großmüthige Politik erscheinen.

Wenn Dänemark jetzt nur auf die Vorlagen Preußens eingehen wollte, so ließ sich in der Hauptsache noch immer das Beste hoffen. Und warum sollte man daran zweifeln? England stand ja als vermittelnde Macht im besten Einvernehmen zu Preußen; während Dänemarks materielle Macht gebrochen schien.

Preußen hatte gezeigt, was es zu thun im Stande ist, und die deutschen Heere hatten willig nach Außenhin zum ersten Mal ihre Einheit gezeigt.

Welche Macht durfte es also wagen, gegen solche Elemente in die Schranken zu treten? Wahrlich das kleine Dänemark am wenigsten! Und so behielten auch Viele den guten Muth; ja die provisorische Regierung hatte sogar ihren Sitz von Mendsburg nach Schleswig verlegt, um den Schleswigern zu zeigen, wie gut die Sachen stehen.

Sie hatte ferner die Wahlen zur deutschen National-Versammlung in beiden Herzogthümern ausgeschrieben, und diese waren daselbst in allen Distrikten, auch im nördlichsten Schleswig, ohne Störung vor sich gegangen.

Die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund schien damit zu einer entschiedenen Thatsache erhoben, und diese Aufnahme schien eine feste Bürgschaft zu seyn,

daß das große Deutschland Schleswig zu schützen wissen werde.

Im übrigen that diese provisorische Regierung aber weiter nichts; obwohl es unter jenen Umständen von höchster Wichtigkeit gewesen wäre, zwei Ziele mit unablässiger Anstrengung zu verfolgen.

Die Regierung hätte nämlich zuerst dahin streben müssen, eine selbstständige und achtungswerthe Waffenmacht um jeden Preis zu schaffen, die schwachen Punkte des Landes zu befestigen, und die Volksbewaffnung in der Art zu organisiren, daß sie wenigstens die Garnisonirung gänzlich überflüssig gemacht hätte.

Aber es geschah in dieser Beziehung absolut gar nichts, ja nicht einmal die bei Bau gefangenen Schleswig-Holsteiner, die in Kopenhagen ein trauriges und hartes Gefängniß auf zwei Blockschiffen erduldeten, suchte man auszulösen.

Die ganze schleswig-holsteinische Seemacht bestand etwa aus 7000 Mann, umfaßte also nicht einmal ein Prozent oder den hundertsten Theil der Bevölkerung; und noch dazu war dieselbe weder mit Offizieren noch mit Rüstung hinlänglich versehen.

Die militärische Bildung, die erste Grundlage der wahren Selbstständigkeit und Einheit, ward gänzlich vernachlässigt gewesen. Aber eben so vernachlässigt blieb die zweite Grundlage nämlich die Herstellung von Instituten; welche auf dem Wege der Verwaltung und der Gesetzgebung die Einheit hätten herstellen können.

Das Nächste und Erste wäre hier gewesen, doch wenigstens den kaum vereinigten schleswig-holsteinischen Landtag in Thätigkeit zu setzen, und ihm das neue Wahlgesetz vorzulegen; aber auch dieses geschah nicht.

Es wird also ewig unbegreiflich bleiben, warum man diesen Landtag in der dringendsten Zeit Monate lang nicht einberief. Das Eine freilich wird viel erklären, nämlich, daß das Land selbst in einer allgemein politischen Bildung sehr weit zurück stand, und es nicht verstand, worauf es eigentlich ankam.

Auch trat wesentlich hinzu, daß man, da man doch einmal der Sache nach, gegen den Landesfürsten im Felde lag, die republikanischen Tendenzen in Schleswig-Holstein mehr als irgendwo anders in Deutschland fürchtete, und in dem kommenden Landtage eine mächtige Grundlage für jene nordalbing'sche Republik zu sehen meinte.

In jedem Falle war die Folge dieser gänzlichen Unthätigkeit, daß die Herzogthümer ganz machtlos und ohne allen selbstständigen Rückhalt der preussischen Diplomatie in die Hände gegeben wurden.

Und die Dänen, welche dieses sehr wohl begriffen, beiläufig mit dem richtigen Takte, der sie in diesem ganzen Kriege ausgezeichnet hatte, fortan ihre Angriffe gar nicht mehr gegen die Herzogthümer als solche, sondern nunmehr aber gegen die Preußen zu richten, welches, wie sie vollständig einsahen, seinen besten Hilfsgegnossen, die eigene kühne Energie, gänzlich verloren hatte, und sich durch seine Unklarheit im Verhältniß zu Deutschland immer mehr isolirte.

Der erste Sieg über dasselbe war erkämpft, warum sollte nun der zweite Sieg schwerer werden? So

kam nun der Monat Juni heran, und mit ihm eine neue Abwechslung dieses Kampfes.

Während dieses Alles im Gebiete der alten Diplomatie geschah, gingen die Dinge in Frankfurt ihren gewöhnlichen Weg.

Durch einige Zeit hielten es selbst die Weiterblickenden nicht für unmöglich, daß die junge deutsche Einheit zu einer selbstständigen Macht werden könne; denn in jedem Falle war im Monat Mai für Alle entschieden, daß sich der alte Bundestag der deutschen National-Versammlung gegenüber, nicht werde halten können.

Eine neue Konstellation der einheitlichen Ordnung in Deutschland erschien als unausbleiblich, und es fragte sich jetzt, welche Stellung dieselbe in der schleswig-holsteinischen Frage einnehmen werde.

Es ist schon früher gesagt worden, wie die öffentliche Meinung unter allen Fragen, welche Deutschlands äußere Politik betrafen, am besten und am nachhaltigsten auf die schleswig-holsteinische vorbereitet war.

Es konnte daher im Allgemeinen kein Zweifel seyn, daß die neue deutsche einheitliche Gewalt sich entschieden auf die Seite der Herzogthümer gegen Dänemark, und im Nothfalle gegen die ganze Welt stellen werde.

Preußen, welches die Exekutive in dieser Sache beibehielt, war bis zu einem gewissen Grade gezwungen worden, dem Willen des Organs für die deutsche Einheit zu folgen.

Als der Monat Mai noch nicht zu Ende war, hatten sich die Sachen schon so gestellt, wie sie voraussichtlich kommen mußten.

Preußen war in der europäischen Diplomatie gänzlich isolirt und hatte kaum andere Bundesgenossen als den deutschen Bund.

Mit diesem war es freilich stark; mit jedem Schritte aber, dem der alte Bund seiner Auflösung näher kam, fiel auch dieser Rückhalt für Preußen mehr und mehr zusammen.

An die Stelle des alten Bundestags trat die National-Versammlung, welche es war, die wenigstens für eine Zeit lang die ganze Macht Deutschlands in Händen hatte.

Dieser Macht bedurfte Preußen, um seine Forderungen in Beziehung auf Schleswig-Holstein gegen das übrige Europa aufrecht zu halten.

Die National-Versammlung war, wenn Preußen es wollte, bereitwillig genug, zum Aeußersten zu schreiten; allein dafür hätte Preußen in der wichtigsten Frage der äußern Politik sich entschieden unterordnen müssen; und nur dann wäre ein Kampf Preußens mit der übrigen Welt möglich gewesen.

Wollte aber Preußen dieses nicht, wollte es nicht gewissermaßen als Mandatar der deutschen National-Versammlung und faktisch derselben verantwortlich gegen Europa aufstehen, so mußte es mit seinen eigenen schwachen Kräften die Sache von Schleswig-Holstein verteidigen.

Auf diesem letzten Wege zu siegen, war aber ganz unmöglich, und so kam es nun, daß mit dem Monat Mai schon der Schwerpunkt der ganzen Zukunft dieser armen Herzogthümer in das Verhältniß fiel, in welches Preußen sich zur National-Versammlung zu stellen gedachte.

Nun wußte man um diese Zeit in den Haupt-Kabinetten von Europa, besonders aber in Petersburg, sehr wohl, daß die preussische Regierung keineswegs beabsichtigte, sich der National-Versammlung in irgend einer Weise zu unterwerfen.

Die einzige Furcht mithin, welche von einem äußersten Verfahren gegen Preußen und von einer gänzlichen diplomatischen Niederlage desselben hätte abhalten können, die Furcht, daß Preußen um der Sache eine entscheidende Wendung zu geben, irgendwie oder zu irgend einer Zeit sich der Einheit Deutschlands in die Arme werfen könne; war nicht vorhanden.

Man sah im Gegentheile mit richtiger Berechnung vor, daß Preußen lieber jede energische That der National-Versammlung hindern und brechen, als durch sie zum entscheidenden Siege zu gelangen, suchen werde.

Und in der That, wäre das Ende des letztern Wegs die Auflösung Preußens in das neue Deutschland, vielleicht in das republikanische gewesen.

Man sah daher die preussische Politik ohne alle Unruhe auf ihren einzigen wahren Allirten, die National-Versammlung, zurückgeworfen; man wußte, daß die Folge davon eine Spaltung zwischen Preußen und Deutschland seyn werde.

Was konnte man also Besseres auf der Seite der Reaktion hoffen? Auf dieser Grundlage ging Dänemark, von Rußland getragen, vorwärts; und in der Erkenntniß dieser Unfähigkeit des preussischen Kabinetts, das einzige Hilfsmittel zu ergreifen, war England in seinen Bestrebungen für Preußen lau geworden.

Wenn eine Sache verloren geht, so ist das Erkalten der tüchtigen Bundesgenossen das erste Anzeichen, und so konnte man schon mit Anfang des Monats Juni in Berlin nicht mehr entschieden auf England rechnen, weil England nichts Großes mehr von Preußen erwartete.

Dieses ist nun der Charakter des Zeitabschnittes, der hier dargestellt werden soll, da er allein im Stande ist, die einzelnen Vorgänge, die sonst fast unverständlich bleiben würden, hinlänglich zu erklären.

Kaum hatte Preußen in der Mitte des Monats Mai in England durch Bunsen seine Waffenstillstands-Vorschläge eingereicht, und England sich fast schon damit einverstanden erklärt, als sogleich Dänemark durch den Grafen Reventlow wesentlich verschiedene Vorschläge machen ließ.

Nach diesen sollte namentlich die schleswig-holsteinische Armee entlassen und in jedem Herzogthum eine provisorische Regierung, die schleswigische durch den König von Dänemark, die holsteinische durch den Bund eingesetzt werden.

Dieses sollte also so viel heißen, als die Herzogthümer zugleich trennen und sie mehrlos machen. Natürlich wies Preußen solche Vorschläge entschieden zurück;

allein Dänemark hatte indessen doch gezeigt, daß es sich keineswegs als geschlagen oder besiegt betrachte.

In Folge dessen zog sich Dänemark von den Verhandlungen in London fast gänzlich zurück, und hing nun an, sein eigenes System dem preussischen System gegenüber zu stellen.

Preußen hatte sich — wie schon gesagt worden — gegen Ende des Monats Mai aus Jütland zurückgezogen, und um die erste Bedingung der englischen Vermittlung zu erfüllen, stand es im Begriffe, das ganze Herzogthum Schleswig zu räumen. Dänemark dagegen that, als ob gar nichts vorgefallen wäre.

Unterstützt von den bestimmtesten Versprechungen Rußlands, und auf die Hilfe Schwedens rechnend, höhnte und verletzete es Preußen in Deutschland, auf alle nur mögliche Weise.

Wirklich merkwürdig, wie dieses geschehen konnte im Angesichte der Erhebung des ganzen mächtigen Deutschland.

Während das siegreiche Heer der Deutschen in raschen Märschen sich der Eider näherte, zogen die Reste der dänischen Armee hinter ihm her. Gleichsam zum Spotte setzte man am 27. Mai in Kopenhagen ein Preisengericht ein, und kondemnierte die ersten deutschen Schiffe.

Zu gleicher Zeit wurden am 28. und 29. Mai die deutschen Truppen, die gegen Alsen standen, von den Dänen mit großer Uebermacht angegriffen und mit einem Verlust von 210 Mann zurück gedrängt; ja die Dänen rückten in Hadersleben ein, besetzten den ganzen Norden Schlesiens, verhöhnnten die Preußen, verhafteten und mißhandelten die armen deutschen Einwohner von Hadersleben und Apenrade, und dieses Alles geschah im Angesichte einer Armee, die sie in einem Nu hätte erdrücken können; ja selbst Angesichts der englischen Bedingungen, die eine Räumung der beiden Herzogthümer vorschrieben.

Zu gleicher Zeit kam der Großfürst Konstantin in Stockholm an, wo er von dem Könige Oskar auf das Herzlichste begrüßt ward; und von da ging er nach Kopenhagen, wo ihn der Hof und das Volk mit einem unendlichen Jubel begrüßte.

Eine Abtheilung der russischen Flotte stach in die See, und Rußland versprach Dänemark im Falle finanzieller Verlegenheit, die Summe von zehn Millionen Rubeln als Vorschuß.

Jetzt blähte sich der dänische Hochmuth noch größer, da er glaubte, mit solchen Allirten ein leichtes Spiel zu haben.

Die Mißhandlungen der Deutschen mehrten sich, und der Zorn derselben wurde immer größer. Zugleich aber sank auch der Glaube an Preußens Willen und Macht. Es blieb jetzt nur eine Hoffnung übrig, und diese war auf Frankfurt gerichtet.

Die hart gedrückten deutschen Einwohner in Hadersleben und Apenrade beschloßen ein Aeußerstes zu thun und schickten, außer Stande, die dänische Herrschaft länger noch zu ertragen, eine Deputation nach Frankfurt, um hier sich Hilfe zu erbitten, während sich diesen Männern noch andere Deputationen der Herzogthümer angeschlossen.

Ja die Noth war so groß, und ebenso der Unwille der Herzogthümer, daß selbst die provisorische Regierung sich bewegt fühlte, und so eilte auch Bessel er gleichfalls nach dem Siege der deutschen National-Versammlung.

Hier nun vereinigten sich sofort die schleswig-holsteinischen Abgeordneten und gaben am 2. Juni bei dem Ausschusse für völkerrechtliche und internationale Verhältnisse einen Antrag ein, daß die National-Versammlung sich endlich entschieden der schleswig-holsteinischen Sache annehmen möge.

Der Ausschuß beschloß, bereits am 3. Juni bei der National-Versammlung demzufolge zu beantragen: »Die deutsche National-Versammlung erklärt, daß die schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört, und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemarks das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde.

Auch spricht die deutsche National-Versammlung die zuversichtliche Erwartung aus, daß in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundesstruppen nach dem Süden Schlesiens strategischen Gründen beizumessen sey, für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, sowie für die Sicherstellung des durch den erwähnten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa bloßgestellten nördlichen Schleswig schleunige und wirksame Sorge getroffen werde.«

Noch niemals hatte die Versammlung einen so halben, so lauen und nichtsagenden Antrag vernommen, und dennoch schien die Majorität nicht bloß bereit, ihn anzunehmen, sondern sogar jede Diskussion darüber abzuschneiden.

Und doch war es vollkommen klar, daß mit einem solchen Antrage nicht das Allermindeste gewonnen seyn werde.

Aber auch dieser Antrag kam nicht sogleich auf die Tagesordnung. Erst am 8. Juni wurde der Bericht darüber erstattet; und der Schluß dieses Berichtes lautete dahin, daß der Ausschuß sich nicht zu einer kategorischen Erklärung habe verstehen können, durch welche ganz Schleswig als untheilbar an Deutschland erhalten bleiben müßte.

Schleswig habe ein Recht auf die Verbindung mit Holstein, aber Deutschland habe kein Recht auf Schleswig als ein Bundesland. Am 9. Juni ward nun die Debatte trotz des Widerstrebens der Majorität eröffnet.

Heseler mit seiner advokatischen Gewandtheit war Berichterstatter gewesen. Dahmann sprach zuerst und sprach mit jener eigenthümlichen Doppelherzigkeit, die das Große für Deutschland über Alles liebt, aber die zugleich lieber das Große aufgibt, als daß sie der Gefahr sich aussetzt, ein kleines Unrecht zu begen.

Er erkannte an; das Gleichgewicht Europa's möge sich verrücken, aber wenn in der schleswig'schen Sache nicht geschehe, was Recht ist, so sey der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen.

Dieses hinderte ihn nicht, zu erklären, daß die Anträge des Ausschusses in dem Sinne alter deutscher Bescheidenheit gestellt seyen; und so empfahl er den Ausschusantrag, der wahrlich nicht im Stande war, das Haupt Deutschlands durch seine deutsche Bescheidenheit zu retten.

Was nützte es, die alte halbe Politik des Bundestags vom Jahre 1821 und 1822 zu erzählen, wenn man selbst wieder bei einer gleichen halben anlangte? Eine Reihe von Rednern, die nicht eben bestimmter und besser sprachen, folgte jetzt.

Keiner, aber kein einziger von allen diesen Männern wagte den wahren Sachverhalt darzulegen. Wie weit Andere auch nur von dem Verständniß desselben entfernt waren, zeigte der Antrag des ehrlichen Jakob Grimm, welcher sagte: »Die National-Versammlung beschließt, daß der Krieg gegen Dänemark so lange mit Energie zu führen sey, bis es Deutschlands Rechte anerkenne, und daß die deutsche Nation keine Einmischung fremder Nationen in ihrer Sache dulden werde.«

Waig mit seinem eigenthümlichen Hofmeisternden Vermittlungs-Charakter, fing damit an, Preußen zu rühmen, und die Linke, die wenig von den großen Dingen verstehe, erheblich zu tadeln; er schloß endlich mit dem Antrag, daß die deutsche National-Versammlung die schleswig'sche Sache als eine Angelegenheit deutscher Nation zu dem Bereiche ihrer Wirksamkeit gehörend, anerkenne, und daß energische Mittel zur Fortführung des Krieges ergriffen werden, nebst Wahrung der deutschen Ehre; zweitens, daß die Genehmigung des abzuschließenden Friedens der National-Versammlung vorbehalten werde.

Droysen zeichnete sich, wie immer, dadurch aus, daß er auch in dieser großen, sein näheres Vaterland doch so ernst berührenden Frage gar nicht das Wort ergriff.

Zuletzt sprach Heckscher, dann folgte die Abstimmung, und der Antrag des Ausschusses fiel. Hierauf wurde der Antrag von Waig in seinem ersten Theil angenommen; der zweite aber, der eigentlich allein definitive Bedeutung hätte, fiel durch.

Also hatte die deutsche National-Versammlung in einer Sache, in welcher Deutschland das Haupt abgeschlagen werden konnte, erklärt, daß sie auf die Genehmigung des über diese Hauptangelegenheit Deutschlands zu schließenden Friedens, verzichte.

War es von da an für einen englischen, russischen oder auch nur französischen Staatsmann möglich, noch das Geringste auf die Bedeutung der Versammlung zu geben?

Seit dieser Zeit war auch diese Versammlung in den Augen der Diplomatie abgeurtheilt.

Preußen dagegen sah nun, was es gewonnen habe; denn von jenem Tage an erst war es der wirkliche und alleinige Herr der schleswig-holsteinischen Frage.

Die National-Versammlung hatte bewiesen, daß man mit ihr machen könne, was man wolle; und es schien, als brauche man nicht mehr Kaiser von Deutsch-

land zu seyn, um mit ganz Deutschland befehlen zu können.

Preußen, von da an unbeirrt durch die öffentliche Meinung, ging seinen Weg. Trotz des lauten Rufes der armen bedrängten Herzogthümer, trotz des wachsenden Unmuths der deutschen Völker blieb es ruhig im Süden Schlesiens stehen, ertrug es die Blokade, ließ seine Schiffe kondemniren und verhandelte hoffnungslos in London.

Indessen war man aber in Dänemark nicht müßig gewesen. Die Könige von Dänemark und Schweden hatten sich gegenseitige Besuche gemacht, und in Malmoe gleichsam eine Gegenkonferenz gegen die Londoner Verhandlung, in der sich Preußen am meisten geschützt glaubte, aufgestellt.

Rußland unterstützte diese Konferenz mit aller Kraft, und England, um ihr entgegen zu wirken, erwartete, daß Preußen das Seinige thun werde, um der erbetenen englischen Vermittlung Nachdruck zu geben. Aber Preußen that nichts.

Wenig bedeutete es, daß der General Halkett am 5. Juni unter dem Vorgeben, den Geburtstag des Königs von Hannover feiern zu wollen, die Dänen im Sundewitt angriff, und ihnen ein blutiges Treffen lieferte, in welchem durchaus nichts entschieden ward; eben so wenig, daß der kühne Partheigänger von der Lann am 7. Juni mit 300 Mann über 1200 Dänen bei Hoppstrup schlug und ihnen 2 Kanonen abnahm.

Die preussische Regierung erklärte dagegen schon am 13. Juni, daß sie keine Freiwilligen mehr annehmen wolle, und General Wrangel stand unbeweglich bei Flensburg.

Statt aller energischen Thaten, welche doch am Ende auch von der National-Versammlung gewünscht worden waren, kreuzten sich die Kuriere mit resultatlosen Vorschlägen, und der Norden der Herzogthümer litt furchtbar unter der dänischen Besetzung.

Unter diesen Umständen war es kein Wunder, daß der dänischen Diplomatie der Muth stieg, ja man fing an, Preußen fast ganz zu vernachlässigen, und verhandelte auch nicht mehr in London.

Auf der Kopenhager Albede lagen Kriegsschiffe aus Rußland, Schweden und Norwegen neben den dänischen Schiffen, und die Verurtheilungen der deutschen Schiffe gingen fort; ebenso war an eine Räumung von Alsen gar nicht gedacht worden.

In dieser Zeit war es, wo der Großfürst Konstantin von Kopenhagen aus die Blokade-Schiffe an der schleswig-holsteinischen Küste persönlich besuchte, und vor dem Kieler Hafen, auf der dort wachhaltenden Korvette angekommen, den Plan faßte, sich Kiels mit seinen eigenen Kriegsschiffen rasch zu bemächtigen.

Jetzt wurde aber England seinerseits unwillig, und fing an, sein ganzes Gewicht in die Waagschale zu legen.

Der englische Gesandte erklärte dem russischen Prinzen, daß jede Verührung des schleswig-holsteinischen Gebiets unbedingt ein casus belli seyn werde. England erklärte ferner in Kopenhagen, daß die Räumung Schlesiens einmal von England gefordert, unbedingt von ihm aufrecht gehalten werde.

In Berlin aber veranlaßte es Preußen, sofort mit den deutschen Truppen die Dänen aus Schleswig zu treiben, und zu gleicher Zeit in Malmoe den dort versammelten Mächten, namentlich Schweden, die einmal von England aufgestellten Vorschläge als die einzigen vorzulegen, welchen England seine Zustimmung geben könne.

Damit änderte sich die Lage der Sachen und der Kampf um Schleswig-Holstein nahm mehr und mehr seinen eigentlichen Charakter, nämlich den Charakter des Gegenfazes zwischen England und Rußland an.

Aber schon hier war Rußland nicht glücklich, denn auf Englands Veranlassung gab nunmehr, gegen Ende des Monats Juni, Preußen dem General Wrangel den Befehl, sofort vorzurücken, und das Herzogthum Schleswig von dänischen Truppen zu säubern.

Diesmal wurden die schleswig-holsteinischen Truppen vorangeschickt, da sie sich schon mehrmals beklagt hatten, daß man sie in ihrer eigenen Sache nicht verwenden wolle.

Am 29. Juni trafen sie nun auf die Dänen bei Hadersleben, und schlugen sie nach einem hitzigen Gefecht, worauf die Dänen in der Nacht in größter Eile Hadersleben räumten, und sich hinter die jütische Grenze zurückzogen.

So war nun das Erste geschehen. Zugleich schickte Preußen ten Legationsrath Pourtalés nach Malmoe mit sehr bestimmten Noten an den König von Schweden.

Schweden hatte bereits im Anfange des Monats Juni 4500 Mann nach Fünen hinübergesetzt, und bei Malmoe ein Lager von 45,000 Mann gesammelt, denn es war Grund genug zur Unruhe vorhanden. Allein die Stimmung blieb doch sehr getheilt über die ganze Expedition.

Die Jugend war dafür, weil sie in ihr die erste Verwirklichung der Idee einer skandinavischen Union sah. Bürger und Bauer erklärten sich entschieden dagegen, weil sie ohne Nutzen für Schweden, neue bedeutende Ausgaben für das arme Land darin berechneten; und auch die gebildete Klasse erkannte in dieser Theilnahme an dem Streite Dänemarks, mehr ein Uebersehen gegen das so viel gefürchtete Rußland, als eine eigene und selbstständige Politik.

Das schwedische Kabinet hätte daher, wenn es sich der nunmehr sehr energisch auftretenden Vermittlung hätte entziehen und damit einem Kriege gegen England aussetzen wollen, keineswegs die Unterstützung seines ganzen Volks gefunden.

Und so war es leicht erklärlich, daß Graf Pourtalés vom Könige von Schweden sehr freundschaftlich aufgenommen ward, und daß die neuen Vorschläge auch sogleich Gehör fanden.

Diese Vorschläge blieben im Wesentlichen die alten, schon früher gemachten; nämlich Räumung der Herzogthümer, Einsetzung einer gemeinschaftlichen Regierung und Besetzung Schleswigs von deutschen Truppen.

Auf solcher Grundlage entstand nun der erste Entwurf zu einem Waffenstillstande am 2. Juli in Malmoe. Mit den von Schweden und dem gemäß auch

von Dänemark im Wesentlichen angenommenen Bedingungen ging Graf Pourtalés von Malmoe ab, und überbrachte am 8. Juli dieselben dem General Wrangel mit dem Auftrage, auf dieser Grundlage einen Waffenstillstand zu unterhandeln.

Es war dieses dem General wohl keineswegs recht, indessen mußte er doch gehorchen, und so wurden die Konferenzen von Bellevue bei Kolding eröffnet.

Auf diese Weise unterhandelte man jetzt auf drei Seiten zugleich, nämlich in London, in Malmoe und Bellevue. Schon damals breitete sich eine ungeheure Verwirrung über den Gang der Dinge aus, die aber später noch ärger werden sollte.

Die Verhandlungen von Bellevue waren am 15. Juli eröffnet worden. Nach einer Anfangs sehr günstig erscheinenden Einleitung trat jetzt aber Graf Pourtalés mit bestimmten Forderungen hervor, nach welchen namentlich Dänemark die Verordnungen der provisorischen Regierung anerkennen sollte.

Darauf wollte sich im Anfang der dänische Abgeordnete, der Kammerherr Needy, durchaus nicht einlassen; indessen gelang es aber doch neben dem Entwurfe vom 2. Juli, einen zweiten Entwurf vom 19. Juli aufzustellen, mit welchem dann der dänische Abgesandte nach Kopenhagen zurückkehrte.

Indessen war aber der deutsche Reichs-Verweser eingesetzt worden; und jetzt erklärte plötzlich Preußen: »Daß das Mandat, welches es vom Bundestage erhalten hätte, in dieser Angelegenheit die Sache Deutschlands zu führen, nunmehr auf den Reichs-Verweser zurückgehe, und daß die königliche Regierung es demnach für ihre Pflicht halte, den Oberbefehlshaber zu beauftragen, den Waffenstillstand nur unter Vorbehalt Sr. kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Johann von Oesterreich abzuschließen.«

Diese Forderung Preußens mochte auf den ersten Blick eine rein formelle seyn; in der That aber war sie von hoher Bedeutung.

Nicht allein, daß Deutschland dadurch als selbstständige Macht in die Diplomatie hineintrat, hauptsächlich mußte es aber Bedenken wachen, daß sich der Reichs-Verweser unter dem Einflusse der National-Versammlung befand, und daß in dieser eine starke Kriegs-Partei bestand, welche noch immer im Stande war, im entschiedenen Augenblicke die deutsche Macht zu einem europäischen Kriege aufzubieten.

Jene Forderung machte daher sogleich in der ganzen europäischen Diplomatie einen heftigen Sturm gegen Preußen; ja Einige gingen so weit, zu fürchten, daß Preußen beabsichtige, sich der deutschen Einheit in die Arme zu werfen, und Niemand zweifelte daran, daß wenn dieses geschehe, die Gestalt von Europa sich ändern müsse.

Dänemark zuerst erklärte daher, daß es, da namentlich durch den Vorbehalt einer spätern Modifikation durch den Reichs-Verweser die Sache auf ein ganz neues Terrain geführt werde, sich nicht darauf einlassen könne, auf dieses Terrain, auf welchem Alles wieder ungewiß werde, einzugehen.

Ja, als nun der Waffenstillstand von Bellevue, an dem doch der General Wrangel Theil genom-

men hatte, demselben zur Unterzeichnung vorgelegt ward, und als Wrangel in Folge seiner Instruktionen sich plötzlich weigerte, die Unterzeichnung ohne Genehmigung des Reichs-Verweisers vorzunehmen, und seine Qualität als Reichs-General vorschob, da nahmen die Dinge eine ernstere Wendung.

Schweden instruirte seinen Gesandten in Berlin am 23. Juli dahin, daß es in Beziehung auf diese Ratifikation ganz die Ansichten Dänemarks theile; daß man mit Preußen allein unterhandelt habe, daß Preußen allein auch die schwedische Vermittlung angeboten sey, und daß daher mit Preußen allein der Waffenstillstand abgeschlossen werden könne. Selbst Frankreich, welches sich bisher wenig betheiligt hatte, zeigte sich jetzt zu Gunsten Dänemarks geneigt.

Aber, was wichtiger war, als Alles dieses, war, daß das englische Kabinet seine Unzufriedenheit über dieses Verfahren Preußens ganz offen aussprach, und Palmerston ließ in Berlin sehr kategorisch erklären, daß England die ernste Hoffnung habe, daß die preussische Regierung sich im Stande finden werde, diese Angelegenheit schleunig und in befriedigender Art zu Ende zu bringen; denn im entgegengesetzten Falle werde die britische Regierung sich genöthigt sehen, sich gänzlich von jeder weiteren Betheiligung der Unterhandlungen zurückzuziehen, in welchen fortwährend so viele Schwierigkeiten von der einen Seite hervorgerufen werden, während von der andern Seite so viel versöhnlicher Geist, wenigstens in der letztern Zeit gezeigt worden ist.

Nun war es hohe Zeit für Preußen, seinerseits einzulenken. Sofort nach dem Empfang dieser Depesche und nach ähnlichen Aeußerungen gegen die preussische Gesandtschaft in London ward der General von Below beauftragt, nach Wien abzugehen, um das Einzige zu erreichen, was jetzt noch erreicht werden konnte; nämlich die Vollmacht des Reichs-Verweisers zum Abschlusse des Waffenstillstandes.

Der Reichsverweiser Erzherzog Johann gab Preußens inständigem Bitten nach, und die Vollmacht wurde am 7. August ausgestellt, jedoch unter dem Zusatze, daß namentlich die Geseze und Verordnungen der provisorischen Regierung während des Waffenstillstandes in Kraft erhalten werden sollten.

Zugleich aber beabsichtigte die neue Centralgewalt keineswegs, Preußen dieses wichtige Geschäft allein zu überlassen, und es wurde vielmehr der Reichs-Minister Seckischer beordert, die Ausführung des Waffenstillstandes seinerseits mit zu betreiben, und zugleich der Unterstaats-Sekretär des Reichs Ministers von Gager n, nach Malmoë abgeschickt, um dort den Waffenstillstand im Namen des Reichs mit zu verhandeln.

Jetzt erst war für diesen so viel gesuchten Waffenstillstand der Weg endlich gebahnt; und der letzte Abschnitt dieser wunderbar verwirrten Verhandlung nimmt seinen Anfang.

Während des Kriegslärms und der Friedens-Verhandlungen waren die Herzogthümer unter der

provisorischen Regierung ganz in ihrer alten Lage verblieben.

Die provisorische Regierung war im Monat Juni eben so weit von jeder energischen Maßregel entfernt, als im Monat April, und es ist schwer zu sagen, wie weit dieses gegangen wäre, wenn nicht nach dem Resultate der letzten Stände-Versammlung doch endlich eine konstituierende Versammlung hätte zu Stande gebracht werden müssen.

Nach einem langen Warten erschien das Dekret, welches die alten Stände am 14. Juni nach Rendsburg berief, um hier die politische Zukunft des Landes zu entscheiden.

Indessen hatte sich aber die allgemeine Stimmung schon wesentlich geändert; denn der erste Zaumel der Begeisterung war verschwunden.

Man hatte in den Dänen einen zwar nicht mächtigen, aber doch kühnen und beharrlichen Feind erkannt, und hatte dagegen die Wehrlosigkeit des eigenen Landes eingesehen; ja man hatte sogar endlich eine dunkle Ahnung vor den großen Kräften, welche sich um das Schicksal Schleswig-Holsteins in Bewegung setzten, und fühlte dabei, daß man in dieser Beziehung Preußen gänzlich in die Hände gegeben sey.

Man wagte also nicht recht, sich energisch mit der äußern Politik zu beschäftigen; ja man war selbst bei der provisorischen Regierung nicht einmal unterrichtet von den Absichten und den Vorkehrungen Preußens, und stand daher fast ganz außerhalb aller Diplomatie.

Daneben war der Glaube an die Macht und den guten Willen der National-Versammlung in Frankfurt ganz bedeutend gesunken, denn der richtige und kühle Takt des Nordländers sagte Allen, daß eine Versammlung, die im entscheidenden Augenblicke die Entscheidung nicht zu treffen gewagt hatte, für die künftigen Verhältnisse keine Versammlung von großer Bedeutung seyn werde.

Im Lande selbst aber fing die Reaktion zu erwachen an. Man lehrte die, noch in politischen Dingen sehr ungebildeten Bauern die Republik und den Kommunismus gleichstellen und fürchten, jede kräftige Bewegung mit großen Bedenken betrachten und auf die Beamten in jeder Weise bauen.

Endlich aber waren die bedeutensten und geschicktesten Männer des öffentlichen Lebens in amtlichen Dienstleistungen meistens außerhalb des Landes gekommen.

Auf diese Weise ließ sich nun mit Bestimmtheit vorhersehen, daß die Herzogthümer selbst durch eigene Thätigkeit kaum im Stande seyn würden, irgend ein Gewicht in die Waagschale zu legen.

Unter diesen Umständen traten nun die alten Stände am 14. Juni in Rendsburg zusammen, wo die erste Vorlage der Regierung das Wahlgesetz für die konstituierende Landes-Versammlung war.

Dieses Wahlgesetz hielt sich allerdings auf der breitesten Grundlage, und erkannte das allgemeine Stimmrecht in seiner ganzen Ausdehnung.

Die Stimmung der alten Stände war gänzlich dagegen; voraussichtlich konnte nur der Druck der

öffentlichen Meinung ein solches Gesetz zur Annahme bringen.

Zunächst war indessen ein Ausschuss darüber niedergesetzt worden; dann versuchte man leise und vorsichtig an den innern Verhältnissen weiter zu kommen.

Bis jetzt hatte die provisorische Regierung ohne alle Verantwortlichkeit fortbestanden, und die Angelegenheiten des Landes hatten eben keinen großen Nutzen davon gehabt.

Ein verständiges Mitglied der Rechten, nämlich der als landwirthschaftlicher Schriftsteller bekannte Hirschfeld brachte daher einen Antrag ein, um die Einsetzung verantwortlicher Minister zu bestimmen.

Nichts in der That war natürlicher und einfacher, und es ist kaum zu begreifen, daß über einen solchen Vorschlag noch Zweifel bestehen konnten; und dennoch wurde der Vorschlag des Hirschfeld mit der großen Stimmenmehrheit verworfen. Die Herzogthümer blieben ohne Ministerium, und die Regierung blieb ohne Verantwortlichkeit.

Nicht besser ging es einem unter den damaligen Verhältnissen wahrlich nicht weniger motivirten Vorschlage von dem Friederici, welcher darin bestand: man möge ein diplomatisches Comité aus den Ständen wählen, damit das Land doch einigermaßen von dem Gange der Verhandlungen unterrichtet werde, und das Volk nicht absolut außerhalb seiner eigenen Angelegenheiten stehe.

Es wurde aber auf diese, unter den damaligen Verhältnissen gewiß sehr einfache Forderung geantwortet, daß die Regierung unbedingtes Vertrauen besitze, daß sie es auch verdiene, da dieses unbedingte Vertrauen die erste Grundlage aller Ruhe und Ordnung im Lande sey, und so verwarf die Landes-Versammlung auch diesen ganz einfach gestellten Antrag.

Es änderte also wenig, daß im Lande ein Mißbehagen über diese Art, eine konstitutionelle Regierung einzuleiten, entstand; denn man wußte nur zu gut, daß doch Niemand da sey, der dem Mißbehagen einen rechten Ausdruck geben werde.

Der deutschen Parthei waren durch die Hinweisung auf Frankfurt die Hände gebunden, der demokratischen Parthei durch die Hinweisung auf Olshausen's Mitgliedschaft in der Regierung, den einsichtsvollern Politikern durch die Betrachtung der Wehr- und Machtlosigkeit der Herzogthümer.

Doch ging die Regierungs-Vorlage wegen Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht durch, und das betreffende Gesetz, im hohen Grade der Lage der Dinge angemessen, wurde schon am 8. Juli öffentlich bekannt gemacht. Es war die Grundlage der Geschichte des folgenden Jahres, welche den Herzogthümern, wenn auch kein Glück, so doch Ruhm genug brachte.

Die Verhandlungen über das Wahlgesetz nahmen am 30. Juni ihren Anfang, wobei sich die Reaktion alle Mühe gab, die Sache zu erschweren. Die Schlußberatung darüber fand am 7. Juli statt, und es wurde auf Reventlows-Farve's Vorschlag angenommen, daß die alten Stände bis zur Berufung der neuen Stände bestehen bleiben sollten.

Dann ward die Regierungs-Vorlage angenommen, und der Census verworfen, wesentlich in den Anbetracht, daß die zu berufende Versammlung nur für die Konstituierung thätig seyn solle, und dieses Gesetz kam sodann am 13. Juli zur öffentlichen Bekanntmachung.

Hierauf trat man in Berathung über die Finanzen, wobei man eine neue Einkommensteuer unter gleichzeitiger Herausgabe von Kassascheinen beschloß.

Endlich wurde, nachdem die Wahl des Reichs-Verweisers angezeigt, und eine Adresse an denselben beschlossen worden war, noch über die Lage der Verhandlungen, jedoch ohne bestimmtes Ziel gesprochen.

Die Regierung zeigte dabei, daß sie sehr wenig unterrichtet war. Sie habe, erklärte sie, nur Nachricht von einer Waffenruhe, und wisse, daß man über den Waffenstillstand verhandle.

Die Versammlung antwortete darauf, nachdem sie für diese Erklärung einen Dank votirte. So schloß nun die Versammlung, deren Resultat das Wahlgesetz, das Gesetz über allgemeine Wehrpflicht und das Steuergesetz war.

Die Versammlung hatte aber nicht bewiesen, daß sie auf der Höhe der Frage stehe, sondern ging auseinander, um der neuern, aus allgemeiner Wahl gebildeten Versammlung Platz zu machen.

So standen jetzt die Sachen im Anfange des August-Monats. Der Waffenstillstand war im Wesentlichen fertig; jedoch hatte seine Durchführung ernsthafte Schwierigkeiten.

Es wird wohl Niemand geben, der den Malmöer-Waffenstillstand einfach als einen militärischen Abschnitt in dem ersten Kriege des vereinigten Deutschlands betrachtet; sondern für jeden, der die Entwicklung der neuern Zeit einigermaßen kennt, wird er mit Recht gelten als der Wendepunkt des Schicksals der Herzogthümer und Deutschlands, als der entscheidende Punkt für die Stellung, welche Preußen dem neuen Deutschland gegenüber eingenommen hat.

Dieser Waffenstillstand ist daher das zweite große europäische Ereigniß des Jahres 1848 dessen Bedeutung weit über die Grenzen der Länder hinausging, die es zunächst umfaßte.

Wie die französische Revolution im Monat Februar plötzlich das ganze System des europäischen Gesammtlebens aufs tiefste erschütterte hatte, so stellte dieser Waffenstillstand jenes System fast ganz wieder her.

Er vernichtete gänzlich die junge Macht Deutschlands, die Hoffnung derselben auf ein Gewicht in der Diplomatie, die Zukunft seiner Flotte, die innere bisher noch scheinbar aufrecht gehaltene Harmonie zwischen der National-Versammlung und dem preussischen Kabinet.

Eine Friedens-Erklärung nach Außen, war dieser Waffenstillstand nach innen der erste Kriegsruf für den Kampf der Elemente, die ein einiges und junges Deutschland, mit denjenigen, welche die Herstellung des alten Deutschland wollten.

Auch zeigte der Waffenstillstand endlich dem blödesten Menschen, daß das Schicksal der Herzogthümer unabänderlich mit dem von Deutschland verbunden sey.

Es ist bereits schon gesagt worden, wie der General Wrangel durch sein Schreiben vom 24. Juli dem dänischen General Hedemann die Erklärung gab, daß die Feindseligkeiten wieder ihren Anfang nehmen würden, da Dänemark die Forderung der Ratifikation des Waffenstillstandes von Bellevue (bei Kolbing) vom 19. Juli durch den Reichs-Verweser unter keiner Bedingung hatte anerkennen wollen, und wie der diplomatische Sturm, der sich darauf erhob, Preußen zwang, um nicht ganz und gar isolirt zu werden, in aller Weise nachzugeben, und besonders eine Vollmacht vom Reichs-Verweser zum Abschluß des Waffenstillstandes einzuholen.

In dieser Vollmacht waren nun freilich einzelne Punkte aufgestellt, welche nach dem Ermessen des Reichs-Ministers der preussische Minister nicht überschreiten sollte; namentlich die Voraussetzung, daß die neue schleswig-holsteinische Regierung in der Art gebildet werde, daß die Personen den Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung nicht gefährden; dann, daß unter den im Artikel VII. des Entwurfs erwähnten, in den Herzogthümern bestehenden Gesetzen und Verordnungen ausdrücklich alle bis zum Abschluß des Waffenstillstandes daselbst erlassenen Verordnungen einbegriffen seyen; endlich daß die in den Herzogthümern verbleibenden Truppen sämtlich unter den Befehlen des deutschen Ober-Kommandos bleiben sollen.

Mit dieser Vollmacht ging der preussische Gesandte, der General Below am 12. August von Berlin nach Malmoe ab; aber die Stellung desselben war hier eine ungemein schwierige.

Die bisher befreundeten Mächte waren gegen Preußen verstimmt, und Preußen fühlte dieses deutlich genug. In den Unterhandlungen, — schrieb Camphausen an Heckscher am 2. September, — ist es auf das Deutlichste hervorgetreten, welchen Einfluß die neulichst geschehene Einmischung Frankreichs und dessen für Dänemark günstige Erklärungen gehabt haben, auch wie England keineswegs mehr die frühere neutrale Stellung gegen Deutschland zu behaupten sucht, sondern sich entschieden auf Seiten Dänemarks neigt.

Von Seiten Rußlands hatte Dänemark bei den Wiederausbruch der Feindseligkeiten die bestimmte Aussicht auf aktive Unterstützung, und Schweden war zu einer gleichen Handlungsweise, durch bestimmte, Dänemark gegenüber, übernommene Verpflichtungen genöthigt.

Preußen war also isolirt. Es hatte sich dabei zwar an Deutschland angelehnt, aber es blieb bei Allem dem kein Zweifel, daß es niemals das Aeußerste versuchen werde, um so weniger, als die National-Versammlung selbst keineswegs mit dem erforderlichen Takte verfuhr.

Somit blieb nur Eines übrig, nämlich Preußen mußte nachgeben, ja nachgeben um jeden Preis; und dieses wußte man eben so gut in Kopenhagen, so wie in Frankfurt. und so richtete man auch an beiden Orten sein Verkehren darnach ein.

Das Erste, was Dänemark in dieser Lage zu erreichen wußte, war die gänzliche Abweisung in jeder Beziehung auf die neue deutsche Centralgewalt.

Statt des Namens dieser Centralgewalt mußte Preußen sich dazu verstehen, im Eingange zum Waffenstillstande zu erklären, daß es im Namen des deutschen Bundes denselben eingehe.

Von einer Ratifikation durch den Reichs-Verweser und die National-Versammlung war gar keine Rede. Dieses war um so empfindlicher, als noch 14 Tage früher wegen der Anerkennung dieser Ratifikation, Preußen die Unterhandlungen abgebrochen und den Krieg wieder aufgenommen hatte.

Dann mußte sich Preußen verstehen, die Insel Alsen ungeachtet ihrer unermesslichen Wichtigkeit den Dänen zu überlassen; ja es mußte ferner einen siebenmonatlichen Waffenstillstand statt eines dreimonatlichen Waffenstillstandes annehmen, und mußte in die Trennung der schleswig'schen von den holsteinischen Truppen willigen, dann den Ausdruck deutscher Ober-Befehlshaber mit dem des Ober-Befehlhabers der deutschen Bundes-Armee vertauschen.

Endlich aber mußte es sogar zugeben, daß alle und jede seit dem 17. März für die Herzogthümer erlassenen Verordnungen, Gesetze und Verwaltungs-Maßregeln im Augenblicke des Amts-Antritts der neuen Regierung aufgehoben werden sollen; nur daß die Letztere das Recht haben sollte, die für den Geschäftsgang nothwendigen und unerläßlichen Gesetze wieder in Kraft treten zu lassen.

Die Annahme dieser Bedingungen involvirte oder verwickelte allerdings eine vollständige diplomatische Niederlage; zwar wurde dagegen geltend gemacht, daß doch eine gemeinsame Regierung eingesetzt, und damit die Einheit der Herzogthümer aufrecht gehalten worden sey; allein mit jenen Bedingungen war doch diese Regierung nur ein reines Schattenbild.

Was blieb aber indessen für Preußen übrig? Nachdem es sich einmal in die Lage versetzt hatte, nicht durch diesen Gebrauch in den Strudel einer unabherrschbaren Umwälzung hineingezogen zu werden, stand es allein dem übrigen Europa gegenüber, welches an die Bildung des neuen Deutschland schon damals nicht recht mehr glaubte, wie England, oder das sie haßte, wie Rußland und Frankreich.

Man wußte in Malmoe sehr wohl, daß man durch diesen Waffenstillstand im Grunde noch weit mehr Deutschland treffe als Preußen; doch gerade dieses war es, was man wollte.

Preußen seinerseits fühlte vollkommen, daß es durch sein Verfahren mit der deutschen National-Versammlung breche. Es gab zwar eine Parthei in Berlin, welche dieses eben wünschte, es gab aber auch eine andere, welche dieses bedauerte; es gab aber keine,

welche dieses auf die Gefahr der staatlichen Vernichtung Preußens hin hätte vermeiden wollen.

Also gab Preußen nach, und das kleine Dänemark that, als ob es allein den Sieg über eine europäische Großmacht davon getragen hätte.

Während in dieser Weise Preußen mit äußerster Nachgiebigkeit verhandelte, verkannte man in Frankfurt keineswegs das Bedenkliche der Lage, in welche die Centralgewalt gekommen war.

Wenn Preußen nach seiner Vollmacht handeln wollte, so war voraussichtlich jeder Versuch, den Waffenstillstand zu erreichen, vergeblich; würde aber Preußen brechen, um den Waffenstillstand zu erreichen, jene Vollmacht, so hatte es sich damit der Sache nach von der Centralgewalt losgesagt, und im Angesichte der ganzen europäischen Diplomatie die Erklärung abgegeben, daß es durchaus nicht von der Centralgewalt abhängig sey, daß es diese vielmehr als eine halbe Nebensache betrachte, und vielmehr den alten deutschen Bund, obwohl der Bundestag aufgehoben war, im Gegensatz zu der National-Versammlung noch ganz in seinem alten Rechte anerkenne.

Das Nachgeben Preußens war daher in der That ein völliges Aufgeben der Centralgewalt in allen den Fällen, in welchen das Sonderinteresse Preußens mit dem Interesse des ganzen Deutschland in Gegensatz kam; es war eine sehr verständliche Kriegserklärung gegen das Prinzip der Souveränität des Volks, und zugleich eine vollständige Niederlage der Centralgewalt, zu ihrer Vernichtung in den Augen der Diplomatie; was man auch in Frankfurt sehr wohl begriff.

Allerdings konnte man nun sehr verschiedener Meinung seyn über den Ausfall und sogar über die Möglichkeit eines energischen Auftretens der Centralgewalt, dem preussischen Verfahren gegenüber; man konnte glauben, daß in dieser Beziehung jeder Versuch, das preussische Kabinet dem Willen des Frankfurter zu unterwerfen, scheitern müsse; aber in keinem Falle durfte man sich von Seiten des Reichsministeriums zu so kleinlichen Maßregeln herbeilassen, wie die, welche man auf den Grund jener Befürchtung hin vornahm.

Statt das Allerwenigste zu thun, was von Seiten des Reichsministeriums hätte geschehen können und müssen; statt eine ganz unzweifelhafte Erklärung über den Willen der Centralgewalt und einen definitiven Protest gegen jede Ueberschreitung der einmal gegebenen Vollmacht zu erlassen, der wenigstens die Würde der Centralgewalt gewahrt, und doch Preußen den Abschluß eines Separatfriedens nicht unmöglich gemacht hätte; griff das Reichsministerium zu Mitteln, deren Kleinlichkeit und gänzliche Nutzlosigkeit nicht einmal durch die gänzliche Entfremdung aller staatsmännischen Praxis bei dem Minister des Auswärtigen, dem man als frühern Hamburger Advokaten doch einen gesunden Menschen-Verstand zutrauen durfte, begreiflich gemacht und entschuldigt wurden.

Hecksher, der sich in dieser Angelegenheit eine traurige Verühmtheit verschaffte, wollte Anfangs selbst nach Malmoe reisen; dann aber schickte er, wie schon gesagt worden ist, den Unterstaats-Sekretär Minister von Gager n ab mit Instruktionen, welche dahin laute-

ten, sich mit dem preussischen Kabinet in's Einvernehmen zu setzen, die Innehaltung der oben angeregten drei Punkte in der Vollmacht an Preußen zu beachten, und besonders die Personen für die neue Regierung mit zu bezeichnen.

Gager n kam über Berlin am 13. August in Rendsburg an, während Below schon am 12. August in Malmoe war.

Er wollte dann selbst nach Malmoe gehen; aber man erklärte ihm vertraulich nur zu bestimmt, daß seine Gegenwart höchst ungerne gesehen und vielleicht zu sehr großen Unzuträglichkeiten führen werde, so daß er eigenhändig an Hecksher schrieb, wie er verhindert sey, nach Malmoe zu gehen, und wie jedenfalls die Würde der Centralgewalt es verlange, daß ihr Vertreter nicht als ein heimlich hinter den Coullissen stehender Agent erscheine; und so blieb also Gager n in Rendsburg.

Von der Reichsgewalt erhielt er aber keine bestimmten Instruktionen; ja beinahe war es lächerlich, daß Hecksher ihm zum Vorwurf machte, nicht nach Malmoe gegangen zu seyn, während Gager n durchaus nicht wußte, was er dort thun sollte.

Um indessen nicht müßig zu bleiben, betrieb die Reichsgewalt doch Eines, was gerade ihre Politik und ihre Macht unter allen Dingen am meisten herabsetzen mußte.

Nachdem man sich nämlich vollständig auch durch die Berichte des Gager n überzeugt hatte, daß Preußen um jeden Preis einen Waffenstillstand schließen werde, und daß alsdann der Reichsgewalt, wenn sie durch Nichtachtung der Vollmacht, die sie gegeben hatte, nicht gänzlich mit Füßen getreten bleiben wolle, nichts Anderes übrig bleibe, als sich an die Herzogthümer zu wenden, und mit ihnen nöthigen Falls den Krieg weiter zu führen; aber was that man? — Man gebrauchte den ganzen Einfluß der Centralgewalt und die ganze Thätigkeit des ehrlichen Gager n dazu, die Vertagung der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung zu bewirken, die allein noch eine Befürchtung rücksichtlich der Nichtannahme des Waffenstillstandes darbot.

So hatte die Reichsgewalt neben dem Mangel an Macht und an Einfluß zugleich ihren äußersten Mangel an der einfachsten Klugheit berührt, und jetzt konnte Preußen allen weitem Schritten derselben mit großer Ruhe entgegen sehen.

Es führte natürlich nunmehr zu gar nichts, daß sich Gager n mit Below in eine Korrespondenz setzte, und dann und wann Nachrichten erhielt, die ihn doch im Unklaren ließen.

Es nuzte nichts, daß der ehrliche Gager n Briefe über Briefe an den Minister Hecksher schrieb, voll von Befürchtungen über den preussischen Frieden.

Gager n, da er nicht nach Malmoe gehen konnte, reiste von Rendsburg zu Wrangel in das Hauptquartier, und berichtete von da aus, daß General Wrangel sich zwar in seiner Eigenschaft als deutscher Oberfeldherr in jeder Beziehung befriedigend aussprach, jedoch konnte er sich in keinem Augenblick darüber täuschen, daß er den dänischen Krieg für Preu-

ßen wenigstens als beendet ansehe, und den Waffenstillstand als bereits abgeschlossen annehme.

Umsonst wiederholte er am 22. August die Worte: »Bezeichnend für die Stimmung Preußens ist, daß ein so angenehmer Staatsmann wie Graf Armin in seiner Flugschrift vom neuesten Datum einen Separatfrieden Preußens mit Dänemark eventuell vortheidigt.

Ich kann nicht glauben, daß die preußische Regierung die Konflikte nicht voraussehen sollte, welche zwischen einer neuen, im Namen Dänemarks eingesetzten Regierung und den gesetzlichen Organen der Herzogthümer aber auch zwischen Dänemark und der Centralgewalt nothwendig bevorstehen, sie scheint sich aber nur aus ihrer augenblicklichen Verlegenheit befreien zu wollen.«

Aber im Reichsrathe wußte man von gar nichts. Preußen hatte seine guten Gründe, den Gang der Verhandlungen durchaus geheim zu halten, und der gute Gager n und mit ihm manche Andere lebten in dem naiven Glauben, daß die Reichsgewalt doch endlich einmal es darauf ankommen lassen werde, in irgend einen Konflikt zu kommen! Erfuhr doch die Reichsgewalt nicht einmal den Abschluß des Waffenstillstandes vor dem 2. September.

So war nun diese halbe Maßregel der Sendung des Gager n nach Rendsburg, nachdem sie die Reichsgewalt an dem Hauptorte unvertreten ließ und dazu noch jede selbstständige Bewegung der Herzogthümer, der einzigen wahren Verbündeten derselben mit ihrer ganzen Macht unterdrückte, ein klägliches Schauspiel, das endlich die Mißachtung der National-Versammlung nach Außen hin vollendete.

Nur so kann man es sich erklären, wie später der Untergang dieser National-Versammlung auf die schleswig-holsteinische Frage nicht den geringsten Einfluß ausübte.

Sie war sammt der Centralgewalt für die Herzogthümer thatsächlich schon im August 1848 gänzlich vernichtet, ja vernichtet durch ihre eigene Schuld.

Unter diesen Umständen, bei solcher Disposition Preußens, erwies sich die Vorstellung eines Waffenstillstandes als eine leichte Sache, nachdem das Hauptbedenken, die Centralgewalt nämlich, beseitigt war.

Der Waffenstillstand war auf Grundlage der Artikel von Bellevue abgeschlossen worden, und ging wesentlich dahin, daß Allen von den Dänen, und ein Theil Holsteins von den Truppen in besondere Cadres eingereicht werden, daß eine gemeinsame Regierung für die Herzogthümer theils von Dänemark, theils von Preußen aus Eingebornen errichtet, daß aber alle Gesetze, die seit dem 17. März erlassen worden, aufgehoben werden sollen.

Der Waffenstillstand sollte auf sieben Monate gelten; Preußen und Dänemark sollten außerdem jedes einen Kommissär für dessen Dauer in den Herzogthümern ernennen, und England die Garantie übernehmen.

Mit diesem Waffenstillstande reiste Below nach Berlin, der dänische Gesandte Wille nach Kopenhagen. Die Sache war so geheim betrieben worden,

daß man im Publikum noch am 1. September nichts wußte, und erst am 2. September wurde die Centralgewalt davon benachrichtigt.

Die Herzogthümer erfuhren die Konvention ebenfalls erst am 2. September, und somit schien die An gelegenheit erledigt.

In jedem Falle hatte Preußen, wenn es wollte, einen Frieden für sich und die Möglichkeit, seine Generale und Truppen im eigenen Lande verwenden zu können; doch blieb zweierlei, nämlich das Verhalten der Herzogthümer, und das Verhalten der National-Versammlung. Für Beide war also die Angelegenheit ein entschiedener Wendepunkt.

Es ist bereits schon früher die Lage der schleswig-holsteinischen Angelegenheit in Frankfurt charakterisirt worden.

Die Häupter der Intelligenz erkannten gemeinschaftlich an, daß Schleswig-Holstein die wichtigste Frage, das Haupt der deutschen Sache bilde; aber dennoch, trotz der beständigen Hervorhebung der Ehre und der Würde Deutschlands, hatte man die Majorität bestimmt, die ganze Sache aus ihren Händen zu geben.

Die einsichtsvollen Männer begriffen dabei sehr wohl, daß mit jener Erklärung, nach welcher sich die National-Versammlung der Ratifikation des etwaigen Waffenstillstandes begab, im Grunde diese Versammlung in den Augen der Welt vernichtet sey.

Die Linke, in welcher sich Anfangs einige ehrenhafte Männer gegen diese Ueberzeugung gestraubt hatten, war dadurch heftig aufgeregt.

Sie fühlte, daß jener Beschluß wesentlich im Interesse Preußens und seiner diplomatischen Stellung gefaßt worden sey, und daß sich ein tiefer, vielleicht tödlicher Zwiespalt zwischen Frankfurt und Berlin vorbereite.

Dieses Gefühl äußerte sich nun schon seit Anfang des Monats Juli, als die Konferenzen von Bellevue gerüchtwaise in's Publikum kamen, immer mehr und bestimmter.

Man lernte schon damals die preußische Politik fürchten, obgleich die Feindseligkeiten wieder eröffnet worden waren.

In Folge dessen trat nun der schleswig-holsteinische Abgeordnete Claussen aus Kiel am 10. Juli mit seinem Antrage auf: die National-Versammlung wolle beschließen, daß in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit weder ein Friede noch ein Waffenstillstand anders als durch den Reichs-Verweser geschlossen werden dürfe.

Dieser Antrag sollte offenbar keineswegs die Sache erledigen; er sollte nur die Frage, und namentlich die Stellung Preußens zu der neuen Centralgewalt in dieser wichtigsten Angelegenheit Deutschlands, nach Außen klar machen.

Natürlich erhob sich schon um diesen Antrag ein heftiger Kampf, der damit endete, daß besonders auf Wink's Vertriebe eine motivirte ausweichende Tagesordnung angenommen ward.

Indessen blieb die Bedeutung dieses Antrags eine große; denn was bisher noch immer unklar geblieben ist, nämlich die Stellung der Linken zu Preußen, erhielt durch ihn seine bestimmte Entscheidung.

Viel Mißtrauen war zur Gewißheit, viel Schwankendes zur Entscheidung gebracht worden. Die Linke stellte sich von diesem Tage an ganz bestimmt auf die Seite der Gegner Preußens, während die Rechte sich eben so entschieden gegen Preußen erklärte.

Die Masse des Centrums dagegen fing an zum ersten Mal zu begreifen, daß es neben und über dieser souveränen National-Versammlung ein ganzes und mächtiges europäisches Staatensystem gebe, gegen welches jene zu kämpfen haben werde, und welches theils mit Bedenken, theils mit Haß der Bildung eines einheitlichen Deutschland zusehe.

Die Furcht vor dem unabsehbaren Kampfe, der offenbar sich an die Konstituierung eines solchen Deutschland anschließen mußte, war es, welche die Mitglieder der Mitte zuerst bedenklich machte, und sie daher der Macht in die Arme warf, von der sie am ersten erwarten konnten, daß sie durch ihre Stellung wie durch ihre Prinzipien jenen Kampf verhindern werde.

Auf diese Weise gruppirten sich seit dieser Zeit die Auffassungen; es war klar, daß, wenn nicht ganz unberechenbare Zufälle hinzukommen, die Majorität gegen jede Pöblichkeit und Gewaltthätigkeit einschreiten und dem Verfahren Preußens zustimmen werde.

Da indessen nichts Bestimmtes über die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten weiter vorlag, so stand die Sache dahin, bis nach Ertheilung der Reichs-Vollmacht die Unterhandlungen in Malmoe ihren Anfang nahmen.

Jetzt ward die Aufmerksamkeit in einem hohen Grade wieder erweckt. Die Berichte über die Bedingungen, denen sich Preußen unterwarf, wurden immer ernsthafter.

Die Nachricht kam, daß das Reichs-Ministerium die Vertagung der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung allen Ernstes betreibe, weil man in Frankfurt fürchte, daß hier Schwierigkeiten entstehen könnten.

Man erhitzte sich an dem Gedanken, daß diese Schwierigkeiten doch nur zu Gunsten Preußens und gegen die Würde und Ehre des gesammten Reiches vom Reichsministerium beseitigt würden; man warf höchst ungerechterweise der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung vor, daß sie sich den Wünschen des Reichs-Ministers gefügt und sich vertagt habe; während doch die erste Bedingung aller Einheit und Kraft die Unterordnung unter die nun einmal bestehende Centralgewalt seyn mußte.

Die Partheien schieden sich, die Reaktion, die Feindseligkeit gegen die National-Versammlung als solche fing an, sich mit der Durchsetzung jedes preussischen Waffenstillstandes, die Parthei der Bewegung, sich mit der Verwerfung derselben zu identificiren.

Die schleswig-holsteinische Frage wurde aus dem Gebiete der höhern Diplomatie herausgerissen, in den Partheikampf geworfen, und bevor noch der Waffenstillstand selbst abgeschlossen war, konnte jeder sich vorhersagen, daß er der Wendepunkt für die Geschichte

der National-Versammlung, der Kampfplatz zwischen Frankfurt und Berlin, die Entscheidung für den concreten, positiven Inhalt der deutschen, noch halb im Nebel der Gefühle und Redensarten begrabenen deutschen Einbeit seyn werde.

Unter diesen Umständen kamen am 1. September die ersten Nachrichten von dem wirklichen Abschluß des Waffenstillstandes nach Frankfurt.

Man sagte, daß er sehr ungünstig für die Herzogthümer ausgefallen sey, und darum trat bereits am 1. September der Abgeordnete Namens Reh auf und interpellirte das Ministerium. Die Antwort Heckscher's war aber der Art, daß sie die Bewegung noch steigern mußte.

Es sey die Ansicht des Ministerraths, daß die Vorlage des Programms über äußere Politik mit Hinsicht auf das Eintreffen der Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark vorläufig noch auszusetzen sey; eine nähere Mittheilung über letztere Punkte sey dem Reichs-Ministerium von Seiten der königlich preussischen Regierung noch nicht zugekommen.

Die Linke nahm dieses natürlich als einen Spott Preußens gegen das Reichs-Ministerium auf; und die Gemüther erbitterten sich. Zugleich war Th. Olshausen aus Rendsburg in Frankfurt angekommen.

Die provisorische Regierung war, wie gezeigt werden wird, vollständig ununterrichtet, denn man konnte nichts Bestimmtes mittheilen. Indessen traten doch die schleswig-holsteinischen Abgeordneten zur weitem Berathung zusammen, und es wurde beschlossen, etwas Entscheidendes im Interesse der Herzogthümer zu wagen.

Die Demagogie ergriff gleichfalls die schleswig-holsteinische Sache mit aller Energie, und erkannte, daß sie in dieser Sache endlich einen positiven Gegenstand der Bewegung habe, und beschloß, an die Durchsetzung derselben ihre äußerste Kraft zu wenden.

So drängten die verschiedenen Elemente einer nahen Entscheidung entgegen, als am 4. September endlich Heckscher die Malmoer Konvention in der National-Versammlung mittheilte.

Er sah sich dabei genöthigt, zu erklären, daß sich in diesen Bedingungen wesentliche Abweichungen von den Bedingungen vorfinden, unter welchen die Autorisation zum Abschlusse von der Centralgewalt ertheilt worden sey.

Die Centralgewalt behalte sich demgemäß vor, auf Grund der Vorschriften in dem Gesetze, nach welchem über Krieg und Frieden nur im Einverständnis mit der National-Versammlung bestimmt werden solle, die definitive Bestimmung über den Waffenstillstand abzugeben.

Zugleich forderte der Minister zur Festsetzung eines Tags für die Berathung auf. Nun trat Dahlmann auf und verlas seine Interpellation, von der zunächst die Bewegungen der folgenden Tage ausgingen.

Er fragte, ob es wahr sey, daß durch den Waffenstillstand die provisorische Regierung aufgelöst und ihr der Charakter einer ungesetzlichen Behörde beigelegt

werde; ob Karl Moltke wieder an die Spitze der Herzogthümer treten werde; ob die schleswigschen und holsteinischen Truppen wieder getrennt werden sollen, und der Waffenstillstand auf sieben Monate geschlossen worden sey?

Eine mehr bedeutende als glänzende Rede beschloß diese Interpellation; welcher eine Reihe von Anträgen und Rednera folgte.

Heckscher vertheidigte die Sache der Centralgewalt schlecht; und an diesem Tage schien sich der Sieg entscheidend auf die Seite der Linken zu neigen; zunächst wurde aber dann die Sache an den völkerrechtlichen Ausschuss verwiesen.

Dieser stattete schon am folgenden Tage, den 5. September, den Bericht ab, wobei Dahlmann der Berichterstatter war.

Es hatte sich eine Majorität und eine Minorität gebildet, denn Dahlmann war der Mann des Tages. Er trug mit kurzer und kräftiger Motivirung den Antrag der Majorität vor.

Die Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des abgeschlossenen Waffenstillstandes erforderlichen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen, dann aber zugleich einen Ausschuss zur Begutachtung der Vorfrage erwählen.

Dahlmann schloß mit großen und glänzenden Worten: »Dürfen wir unser eigenes deutsches Fleisch und Blut verrathen, unsere deutschen Mitbürger dem Untergange überliefern? — Wahren Sie die Einheit Deutschlands, sie ist gefährdet! Diese Einheit soll durch den Waffenstillstand zerstückt und zerbrochen werden. Beugen Sie sich; Sie werden ihr ehemals stolzes Haupt nimmer wieder erheben! Ich habe gesprochen, möge jetzt die Hand walten, welche die Beschlüsse der Menschen zu leiten weiß.«

Unendlicher Jubel folgte auf diese Rede, denn man glaubte den Mann und den Augenblick gekommen, welche die Entscheidung bringen sollten; und wahrlich, wenn Worte Thaten wären, so hätte Dahlmann große Thaten gethan gehabt.

Allein nur zu bald sollte es sich zeigen, wie wenig er und seine Genossen die Verhältnisse auch nur kannten; viel weniger erst beherrschten.

Gegen Dahlmann trat zunächst Schubert aus Königsberg auf, den Antrag der Minorität vertheidigend.

Daß über eine Sistirung des Waffenstillstandes erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst abgestimmt werde.

Schubert war der Erste, der bei dieser Verhandlung den Namen Preußens vorbrachte. Man möge bedenken, äußerte er, daß bei der Sistirung des Waffenstillstandes der Bruch mit Preußen unvermeidlich sey.

Die Rechte, wesentlich aus Preußen bestehend, klatschte Beifall, und so wurde der Kampf bald allgemeiner.

Die Hauptredner der ganzen Versammlung traten nach einander auf; eine so allgemeine, so ernste, so gewaltige Tribunenschlacht war noch nie geliefert worden. Aber ganz offenbar blieb das Uebergewicht auf

der Seite der Majorität des Ausschusses; ja umsonst war es sogar, daß zuletzt Schmerling noch mit der Erklärung auftrat: »Ich habe Ihnen bereits vor einigen Tagen meine Meinung mitgetheilt, daß die Verwerfung des Artikel VI. der Bedingungen den ganzen Waffenstillstand beseitigt. Das Ministerium ist derselben Ansicht, und ich habe den Auftrag, Ihnen mitzutheilen, daß das Ministerium abdanken wird, im Falle Sie die Sistirung der militärischen Maßregeln und somit die Aufhebung des ganzen Waffenstillstandes aussprechen.«

Umsonst bat der ehrliche Minister von Gagern, man möge doch erst die Papiere durchlesen, bevor man beschließe; umsonst sprachen Radowiz, Lichnowsky, Wasser mann von den Gefahren, die von Rußland her, drohen.

Der Antrag der Minorität des Ausschusses ward verworfen und dann endlich bei namentlicher Abstimmung der Antrag der Majorität angenommen worden: »Die Versammlung möge die Sistirung der zur Ausführung des Waffenstillstandes getroffenen militärischen und sonstigen Maßregeln beschließen.«

Der Antrag ging mit Stimmenmehrheit durch und ein ungeheurer Jubel war hörbar. Die Stadt Frankfurt gerieth in freudige Bewegung, denn Alles glaubte, daß jetzt eine neue Epoche der deutschen Geschichte anfangen werde.

Allein dieser parlamentarische Sieg war doch nur erst ein kleiner Anfang der ernstesten Dinge, welche Dahlmann mit seinem Antrage herbeigerufen hatte. Kaum war jener Beschluß der Versammlung am 5. September gegen 6 Uhr Abends gefaßt, als sich sogleich das ganze Reichs-Ministerium zum Reichs-Verweser begab und seine Entlassung einreichte.

Der Reichs-Verweser Erzherzog Johann beauftragte nun natürlich Dahlmann mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Dahlmann hatte wohl die Macht gehabt, das alte Ministerium zu stürzen; jetzt aber zeigte es sich, daß er nicht die Kraft hatte, ein neues Ministerium herzustellen.

Und einfach genug, wenn auch in einem hohen Grade großartig, war die Lage der Dinge, welche dieses bewirkte, denn Preußen hatte bereits den Waffenstillstand abgeschlossen und mußte sich nun den Bestimmungen desselben unbedingt unterwerfen.

Seine Generale waren zum Rückmarsch angewiesen und mußten ihrem Könige gehorchen. Der Waffenstillstand war durch die Theilnahme Frankreichs, Schwedens und Rußlands eine europäische Thatsache, durch die Garantie Englands ein anerkanntes europäisches Recht.

Was sollte es nun heißen, unter diesen Umständen die Sistirung des Waffenstillstandes durch die National-Versammlung durchsetzen zu wollen? War das, was dieses bedeutete, mit einigen großklingenden Worten von Deutschlands Würde und Ehre abgethan?

In der That, es war kaum möglich, sich darüber zu täuschen. Die Durchführung jenes Beschlusses bedeutete nichts mehr und nichts weniger, als Preußen zwingen, seine eingegangenen Verpflichtungen nicht anzuerkennen, Europa zwingen, wegen Deutschland einen

europäischen Gesamtbefehl aufzuheben, und endlich die Fürsten des gesammten Deutschlands zwingen, mit aller Macht ihrer Länder gewaltsam gegen Preußen und Europa aufzutreten; kurz, jener Beschluß der National-Versammlung war höchst wahrscheinlich eine Kriegserklärung gegen Preußen, ganz gewiß eine Kriegserklärung gegen das übrige Europa.

Ein solches Wagniß konnte freilich unternommen werden; Frankreichs Geschichte der Jahre 1792 und 1793 lieferte ja davon ein vielbekanntes Beispiel.

Allein es gehörte dazu ein Muth, der vor den äußersten Mitteln im Nothfalle nicht zurückschreckte und ein Geist, der im Stande war, eine ungeheure, alles Bestehende überslutende Bewegung mit fester Hand zu lenken.

Es war ganz unmöglich, dasjenige nicht zu begreifen; und wenn Dahlmann es nicht begriff, bevor er seinen Antrag stellte, so wurde es ihm bald genug klar, sowie er mit demselben gestimmt hatte; denn nun sollte er ein Ministerium bilden.

Was hieß das, als eben die Bildung eines Ministeriums, welches entschlossen war, mit den äußersten Mitteln jetzt das Aeußerste zu versuchen? Und wenn ein solches gebildet, war es dann wohl der Majorität für die Ausführung jenes extremen Beschlusses gewiß, da schon der Beschluß selbst nur mit einer so geringen Majorität gefaßt wurde?

Wenn aber mitten in der Ausführung nun die Majorität versagte, und jene Würde und Ehre Deutschlands mitbin dennoch Gefahr lief; was würde alsdann dem neuen Ministerium übrig geblieben seyn?

Alles dieses drängte sich in den Herzen derjenigen zusammen, in dessen Händen während dieser Tage das Schicksal Deutschlands und wahrscheinlich Europa's lag. Daß er einer solchen gewaltigen Aufgabe gegenüber kein Ministerium aus der rechten Seite bilden könne, ja daß selbst die durchaus nicht bewegungs-süchtigen schleswig-holsteinischen Abgeordneten, wie Waiz, Franke, Droysen, Michelsen ihm nicht hilfreich zur Seite stehen werden, sah Dahlmann sehr gut ein.

Es ging den Letztern, wie Dahlmann selbst: umzustößen vermochten sie das alte Ministerium und sein Prinzip; aber die Gefahren eines neuen beabsichtigten sie keineswegs zu übernehmen.

Es blieb nur Eines übrig: Dahlmann mußte sich ein Ministerium aus der Linken bilden und mit diesem dem Stoße Europa's gegen die neue deutsche Großmacht entgegen gehen.

Allein gerade dieses war es, was Dahlmann am Wenigsten gewollt hatte; und so entstand nun jene wunderbare Lage, die durch die Versammlung, welche sie traf, wie durch die als politische Notabilitäten Deutschlands berühmten Männer, die sie herbeigeführt hatten, gleich merkwürdig, gleich beklagenswerth war.

Dahlmann mußte erklären, daß er sich außer Stande sehe, ein Ministerium zu bilden. Die Gegner der National-Versammlung feierten jetzt ihren ersten, aber entscheidenden Triumph; die Freunde dersel-

ben sahen ein, daß sie unrettbar mit aller ihrer Volkssouveränität und ihren Rednern verloren sey.

Der Reichs-Verweser ließ sich natürlich auf jene Erklärung Dahlmann's nicht weiter ein, und antwortete, daß Dahlmann die parlamentarische Pflicht habe, ihm ein Ministerium zu schaffen.

Die Mitglieder der Rechten bemerkten mit einem feinen, aber durchdringenden Spott, daß Niemand besser als Dahlmann die Richtigkeit der Forderungen des Reichs-Verwesers werde beurtheilen können; Dahlmann mühte sich aber, wie vorauszusehen war, vergebens ab.

So blieb nun jenes deutsche Reich in dem wichtigsten Augenblicke seiner Existenz ohne alles Ministerium; und vielleicht die härtesten Tage in dem Leben Dahlmann's waren die, wo er die Vorwürfe, sowie der Rechten, die ihm zürnte, daß er das alte Ministerium umgestoßen hat, als der Linken, die sich nicht weniger erbittert fühlte, weil er kein Ministerium aus denjenigen bilden wollte, die ihm zum Siege geholfen hatten, ertragen mußte, ohne ihnen ein Erhebliches entgegen halten zu können.

In der That, auch der geringsten Einsicht mußte klar seyn, daß Dahlmann entweder nicht das Erste thun, oder das Zweite nicht unterlassen durfte.

Indessen waren während dieser merkwürdigen Zwischenzeit die Partheien und Richtungen keineswegs müßig.

Die Extreme der Rechten so wie die der Linken begriffen, daß sie die Lage der Dinge um jeden Preis zu einem vollständigen Siege benutzen mußten.

Alle singen daher an, Jeder in seiner Weise zu arbeiten. Die Anträge waren dem Ausschusse zugewiesen worden. Dieser Ausschuss war gebildet aus der Vereinigung des Ausschusses für die Centralgewalt mit dem Ausschusse für die internationalen Angelegenheiten und bestand zum großen Theile aus mehr ruhigen Männern.

An diese machte man sich von Seiten der Rechten. Man stellte ihnen vor, was es eigentlich bedeute, wenn die Ratifikation verweigert werde; daß alsdann nicht das ganze Europa, sondern besonders Preußen, dieses als eine offene Kriegserklärung betrachten werde, und betrachten müsse; ob man glaube, daß diese National-Versammlung die Kraft habe, solchen Gegnern die Spitze zu bieten; ob man auch nur meine, gegen den entschiedenen Willen Preußens allein durchdringen zu können; wie viel denn von und für die National-Versammlung wohl übrig bleibe, wenn Preußen sich bestimmt lossage; endlich, ob man den Muth habe, alle Elemente der Bewegung ohne Grenzen in die Schranken zu rufen für einen Beschluß, den die Politik des ganzen Europa verdamme? Alle diese Erwägungen wirkten allmählig ein, aber sicher.

Je länger jenes klägliche Minister-Interregnum dauerte, desto kräftiger wurden die Gründe; und schon wenige Tage nach jenem Beschluß vom 5. September konnte man gewiß darauf rechnen, daß die Majorität sich für einen neuen extremen Beschluß nicht zum zweiten Mal erklären werde.

Zu gleicher Zeit aber sammelte die Parthei der Bewegung ihre äußersten Kräfte. Auch sie sah in der Ministerlosigkeit die Unfähigkeit der Majorität, ihrem eigenen Willen treu zu bleiben.

Wilde Pläne tauchten auf. Wenn diese National-Versammlung bestehen bleiben würde, so war kein Erhalten der deutschen Einheit, keine energische Entwicklung des deutschen Gesamtstaats denkbar; stürzte man sie, nämlich die National-Versammlung, so war dem Umsturz überhaupt Thüre und Thor geöffnet.

Mit der voraussichtlichen Verwerfung des einmal gefaßten greßartigen Beschlusses schien daher der geeignete Augenblick gekommen; der ganze Haß, die ganze Hoffnung aller äußersten Partheien konzentrirten sich darum auf diesen Standpunkt, und jeder fühlte, daß eine Entscheidung nahe sey.

Der kombinirte Ausschuß arbeitete indessen frei, und schon am 11. September wußte man, daß es mit seiner Majorität nicht mehr auf dem Standpunkte des letzten Beschlusses der Versammlung stehe; jedoch befand sich Dahlmann noch in der Opposition.

Eben dieserwegen mußte er sein Mandat vom 11. September zur Bildung eines Ministeriums zurückgeben, und der Reichs-Verweser beauftragte nun den Vize-Präsidenten Hermann mit der Bildung eines neuen Ministeriums.

Preußen blieb indessen, da die Gefahr noch immer eine große war, nicht unthätig. Es beeilte sich, nach jenem Beschlusse vom 5. September sogleich außerordentliche Botschaften nach England, Rußland und Kopenhagen zu schicken, mit dem Auftrage, die Sachlage darzulegen, die ungewöhnliche Gefahr einer völligen, unberechenbaren Revolution in Deutschland zu zeigen, und um jeden Preis eine gewisse Nachgiebigkeit von Dänemark zu fordern.

Man erkannte in jenen Kabinetten vollkommen so gut wie in Berlin die Lage der Sache. Man konnte mit dem erreichten Erfolge, der völligen Niederlage Preußens und der gänzlichen Vernichtung des neuen Deutschland, in der Diplomatie sehr wohl zufrieden seyn; man gab also gerade so viel nach als nöthig war, um die National-Versammlung nicht zum Äußersten zu treiben. Preußen konnte bereits am 11. September in Frankfurt melden, daß Dänemark den Grafen Moltke als Regierungs-Präsidenten aufgegeben habe, und über jene, die Herzogthümer am härtesten verletzenden Punkte des Waffenstillstandes in weitere Unterhandlungen treten werde.

Jetzt bestimmte sich die Majorität des kombinirten Ausschusses zum Nachgeben und mit 10 gegen 9 Stimmen beschloß derselbe, den Waffenstillstand nicht zu verwerfen.

Die Minorität blieb jedoch noch fest, und am 12. September ward der Bericht erstattet. Die Minorität beantragte: »1) Den Waffenstillstand nicht zu genehmigen. 2) Das Reichs-Ministerium aufzufordern, die zur Fortsetzung des Krieges notwendigen Maßregeln zu ergreifen, insofern die dänische Regierung sich nicht geneigt zeigen sollte, die Friedens-Verhandlungen mit der Centralgewalt sogleich zu eröffnen.«

Zu dieser Minorität gehörten: Arndt Blum, Cucumus, Claussen, Dahmann, Es-march, von Raumer, Stengel, von Trützschler, Wippermann und Wurm.

Die Majorität dagegen beantragte: »1. Auf die Erklärung Dänemarks, daß es auf die Wahl des Grafen Moltke zum Präsidenten der gemeinschaftlichen Regierung verzichte, und auf KonzeSSIONen, wie sie der Frieden und die Ruhe der Herzogthümer erheischen, bereitwillig eingehen werde, den Waffenstillstand nicht weiter zu beanstanden, aber die unverzügliche Eröffnung der Friedens-Unterhandlungen durch die Centralgewalt zu beschließen; 2. die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verfahren Preußens der Centralgewalt besonders zu berichten.«

Als diese Propositionen bekannt wurden, steigerte sich die Aufregung in Frankfurt aufs höchste. Die Debatten über dieselben sollten erst zum 13. September stattfinden; dann wurden sie auf den 14. September festgesetzt. Mit der höchsten Spannung sah man jetzt diesem Tage entgegen.

Am 14. September gegen 9 Uhr eröffnete der Präsident die Debatte über die vorliegenden Anträge; und erklärte zugleich, daß noch Sonder-Anträge eingegangen seyen.

Mit höchstem Erstaunen vernahm nun die Versammlung, daß die vier schleswig-holsteinischen Abgeordneten, Droysen, Franke, Michelsen und Neergaard einen Antrag eingegeben haben, welcher dahin lautet: »Die National-Versammlung beschließt: a) die Vollziehung des Waffenstillstandes, so weit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern. b) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu machen, damit auf den Grund dänischerseits ämtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Antrags vom 26. August dieses Jahres baldigst eine Verständigung eintrete. c) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung der Friedens-Verhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen.«

Niemand wohl konnte solche Anträge von Seiten der Schleswig-Holsteiner erwarten! Nun nahm die Debatte ihren Anfang, in welcher die Linke alle ihre Kraft aufbot, und von allen Seiten den Antrag der Minorität verteidigte; aber es geschah vergeblich.

Von großer Bedeutung war der Abfall jener schleswig-holsteinischen Abgeordneten gewesen; denn er war es, der die bisherige Minorität zur Majorität erhob, und damit das Schicksal der Herzogthümer bestimmt entschieden hatte.

Vorstellungen, Gründe, Bitten, Zorn und Drohungen blieben gleich unnütz. Die Minorität des alten Beschlusses vom 5. September gewann von Stunde zu Stunde mehr Anhänger, und schon am 15. September ließ sich vorherhersagen, daß sie die Majorität behaupten werde.

Am 16. September endlich fand der Schluß der Debatte statt. Die preußische Parthei hatte ihr äußerstes an Ueberredung, die Parthei des Centrums

ibr Aeußerstes an einer angstdurchdringenden Nachgiebigkeit geleistet.

Was sollte man also von einer Versammlung sagen, in welcher Männer wie z. B. Waig an einem Tage für den Dahlmann'schen Antrag sprachen, und am andern Tage wieder dagegen stimmten.

Kurz, am 17. September war die preussische Parthei entschiedene Herrin der ganzen Frage. Der Antrag Dahlmann-Wurm wurde abgelehnt, und die wenigen Stimmen, die von preussischer Seite indessen gewonnen worden waren, entschieden die Sache.

Jetzt verließen mehrere Abgeordnete den Saal, und es kam ein Gefühl über die Versammlung, als habe ein geheimes aber ein großes Unglück sie betroffen.

Ein unheimliches Durcheinandersummen von Stimmen, und ein regelloses hin- und herlaufen trat an die Stelle der bisherigen Ruhe.

Draußen hörte man die Wellen der Volksbewegung an die Thore des Hauses schlagen, und die Ahnung trüber Dinge bemächtigte sich der Gemüther. Um die Sache rasch zu beenden, brachte der Präsident den obigen Antrag von Franke und Droyse n zur Abstimmung, der auch angenommen wurde.

Schleswig-Holstein hatte den traurigen Ruhm, durch seine eigenen Abgeordneten seiner Angelegenheit den Todesstreich versetzt zu haben; und es war mit jenem Beschlusse nun wirklich der deutschen Sache, wie Dahlmann in Wahrheit gesprochen hat, das Haupt abgeschlagen: aber auch die National-Versammlung war von da an eine verlorene Macht.

Als jener unglückliche Droyse n'sche Antrag angenommen war, entfernten sich viele Mitglieder aus dem Hause, theils mit Zorn, theils mit tiefer Niedergeschlagenheit. Der zweite Antrag der Ausschuss-Minorität wurde gleichfalls angenommen; wofür mit wenigen Ausnahmen alle Preussen stimmten. Der Tag war zu Ende, denn es war schon Abends 8 Uhr.

Von diesem Tage an, erschien die National-Versammlung als klägliches Schattenbild in den Augen der deutschen sowohl als der fremden Mächte, denn sie hatte sich selbst geködert.

Während dieses in der Paulskirche, dieser großen Katakombe von jugendlichen Illusionen und alten Berühmtheiten vor sich ging, wogte das Volk im Gefühle der entscheidenden Niederlage, welche die deutsche Sache durch einige Duzend schwach sinnige Stimmen erlitten hatte, unmutig durch die Straßen; und es fielen schon einzelne Excesse vor.

Vor dem Hôtel des Herzogs von Augustenburg tobte die Menge, und Heckscher war schon in dieser Nacht in Gefahr gewesen.

Die verschiedenen Fraktionen der Linken traten zusammen, und hielten Rath, ob es jetzt nicht zweckmäßiger sey, aus dieser doch verlorenen Versammlung auszutreten.

Die Heftigeren wollten ein selbstständiges Parlament; die Ruhigern wollten nur eine Neuwahl; doch kam es zu keinem Beschlusse. Sämmtliche politische Vereine dagegen erklärten der Linken durch Deputationen ihre Zustimmung, und eine große Ver-

sammlung auf der Pfingstweide wurde jetzt für den 17. September beschlossen.

Diese Versammlung fand statt, aber obwohl sie alle demokratischen Häupter und Massen der Umgegend umfaßte, so ging sie dennoch ruhig vorüber, und nur daß heftige Reden und wilde Anträge der Volksmenge reizten. Dann zog man in Procession in die Stadt zurück, an der Spitze deutsche, in Trauerflor gehüllte Fahnen; die Wachen traten salutirend ins Bewehr, und die Aufregung der Gemüther verbreitete sich durch die ganze Stadt.

So dauerte dieser Zustand bis zum 18. September, wo die demokratische Parthei, um das Maß des Klagvollen voll zu machen, die ersten Barrikaden errichtete, und gegen die Versammlung so wie gegen die Reichs-Regierung zu den Waffen griff.

Der Kampf dauerte den 18. und durch die Nacht des 18. zum 19. September fort. Der Reichs-Verweser rief Truppen über Truppen aus der Umgegend zusammen, und unter dem Donner der Kanonen wurde endlich am Morgen des 19. September der Aufruhr begraben.

So waren nun die Würfel gefallen; Schleswig-Holstein hatte von Frankfurt keine Hilfe, und Preussen von der deutschen National-Versammlung keine Opposition mehr zu erwarten; und so war die schleswig-holsteinische Sache von diesem Augenblicke an in ein neues Stadium getreten.

Während dieses Alles in Berlin und Frankfurt geschah, nahmen natürlich auch die Herzogthümer in ihrer Weise an der Beendigung der Waffenstillstandsfrage Antheil. Diese Theilnahme hat aber drei sehr bestimmt geschiedene Abschnitte, denen die bisher dargestellten Ereignisse in leicht verständlicher Weise ihren Platz anweisen.

Den ersten Abschnitt bildet die Vertagung der neuen konstituierenden Landes-Versammlung; — den zweiten Abschnitt die Annahme des Staatsgrundgesetzes und der Kampf gegen die Ausführung des Waffenstillstandes, und den dritten Abschnitt der Eintritt des deutschen Reichs-Kommissärs und der Abgang der provisorischen Regierung. Mit dem letzten Abschnitte schließt die Bewegung, welche der Waffenstillstand hervorgerufen hat.

Nachdem das Wahlgesetz für die konstituierende Versammlung angenommen war, wurden die Wahlen auf den 28. Juli ausgeschrieben, und sie waren am 4. August vollendet.

Im Allgemeinen bewiesen diese Wahlen, daß das kleine Land nicht eben einen Ueberfluß an politischen Notabilitäten, daß es aber noch weniger ein klares Verständniß seiner politischen Lage habe; denn fast allenthalben waren die Führer der alten Opposition einerseits, und eine große Menge von Beamten und Geistlichen andererseits gewählt worden.

Der erste Blick auf die Wahlen mußte zeigen, daß diese Männer zwar mit großer Fähigkeit an den alten Landesrechten und der Selbstständigkeit und Einheit der Herzogthümer, Dänemark gegenüber festhal-

ten, daß sie aber schwerlich im Stande seyn würden, den großen europäischen Verwicklungen, welche aus dieser Aufrechterhaltung der Rechte der Herzogthümer entstehen mußten, die Spitze zu bieten.

Die Folge bestätigte diese Annahme nur zu sehr; die Furcht vor dem Zuviel hat diese konstituierende Versammlung, welche bis in die Mitte des Jahres 1850 hinein bestand, auf allen Punkten in das Zuwenig hinein getrieben und der Reaktion mehr Raum gelassen, als für die Entwicklung der innern und äußern Volksrechte gut seyn konnte.

Während nun im Anfang August die Huldigung des Reichs-Berwesers, nur in dem halben Deutschland vollzogen, von den Herzogthümern mit Jubel aufgenommen, schon die Schwäche des neuen Deutschlands zeigte, drangen allerlei Gerüchte über Waffenstillstand in das Land.

Eine große Unruhe bemächtigte sich der Gemüther. Man lernte sich fürchten vor der Diplomatie, und fing an, allmählig zu begreifen, daß allerdings die Rechte der Herzogthümer nie als Vorwand angesehen werden könnten, um andere Zwecke zu erreichen, und daß man sie daher auch im andern Falle mit derselben Leichtigkeit beseitigen könnte.

Das Gefühl ward allgemeiner, daß die Herzogthümer ihre beste Stütze an sich selbst hätten. Allein dieses Gefühl fand noch immer keinen bestimmten Ausdruck.

Mit einer fast unbegreiflichen Langsamkeit gingen die öffentlichen Verhältnisse in den Herzogthümern ihren Weg.

Die provisorische Regierung mit ihrer unüberwindlichen Abneigung gegen verantwortliche Minister wollte Alles allein machen. Die Folge davon war, daß man Monate lang zu demjenigen brauchte, was man sonst in Wochen vollständig hätte erledigen können.

Nachdem man am 4. August die Wahlen beendet hatte, erschien erst am 10. August der Regierungs-Entwurf des Staatsgrundgesetzes, also erst dann, als bereits die Unterhandlungen über den Waffenstillstand im vollsten Gange waren, und die Durchführung jenes Staatsgrundgesetzes, mithin schon höchst zweifelhaft werden mußte.

Zugleich trat nun die Landes-Versammlung am 15. August in Kiel zusammen. Trotz ihrer großen Abneigung gegen energische Schritte zur Förderung der innern Reform, ließ sich aber dennoch mit Bestimmtheit vorherzusagen, daß sie Alles daran setzen werde, die Rechte der Herzogthümer gegen Dänemark, und nöthigenfalls auch gegen die ganze Diplomatie mit großer Hartnäckigkeit aufrecht zu halten.

Man wußte dieses in Berlin sehr gut und hatte allen Grund zu fürchten, daß die Herzogthümer sich endlich der preussischen Vormundschaft die im Waffenstillstande ihre theuersten Rechte gefährdete, entledigen, und sich ganz offen dem Reiche in die Arme werfen würden.

Wäre dieses geschehen, so wären damals in der Mitte des Monats August die Folgen unberechenbar gewesen.

Der preussische Minister *Camphausen* beeilte sich daher schon vor der Berufung der konstituierenden Versammlung, das Reichs-Ministerium aufzufordern, mit allem seinen Einflusse eine Vertagung derselben zu bewirken.

Und hier beginnt die traurigste Rolle welche jenes unselige *Hecker'sche* Ministerium gespielt hat. Anstatt zu begreifen, daß bei dem doch unvermeidlichen Kampfe zwischen der deutschen und der preussischen Politik Deutschland keinen treuern ja fast keinen andern Bundesgenossen überhaupt haben werde, als die Herzogthümer, und daß daher Alles darauf ankomme, diese in ihrer ganzen Kraft und in ihrem ganzen Muth zu erhalten; beeilte sich sogar jenes Ministerium der provisorischen Regierung der Herzogthümer schon am 11. August zu schreiben, daß die Beschlüsse der Versammlung möglicherweise den Stand der Dinge, wie er bei der Einleitung der Unterhandlungen vorliegt, wesentlich ändern könnten, und daß die Regierung darum eine nur kurze Vertagung veranlassen möge.

Zugleich ward *M. von Gagern* damit beauftragt, dieses in aller Weise zu betreiben. *Gagern* hatte freilich Zeit genug, das Bedenkliche dieses Verfahrens zu fühlen; aber er vermochte doch nicht, es ganz zu durchschauen.

Mit seiner Hilfe gelang nun dieser politische Akt, der ganz geeignet war, die vollständige Unfähigkeit des Reichs-Ministeriums, und die große Klugheit seiner Feinde deutlich genug zu beweisen.

Die Versammlung die am 15. August zusammengetreten war, erkannte bereits die Aufforderung, sich zu vertagen. Der gesunde Verstand der Mitglieder sagte ihnen, daß dieses nur einen Sinn habe, wenn die Verhandlungen in *Malmö* gegen die Ansprüche der Herzogthümer auszufallen drohten.

Die Linke, die sich schon von der Rechten schied, hielt jetzt eine Privat-Versammlung und beschloß wenigstens die Annahme der fünf ersten Paragraphen des Entwurfs, welche die Selbstständigkeit und Untheilbarkeit der Herzogthümer und ihr Angehören an Deutschland enthielten. *M. von Gagern* war indessen sehr thätig, dieses zu hindern, und es gelang ihm auch in der Hauptsache.

Am 17. August ward der Antrag auf Vertagung förmlich eingebracht; und die weitere Verhandlung wurde in geheimer Sitzung abgehalten. Die Debatte war, wenn auch nicht eben heftig, was dem Charakter des Norddeutschen wenig zusagt, aber dennoch sehr hartnäckig.

Die Linke widersetzte sich im richtigen Verständniß der Lage, und that alles Mögliche um den Fehler, den die Regierung durch ihr voreiliges Nachgeben begangen hatte, wieder gut zu machen.

Freilich konnte sie aber unter diesen Umständen unmöglich siegen; denn einerseits hatte die Regierung noch immer nicht das Mindeste für das Allernothwendigste, nämlich die Herstellung eines Heeres in den Herzogthümern gethan, so daß diese beiden reichen und tapfern Lande ohne alle Vertheidigungsmittel waren; andererseits ließ sich nicht läugnen, daß die Nichtver-

tagung eine sehr bedenkliche Opposition gegen den bestimmten Willen des Reiches, dem man doch Gehorsam gelobt hatte, bilden würde.

Endlich konnte die National-Versammlung noch Alles wieder gut machen. Die Regierung war in der Sitzung persönlich anwesend. Der Antrag auf Vertagung ward zwar angenommen, zugleich aber stellte die Landes-Versammlung zehn Propositionen auf, die ihr wenigstens die Möglichkeit gaben, unter veränderten Verhältnissen wieder selbstständig aufzutreten.

Diese Propositionen gingen wesentlich dahin: daß der Ausschußbericht über das Staatsgrundgesetz baldigt erstattet werde, daß das Bureau der Versammlung dieselbe stets wieder berufen könne, und daß sie in jedem Falle zum 15. September wieder zusammenzutreten sollen.

Diese Beschlüsse wurden von der Versammlung am 19. August gefaßt, und sogleich dem Reichs-Ministerium mitgetheilt, welches herzlich zufrieden war, dagegen war aber das Land in einem hohen Grade unzufrieden, und dieses um so mehr, als die provisorische Regierung nicht die geringsten Anstalten traf, die Wehrkraft des Landes auf den gehörigen Fuß zu setzen.

In ihrer Mitte selbst fanden darüber die heftigsten Debatten statt, und besonders war es *L. h. Olshausen* der mit den übrigen Mitgliedern in der schärfsten Opposition stand.

Bei Veranlassung jenes Beschlusses der provisorischen Regierung, die Vertagung zu bewilligen erklärte *Olshausen* endlich, daß er eher seine Stelle niederlegen, als an diesem Beschlusse theilnehmen wolle.

Als sein Austritt am 19. August angezeigt wurde, war die Gewalt der Reaction schon so groß, daß sich in der Landes-Versammlung nicht einmal eine Majorität befand, welche ihm dafür einen Dank gesprochen hätte.

In jedem Falle waren die Herzogthümer, jetzt außen vor die Frage nach ihrer eigenen Zukunft hingestellt; und mit höchster Spannung erwartete man die Nachrichten aus Malmö.

Diese Nachrichten kamen am 30. August, und empörten die Gemüther, verletzten die Interessen so sehr, daß man einmüthig war, sie so einfach nicht hinnehmen zu wollen, obwohl man sich selbst aller Mittel dagegen beraubt hatte.

Die provisorische Regierung, die sich durchaus nicht um die Verhandlungen gekümmert hatte, und die nichts wußte, als was in den Zeitungen stand, war völlig rathlos.

Die Gesetze der provisorischen Regierung sollten dadurch aufgehoben, die provisorische Regierung selbst sollte entlassen, eine neue gebildet, und an ihre Spitze der Graf *Karl Moltke*, der tödliche Feind der ganzen Bewegung gestellt werden.

Jetzt war es im Allgemeinen und im eigenen Interesse hohe Zeit für Alle, ihr Aeußerstes zu thun. Wie viel weiter wäre also dieses Land gewesen, wenn die Männer, die an der Spitze standen, einige Monate früher die Energie entfaltet hätten für die innere Or-

ganisation des Landes, die sie jetzt plötzlich entfalten, als sie den Feind vor den Thoren sahen.

Man begriff, daß es unter solchen Umständen nur einen Ausweg gebe: man mußte dem zwar abgeschlossenen, aber noch nicht ausgeführten Waffenstillstande eine vollendete Thatsache entgegen setzen; und mußte jenes Staatsgrundgesetz, das man in sechs Monaten nicht hatte vollenden können, jetzt in sechs Tagen zu einem geltenden Gesetze machen.

Noch war der Waffenstillstand weder veröffentlicht noch angenommen; noch war die provisorische Regierung anerkannt, noch waren die vereinigten schleswig-holsteinischen Stände beisammen.

Nach ging man an's Werk. Kaum hatte man am 1. September ziemlich sichere Nachricht von dem Waffenstillstand erhalten, als auch schon am 2. September der Ausschuß-Bericht über das Staatsgrundgesetz fertig war.

Die Landes-Versammlung wurde in aller Eile zum 4. September zusammen berufen, trat in Kiel zusammen, und hier vereinigten sich alle Partheien rasch zu einem Antrage, den der frühere Bürgermeister *Jensen* aus Kiel stellte.

Dieser Antrag war nämlich folgender: 1) Daß die konstituierende Landes-Verfassung wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden könne. 2) Daß jede Veränderung der bestehenden Landes-Regierung der Zustimmung der Landes-Versammlung bedürfe. 3) Daß alle seit dem 14. März von der provisorischen Regierung erlassenen Gesetze nur mit Zustimmung der Landes-Versammlung verändert oder aufgehoben werden können. 4) Daß ohne die Zustimmung der Landes-Versammlung kein neues Gesetz erlassen und keine Steuer neu auferlegt werden könne. 5. Daß alle bestehenden Steuern und Abgaben, so wie andere Staats-Einkünfte von der durch die Landes-Versammlung anerkannten Landes-Regierung fort erhoben werden sollen.

Dieser Antrag ward ohne Motivirung einstimmig von allen 101 Mitgliedern angenommen, und so war wenigstens eine große Thatsache dem Waffenstillstande entgegengesetzt. Es fehlte die Zweite, nämlich die Annahme des Staatsgrundgesetzes; und auch darüber fing die Verathung ohne Verzug an. Denn die höchste Eile war nothwendig, und so folgte eine Sitzung, auf die andere.

Wie im Fluge war das Staatsgrundgesetz durchgearbeitet, und im Wesentlichen angenommen worden. Diese Eile wird es auch erklären, daß besonders das Wahlrecht in so verkehrter Weise bestimmt wurde. Die Regierung hatte einen Wahlsensur, der sehr niedrig angenommen war. Die Linke verwarf ihn; und das allgemeine Wahlrecht ward von der Rechten verworfen.

So mußte man nun ein Amendement vom Doctor *Lorenzen* annehmen, nach welchem das ganze Wahlsystem ein in jeder Beziehung verwirrtes, nach Klassen getheiltes, zum Theil auf dem allgemeinen Stimmrecht, zum Theil auf den Besitz beruhendes Wahlrecht wurde, das unter andern Umständen nicht angenommen worden seyn würde. Es gab außerdem noch einige andere Punkte, die zu kurzen aber heftigen De-

batten Veranlassung gaben, und besonders war dieses der Artikel 50. und 51. des Entwurfs.

In der letzten Sitzung vom 6. September Nachts gegen 1 Uhr hatte man noch den Artikel 49. angenommen, nach welchem der Herzog Orden nur an Militärpersonen; Adel, persönliche Titel aber überhaupt nicht ertheilen kann.

Der Artikel 50. kam am 7. September zur Berathung, »der Herzog kann nämlich ohne Zustimmung der Landes-Versammlung nicht Oberhaupt eines andern Staats werden. Schon begründete agnatische Rechte sind vorbehalten u. s. w.« Es war namentlich der letztere Passus, der zum Streite Veranlassung gab.

Die Linke wollte die Anrechte auf den dänischen Thron nicht im Lande einheimisch machen. Ein Amendement war gestellt worden, nach welchem dieser Passus ausfiel. Der Hauptredner der Rechten war der Graf Reventlow Tersbeck, welcher geradezu erklärte, daß dieses Amendement nicht weniger enthalte, als eine Absezung des Herzogs.

Der Syndikus von Altona Namens Pröh n, früher in der schleswig-holsteinischen Kanzlei, ein tüchtiger Mann, deutschgesinnt aber schroff und vielleicht mehr, als er selbst wußte, zugleich Bureaukrat, sprach es offen aus mit seiner gewöhnlichen Rücksichtslosigkeit, daß er glaube, daß es nur Wenige gebe, die in diesem Augenblicke die Aufhebung der Personal-Union wirklich wünschten.

Dagegen trat Claussen in einer seiner nachten und scharfen Rede auf: Er sagte zum ersten Mal in dieser Landes-Versammlung, daß Friedrich VII. durch Verletzung der Rechte des Volks seinen Thron verwirkt habe; daß die Herzogthümer, wenn sie daran nicht festhielten, offenbare Rebellen seyen; wie es vor Allem darauf ankomme, daß, weil ein entschiedener Schritt nicht möglich sey, auch kein präjudicialer geschehe.

Indessen überwog alle diese Gesichtspunkte die eine große Thatsache, daß die provisorische Regierung, die stets den König von Dänemark anerkannt hätte, niemals dieses Amendement bestätigen werde. Und doch kam auf diese Bestätigung Alles an.

Die Linke, in Erwägung dieser Sachlage zog daher jenes Amendement zurück, während über die einzelnen Passus abgestimmt, und der Satz angenommen wurde.

Dann wurde noch angenommen, daß der Herzog, so oft und so lange er sich außerhalb der Grenzen der Herzogthümer befinde, einen Statthalter einsetzen müsse, der zuvor einen Eid auf die Verfassung der Herzogthümer zu leisten habe.

Kurze Debatten fanden statt über die übrigen Punkte. Die Versammlung hatte allen Grund, in jeder Weise zu eilen; denn das Bessere durfte hier kein Feind des Guten seyn, wenn der ganze Zweck der eigentlichen Thätigkeit erreicht werden sollte.

Am Schlusse des Staats-Grundgesetzes fügte man noch den oben erwähnten Jensen'schen Antrag dazu; und schon am 8. September um 2 Uhr Mor-

gens war das Staatsgrundgesetz von der Versammlung angenommen.

Jetzt eilte der Kurier mit demselben nach Kopenhagen, um die Bestätigung desselben von der provisorischen Regierung zu erlangen; und man hatte auch erwartet, daß dieselbe sogleich erfolgen würde; allein, diese nahm keineswegs das Staatsgrundgesetz in Vausch und Bogen an.

Erst am 9. September Morgens kam die Antwort zurück, welche im Wesentlichen dahin lautete: daß die provisorische Regierung die Rechte des Landesherrn nicht weniger zu sichern verpflichtet sey, als die Rechte des Volks; daß diese Grenze in mehreren Artikeln überschritten sey, und besonders in der Beschränkung der Rechte des Herzogs bei Verträgen, bei der Entlassung des Statthalters und bei dem suspenfiven Veto.

Die provisorische Regierung schlug daher dafür eine andere, die Rechte des Landesherrn mehr bewahrende Verfassung vor, nachdem diese in dieser Zeit der Bewegung ein fester Anhaltspunkt sey, und erklärte zugleich, daß, wenn die Versammlung ihre Vorschläge annehme, das Regierungs-Mitglied Bremer die Vollmacht bei sich habe, sogleich die Verfassung im Namen der Regierung zu vollziehen.

Man konnte nun über die Nichtigkeit dieses Verfahrens verschiedener Meinung seyn; allein an eine Verzögerung war nicht zu denken.

Die Versammlung setzte sogleich einen Ausschuss nieder, der sich auf eine halbe Stunde zurückzog und den Bericht abstattete, worauf die Versammlung den Regierungs-Anträgen beistimmte.

Nun wurde das Gesetz in seiner Gesamtheit angenommen, und darauf von dem Regierungs-Mitgliede im Namen der Regierung vollzogen; dann am 15. September veröffentlicht.

So endete diese Einführung des Staatsgrundgesetzes, in welcher alle Partheien im Interesse des Ganzen mit großer Einmüthigkeit gewirkt hatten. Ein wichtiger Schritt war jedenfalls geschehen, und Viele gaben sich auch nun der Hoffnung hin, daß jetzt auch von Frankfurt aus dieses mutbige Vorgehen werde unterstützt werden; aber bitter sollte hier die Hoffnung täuschen; denn Alles was mit dem Staatsgrundgesetz gewonnen war, wurde durch die Vorgänge in Frankfurt theils wieder verloren, theils in Frage gestellt; und zum ersten Mal mußten jetzt die Herzogthümer ganz deutlich einsehen, daß sie sich allein überlassen sind.

Troßdem verloren sie aber den Muth noch nicht, was sie schon während der Zeit, als das Staatsgrundgesetz beraten und beschloffen wurde, bewiesen hatten. In Folge der Bestimmung des Waffenstillstandes sollte eine gemeinschaftliche Regierung niedergesetzt werden, die aus fünf notablen Männern des Landes bestehen, und nach dem Inhalte des Waffenstillstandes regieren würde.

Die dänische Politik, welche in der Aufhebung der Gesetze der provisorischen Regierung schon einen großen Vortheil über die Herzogthümer gewonnen hatte, dachte vermöge jenes Artikels, ihre Pläne zu

erfüllen, und zeigte sich ziemlich liberal in Beziehung auf die andern vier Mitglieder der Regierung; aber sie bestimmten als Oberhaupt derselben den Grafen Karl Moltke, den prinzipiellen Urheber alles Unglücks der neuesten Zeit.

So wie man nun dieses in den Herzogthümern in Erfahrung brachte, stieg aber auch die Erbitterung. Graf Moltke wagte es, sich nach Holstein zu einem vornehmen Freunde in der Nähe von Tzboe zu begeben, aber sogleich versammelten sich die Bürger und Bewohner der Stadt und zogen aus, um ihn als Landesfeind zu ergreifen, so daß er schleunigst über die Grenze des Landes sich flüchten mußte.

Auf ähnliche Weise ging es auch dem Lewetzow in Ploñ; endlich erklärten aber die vier notablen Männer, die man für die gemeinsame Regierung, bezeichnet hatte, daß sie auf keinen Fall weder unter Aufhebung aller Gesetze der provisorischen Regierung, noch unter einem solchen Präsidenten die Regierung des Landes übernehmen könnten.

Jetzt mußten die Mächte nach andern Mitgliedern suchen; allein es zeigte sich bald, daß unter diesen Bedingungen überhaupt kein Mann von Ansehen in den Herzogthümern sich finden werde, welcher die Regierung übernehme, und zwar, weder von der Rechten noch von der Linken Seite.

Mehrere, denen diese an sich so bedeutende Stellung angetragen ward, lehnten es ab; ja die Landes-Versammlung selbst erließ eine Erklärung an die Centralgewalt, worin sie eröffnete, daß das Land weder den Grafen Karl Moltke als Statthalter, noch die Aufhebung der provisorischen Gesetze, als eine Waffenstillstands-Bedingung annehmen könne.

Dieses Alles war vor der Frankfurter Debatte geschehen; Dänemark ward daher jetzt, da man doch das Ende des Kampfes in Frankfurt noch nicht vorhersehen konnte, zu neuen Verhandlungen bewogen, und weil alle Mächte einverstanden waren, weder Deutschland noch die Herzogthümer aufs Aeußerste treiben zu wollen, so mußte von Seite Dänemarks Graf Moltke aufgegeben, und die Aufhebung der Gesetze auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden.

Auf diese Weise gelang den Herzogthümern doch Etwas; jedoch der dänische Uebermuth gab Gelegenheit zu einem weiteren nachdrucksvollen Auftreten.

Das dänische Kabiner hielt nämlich die Preußen für gänzlich geschlagen, und die Herzogthümer für unfähig zu jedem Widerstande, und glaubte sich daher entscheidende Schritte erlauben zu dürfen.

Plötzlich begann also eine Reihe von dänischen Umtrieben, besonders im nördlichen Schleswig, welche die Sache der Herzogthümer in die äußerste Gefahr im Norden brachten.

In Dänemark wagte es sogar am 18. September eine königliche unmittlere Kommission für die gemeinsame Regierung der beiden Herzogthümer, bestehend aus Moltke, Johannsen, und einem Pastor Hansen, einzusetzen, ohne sich um die Einsetzung der zwei Andern, die nach dem Waffenstillstande erforderlich waren, weiter zu bekümmern.

Diese Immediat-Kommission, die offenbar ein fait accompli gegenüber dem Schwanken der Diplomatie bilden sollte, erließ auch eine Proklamation, in welcher sie die Regierungsgewalt der Herzogthümer für sich ausschließlich in Anspruch nahm.

Jetzt entstand großer Unmuth in der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung. Sie veröffentlichte, auf Antrag des frühern Kanzlei-Deputirten Rathgen, ein Manifest, worin sie sich aufs nachdrücklichste gegen die Anarchie, welche jene unmittelbare Kommission in die Verhältnisse der Herzogthümer zu bringen drohe, erklärte, und der provisorischen Regierung ihre volle Unterstützung versprach.

Es wurden Befehle gegeben, jedes Mitglied jener Kommission, welches von Alsen, wo sie residirte, auf das Festland herüberkommen werde, sofort polizeilich zu verhaften; ja selbst die Ritterschaft der Herzogthümer stellte eine förmliche Erklärung gegen die Immediat-Kommission und ein Vertrauens-Votum für die provisorische Regierung aus, und alle Maßregeln wurden ergriffen, um den Umtrieben zu steuern. Zugleich ward die Publikation des Staatsgrundgesetzes allenthalben vollzogen.

Gegen Ende September beschloß die Landes-Versammlung sogar, den Sitz der provisorischen Regierung von Rendsburg nach der Stadt Schleswig zu verlegen um ihrerseits Besitz von den Herzogthümern zu nehmen.

Endlich beschäftigte sich die Landes-Versammlung mit einem großen Eifer und einer Reihe von organischen Gesetzen, weil voraussichtlich die Gesetzgebende Gewalt während des Waffenstillstandes ruhen mußte; und da grundgesetzlich die Landes-Versammlung an demselben Orte tagen sollte, wo die Regierung war, so schloß dieselbe ihre Sitzung am 10. October in Kiel und ging gleichfalls nach Schleswig.

Freilich erhob sich dagegen eine heftige Opposition, denn Kiel war der einzige Ort, in welchem die öffentliche Meinung noch einen unmittelbaren Eindruck auf die Landes-Versammlung äußern konnte, während man in Schleswig um viele Meilen entfernter von Deutschland war.

Die Linke erklärte sich daher, wenn auch vergebens, gegen diesen Beschluß, der in mehrfacher Beziehung nicht heilsam gewirkt hat.

Indessen erschien die Landes-Versammlung am 12. October in Schleswig, und fing an hier ihre Sitzungen auf dem Schloß Gottorf zu halten.

Indessen war am 30. September der Reichs-Waffenstillstands-Kommissar Namens Stedmann in Rendsburg angekommen. Er hatte eine schwierige und in keinem Falle eine dankbare Aufgabe.

Zuerst mußte er versuchen, eine neue gemeinsame Regierung zu bilden, und zu dem Ende die Grenzen zwischen den deutschen und dänischen Forderungen einigermaßen ziehen. Darüber wurde im Geheimen viel hin und her verhandelt und man konnte nicht recht zu einem Beschlusse kommen.

Endlich war man einig, und jetzt ging Stedmann nach Schleswig, um die Einsetzung dieser Regierung zu betreiben.

Die Landes-Versammlung hatte, wie schon gesagt worden ist, sich das Recht vorbehalten, die Aenderung der Regierung nur mit ihrer Zustimmung zuzulassen zu wollen.

Am 18. October wurde nun der Befehl der Central-Gewalt der Landes-Versammlung mitgetheilt, nach welchem die provisorische Regierung ihre Gewalt niederzulegen, und an die neue Regierung abzutreten habe.

Die Landes-Versammlung setzte darüber einen Ausschuss nieder, *Stedmann* selbst richtete darauf ein Schreiben an die Landes-Versammlung, worin er in Erwägung brachte, daß die gesetzgebende Gewalt während des Waffenstillstandes ruhe und die Erwartung aussprach, daß die Versammlung sich trennen werde.

Die Landes-Versammlung im Gefühle, daß ihre Auflösung nahe sey, nahm noch rasch ein Gesetz über Einsetzung und Verantwortlichkeit der Minister an, und am 20. October wurde dann der Bericht abgestattet über den Brief und Antrag *Stedmann's*.

Die Majorität erklärte sich mit dem Eintreten der neuen Regierung einverstanden, und gab zugleich die Vertagung der Versammlung zu. Die Minorität, deren Berichterstatter *Th. Olshausen* war, beantragte im Wesentlichen, daß die Landes-Versammlung ihre Zustimmung zur Einsetzung der Regierung geben solle, unter der Bedingung, daß dieselbe erkläre, die herzogliche Gewalt nach dem Staatsgrundgesetz ausüben zu wollen.

Die Debatte, die sich daran knüpfte, war ernst, geschlossen, und ruhig; aber sie endete mit der völligen Niederlage der Linken.

Die Majorität lehnte den Minoritäts-Antrag ab, und der Majoritäts-Antrag wurde mit demselben Stimmenverhältniß angenommen, und die Vertagung der Landes-Versammlung gleichfalls beschlossen.

Nun traten die Mitglieder der provisorischen Regierung ab, und die neue gemeinschaftliche Regierung bestehend aus, *Th. Reventlow Jersbek*, *Woyfen*, *Baron Heintze*, *Graf Moltke* und *Preussner* wurde installiert oder eingesetzt.

Die erstere Regierung nahm Abschied vom Lande in einer angemessenen Proclamation; die zweite Regierung ließ sich in *Gottorf* nieder. Die Landes-Versammlung ging auseinander, und der erste Akt des schleswig-holsteinischen Krieges war zu Ende.

Der *Malmoer* Waffenstillstand war angenommen und vollzogen worden. Die deutsche National-Versammlung hatte sich stillschweigend unterworfen, Preußen war seinen Verpflichtungen nachgekommen; die Herzogthümer hatten endlich nachgegeben; Dänemarks Hilfsmittel waren ernstlich angegriffen; die europäischen Staaten fürchteten den Krieg; die Völker wünschten den Frieden; — und dennoch begleitete schon das erste Auftreten jener gemeinsamen Regierung das Gefühl, daß an einen solchen Frieden durchaus nicht zu denken seyn werde.

Will man die folgenden Ereignisse sich klar machen, so muß man sich von den allgemeinen Grün-

den, welche jenes Gefühl hervorriefen, Rechenschaft ablegen.

In der That war dasselbe ein wohlbegründetes; es wiederholt sich fast immer die Erscheinung, daß ein solches Gefühl um so richtiger ist, je weniger es klar wird.

Und ähnlich war der Zustand der Dinge in jener Zeit und in den Monaten, die ihr folgten. Zuerst ist es hier nothwendig, die Lage der einzelnen Mächte beim Beginn der gemeinsamen Regierung, und dann den Weg, den sie einschlugen, zu betrachten.

Preußen, zunächst die Macht, auf welche Alles ankam, stand am Ende des Jahres 1848 durchaus anders zur schleswig-holsteinischen Frage, als am Anfang desselben.

Während des ganzen Krieges und auch noch während der Verhandlungen über den Waffenstillstand, war es stets aufgetreten im Namen Deutschlands. Es hatte, wo seine Stellung schwierig ward, stets seine Verpflichtungen gegen Deutschland, die europäischen Gefahren, welche aus einer Vernachlässigung derselben entstehen konnte, die Nothwendigkeit, die Sachen in Deutschland nicht aufs Aeußerste zu treiben, vorgeschoben.

Die Nachgiebigkeit gegen Preußen in dieser ganzen Angelegenheit war daher eine Feindseligkeit gegen das deutsche Reich gewesen.

Jetzt aber hatten die Großmächte mit Preußen erreicht, was sie wollten. Das deutsche Reich hatte offenkundig kein Gewicht mehr, und die großen Reden so wie die Beschlüsse in Frankfurt löstten Niemanden mehr eine Besorgniß ein.

Das neue Element des europäischen Staatensystems, die deutsche Macht war gebrochen, und für die europäische Diplomatie war derselbe Zustand eingetreten, wie er es vor dem Jahre 1848 war.

Es waren mithin alle Schwierigkeiten der schleswig-holsteinischen Frage neu entstanden, und Preußen hatte sie, nachdem es fortfuhr im Namen des deutschen Bundes weiter zu verhandeln, Alle, und zwar jetzt Alle allein übernommen.

In Preußens Händen hatten sich dieselben nun aber verdoppelt; denn Preußen war im vollständigen faktischen Besitze der Herzogthümer.

Sein Einfluß bei der Gemeinsamen Regierung war entschieden überwiegend; es hatte das ganze Heerwesen der Herzogthümer in seine Hand genommen; es schloß die Vertretung derselben nach Außen hin gänzlich aus, und verhandelte ganz allein mit den übrigen Mächten.

Zugleich schien es damals, als ob der Rest des Einflusses, den das deutsche Parlament behalten hatte, allein zu Gunsten Preußens verwendet werden würde.

Man fing an, an einen preussisch-deutschen Kaiser zu denken; und so war es natürlich, daß die Großmächte anfangen, nicht mehr eine Einverleibung der Herzogthümer in Deutschland und das Uebergewicht des Letztern im Norden, sondern eine Einverleibung derselben in Preußen, und eine allgemeine Uebermacht dieses Staates zu fürchten.

Auf diese Weise entstand die Konstellation, von welcher schon früher gesagt worden ist. Preußen war in der schleswig-holsteinischen Frage gänzlich isolirt, und hatte allein den Druck aller andern Mächte, die kein Uebergehen Schleswig-Holsteins an eine einzelne Großmacht wollten, zu ertragen.

Indem nun zu gleicher Zeit durch die fortschreitende Schwächung der deutschen National-Versammlung die einzelnen deutschen Regierungen mehr und mehr zur Selbstständigkeit kamen, lief Preußen immer entschiedener Gefahr, im Falle eines Krieges auch von diesen halb oder ganz verlassen zu werden.

Endlich aber konnte es bei der ausgesprochenen Abneigung jener Mächte, unmöglich auf einen Erwerb der Herzogthümer rechnen; es konnte aber andererseits dieselben nicht untergehen lassen. So begann nun jene peinliche Lage Preußens, in welche es sich bereits während des ersten Krieges mit Dänemark versetzt hatte, immer deutlicher hervorzutreten.

Unter diesen Umständen hatte Preußen ganz offenbar nur ein Mittel zu einem günstigen Ausgange in seiner Politik zu kommen. Da nach dem Falle Deutschlands, die Gegnerschaft der Großmächte sich noch wesentlich dieserwegen gegen Preußen wendete weil jene fürchteten, daß Preußen die Herzogthümer, und damit die Herrschaft über die Ostsee und den deutschen Handel im Westen durch die Beherrschung der Elbe an sich ziehen werde, so mußte es, nachdem es gegen den Willen der Großmächte diese Herzogthümer doch nicht für sich behalten, und sie eben so wenig direkt an Dänemark überliefern konnte, mit aller Kraft dahin streben, die Herzogthümer auf eigenen Füßen stehen und handeln zu lassen, und dabei statt der Rolle der allein handelnden Macht, vielmehr die Rolle eines unbertheiligten Vermittlers zu übernehmen.

Dieses war der einzige verständige Ausweg für die preussische Politik, denn die Folge konnte nur eine doppelte seyn. Entweder die Herzogthümer unterwarfen sich, freiwillig schon gezwungen der dänischen Gewalt, und dann blieb es für Preußen leicht, von den siegenden Dänen, die doch ihren deutschen Gegnern kaum gewachsen waren, die Herstellung des status quo ante nach dem Bundes-Beschluß vom Jahre 1846 zu erreichen.

Damit hätte Preußen in diesem Falle die Dankbarkeit der Herzogthümer erworben, die jedenfalls Schlimmeres von Dänemark zu fürchten hatten.

Oder die Dänen würden von den Schleswig-Holsteinern besiegt; und dann konnte Preußen leicht den Forderungen der letztern den entscheidenden Nachdruck geben.

In beiden Fällen hätte es die Sache in seiner Hand gehabt, denn in beiden Fällen hätte es als Leiter der ganzen Bewegung, den Dank und die Unterstützung der Großmächte um so gewisser erworben, je weniger es für sich selbst erwerben zu wollen schien. Von dieser Politik begriff man aber in Preußen nur die Hälfte.

Man erkannte allerdings, daß der sicherste und einzige Verbündete der preussischen Macht eben die

Herzogthümer selbst seyn würden, und daß es daher vor Allem darauf ankomme, die Kraft dieser Herzogthümer zu wecken und zu ordnen. Man wollte aber um keinen Preis diese Herzogthümer sich selbst überlassen, aus Furcht, daß die Herzogthümer zu weit gehen möchten.

So verlor man sowohl die Zuneigung der Herzogthümer als das Vertrauen der Großmächte; und Alles, was in letzter Beziehung Preußen verlor, das gewann Dänemark.

In Dänemark nämlich, waren die Verständigen über den erreichten Waffenstillstand so wie über den Gang der Dinge ungemein froh. Jedermann begriff, daß Preußen gänzlich geschlagen sey.

Die Ausdehnung des Waffenstillstandes auf die sieben Winter-Monate, in welchen Dänemark keinen Gebrauch von seinen Schiffen machen konnte, die Aufhebung der gesetzgeberischen Thätigkeit in den Herzogthümern, die eine innigere Verbindung der Herzogthümer durch die legislativen Maßnahmen unmöglich machte, der dauernde Besitz von Alsen, durch welchen man die ganze Ostküste beherrschte, und endlich die Bewältigung aller demokratischen Bewegung in den Herzogthümern, Alles dieses gab den Dänen eine ungemein vortheilhafte Stellung.

Doch dieses Alles war keineswegs das Wichtigste; denn weit über das Gegenwärtige hinaus gingen die folgenden Erwägungen. Bisber hatte Preußen in Deutschlands Namen gehandelt, die Verantwortlichkeit seiner Schritte auf Deutschland schieben, und eine selbstständige diplomatische Stellung neben Deutschland einnehmen können.

Dieses Eine war künftig fast unmöglich geworden. Alles was Preußen von jetzt an für die Herzogthümer that, mußte erscheinen als ein mehr oder weniger deutlicher Versuch, sich in seinem eigenen Namen der Herzogthümer zu bemächtigen.

Dänemark wußte, daß niemals die Großmächte einen solchen Versuch zugeben würden. Es schien daher in seinem Kampfe gegen die Herzogthümer vielmehr gegen die Länderucht Preußens, als gegen die Herzogthümer zu kämpfen.

Es konnte andererseits sicher darauf rechnen, daß es die Großmächte bei jedem ernstlichen Angriffe von Preußen mit aller Kraft unterstützen würden. Es mußte sich allerdings vollkommen außer Stande fühlen, dem Stöße der deutschen Macht, auch nur irgend einen erheblichen Widerstand entgegen zu setzen; allein es wußte mit gleicher Bestimmtheit, daß die Großmächte niemals eine Besetzung Jütlands zugestehen würden.

Es konnte daher mit der größten Ruhe einen wiederausbrechenden Kriege entgegen sehen, besonders, da man in Dänemark keineswegs die militärische Kraft der Herzogthümer selbst recht hoch anschlug. Es wußte, daß Preußen in jedem Falle werde nachgeben müssen. Und endlich kannte man in Kopenhagen recht gut die Stimmung der entscheidenden Elemente in Berlin.

Man wußte, daß ein großer Theil der Nation unter dem Wiederausbruche des Krieges sehr erheblich leiden, und daher sich demselben sehr abgeneigt zeigen werde.

Man mußte aber gleichfalls, daß in Preußen eine andere Parthei in jeder Weise gegen die Herzogthümer eingenommen und bereit sey, Alles zu thun, um die Sache dieser Lande an den Rand des Verderbens zu bringen.

Allerdings durfte im Jahre 1848 diese Parthei nicht wagen, so laut und offen hervorzutreten wie im Jahre 1849; aber im Geheimen wirkte sie darum nicht weniger.

Dieses war die Parthei des absoluten Königthums, als deren Organ die Neue Preussische Zeitung galt. Diese Parthei erklärte geradezu die ganze schleswig-holsteinische Sache für eine Rebellion, erklärte ohne Bedenken, daß es eine Schmach für die preussische Regierung sey, dem Aufruhr zu dienen, forderte die Einsetzung des Königs in Schleswig und das Aufgeben aller preussischen Unterstützung, und lähmte damit die doch so nothwendige Energie der preussischen Politik.

Wenn die frühern Erwägungen dem dänischen Kabinete die Gewißheit gaben, daß Preußen seinen Sieg über die Dänen nicht zur Bewältigung Dänemarks benutzen werde, und zu benutzen im Stande ist, so ließ der Haß dieser Parthei, der in dem Maße stieg, in welchem jene Angelegenheit verwickelter wurde, die Ueberzeugung zu, daß selbst die Kriegsführung für Dänemark niemals recht gefährlich werden könne.

Fast man dieses Alles zusammen, so war es bereits am Ende des Jahres 1848 klar, daß Preußen im Kriege gegen Dänemark nach Ablauf des Waffenstillstandes durchaus keinen günstigen Erfolg zu gewärtigen habe. Und schon darum, wegen dieser Geheimen, aber doch am Ende unleugbaren Ohnmacht Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage, Dänemark gegenüber, blieb es wahrscheinlich, daß Dänemark den Krieg seiner Zeit wieder beginnen, daß Preußen ihn in jeder Beziehung gern vermeiden werde.

Allein die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs dieses Krieges stieg durch ein zweites Moment. Dänemarks Grundforderung war die Trennung Schleswigs von Holstein, und die Einverleibung Schleswigs in Dänemark.

Es mußte ein Todfeind jeder Einrichtung seyn, welche diese Trennung und diese Einverleibung schwieriger machte.

Man war allerdings durch den Waffenstillstand die gesetzgeberische Thätigkeit der schleswig-holsteinischen Oberbehörde gehemmt; allein es bestand doch einmal als Thatsache, eine Gemeinsame schleswig-holsteinische Regierung, und diese Regierung hatte das ganze vereinte Beamten-Personal der Herzogthümer unter ihrer Hand, neben sich die vereinte schleswig-holsteinische Landes-Versammlung.

Die Einheit der Herzogthümer war mithin eine Thatsache, und jede Thatsache ist unter solchen Verhältnissen eine Macht.

Blieb diese Thatsache der Einheit der Herzogthümer, so ward die Trennung derselben, die Verbindung Schleswigs mit Dänemark immer unwahrscheinlicher und immer schwieriger.

Wenn Dänemark also diesen Zustand bestehen ließ, so entfernte es sich fast täglich mehr von seinem eigentlichen Ziele. Der Waffenstillstand, obwohl nicht positiv günstig für die Herzogthümer, erwies sich so entschieden ungünstig für Dänemark, und selbst bei schwierigern Verhältnissen im Falle eines Krieges, mußte Dänemark, wenn es Schleswig nicht aufgeben wollte, um jeden Preis diesen Waffenstillstand so viel als möglich zu vernichten suchen, in jedem Falle aber ihn bei seinem Ablaufe kündigen. Dazu nun endlich kam ein Drittes, zwar nicht offen Hervortretendes aber doch Entscheidendes.

Während des ganzen Jahrs 1848, hatte Rußland, Preußens absolutistischer Nachbar, mit großen Bedenken den beiden Angelpunkten zusehen, auf welchen sich die preussische Politik dieser Epoche bewegte; einerseits den Versuchen derselben, sich immer mächtiger in Deutschland zu machen, andererseits der konstitutionellen Entwicklung seiner Verfassung.

Rußland mußte es nur zu gut, wie schwach es ist, dem preussischen Staate gegenüber, wenn derselbe ernstlich will.

Es mußte daher um jeden Preis suchen, diesem preussischen Rivalen seines ganzen Einflusses im Norden mit allen Mitteln zu bekämpfen. So lange das ganze Deutschland in wilder Aufregung war, durfte Rußland nicht wagen, überhaupt nur ein Wort mitzureden; aber kaum merkte es, daß die Einigung der Deutschen im Abnehmen begriffen sey, als es auch schon bereit stand, mit seinem ganzen Nachdrucke sich der Sache zu bemächtigen.

In Petersburg ward Niemand im Zweifel darüber, daß Preußen sich durch die Art und Weise, wie es die Sache der Herzogthümer führte, in eine ausganglose, höchst verderbliche Politik eingelassen habe. Preußen hatte allen seinen Einfluß in Dänemark verloren, und es stand ihm bevor, auch in Schweden nichts mehr zu gelten.

Seine Vertbeidigung der Rechte der Herzogthümer war der letzte Punkt, durch dem es seine frühere Bedeutung im Norden festhielt; sie war zugleich das einzige Gebieth, auf welchem Preußen sich noch nach Außen als Verteter des ganzen Deutschland beschäftigen konnte.

Wollte man nun Preußen um den Rest seiner Bedeutung bringen, so durfte man nur Dänemark anspornen, die ganze preussische Vermittlung auf alle Weise zu misachten, und mit jedem zulässigen Hohne von sich zu weisen; und endlich den Krieg mit Preußen wieder zu beginnen.

Man konnte mit mathematischer Gewißheit vorher berechnen, daß Preußen vielleicht einen Sieg erkämpfen, aber gewiß den erfochtenen Sieg wieder aufgeben werde; man konnte Dänemark in der Niederlage Preußens den Sieg seiner eigenen Sache zeigen; und auf diese Weise künftighin die ganze Unfähigkeit des preussischen Kabinetts in den Angelegenheiten des Nordens selbstständig mitsprechen; vor aller Welt Augen und besonders für die dänische und schwedische Macht dokumentiren.

Fällt aber Preußen weg aus der Zahl der Mächte im Norden, so blieb Rußland fast ohne sein Zutun die Hauptmacht auf der Ostsee; Preußen mußte, in der schleswig-holsteinischen Sache gänzlich geschlagen, jetzt sich allein nach dem Innern Deutschlands wenden, und dann hatte Rußland was es wollte; die herrschende Stellung im Kopenhagener-Kabinet.

Das Testament Peter des Großen hatte damit einen wesentlichen Schritt seiner Verwirklichung entgegen gethan; Alles, was Preußen verlor, fiel Rußland in die offenen Hände. Es brauchte nur Dänemark zum Kriege zu reizen; und dieses Dänemark war nur zu gerne bereit, ja fast gezwungen dazu, der Uebereinstimmung seiner eigenen Wünsche mit denen von Rußland nachzugeben.

So geschah es, daß auch nach dem abgeschlossenen Waffenstillstande von Seiten Dänemarks keinen Augenblick an Frieden gedacht ward.

Dieses alles sah man in Preußen allerdings recht wohl ein; und so schwer auch der Haß der Reaktion auf der preussischen Theilnahme an der schleswig-holsteinischen Sache lastete, so konnte man sich doch nicht ganz zurückziehen.

Der Weg aber, den Preußen jetzt, und zwar nach dem Abschluß des Waffenstillstandes einschlug, trug ganz den Charakter jener unseligen, halben Politik, die es von jeher befolgt hatte.

Es suchte zuerst den Waffenstillstand durch äußerste Nachgiebigkeit gegen Dänemark zu einem Frieden zu machen; dieses hatte aber nur zur Folge, daß in den Herzogthümern das Vertrauen auf Preußen in Dänemark, die Achtung vor demselben mehr litt, als selbst für den nächsten Zweck, der Abschluß jenes Friedens, eben gut war.

In dem Gefühle nun, daß es dem Frieden mit einem unerreichbaren Schatten nachlaufe, und daß der Krieg das Ende des Waffenstillstandes seyn werde, beschloß es, die Herzogthümer selbst zu rüsten.

Wieder aber geschah dieses in solcher Weise, daß auf's Neue die Furcht entstand, die Herzogthümer würden am Ende eine preussische Provinz werden.

Abgesehen von der wachsenden Abneigung der Schleswig-Holsteiner gegen die Preussische-Politik, brachte diese Rüstung Preußens nichts ein, als die größere Aufmerksamkeit der Großmächte auf sein Benehmen in den Herzogthümern, und die entstehende Meinung, wie es am Ende für das europäische Gleichgewicht besser seyn werde, wenn die Herzogthümer wieder an Dänemark kommen würden, als daß sie an Preußen fallen sollten.

So richteten sich alle Elemente gegen Preußen; und die Lage der Dinge zeigte schon im Jahre 1848, daß einerseits der Krieg durch die politische Lage Dänemarks, andererseits die Niederlage der Herzogthümer durch die politischen Verhältnisse Preußens ganz unvermeidlich wären.

Freilich sahen dieses damals nur Wenige ein; denn die deutschen Politiker gehörten der Mehrzahl nach nicht zu denjenigen, deren Blick gar zu weit trägt.

Die Wenigen aber, die laut und offen sich aussprachen, die das Verhältniß, in welches Preußen sich

und die Herzogthümer gebracht hatte, beklagten, und trotz der schon bestehenden preussischen und der rasch emporwachsenden schleswig-holsteinischen militärischen Macht, welche schon allein den Dänen überlegen schien, doch immer und immer wieder, während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes, wie während der glänzenden Siege der schleswig-holsteinischen Truppen, ein klagvolles Ende vorhergesagten, wurden verlacht, und von Vielen sogar verklagt.

Dieses war die allgemeine Lage der Verhältnisse beim Eintreten des Waffenstillstandes; und wird nun leicht sowohl dasjenige, was während dieses Waffenstillstandes, als was während des Krieges im Jahre 1849 geschah, verständlich machen.

Am 22. October 1848 war, wie schon gesagt worden ist, in den Herzogthümern die neue gemeinsame Regierung an die Stelle der provisorischen Regierung getreten.

Diese Majorität derselben bestand allerdings aus Mitgliedern der hohen Aristokratie des Landes; allein so entschieden diese Männer waren, gegen die Demokratie in aller Weise aufzutreten, eben so entschieden waren sie, die Rechte und die Zukunft der Herzogthümer gegen Dänemark zu vertheidigen.

Sie vertraten den eigentlichen Charakter des Adels in Schleswig-Holstein; und wenn sie auch für innere Entwicklung des Landes nichts thaten, so waren sie doch stets voran, wo es galt den dänischen Uebergriffen abzuwehren.

Ihre Stellung war also keine leichte, denn sie wurden und dieses mit einem vollen Rechte, von der Demokratie des Landes mit einem großen Mißtrauen betrachtet, und konnten, als ihr wesentlich feindlich gesinnt, angesehen werden.

Dieses nahm ihnen besonders in seiner Zeit einen großen Theil ihres Halts im Lande. Andererseits waren ihnen auch in Gesetzgebung und Verwaltung die Hände gebunden.

Endlich aber gingen diese Männer von dem gemeinschaftlichen Grundsatz aus, daß man in Preußen allein die Hoffnung für die Herzogthümer zu suchen habe. Natürlich ward es ihnen dadurch fast unmöglich, etwas Bestimmtes zu thun. Sie hatten nur negativ gewirkt in Abwehr gegen Dänemark, und hier freilich fing ihre Aufgabe immer schwieriger zu werden an.

Gleich bei ihrem Antritt, noch am 22. October 1848 erließ die gemeinsame Regierung eine Bekanntmachung, durch welche sie die bisherigen Verordnungen der provisorischen Regierung, deren administrative Maßnahmen, besonders aber das Staatsgrundgesetz als gültig anerkannten.

Zugleich wurde von ihr der Präsident der Landes-Versammlung, Namens Bargum, als ihr außerordentlicher Kommissär nach dem Norden der Herzogthümer abgeschickt.

Raum erfuhr man aber dieses in Kopenhagen, als der dänische Waffenstillstands-Kommissär, der Kammerherr Reedtz, sich sogleich an den deutschen Kommissär Stedmann wendete, und ihm Vorstellungen

machte, nachdem er ihn einlud, zu weitem Bespre-
chungen nach Kopenhagen zu kommen.

Stedmann war unzweifelhaft ein vortreffli-
cher Mann, aber nicht in der Welt weniger als ein
Diplomat. Er hätte voraussehen müssen, daß jede
derartige Verbindung mit Kopenhagen seinen Einfluß
in den Herzogthümern vernichten und die Achtung von
der Festigkeit der preussischen Diplomatie in Kopen-
hagen sehr wenig befördern werde. Er sah aber dieses
nicht ein und ging nach Kopenhagen.

Hier vereinbarte er mit Needt; ein gemein-
schaftliches Schreiben an die gemeinsame Regierung
des Inhalts, daß während des Waffenstillstandes nichts
dem Frieden Präjudicialisches geschehen dürfe, und die
beiden Kommissäre sich gegen die Rechtsgiltigkeit aller
präjudizirlichen Bestimmungen erklären müssen.

Besonders aber müsse man diese Erklärung ge-
gen die Aufrechterhaltung der vier Verordnungen der
provisorischen Regierung richten; über die Wahl zur
deutschen National-Versammlung vom 18. April; über
das Verbot der dänischen Farben »Kofarden« vom
23. September; über den Schutz der schleswig-holstei-
nischen Schiffe im Auslande vom 30. September;
und über die schleswig-holsteinische Handels-Flagge vom
21. October.

Eben so müsse man protestiren gegen das Staats-
grundgesetz im Allgemeinen, besonders gegen den Ar-
tikel I. den untheilbaren und untrennbaren Staat
Schleswig-Holstein betreffend, dann die Artikel 3.
55 und 140.

Die gemeinsame Regierung antwortete darauf
am 3. November: Da sie die Giltigkeit unter Vorbe-
halt der definitiven Bestätigung durch den Frieden an-
erkannt habe, so könne durch jene Erklärung der Kom-
missäre der Rechtszustand jener Verordnungen nicht
als beeinträchtigt angesehen werden.

Stedmann replizierte an demselben Tage fast
ganz unverständlich: Alle Verordnungen und Gesetze
der preussischen Regierung seyen einmal durch die Ar-
tikel 7. und 11. des Waffenstillstandes ohne Ausnah-
me ungiltig; er werde den Inhalt der Verträge heilig
halten, wolle aber, »Alles thatsächlich und unvorgreif-
lich als Verwaltungsmaßregel gelten lassen, was die
hohe Regierung anordnen werde.«

Damit war man natürlich um keinen Schritt
weiter gekommen; aber die Dänen hatten jetzt, da
die gemeinsame Regierung besonders das Staatsgrund-
gesetz anerkannt hatte und Ausübung erhielt, einen Vor-
wand, diese Regierung selbst anzugreifen, und die
preussische Politik in Beziehung auf die Herzogthü-
mer als eine unzuverlässige darzustellen.

Die Schleswig-Holsteiner dagegen hatten einen
guten Grund an einer Politik zu zweifeln, die ihr
Staatsgrundgesetz als bloße Verwaltungsmaßregel gel-
ten lassen, und mit den Dänen im besten Einverneh-
men stehen wollte.

So setzte Stedmann, um hier einen be-
zeichnenden Ausdruck zu gebrauchen zwischen zwei
Stühlen nieder.

Der Unmuth über dieses Benehmen eines Man-
nes, der sicher seinem Gewissen nach handelte, der

aber doch als ein deutscher und nicht als ein preussi-
scher Kommissär betrachtet wurde, stieg in den Her-
zogthümern von Tag zu Tag.

Man warf ihm Schwäche des Charakters, Nach-
giebigkeit gegen dänischen Uebermuth, und endlich so-
gar geheimes Einverständnis mit Dänemark vor.

Der Unwille der Herzogthümer ging so weit, daß
bereits in der Mitte des Monats November von meh-
reren Orten, besonders aus Schleswig, Petitionen nach
Frankfurt abgingen, welche die Rückberufung dessel-
ben verlangten.

Natürlich führten diese Bitten zu Nichts, denn
es lag ja nicht in der Person Stedmanns, wenn
die Lage der Herzogthümer schwieriger ward.

Während die Letztern den kleinen Krieg mit dem
Kommissär Stedmann führten, bereitete sich auf
einem andern Gebiete ein großer Kampf gegen Preu-
ßen vor.

In Kopenhagen hatte bis dahin das März-Mi-
nisterium an der Spitze der Geschäfte gestanden. Aller-
dings besaß dieses Ministerium in Orla Lehmann
einen höchst thätigen und gewandten Agenten seiner
auswärtigen Diplomatie, in Eschering einen wahr-
haft genialen Kriegs-Minister, und Dänemark hatte die-
sen beiden Männern keinen geringen Theil seiner Er-
folge gegen Preußen im Jahre 1848 zu verdanken.

Alein dieses Ministerium hatte zugleich große
und mächtige Feinde im Lande so wie auswärts. Im
Lande standen ihm die Trümmer der alten Bureau-
kratie gegenüber, die es nicht vergessen konnten, daß
plötzlich jene Männer, aus dem Nichts aufgetaucht,
die höchsten Stellen des Landes für sich in Anspruch
genommen und die Bildung einer freien Verfassung
unterstützt und geleitet hatten.

In Preußen und England aber hielt man das
Ministerium für ziemlich intractable, während es in
Rußland prinzipiell gehaßt wurde, und man hier vor-
aussetzte, daß man bei einem andern Ministerium je-
denfalls in Kopenhagen einen bedeutend größern Ein-
fluß erlangen werde.

So geschah es, daß nach dem vollendeten Waf-
fenstillstande alle Kräfte sich vereinigten, das Mini-
sterium Eschering-Lehmann zu stürzen, und
dieses Vorhaben gelang auch sogleich bei der Eröff-
nung des neuen Reichstags.

Das neue Ministerium trat jedoch in Beziehung
auf die Herzogthümer wesentlich in die Fußstapfen des
früheren, und die preussische Politik hatte sich wieder be-
schäftigt. Die Rede des neuen Minister-Präsidenten
qualifizierte die Erhebung der Herzogthümer als eine
Verschwörung, und stellte die bestimmtesten Maßre-
geln in Aussicht.

Es war vergeblich, daß Preußen sich Mühe gab,
seinen alten Einfluß in Dänemark wieder zu erlan-
gen, wogegen jetzt Rußland zum ersten Mal mit gro-
ßer Klugheit handelnd auftrat. Von dieser Zeit an
beherrschte Rußland die dänische Politik, und der
Verlauf der Dinge in der Diplomatie gab bald sehr
deutliche Anzeichen davon.

Seit der Ausführung des Waffenstillstandes hatte
Preußen es für seine Hauptaufgabe gehalten, einen

Frieden anzubahnen, in der Erkenntniß, daß der Waffenstillstand es in eine höchst unbequeme Stellung gebracht habe.

Wenn in dieser Zeit Dänemark auf keine Unterstützung hätte rechnen können, so würde es haben nachgeben müssen. Allein man war in Kopenhagen über die Meinung Rußlands nur zu gut unterrichtet.

Es kam Rußland nicht etwa bloß darauf an, Preußen durch Verwerfung aller seiner Friedens-Vorschläge zur Erneuerung eines Kriegs zu zwingen, in dem es durchaus zu keinem günstigen Ende kommen konnte; Rußland wollte vielmehr, Preußen während des Waffenstillstandes in den Augen der europäischen Diplomatie, und besonders in den Augen Deutschlands so tief herabsetzen, als irgend möglich ist, um die Vereinigung Deutschlands unter preussischer Oberhoheit unmöglich zu machen.

Diesen Plan verfolgte es nun vor Allem dadurch, daß es das neue dänische Kabinet reizte, alle Friedens-Vorschläge zu verwerfen, die ungemessensten Vorschläge zu machen, und namentlich die gemeinsame Regierung, die man ohnehin in Dänemark recht herzlich haßte, auf alle Weise anzugreifen.

So entstanden bald allerlei Störungen und Verkehr zwischen den Herzogthümern und Dänemark. Man ließ die Abgeordneten zu den Unterhandlungen, die in London gegen Ende des Monats November wieder, wenn auch nur in sehr lauer Weise, ihren Anfang nahmen, gar nicht zu, und während der preussische General Bonin durch große Härte gegen einzelne freisinnige Bewegungen im schleswig-holsteinischen Heere sich die Stimmung eines Theils der Bevölkerung sehr entfremdete, versuchten die dänischen Diplomaten, an allen Höfen die Herzogthümer als bloße Auführer, als verführt von einigen Advokaten und Professoren, besonders aber das Herzogthum Schleswig als wesentlich dänisch gesinnt darzustellen.

Zu gleicher Zeit begannen die dänischen Umtriebe im Norden Schlesiens, mit Einschüchterung der dortigen Deutschen, Verbindung der Dänen, dann Drohungen und Schwähungen aller Art.

Wenig half es dagegen, daß die gemeinsame Regierung ein Memoire zirkuliren ließ, worin sie die Ungerechtigkeiten der Dänen darstellte, daß die Demokratie sich in Vereinen, der Bürgerstand sich in Adressen, die allgemeine Stimmung in einem großen Unmuth Kund gab; denn während in den Herzogthümern selbst die Reaktion ihr Haupt täglich höher hob, und einige zwar unbesonnene aber gewiß nicht böswillige junge Leute, wegen einer an die Berliner-Druppen erlassenen Adresse ins Zuchthaus gesteckt, und harte Urtheile über eine Pionnier-Abtheilung, die sich in einem gleichen Sinne ausgesprochen hatte, vollzogen wurden, erschien plötzlich eine Proklamation des Königs von Dänemark vom 15. Dezember, worin er nach Anführung, wie die gemeinsame Regierung die Voraussetzungen, unter welchen sie eingesetzt, nicht erfüllt, und trotz der beiden Kommissäre Dänemarks und der deutschen Centralgewalt in einem offenkundigen Bruch der wesentlichsten Bestimmungen des Waffenstillstandes fortfahre, sich gegen den Ausbruch sei-

nes Namens durch die Regierung feierlichst verwahrte. »Wir können — heißt es in der Proklamation weiter — im gegenwärtigen Augenblick, besonders in Rücksicht auf das eigene Wohl der Herzogthümer Uns nicht entschließen, anders als auf dem Wege der Unterhandlungen diesen Mißbrauch der Macht zu hindern, und den geseglichen Zustand der Dinge wieder herzustellen.«

»Bis dahin, was nicht lange dauern werde, macht der König jedem seiner getreuen Unterthanen in Schleswig — der aus zwingender Nothwendigkeit und der für den Augenblick herrschenden Macht nachgibt, — die Zusage, daß solches nothgedrungene Nachgeben in keiner Weise als eine ihrerseitige Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Gewaltmacht, und als ein Abfall von Pflicht und Eid betrachtet werden soll.«

Die gemeinsame Regierung antwortete hierauf in einer andern Proklamation vom 23. Dezember, worin sie klagt, daß »ihr Streben völlig verkennt worden sey, und zugleich erklärt, daß sie — mit der ganzen Machtvollkommenheit des Landesherren ausgerüthet, die ihr legitim übertragene Gewalt zum Schutze gegen jeden faktischen Eingriff mit Kraft und Besonnenheit geltend zu machen wissen werde.

Dieses Alles hatte keineswegs den Anschein einer friedlichen Verständigung; allein es kam doch am Ende wenig auf die gemeinsame Regierung an, und Jedermann begriff, daß dieses ganze Verfahren wesentlich gegen Preußen gerichtet sey.

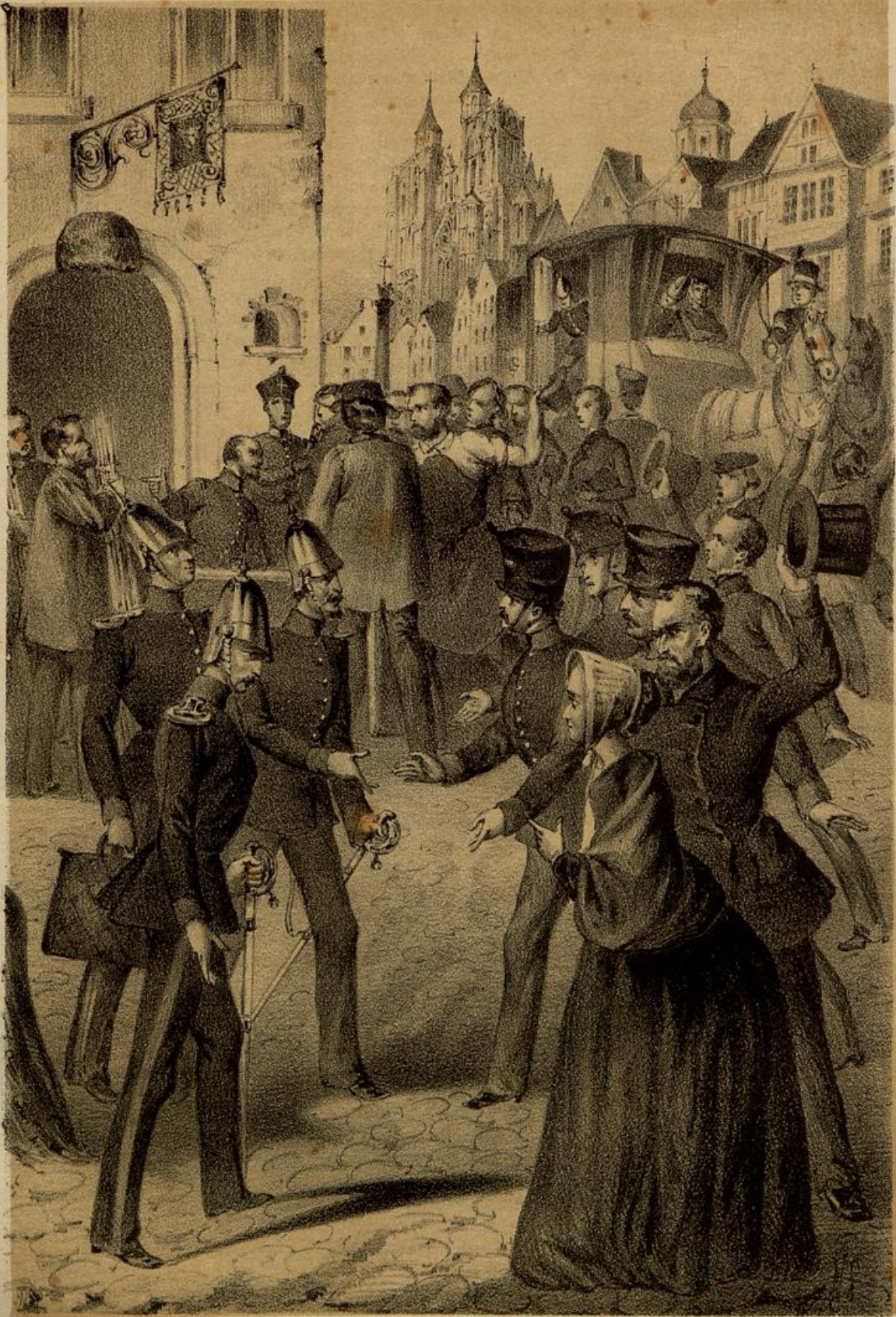
Preußen aber war in einer schwierigen Lage. Das Auftreten der gemeinsamen Regierung, die entschiedener an den Gesetzen der provisorischen Regierung festhielt, und das eben so entschiedene Festhalten Dänemarks an den allerdings leicht zweifelhaften Bestimmungen der Konvention von Malmoe setzten das preussische Kabinet in die höchst mißliche Alternative, entweder gegen die gemeinsame Regierung oder gegen Dänemark vorgehen zu müssen.

Das Erstere hätte sein Ansehen im ganzen Norden auf immer gebrochen, und am Ende doch auch den Zerfall mit Frankfurt früher herbeigeführt, als man es in Berlin wünschte; das Andere hätte Preußen in einen ganz ziellosen Krieg gestürzt.

Es suchte daher mit allen Mitteln eine Verständigung, besonders in London, und Bunsen ließ es weder an Thätigkeit noch an Geschicklichkeit fehlen.

Aber Dänemark blieb bei seinem hochfahrenden Tone. Es genügte sogar dem dänischen Kabinete nicht, daß, als die schleswig-holsteinische Landes-Versammlung am Schlusse des Monats Dezember zusammen kommen mußte, um das Budget, nämlich die Finanzberechnung für das nächste Jahr zu bewilligen; Stedmann in einem eigenen Schreiben sehr bestimmt erklärte, daß zwar die Reichsgewalt die gemeinsame Regierung stets als die gesetzmäßige Behörde anerkenne, daß sie aber die Proteste des Reichs-Kommissärs gegen die Erklärung dieser Regierung in Beziehung auf die Gültigkeit der Gesetze vollkommen billige, und daß die bevorstehende Landes-Versammlung sich nicht mit der Proklamation Sr. Majestät des Königs von Dänemark und den militärischen Maß-





L'armamento dell'armata Selsvich Olasziana.

A felkészület a schleswig-holsteini seregnek.

Die Ausrüstung der schleswig-holstein'schen Arme.

regeln auf der Insel Usien befassen, und namentlich keinen Akt gesetzgeberischer Thätigkeit ausüben dürfe.

Die Landes-Versammlung am 27. Dezember eröffnet, fügte sich, wenn auch widerstrebend in dem Gefühle, daß jeder Widerstand die Lage der Dinge nur verschlimmern könne.

In Dänemark nahm man diesen Befehl des Reichs-Kommissärs auf, als einen Akt der Schwäche; in den Herzogthümern sah man darin die Erklärung, daß man auf Deutschland nicht mehr zu rechnen habe.

Die Sache selbst aber kam damit um keinen Schritt weiter; und obwohl Preußen jetzt ernstliche Versuche zu Friedensvorschlägen, besonders in London machte, so ward doch das Gefühl immer allgemeiner, daß an eine friedliche Ausgleichung nicht zu denken sey.

Das preussische Kabinet begriff schon im Anfange des Monats November, daß wirklich der erneuerte Krieg das Ende des Waffenstillstandes seyn werde, und die schwankenden Zustände Deutschlands ließen auf eine bestimmte Hilfe von Seiten der deutschen Mächte kaum rechnen.

Preußen selbst schien seine Truppen bedürfen zu müssen, und so geschah es nun, daß Preußen anfang, die Kräfte der Herzogthümer im vollsten Maße zur Anwendung zu bringen.

Der bisherige preussische Oberst Bonin ward an die Spitze des schleswig-holsteinischen Heerwesens gestellt; der Prinz von Augustenburg dankte ab, und zog sich auf das Land zurück. Eine große Anzahl preussischer Offiziere trat in das schleswig-holsteinische Heer ein, und mit äußerster Anstrengung wurde nun in demselben gerüstet.

Die allgemeine Wehrpflicht wurde zur Anwendung gebracht im größten Umfange. Es war ein erhebender Anblick zu sehen, wie plötzlich die ganze Masse der Jugend von Schleswig-Holstein ohne Unterschied des Standes die Muskete ergriff.

Grafen, Edelleute, Studenten, Handwerker, Bauern, Tagelöhner, Alles trat ins Gewehr, und im ganzen Lande wurde exercirt und rekrutirt.

Den nachhaltigen und tüchtigen Anstrengungen der Preußen verdankten die Herzogthümer beim Anfange des Krieges ein Heer, das mit dem frühern Heere gar nicht verglichen werden konnte.

Wenn das einerseits die Abhängigkeit von Preußen steigerte, so hob es andererseits den Muth der Herzogthümer. Dieses erstarkende Selbstbewußtseyn machte aber ein Nachgeben derselben gegen Dänemark noch unmöglicher.

So zogen sich gegen Ende des Jahres 1848 die Wolken dichter am Horizonte zusammen, und die diplomatischen Verhandlungen waren keineswegs geeignet, sie zu zerstreuen.

Das verhängnißvolle Jahr 1848 verfloss, ohne daß es eine Entscheidung brachte. Es hatte sich deutlich herausgestellt, daß Deutschland als Einheit unfähig sey, die Sache der Herzogthümer in seine Hand zu nehmen; daß Preußen nicht den Muth habe durchzugreifen; daß Dänemark nicht nachgeben, und sich

immer fester an Rußland anschließen werde; endlich — daß die Herzogthümer nach und nach anfangen sich als Macht zu entwickeln.

Es war unter diesen Umständen klar, wie die Verwicklung der schleswig-holsteinischen Frage, anstatt abzunehmen, stets nur zunehmen mußte.

Die Folgen dieses Streites drohten unabsehbar zu werden, wenn man ihn fort dauern ließ. Von allen Mächten aber hatte England das größte Interesse, den Frieden zu wollen, und besonders den Frieden in den Herzogthümern.

Sein Hauptstapelplatz in Europa war und blieb das reiche Hamburg, dessen Handelsthätigkeit in jeder Weise durch den Krieg gelähmt wurde.

Die Stockung des Handels aber war der schwerste Schlag, der England überall treffen konnte. England sah sich also durch alle Verhältnisse gleich sehr darauf hingewiesen, einen Frieden zu bewirken.

Die Verhandlungen über den Frieden fingen daher mit dem Anfange des Jahres 1849 in London mit einem scheinbar erneuerten Eifer an; und man konnte es auch nicht wagen, England geradezu zu verlegen.

Alein bald zeigte sich, wie wesentlich verschieden die Grundlage jeder Friedens-Unterhandlung von der eines Waffenstillstandes sey; denn sobald von der definitiven Ordnung der Frage die Rede war, traten die agnatischen Rechte wieder in den Vordergrund; es kam darauf an, wenn man, wie es England versuchte, die Initiative der Friedens-Unterhandlungen in die Hand nehmen wollte, hier eine Uebereinkunft zu treffen, die allen Rechten und Interessen so viel als möglich zugleich entsprechen könne. Und dieses versuchte man in London in folgender Weise.

Zuerst dachte man daran, die Forderungen der Herzogthümer dadurch zu befriedigen, daß man das Herzogthum Schleswig von Dänemark losrennte, und die des Königreichs Dänemark dadurch, daß man Schleswig nicht mit Holstein verbinde; so entstand nun die Idee eines selbstständigen Schleswig, welches dann mit Holstein zugleich in Personal-Union mit Dänemark bleiben sollte.

Da nun aber der König von Dänemark voraussichtlich ohne Leibes-Erben bleiben, und die gänzliche Trennung beider Herzogthümer von Dänemark mit seinem Tode nach dem Erbrechte der beiden Staaten eintreten mußte, so kam es darauf an, diese Personal-Union durch eine neue Königs-Linie zu sichern.

Zu diesem Zwecke war der Vorschlag aufgestellt worden, dem Hause Oldenburg die dänisch-schleswig-holsteinische Nachfolge zu übertragen, das Augustenburg'sche Haus, welches für die Herzogthümer berechtigt war, durch eine Entschädigung in Oldenburg abzufinden, und den Prinzen Friedrich von Hessen, der die weibliche Nachfolge von Dänemark in Anspruch nahm, mit einer Geldsumme zufrieden zu stellen.

Dieses war der Plan, den England entwarf, und so viel bekannt ist, war auch Preußen geneigt, im schlimmsten Falle darauf einzugehen.

Allein offenbar hatte man in England zweierlei Punkte nicht bedacht: nämlich, daß das Volk der Herzogthümer, so wie das Volk des Königreichs in keinem Falle sich einer solchen Verhandlung unterwerfen werde, dann, daß Rußland diese englische Anordnung niemals annehmen könne, denn einerseits würde das neue dänische Fürstenhaus durch die Einsetzung nach einem englischen Plane jedenfalls mehr von England als von Rußland abhängig geworden seyn; und gerade das Gegentheil wollte Rußland, und mußte es wollen; andererseits wäre aber Preußen gar mit einem zu leichten Kauf aus dieser schwierigen Lage heraus gekommen; Rußland war also entschiedener Gegner dieses Plans.

Indessen konnte und wollte aber Rußland nicht offen hervortreten. Zu Hilfe kam ihm die entschiedene Abneigung der Dänen, die weder ein selbstständiges Schleswig anerkennen, noch mit einem selbstständigen Holstein vereint seyn mochten.

Es war nicht schwer für Rußland, mit solcher Unterstützung seine Operationen anzufangen, und das dänische Kabinet, geleitet von dem russischen Kabinet, betrug sich dabei mit großer Geschicklichkeit; nachdem es jeder bestimmten Erklärung auswich, und wenn man Eines zugestanden hatte, so trat man sogleich wieder mit einer zweiten schwierigen Forderung auf.

Die gemeinsame Regierung aber erklärte es mit großer Bestimmtheit für eine ungesegliche Behörde, und weigerte sich in irgend welche Verbindung mit derselben zu treten, um den Aufruhr gegenüber, keinen Fußbreit Boden zu verlieren.

Gegen die deutsche Centralgewalt benahm es sich vorsichtig, und begnügte sich, fortwährend über die großen Rechts-Verletzungen, denen es theils durch dieselbe, theils durch die Herzogthümer ausgesetzt sey, bittere Klage bei allen Kabinetten zu führen, welchen die Centralgewalt nichts als sehr ehrlich gemeint, aber dabei sehr unwirksame Noten entgegen zu setzen hatte; Daneben suchte Dänemark in Wien seine alten Verbindungen zu erhalten, und Preußen durch Hinweisungen auf den revolutionären Zustand der Herzogthümer in jedem energischen Einschreiten zu lähmen.

Aus der Ferne drohten dann Schweden und Rußland, daß sie jede Besetzung Jütlands durch Preußen nicht dulden würden; und auch Frankreich, wo, seit Ludwig Napoleons Präsidentschaft, Rußlands Diplomatie wieder einen Boden gefunden hatte, trat dieser Ansicht bei.

Auf diese Weise war der englische Plan im Grunde von vorneherein unmöglich geworden. Zugleich aber ließ Dänemark bei allen Höfen in jeder Weise gegen das Augustenburger Fürstenhaus intriguiern.

Da es ging schon so weit, daß es seinen Gesandten eine dahin abzielende Instruktion mittheilte, nach welchen die Gesandten die Sache der Herzogthümer als eine Rebellion, die Vorschläge der Dänen als besondere Vergünstigung darstellen sollten. Durch alles dieses gelang es nun, den Plan Englands unausführbar zu machen, bevor noch ein ernsthafter Vorschlag auftauchte; und Preußen, auch hier überflü-

gelt, sah immer mehr und mehr die Nothwendigkeit eines neuen Krieges ein.

Indessen bedarf es hier keiner Auseinandersetzung, warum Preußen diesen Krieg fast um jeden Preis vermeiden wollte. Die Schwierigkeiten für eine Politik, die in der Erhebung Deutschlands nur nach einem Mittel suchte, ihren Einfluß zu vergrößern, und die dadurch gezwungen ward, sich als fester Damm jeder revolutionären Bewegung entgegen zu stellen, während sie zu gleicher Zeit die Erhebung in den Herzogthümern noch aufrecht zu halten schien, mußten fast täglich wachsen; und so war Preußen zum äußersten Nachgeben bereit.

Bunsen, der im Herzogthume Schleswig als Abgeordneter der deutschen National-Versammlung gewählt war, mußte sein Mandat in der Mitte des Monats Jänner niederlegen; und Sedemann wieder im Verein mit Reedtz reklamierte sogleich dagegen, daß eine neue Wahl vollzogen werde.

Die preussische Cirkular-Note vom 23. Jänner zeigte, daß Preußen nicht nur die Prinzipien der Volkssouverainität in Deutschland, sondern auch nicht die Selbstständigkeit der Herzogthümer wollte; und so stellte es sich immer bestimmter heraus, daß die Herzogthümer auf ihre eigene Hilfe angewiesen waren.

In der That sahen sie dieses auch ein, und gingen an darnach zu verfahren.

Obgleich keineswegs das Ende ihres Auftretens dem Anfange desselben ganz entsprach, so zeigte sich doch schon im Vergleich zu früher, daß sie mit viel größerer Entschiedenheit zu handeln bereit waren.

Schon im Anfange des Jahres 1849 waren die englischen Pläne einer Trennung der Herzogthümer von einander und einer Unterwerfung derselben unter Dänemark gesprächweise unter das Volk gekommen; und brachten eine allgemeine Bewegung hervor.

Besonders im Norden Schleswigs, entstand ein heftiger Widerwille gegen jeden Gedanken an eine Vereinigung mit Dänemark.

Die deutschgesinnten Bewohner traten allenthalben zusammen, Adressen und Petitionen wurden entworfen und beschossen. Die Aufregung und der Unwille verbreiteten sich immer weiter nach dem Süden. Zu viele Interessen wurden angegriffen, und so mußte man endlich der allgemeinen Stimme einen Ausdruck geben.

Schon am 13. Jänner versammelten sich mehrere der einflussreichsten Abgeordneten in Kiel zu einer Privatbesprechung. Th. Olshausen setzte die Lage der Dinge auseinander und schlug vor, unter den gegenwärtigen so sehr dringlichen Umständen bald thunlichst die Landes-Versammlung wieder zu berufen.

Allerdings erklärten sich dagegen mehrere Mitglieder sehr entschieden, besonders der Herzog von Augustenburg; aber dennoch ging der Antrag durch, und in Folge desselben trat das Bureau der Landes-Versammlung am 15. Jänner zusammen, und erließ bereits am 18. Jänner eine Bekanntmachung, durch welche die Versammlung zum 26. Jänner berufen ward. Auch die Ritterschaft trat an denselben Tagen zusam-

men, ohne jedoch zu einem entscheidenden Entschluß zu kommen.

Die Stimmung war entschieden für die Einheit der Herzogthümer; und die gemeisame Regierung, um das Festhalten an ihren schleswig-holsteinischen Prinzipien zu zeigen, veröffentlichte gegen Ende des Monats Jänner die deutschen Grundrechte und die Wechselordnung.

Im ganzen Lande sah man den Zusammenritt der Landes-Versammlung mit großer Spannung entgegen, und es schien, als müsse sie diesmal etwas Gewaltiges und Durchgreifendes hervorbringen.

Am 26. Jänner kamen die Abgeordneten in Schleswig zusammen. Aus allen Theilen der Herzogthümer waren eine Menge von Deputationen herbeigekommen, um der Politik der Versammlung die Zustimmung des ganzen Volkes zu überbringen; und besonders sich gegen jeden Plan einer Trennung der Herzogthümer auf das nachdrücklichste auszusprechen.

Sogleich in der zweiten Sitzung war unter dem Drucke der öffentlichen Meinung, ein Ausschuß niedergesetzt worden, um Vorschläge für die nächstens zu machenden Schritte der Landes-Versammlung einzubringen.

Ein zweiter Ausschuß wurde für die Finanzen niedergesetzt, und dieses mit besonderer Rücksicht auf die Möglichkeit eines Krieges.

Während der letztere Ausschuß auf seinem Gebiete arbeitete, entswarf nun der erste Ausschuß eine Adresse an die Centralgewalt, und zugleich ein Schreiben an die gemeinsame Regierung, welche den Inhalt der Politik der Landes-Versammlung darlegten.

In der Adresse wurde auf eine würdige entschiedene Weise noch einmal das Recht der Herzogthümer und die Verletzungen desselben durch Dänemark, besonders aber das Prinzip der Untheilbarkeit Schleswig und Holsteins hervorgehoben.

Die Adresse sagte nämlich: »Die verhängnißvolle Lage der Verhältnisse zwingt uns, es auszusprechen, daß eine Trennung Schleswigs von Holstein nicht erzwungen werden kann, es sey denn, daß das Reich entschlossen wäre, seine Waffen gegen die Herzogthümer zu richten.«

Das Schreiben hingegen verlangte von der gemeinsamen Regierung, daß sie die Absendung eines Mitglieds aus Schleswig-Holstein bei den Friedens-Unterhandlungen beantragen solle, und forderte erneuerte und umfassende Rüstungen von derselben, nachdem ihr zugleich zu diesem Ende ein genügender außerordentlicher Kredit bewilligt ward; und dieses Schreiben wurde auch einstimmig angenommen.

Allein die Adresse fand Opposition, und diese Opposition hatte eine tiefere Bedeutung; denn während in den Herzogthümern sich der Kampf gegen den Landesherren vorbereitete, wurden die Bewegungen in andern Theilen Europas immer ernsthafter.

In Italien bereitete sich in Rom und Toskana die Republik vor, und in Oesterreich war es nicht unbekannt, daß Kossuth der Agitator in Ungarn gleichfalls an eine Republik denke.

Im Großherzogthume Baden und im Königreiche Sachsen gährte es ebenfalls in einem furchtbaren Zustande; die Linke in der National-Versammlung war den extremen Schritten immer näher gedrängt worden, so daß eine europäische Entscheidung bevorzustehen schien.

Unter den Ländern aber, welche sich der Herrschaft ihrer Fürsten entledigt hatten, stand noch immer der Zeit wie der innern Organisation nach das kleine Schleswig-Holstein oben an.

Es war Gefahr genug vorhanden, daß es, obwohl es das fürstliche Prinzip noch immer anerkannte, endlich doch, zum Aeußersten gedrängt, das Aeußerste thun werde.

Unter diesen Umständen konnte eine Berufung auf die deutsche Reichsgewalt in der obigen Weise leicht als eine förmliche Herausforderung des monarchischen Prinzips erscheinen, und man war also entschlossen, dieses um so weniger zu dulden, als schon damals Preußen mit sich selbst vollkommen einig schien, aus der Hand jener National-Versammlung nichts annehmen zu wollen.

Die konservative Parthei, an deren Spitze die gemeinsame Regierung stand, kam daher wegen dieser erwähnten Schriftstelle in der Adresse in Schrecken. Sie sammelte ihre Kräfte, und durch ihre energische Opposition sah sich der Ausschuß gezwungen, an eine mildere Abfassung des Entwurfs zu denken.

In diesem Augenblicke war die berühmte preussische Circular-Note veröffentlicht worden, in welcher man besonders die Schriftstelle verletzete, worin es hieß: »Vielmehr wird sowohl die Aufrechthaltung und Entwicklung des deutschen Bundes Oesterreich so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen, als die Erhaltung der dem österreichischen Kaiserhause gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar seyn, mit dem Zusammentritt der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Verein, zu einem Bundesstaate innerhalb des Bundes.« Die deutsche, die demokratische schleswig-holsteinische Parthei vereinigte nun ihre Kräfte, und auf den Antrag Th. Olshausens setzte man einen Ausschuß nieder, der eine Erklärung über diese Circular-Note vom 23. Jänner entwerfen sollte.

So blieb nun die erste Adresse an den Reichs-Versammler verworfen, und es wurde am 5. Februar eine zweite Adresse vorgelegt, und diese auch angenommen.

Viel Aufsehen erregte es schon damals, daß der Departements-Chef des Aeußern, Namens Harbou erklärte, es sey ihm keineswegs angenehm und erscheine ihm nicht passend, daß die Landes-Versammlung sich mit diesen Sachen abgebe. Da es indessen aber geschehen ist, so enthalte er sich jeder weitern Bemerkung.

Die Parthei der Bewegung fing an, schon damals mit einem richtigen Takte zu fürchten, daß man die Landes-Versammlung und das Volk so viel als thunlich ist, außerhalb der Verhandlungen halten wolle; und als nun am 6. Februar das Antwortschreiben der gemeinsamen Regierung an die Landes-Versamm-

lung auf deren Schreiben vom 31. Jänner zurück kam, in welchem die Vornahme neuer Rüstungen abgelehnt, die Bewilligung eines außerordentlichen Credits dagegen angenommen ward, ohne daß sich die Regierung überhaupt nur über den zweiten Punkt, die Zuziehung eines schleswig-holsteinischen Mitglieds zu den Friedens-Unterhandlungen, ausgesprochen hätte, da schien es klar, daß man von Seiten der Regierung keineswegs daran denke, den bisherigen Weg zu verlassen.

Jetzt stellte Lh. Olshausen seinen Antrag, über dieses Schreiben der Regierung einen Ausschuss niederzusetzen, um über die geringe Berücksichtigung, welche die Anmuthungen der Versammlung erfahren, ihr Urtheil abzugeben.

Allein die Rechte wußte so zu operiren, daß dem Antrage die Dringlichkeit abgesprochen wurde, und um allen weitem Erörterungen zuvorzukommen, arbeitete man zugleich mit aller Kraft auf die Vertagung der Versammlung hin.

Der Finanz-Ausschuss legte seinen Bericht am 8. Februar vor, und am 9. Februar ward das Budget bewilligt.

Obwohl von Dänemark aus neue Aufrufe an die Schleswiger ergingen, und die Aufkündigung des Waffenstillstandes immer näher kam, beschloß dennoch die Landes-Versammlung am 11. Februar, sich abermals zu vertagen, trotz des entschiedenen Widerspruchs der Linken.

Nun hatte die Regierung vollkommen freie Hand. Preußen aber brauchte jetzt den Herzogthümern wenig mehr Rücksicht zu schenken, und konnte, nachdem in der Landes-Versammlung die Bewegungs-Partei geschlagen war, und die gemeinsame Regierung ihre Anhänglichkeit an die preussische Politik auf das deutlichste dokumentirt hatte, ohne Furcht vor jenem Gesensste einer nordalbing'schen Republik dem Kriege entgegen sehen; und so nahte die Waffenstillstands-Aufkündigungsfrist heran.

Indessen hatte diese Sitzung der Landes-Versammlung doch in den Herzogthümern selbst einen tiefen Eindruck zurückgelassen.

Während die leichtgläubige und kurzsichtige Masse sich auf den immer drohenden Krieg mit Dänemark freute, betrachteten die besser Unterrichteten das Schauspiel, was beginnen sollte, mit einem tiefen Bedauern.

Sie konnten mit großer Sicherheit vorher berechnen, daß Dänemark in seinem Stolz auf russische Hilfe, und in seinem blinden Hass gegen Schleswig-Holstein gewiß nicht nachgeben werde; sie konnten sich daher mit Bestimmtheit vorherbesagen, daß die einzige Möglichkeit für Preußen; Dänemark zur Nachgiebigkeit, und mithin zum Frieden zu zwingen, in einem entscheidenden Angriff Preußens auf die dänischen Länder zu finden sey.

Sie wußte aber zugleich, daß dieser Angriff nicht stattfinden werde; und zwar erstlich darum nicht, weil Preußens Politik nicht von der Art war, dem Drange der übrigen Großmächte zu widerstehen, wenn es Züland und Finnen mit seinen Truppen besetzte; zweitens und wesentlich aber darum nicht, weil Preu-

ßen selbst nicht wußte, was es im geringsten Falle für die Herzogthümer fordern sollte; die preussische Politik wollte einen absoluten Widerspruch, und bemühte sich diesen Widerspruch durchzusetzen.

Sie wollte die Herzogthümer dem legitimen Fürsten, dem Könige von Dänemark erhalten, aber unter Bedingungen, welche dieser Fürst nun einmal absolut nicht annehmen mochte.

Das einzige Mittel, Dänemark zur Nachgiebigkeit zu zwingen, wäre gewesen, wenn Preußen die, durch die Herzogthümer selbst vollzogene Trennung derselben vom Königreiche in Aussicht gestellt hätte; Preußen aber vertrat nichts eifriger, als die Aufrechtbaltung der Verbindung derselben mit dem Königreiche.

Was konnte unter diesen Umständen den Herzogthümern, die sich Preußen ganz in die Hände gaben, der Wiederanfang des Krieges nützen?

Es war schon, bevor der Waffenstillstand aufgekündigt war, durchaus keine Aussicht zu einem günstigen Ausgange vorhanden. Blut und Gut, was man an diesen kommenden Krieg zu wenden bereit war, waren verloren.

Es gab Männer, welche dieses ohne aller Scheu offen aussprachen; aber man wollte sie nicht anhören; ja selbst die Linke der Landes-Versammlung, mit Ausnahme einiger Wenigen, sah nicht tief genug, um dieses zu begreifen.

So erklärte es sich nun, daß Olshausen damals in absoluter Minorität blieb, und daß alle mit einem großen Vertrauen dem Kriege entgegen gingen, der so glänzend anfing, und so klagvoll enden sollte.

Indessen blieb doch Eines, was freilich erst ein ganzes Jahr später seine Früchte trug. Das Vertrauen auf die Regierung, besonders auf die Verwaltung der äußern Angelegenheiten, war bei Vielen erschüttert, und wenn in dieser Zeit die Regierung eine so große Majorität fand, so lag dieses einem großen Theile nach auch darin, daß die Meisten um keinen Preis eine Spaltung zwischen Regierung und Versammlung zulassen wollten, damit sich die Dänen nicht dessen erfreuen, und sich darauf berufen sollten.

So stand jetzt in Halbheit und Unklarheit die Sache, als die Aufkündigungsfrist des Waffenstillstandes ihrem Ende nahe war.

Wenn man bedenkt, daß bei dem Wiederausbruch des Krieges das kleine Dänemark mit nicht viel mehr als einer Million Einwohner und höchst zerrütteten Finanzen dem gleichstarken Schleswig-Holstein, dem mächtigen Preußen, ja dem ganzen Deutschland sich entgegen stellte; wenn man zugleich sieht, wie Preußen alles mögliche that, um den Frieden zu erreichen, ja wie sogar England sich anstrebte, den Streit beizulegen, und wie trotzdem Dänemark in hochfabrender Weise den Krieg erklärte und sogar, obwohl geschlagen, doch siegreich aus demselben hervorging; so wird man begreifen, daß hier wirklich Elemente in Bewegung waren, welche weit über die Grenzen des Gewöhnlichen in der Diplomatie hinausgingen.

Und gerade die Zeit der Aufkündigung, die mit dem Hinz- und Herschieben der Verhandlungen mehr als einen Monat wegnahm, ist in einem hohen Grade lehrreich.

Preußen hatte nämlich in seiner Angst vor dem ausbrechenden Kriege, sich endlich im Monat Februar zu einem Mittel verstanden, welches nach dem Stande der damaligen Politik die Verkehrtheit seiner ganzen Stellung sehr deutlich zeigte.

Obwohl es die Herzogthümer als in der Revolution begriffen betrachtete, veranlaßte es dennoch die wenig politisch gebildete gemeinsame Regierung, einen Versuch zur direkten Verhandlung mit Kopenhagen zu machen.

Die Aufkündigungsfrist war am 20. Februar da, und man hoffte in Berlin durch jenen Schritt Dänemark zu bewegen, daß es den Waffenstillstand nicht kündigt.

Die gemeinsame Regierung aber, durchdrungen von allen Prinzipien der Legimität und Loyalität, ergriff diesen Vorschlag mit beiden Händen, um jene Grundsätze zu betheiligen.

Sie schickte den Grafen Reventlow-Farve, einen entschiedenen Anhänger der Aristokratie, nach Kopenhagen mit einem stehenden Briefe an den König.

Die russische Gesandtschaft, welche diesen falschen Schritt richtig berechnet hatte, ermangelte nicht vorher die bestimmte Zusicherung zu geben, daß der Graf in Kopenhagen gerne gesehen seyn werde.

Die naive Politik der gemeinsamen Regierung ging in die Falle. Graf Reventlow, der durchaus nicht geeignet war, die Tragweite seiner Sendung zu übersehen, kam in Kopenhagen an, und überbrachte höchst demüthig das für das Land demüthigende Schreiben der Regierung, in welchem dieselbe die äußerste Taktlosigkeit beging, dem Könige zu erklären, daß sie die Gewalt nur übernommen habe in der Hoffnung, dem Lande auf diesem Wege die Segnungen einer, als legitim anerkannten Regierung wieder zuzuwenden; und daß der Zeitpunkt baldigst herbeigeführt werden möge, in welchem es gestattet seyn werde, das Land gesichert gegen fremde Verletzung der Herrschaft seines königlichen Herzogs zurückzugeben.

Ja sie fügte hinzu, der König wolle, wenn sie, ohne das zu wissen und zu wollen, Mißgriffe gemacht und Fehler begangen haben sollte, dem Volke nicht entgelten, was sie etwa versehen haben möge.

Eine verkehrtere Weise des Auftretens, einem Volke wie dem dänischen gegenüber, war gar nicht denkbar. In Kopenhagen mußte man eine solche Erklärung für ein Zeichen äußerster Schwäche, wenn schon nicht direkt für eine Unterwerfung halten.

In den Herzogthümern erregte sie dagegen, als sie bekannt wurde, die ungemeinste Erbitterung.

Das dänische Kabinet aber erklärte einfach, daß der König das Schreiben der sogenannten gemeinsamen Regierung nicht beifällig aufnehmen und beantworten könne.

Graf Reventlow selbst, der nicht einmal Instruktionen hatte, mußte Kopenhagen verlassen, und

die dänische Regierung mußte glauben, daß es jetzt nur eines energischen Auftretens bedürfen werde, um die Sache zu ihren Gunsten zu Ende zu führen.

So geschah es nun, daß der dänische Minister-Präsident Graf Moltke am 24. Februar bereits in Volksthing die ämtliche Mittheilung machte, wie laut allerhöchster Resolution der Waffenstillstand von Malmoe am 26. Februar wirklich aufgekündigt werden sollte.

Diese Erklärung verbreitete sich rasch durch ganz Deutschland, allein die ganze antideutsche Partei, die Gefahren eines Krieges sehr wohl vorhersehend, suchte noch immer die Wahrscheinlichkeit des Krieges zu läugnen.

Selbst der preussische Minister von der Heydt erklärte noch am 28. Februar in der Kammer, daß zwar die Kündigung wohl geschehen werde, wie aber die Regierung hoffe, daß die Feindseligkeiten bei dem Stande der Friedens-Präliminarien in London nicht wieder aufgenommen zu werden brauchen.

Eine gleiche Erklärung erließ derselbe an die Ostseestädte.

So gröblich konnte sich das preussische Ministerium über die wahre Sachlage täuschen. Indessen wurde das Kündigungs-Dokument von Seite Dänemarks in aller Form veröffentlicht, und in demselben die Konvention von Malmoe als eine solche bezeichnet, welche dem Aufruhr in den Herzogthümern nur neue Nahrung gegeben hatte.

Die Feindseligkeiten sollten am 26. März wieder beginnen. Jetzt mußte Preußen in der Noth seiner unselbstständigen Politik sich wieder an England wenden; und England, welches wirklich den Krieg sah, that sofort das Seinige.

Auf Preußens Andringen erklärte sich England in Kopenhagen auf das Bestimmteste gegen die Erneuerung der Feindseligkeiten; ja selbst Frankreich schloß sich Dem an, und Preußen durfte auf friedliche Ausgleichung hoffen; denn was hatte Dänemark den drei Großmächten entgegen zu setzen? Offenbar nichts aus seinen eigenen Mitteln.

Allein freilich lag es in Rußlands höchstem Interesse, Preußen nicht so leichten Kaufs aus seiner unglücklichen Lage herauskommen zu lassen.

In England hatte man sich für den Waffenstillstand erklärt, weil man eine Umwälzung in Deutschland bei einem neuen Kriege fürchtete.

Rußland kannte aber das Terrain besser. Es wußte, daß Preußen die Kaiser-Krone ausschlagen und die National-Versammlung von sich stoßen werde; es sah ein, daß zwar die militärische Macht der deutschen Staaten Preußen folgen, daß aber Preußen, weil es gegen den Willen der Großmächte in Jütland sich nicht halten könne, mit der ganzen Macht Deutschlands einen Rückzug vor dem kleinen dänischen Heere antreten, und dadurch sich selbst bei den Deutschen ungemein schaden werde.

Rußland erwartete vielleicht bei dieser Gelegenheit die Vernichtung der schleswig-holsteinischen Arme; denn es konnte die Schwächung Dänemarks durchaus nicht ungerne sehen, da es immer noch von dem

Grundsatz ausging, daß dieses Dänemark ihm endlich als gewisse Beute in die Hände fallen müsse.

Rußland also versprach Dänemark seine beste Hilfe, und reizte es zugleich auf. Es gelang dem dänischen Finanz-Minister zu gleicher Zeit eine Anleihe von Dreimalhunderttausend Pfund Sterling in London zu machen; und so erklärte sich jetzt das Kopenhagener-Kabinet, daß es auf eine Erneuerung des Waffenstillstandes in keiner Weise eingehen könne.

Nur dazu verstand man sich, eine Fortdauer desselben mit monatlicher Aufkündigung anzunehmen. Dieses war aber sehr wenig gewonnen. Eine russische Note kam in derselben Zeit in Berlin an, welche sich in sehr energischer Weise für das Recht Dänemarks aussprach, so daß Preußen nun anfang in seinen Forderungen so viel als möglich kleinlaut zu werden.

Die Dänen, aufgefordert, Bedingungen zu stellen für die Verlängerung des Waffenstillstandes, forderten zuerst die Herstellung des status quo ante vor dem 24. März 1848, und Preußen gab nach; denn es konnte dieses noch scheinbar nach den Bundesbeschlüssen einräumen.

Allein kaum bemerkte man das Nachgeben in Kopenhagen, so spannte man die Seiten schon wieder höher. Zuerst wollte man die Besetzung Außens beibehalten, und auch dieses wurde beinahe zugestanden; dann wollte man die Absetzung der gemeinschaftlichen Regierung, und die Bildung einer neuen Regierung, an welcher zwei Dänen neben zwei Deutschen gemeinschaftlich theilnehmen sollten.

Als auch diesem Begehren nachgegeben werden sollte, so forderte Dänemark die Besetzung von Rendsburg mit dänischen Truppen, endlich aber gar, daß die Preußen die Schleswig-Holsteiner selbst zwingen möchten, sich dem Frieden zu unterwerfen. So vielem konnte aber Preußen nicht nachgeben, und so mußte es, auf diesem Punkt gekommen, den mit so großen Opfern vermiedenen Krieg beginnen.

England selbst war erzürnt, denn es fühlte sich jetzt von Rußland überflügelt. Man fing nun an, die Verlängerung des Waffenstillstandes aufzugeben, und der Krieg mußte wieder seinen Anfang nehmen. Er wurde also eröffnet, ohne daß man doch weder von preussischer noch von schleswig-holsteinischer Seite wußte, was man aber dann eigentlich thun sollte, wenn man gesiegt haben würde.

Während sich dieses in der hohen Politik bewegte und vorbereitete, änderte sich die innere Lage der Herzogthümer wenigstens auf einem Punkte sehr wesentlich.

Das Bureau der Landes-Versammlung hatte sich das Recht vorbehalten, die Landes-Versammlung in jedem Augenblicke zusammen zu berufen. Im Anfange des Monats März als die Aufkündigung des Waffenstillstandes von Seite Dänemarks geschehen war, trat das Bureau zusammen, um die Berufung der Versammlung zu beraten.

Am 6. März erließ es die Bekanntmachung, nach welcher dieselbe zum 16. März zusammen treten sollte. Sogleich bemächtigte sich der kleinen Diplomatie eine große Angst vor dieser Versammlung, und besonders

Stedmann kam wie gewöhnlich in Verlegenheit, und wußte sich nicht besser zu helfen, als daß er sogleich wieder durch ein Schreiben vom 11. März, an das Bureau die Bitte stellte, die Berufung der Versammlung möge verlegt werden.

Dieses Mal kam ihm aber dasselbe mit der Erklärung entgegen, daß es bei der Berufung der Versammlung sein Verbleiben haben müsse. Dieses war jetzt die letzte That, welche Stedmann im Namen Deutschlands in Schleswig-Holstein bewirkt hatte.

Nun eilte im Auftrage der Centralgewalt Souchay aus Frankfurt herbei, um das Abtreten der gemeinschaftlichen Regierung und die Installation einer Statthalterschaft zu leiten.

Die Landes-Versammlung nahm die Entlassung der erstern, und die Einsetzung der Statthalter Reventlow und Weseler ohne Schwierigkeit an.

Am 26. März traten diese beiden Männer ein, ohne daß sich das Mindeste änderte. Auch die Landes-Versammlung, obwohl in diesem höchst kritischen Zeitpunkte dastehend, hielt Sitzungen ohne alles Interesse. Keine einzige große Frage wurde vorgelegt, kein einziger Beschluß gefaßt, ja die Mitglieder wußten nicht einmal, wie die Sachen eigentlich standen.

Reventlow und Weseler aber, die neuen Statthalter fanden es höchst bequem, als bloße Verwaltungsbehörde betrachtet zu werden.

Es ist weder den Dänen noch den Preußen gelungen, diese beiden Männer zum Verdrusse über ihre gänzliche Nichtachtung und dadurch zu irgend einem energischen Schritte zu reizen.

Man konnte sie ungestraft in vollster Unkenntnis über den Krieg, später über den Frieden, zuletzt über das Aufgeben von Schleswig lassen; ja man konnte sie von Berlin aus ohne Bedenken öffentlich eine Verwaltungsbehörde nennen, sie wurde dadurch nicht gerührt oder aufgereizt.

Ihre einzige Antwort darauf war, ein entschiedener Kampf gegen die Linke der Landes-Versammlung, welche den Ruin des Landes in diesem Verfahren erkennen mußte, und die demüthigsten Bitten an den König von Dänemark, er möge doch sein Land wieder in Gnaden aufnehmen.

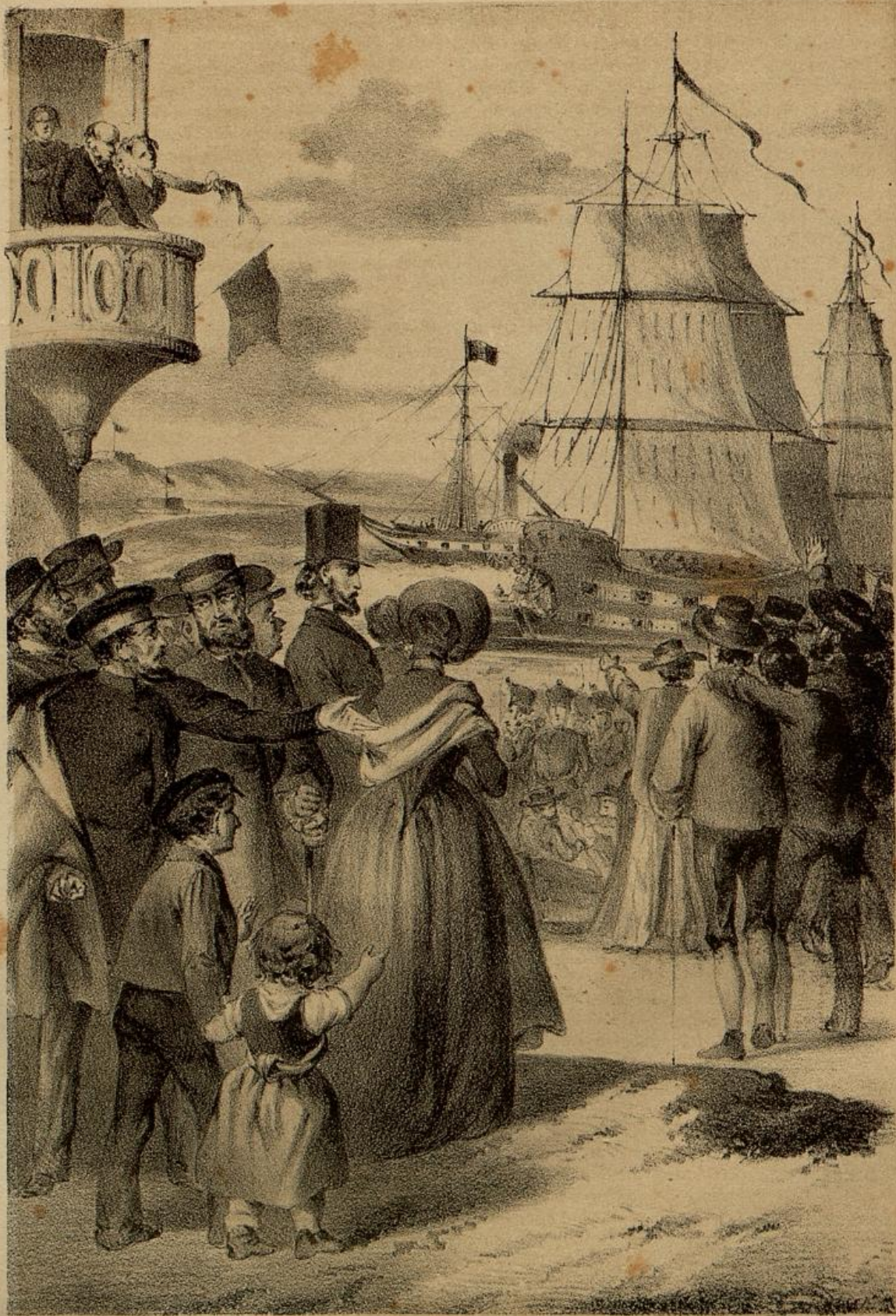
Wohl gehört dieses der neuesten Zeit an, und die Fäden, die sich hier zu einem Knoten verschlingen, liegen tiefer, als daß man sie jetzt aufdecken könnte. Uebrigens bleibt es aber gewiß, daß die Herzogthümer an den Rand des Verderbens geführt worden sind.

Indessen waren die Unterhandlungen in London endlich gänzlich abgebrochen worden. Umsonst hatte England seine Bemühungen verfolgt, eine angemessene vertragsmäßige Verlängerung der Waffenruhe zu erwirken; Dänemark antwortete darauf mit seinen erneuerten und gesteigerten Ansprüchen.

Das deutsche Ministerium begriff, daß unter solchen Umständen an keinen Frieden zu denken sey, und so fand eine mächtige Bewegung der deutschen Heeres-Abtheilungen nach dem Norden statt.

Dänemark rüstete auch von seiner Seite mit aller Kraft. Man ließ den General Fabvier von





L'entrata delle navi da guerra danesi nel golfo di Eckenförder.

Bejárás a dáni hadhajóknaak az Eckenförderi tengeröölbe

Die Einfahrt der dänischen Kriegsschiffe im Eckenförder Meerbusen.

Paris kommen in der Absicht, demselben das Oberkommando zu übergeben, was derselbe indessen aber ablehnte, da man sich seinen Plänen und Dispositionen nicht fügen wollte. Die Flotte wurde in guten Stand gesetzt und Truppen wurden ausgehoben.

Von Seite der Deutschen kam der preussische General Prittwitz am 23. März in Altona an, und der König von Dänemark ging am 22. März nach Sonderburg mit der Garde, worauf dann die Erklärung bekannt gemacht wurde, daß am 3. April der Krieg eröffnet werden würde.

Es war offenbar, daß diesmal der Krieg eine durchaus andere Gestalt annehmen werde, als wie es im Jahre 1848 der Fall war.

Die Herzogthümer hatten Alles gethan um sich ernstlich zu rüsten. Die allgemeine Wehrpflicht war eingeführt; die Truppen standen unter größtentheils sehr tüchtigen preussischen Offizieren, die Ausrüstung war neu und vortrefflich; der Muth des Landes so wie der Muth des Heeres war groß.

Man brannte vor Begierde mit den Dänen zu kämpfen. Aber auch in Dänemark hatte man die Zeit nicht vorübergehen lassen, und das beste dänische Heer, welches noch jemals ausgerüstet worden war, stand dem deutschen Heere gegenüber.

Die schleswig-holsteinische Armee mochte im Ganzen etwa 20,000 Mann zählen, während die dänische Armee auf 30,000 Mann angegeben war.

Bei dem tiefen Hoße der zwischen beiden Völkern bestand, konnte man annehmen, daß der Kampf, wenn er ausbrechen wird, ein furchtbar und blutiger werden müsse.

Die Dänen gaben sich noch immer der Täuschung hin, als wäre die Macht der Schleswig-Holsteiner eine unbedeutende, und ihr Heer noch das alte vom Jahre 1848, welches innerlich aufgelöst, ohne Verpflegung, ohne Disziplin nimmer im Stande seyn werde, sich den dänischen Angriffen entgegen zu stellen oder fest zu halten.

Die Dänen wünschten daher eifrig den Krieg, obwohl einsichtsvolle Männer erklärten, daß Schleswig-Holstein durch seine Begeisterung und seine materiellen Mittel einen Riesenschritt in der Bewaffnung gemacht habe; allein man lachte über diese vorsichtsweise gemachten Bemerkungen.

Ja dieser dänische Uebermuth ging so weit, daß der ausgezeichnetste unter allen dänischen Offizieren, der talentvolle Eschering, welchem Dänemark wesentlich und fast ganz allein seine ersten Erfolge gegen die Herzogthümer zu verdanken gehabt hatte, vom Kopenhagener Pöbel eine Kagenmusik erhielt, weil er in seiner geraden Weise öffentlich geäußert hat, man möge sich in Acht nehmen, das schleswig-holsteinische Heer sey nicht mehr das Heer, wie solches vor Bau und Flensburg war. Er fiel daher in Ungnade, und man entfernte ihn zuletzt gänzlich vom Heere, jedoch nicht zum Vortheil der dänischen Sache.

Der dänische Feldzugsplan wurde nun in folgender Weise festgestellt; allein um ihn zu verstehen, ist

es nothwendig das geographische Bild beider Länder vor Augen zu haben.

Der Angriff Dänemarks auf Schleswig-Holstein, konnte von drei Punkten aus, aber nur gegen Schleswig geschehen. Zuerst konnte man vom Norden her über die südtische Grenze einrücken, und dabei die Festung Fredericia und Fühnen als Rückhalt betrachten.

Dann konnte man von Alsen aus in die Mitte des Herzogthums einfallen, und dadurch die Verbindung des Nordens mit dem Süden bedrohen.

Endlich konnte man mit der Marine die offene Bucht des Eckernförder-Hafens angreifen, Kiel bedrohen und Rendsburg allarmiren.

Jetzt wurde beschlossen, alle drei Wege zugleich zu betreten. Man ging bei diesem Plane von dem richtigen Grundsatz aus, daß man zwar weder von Alsen noch von Eckernförde aus bestimmte Erfolge erreichen, daß man aber doch die Schleswig-Holsteiner dadurch nöthigen werde, ihre Kräfte so sehr zu zertheilen, daß ein Angriff von Norden her fast unwiderstehlich wirken müsse.

Nach diesem Beschlusse wurden nun die Befehle gegeben, und am 3. April überschritten die dänischen Vorposten den Alsund und richteten ihr Feuer von den Düppeler Verschanzungen aus auf die Deutschen.

Zu gleicher Zeit erschien eine dänische Flotille, bestehend aus dem Linienschiff Christian VIII. der Fregatte Gesion, einer Korvette, zwei Dampfgeschiffen und mehreren kleinern mit Landungstruppen versehenen Schiffen im Eckernförder-Weerbuien.

Man hatte von Seite der Dänen auf diesen Theil des Angriffs großes Gewicht gelegt, und in der That ließ sich, wenn Eckernförde einmal genommen und der Hafen von den dänischen Schiffen beherrscht war, von hier aus die ganze Mitte der Herzogthümer beunruhigen.

Die Lage von Eckernförde würde einen Angriff auf dasselbe, wenn dänische Schiffe am Strande lagen, erschwert haben, und die Nähe Kiels hätte bei der Wichtigkeit der letztern Stadt eine rückgängige Bewegung bedeutender Truppenmassen vom Norden her nothwendig gemacht.

So lange freilich die ganze Reichs-Armee in den Herzogthümern stand, hatte dieses nicht viel zu bedeuten; doch ein entscheidender Erfolg in Eckernförde mußte immer als Beweis gelten, daß die Herzogthümer allein nicht im Stande seyen, Dänemark einen hinreichenden Widerstand entgegen zu setzen.

Stand dieses fest, so war für die dänische Politik viel gewonnen, und besonders Preußen, welches sich auf die Kraft der Herzogthümer berufen, war noch isolirter in seiner Politik als es jemals gewesen ist.

Die Herzogthümer aber mußten alsdann von den Willen Preußens doppelt abhängig erscheinen, vor sich selbst und vor allen Andern. Darum erhielt der Angriff auf Eckernförde so ungemeine Bedeutung.

Ein Kampf bei Eckernförde war gewissermaßen die aufgeworfene Frage, ob die Herzogthümer eine militärische Position im Norden Schlesiens halten könnten oder nicht; und dieserwegen rückte Dänemark hier mit dem besten Theile seiner Seemacht an, in

der Gewißheit eines leichten und glänzenden Sieges. Denn der Hafen von Eckernförde, jetzt der halben Welt bekannt, war nur von zwei, nicht einmal sturmfreien Strandbatterien geschützt, die, im Innern des Hafens gelegen, das Einlaufen und die Bewegungen der Schiffe in keiner Weise hinderten.

Diese beiden, seitdem so berühmten Batterien hatten nur 12 Stücke Geschütz; dagegen hatte Dänemark auf seinem Linienschiffe 84 und auf seiner Fregatte 56 Kanonen.

Gegen eine solche Uebermacht schien ein Kampf kaum möglich. Zwar hatte Eschering gewarnt, man möge sich vor den Strandbatterien in Acht nehmen; man könne diese Batterien aus Rasen aufgeworfen und mit entschlossenen, wenn auch nur mit wenigen Leuten besetzt haben und nicht leicht von Schiffen aus bewältigen.

Eben so warnend hatte sich auch ein anderer tüchtiger See-Offizier ausgesprochen, aber Beide wurden nur verlacht.

Der dänische Kommandant gab jetzt seine Befehle, und der Kapitän und Befehlshaber des Linien Schiffes Christian VIII. erhielt das Oberkommando über die Expedition.

Schon am Nachmittage des 4. April, sah man die dänische Flotille in der Mündung des Eckernförder-Neerbusens. Auf dem Strande des Hafens, nahe bei Eckernförde, waren die beiden Batterien errichtet gewesen, welche denselben vertheidigen sollten.

Die sogenannte Nordbatterie, auf der Luisenburger-Landzunge, war mit zwei, vierundachtzigfündigen Bomben-Kanonen und mit sechs achtzehn bis vierundzwanzigfündigen Geschützen armirt.

Die Südbatterie, an der nach Kiel führenden Straße, zählte vier, achtzehn bis vierundzwanzigfündige Kanonen.

Der preußische Offizier Jungmann hatte den Befehl über die Batterien. Derselbe mußte sich aber in der Nordbatterie aufhalten; und so führte in der Südbatterie der Unter-Offizier Preußer, und nach diesem der Unter-Offizier Stinde das Kommando.

Diese Beiden, so wie die Artilleristen selbst waren junge, kaum eingetretene Schleswig-Holsteiner. In den beiden Blockhäusern der Batterien lagen außerdem einige schleswig-holsteinische Infanteristen von einem ReserveBataillon.

Eckernförde selbst und die Umgegend hielten 3 bis 4000 Mann deutscher Bundes-Truppen, nämlich Koburger, Meininger, Reußen, Nassauer und Schleswig-Holsteiner besetzt; worüber der Herzog von Koburg-Gotha das Ober-Kommando führte.

Am 5. April Morgens um 7 Uhr lief der Kapitän mit dem Linienschiffe Christian VIII. und die Fregatte Gesion, begleitet von zwei Kriegsdampfbooten bei einem günstigen Ostwinde in den Hafen ein.

Der Kapitän Namens Paludan legte sich jetzt mit dem Linienschiffe, nachdem er die Nordbatterie passiert hatte, nahe der Südbatterie; während die Fregatte rechts östlich ihren Standpunkt nahm.

Sogleich entwickelte sich ein hitziges Gefecht; und aus den 140 Feuerklüden der Schiffe erfolgte Lage

auf Lage gegen die zwei kleinen Schanzen, die ihrerseits das Feuer tapfer erwiderten.

Bald waren auf der Nord-Batterie drei Geschütze demontirt; und weil drei andere in der Weise gerichtet lagen, daß sie die Schiffe nicht bestreichen konnten, so vermochte diese Batterie überhaupt wenig noch zu wirken. Dagegen mußten nach einiger Zeit auch die feindlichen Dampfboote, die vor den Batterien kreuzten, wegen starker Beschädigung sich aus dem Gefechte begeben.

Der Kampf wurde jetzt immer heftiger, Völligst Bomben, Kartätschen schlugen in allen Richtungen ein, und beschädigten die Häuser der Stadt so wie der umliegenden Dörfer, so daß Schaaren von Frauen und Kindern im freien Felde Schutz suchten.

Die Anhöhen des Strandes waren mit Tausenden von Menschen bedeckt, die angstvoll den Ausgang der Schlacht erwarteten. Mit einer seltenen Kaltblütigkeit erwiderten die vier Kanonen der Süd-Batterie das Feuer der Schiffe. Fast keine einzige Kugel welche Preußer den Dänen zugesandt hatte, wurde vergeblich abgeschossen, Schuß auf Schuß traf die Schiffskörper.

Man sah die Wirkung — die fliegenden Splitter und die zerhossenen Taue. Zweimal wurde die deutsche Flagge von der Batterie herabgeschossen; aber der Unter-Offizier Preußer ließ sie zum dritten Mal aufrichten.

Es war gegen die Mittagszeit als der Herzog von Koburg-Gotha aus Gortorf ankam; er sah das Schlachtfeld, und eilte zurück, um die dort stationirten Geschütze zu holen.

Plötzlich signalisirte das Linien Schiff Christian ein Dampfboot herbei, um die Schiffe aus dem Hafen zu schleppen. Dasselbe kam; aber in der Schußweite der Nord-Batterie angekommen, wurde es durch eine Lage derselben zum Rückzuge gezwungen.

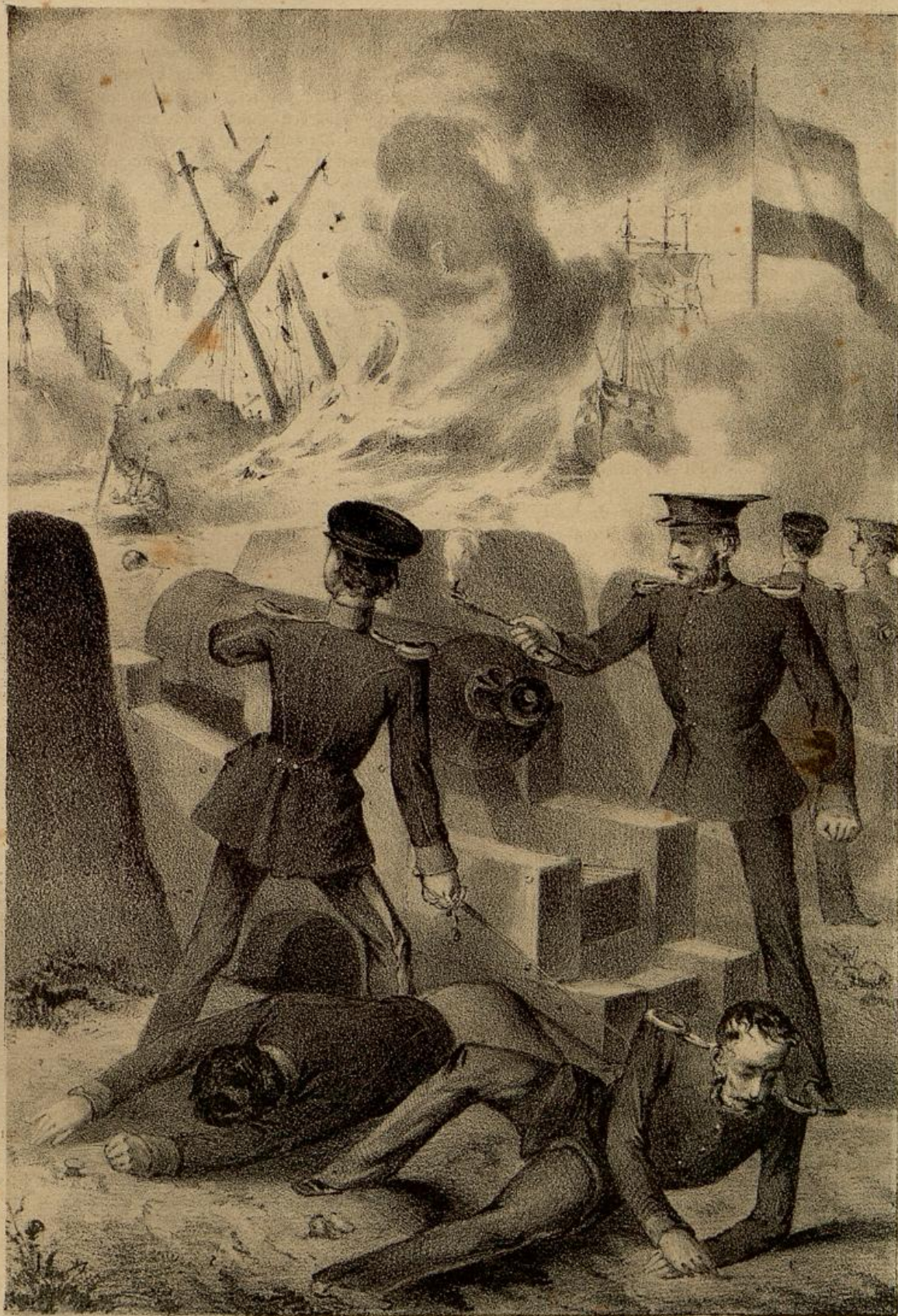
Nun vermehrte sich der Muth der Deutschen, während er bei den Dänen sank. Beide Schiffe zogen nach einem sechsständigen Kampfe die weiße Parlamentär-Flagge auf, worauf der Kapitän Paludan den freien Abzug verlangte, sonst würde er aber die Stadt beschießen.

Niemand ging darauf ein; doch bewilligte man gegen 3 Uhr Nachmittags eine kurze Waffenruhe. Der Unter-Offizier Preußer, der in seiner Batterie nur einen Todten und mehrere Verwundete zählte, eiferte seine Mannschaften aufs Neue an, und erklärte, eher sein Leben zu opfern als die dänischen Schiffe aus den Hafen zu lassen.

Der Herzog von Koburg-Gotha kam nun mit einer halben Feld-Batterie an, die am Strande, rechts von der Süd-Batterie aufgestellt wurde.

Gegen 4 Uhr fing der Kampf wieder aufs Neue an. Die Süd-Batterie, und die Feldgeschütze wirkten vortrefflich. Nochmals rief der Kapitän Paludan gegen 5 Uhr das Dampfboot herbei, und ließ die Anker seines Schiffes kappen.

Das Dampfboot versuchte sich zu nähern, wurde aber durch die Kugeln der Nord-Batterie abermals zurückgewiesen. Das Linien Schiff Christian VIII. welches die Segel beigesezt hatte, kam jetzt durch den

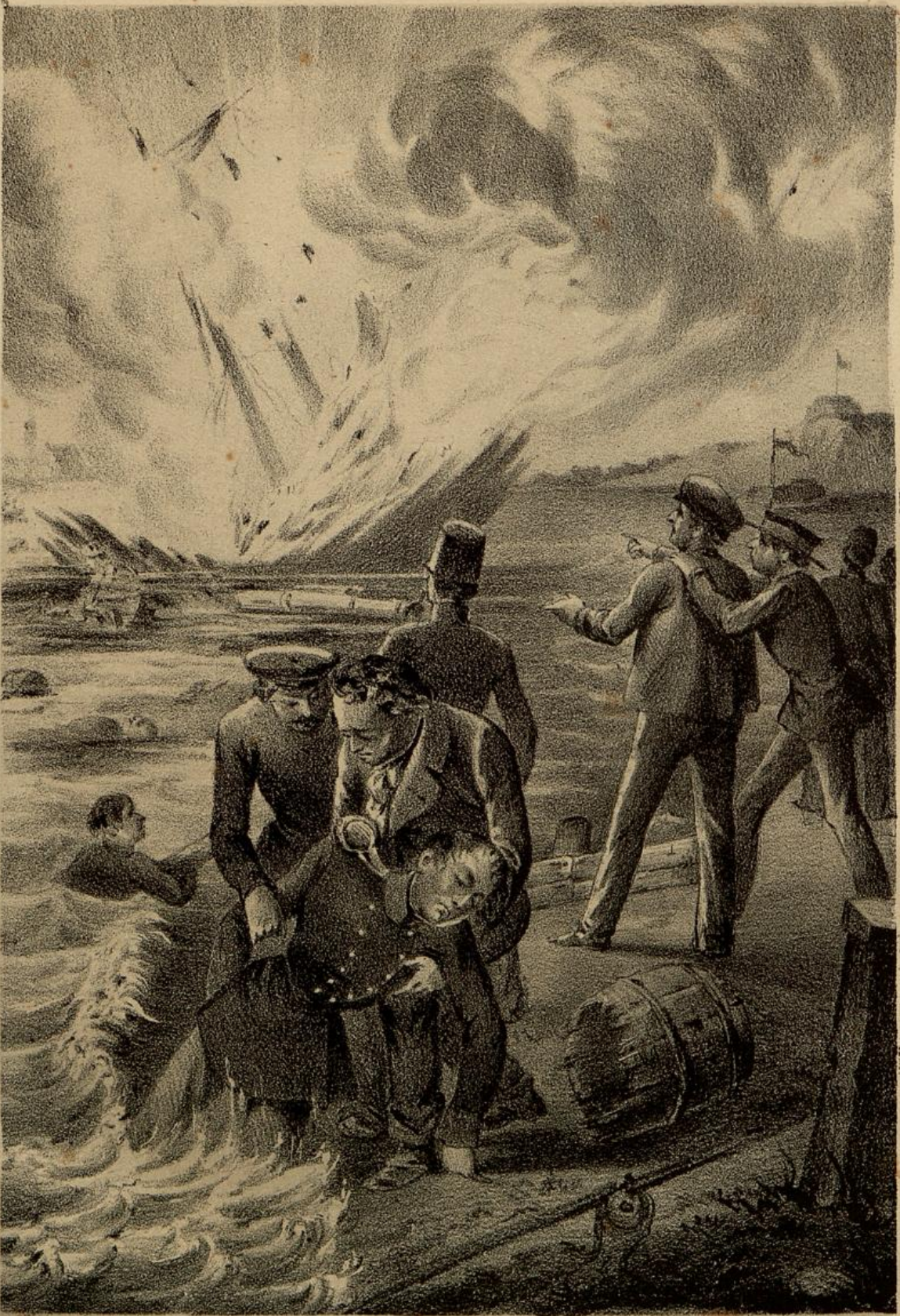


Il combattimento nel porto di Eckerförde.

A küzdelem az Eckerfördei révben.







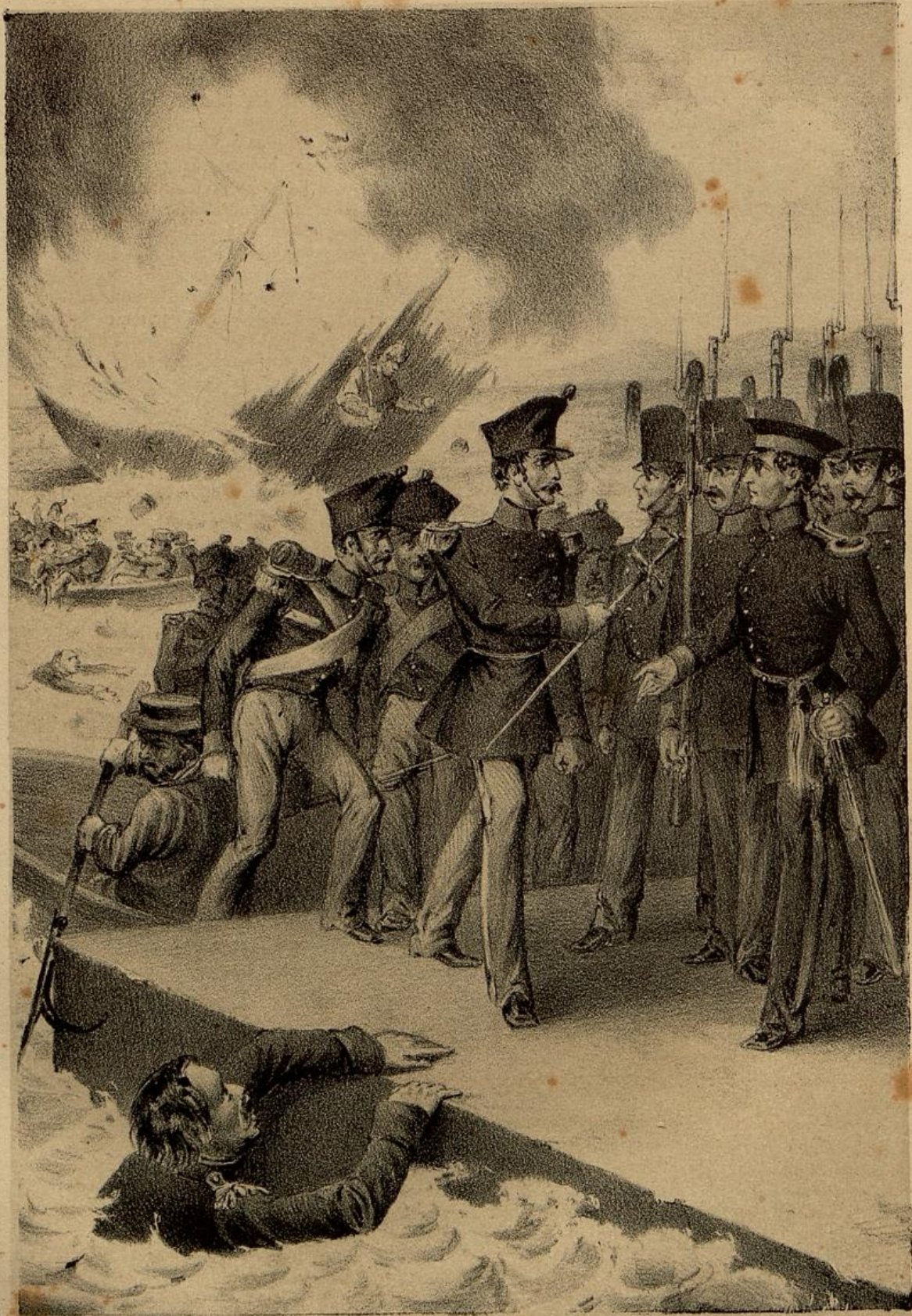
L'esplosione del vasullo di linea danese Christiano l'ottavo.

A fölvetetés a dánuli sorhajóbul Christian nyolczadignag.

Die Explosion des dänischen Linienschiffes Christian des VIII



Danský mořský kapitán dá se s lidem kořábu chítit.



Il Capitano danese si rende come prigionero con tutti.

A dani kapitány hajós legénységivel megadja magát i suoi soldati.

Der dänische Kapitain gibt sich mit seiner Schiffsmannschaft gefangen.

ziemlich scharfen Ostwind auf den Strand in die Nähe der Batterien, wo es nun mit glühenden Kugeln beschossen wurde.

Schon längst verriethen die Manoeuvres der Fregatte, daß auch ihr Zustand ein trostloser sey, und der Sieg der Schleswig-Holsteiner wurde nun immer mehr und mehr zur Gewißheit, wenn auch die Schiffe ihr Feuer gegen die Stadt hin richteten.

Endlich gegen 6 Uhr strich das Linienschiff wie die Fregatte die Flagge. Die Dänen hatten in dem langen Kampfe furchtbar gelitten; die Mannschaft war erschöpft und muthlos, und Alle sahen schon ihren Untergang immer deutlicher vor Augen.

Der Kapitän Paludan mit zwei Offizieren und etwa 650 Matrosen kam ans Land und gab sich gefangen, denn es hatte sich in der nahestehenden Gefahr gerettet wer nur immer konnte; indessen befanden sich aber noch bei 250 Mann am Bord des Linienschiffes, welches im Innern schon brannte.

Sogleich wurden jetzt Anstalten getroffen, die Mannschaften zu retten, wobei der tapfere Preußer, der Held des Tages zuerst an Bord eilte, um den Trostlosen Hilfe zu bringen.

Der Zustand des Schiffes war schrecklich, denn die Grundschiffe hatten im Raume gezündet; und der Wind hatte zugleich die Flamme verbreitet.

Die Zuschauer am Strande standen in einer athemlosen Spannung, da erfolgte gegen 8 Uhr Abends plötzlich eine furchtbare Explosion, eine ungeheure Feuerfäule erhob sich, Masten, Seael, Holz und Menschen flogen hoch in die Luft. In einem Augenblicke lag von dem prachtvollen Schiffe nur der Kiel mit einem Theile des brennenden Vorderdecks auf dem Grunde.

In den Jubel des Sieges mischte sich jetzt der Schmerz über die Verunglückten, unter welcher sich auch der tapfere Unter-Offizier Preußer befand, der nicht vom Deck gewichen war, um den Gefangenen hilfreiche Hand zu bieten.

Gleich darauf wendete man sich der Fregatte zu, welche von ihrem Kapitän Mayer mit der noch 300 Mann starken Besatzung ebenfalls übergeben wurde, worauf dann die schleswig-holsteinischen Seemänner dieses weniger beschädigte Schiff bestiegen, um im Namen des deutschen Reichs davon Besitz zu nehmen.

Ein denkwürdiger und beispielloser Sieg war also durch Muth und Ausdauer erkämpft worden. Ungefähr 30 schleswig-holsteinische Kanoniere, erst später von den wackern deutschen Brüdern unterstützt, hatten den Sieg über 140 feindliche Kanonen davon getragen, über 900 Gefangene gemacht, und eine der schönsten Fregatten Europa's erobert.

Die Bewohner des kleinen Eckernförde hatten willig ihre Stadt dem Bombardement dargeboten, um dafür einen schönen und glänzenden Sieg über ihre Feinde zu feiern.

Die Nachricht von diesem Tage verbreitete sich durch das ganze Land von einem lauten und einstimmigen Jubel begleitet.

Die Land-Armee, begeistert von diesem ersten großartigen Erfolge, eiferte und rief nach Schlachten,

aber sie mußte lange Zeit warten, bevor ihr Wunsch in Erfüllung ging; denn während die Dänen, auf das höchste betroffen von der Niederlage ihrer Flotte, die einer Vernichtung derselben fast gleich kam, auf allen Punkten zurückwichen, gingen die Operationen des Landesheeres nur sehr langsam vor sich.

Nach der Masse von Truppen, welche bereits im Monat März aus ganz Deutschland in die Herzogthümer eingezogen waren, hätten die Dänen fast vernichtet seyn müssen; allein kaum war der Anfang der Feindseligkeiten als unausbleiblich erschienen, so liefen auch schon Notizen aus Rußland und Frankreich in Berlin ein, welche eine Besetzung von Jütland durchaus verboten, und nur erlaubten, daß die deutschen Truppen, nur die nach dem Waffenstillstande von Malmö bezeichneten Stellen einnehmen sollten.

Preußen gab hier wie in allen Dingen nach; und so entstand die Besetzung Schleswigs durch deutsche Truppen, ohne daß an ein Vorrücken nach Jütland ernstlich gedacht wurde.

Die Besetzung sollte durchaus nach den bestimmten Instruktionen, welche der General Wittig erhalten hatte, den Charakter einer bestimmten Maßregel haben und behalten. Nur wenn die Dänen angreifen würden, sollte man von der Waffe Gebrauch machen.

Die ganze Kriegführung als solche war also damit aufgehoben, und die militärische Operation in dieser Zeit nichts als ein Versuch, neuen Verhandlungen die Bahn zu brechen.

Allerdings rückten die schleswig-holsteinischen Truppen bis Hadersleben vorwärts, und dieses oft unter kleinen Scharmützeln; besonders bestanden sie am 9. April, nämlich dem Jahrestage der unglücklichen Schlacht bei Bau ein Gefecht mit den Dänen; doch brachte alles dieses keine Entscheidung.

Wichtiger zwar war die am 13. April erfolgte Erstürmung der Düppeler Schanzen, bei welcher Hannoveraner, Sachsen und Baiern im Kampfe standen.

Unter der Leitung des Oberst-Lieutenant von der Lann rückten in der Nacht vom 12. auf den 13. April vier bairische Bataillone Infanterie und ein Bataillon Jäger aus den im Sundevit eingenommenen Quartieren, und zu gleichem Zwecke waren vom linken Flügel aus fünf sächsische Bataillone unter dem General Heinz, einen wackern Haudegen, mit dem königlichen Prinzen Albert von Sachsen aufgebroschen, auch befand sich ein altenburgisches und ein kurhessisches Bataillon unter diesen Kämpfern.

Diese Truppen wurden durch acht bairische, sächsische und kurhessische Batterien unterstützt, denen zwei Schwadronen hanseatische Kavallerie zur Bedeckung beigegeben waren, und welche die Mitte der angreifenden Herres-Abtheilung bildeten.

Mit einer unglaublichen Sorglosigkeit verließen die Dänen jedesmal zur Nachtzeit ihre Schanzen, um sich auf Alsen zur Ruhe zu begeben, und so blieben dann diese Schanzwerke nur schwach besetzt.

Als sich daher der rechte Flügel, nämlich die Baiern beim grauen Anbruche des Tages den Schanzen näherten und einen Sturmangriff mit dem

Bajonet ausführten, kamen sie nur auf einen schwachen Widerstand.

Der Lärm des Gefechts führte jedoch bald bedeutende Streitkräfte aus dem Brückenkopf und über die Brücke von Alsen her in das bedrohte Bollwerk, und es galt nun, sowohl die Baiern aus den schon gewonnenen Stellungen zu vertreiben, als auch den Angriff vom linken Flügel abzuschlagen.

Die Sachsen und ihre Verbündeten hatten daher einen mörderischen Kampf zu bestehen, als sie zum Angriffe kamen, allein die Tapferkeit dieser Truppen war unwiderstehlich.

Dem heftigsten Geschützfeuer, welches durch die dänischen Kanonenboote unterstützt ward, trogend, wurden die Schanzen genommen, auch leistete die deutsche Artillerie vortreffliche Dienste, doch gingen dabei zwei sächsische Geschütze verloren, die sich auf einem sumpfigen Grunde zu weit vorwärts gewagt hatten, und im Schlamm stecken blieben, die aber nachher, jedoch mit großer Aufopferung wieder zurückgewonnen wurden.

Der deutsche Heldengeist brauste gewaltig auf, daß die todesmuthigen Schaaren sich so den fliehenden Feinden noch auf die Brücke nachstürzten, und mit ihnen zugleich nach Alsen hinüber dringen wollten; eine That, die wenn sie gleich gelungen wäre, von unermesslichen Folgen für die Entscheidung des Krieges hätte seyn können da die Düppeler Anhöhen den Zugang zur Insel Alsen beherrschten; allein dem standen jene unglückseligen Bestimmungen des Waffenstillstandes entgegen, und so wurden die heldenmuthigen Deutschen gezwungen, ein ganzes Vierteljahr lang vor der Insel untätig zu liegen.

Ja, als die trefflichen Bückeburger-Schützen einmal aus Verdruß über diese klägliche Stellung die dänischen Wachtposten der Reihe nach, 26 an der Zahl vom Festlande aus niederschossen, weil diese früher einen Bückeburger erschossen hatten, da beschwerte man sich von Seite der Dänen, und eine Ordonnanz kam eiligst aus dem Hauptquartier mit dem Befehle, kein Feuer mehr auf die Dänen zu geben. Dieses war wohl hart genug, aber die Diplomatie hatte es gebothen, und der Deutsche gehorchte.

So standen die Sachen, bis gegen Ende des Monats April hin, Niemanden zur Ehre, den Dänen aber zum großen Vortheile.

Indessen war vom General Prittwitz die schleswig-holsteinische Armee unter dem General von Bonin nach Norden vorausgeschickt worden; sie hielt Hadersleben besetzt, von wo aus sie sich nach und nach gegen die jütische Grenze hinaufzog.

Die Schleswig-Holsteiner glühten vor Eifer, sich mit den Dänen zu schlagen, und die Instruktionen des Generals Bonin machten einen Sonderangriff derselben auf die Letzteren keineswegs unmöglich.

Am 20 April früh Morgens wurde ein Jäger-Korps und ein Bataillon unter dem Kommando des Oberst-Lieutenant Zastrow's detachirt, um eine Reconnoissance der dänischen Stellung bei Kolbing vorzunehmen.

Kolbing liegt an einem tiefen Einschnitte der Ostsee, und hier standen die Dänen.

Nachdem Zastrow sich von der Sachlage unterrichtet hatte, dachte er, nach der ihm gegebenen Instruktion, umzukehren. Allein kaum hatten die Deutschen die Dänen gesehen, so erhob sich ein Geplänkel, welches immer heftiger ward, und bald in einen förmlichen Kampf überging.

Die Dänen hatten sich in Kolbing stark verschanzt; die Häuser, die im Süden der Brücke liegen, waren verbarrikadirt und mit Schießscharten versehen; die Kasteljäger, einer der besten Truppentheile der dänischen Armee hielten diese Vorposten.

Zwei Kompagnien des zweiten Jägerkorps aber warfen sich mit einem Hurrah auf diese Häuser und jagten die Dänen hinaus, jedoch hinter diesen Häusern entstand erst der eigentliche Kampf.

Hier war die Brücke über die Kolbingau, der einzige Zugang zur Stadt, stark verpallisadirt; das Thor war geschlossen, und ein Kreuzfeuer aus den umliegenden Häusern empfing die Stürmenden. Doch nichts konnte die Andringenden mehr hemmen oder abhalten.

Ohne Geschütz und ohne Sturmgeräth stürzten sich die herzhaften jungen Männer auf die Brücke, stießen mit ihren Bajonetten durch die Palliaden, kletterten hinüber, drangen in die Häuser, lieferten in den Straßen der Stadt den Dänen einen kurzen aber wüthenden Kampf, und um 11 Morgens war die Stadt erobert, und die Dänen zogen jetzt mit einem großen Verlust rasch ab, nach Norden.

Unter den Offizieren zeichneten sich Zastrow, den eine Kugel, mitten auf die Brust auf den Knopf des Waffenrocks traf, und der Hauptmann Delius, der Chef des Generalkorps, besonders aus.

Die jungen Truppen hatten ihre erste Probe bestanden, und die jütische Grenze war siegreich überschritten, worauf nun der Einmarsch in Jütland erfolgte.

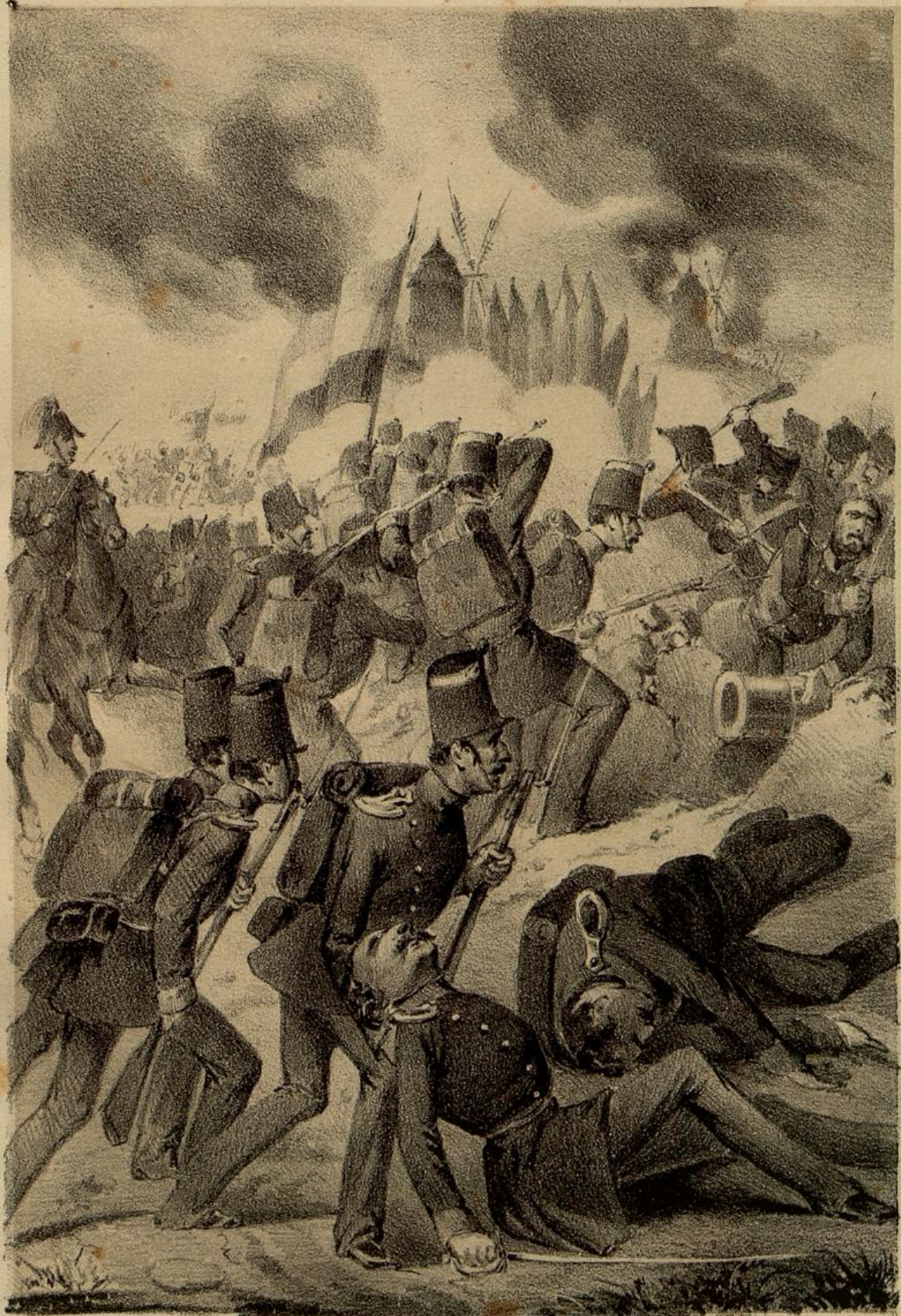
Als die Nachricht von der Einnahme Kolbing's in dem schleswig-holsteinischen Hauptquartier beim General Bonin eintraf, rückte derselbe, um jene Stellung nicht gänzlich exponirt zu lassen, mit der ganzen schleswig-holsteinischen Armee nach, und nahm sein Hauptquartier in Wonsild.

Die Vorposten wurden über Kolbing hinaus geschoben, Kolbing selbst aber wurde in größter Eile nur wenig verschanzt. Die Preußen und die übrigen Deutschen standen jedoch noch tief im Schleswig'schen, so fern, daß sie der schleswig-holsteinischen Armee keine Hilfe bringen konnten.

Diese Letztere war ungefähr 11,000 Mann stark, während die Dänen dagegen bei Weile und Fridericia in fünf Brigaden über 20,000 Mann aufgestellt hatten.

Auf dieses Verhältniß hin bauten sie die Hoffnung, daß sie mit einem raschen und entscheidenden Gesamt-Angriff die schleswig-holsteinische Armee würden vernichten können.

Es wäre auch viel gewonnen gewesen, wenn ihnen dieses gelungen wäre. Die Schleswig-Holsteiner hatten ihrerseits keinen andern Wunsch, als sich mit ihrer ganzen Macht auf die Dänen zu werfen; denn so konnte man eine Entscheidung erwarten.



„L'assalto dei forti di Düppel.“

„Megostromlás a Duppeli sánczoknak.“

„Die Erstürmung der Duppeler Schanzen.“





L'assalto dei sleswigh-olsawiani ai ponti di Kolbing.

Abil tamadās schleswigh-holstejniek āltal Kolbingnāl.

Der Brücken-Angriff der Schleswig-Holsteiner bei Kolbing.







La battaglia di Kolbing.

Az ütközet Kálbingnál.

Die Schlacht bei Kolbing.

Am 23. April am Jahrestage der Schlacht bei Schleswig, hofften nun die Dänen ihr Ziel zu erreichen, und lieferten der schleswig-holsteinischen Armee die Schlacht bei Kolbing, wo sich jetzt die beiden Armeen im offenen Felde und im ehrlichen Kampfe begegneten.

Die schleswig-holsteinische Armee stand von Kolbing aus westwärts im Süden der Kolbingau, die ganz auf jütischem Boden fließt. Kolbing selbst war von der ersten Brigade besetzt; in Wandrup stand der Stab der zweiten Brigade.

Von Kolbing aus laufen zwei Wege, der eine nach Fredericia, der andere gerade nördlich nach Weile.

Der Weg nach Fredericia war mit Schanzen und vorgeschobenen Posten gedeckt. Hier lag nun die Hauptstärke der Schleswig-Holsteiner.

Die zweite Brigade, der linke Flügel der Armee, hatte zu seiner Deckung ein Defilé, welches nur mit zwei Kompagnien des vierten Jäger-Korps, und mit einer Kompagnie des dritten Bataillons besetzt war. Die Verbindung zwischen der Brigade und dem Haupt-Korps war bloß durch zwei Bataillone die längs der Kolbingau standen, gedeckt.

Würde es also gelingen, diesen linken Flügel mit Uebermacht zu werfen, und denselben gegen Kolbing hin aufzurollen, so würde die ganze schleswig-holsteinische Armee verloren gewesen seyn. Es kam nur darauf an, die erste Brigade, die am besten mit Geschütz versehen war, in Kolbing durch einen Angriff festzubalten.

Man konnte erwarten, daß dieselbe sich von Kolbing nicht entfernen werde, und daß daher, wenn nur der erste Angriff auf den linken Flügel gelungen ist, die Schlacht gewonnen seyn müsse; und darauf bauten auch die Dänen ihren sehr gut angelegten Schlachtplan.

Am Morgen des 23. April erschien nun auf dem Wege von Fredericia her die erste dänische Brigade Schleppegrell und griff die äußersten kleinen Schanzen der Schleswig-Holsteiner an.

Zugleich legten sich mehrere Kanonenboote und eine Korvette in die Kolbingbucht und beschossen die Stellung von der Seite. Die Brigade Moltke kam auf dem Wege von Weile her, und griff Kolbing im Westen an; während aber hier gekämpft ward, marschirte der General Ryl mit drei Brigaden nach Westen, um mit dieser Uebermacht den linken Flügel der Schleswig-Holsteiner zu werfen. Und hier kam er nun auf jenes Defilé in welchem die erwähnten wenigen Kompagnien standen.

Um 5 Uhr wurden die ersten Schüsse gewechselt. Die Dänen führten immer neue Truppen zum Angriff herbei; aber jene schleswig-holsteinischen Kompagnien hielten festen Stand gegen eine Macht, die beinahe 14,000 Mann stark war.

Unter einem mörderischen Kugelregen zogen sie sich endlich zurück in ein Gehölz, welches den Zugang zur Stellung der zweiten schleswig-holsteinischen Brigade deckte.

Drei Stunden lang kämpften sie allein gegen die Dänen unter harten und blutigen Verlusten.

Der Hauptmann Eichstädt fiel; die Zahl der Verwundeten und Gefallenen mehrte sich immer mehr, während die Dänen fortwährend neue Massen entwickelten; aber dennoch hielten die schleswig-holsteiner ihren Stand, obgleich das Defilé mit Kartätschen und Paßkugeln förmlich überschüttet ward, so daß der General Ryl als er einen Gefangenen fragte, wie viel ihm gegenüber stehen, auf dessen Antwort, es seyen nur drei Kompagnien, denselben einen Schlag in's Gesicht versetzte mit dem Ausrufe: »Das lügst du Hund,« und doch war es Wahrheit.

Man hatte es Ryl ernstlich zum Vorwurfe gemacht, daß er nicht, wenn auch mit großen Opfern, einen entscheidenden Angriff machen ließ; vielleicht hätte die Sache sich wesentlich anders gestaltet.

Doch Ryl glaubte die ganze Brigade vor sich zu haben, und so verlor er eine kostbare Zeit; denn gegen 9 Uhr war es allerdings so weit gekommen, daß jene schleswig-holsteinischen Kompagnien ihre Munition verschossen hatten, und zu weichen angingen.

Aber da erschien plötzlich der Oberst Sachau mit der ganzen Brigade in Schlachtordnung, war sich selbst mit ins Gefecht, wechselte die Truppen, und brachte neue Munition. Verwundet am Beine, hielt dieser tapfere Offizier sich zu Pferde bis zur Mittagszeit.

Der ganze Flügel drang vor, und die Ryl'sche Division, ermattet und am Siege verzweifelnd, fing jetzt an vom Angriff zur Vertheidigung überzugehen.

Während dieses auf dem linken Flügel sich zutrug, war der Kampf bei Kolbing selbst schon entschieden. Durch kräftigen Angriff war es der Moltke'schen Brigade im Anfange gelungen, bis in die Stadt zu dringen, während die Brigade Schleppegrell die Verschanzungen auf dem Wege nach Fredericia nicht hatte bewältigen können.

Hier standen mehrere Kompagnien schleswig-holsteiner Jäger, und wehrten sich gegen die Angriffe, welche zu gleicher Zeit zu Lande und zu Wasser auf sie gemacht wurden.

Ein junger dänischer Husaren-Lieutenant, Namens Castenschild, sah mit seiner Schwadron dem Gefechte zu. Ungeduldig rief er endlich dem nächsten Hauptmanne, ob er denn nicht der Handvoll Leute Herr werden könne? Der Hauptmann antwortete aber höhnisch, wenn er glaube, daß dieses so leicht sey, so möge er es selbst versuchen.

Die breite Straße von Fredericia lief dicht neben den Schanzen vorbei. Castenschild rief nun, er werde mit seiner Schwadron vor den Schanzen vorbeisprengen, und sie in der Kehle fassen; dann möge man von vorne zugleich angreifen.

Der Hauptmann winkte, und die Husaren sprengten längs der Straße auf die Schanzen los, die Säbel geschwungen. Da springt der kommandirende Offizier der Schleswig-Holsteiner auf die Schanze und ruft seinen Soldaten zu: »Den Ersten, der einen Schuß macht, bevor ich es befehle, den haue ich nieder! Achtung!« Die Husaren brausten heran. Für einen Augenblick in der gespannten Erwartung hörte das Schießen des Geplänkels auf.

Jenseits der Kolbingau schaute die dänische, die-
seits der deutsche Generalstab zu; es war eine Minu-
te lang, als hänge das Schicksal des Tages von die-
sem Angriffe ab.

Zimmer näher stürmten die dänischen Reiter, so
daß sie kaum mehr 40 Schritte von dem blutigen
Kampfsplatze entfernt waren. Da kommandirte der
Deutsche plötzlich: Feuer! und die Gewehre krachten.
Niederstürzte die ganze Schwadron als wäre sie mit
einem gewaltigen Faustschlage zersplittert worden, Kopf
und Mann durcheinander, und übereinander, todt,
verwundet und gelähmt.

Einen Augenblick hüllte eine mächtige Staub-
wolke den furchtbaren Knäuel ein; dann lagen die
entsetzten berrenlosen Rosse übereinander nach allen
Seiten; und so war die ganze Schwadron in einer
Sekunde vernichtet.

Dieser war der glänzendste, wenn auch nicht der
entscheidende Augenblick des Tages.

Castenschild, unter sein Ross gefallen, selbst
nicht verwundet stand auf; aber von den Schleswig-
Holsteinern richtete keiner sein Gewehr auf ihn; son-
dern man ließ ihn aus Achtung vor seinem Muth, un-
angefastet zu den Seinen zurückkehren.

Auf den erbeuteten Pferden brachten aber we-
nige Stunden später, die Deutschen die Siegesbot-
schaft nach Christiansfelde und Hadersleben.

Inzwischen war die Moltke'sche Brigade nach
Kolbing hinein gebrungen. Bonin ließ die Artille-
rie auf einer Anhöhe auffahren, wo sie den Ueber-
gang über die Brücke beherrschte, dadurch ward nun
dem Vordringen der Dänen entschieden Einhalt gethan.
Die Dänen aber setzten sich rasch fest in der Stadt,
schnitten dadurch die vorgeschobenen Posten ab, und
wenn sie diese Stellung behaupteten, konnten sie der
ganzen Stellung westlich gefährlich werden.

Hier war es nun, wo sich die Schlacht entschied.
Die schleswig-holsteinischen Truppen, von welchen be-
sonders das neunte Bataillon ernstlich gelitten hatte,
sammelten sich und die Offiziere stellten sich an die
Spitze einiger entschlossenen Kompagnien.

Mit gefällttem Bajonet wurde jetzt ein glänzen-
der und entschiedener Angriff auf die Dänen gemacht,
die den Marktplatz schon genommen hatten, und ein
wüthender Kampf entwickelte sich.

Die Bürger, hingerissen vom Jorne, nahmen
gleichfalls Antheil an dem Kampfe, und so wurde
aus den Fenstern auf die Schleswig-Holsteiner ge-
schossen.

Mehrere mit Schrot und Hagel verwundete
Schleswig-Holsteiner wurden aus der Stadt getragen,
bei welchem Anblicke ihre Kammeraden noch mehr in
Wuth kamen. Die Häuser wurden jetzt gestürmt,
die Dänen geworfen und geschlagen; die schleswig-
holsteinische Artillerie eröffnete ein mörderisches Feuer
auf jedes Haus, welches an dem Kampfe sich bethei-
lig hatte.

Bald standen viele Häuser in Flammen, und
verbreiteten einen furchtbaren Anblick; doch den Dä-
nen deckte diese Feuerbrunst den Rückzug. Bonin
konnte, des Sieges auf dem rechten Flügel gewiß,

Verstärkung nach dem linken Flügel schicken; dadurch
war auch Nyl von der Defensio zum Weichen ge-
bracht worden; und so befand sich um die Mittags-
zeit das ganze dänische Heer im vollen Rückzuge.

Ungefähr 11,000 Schleswig-Holsteiner hatten,
ohne die geringste Unterstützung mehr als 20,000
Mann geschlagen. Der Verlust der Dänen wurde
auf 7 bis 800 Mann an Todten und Verwundeten
mit etwa 120 Mann Gefangenen angegeben; der
Verlust der Schleswig-Holsteiner betrug etwa 380
Mann.

Moltke ging mit seiner und der Schleppe-
grell'schen Brigade nach Fridericia, Rye und Weile.
Die schleswig-holsteinische Armee blieb vorläufig bei
Kolbing stehen.

Der Eindruck dieses Sieges war ein mächtiger,
denn es war das erste Mal, daß die Schleswig-Hol-
steiner den Dänen allein gegenüber standen; und sie
hatten gesiegt, obichon nicht ohne Verluste.

Der Muth stieg jetzt im Innern des Landes,
und nach Außen mußte man die Ueberzeugung ge-
winnen, daß das kleine Schleswig-Holstein doch Recht
gehabt hat, wenn es stets mit Stolz behauptete, es
selbst allein schon sey den Dänen gewachsen.

Wollte man das schleswig-holsteinische Heer nicht
allein zum Herrn des Schlachtfeldes machen, so muß-
te man jetzt mit den preussischen Truppen nachrücken.
Es kam also anders, als Manche gedacht hatten.

Man hatte erwartet die Niederlagen der Schles-
wig-Holsteiner würden den Einmarsch der Preußen
ungefährlich für die preussische Politik machen; jetzt
erforderten die Siege derselben aber diesen Einmarsch.

Schon am 24. April kam ein Befehl an dem
General Prittwitz von Frankfurt aus, mit der
Reichs-Armee in Jütland einzurücken; allein Prit-
witz blieb ruhig stehen.

Erst am 6. Mai kamen die preussischen Kolon-
nen vor Kolbing an. Dänemark hatte auch jetzt noch
nicht nachgeben wollen; und Preußen mußte wenig-
stens den Schein des Ernstes annehmen.

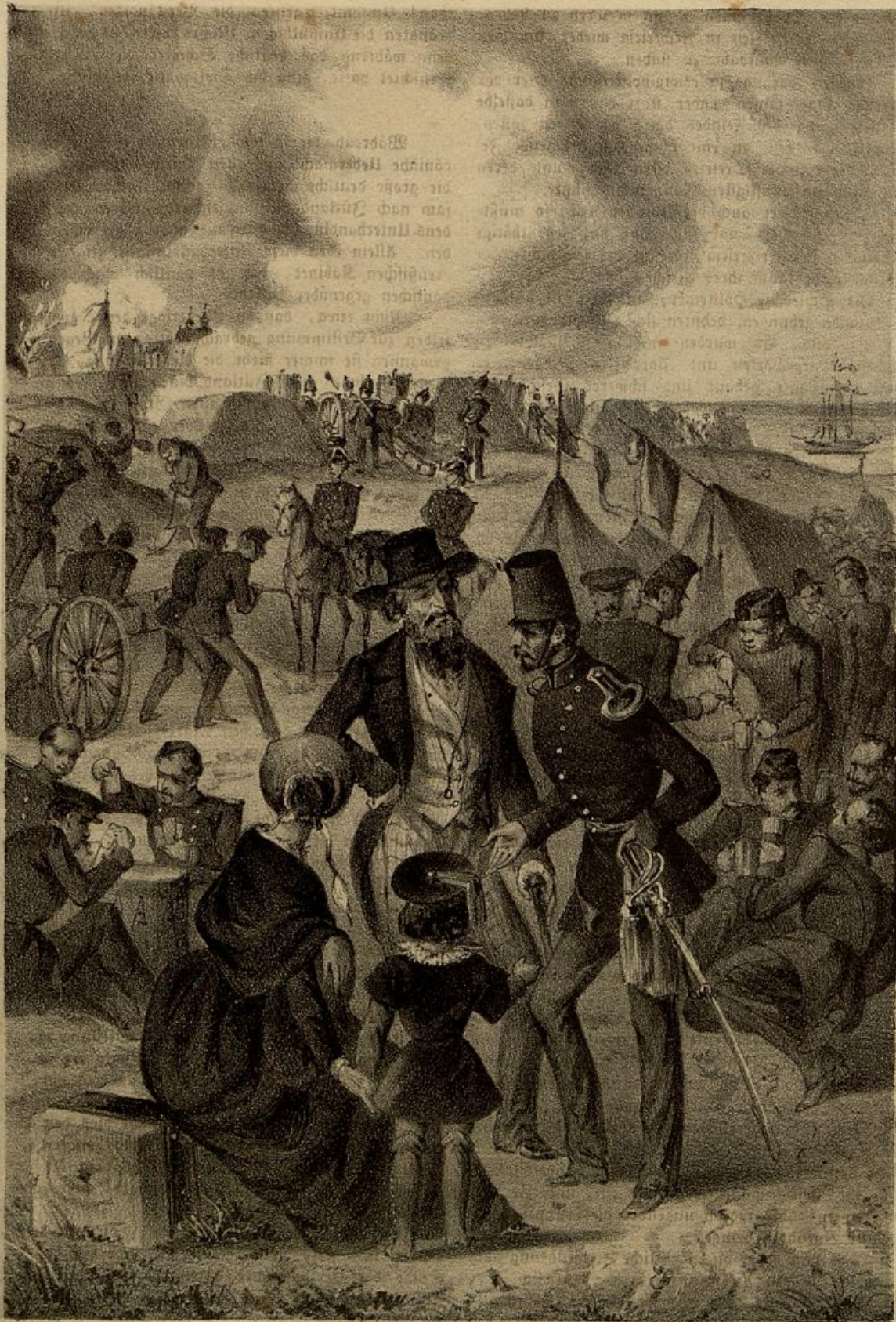
Prittwitz ging von Kolbing nach Weile, und
drängte die Dänen fort; die Schleswig-Holsteiner aber
marschirten mit ihrer ganzen Armee auf Fridericia.

Hier trafen sie unterwegs das dänische Heer in
einer starken Verschanzung bei Gudsoe am 7. Mai.
Diese Verschanzung beherrschte den Zugang zu der
Festung Fridericia, und war so fest, daß ein direkter
Angriff auf dieselbe schwer oder gar nicht möglich
erschien.

Allein die Schleswig-Holsteiner umgingen den
rechten Flügel der Dänen, und nun wichen diese nach
einem ziemlich hitzigen, jedoch keineswegs entschei-
den Gefechte nach Fridericia zurück.

Zu gleicher Zeit marschirten die Preußen von
Weile nördlich, das kleine Korps des Generals Nyl
vor sich hertreibend, zuweilen auch einige Kugeln wech-
selnd, stets aber in äußerster Vorsicht, daß den Dä-
nen nicht zu viel geschehe. Es war also dieses kein Feld-
zug mehr zu nennen. Die Erbitterung über diese Politik
mitten im Kampfe stieg ganz natürlich aufs Aeußerste,
ja selbst unter den preussischen Truppen.





Il campo dell'armata Slesvich Olsazia avanti Friderica.

Á Schleswig-Holsteiniak táborá Frideriki.

Das Lager der Schleswig-Holsteiner vor Friderika.

Nyl schiffte sich zuletzt mit seinem Korps un-gefährdet ein, ohne einen Mann verloren zu haben, und erschien seiner Zeit in Fredericia wieder, um hier das Ende seiner Laufbahn zu finden.

Indessen war das schleswig-holsteinische Heer vor Fredericia angekommen; aber statt daß man dasselbe zur Verfolgung des Feindes hätte verwenden sollen, kettete man es fest an eine schwer zu nehmende Festung, die von der Seeite offen blieb, und deren Besitz auch im günstigsten Falle nichts nützte.

So groß aber auch der Unmuth war, so mußte man doch gehorchen; und so begann nun jene thätige Unthätigkeit vor Fredericia, die in der Geschichte der Feldzüge wohl kaum ihres gleichen hat.

Die Schleswig-Holsteiner, an ihre fast unlösliche Aufgabe gebunden, dehnten sich allmählig rund um Fredericia aus. Es wurden in aller Gemächlichkeit Schanzen aufgeworfen und Parallelen gezogen; es wurde ein Lager gebaut und schweres Geschütz zu gänzlich nutzlosem Bombardement herbeigebracht.

Am 16. Mai fing sodann dieses Belagerungsgeschütz zu spielen an. Die Festung antwortete; von beiden Seiten that man sich aber wenig zu Leide.

Der General Bonin richtete sich ein, als ob er hunderttausend Mann zu kommandiren hätte, während die Dänen doch numerisch stärker waren als die Schleswig-Holsteiner.

Die Truppen machten sich breit im Lager; und man errichtete daselbst Buden, Gastzelte und Wirtschaften. Krämer und Handelsleute kamen von Süden, dann auch viele Besuchende. Das Lager fing an, seinen militärischen Charakter zu verlieren; es war eine Stadt vor einer Stadt.

Niemand begriff, wohin das führen sollte. Jedermann sah ein, daß man auf diese Weise die Festung nicht nehmen könne und so überließ man sich um so frohlicher dem Lagerleben.

Noch erzählen diejenigen, welche in diesem Lager standen mit einem wahren Vergnügen von der schönen Zeit die sie hier erlebt hatten, und die Besucher werden sich immer noch des freundlichen lebendigen Anblicks erinnern, welchen dieses Heer darbot, das, man möchte sagen, wie zum Ausruhen im Graze hingestreckt lag.

Dazwischen trat wohl dann und wann ein heftiges Feuer der Batterien, welches oft mörderisch war. Die Bomben flogen dichter in die Stadt und richteten daselbst großen Schaden an; viele Dänen fielen durch die trefflich bediente Artillerie der Schleswig-Holsteiner, und besonders zeichnete sich die Schanze des Lieutenants Christensen durch unverdrossenen Mut und vorzügliche Wirkung aus.

Nach und nach rückten dabei allerdings die deutschen Belagerer immer näher, und die Stadt wurde zuletzt von der Landseite immer enger eingeschlossen; allein eine Entscheidung trat nicht ein, und die Dänen konnten daher täglich ungestört die Truppen wechseln und Zuführen bringen.

Daß man dabei die eigentliche Kriegsführung nach und nach aus den Augen verlor, war natürlich. Der Monat Juni kam, und noch war keine Entscheidung.

Kein Schritt war vorwärts oder rückwärts gethan! Umsonst warnten die Verständigen, umsonst drängten die Unmuthigen. Nichts rückte aus der Stelle; denn während das deutsche Schwert die Dänen fast vernichtet hatte, ging die Diplomatie ihren Weg.

Während die schleswig-holsteinischen Truppen die dänische Uebermacht auf allen Punkten schlugen, und die große deutsche Armee in voller Unthätigkeit langsam nach Jütland hineinmarschirte, waren die Friedens-Unterhandlungen durchaus nicht abgebrochen worden. Allein eben diese Unterhandlungen zeigten dem preussischen Kabinet, daß es gänzlich machtlos dem dänischen gegenüber dastehe.

Nicht etwa, daß die Niederlage der Dänen dieselben zur Bestimmung gebracht hätte; im Gegentheil gewannen sie immer mehr die Ueberzeugung, daß, je weiter Preußen nach Jütland hineinrückte, es um so entschiedener Gegner unter allen Großmächten finde; denn diese hatten den Krieg Preußens von jeher als eine Eroberung betrachtet.

So lange das deutsche Reich zu existiren schien, so lange konnte Preußen sich, seine Aufträge und seine Gewalt hinter dasselbe zurückziehen.

Bis dahin war es Preußen weniger, das unter der Antipathie der Großmächte gegen diesen Krieg litt; es war diese Antipathie vielmehr nur ein Kampf dieser Großmächte gegen die in Deutschland entstehende sechste oder fünfte Großmacht.

Allein mit dem Monat März des Jahres 1849 ward es endlich ganz unzweifelhaft, wie Preußen sich zu diesem Deutschland verhalte.

Der König von Preußen verwarf die Kaiserkrone; an die Stelle der deutschen März-Verfassung setzte er die Mai-Verfassung und das Mai-Bündniß — ein preussisches System an die Stelle des deutschen Systems.

Durch dieses Mai-Bündniß mußte nun aber den Großmächten die langgehegte Befürchtung zur größten Wahrscheinlichkeit werden, daß Preußen sich nicht stark genug fühle, ganz Deutschland in sich aufzunehmen; daß es jedoch statt dessen nun versuchen werde, seinen eigenen Staat durch allmähliche und langsame Acquisition einzelner deutscher Staaten zu vergrößern.

Dieser Grundgedanke der reinen Territorial-Politik, der aus Preußens Bestrebungen am deutlichsten hervorzuleuchten schien, warf sogleich seinen weiten und trüben Schatten über die ganze Stellung Preußens; besonders aber gab er dem Verfahren Preußens in Schleswig-Holstein ein ganz anderes Licht.

Und dieses ist der eigentliche Wendepunkt in der schleswig-holsteinischen Sache, der nicht bloß den ganzen beklagenswerthen Feldzug in Jütland, sondern endlich auch den traurigen Waffenstillstand vom 10. Juli so wie dasjenige, was darauf erfolgte, hervorgerufen hat.

England hatte bis dahin, wie schon oft gesagt worden ist, stets noch als vermittelnde Macht, die Sache der Herzogthümer gegen die russisch-dänische Politik vertreten.

Es wußte zwar, daß das Heer der Herzogthümer unter einem preussischen General, und daß die Leitung aller Angelegenheiten unter dem preussischen Ministerium stehe; allein bisher hatte es weniger Gewicht darauf gelegt.

Als nun aber im Monat April die dänische Armee von den Schleswig-Holsteinern zu Wasser und zu Lande geschlagen war, die Preußen in Jütland einrückten, und zugleich das preussische Kabinet seine Mai-Verfassung und das Dreikönig-Bündniß vollzog; da fing auch England an zu fürchten, daß Preußen keineswegs beabsichtige, bloß die Rechte der Herzogthümer zu bewahren, sondern daß es vielmehr wohl für sich selbst diese Herzogthümer zu besitzen strebe.

Wahr oder falsch — gleichviel. Diese Meinung war von einem ganz entscheidenden Einflusse auf den weiteren Gang der Verhandlungen; und England zeigte sich also bald weniger geneigt als jemals, den preussischen Forderungen nachzugeben.

Kaum merkte man dieses von dänischer Seite, als man auch hier die Ansprüche höher steigerte. Jetzt aber ergriff das englische Kabinet einen, für die Herzogthümer wahrhaft verhängnisvollen Ausweg.

Es zeigte nämlich an, daß es Preußen in weiteren Verhandlungen unterstützen werde, wenn Preußen sich dazu verstehe, die Einverleibung Schleswigs in Dänemark und die wesentliche Trennung beider Herzogthümer zuzugeben.

Gewiß gab es keinen Vorschlag, der Preußen ärger verlegt hätte; aber Preußen entschloß sich zum Nachgeben.

Die Absicht Englands war dabei jedenfalls, das Herzogthum Schleswig vor der preussischen Einverleibung sicher zu stellen. England handelte hier allerdings mit großer Kurzsichtigkeit, aber Preußen stimmte dennoch bei. So standen die Sachen schon im Monat April.

Die Gefahr für die Herzogthümer war schon damals so groß, daß der Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, nämlich der Präsident Franke zum äußersten Mittel griff, und die ganze Sachlage in der National-Versammlung darlegte.

Franke erklärte, das Ministerium Arnim habe die dänischen Vorschläge — Trennung Schleswigs von Holstein, die Besetzung Schleswigs mit 4000 Mann Dänen und eventuell ein Einrücken deutscher Truppen in Holstein, um das Herzogthum den Dänen zu unterwerfen — für annehmbar erklärt, und erkläre dieses noch fortwährend.

»Dieses ist, — sagte er — nicht Verrath an der Schleswig-holsteinischen Sache, dieses ist geradezu Verrath an der deutschen Nation! Es läßt sich nicht daraus bezeichnen; es steht nicht an der Grenze des Verraths; aber es ist Verrath! Meine Herren, ich will Ihnen sagen, warum Graf Arnim kämpfen läßt — um Schleswig von Holstein zu reißen!« Mit Unwillen in Bezug auf solche Politik vernahm die Versammlung diese Rede.

Die Politik Preußens war jetzt bloßgestellt; aber Preußen kümmerte sich wenig darum, und die sogenannte Kreuzzeitung schrieb dagegen. »Wir geben die

Hoffnung nicht auf, daß Preußen sich von der Schande bewahren werde zum zweiten Male von der Revolution ins Schlepptau genommen zu werden.«

Preußen erklärte auch wirklich in London, daß es die dänischen Vorschläge nicht unannehmbar finde, und bereit sey, auf dieser Grundlage zu verhandeln.

Die Statthalterschaft war in diesen ganzen Verhandlungen durchaus untheilhaftig, ja es ward ihr nicht einmal das Resultat derselben mitgetheilt; und so entschloß sie sich daher ihrerseits unaufgefordert, ihre Meinung über den drohenden Frieden auszusprechen.

Sie erließ jetzt eine öffentliche Erklärung vom 12. Mai, worin sie mit großer Bestimmtheit aussprach, daß die Herzogthümer eine Einheit seyen, und daß sie an dieser Einheit festhalten wollen.

Das Staatsgrundgesetz sey die Grundlage aller öffentlichen Zustände der Herzogthümer; sie selbst sey auf Grundlage dieses Gesetzes eingesetzt; und diese Grundlage seiner statthlichen Existenz werde sich das Land nicht nehmen lassen.

Daher sey in diesem Staatsgrundgesetze vom 13. September 1848 für die Feststellung des Verhältnisses der Herzogthümer zum Königreich Dänemark die Grundlage zu finden, deren Anerkennung allein geeignet seyn werde, einen dauerhaften Frieden zwischen beiden Staaten herbeizuführen.

Dagegen werde das Verhältniß des Herzogthums Schleswig zum deutschen Reiche einer weiteren Verhandlung mit dem Reiche vorbehalten bleiben. Nach diesem schlägt die Statthalterschaft vor, daß eine Zusammenkunft von Delegirten des Königreichs Dänemark und der Herzogthümer vermittelt, und in derselben das Friedenswerk weiter beraten werde.

Die Zahl der beiderseitigen Abgeordneten dürfte auf acht oder zwölf Personen festzusetzen seyn; von welchen zwei oder drei von der Statthalterschaft und der schleswig-holsteinischen Landes-Versammlung, so wie von der königlich dänischen Regierung und vom dänischen Reichstage zu bezeichnen wären.

Allein was nützten solche gurgemeinte Rathschläge, wenn man sich durch die preussische Generalität alle effektive Macht aus den Händen nehmen ließ? Die preussische Regierung beachtete jene Vorschläge gerade so wenig, als wären sie Zeitungs-Artikel gewesen; ja sie antworteten nicht einmal der Statthalterschaft.

Statt dessen aber erließ sie in denselben Tagen eine Aufforderung an das dänische Kabinet, einen Abgeordneten nach Berlin zu schicken, um künftighin die Verhandlungen in Berlin statt in London zu leiten, und erklärte endlich in einer Note vom 18. Mai geradezu, daß sie von jetzt an die Verhandlungen im dänischen Kriege unter Absehen von der Reichsgewalt allein zu führen beabsichtige.

Es war umsonst, daß die Statthalterschaft noch einmal am 23. Mai um weitere Aufschlüsse bat, ja, sie erhielt nicht einmal eine Antwort mehr.

Dänemark dagegen, zufrieden mit der ganzen Nullität der Statthalterschaft, welche nicht die Kraft

hatte, sich in gehöriger Weise geltend zu machen, ließ sich in Berlin auf Unterhandlungen ein, und stellte jetzt, hauptsächlich auf Englands Vertriebe die Forderung, daß eine Demarkations-Linie gezogen, und der südliche Theil von Schleswig von preussischen Truppen, der nördliche Theil hingegen von dänischen Truppen, besetzt werde.

Preußen begann auf dieser Grundlage die Unterhandlung, und während die deutschen Heere siegreich den Feind verfolgten, wurde die Trennung der Herzogthümer in Berlin verabredet.

In dieser Lage der Dinge, wurde die schleswig-holsteinische Landes-Versammlung noch einmal nach Schleswig berufen, und trat am 7. Juni daselbst zusammen.

Die Statthaltertschaft fühlte sich isolirt. Sie hatte das Bedürfnis, der preussischen Politik gegenüber einen festen Halt im eigenen Lande zu finden. Dieses Land war nun zwar seinerseits willig genug; aber es blieb, nachdem so viel vernachlässigt worden war, sehr schwer, das Richtige zu finden.

Die Statthaltertschaft legte der Landes-Versammlung ein Schreiben vor, in welchem sie sich auf ihr Manifest vom 12. Mai berief. Dieses Schreiben sprach im Wesentlichen die Ueberzeugung aus, daß das Land an dem Staatsgrundgesetz festhalten, und daß es die Reichsgewalt anerkennen müsse.

Die Versammlung setzte darauf einen Ausschuss zur Beantwortung auf das Schreiben nieder. Während dieses Schreiben aber beraten ward, versuchte die Versammlung, die Regierung zur Vorlage organischer Gesetze zu bewegen.

Allein hier machte die Statthaltertschaft den größten Fehler, den sie in Beziehung auf die innere Politik überhaupt machen konnte. Sie ordnete nichts und that nichts.

Es kam nicht bloß kein einziges organisches Gesetz zu Stande, sondern außer einem wenig geeigneten Bürgerwehr-Statut, wurde überhaupt kein Gesetz vorgelegt.

Und doch hatte das Land nicht einmal irgend eine angemessene Gemeinde-Ordnung. Die Gutsbesitzlichkeit bestand allenthalben fort. Patrimonial-Jurisdiktion, gänzliche Abhängigkeit der Tagelöhner, Hilfslosigkeit derselben u.

Von Geschwornengerichten war keine Rede; die Justiz war mit der Verwaltung auf die bunteste Weise gemischt.

Und statt dem abzuhelfen, verfolgte man gerichtlich das durchaus loyale, auf keinem Punkte in Ungesetzlichkeit ausartende Bestreben der demokratischen Richtung, die besonders dem Tagelöhnerstande sein Schicksal zu erleichtern trachtete.

Dieser große Fehler hatte eine zweifache, höchst traurige Folge, denn zuerst versäumte man die kostbare, unwiederbringliche Zeit, in welcher man die Herzogthümer durch gleichartige, gemeinsame und freisinnige Verfassungen hätte innig verbinden können.

Die tüchtigsten Männer verwendeten sich vergeblich dafür, daß die Statthaltertschaft solche Schritte thun möchte — aber umsonst! Es blieb Alles beim

Alten, und das stärkste Band, welches die Herzogthümer hätte vereinigen können, wurde auf diese beklagenswerthe Weise aus der Hand gegeben.

Wie ganz anders würde die Sache gestanden seyn, und wie viel ohnmächtiger würde jeder Versuch geblieben seyn, Schleswig von Holstein zu trennen, wenn man damals, besonders die Gemeinde-Freiheit und die volkstümliche Gerichts-Verfassung eingeführt hätte! Daß dieses nicht geschehen ist, wird ewig der härteste Vorwurf für die Statthaltertschaft seyn, und die Zeit wird auch kaum ausbleiben, wo man bitter bereuen wird, die Einheit der Herzogthümer nicht auf der Grundlage erbaut zu haben, auf welcher sie allein Sicherheit finden konnte.

Die Statthaltertschaft hat in diesem Punkte durch Unterlassung dem verbundenen Schleswig-Holstein mehr geschadet, als sie durch verkehrtes Handeln es jemals hätte thun können.

Die zweite Folge aber war, daß sich eine neue wachsende Opposition gegen die Regierung selbst erhob, die am Ende sowohl die reine Demokratie, als die rein schleswig-holsteinisch Gesinnten zusammenfaßte; denn nur zu deutlich fing man an einzusehen, daß auf diesem Wege im günstigsten Falle ein harter Kampf mit der Regierung um die Bewilligung seiner Institution entstehen, im ungünstigen Falle aber durch deren Nicht-Einführung die Herzogthümer verloren seyn würden. Indessen half aber alle Opposition und Alles Drängen nicht.

Die Statthaltertschaft legte keine Entwürfe vor, und der Unmuth des Landes darüber führte das wahre Wohl der Herzogthümer um nichts weiter. Es bedeutete nicht viel neben dieser eigentlichen und wahren Lebensfrage der Herzogthümer, daß nun ein langdauernder Kampf über die Adresse der Versammlung an die Statthalter entstand.

Doch war dabei das ganze Land in ziemlicher Aufregung. Die Kurzsichtigen glaubten, weil das schleswig-holsteinische Heer die Dänen geschlagen habe, könne man jetzt auf endliche Erfüllung der Wünsche des Landes rechnen.

Eine Anzahl von Adressen lief ein, welche die Aufhebung der Personal-Union mit Dänemark verlangten. Man gab sich der kindlichen Hoffnung hin, daß, wenn nur der Ausschuss sich darüber aussprechen würde, das Wesentliche der Sache erreicht sey.

Endlich am 1. Juli nahm man von mehreren entworfenen und darüber beiprochenen Adressen eine an, welche die Politik der Statthalter billigte, in welcher aber auch folgende Stelle vorkam.

»Wir beugen die Ueberzeugung, daß ein friedliches Verhältniß zwischen den Schleswig-Holsteinern und den Dänen nicht früher dauernd hergestellt werden könne, als bis auch die Gemeinsamkeit des Fürsten ihr Ende haben wird.

Dieser Wunsch, welcher im Lande allgemein verbreitet ist, und dem jedenfalls eine stliche Berechtigung zur Seite steht, greift einem Ereignisse vor, welches doch dem Laufe der Natur nach einst erfolgen muß. u. s. w.

Daneben wurde wohl das Aufhören der Wirksamkeit der deutschen National-Versammlung beklagt, aber die Anordnung von Neuen Wahlen für dieselbe abgelehnt. Ein Theil der Linken stimmte nicht mit, weil sie meinte, daß damit viel verloren sey; die Rechte glaubte dagegen etwas Ungemeines geleistet zu haben; und doch hielten Statthalterschaft und Landes-Versammlung nicht einmal ihr eigenes, von einem preussischen General und hundert höhern und niedern preussischen Offizieren kommandirtes Heer in ihrer Hand.

Die preussischen Minister ließen sich nicht einmal herab, der Statthalterschaft auf ihr mehrmaliges Anfragen auch nur zu antworten.

Ja, bevor acht Tage nach dieser stolzklingenden Adresse vergangen waren, war das schöne schleswig-holsteinische Heer geschlagen, der Waffenstillstand, der Schleswig von Holstein trennte, angenommen, die Friedens-Präliminarien waren unterzeichnet, und die Sache der Herzogthümer für ein ganzes Jahr, vielleicht für länger unrettbar verloren.

Der General Bonin war, wie schon gesagt worden, mit dem schleswig-holsteinischen Heere vor Friedericia gezogen, und lag hier, die Festung belagernd. Er schloß sie immer mehr und mehr ein, und dieses in einer Weise, was das höchste Bedenken erregen mußte.

Das Belagerungs-Korps war in drei Theile getheilt, nämlich: im Süden lag die Avant-Brigade; eine halbe Stunde davon die erste Brigade, eine ganze Stunde davon entfernt die zweite Brigade. Jede dieser Brigaden hatte ihre Schanzen; aber diese Werke standen auf keinem Punkte untereinander in Verbindung.

Von der ersten bis zur nördlichsten, zweiten Brigade nämlich lief nur ein gewöhnlicher Laufgraben; es war also durchaus keine Vorkehrung angebracht, um die Armee gegen eine Trennung zu schützen.

Das Heer und die Offiziere fühlten sich, wenn sie daran dachten, beunruhigt; im Kriegsrath wurde nun ernstlich gegen dieses Verfahren gesprochen, der General Bonin blieb aber bei seinem Willen unabänderlich fest stehen.

Schon am 2. Juli und später, fanden Ausfälle der Belagerten statt, in welcher Jedermann eine Rekognoszirung hätte erkennen müssen; aber die Dispositionen wurden immer noch nicht geändert.

Am 4. und 5. Juli waren die Landungsplätze der Festung von dänischen Transportschiffen ungemein belebt gewesen. Es war nämlich das Korps des General Nyl, der von Helgenais zu Wasser nach Friedericia ging.

General Prittwitz sah ihn abziehen, und meldete den Abzug an den General Bonin, in der Weise, daß Bonin ihn erst am Tage der Niederlage erfuhr.

An Bonin selbst kamen Meldungen über Meldungen, daß Truppen in die Stadt ziehen, aber keine einzige Maßregel wurde dieserwegen zur Abwehre getroffen.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli, brach nun die dänische Armee über 20,000 Mann stark aus der Festung heraus, und warf sich auf den ungeschützten Zwischenraum zwischen der ersten und zweiten Brigade; durchbrach die Linie der Jäger, die hier standen nach einem wüthenden Kampfe, und sprengte so die Stellung der ganzen Armee.

Eben so warf sie die zweite nördliche Brigade aus ihren halbfertigen Schanzen, drängte sie unter einem furchtbaren Kampfe gegen den Randsfjord, machte einen Theil gefangen, und zersprengte den andern Theil.

Zugleich griff die dänische Hauptmacht das Centrum des Belagerungswalis an, stürmte die Schanzen, warf die Deutschen, wurde aber wieder geworfen. Das Blut floß bei diesem Kampfe in Strömen, denn die armen Schleswig-Holsteiner rangen wie Löwen mit dem übermächtigen Feinde mit Kugel, Bajonet und Kolben.

Hin und her wogte die Schlacht, bis endlich die Uebermacht siegte.

Die erste holsteinische Brigade hielt indessen einen Schein-Angriff aus, und kam fast unverletzt auf dem Schlachtfelde an, als aber nicht mehr zu helfen war.

Die Schleswig-Holsteiner hatten 28 Stück Geschütz verloren, dann 300 Mann Tode und Verwundete, aber über 1500 Mann Gefangene gemacht.

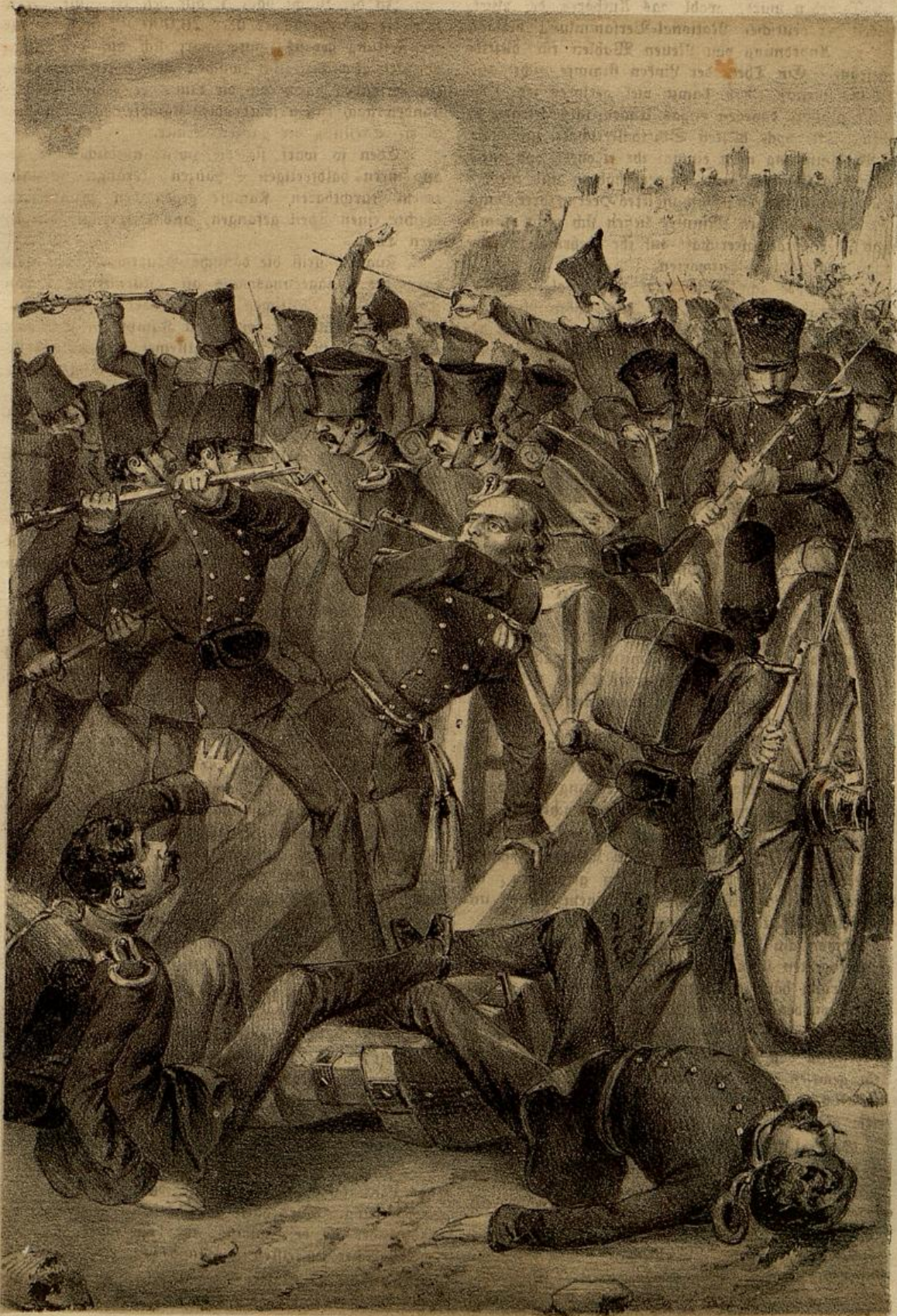
Die Dänen hatten unter der Wuth der Schleswig-Holsteiner furchtbar gelitten; denn sie verloren nicht nur ihren General Nyl, sondern auch gegen 1300 Mann an Todten und Verwundeten; ja die dänische Armee war in einem solchen Zustande, daß nach den einstimmigen Urtheile aller Sachkundigen sie noch am Tage nachher drei Bataillone frischer Truppen in die vollständigste Furcht geschlagen hätte.

Als das dänische Dampfschiff die Nachricht von diesem Siege nach Kopenhagen brachte, brach im Ansfange lauter Jubel aus; als aber die Einzelheiten des Kampfes berichtet wurden, zeigte sich eine tiefe trauernde Stille in der Hauptstadt.

Neben dem General Nyl lagen über 90 Offiziere auf dem Schlachtfelde. Ein Kopenhagener Korps, in welchem viele Ehre angesehener Familien eingetretten waren, und welches 300 Mann zählte als es ausmarschirt war, zählte kaum mehr 30 Mann.

Die schleswig-holsteinische Armee dagegen war bereits um die Mittagszeit desselben Tages wieder gesammelt, und zog mit klingendem Spiele in Weile ein. Kein einziger Mann dieser Tapfern erschien muthlos, oder hielt sich für überwunden; nur hörte man die Worte: »Ja wenn es so geht, dann müssen wir wohl geschlagen werden.«

Das Gefühl, welches mit dieser Nachricht selbst das Land durchflog, war nur das einer furchtbaren Erbitterung. Hier hatte man gesehen, unendlich viel glänzender als bei Kolbing, was die schleswig-holsteinische Armee zu leisten im Stande sey. Ueberfallen von einer Uebermacht, zersprengt und in höchster Noth, hatte sie den Feind so zugerichtet, daß er, ohne einen

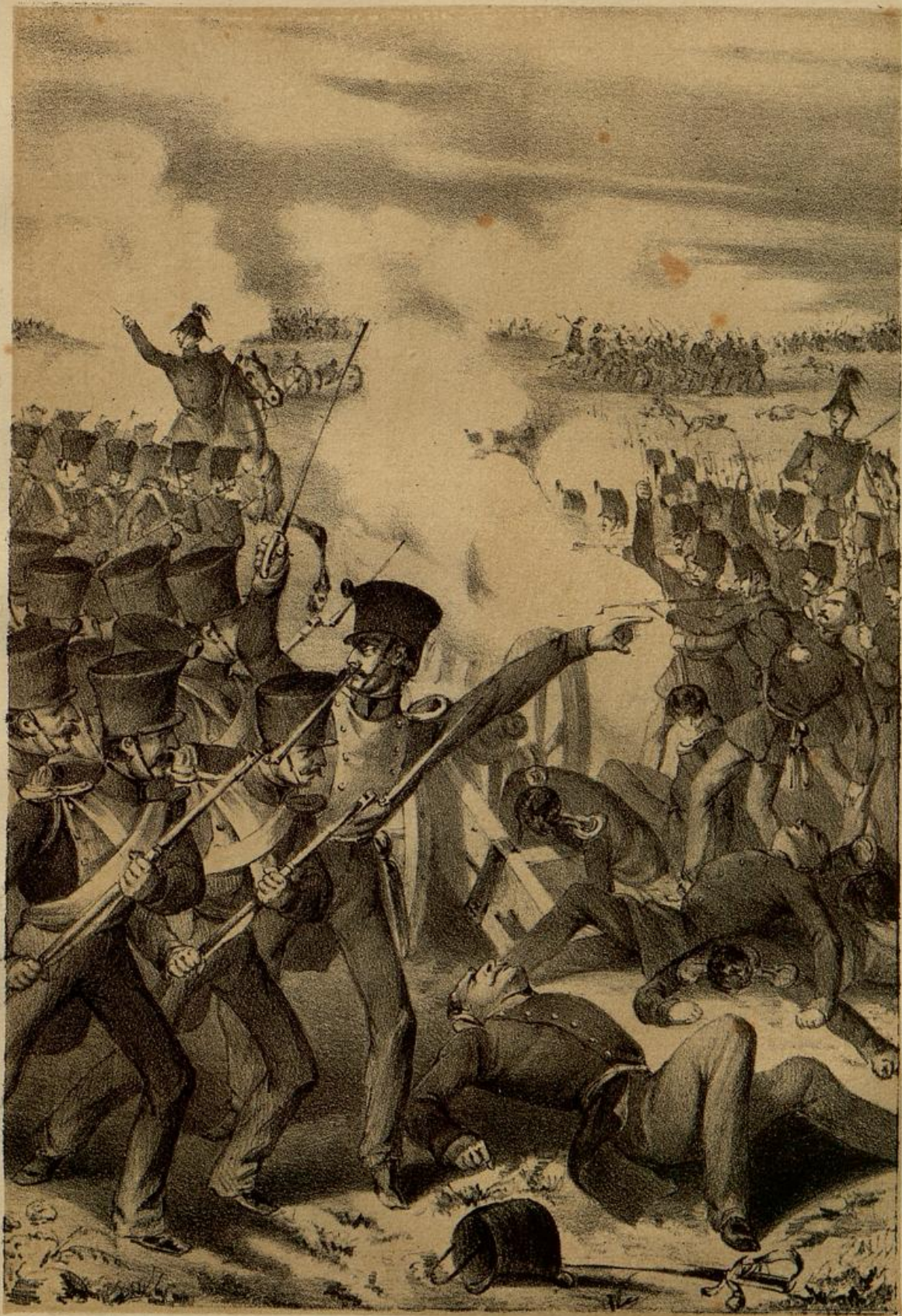


Come i fortini di Fridenica vano in aria.

A sánczok szétgrasztatása Fridericiánál.

Die Sprengung der Schanzen bei Friderika.





La battaglia presso Friedland.

Az utközet Friedriciánál.

Die Regierung mußte von der 2. Instanz bestimmt
 und die Mittel fordern um den Rücktritt der
 Regierung zu belegen und die Landes-Verwaltung
 durch die 2. Instanz bewilligen. In dieser Hinsicht
 die Landes-Verwaltung keine bestimmten Beschlüsse
 durch die Regierung. In dem ersten Teil des
 Beschlusses sind die Bestimmungen enthalten
 die durch die Regierung zu belegen sind.
 Die Regierung mußte von der 2. Instanz bestimmt
 und die Mittel fordern um den Rücktritt der
 Regierung zu belegen und die Landes-Verwaltung
 durch die 2. Instanz bewilligen. In dieser Hinsicht
 die Landes-Verwaltung keine bestimmten Beschlüsse
 durch die Regierung. In dem ersten Teil des
 Beschlusses sind die Bestimmungen enthalten
 die durch die Regierung zu belegen sind.

Die Regierung mußte von der 2. Instanz bestimmt
 und die Mittel fordern um den Rücktritt der
 Regierung zu belegen und die Landes-Verwaltung
 durch die 2. Instanz bewilligen. In dieser Hinsicht
 die Landes-Verwaltung keine bestimmten Beschlüsse
 durch die Regierung. In dem ersten Teil des
 Beschlusses sind die Bestimmungen enthalten
 die durch die Regierung zu belegen sind.



Schritt weiter zu kommen, sich in seine Festung zurückziehen mußte.

Die schleswig-holsteinische Armee war nach wenigen Stunden wieder geordnet, ruhig und heiter wie früher; keine Unordnung, kein Verlaufen, keine Muthlosigkeit, kein Mangel an Disziplin war zu bemerken.

Erst jetzt blickte das Land mit einem wahren Stolze auf sein Heer, das einen Ueberfall ausgehalten hatte, wie jener bei Hochkirch war, und das ihn besser ausgehalten hatte. Erst jetzt wußte man was man im Stande zu thun ist, wenn der Schleswig-Holsteiner im offenen und ehrlichen Kampfe den Dänen treffen würde.

Niemals, so weit die neue Geschichte reicht, hatte eine Niederlage einen solchen erhebenden Einfluß auf ein Heer gehabt; es war bei den Truppen wie im ganzen Lande durchaus nur, als ob man einen großen Sieg gewonnen hätte.

Und in der That, der gänzlich verstummende Jubel der Dänen und der ruhige Stolz der Schleswig-Holsteiner bewiesen es, daß diese faktische Niederlage ein moralischer Sieg gewesen ist.

Jetzt nun war es Zeit, die Scharte auszuwetzen, und so beschloß die Landes-Versammlung eine neue Reserve-Brigade aufzustellen, und auch das Land war zu den größten Opfern bereit. Die Armee stand ungebroschen da, und durfte also jetzt entscheidendes erwarten.

Da kam aber plötzlich am 12. Juli die unerwartete Nachricht, daß das preussische Kabinet einen Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen habe, und zwar am 10. Juli, als gerade die Nachricht von der Schlacht bei Fridericia in Berlin angekommen ist.

Dieser Waffenstillstand lautete dahin, daß Schleswig von Holstein getrennt, eine Demarkations-Linie im erstern Herzogthume gezogen, der nördliche Theil von schwedisch-norwegischen, der südliche Theil von preussischen Truppen besetzt, eine Landes-Verwaltung aus einem dänischen, einem preussischen und einem englischen Kommissär gebildet, und dieser die ganze und ausschließliche Verwaltung von Schleswig übertragen werde.

Diesen Friedens-Präliminarien von demselben Tage waren noch folgende Punkte beigefügt; daß Schleswig eine abgesonderte Verfassung erhalten sollte, ohne mit dem Herzogthume Holstein vereinigt zu seyn, und unbeschadet der politischen Verbindung, welche das Herzogthum Schleswig an die Krone Dänemarks knüpft. Die preussischen und schleswig-holsteinischen Truppen sollten in 25 Tagen Schleswig räumen.

Bei dieser Nachricht von dem Waffenstillstande war man in den Herzogthümern in einem hohen Grade entsetzt. Die Landes-Versammlung hielt damals gerade ihre Sitzungen in Schleswig, während die Statthalterschaft gleichfalls dort gegenwärtig war.

Einen Augenblick waren alle Partheien und Gewalten einig, und man war entschlossen zu widerstehen; nur kam es auf die Mittel an, und diese lagen auch sehr nahe.

Die Regierung mußte von der Landes-Versammlung die Mittel fordern um den Widerstand zur Ausführung zu bringen, und die Landes-Versammlung mußte sie ihr unbedingt bewilligen; sie mußte sich über die Unrechtmäßigkeit jener preussischen Staatsakte erklären, der Regierung damit einen rechtlichen Rückhalt geben und sich dann vertagen, um derselben ganz freie Hand zu lassen.

Dieses Alles geschah, und zwar mit einem Eifer der eines bessern Erfolgs werth gewesen wäre. Die Landes-Versammlung nahm am 19. Juli den Antrag einstimmig an, nach welchem die Friedens-Basis und die Waffenstillstands-Konvention für die Herzogthümer ohne alle Rechts-Verbindlichkeit, die Zustimmung Deutschlands zu denselben für eine Unmöglichkeit erklärt, und endlich die Versicherung ausgesprochen wurde, daß das Land seine Rechte auch fernhin mit aller Kraft zu schützen wissen werde.

Der Statthalterschaft wurden hierauf fünfthalb Millionen zur Verfügung gestellt, — die Reserven sollten einberufen, — die Wehrkraft vermehrt, und die nachträgliche Zustimmung der Landes-Versammlung zu allen Maßregeln für die Vertheidigung des Landes der Regierung zugesagt werden.

Darauf vertagte sich die Landes-Versammlung am 25. Juli. Wohl hatte jetzt die Regierung freie Hand; aber sie hatte zugleich auch die größte moralische Verantwortung über sich genommen.

Die Landes-Versammlung hatte jene Bewilligungen in ihren geheimen Sitzungen nicht ohne einige Garantie von Seiten der Regierung gemacht.

Der Departements-Chef der auswärtigen Angelegenheiten von Harbou, hatte sich offen, wie es diesem äußerst vorsichtigen Charakter möglich war, über dasjenige geäußert, was die Regierung thun sollte.

Man beabsichtigte, sich diplomatisch und militärisch zu widersetzen, das Heer zu stärken, und der preussischen Diplomatie besonders, sehr bestimmte Erklärungen zu geben.

Man wollte die Gesamtstärke des Heeres auf 27,000 Mann bringen, und mit dieser Macht das ungemein starke Dreieck zwischen Eckernförde, Kiel und Rendsburg besetzt halten, um von da aus das Weitere zu bestimmen; man wollte auch freilich Alles versuchen, um einen möglichst friedlichen Ausgang herbeizuführen, und so ging mit diesen Aussichten die Versammlung auseinander.

In der That schien die Regierung im ersten Augenblicke Wort halten zu wollen, und erklärte bereits in einem offenen Manifeste vom 18. Juli, daß sie dem Waffenstillstande und den Friedens-Präliminarien ihre Zustimmung nicht geben könne; ja sie schickte sogar am 20. Juli einen Protest nach Stockholm gegen die Besetzung von Nord-Schleswig durch schwedisch-norwegische Truppen, und erklärte namentlich Preußen bereits am 15. Juli, daß sie durchaus nicht im Stande sey, jenen Waffenstillstand anzuerkennen.

Allein man kannte die Personen und Verhältnisse von Schleswig-Holstein sehr gut in Berlin, und so antwortete schon am 18. Juli Graf Brandenburg von Berlin aus, daß er die Auffassung der

Statthalterschaft von der wirklichen Sachlage, wie sie in ihrem Schreiben vom 15. Juli kundgegeben hatte, als von irrigen Voraussetzungen ausgehend, nur dauern könne; daß die erste Bedingung, unter welcher sich die königlich preussische Regierung noch Mühe geben werde, die Rechte der Herzogthümer nach Kräften wahrzunehmen, die alleinige und geordnete Ausführung des Waffenstillstandes sey, und daß, wenn die Herzogthümer glaubten ein Recht zu haben, sich thatsächlich zu widersetzen, die preussische Regierung den General von Bonin und die übrigen preussischen Offiziere sogleich aus dem schleswig-holsteinischen Heere abberufen werde.

Dieses war kurz und bündig; aber auch klar war es, was die Statthalterschaft jetzt zu thun hatte. Sie mußte einfach die preussischen Offiziere gehen lassen, und sich auf Rendsburg zurückziehen, die äußerste Anstrengung machen, ein neues Offiziers-Korps zu bilden, und sich von der preussischen Regierung unabhängig hinstellen.

Sie hatte Menschen, Geld und eine fast uneinnehmbare Stellung an der Eider, das Vertrauen des Landes und die Gewißheit, daß eine fremde Intervention nicht kommen werde; endlich hatte sie vor sich den wohlbekannten Satz; daß in schweren Zeiten die kühnste Politik stets die glücklichste ist.

Sie hatte, wenn sie dieses nicht that, Schleswig, und damit die Hälfte von Schleswig-Holstein aufgegeben, und die dänische Macht um dasjenige vermehrt, was sie verlor.

Sie hatte die Gewißheit, daß künftig überall auf sie nicht mehr gerechnet werden könne, wenn sie einer solchen Sache nachgab. Sie mußte also Alles, ja selbst den letzten Rest des Glaubens an ihre Fähigkeit im Lande verlieren.

Aber es gebrähe politischer Muth und politische Einsicht dazu, das Erste zu wagen; im zweiten Falle dagegen ließ sich bequem dem preussischen Ministerium Alles aufbürden. Die Statthalterschaft indessen besaß weder den Muth, selbstständig aufzutreten, noch auch den Muth, selbstständig nachzugeben.

Sie erklärte den Waffenstillstand in demselben Augenblicke für ungültig, unverbindlich, ihrer Ehre und dem Rechte des Landes widersprechend, nachdem sie über seine Ausführung mit den Kommissären der Mächte im vollen Staatsrath unterhandelte, und in allen Stücken nachgab.

Schon am 20. Juli antwortete sie dem Grafen Brandenburg, daß, wenn sie im Irrthume gewesen sey, sie nicht durch eigene Schuld sich in demselben befinde, und daß sie um bald geneigte nähere Belehrung bitte, und dafür ihre bereitwilligste Empfänglichkeit im Vorhinein schon verspreche; daß sie endlich um nähere Verständigung bitte, bevor die Abberufung Bonins beschlossen werde.

Graf Brandenburg hatte so etwas doch wohl kaum erwartet, und würdigte daher jene Stimmung, die in fünf Tagen von dem höchsten Tone des Stolzes bis zum tiefsten Tone der absoluten Unterwerfung übergehen konnte, überall keiner Antwort, sondern ließ einfach im »Preussischen Staats-An-

zeiger« eine Erläuterung zu den Waffenstillstands-Artikeln drucken, in welchen im Wesentlichen stand, daß die kontrahirenden Mächte Anfangs allerdings auch den Norden Schleswigs von aller militärischen Besetzung hatten frei lassen wollen, daß dieses aber nicht thunlich gewesen sey, und daß jene Besetzung des Nordens durch die Schweden und des Südens durch Preußen, so wie die Unterstellung Schleswigs unter die Landes-Verwaltung nur bestimmt sey, den Uebergang zu den neuen Zuständen zu vermitteln, und die Ausführung des künftigen Friedens auf zweckmäßige Weise vorzubereiten.

Dieses war wieder sehr klar gegeben. Die Statthalterschaft beillte sich aber, so wie dieser Artikel in der preussischen Zeitung erschienen war, dem preussischen Minister zu schreiben, daß sie diesen Artikel als Wahrheit annehme, und nochmals um die Beibehaltung Bonins an seinem Posten bitte; welches Schreiben aber von dem charakterfesten und zum Theile auch stolzen Grafen von Brandenburg unbeantwortet blieb.

Die Regierung Schleswig-Holsteins war also selbst nicht im Stande, eine direkte Antwort von Berlin zu erhalten, und war jetzt sogar der Meinung, durch ihr kluges Nachgeben gar zu den Verhandlungen über den Frieden zugelassen zu werden.

Sie ging nun weiter, ja sie ging sogar mit der ganzen schleswig-holsteinischen Armee hinter die Eider zurück. Sie ließ sich auf direkte administrative Verhandlungen mit den Kommissären ein, und schickte, da der Zeitpunkt der Wiederberufung der Landes-Versammlung nahe kam, den Bürgermeister Valerian nach Berlin, um doch mündlich eine Antwort zu bekommen, mit den entschiedensten Versicherungen ihrer ausgebreitetsten Willfährigkeit.

Und dabei erklärte sie zugleich, — kaum glaublich und dennoch wahr — daß sie den Friedens- und Waffenstillstands-Verträgen und sogar allen Handlungen, die in den Herzogthümern zur Ausführung jener Verträge vorgenommen seyen, oder vorgenommen würden, weder für sich, noch für die Einwohner des Landes eine verpflichtende Gültigkeit beilegen könne.

Auf ein solches Verfahren hin, daß sich selbst widersprach, war gar keine Antwort mehr möglich, und Valerian wurde eben so wenig mit einer mündlichen Erklärung beglückt, als das Departement selbst mit einer schriftlichen Antwort.

Das preussische Ministerium hatte auch vollkommenes Recht, nachdem es auf die vollkommene Unselbstständigkeit dieser Regierung rechnete, und so überließ es dieselbe ihren Verlegenheiten und ging seinen Weg, der freilich eben so wenig zu einem Ziele führte.

Die schleswig-holsteinische Regierung hatte indessen jetzt eine schwierige Aufgabe zu lösen, denn die Landes-Versammlung trat wieder zusammen, und sie hatte ihrerseits weder gethan, was diese erwartete, noch auch dasjenige, was sie selbst versprochen hatte.

Während nämlich diese Bemühungen der Statthalterschaft in einer solchen Weise resultatlos bleiben mußten, wurden die Verhandlungen über die Ausfüh-

zung der Präliminarien und des Waffenstillstandes in Flensburg eröffnet.

Von Seite der Dänen war der frühere Bunde- tags-Gesandte von Pechlin, von Seite der Preußen der Ober-Präsident von Bonin nach Flensburg geschickt worden, und hier wurde nun Tillisch als dänischer Kommissär angenommen, und unter drei vorgeschlagenen preussischen Beamten, der Graf von Eulenburg als preussischer Kommissär gewählt.

Schon glaubte man preussischer Seits Alles in der besten Ordnung, besonders als England den Kon- sul Lord Hodges als Obmann bestellt hatte.

Allein Dänemark hatte keineswegs eigene Lust, und fremden Auftrag, mit Preußen so leicht fertig zu werden. Kaum war man also über einige Punkte einig, als auch schon von Seite der Dänen über die Demarkations-Linie Streit erhoben wurde.

Die Preußen wollten dieselbe wo möglich im Nor- den Flensburgs, wenigstens unmittelbar südlich von Flensburg ziehen; die Dänen dagegen entblödeten sich nicht, ganz Angeln für dänisch zu erklären, und mithin eine Demarkations-Linie auf die Grundlage der Schlei zu fordern, worüber nun viel Streit war.

Endlich legte sich England ins Mittel, und es wurde eine Linie, südlich von Flensburg, fast quer durch Angeln angenommen, welche noch außer der Stadt fünf der wichtigsten Kirchspiele oder Pfarr-Be- zirke von Angeln der dänischen Verwaltung unterlegte. Man notifizirte dieses ganz einfach der Statthalter- schaft, welche in Berlin durch den Bürgermeister Wa- lem ann vertreten war, den aber Niemand anhörte, fruchtlose Reklamationen machte.

Die Statthalterschaft fing indessen jetzt doch an zu fürchten; denn sie fühlte, daß sie, was sie bereits gethan hatte, nicht recht verantworten könne, und wollte, was sie zu thun beabsichtigte, dem Lande ge- genüber nicht allein verantworten.

Statt also die Zusammenkunft der Landes-Ver- sammlung zum 8. August abzuwarten, berief sie die- selbe um einen Tag früher zusammen. Die Abgeord- neten kamen in Schleswig zusammen und jetzt mußte es sich entscheiden, ob das Land mehr Muth und Kraft besitze als seine Regierung.

Allgemein war das Gefühl, daß ein entschei- dender Wendepunkt in der Geschichte der Herzogthümer gekommen sey. Besonders die armen Schleswiger fühl- ten, welcher furchtbar traurigen Zeit sie entgegen gin- gen, wenn die Landes-Versammlung die Politik der Statthalterschaft billige.

In Holstein wurde eine große Versammlung al- ler Vertreter der Volks-Vereine in Neumünster ab- gehalten, und für die Departements-Chef des Krieges und des Außern eine Mißtrauens-Adresse beschlossen.

Die Spannung war groß. Um 11 Uhr wurde nun die entscheidende Sitzung der Landes-Versamm- lung im alten Schlosse zu Gottorf am 7. August er- öffnet, und nach der Eröffnung der Feindschaften ging die Sitzung sogleich in eine geheime Sitzung über.

Die Regierung erklärte hierauf ganz einfach, daß sie den Rückmarsch der schleswig-holsteinischen Truppen hinter die Eider, bis zum 8. August angeordnet habe,

und an diesem Tage sollten die letzten Truppen das schleswigische Gebieth verlassen.

Sie erklärte mithin also ganz einfach, daß sie nicht gethan habe, was der Versammlung in ihrer letzten Sitzung versprochen worden war; ja sie sah sich weiter noch genöthigt zu erklären, daß sie bis jetzt gar nichts für die Vermehrung der Wehrkräfte des Landes gethan habe, und daß sie mithin die ihr über- gebenen Mittel gänzlich unbenutzt habe liegen lassen.

Sie mußte endlich erklären, daß sie durchaus außer Stande sey, über die Zukunft des armen Schleswig auch nur das geringste Positive anzugeben; daß man sie vielmehr von Berlin aus nur von ei- ner einzigen Sache in Kenntniß gesetzt habe; nämlich der, daß man Bonin und die preussischen Offiziere abberufen werde, wenn sie nicht ihrerseits den Waf- fenstillstand ausführen würde.

Sie setzte endlich noch bei, daß sie kein Mittel habe, den Großmächten zu widerstehen, und gab zu verstehen, daß sie die Juli-Beschlüsse der Landes-Ver- sammlung, nur als ein Schreckmittel, nicht aber als wirkliche und ausführbare Gedanken habe betrachten können; und bitte demnach zum Schlusse, die Ver- sammlung möge den Rückzug der Truppen hinter die Eider gutheißen.

Jetzt erhob sich ein furchtbarer Sturm in der Versammlung, und die meisten Schleswiger, sahen sich nun in ihrer Noth gezwungen, mit der Finken zu gehen.

Ein Ausschuß wurde jetzt niedergesetzt, und die Majorität desselben nahm den Antrag an, daß der Rückmarsch der Truppen eingestellt werden solle. Die Mittags-Sitzung dauerte von 12 bis 4 Uhr, dann trat um 8 Uhr Abends die Versammlung wieder zusam- men, und der Ausschuß-Antrag kam zur Verathung.

Es war keine Frage, daß dieser Ausschuß-An- trag die Frage über die Annahme des ganzen Waf- fenstillstandes überhaupt entscheiden mußte.

Wurde er angenommen, so mußte Schleswig- Holstein nun allein den Krieg gegen Dänemark, und gegen alle in den Waffenstillstand betheligten Mächte führen.

Dieses wäre also ein Unsinn gewesen, wenn nicht zu gleicher Zeit eine Besetzung der Herzogthü- mer durch fremde Truppen als eine Unmöglichkeit an- gesehen werden mußte. Ergriff man auch jetzt noch dieses Mittel, so mußte man erwarten, daß, um die- ses zu vermeiden, deutsche Truppen Holstein besetzen und Deutschland sich der Sache bemächtigen werde.

Dieses war die günstige Aussicht; allein, die Mit- tel sie zu erzielen, waren durch das Benehmen der Regierung bereits verloren.

Das Heer war nicht verstärkt worden. Das ganze Offiziers-Korps war durchaus in allen höhern Kreisen preussisch; Preußen konnte also jeden Augen- blick die Herzogthümer durch Abberufung desselben fast entwaffnen.

Man hatte sich törichterweise, taub gegen jede Ermahnung, Preußen gänzlich in die Hand gegeben, und jetzt erntete man die Früchte dieser Hingebung.

Dazu kam noch, daß am 4. August auch die deutsche Centralgewalt ein Rundschreiben ergehen ließ, in welchem sie den Waffenstillstand zwar für einen beklagenswerthen erklärte, aber doch in Rücksicht, daß der Krieg kein deutscher Krieg geblieben sey, die Einstellung der Feindseligkeiten der einzelnen deutschen Staaten zur Pflicht machte.

Valemann endlich war am 7. August Abends aus Berlin in Kiel angekommen, und von da aus sogleich nach Schleswig abgereist. Er beschwor die Versammlung, den preussischen Forderungen nachzugeben, und die Politik der Regierung gut zu heißen; denn ihn hatte, wie man in Berlin es sehr gut wußte, dasjenige am meisten erschreckt, daß man es dort der Mühe nicht werth gehalten habe, ihn mit bestimmten Drohungen zu erschrecken.

Indessen kämpfte die Opposition mit der Aufbietung aller ihrer Kräfte; — aber es war umsonst.

Nachdem der Streit bis 4 Uhr Morgens, also acht Stunden gedauert hatte, gab die Versammlung nach, und mit 54 gegen 44 Stimmen wurde der, von der Regierung gemachte Schritt gut geheißen.

Um die Stimmung des Volkes zu beurtheilen, mag hier nicht überflüssig seyn anzugeben, daß unter diesen 54 Stimmen nicht weniger als 30 Beamte und 4 Prediger waren; und so hatte also die Regierung gesiegt.

Mit diesem Beschlusse war jetzt das Schicksal Schleswigs entschieden; es war aber auch vorauszusehen, daß Preußen in Schleswig seine Macht nicht gegen die Dänen gebrauchen werde.

Holstein war nun auf sich allein angewiesen. Ein tiefer Schmerz ergriff die Schleswiger. Das Vertrauen zur Regierung war erschüttert; der letzte Rest zur Selbstständigkeit derselben war vernichtet, und sie konnte daher von jetzt an weder Dänemark noch Preußen gegenüber mit Nachdruck auftreten. Der Eindruck dieses Beschlusses war allenthalben ein zu gewaltiger.

Man sah eine furchtbare Zeit vor Augen, und sie ließ auch nicht lange auf sich warten, zu kommen. Was blieb also jetzt übrig? Die Lage der Dinge war sehr einfach.

Die Statthaltertschaft mußte jetzt in Schleswig die Kommissäre walten lassen, wie es diesen beliebte; sie mußte in Holstein die Preußen herrschen lassen; sie mußte, nachdem sie ihre Bedeutung verloren hatte, es sich rubig gefallen lassen, daß Preußen sie als eine höchste administrative Behörde für Holstein bezeichnete, und behandelte; sie mußte erwarten, daß von Dänemark aus auf sie und mit ihr auf die Herzogthümer selbst gar keine Rücksicht mehr genommen werde.

Die Statthaltertschaft stand allerdings durch jenen Beschluß wieder allein an der Spitze des Landes, und die Landes-Versammlung war geschlagen; allein dafür war sie selbst, ohne es vielleicht zu wissen, das willige Werkzeug in einer höhern Hand.

Was von jetzt an geschieht, das empfängt von dieser Regierung weder Rückhalt noch Impuls, und

kann nur noch beiläufig als Durchgangspunkt anderer Bewegungen erscheinen.

So wie jener Beschluß bekannt ward, so war es klar, daß jetzt in den diplomatischen Verhandlungen Preußen allein den übrigen Mächten gegenüberstand; schon auch nur das Recht zu haben, auf die Herzogthümer und die revolutionären Gefahren bei gar zu rücksichtsloser Behandlung derselben hinzuweisen, und daß andererseits jetzt das Volk der Herzogthümer ohne direkte Unterstützung von seiner Regierung erwarten zu dürfen, auf sich selbst und die Eigenschaften, welche den Kern seines Wesens bilden, angewiesen blieb, um dem Drucke, den Dänemark ausübte, Widerstand zu leisten.

Dieses sind also die allgemeinsten Grundlagen der jetzt kommenden Dinge.

Schon am 6. August hatte der General von Prittwitz der Statthaltertschaft erklärt, daß nun die Differenzen über die Demarkations-Linie erledigt seyen, und daß man jetzt einer Verständigung derselben mit den Kommissären der Regierungen über die administrativen Verhältnisse der Herzogthümer entgegen sehe.

Nachdem die Landes-Versammlung ihren Beschluß vom 8. August gefaßt hatte, war für die Statthaltertschaft kein Grund mehr vorhanden, sich gegen die Kommissäre zu sperren; und so wurde bestimmt, daß am 12. August die Kommission ihre Thätigkeit in Flensburg beginnen solle; und dieses geschah auch.

Die Statthaltertschaft und die übrigen Mitglieder der Regierung erklärten darauf laut und allgemein, daß sie die ganze Landes-Verwaltung als nicht zu Recht bestehend ansehen, und — sängen an zu gleicher Zeit mit derselben in Flensburg über die Theilung der Verwaltung der Herzogthümer zu unterhandeln.

In der Landes-Versammlung stellte ein Mitglied der äußersten Rechten, nämlich der schleswig'sche Ober-Gerichtsrath Momm sen den Antrag, die Versammlung möge beschließen, daß in dem Beschluß vom 7. und 8. August selbstverständlich keine Anerkennung des Waffenstillstandes enthalten sey, und die Erwartung aussprechen, daß die Statthaltertschaft keinen Schritt vornehme, worin eine Anerkennung desselben enthalten sey, während diese doch schon mit den Kommissären konferirte.

Am 12. August kamen Tillisch und Eulenburg in Flensburg an, und mit Tillisch zugleich auch eine Anzahl dänischer untergeordneter Beamten.

Die Stimmung, besonders im Schleswig'schen war im höchsten Grade niedergeschlagen, während man in Dänemark triumphirte, und Preußen dankte Gott; so guten Kaufs davon gekommen zu seyn.

Indessen versuchte die Landes-Versammlung zum letzten Mal einen entscheidenden Schritt. Man war innigst überzeugt, daß das Anschließen an Preußen der Grund alles Unglücks sey.

Man wollte um jeden Preis eine Aenderung des Systems; man wollte eine Regierung welche wenigstens den Schein einer selbstständigen Politik habe,

und so beschloß man jetzt, der Regierung eine letzte entscheidende Schlacht zu liefern.

An der Spitze des Kriegswesens stand seit der Einsetzung als verantwortlicher Minister Jacobson, ein früherer Hardschvot aus Schleswig, der absolut keine Vorstellung vom Kriegswesen hatte; ja selbst niemals, auch nur in entferntester Berührung mit militärischen Verhältnissen, hatte er sich nur durch vormärzliche Opposition gegen Dänemark ausgezeichnet, und war persönlich ein eben so lieber als schwacher Mann.

Ein solcher Mann mußte bei dem vollständigsten Mangel aller Selbstständigkeit nothwendig in den ernstesten Fragen, in welchen auch ein tüchtiger Mann seiner ganzen Energie bedurft hätte, ein Unglück für das Land werden.

Man war auch lange Zeit einig über die Unfähigkeit dieses Mannes; allein da bisher unter dem Kommando Bonin's die Waffen der Herzogthümer gesiegt hatten, so hatte man keine äußere Veranlassung gehabt, eine Klage über seine Verwaltung laut werden zu lassen.

Die Folge indessen davon, daß man in der Zeit eines offenen Krieges einen durchaus, aller militärischen Dinge unkundigen Mann an der Spitze des Kriegswesens ließ, war gerade dasjenige, was die eine Parthei wollte, während die andere Parthei es als Grund vieles bisherigen und künftigen Unglücks betrachtete, daß das Kriegs-Ministerium nicht bloß gänzlich zu einer reinen Armee-Versorgung herabsank, sondern daß es besonders dem preussischen General von Bonin absolut untergeordnet blieb.

Hauptsächlich auf diesem beklagenswerthen Mißverhältnisse beruhte die ganze Reihe der Mafregeln welche seit der Schlacht von Fredericia, die Herzogthümer waffenlos, und sie zu absolut folg samen Dienern der preussischen Politik gemacht hatte.

Bonin's, und damit denn auch preussischer Einfluß herrschte, ohne Gegengewicht in allen Mafregeln der Herzogthümer.

Man ließ dieses gelten, da es nicht zu ändern war, wenigstens in militärischer Beziehung. Allein jene Herrschaft fing an, nach und nach sich direkt auf unmilitärische Verhältnisse zu erstrecken.

Die Landes-Versammlung hatte in ihrer einhundert sechzigsten Sitzung einstimmig einen Dank der schleswig-holsteinischen Armee votirt.

Die Ausdrücke in diesem Manifeste an die Armee gefielen dem General Bonin nicht, weil er in ihnen eine geheime Anklage gegen die preussische Führung des deutschen Kriegs in Jütland erblickte, und Niemand besser, als er es wissen konnte, wie weit dieselbe begründet war.

In Folge dessen unterließ der schleswig-holsteinische Minister es einfach, den beschlossenen Dank zu veröffentlichen.

Dieses war die äußere Veranlassung zu dem Angriff, der jetzt in der Landes-Versammlung gegen den Kriegs-Minister erhoben ward. Im Grunde aber war dieser Angriff ein Versuch, überhaupt die Herrschaft der preussischen Politik in Schleswig-Holstein zu bre-

chen, und in diesem Sinne war nun auch der Kampf erhoben worden.

Am 10. August wurde die förmliche Anklage eingebracht. Die Debatte ging sofort auf die Unterlassung der beschlossenen Verstärkung des Heeres und besonders auf die Abhängigkeit des Kriegswesens von dem General Bonin.

Die Debatte war übrigens sehr aufgeregter, und Alles was mit Anstand über die ganze Politik der Statthalterchaft gesagt werden konnte, wurde gesagt. Es ergab sich aber einfach, daß von den beschlossenen Rüstungen nichts zur Ausführung gebracht ward.

Am besten aber charakterisirte das Wort eines ehrlichen aber nicht übermäßig begabten Landmann's die Lage der Dinge, nachdem er höchst naiv fragte: »Was denn der Kriegs-Minister thun solle, wenn der General einmal nicht wolle? Dieses war es eben, was man geändert wissen wollte, diese absolute Nullität des eigenen Kriegs-Ministers gegenüber, einem fremden General, dessen Truppen zwar die Schlacht von Kolbing gewonnen haben, dessen Dispositionen aber die von Fredericia verloren hatten.

Doch was konnte dieses Alles jetzt nützen? Zwar hatte der Kriegs-Minister am 6. August durch öffentliche Befehlsbefehle deutsche Offiziere zum Eintritt in das Heer aufgefördert; da aber derselbe Kriegs-Minister keine weiteren Kriegsrüstungen vornahm, so waren nur wenige gekommen, und Preußen hatte die Macht der Herzogthümer nach wie vor durch sein Offiziers-Korps in der Hand.

Die Anklage fiel durch mit 32 gegen 46 Stimmen, doch erklärten 13 Stimmen der Majorität, daß sie trotz dem kein Vertrauen zur Leitung des Kriegs-Ministers haben könnten.

Das preussische System hatte mithin einen zweiten großen Sieg erfochten. Jacobson hat freilich um seine Entlassung, und die Regierung gab sich auch Mühe genug, einen zweiten passenden Kriegs-Minister zu finden; allein, da den Verhältnissen nach jeder Kriegs-Minister nur der Untergeordnete Diener des Generals Bonin seyn konnte, so wollte sich natürlich keiner finden, und die Regierung glaubte nun das ihrige gethan zu haben.

In jedem Falle ging auf diese Weise auch dieser Sturm vorüber.

So war die Unselbstständigkeit der Regierung gegenüber entschieden, und was jetzt kam, konnte nur die einfache Abwicklung des mit dem Waffenstillstande begonnenen Prozesses der Theilung der Herzogthümer seyn.

Während unter diesen Verhältnissen sich innerhalb der, von allem Einfluß zurückgedrängten Landes-Versammlung die Partheien immer schärfer sondereten, gingen die Dinge in Flensburg ihren ruhigen Gang fort.

Die Verhältnisse der Landes-Verwaltung wurden geregelt; ein urrechtliches Einvernehmen fand gleich Anfangs zwischen dem dänischen und dem preussischen Kommissär statt, aber nichts Gutes für das arme Herzogthum Schleswig bedeutend.

Die Statthaltertschaft verständigte sich bestens mit den Herren, und protestirte dabei gegen alle Konsequenzen Desjenigen, was sie thaten. Am 20. oder 21. August war die Frage im Wesentlichen geordnet.

Jetzt arbeitete die Statthaltertschaft jene Proklamation aus, die für so Viele so viel Unheil gebracht hat, und die am 23. August der Landes-Versammlung vorgelegt ward.

In dieser Proklamation protestirte sie auf einmal gegen Frieden und Waffenstillstand, und erklärte, daß sie die allein berechnete Gewalt sey, bis zum Abschluß eines definitiven Friedens, die Regierung der Herzogthümer zu führen.

Die Beamten aber wurden aufgefordert, ihre Stellen so lange zu verwalten, als sie dieses mit Pflicht und Gewissen zu vereinigen im Stande sind. Was sollten nun nach Pflicht und Gewissen die armen Beamten und Prediger thun? War es erlaubt, sie auf diese Weise indirekt zum Kampfe gegen eine eingesezte Behörde zu veranlassen, ohne ihnen einen festen Rückhalt in einer offenen Sprache und klaren That zu geben? Was sollte aus diesem Auftreten in Worten, dem die Thaten geradezu widersprachen, Anderes folgen, als das Elend vieler Einzelnen und der unglückliche Gang der Dinge im Großen und Ganzen?

Die Landes-Versammlung übrigens nahm den Antrag zur Vertagung, der doch nur die Konsequenz des frühern enthielt, ziemlich ruhig an. Der Minister *Harbou* erklärte dabei, daß die Regierung über die Zukunft Schlesiens nichts sagen könne, weil sie sich selbst darüber in Ungewißheit befinde.

Und auf die ernste und dringende Frage mehrerer schleswigher Beamten, wie sie sich denn nun eigentlich zu verhalten hätten, sagte er einfach, die Regierung sey außer Stande, den Beamten ihr Verhalten weiter vorzuschreiben, da der preussische Bevollmächtigte sich über die Art der Thätigkeit der Landes-Verwaltung nicht habe äußern können. Was war also das Los dieser Armen?

Endlich wurde von der Landes-Versammlung mit 58 gegen 28 Stimmen ein Amnestie-Antrag für die politischen Verbrecher an die Statthaltertschaft angenommen; aber *Bonin* wollte ihn nicht bewilligen, da auch Militär-Personen darin begriffen waren, und so legte diesen Antrag die Statthaltertschaft wieder ruhig zur Seite.

Die Versammlung vertagte sich dann, und das Bureau wurde mit der Wieder-Verufung im Falle der Nothwendigkeit beauftragt. Die Statthaltertschaft ging mit allen Departements nach Kiel, ein unglückliches schwer bedrängtes Land hinter sich lassend, ohne Gewalt über ihr eigenes Heer, ohne Gehör in Berlin und Kopenhagen, ohne selbstständige Politik, und dennoch als die einzig möglich Regierung in den Herzogthümern.

Am 25. August wurde nun jene Proklamation der Statthaltertschaft veröffentlicht; zugleich ward auch an demselben Tage die Landes-Verwaltung durch *Pechlin* und dem General *Bonin* feierlich in Flensburg

eingesezt, und die dießfälligen öffentlichen Bekanntmachungen wurden erlassen.

Die Bekanntmachung der Landes-Verwaltung über die Beamten besagte aber sogleich, daß dieselben ihre Amtsbehandlungen von diesem Tage an nur als im Auftrage der Landes-Verwaltung und unter Verantwortlichkeit gegen dieselbe, vorzunehmen hätten, zugleich wurde erklärt, daß diejenigen, welche dieser Verpflichtung nicht im vollem Umfange genügen könnten, ungesäumt ihre Entlassung zu nehmen hätten.

Zugleich wurden drei Departements für die Verwaltung eingesezt, und diese natürlich den dänisch Gesandten übertragen. So war die Selbstständigkeit von Schleswig des alten Londoner-Protokolls endlich wirklich ausgeführt worden, — freilich aber unter entschiedener dänischer Verwaltung.

Nur ein Mann stand zwischen dem deutschen Element in Schleswig und dem Dänenthum, nämlich der Graf von *Eulerburg*, und dieser Mann, gehätschelt und geschmeichelt von den Dänen, verstand seinen Auftrag so, daß er durch entschiedene Beschützung des dänischen Elements unsägliches Elend über Schleswig brachte.

Trotz allem dem Unglücke, welches man bereits in Schleswig erlitten hatte, war der Gang der Dinge doch im Allgemeinen von der Art, daß das Volk im Großen und Ganzen die besten Hoffnungen erhielt.

Noch stand die deutsche Gewalt da; noch konnte man auf Preußen hoffen; noch vor Allem glaubte man an eine entscheidende That der Statthaltertschaft. Dazu kam, daß die Dänen mit ihrer üblichen Unklugheit hochfahrend und anmaßend auftraten, und die Menschen wie die Interessen verletzten, statt sie zu versöhnen.

Und endlich war wirklich die Gesamtmasse des Volks von dem Rechte des Landes innig überzeugt, mochten sonst auch die politischen Parteien sich gestalten wie sie wollten.

Die Fehler der Regierung erschienen daher im Allgemeinen als ein Unglück derselben, und das Land glaubte sich verpflichtet, ohne Murren dieses Unglück zu ertragen.

Vor allen Dingen aber gab Eines den Ausschlag. Die Dänen hatten nämlich von jeher behauptet, Schleswig sey seiner Gesinnung nach dänisch, und die Erhebung des Volkes sey im Grunde nie vom Volke selbst ausgegangen, sondern nur von redelüchtigen Advokaten, schreibsüchtigen Professoren und besonders von den ehrsüchtigen Anhang des Herzogs von *Augsenburg*.

Es lag ein tiefer Vorwurf in den Behauptungen. Das Volk von Schleswig beschloß mit jenem Instinkte, der einem ganzen Volke einen gemeinsamen Willen gibt, ohne daß er vorher beredet gewesen wäre, der Welt zu zeigen, welches eigentlich die wahre Meinung seiner Gesammtheit sey.

In diesem Sinne nahm es den jetzt unausbleiblichen Kampf mit der Landes-Verwaltung auf. Dieser war eben so sehr eine Ehrensache als eine politische

Nothwendigkeit, und obwohl ihn keine Schlachten und ruhmvollen Thaten auszeichnen, so bleibt er doch ein wichtiges und ehrenvolles Denkmal für die Kraft dieses deutschen Stammes, und ein schönes Denkmal deutscher Beharrlichkeit. Aber freilich wurde dieser Ruhm nicht ohne schwere Opfer gewonnen.

Die Bekanntmachung der Landes-Verwaltung vom 25. August, der eine Proklamation des Königs vom 28. Juli nachfolgte, veranlaßte zuerst eine Erklärung der Beamten der Stadt Schleswig, in welcher dieselben aussprachen, daß sie allerdings in ihren Stellen bleiben wollten, in namentlicher Erwägung, daß die Landes-Verwaltung, nicht im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark als solchen, sondern in dessen Eigenschaft als Herzog die Regierung zu führen habe; der sich dann alle Beamten des ganzen Herzogthums anschlossen, in besondern Erklärungen.

Dieses war im Grunde die Kriegs-Erklärung im Gebiete der Verwaltung; denn die Landes-Verwaltung beabsichtigte keineswegs, eine solche Unterscheidung bestehen zu lassen.

Als nun in Folge dessen auch die wichtigsten Gemeinden des Herzogthums auftraten, und ganz einstimmig aussprachen, daß sie an den Landesrechten festhalten, daß sie dem Könige von Dänemark nur als Herzog von Schleswig gehorchen, und daß sie, wie einige derselben bestimmt aussprachen, nur die Statthalterschaft als die allein rechtmäßige Behörde anerkennen wollten, da mußte die Landes-Verwaltung schärfer auftreten.

Der Kampf brach jetzt zuerst in Husum los, wo der dortige Amtmann, der die Bekanntmachung der Landes-Verwaltung zur Veröffentlichung erhalten hatte, geradezu erklärte, daß er seine Mitwirkung für die Bekanntmachung dieses Aktienstücks bestimmt versagen müsse. Er wurde hierauf am 3. September seines Dienstes entlassen.

Hierauf erklärte er, daher als richterlicher Beamter ohne Urtheil von seinem Amte nicht abgesetzt werden könne, und ebenso trat das ganze Amt, in welchem der offene und rechtlichschaffene Mann sehr geliebt war, für ihn auf; allein Alles blieb umsonst, und die Sache hatte bei der einfachen Absetzung sein Verbleiben.

Nun schickte die Landes-Verwaltung an seine Stelle einen gewissen Mohrbagen; allein dieser wurde von der Bevölkerung der Stadt und des Amtes in einer solchen Weise empfangen, daß er nicht einmal das Amt antreten konnte, sondern sich gleich wieder nach Flensburg zurück flüchtete.

Der Bürgermeister Thomsen in Husum, und mit ihm der dortige Magistrat verweigerte eben so bestimmt die Bekanntmachung der königlichen Verordnungen, worauf nun auch dieser seines Amtes entsetzt, und an dessen Stelle ein gewisser David bestimmt ward, der aber gleichfalls die Stadt wieder verlassen mußte.

Jetzt machte die Landes-Verwaltung den ersten entscheidenden Schritt auf der Bahn der Gewalt vorzugehen, und die Stadt Husum bekam Exekution.

Vermehrung derselben wurde angedroht und sogar eine Kontribution in Antrag gebracht; ja es wurde sogar gefordert, daß der Magistrat den schimpflich fortgesetzten Davids mit einer Ehren-Deputation zurück bringen solle.

Da sich nun diese Männer weigerten dieses zu thun, so mußte ein preussischer Major dieselben von ihrem Amte jusvenstren, und mit Gewalt drei neue Senatoren ernennen, während der Stadt-Sekretär David unter einer Eskorte preussischer Husaren nach Husum geführt, und die Stadt mit ernstlicher Gewalt von Seiten der Preußen bedroht wurde.

Die Bürger wendeten sich hierauf an das Obergericht, worauf dieses die Konstituierung des Davids für rechtlich ungültig erklärte; aber die Landes-Verwaltung behielt ihn bei, und so ergab sich, daß seit dem 17. September die Stadt Husum ohne alle Justizbehörde blieb.

Und doch war dieses Verfahren gegen Husum erst nur der Anfang weiterer Maßregeln und Verfolgungen der Schleswiger. In Tondern geschah Aehnliches; in Dondern wurde der von der Landes-Verwaltung eingesetzte Amtmann, Graf von Plessen von der Bürgerschaft sofort aus der Stadt vertrieben; in Apenrade wurde der dänische Postmeister, der an die Stelle des, wegen seiner deutschen Gesinnung der Landes-Verwaltung verhassten Postmeisters Raudsen gesetzt war, nur durch Anwendung von Waffengewalt in seinem Posten erhalten; in Schleswig wurde der dänische Stempel-Papier-Verwalter Kornerup-Bovel, den die Landes-Verwaltung an die Stelle des deutschen Verwalters stellen wollte, von den Bürgern weggejagt.

Am ärgsten aber ging es her in Flensburg. Hier war nämlich mit dem Abzuge der preussischen Truppen der lang verhaltene Grimm des dänischen Pöbels endlich wirklich ausgebrochen.

Matrosen und Schiffleute, angereizt von einigen dänisch-gesinnten Kaufleuten, fingen Straßen-Verheerungen an, wie sie bisher in dem ruhigen Lande noch unerhört gewesen waren.

Kein Deutscher konnte sich ohne Lebensgefahr auf der Straße sehen lassen; und man mußte sich bewaffnen, um Ruhe zu haben; ja es kam schon so weit, daß der deutsche Polizeimeister in seinem Hause belagert ward.

Jedoch war dieser ein entschlossener Mann, nahm selbst ein Gewehr, ging mit einigen Gendarmen dem Pöbel entgegen, griff ihn an und säuberte so auf diese mutige Weise mehrmals die Straßen und die Schiffbrücke.

Es gab Todte und Verwundete; und endlos wäre dieser blutige Kampf gewesen, wenn nicht bei dritthalb tausend Schweden als Garnison angekommen wären.

Diese freilich stellten sich jetzt auf die Seite der Dänen, und der schwedische General Malmberg ging so weit, den Bürgern von Apenrade Stockprügel anzutragen; also ein Zustand, der sehr traurig war. Der preussische Kommissär, statt sich der offenen Verletzungen der Deutschen auch nur im Ge-

ringsten anzunehmen, war vielmehr in einer traurigen Willfährigkeit bereitwillig, Alles zur Unterwerfung unter das Dänenthum beizutragen.

Die Stimmung darüber erhigte und erbitterte sich wohl, aber die schwierigern Aufgaben der Landes-Verwaltung sollten erst noch kommen.

Dieselbe nämlich glaubte endlich entschieden ihre Stellung in Beziehung auf das Herzogthum darlegen zu müssen. Ungeachtet der Verbindung Schleswigs mit Holstein in verwaltender Beziehung gar nicht in der ganzen Einsetzung der Landes-Verwaltung berührt war, so schien dennoch der Graf von Eulenburg in schwer erklärlicher Weise bereit, seine höchst bereitwillige Zustimmung zu einer Reihe von Maßregeln zu geben, durch welche Schleswig von Holstein gegen alles Recht abgerissen werden mußte.

Dieses brachte nun auch die kälter Gesinnten gegen eine solche Verwaltung im hohen Grade auf.

Schon am 27. August befahl jene Landes-Verwaltung die Errichtung einer Central-Kasse in Flensburg, während bis dahin von jeher alle Abgaben nach Rendsburg eingeliefert wurden.

Sie befahl die Militär-Aushebungen im südlichen Schleswig einzustellen, und verbot sogar die schleswig-holsteinischen Kassenscheine in den Kassen anzunehmen. Sofort aber liefen aus dem größten Theile des südlichen Schleswig eine Reihe der bestimmtesten Erklärungen ein, daß man erstens seine Steuern noch wie früher, wie es gesetzlich vorgeschrieben sey, nach Rendsburg zahlen werde, da die Landes-Verwaltung nach den bestehenden Gesetzen zu regieren verpflichtet sey, und nicht das Recht habe, neue Gesetze zu schaffen, und daß man die Kassenscheine im öffentlichen so wie im Privat-Verkehr als vorgütige Zahlungsmittel annehmen werde; und diesen Erklärungen schloßen sich sogar Hadersleben und Apenrade, trotz der schwedischen Besatzung an.

Die Landes-Verwaltung sah sich daher genöthigt, sich mit den Steuern zufrieden zu stellen, die sie mit Gewalt erhoben hatte. Ihre Verlegenheit stieg; aber sie ging noch weiter.

Am 17. September endlich erließ sie die entscheidende Bekanntmachung, nach welcher auf einmal nicht weniger als 14 Gesetze der Statthaltertschaft, darunter auch das Gesetz über die bisherige kirchliche und namentlich das Staatsgrundgesetz selbst, außer Kraft gesetzt wurden.

Nun traten alle Gemeinden und Städte Schleswigs einstimmig auf, und erklärten der Landes-Verwaltung ins Gesicht, daß sie zu solchen Maßregeln durchaus unbefugt sey, und daß sie insgesamt an dem Staatsgrundgesetze der Herzogtümer als an der Grundlage des geltenden Rechts entschieden festhalten würden.

Von da an mußte jene unselige Landes-Verwaltung rein der Gewalt sich anheim geben.

Es war jetzt ein kläglicher Anblick, die Besatzung von Tönningen, Husum, Friedrichstadt, Schleswig, Angeln, Cappel und Eckernförde, im Namen des dänischen Königs durch das preussische Kriegsheer regiert zu sehen, und die Klage des armen Volkes anzuhören,

während die Statthaltertschaft jenseits der Eider nicht ein einziges Wort, nicht eine einzige Eröstung für dasselbe hatte. Dieselbe Statthaltertschaft, welche den Waffenstillstand für underechtigt erklärt und indirekt den Widerstand hervorgerufen hatte.

Zunächst erhob sich in Folge jener Bekanntmachung vom 17. September ein weiterer Kampf und zwar diesmal zwischen der Geistlichkeit und der Landes-Verwaltung.

Nach dem Inhalte dieser Bekanntmachung sollte nämlich das Reskript der provisorischen Regierung vom 13. gehoben werden, nach welchem statt der frühern Fürbitte für Se. Majestät den König Friedrich dem VII., die durch ein Reskript vom 1. Februar 1848 eingeführt war, die kirchliche Fürbitte lauten sollte: »Für unsern Fürsten und alle Obrigkeit.«

Schon am 10. October traten in Folge dessen die schleswiger Geistlichen bei dem Superintendenten Nielsen in Schleswig zusammen; am 15. October gaben sie eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie die Aufhebung nicht als rechtsbeständig ansehen könnten.

Die Korrespondenz zwischen dem Grafen von Eulenburg und dem Superintendenten Nielsen, in welcher der Erstere nicht den Ruhm des Sieges davon trug, nahmen von Seiten desselben einen höchst unpassenden Ton an. Das Resultat war, nun auch gegen die Geistlichkeit mit der Absetzung zu verfahren.

Bald wurde der Pastor Haack in Haddede abgesetzt, dann mehrere Prediger im Norden, worauf dann an ihre Stelle fanatische Dänen kamen.

Von den Geistlichen ging man über zu den Lehrern; und zwar zuerst in Apenrade, in Flensburg, in Hadersleben u. s. w. Die Kinder blieben jetzt ohne Unterricht, die Gemeinden ohne Seelsorger, und so verschlimmerte sich der Zustand immer mehr.

Eine Deputation aus Angeln, mit dem Pastor Schmidt an der Seite ging nach Berlin, um dem Könige von Preußen das Unglück des Landes zu klagen, wo sie auch sehr freundlich aufgenommen wurden.

Die Landes-Versammlung ging indessen ihren Weg mit Absetzung und Gesetzgebung vorwärts, griff in das Zoll- und Postwesen ein, und suchte auf alle nur mögliche Art Schleswig von Holstein zu trennen. Das Land widersetzte sich zwar, aber die Sache kam nicht weiter.

Unter allen Einzelheiten machte es doch besonders einen traurigen Eindruck, daß die Landes-Verwaltung, die mit dem Blute deutscher Truppen gewonnenen Schanzen von Düppel zuerst ihrer Besatzung beraubte, und sie dann bei Nacht und Nebel zerstören ließ. Die Untersuchungen, welche das schleswigsche Obergericht darüber einleitete, wurden mit Hohn vereitelt. Es war eine traurige Zeit, aber das schleswigsche Volk stand fest und hoffte.

Es sah auf Holstein, das noch immer gerüstet da stand, es sah auf die Statthaltertschaft, die wenigstens in Worten nichts aufgegeben hatte, und sah auf die Landes-Versammlung, die nach dem Staatsgrundgesetze am 1. November zusammen treten mußte.

Der 1. November kam heran, und die Politik der Statthalterchaft mußte sich jetzt in einer bestimmten Gestalt zeigen.

Während dieses Alles geschah, hatte Eulenburg nicht ermangelt, nach Berlin zu rapportiren, daß es immer schwerer werde, die Schleswiger in Gehorsam zu erhalten und dieserwegen um Verstärkung gebeten, damit er die Exekution gegen die Deutschen nachdrücklicher fortsetzen könne.

Seine Bitte wurde bewilligt und drei neue preussische Bataillone marschirten heran. Die Statthalterchaft machte einen schwachen Versuch sich dem zu widersetzen. Das preussische Kabinet erklärte aber ganz einfach, daß es den Durchmarsch unter allen Umständen erzwingen werde, und die Statthalter ließen die Truppen marschiren.

Im Eckernförder-Hafen lag noch die Fregatte Gession, welche die Statthalterchaft natürlicher Weise als ein Eigenthum des Landes ansah; statt aber den Muth zu haben, offen und ehrlich zu fordern, was ihr zufam, ließ sie einige Kanonenboote heimlich in den Hafen einlaufen, um mit einem beigegebenen Dampfschiffe die Fregatte nach Kiel zu bringen.

Das preussische Ministerium aber erklärte einfach, daß diese Fregatte Preußen angehöre, und daß es jede Verührung derselben als einen casus belli ansehe; und die Statthalterchaft zog schweigend, ohne ein Wort zu erwidern, von ihrem nächtlichen Versuche wieder ab.

Dieses waren wohl keine Präcedentien für ein energisches Verfahren, aber dennoch war man nun einmal auf diese Regierung angewiesen.

Am 1. November trat die Landes-Versammlung in Kiel zusammen, auf welche ein großer Theil des Volkes seine Hoffnung gesetzt hatte.

In beiden Herzogthümern hatte man beschloffen, die Eröffnung der Versammlung zum Anlaß einer großen Demonstration zu machen; denn aus nicht weniger als 75 Städten, Flecken und Gemeinden kamen Deputationen nach Kiel, wobei der Pastor Baumgarten das Wort führte.

Die Deputationen forderten Krieg; — der Krieg sey nicht bloß gerech, sondern er sey auch nothwendig; man wolle lieber Alles verlieren als diesen Zustand ertragen. Sie entwarfen eine gemeinsame Adresse, und trugen zuerst dem Statthalter Grafen von Reventlow ihre Sache vor, der sie aber mit inhaltlosen Reden entließ.

Hierauf empfing die Landes-Versammlung die Deputationen, und auch diese hatte weder Muth noch Kraft genug, um mehr als allgemeine Worte zu erwidern. Die Deputation, die größte des Landes, ging nun also am 5. November ohne Resultat wieder auseinander.

Am 1. November hatte die Landes-Versammlung ihre Sitzungen eröffnet, und die Erklärung der Regierung entgegen genommen, nach welcher die Friedens-Unterhandlungen, so viel der Statthalterchaft bekannt, noch nicht eröffnet seyen; übrigens halte sich die Regierung in nichts für gebunden.

Dieses war wenig, aber doch Alles, was die Versammlung erfuhr. Das Wichtigere aber war das Verhältniß der preussischen Offiziere in der schleswig-holsteinischen Armee. Die Sache lag einfach so, daß durch die absolute Abhängigkeit dieser Offiziere, von Preußen die ganze Macht des Landes in den Händen Preußens lag.

Dieserwegen ward die Frage gestellt, wie eigentlich das Verhältniß derselben sey, besonders im Falle eines Krieges? Das Ministerium gab in einer geheimen Sitzung die gewöhnliche Antwort, daß es nichts bestimmtes darüber sagen könnte, daß Unterhandlungen im Werke seyen, daß es das Seinige thun werde. Mit allem diesem war aber nichts gewonnen.

Man hatte versucht, einen neuen Kriegs-Minister zu gewinnen, und man wendete sich zuerst an den hessischen General Schmidt, der aber nicht unter einem preussischen Ober-Kommando stehen wollte; dann wendete man sich an den Rittmeister Keudell, der vom großen General Stabe in Berlin war, der aber auch den Antrag ablehnte.

Auf diese Weise hatte man also keinen Kriegs-Minister und keine eigenen Offiziere. Wie konnte man also vernünftiger Weise einen Krieg führen? Warum man freilich, entweder, wenn kein Krieg seyn sollte, von ihm nicht gehen ließ, oder, wenn man zuletzt den Krieg doch wollte, denselben nicht im Winter wieder aufnahm, da der Sommer die Herzogthümer in absoluten Nachtheil setzen mußte, und die Dauer der Landes-Verwaltung ihnen die Hälfte ihrer Kraft entzog; dieses sagte man nicht.

Das Ende war nun, daß die Landes-Versammlung sich schon am 9. November wieder vertagte. Was sollte sie aber auch mit Nebensachen sich abkämpfen, da sie die Hauptsache nicht zu ändern im Stande war.

Als nun die Landes-Versammlung sich ohne Ergebnis aufgelöst hatte, faßte die Landes-Verwaltung neuen Muth; und erließ am 12. November eine Erklärung, in welcher sie aussprach, daß sie, um alle Veranlassung zum Mißtrauen aus dem Wege zu räumen, öffentlich darauf hinweisen müsse, wie sie nur im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs von Schleswig die Regierung führe.

Das aber, worauf Alles ankam, das Wort als Herzog war weggelassen. Und nachdem sie dieses gethan hatte, fing sie an, ihr System mit erneueter Strenge fortzusetzen.

Durch alle bisherigen Vorgänge hatte die Eiderdänen-Parthei eingesehen, daß sie bei der Nachgiebigkeit des preussischen Kommissärs im Stande seyn werde, Schleswig äußerlich in Recht und Verwaltung von dem Herzogthum Holstein zu trennen, und innerlich es dem dänischen Willen zu unterwerfen.

Sie ließ sich daher von jetzt an in keiner ihrer Maßregeln mehr stören; Eulenburg war nur dem Namen nach in Flensburg vorhanden, und die preussischen Truppen waren der Thatfache nach die Exekutoren des Kopenhagener Willens.

Man beschloß dafür in Kopenhagen nunmehr das Aeußerste zu versuchen. Alle Personen, die was immer

für eine ämtliche Stellung hatten, wurden abgesetzt, wenn sie sich nicht unbedingt unterwarfen; alle Rechte, die auf was immer für eine Art auf die Verbindung mit Holstein hinwiesen, wurden mit Füßen getreten; die Gemeinden wurden kriegerisch behandelt, und die Einzelnen schonungslos verfolgt.

Umsonst richteten die hartbedrängten Schleswiger Adressen an den König von Preußen, Adressen an den Grafen Eulenburg, Adressen an die Landesversammlung und die Statthalterschaft; — umsonst setzten sie den dänischen Maßregeln einen Widerstand entgegen, der selbst von Lillisch, dem man große Klugheit und viel Festigkeit nicht absprechen konnte, zur Verzweiflung trieb, so daß er am Ausgange des Monats November, jenen, seiner Zeit so berühmten Brief an den dänischen Minister des Innern schrieb, in welchem er offen sagte, daß man, das heißt die Dänen, sich auf die preussischen Truppen nicht verlassen könne, daß die ganze Lage der Kommissäre zum äußersten verzweifelt sey, daß die Absezung des schleswiger Obergerichts nicht vermieden werden könne, weil es aber an dem Rechte und nicht an der Gewalt festhielt, daß er mit dem Grafen Eulenburg darüber durchaus einverstanden sey, daß aber dennoch die Schwierigkeit der Lage so groß sey, daß die Kommissäre sie nicht zu lösen im Stande seyen; und daß daher vor allen Dingen ein Einfall der Statthalterschaft in Schleswig dadurch absolut verhütet werden müsse, daß man ihr erkläre, wie ein solcher als casus belli von den Großmächten angesehen werde.

Selten hat der passive Widerstand eine so glänzende Anerkennung gefunden; aber freilich führte er auch hier zu nichts.

Man hielt die Statthalterschaft mit nutzlosen Verhandlungen hin; man hielt Preußen von jedem Schritte ab; man wiederholte von Kopenhagen aus die allerbestimmtesten Instruktionen an Lillisch, sein System fortzusetzen.

So gelang es, die Schleswiger mit Gewalt unterworfen zu halten, denn das Entscheidende, was allein hätte helfen können, die Kraft der Regierung, fehlte.

Auf diese Weise entstand ein Zustand, der im übrigen Europa keinen Namen und kein Beispiel hatte. Als im Laufe des folgenden Jahres der preussische Friede abgeschlossen ward, waren mehr als 150 Beamte aus Schleswig vertrieben worden; unter ihnen 35 Prediger, von welchen 12 abgesetzt wurden, weil sie es verweigerten, eine von ihnen geforderte Abbitte in einem von der dänischen Propaganda begründeten und erhaltenen, in der niedrigsten Weise herausgegebenen Blatte abdrucken zu lassen.

Ganze Gemeinden waren ohne Seelsorger, ohne geistliche Amteshandlung. In der Stadt Apenrade wurde durch dreizehn Wochen, und während des ganzen Osterfestes kein deutscher Gottesdienst gehalten, und so war es auch in Hadersleben.

Der Tisch des Herrn blieb unbesezt, und ebenso unterblieben Taufen und andere Ministerial-Handlungen; die Kirchen standen in den Städten wie auf dem Lande leer, und in den Schulen ging es nicht besser.

In Hadersleben blieben ungefähr 800 Kinder ganz, ohne Unterricht, weil die Lehrer suspendirt waren. In Apenrade war es ebenso der Fall; denn hier waren allein im Ganzen 52 Beamte entlassen worden.

In Schleswig sollte ein, wegen gemeiner Verbrechen früher abgesetzter Polizeimeister gegen den Spruch des Obergerichts eingesetzt werden; in fast allen Städten waren die gesetzmäßigen Behörden theils vertrieben, theils abgesetzt gewesen.

Nur die preussischen Truppen hielten einen Ausbruch zurück. Und dennoch hielt Schleswig an Holstein fest; — dennoch zahlte ein Theil der Schleswiger seine Steuern nach Rendsburg; — dennoch kamen aus einem Theile des südlichen Schleswig die Wehrpflichtigen nach Rendsburg.

Es war also klar, daß dieses Verhältniß kein dauerndes seyn konnte. Aber die Statthalterschaft verzögerte mit der Entscheidung so lange, daß sie am Ende in der Lage war, bei der dänischen, durch die Beherrschung von Schleswig hervorgebrachten Uebermacht nur noch durch besonderes Glück zum Siege gelangen zu können. Und doch mußte sie wissen, daß nur dem Mutbigen das Glück folgt.

Die wiederholten ersten Berichte des dänischen Kammerherrn Friedrich Lillisch nach Kopenhagen, so wie die allbekanntesten Thatsachen des passiven Widerstandes der Schleswiger gegen die Maßregeln der Landes-Verwaltung stellten schon im Monat November mehr und mehr heraus, daß in den Herzogthümern vor allem eine Gefahr vorhanden sey; — nämlich, daß am Ende die Statthalterschaft, gedrängt von dem ganzen schleswigischen und holsteinischen Volke und aufs äußerste gebracht die Verzweiflung desselben, wirklich zu den Waffen greifend und den Waffenstillstand brechend, in Schleswig einrücken werde.

Die Statthalterschaft hatte dazu eine rechtliche Veranlassung in der Versezung des Rechts, die sich die Landes-Verwaltung zu Schulden kommen ließ; sie hatte ihrerseits niemals den Waffenstillstand anerkannt, und konnte damals mit größter Sicherheit auf eine Erhebung des ganzen Schleswig zu ihren Gunsten rechnen.

Sie hatte außerdem den Winter vor sich, in welchem die dänische Marine gebunden war. Alsen war allerdings konventionswidrig von dänischen Truppen besetzt; aber es war gewiß, daß sowohl die Preußen als die Schweden sich bei jedem Angriffe aus Schleswig zurückgezogen haben würden.

Alle günstigen Aussichten daher, die überhaupt noch von Seiten der Herzogthümer zu erhalten; waren in diesem Winter vorhanden, und das Volk mit seinem Takte fühlte das heraus, nachdem es den Krieg forderte.

Es ist nutzlos, zu fragen, welchen Erfolg ein solcher Angriff gehabt haben würde; allein, schlimmer als es kommen mußte, wenn man ihn nicht unternahm, konnte es auch im ungünstigsten Falle nicht werden; jedenfalls würde die Statthalterschaft, bei einiger Festigkeit besonders damals, wo die Mächte

noch nicht einig waren, wo Oesterreich in seinem Kampfe mit Ungarn kaum fertig war, wo Rußland sein Heer an der Elbe stehen hatte, und wo Preußen an seiner Union laborirte, gewiß angemessene Bedingungen von Dänemark erhalten haben.

Dieses waren die Aussichten für die Regierung von Schleswig-Holstein, wenn sie Muth und Einsicht bewies.

Aber gerade dieserwegen mußte jedes Auftreten derselben von Preußen so wie von Dänemark um jeden Preis verhindert werden; denn Preußen hätte durch den Bruch des Waffenstillstandes sich in die höchst unangenehme Lage versetzt gesehen, entweder gegen die Herzogthümer zu marschiren, um den Waffenstillstand aufrecht zu halten, oder mit den übrigen Mächten, besonders mit Rußland, sich zu überwerfen, wenn es dieses nicht that.

Dänemark aber hätte das kaum eroberte Schleswig gerade damals gewiß nicht wieder gewonnen, jedenfalls die großen Hilfsmittel, die es aus Schleswig für den letzten Krieg zog, verlieren müssen.

Mithin kam also Alles darauf an, die ihrer Stellung nach so gefährliche, ihren Personen und Prinzipien nach freilich so ungefährliche Statthalterschaft von jedem entscheidenden Schritt, in Beziehung auf Schleswig abzuhalten. Und wirklich ist nie ein großer Zweck mit kleinerer Mühe erreicht worden als hier.

Als man nämlich in Folge der ersten Bewegungen im Monat November bei Veranlassung der Landes-Verammlung in Berlin und Kopenhagen zu fürchten anfing, es könne am Ende wirklich die Regierung der Herzogthümer dem Drucke des Volkswillens nachgeben, beeilte man sich der Statthalterschaft zu versetzen zu geben, wie sehr die Anbahnung des Friedens durch eine unmittelbare Verhandlung mit Kopenhagen befördert werden könne, und legte es ihr fast in den Mund, demgemäß Abgeordnete dorthin zu schicken.

Die Statthalterschaft, ohne Ahnung von dem eigentlichen Sinn dieses Vorschlags, war auf der Stelle bereit diesem Vorschlage nachzukommen: und schickte schon am 16. November ein höchst unterwürfiges Schreiben nach Kopenhagen, in welchem der König gebeten wurde, um der Treue wegen, welche die Herzogthümer dem Könige stets gehalten haben, eine Verständigung durch Abgeordnete zuzulassen.

Man nahm jetzt dieses unterthänige Schreiben in Kopenhagen sehr wohlgefällig auf; aber statt daß die Sache als Staatsangelegenheit behandelt worden wäre, kam nur ein einfaches Handschreiben aus dem Kabinete des Königs, in welchem die wieder auflebende loyale Gesinnung gelobt, und die Benennung der Personen zuerst gefordert ward, welche man empfangen, und deren alleruntthänigste Eingabe man entgegen zu sehen geruhen wollte.

Man bemerkte in Kiel nicht, oder übersah es abichtlich, daß dieses Schreiben weder von dem Könige, noch von einem Minister, sondern bloß von dem Kabinets-Sekretär Blühme, und mithin als Antwort auf eine sogenannte Gnadensache in der für diese üblichen Weise ausgefertigt war.

Am 8. Dezember wurden von Seite der Statthalterschaft die drei Mitglieder der Landes-Verammlung, Mommsen, Prehe und Steindorff, dem königlichen Kabinete vorgeschlagen, und dabei die Eröffnung der Berathung als selbstverständliche Folge angenommen.

Sofort erwiderte das Kabinete des Königs durch den Sekretär Blühme, daß dieses ein Mißverständniß sey, und daß man aller Folgerungen daraus, als ob die dortseits erbetene Verhandlung bereits bewilligt wäre, durchaus vorbeugen wolle; im übrigen sehe Se. Majestät der erwarteten Eingabe entgegen.

Diese kurze und sehr bedeutungsvolle Antwort wurde erst am 21. Dezember abgegeben.

Die Statthalterschaft aber blieb bei ihrem Verfahren, und die drei Vertrauensmänner waren, in gleicher Naivität wie die Statthalterschaft, sofort bereit am 27. Dezember den König zu bitten, er möge Männer aus dem dänischen Volke beauftragen, mit ihnen zusammen zu treten, um eine Verständigung auf dem Wege mündlicher Verständigung zu versuchen.

Wieder aber erst am 11. Jänner 1850 kam freilich die Antwort aus dem Kabinete an die drei Vertrauens-Männer, dieses sey keineswegs die Meinung gewesen, man erwarte nichts Anderes als eine schriftliche Eingabe derselben, und es könne selbst verständlich von Unterhandlungen zwischen Unterthanen einer und derselben Monarchie überall nicht die Rede seyn, man wolle also vor der Hand lediglich mit der landesväterlichen Huld die Ansichten und Wünsche derselben vernehmen.

Dieses war deutlich gegeben; aber nicht deutlich genug für die Regierung der Herzogthümer.

Die Vertrauens-Männer machten sich nun im Einverständnisse mit der Statthalterschaft wirklich die Mühe, ein Expose oder Darlegung über die Wünsche und Rechte der Herzogthümer auszuarbeiten, was aber dänischerseits nur den Zweck haben konnte, um Zeit zu gewinnen.

Am 26. Jänner 1850 wurde diese Auseinandersetzung der Wünsche und Rechte der Herzogthümer abgeschickt.

Aber es kam, als hätten jetzt die Vertrauens-Männer endlich selbst ihre inhaltslose Sendung begriffen, und legten daher dieselbe, ohne auf eine Beantwortung zu warten, wieder in die Hände der Statthalterschaft zurück, die jetzt zwar glaubte, alles Mögliche für den Frieden gethan zu haben, aber darum doch keineswegs beschloß, etwas Entscheidendes für den Krieg zu thun.

Im Gegentheile, so wunderbar es klingen mag, behielt sie den General Bonin bei; — duldete es, daß die Stellung der preussischen Offiziere nach wie früher eine unsichere blieb; — ließ daher Preußen, welches um den Frieden unterhandelte, die ganze Macht des Landes, und mithin auch die ganze Verantwortung für ihr Verfahren; setzte damit das preussische Ministerium außer Stand, eine bestimmte Stellung einzunehmen, nachdem Preußen durch sein General-Kommando noch wie vor dem Verdachte unterlag, die Herzogthümer für sich behalten zu wollen, und über-

zeugte endlich Dänemark gänzlich davon, daß es von dieser Regierung zwar starken Widerstand, aber nie einen starken Angriff zu erwarten habe.

Sie sank damit in den Augen der Diplomatie von einer Macht zu einer bloßen Administrativ-Behörde herab; aber sie entging allerdings noch für ein Jahr der offenen Qualifikation einer revolutionären Behörde.

So scheiterte jener erste Versuch direkter Verhandlungen; die Statthalterschaft beklagte dieses Resultat und that nichts; die Dänen beklagten es nicht und handelten.

So nahm das Jahr 1850 ihren Anfang. Unter den Stellungen, welche die verschiedenen Mächte einnahmen bei dem Beginne dieses Jahres, war entschieden die des Königreichs Dänemarks die vortheilhafteste. Hatte es in den vorhergehenden Jahren auch nicht gestagt, so war es doch weit davon entfernt, überwunden zu seyn.

Es konnte ohne Bedenken seine Truppen ausruhen lassen, und seine Kräfte sammeln; es hatte sich als eine ungemein lebensfähige Macht gezeigt; es hatte mit kluger und zum Theil großartiger Benutzung der Verhältnisse und ihrer Gunst, Preußen auf allen Punkten aus dem Felde gedrängt; vor allen Dingen aber hatte es die Nothwendigkeit der Existenz Dänemarks aufs Neue zu einem Prinzip des europäischen Gleichgewichts gemacht.

Dazu kam, daß es faktisch in Schleswig herrschte, und daß es im Stande war, fast aus dem ganzen Herzogthume seine Armee zu rekrutiren.

Die Insel Alsen, diese ungeheure und sehr starke Meeres-Festung, welche den Zugang zu Jütland beherrscht, war in seinem Besitze geblieben und wurde immer mehr besetzt; und die Deutschen mußten durch das ganze unverantwortliche Verfahren der Landesverwaltung getrieben, zu Hunderten Schleswig verlassen.

Endlich hatte die Sendung der Vertrauens-Männer der dänischen Politik einen jener Triumphe bereitet, welche zwar mehr schmeicheln als nützen, aber die zugleich das Gebiet klar machen, welches gewonnen ist. Dänemark sah also mit Stolz und Zuversicht den kommenden Dingen entgegen.

Die Herzogthümer dagegen waren in einer höchst traurigen Lage. Ihre Regierung hatte mit Worten gegen den Waffenstillstand protestirt, aber ihn faktisch anerkannt.

Sie begriff fast instinktmäßig, daß sie den einzig günstigen Augenblick für die Sache der Herzogthümer verloren gebe; aber sie wagte ihn aus Furcht vor den Folgen ihres eigenen energischen Auftretens nicht zu erfassen.

Die Mittel des Landes sinnen an angegriffen zu werden. Von Preußen war die Statthalterschaft mit großer Rücksichtslosigkeit behandelt worden, und in Ermanglung eigenen bestimmten Willens herrschte der General Bonin fast unabhängig im Lande.

Das Volk war leidend, das Vertrauen schwand; nur die Empörung über das Venehmen der Dänen hielt die Stimmung aufrecht. Das erste Vierteljahr dieses Jahres wurde zu der härtesten Probe für die Lüchtrigkeit der Gesinnung der Herzogthümer.

Preußen endlich war aus seiner schwierigen, fast demüthigenden Stellung, nicht gekommen. Die preussischen Staatsmänner begriffen insgesamt, daß Preußen keine Mittel mehr habe, die Sache der Herzogthümer über die Friedens-Präliminarien hinaus weiter zu führen; und es mußte schon als ein großer Vortheil angesehen werden, wenn diese nur erhalten würden.

Man sah gleichfalls sehr wohl ein, daß das einzige Mittel, dem preussischen Auftreten Nachdruck zu geben, darin liege, daß man die Herzogthümer in ihrem Verfahren gegen Dänemark nun frei und offen gewähren lasse.

Allein eine Parthei in Preußen, der leider mehr an ihrem Parthei-Interesse, als an der Zukunft des preussischen Staats gelegen war, wollte gerade dieses Gewährenlassen der Herzogthümer nicht; es sollte eben diese von einem Volke ausgegangene Erhebung nicht zu einem gedeiblichen Ende kommen.

Daher hand man einerseits der verständigen preussischen Politik, andererseits den Herzogthümern die Hände.

Das Mittel dazu war, daß man den General Bonin in den Herzogthümern ließ, und diese dadurch waffenlos machte, während man andererseits schon bei dem Waffenstillstande Preußen verpflichtete; Bonin und mit ihm den Generalstab der schleswig-holsteinischen Armee abzurufen, so wie die Herzogthümer Miene machen würden, sich zu widersetzen.

Durch alles dieses verlor Preußen das einzige Mittel, direkt auf das dänische Kabinet einzuwirken, und seine ganze politische Stellung im Norden zu erhalten. Dänemark mußte dieses, und mußte es auch zugleich vorzüglich zu benützen.

Neben allen diesen Faktoren aber begann nun mit dem Beginne dieses neuen Jahres ein ganz neuer, in den Konturs der deutschen und nicht-deutschen Elemente an der Ost-See einzutreten, und dieses war Oesterreich.

Oesterreich hatte bisher, mit eigenen Angelegenheiten beschäftigt, sich wenig um Schleswig-Holstein bekümmert. Allein mit jenem richtigen Blicke, der die österreichische Diplomatie in allen, auf Deutschland bezüglichen Verhältnissen von jeher ausgezeichnet, hatte es allerdings immer schon sich mehr auf die Seite Dänemarks geneigt, in dem sichern Gefühle, daß über kurz oder lang der Gegensatz mit Preußen zum Ausbruch kommen werde.

Mag man nun über die österreichische Politik urtheilen wie man will, immer muß man zugestehen, daß die Voraussicht, mit der es hier handelte, und die kluge Sicherheit seines Auftretens, wahrhaft bewundernswert waren.

Die Lage der Dinge in Beziehung auf Oesterreich und Preußen war im Grunde sehr einfach gewesen. Preußen hatte die Exekution der Bundeschlüsse und die Herstellung des status quo ante vom Bun-

destage übernommen, ohne daß auf Oesterreich dabei weiter gedacht worden wäre; Preußen hatte den Waffenstillstand von Malmoe, und den Waffenstillstand vom 2. Juli 1849 geschlossen; Preußen hatte sogar die Friedens-Präliminarien entworfen, und sollte jetzt in seinem Namen und im Namen des deutschen Bundes die Sache weiter fortsetzen.

Preußen stand mithin in allen Dingen hier im Vordergrunde; der ganze deutsche Bund, und mit ihm demnach auch Oesterreich nahm dabei eine untergeordnete Stellung an. Dieses war es, was Oesterreich nicht dulden wollte und auch nicht dulden konnte.

Es kam darauf an, Preußen diese bevorzugte Stellung zu verleiden, und sie wenigstens mit ihm zu theilen. Preußen selbst hatte eben von derselben nicht viel Gewinn und auch eben nicht viel Ehre.

Das Auftreten Oesterreichs neben Preußen hatte daher nicht gerade große Eile, und es kam blos darauf an, daß Letzteres kein Resultat erziele. In der That brauchte auch Oesterreich die Dinge nur selbst gewähren zu lassen, um dieses verhindert zu sehen.

Gleich nach dem Beginne des Jahres 1850 eröffnete die Landes-Versammlung ihre Sitzungen, in welchen die Stimmung aufgeregter war als früher.

Das Leiden der Schleswiger, deren Bedrückung täglich härter wurde, die Kraftlosigkeit der Regierung, die laut ausgesprochenen, zum Theil mit großen Opfern erhärteten Wünsche Schleswigs für den Wiederbeginn des Krieges, und die gleichfalls stets wiederholte Protestation der Statthalterchaft gegen den Waffenstillstand, die vollkommene Ungewißheit der Beamten über ihr wahres Verhältniß, die auf allen Punkten ihre Absetzung und Verreisung zur Folge hatte, gab der Opposition schon jetzt die Hoffnung, mit einem Antrage auf Wiedereröffnung der Feindseligkeiten durchzudringen.

Ein solcher Antrag ward eingebracht. Allein dieses Mal genügte noch die bestimmte Erklärung der Statthalterchaft, daß die Friedens-Verhandlungen von Seiten Preußens gerade jetzt aufgenommen würden, und daß man noch die Hoffnung auf eine direkte Verständigung mit Kopenhagen habe.

Denn wohlweislich hatte man in Kopenhagen mit dem Ausschlagen aller direkten Verhandlungen gewartet, bis die Landes-Versammlung vertagt seyn würde.

Der Antrag ward abgelehnt und die Verhandlungen zu Berlin konnten jetzt ihren ungestörten Verlauf nehmen.

Freilich hatten sie aber keinen bessern Erfolg, als die schwachen Versuche der Statthalterchaft selbst.

An demselben Tage, an welchem jener Antrag in der Landes-Versammlung durchfiel, nämlich am 17. Jänner 1850, begannen in Berlin die direkten Friedens-Verhandlungen, welche Pechlin von Seite der Dänen führte.

Er überreichte eine Darlegung, in welchen er die Selbstständigkeit Schleswigs für innere Angelegenheiten, in allen wichtigen Beziehungen dagegen eine völlige Unterordnung Schleswigs unter Dänemark forderte.

Man konnte in Berlin nicht so weit gehen und nach einigen fruchtlosen Verhandlungen ruhte die Sache. Auch Englands Vermittlung beförderte sie nicht; doch war man von Seite Preußens sehr willig, alles nur mögliche einzuräumen, und so war am 30. Jänner der dänische Reichstag eröffnet worden.

In der Eröffnungsrede, bei welcher das ganze diplomatische Korps gegenwärtig war, sagte man über die Herzogthümer: »Noch ist der Krieg nicht zu Ende, sondern nur gehemmt; doch hoffe man, daß die angefangenen Unterhandlungen zum erwünschten Ziele führen werden, wenn nur nicht irreführte Unterthanen bei einer größern Macht Unterstützung finden würden.« Aber dieses war nicht das Aergste.

Der König selbst in einem Zustande, den die Zeitungsblätter als eine Unpäßlichkeit bezeichneten, bediente sich über den König von Preußen solcher Ausdrücke, daß selbst die Zeitungen jener Zeit sie nicht haben wieder geben können.

Die Betroffenheit über diese rein persönliche Verletzung eines Königs durch den andern König war groß; allein jene offizielle Stelle war mehr; sie war eine diplomatische Verletzung. Allgemein erwartete man jetzt ein kräftiges Auftreten von Preußen.

In der That antwortete das preussische Kabinet durch eine scharfe Note vom 6. Februar; aber das dänische Kabinet ließ sich in seiner Ruhe keineswegs stören.

Preußen erreichte nichts als eine ausweichende Erklärung. Hätte es überall den Willen und den Muth gehabt, in dieser Sache etwas Selbstständiges zu thun, so war jetzt Veranlassung, ja bis zu einem gewissen Grade sogar Nothigung dazu vorhanden.

Man erwartete daher irgend Etwas — aber man täuschte sich.

Zwar brach Preußen die Verhandlungen über den Frieden ab; aber England, in der klaren Einsicht, daß es bei einem neuen Kriege sich auf diesen Staat doch nicht werde verlassen können, forderte kurz und bündig, daß Preußen die Verhandlungen wieder aufnehme.

Das hieß ihm zumuthen, eine grobe Beleidigung ruhig hinnehmen England muthete es dem preussischen Kabinete zu, und Preußen gehorchte.

Viele erstaunten darüber; aber man muß als charakteristischen Zug dieser Zeit hinzusetzen, daß Viele darüber erstaunten. Die Verhandlungen wurden wieder aufgenommen.

Am 19. Februar überreichte Herr von Uxedom seinerseits eine Darlegung als Antwort auf das dänische; die Ansichten gingen aber weit auseinander. Auf wiederholtes Drängen von Seiten der fremden Macht formulirten beide Theile ihre Friedens-Vorschläge.

Dänemark versprach Schleswig eine Verfassung; dafür aber sollte es mit Dänemark gemeinschaftlich haben die auswärtigen Angelegenheiten, das ganze Militärwesen, den Zoll, die Post, die Schulden und die Kosten der gemeinschaftlichen Verwaltung; die Verhältnisse von Rendsburg sollten aber durch eigene Artikel bestimmt werden.

Diese Vereinigung mit Dänemark sollte eine ewige seyn, Preußen umging aber diesen letzten Punkt. Das Militär, verlangte es, solle nicht außer Schleswig verwendet werden; Schleswig solle mit Dänemark nur die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten und den Souverain gemeinschaftlich haben. Man war offenbar durchaus nicht weiter gekommen.

Preußen indessen konnte jetzt freilich nicht wieder zurück; allerdings wurde, wie die preussische Denkschrift zur Erläuterung des Friedenstraktats vom 2. Juli 1850 später sagte: »dänischerseits damit der politischen Union Schleswigs mit Dänemark eine viel weitergehende Bedeutung gegeben, als Deutschland und Preußen sowohl vor als bei Abschluß der Präliminarien derselben beigelegt hatten.«

Nur war es wunderbar, daß Preußen und Deutschland eine so natürliche Sache nicht lange vorhergesehen hatten. Zugleich machte jetzt Dänemark einen weitem Schritt. Es forderte im Februar die Zulassung des Herrn von Bülow als Bundestags-Gesandten in Frankfurt.

Preußen war entschieden dagegen; allein Oesterreich unterstützte dieses Begehren. Preußen fühlte sich somit jetzt auch in Frankfurt bedrängt. Es beantragte die Absendung des Herrn Wollpracht, als Kommissar der Bundes-Kommission, um über die Zustände der Herzogthümer Bericht abzustatten.

Wollpracht kam Anfangs März in Kiel an, durchreiste Schleswig, entkam glücklich einer Arretirung, welche die dänische Regierung gegen ihn in Apenrade befohlen hatte, und kam wieder in Frankfurt an, ohne irgendwo eine Spur seines Daseyns zurückgelassen zu haben.

Man blieb auf dem alten Flecke. Nichts ward befördert; Rußland und England forderten Abschluß des Friedens. Preußen wußte ihn durch diplomatische Kunst nicht zu erhalten, und wagte nicht, ihn durch die Wahlen zu erzwingen.

In dieser Lage der Dinge blieb nur Eines übrig. Man mußte von Berlin aus den einzigen Hebel ansetzen, den Preußen noch besaß, um überall nur ein Ende zu machen; man mußte die Herzogthümer gewähren lassen, und ihnen den Krieg möglich machen.

Bei aller Aengstlichkeit und Unfähigkeit, hatte die Statthalterchaft doch ein lebendiges Gefühl für die Lage der armen Schleswiger einerseits, und ihre eigene auf der andern Seite.

Die Dinge waren so mächtig, daß sie fast in jedem Augenblicke die ganze Kraft ihrer Bedenklichkeiten aufbieten mußte, um nicht gegen Dänemark loszuschlagen.

Das holsteinische Volk fing an, laut sein Mißtrauen auszusprechen; die Schleswiger die eine Protestation gegen den Waffenstillstand durch Worte und eine gleichzeitige Anerkennung desselben durch die That nicht begriffen, fingen an zu schwanken; vor allen Dingen aber nöthigte die finanzielle Lage zu entscheidenden Schritten, und die vertriebenen Flüchtlinge drängten. Endlich konnte man doch kaum der Landes-Versammlung noch einmal mit dem leeren Nichts entgegenzutreten.

Aber trotz allem dem wagte die Statthalterchaft durchaus nicht das Geringste selbst zu thun.

Dasselbe Preußen, welches gewiß sehr gerne energische Schritte der Statthalterchaft gesehen hätte, wenn man es nicht darum fragte, mußte natürlich, darum befragt, sich gegen jede selbstständige Regung derselben erklären, da es in Friedens-Verhandlungen mit Dänemark stand, und den übrigen Mächten gegenüber für die Handlungen der Statthalterchaft in gewisser Weise verantwortlich war.

Dennoch hatte die Statthalterchaft nichts Eiligeres zu thun, als jedesmal, wenn sie etwas auf Schleswig Bezug habendes beabsichtigte, Preußen davon in Kenntniß zu setzen.

Einen wunderbaren Widerspruch konnte man sich kaum denken, und doch meinte die Statthalterchaft es in ihrer Art gewiß vollkommen ehrlich mit dem Lande, dem sie um jeden Preis, nur nicht um den wahrhaft volkschümlicher Verfassungen, helfen wollte.

Schon Anfangs Jänner 1850 erklärte die Statthalterchaft, daß sie Steuern und Rekruten aus Südschleswig ziehen werde, worauf am 14. Jänner Preußen sich beeilte zu antworten, daß es sich nur dann im Stande sehe, zur Herstellung eines befriedigenden Zustandes mitzuwirken, wenn die Statthalterchaft sich sorgfältig jedes faktischen, einseitigen Vorschreitens enthalte, welches eine Abänderung des jetzigen faktischen Zustandes der Waffenruhe verwickeln oder impliciren mußte.

Als später im Monat März die Statthalterchaft noch einmal sich an die preussische Regierung wendete, ihre finanzielle Noth klagte, und wirklich eine Eintreibung der Steuern im südlichen Schleswig in Aussicht stellte, kam hierauf eine weitere Antwort aus Berlin, daß die Vornahme von Regierungshandlungen von Seiten der Statthalterchaft im Herzogthume Schleswig nur für sich selbst als eine Störung und Aufhebung der wesentlichen Bedingungen der Waffenruhe angesehen werden müsse, und demnach auch alle Folgen eines gewaltsamen Bruches der Waffenstillstandskvention nach sich ziehen würde.

Ja als endlich die Statthalterchaft auch ihrerseits, um dem unendlichen Elende der Schleswiger abzubelfen, ämtlich sich über das konventionswidrige und barbarische Verfahren der Landes-Verwaltung klagend nach Berlin wendete, und die Bitte aussprach, Preußen möge doch um Einstellung dieses Verfahrens wirken, kam die Antwort von der preussischen Regierung, daß sie ihrerseits sich gänzlich verwahren müsse gegen jede solche Zumuthung der Statthalterchaft in Beziehung auf die Landes-Verwaltung, nachdem sie nunmehr als eine ganz selbstständige und unabhängige Regierung dastehe.

Sollte man bei solchen Verhältnissen es für möglich halten, daß sich die Statthalterchaft dennoch immer nur nach Berlin wendete? Und immer und immer that sie es wieder bis endlich im Monate März die finanziellen Hilfsmittel Holsteins erschöpft waren und die Landes-Versammlung berufen werden mußte, um neues Geld zu schaffen.

Konnte man dieser jetzt mit den vorliegenden Thatfachen entgegen treten? Das Geld des Landes war ohne allen Nutzen verbraucht worden, das Heer lag unthätig, während die Dänen sich stark gerüstet, Allen befestigt, und außerdem die Schanzen bei Düppel zum Spotte Deutschlands zerstört hatten; dagegen aber die Schleswig-holsteinische Armee weder so stark war, wie sie seyn mußte, noch auch ein selbstständiges Offiziers-Korps hatte.

Die Friedens-Verhandlungen in Kopenhagen waren mit halbem Spotte abgebrochen worden, und von Berlin aus ward die Regierung bei jeder Gelegenheit geschulmeißert.

Endlich fingen die Schleswiger an zu erklären, daß sie nicht länger im Stande seyen, einen solchen Zustand zu ertragen, und wissen müßten, woran sie wären.

In dieser Noth griff nun die Statthalterchaft endlich zu dem Mittel, welches sie lange schon früher hätte ergreifen sollen, und sah ernstlich nach einem neuen General um; auch erklärte sie, wenn das Verfahren der Landes-Verwaltung nicht geändert werde, nach Schleswig marschiren zu wollen, auf die Gefahr hin, daß Preußen seine Offiziere abberufe.

Nun ward es Zeit in Berlin, gegen die Statthalterchaft mit Bestimmtheit aufzutreten. Schnell ward der, seiner Zeit unter den Diplomaten bekannte preussische General von Rauch, ein Liebling des Kaisers von Rußland und in die geheimsten Verhältnisse der Politik eingeweiht, von Berlin nach Kiel geschickt, um der Statthalterchaft in ganz bestimmter Weise zu erklären, daß Preußen zu den allerentschiedensten Maßregeln greifen werde, wenn man sich in Holstein rühre; daß der Kaiser von Rußland unter keiner Bedingung ein Aufreten der Statthalterchaft erlauben werde; daß England auf dem Frieden bestehe; daß endlich Oesterreich sich Dänemark heranziehe; daß mithin Schleswig-Holstein bei dem leisesten Versuche eines selbstständigen Eingreifens von Preußen verlassen werden, und dann mit ganz Europa einen nicht eben gleichen Kampf auszuhalten haben werde.

Dieses Alles war sehr schlagend; aber Graf Reventlow benutzte die Gelegenheit, um dem preussischen General in einer sehr entschiedenen Weise die Wahrheit zu sagen, und ihm darzustellen, wie die Position der Statthalterchaft eine nicht mehr zu haltende Stellung sey.

Eine heftige Szene fand jetzt statt; der General von Rauch aber war viel zu sehr Diplomat, um im geringsten dadurch gemüthlich offiziell zu werden.

Das Ende war, daß, nachdem der Graf Reventlow sich ausgesprochen hatte, der General von Rauch der Statthalterchaft noch einmal das bestimmte Verboth des preussischen Kabinet wiederholte, und daß die Statthalterchaft sich diesem Verbothe einfach fügte.

General Rauch ging nun nach Flensburg, von da zurück nach Berlin und starb noch in demselben Jahre. Er hatte den Zweck seiner Sendung erreicht, denn die Statthalterchaft ertrug das unerträgliche weiter, und jetzt blieb nur noch die Hoffnung, daß

die Landes-Versammlung den Dingen eine andere Wendung geben werde.

Indessen waren jedoch die Unterhandlungen zwischen Kopenhagen und Berlin nicht weiter gekommen. Das preussische Kabinet sah sich außer Stande auf die Vorlagen des dänischen Kabinet einzugehen, und das dänische Kabinet hatte keinen Grund irgend wie nachzugeben.

Dem preussischen Kabinete kam es darauf an, die Sache sobald als möglich zu beenden, und dem dänischen Kabinet lag daran, sie so lange als möglich hinzuziehen, daß seine Stellung in Schleswig schon durch die Unthätigkeit der Statthalterchaft vollkommen gesichert erschien.

Man kam nun in Berlin jetzt auf einen andern Plan. Man wollte nämlich von Seiten Preußens die genauern Bestimmungen des Friedens ganz fahren, und die Verhandlungen über denselben nun durch die Herzogthümer selbst führen lassen. Auch war es nöthig, den Herzogthümern doch irgend Etwas zu thun zu geben.

Man ließ daher den Herrn von Harbou nach Berlin kommen, und machte ihm bekannt, daß jetzt unter der Vermittlung Preußens, die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen mit Kopenhagen wünschenswerth sey.

Harbou war, nachdem der erste Versuch so schände abgewiesen war, acht Wochen später bereit nun darauf einzugehen. Zugleich wurde auch die Acquisition eines neuen Generals in Aussicht gestellt.

Nach mehreren nutzlosen Rekrimationen von Seiten Harbou's hatte die Sache dabei sein Wesenden. Mit dieser Errungenschaft ging derselbe am 20. März von Berlin nach Kiel zurück. Hier war am 19. März die Landes-Versammlung berufen, und jetzt mußte sich der Gang der nächsten Ereignisse entscheiden.

Die zum 19. März 1850 berufene Versammlung der Abgeordneten von Schleswig-Holstein mußte einen andern Charakter annehmen, als alle bisherigen Zusammenkünfte derselben. Bisher war das allgemeine Prinzip derselben das entschiedene Vertrauen der großen Majorität zu der Statthalterchaft, gestützt durch die unzweifelhafte Gewißheit, daß jede andere Regierung des Landes eine Unmöglichkeit sey.

Die Folge davon war gewesen, daß man dieser Regierung ganz allein die Geschicke der Herzogthümer in die Hand gelegt, daß man ihre großen Fehler ohne großen Widerstand getragen, daß man dadurch Ruhe und Ordnung im Innern in einer wahrhaft bewundernswürthen Weise erhalten, daß man aber auch sich ganz ausschließlich von der Regierungspolitik in der Hauptsache, wie in allen Nebensachen abhängig gemacht hatte.

Umsonst hatte bisher die Opposition dafür gekämpft, daß der Stimmung des Volkes und dem Willen der Landes-Versammlung in dieser letztern Beziehung etwas mehr Raum gegeben würde; die Re-

gierung hatte sich dem stets entschieden widersetzt, und stets den entschiedenen Sieg davon getragen.

Jetzt ergab sich die Konsequenz dieses Systems; das Land war am Rande des Abgrunds. Die Schleswiger besonders waren in Verzweiflung; sie waren daher auch entschlossen, jetzt mit äußerster Anstrengung die Regierung zu bestimmten Schritten zu nöthigen.

Die Regierung dagegen verstand das durch das Staatsgrundgesetz geheiligte konstitutionelle Prinzip in ihrer Weise und stand keinen Augenblick an, bei jeder Gelegenheit zu erklären, daß sie der Landes-Versammlung durchaus keinen Einfluß auf die einzelnen Maßregeln der Regierung gestatten könne; ja sie hielt sich durchaus nicht verpflichtet, dieselbe zur eigentlichen Theilnehmerin ihres Auftretens zu machen, sondern betrachtete sie ganz als eine monarchische Regierung, und ließ sogar die Minister, trotz entschiedener Mißtrauens-Vota an ihren Posten.

Sie glaubte nur sich und Preußen verantwortlich zu seyn; auch kannte sie die Mittel sehr gut, durch welche sie im entscheidenden Augenblicke die ganze Landes-Versammlung zum Nachgeben zwingen konnte.

Sie war in großer Angst vor einem europäischen Kriege, in noch größerer aber vor der Demokratie; und da sie selbst außer Stande war, die Lage der Dinge zu übersehen, so folgte sie blind den preussischen Anordnungen, nachdem sie zugleich gegen jede derselben protestirte.

Da nun Preußen geboten hatte, sich jeder Regierungshandlung in Schleswig zu enthalten, und noch einmal Friedensverhandlungen in Kopenhagen zu eröffnen, so war sie dazu dennoch bereit, obgleich sie den Sturm in der Landes-Versammlung und die Klagen des verlassenen Schleswig vorausah.

Die Frage daher, um welche es sich handelte, war einfach die, ob die Landes-Versammlung jetzt die Macht haben werde, jene Abhängigkeit von Preußen zu brechen, und die Regierung zu zwingen, etwas Entscheidendes zu unternehmen auf die Gefahr hin, daß das Ministerium, und daß vielleicht auch die Statthaltertschaft zurücktrete.

Als die National-Versammlung am 19. März zusammentrat, war Harbou in Berlin in jenen Verhandlungen begriffen. Die geheimen Sitzungen wurden eröffnet, und das Ministerium stattete Bericht über die Lage des Landes, besonders aber über die Verhältnisse zu Berlin ab, woraus sich später ergab, daß es nicht eben Alles mitgetheilt hatte.

Die Versammlung ernannte einen großen Ausschuß von 15 Mitgliedern, um über die Vorlage zu berichten. Zugleich forderte aber die Regierung eine ganz bedeutende Steuer vom Lande; welche die Landes-Versammlung bewilligen sollte.

Die Summe betrug über fünf Millionen Mark, welche durch eine Kriegsteuer und durch eine gezwungene Anleihe beigebracht werden sollten.

Natürlich machte die Versammlung die Bewilligung dieser Summe abhängig von der Zustimmung zu der Politik der Regierung.

Letztere erklärte in ihrer Motivirung, daß alle europäischen Regierungen gegen die Wiederaufnahme des Krieges seyen. Sie selbst habe das Übrige gethan, um Schleswig wieder der Verwaltung der Statthaltertschaft zu unterwerfen; und Preußen sey seinerseits dafür, nachdem es den Regierungen dargestellt habe, wie mit der bisherigen Landes-Verwaltung nicht weiter regiert werden könne.

Man wird aus der oben angeführten Antwort, welche die Statthaltertschaft auf ihr Anfragen von Preußen erhielt, beurtheilen können, in wie weit dieses genau war. Die Statthaltertschaft hoffe daher, auch ohne Krieg in Schleswig wieder die Gewalt zu bekommen, übrigens sey die Wiederaufnahme des Krieges keineswegs ausgeschlossen.

Jedoch sollte derselbe erst dann Statt finden, wenn das dänische Heer einrückte; in jedem Falle behalte sich aber die Statthaltertschaft vor, darüber zu entscheiden, wann das Einrücken Statt finden solle.

Im Uebrigen beabsichtige die Regierung jetzt zugleich für den Frieden zu wirken. Die bisherigen Verhandlungen in Berlin seyen zerfallen; die dänischen Unterhändler hätten keine Instruktion; Preußen habe seine Vorschläge als Ultimatum hingestellt; man könne gegenseitig nicht weiter; und jetzt wünscht Preußen, daß die Statthaltertschaft noch einmal die Unterhandlungen direkt mit Kopenhagen einleite.

Dieses war die Vorlage der Regierung; aber der Ausschuß in fast absoluter Einstimmigkeit erklärte sich entschieden gegen dieselbe.

Er sprach es ganz offen aus, daß durch diese unselbige halbe Politik, die Statthaltertschaft das Vertrauen der Schleswiger gänzlich verliere, daß man durch dieselbe eine Erschlaffung des Volkes befürchten müsse; daß demselben die Mittel fehlten, bei einer 30,000 Mann starken Armee und der faktischen Trennung Schleswigs von Holstein das System des Abwartens fortzusetzen; daß endlich die Vorstellungen von dem günstigen Erfolge der Verhandlungen in Kopenhagen nur auf Illusionen beruhten.

Vor allem machte man der Regierung zum Vorwurf, daß sie selbst jetzt noch das Verhältniß der fremden Offiziere nicht erledigt habe, so daß das Land eine Armee besitze, ohne über dieselbe befehlen zu können; und endlich zeigte man, daß eine wirkliche Besetzung von Schleswig, da die Regierung selbst stets gegen den Waffenstillstand protestirt habe, eine vollendete Thatsache seyn würde, die ohne Zweifel den Forderungen der Herzogthümer bedeutenden Nachdruck geben müsse.

Was die europäische Intervention betrifft, so sey diese höchst unwahrscheinlich, weil eben die Interessen der einzelnen Mächte sich zu entschieden entgegen stehen.

Die Antwort der Regierung war einfach. Sie wolle auch unter Umständen das Einrücken in Schleswig; aber sie werde sich unter keiner Bedingung den Zeitpunkt derselben vorschreiben lassen. Geld indessen müsse man bewilligen, damit die Unterhandlungen mit Nachdruck geführt werden können.

Jetzt fingen die Debatten an, zuerst über die Anträge des Ausschusses. Die Opposition war ernst

und würdevoll, aber sehr entschieden. Die Vertheidigung der Regierung dagegen kurz. Die Regierung selbst erklärte, daß sie die Landes-Versammlung auflösen werde, wenn sie nicht nachgebe.

Die Abstimmung fand am 30. März Statt. Der erste Antrag des Ausschusses, ein direktes Misstrauens-Votum gegen die Politik der Regierung, wurde mit 53 gegen 38 Stimmen angenommen.

Der zweite Antrag, daß das Einrücken des Heeres in das Herzogthum Schleswig durch die innere Lage des Landes so gebieterisch gefordert werde, daß Rücksichten auf auswärtige Verhältnisse davon nicht länger abhalten dürfen, wurde mit 48 gegen 43 Stimmen gleichfalls angenommen, und endlich der dritte Antrag: daß die Versammlung außer Stande sey, in der Behandlung der finanziellen Frage weiter vorzuschreiten, bevor eine Verständigung mit der Statthaltertschaft in Betreff der zu befolgenden Politik eingetreten sey, wurde mit 60 gegen 34 Stimmen in gleicher Weise angenommen.

Die Regierung war aber trotzdem in keiner Weise gesonnen nachzugeben. Sie antwortete bereits am 2. April, nachdem ihr die Beschlüsse der Landes-Versammlung insinuiert waren, daß sie eine Abhängigkeit der Erledigung finanzieller Vorlagen von einer Verpflichtung gegen die Landes-Versammlung weder nach allgemeinen konstitutionellen Grundsätzen, noch nach den besondern Verhältnissen des hiesigen Landes anerkennen könne; daß sie demnach die Versammlung auflösen, und eine neue nach dem Staatsgrundgesetze berufen werde; daß sie aber zu der Vaterlandsliebe der konstituierenden Landes-Versammlung das Vertrauen habe, daß diese der erhobenen Anstände ungeachtet, die erforderlichen Geldmittel bewilligen werde.

War diese Zumuthung auch keineswegs konstitutionell, so war sie doch die bequemste Weise, um über die ganze Sache wegzukommen. Die Versammlung setzte nun den alten Ausschuß zur Beantwortung dieser neuen Vorlage ein; und derselbe stattete schon am 3. April den Bericht ab.

Die Majorität desselben, nämlich 12 gegen 2 Stimmen erklärte, daß sie keine Veranlassung sehe, auf die Vorlage der Regierung einzugehen, da derselbe Inhalt und Zweck noch mit dem frühern gänzlich zusammenfalle; die Minorität von zwei Stimmen war aber für die Annahme.

Noch einmal entstand eine ernste und lebhafte Debatte; aber die Majorität der Versammlung stimmte noch wie früher zur Opposition gegen die Regierung. Jetzt entstand das Gerüde, daß nicht bloß das Ministerium, sondern daß auch die Statthaltertschaft abdanken wolle, wenn die Versammlung nicht nachgeben würde.

Dieses war die äußerste Eventualität, und in der That war sie auch ernstlich genug. Allein und mit Recht wurde geltend gemacht, daß man von Männern, wie Reventlow und Beseler ein solches Verfahren nicht erwarte; und daß, so wie so, wenn die Politik nicht geändert werde, die Herzogthümer doch verloren sind.

Nach einem lebhaften und starken Kampfe, wurde nun auch diesmal der Antrag der Majorität des Ausschusses, aber nur noch mit 41 gegen 40 Stimmen angenommen; und so hatte die Regierung eine zweite Niederlage erlitten; aber dennoch blieb sie bei ihrem Prinzip.

Statt einfach das Ministerium zu ändern, brachte die Statthaltertschaft vielmehr zwei Gesetzentwürfe über die Kriegsteuer und die gezwungene Anleihe ein. Darüber ward nun ein neuer Ausschuß wieder zusammengestellt. Zugleich wurde auch die Vorlage in Betreff der Neuwahlen gemacht, und einem Ausschuß von drei Mitgliedern zugewiesen.

Am 6. April erstattete der Ausschuß über das Finanzgesetz den Bericht; welcher der Lage der Sache nach einstimmig der Ansicht war; daß man auf die Vorlage eingehen müsse, da die Bedürfnisse des Landes feststehen.

Die Majorität von 4 Stimmen beantragte dann, die Mittel bis zur Berufung der neuen Versammlung zu genehmigen, und zu dem Ende die gezwungene Anleihe zu bewilligen, die Kriegsteuer jedoch zu verweigern. Die Minorität von drei Stimmen dagegen beantragte.

In Erwägung, daß Deutschland in seinen gegenwärtigen Organen entweder den Willen oder die Macht nicht besitzt, die von demselben anerkannten Rechte der Herzogthümer zu bewahren und einen entsprechenden Frieden zu bewirken; daß eine fernere Vermittlung Preußens vielmehr als alleiniger Ausgangspunkt einen Frieden darbietet, der das Fundamentrecht der Herzogthümer, die Untrennbarkeit derselben, vernichten, und einer solchen Vernichtung eine völkerrechtliche und staatsrechtliche Geltung verleihen würde; in fernerer Erwägung, daß eine direkte Verhandlung mit Dänemark nur dann Aussicht auf Erfolg biete, wenn die Berliner Waffenstillstands-Konvention vom 10. Juli rückfichtlich des Fortbestehens der Landes-Verwaltung im Herzogthume Schleswig und die preussisch-dänischen Friedens-Präliminarien außer Wirksamkeit getreten, und der ernste Wille des Landes, sein Recht auf das Aeußerste zu vertheidigen, mit der Gewißheit, einen dauernden Frieden und eine aufrichtige Versöhnung mit Dänemark zu schließen, gleichzeitig unzweideutig dargelegt würden: 1) an die Statthalterchaft den Antrag zu richten, daß dieselbe von einer fernern Vermittlung Preußens absehend, die Leitung der politischen Verhältnisse des Landes und die Vertheidigung der Landesrechte selbstständig in die Hand nehmen möge; daß dieselbe demgemäß die Führung des Heeres schleunigst sicher stelle, das Heer in der erforderlichen Stärke zusammenziehe, und die Entfernung der preussischen Truppen aus Schleswig, wenn erforderlich, durch Einrücken in das Herzogthum bewirke; daß die Statthalterchaft mit der Entfernung der preussischen Truppen aus Schleswig-Dänemark solche Friedens-Vorschläge mache, so wie sie die Rücksicht einerseits auf die Lage der Verhältnisse, andererseits auf die Rechte des Landes bedinge und gebiete; wenn dieses eine entsprechende Erwiderung nicht finde, das Herzogthum Schleswig besetzen und be-

haupte wolle; 2) an die Statthalterchaft die Erklärung abgeben zu wollen, daß die Landes-Versammlung durch die Genehmigung der Finanz-Vorlage vom 18. März bereitwilligst diejenigen Geldmittel zur Verfügung stellen werde, welche bei einem Einverständnisse der Regierung mit den vorstehenden Anträgen erforderlich sind.

Dieser Antrag der Minorität zeigt in der That die ganze öffentliche Meinung jener Zeit, besonders die der Opposition in der Landes-Versammlung.

Die Opposition verläugnete sich nicht, daß sie durch ihren Kampf gegen die Statthalterchaft, das Land in große Schulden bringe; sie wußte anderer seits aber auch sehr wohl, daß das Verfahren der Statthalterchaft selbst niemals zu einem gedeihlichen Ziele führen könne.

Sie suchte daher durch ihr Auftreten der öffentlichen Meinung und der Landes-Versammlung den Antheil an der Bestimmung über die Politik zu gewinnen, der ihr dem Rechte und der Natur der Sache nach zukam, und der gewiß heilsame Wirkung gehabt hätte.

Sie war auch keineswegs gegen eine Verständigung mit Dänemark oder entschieden für einen Krieg mit demselben. Im Gegentheil erklärte sie noch während der Debatten, die in Folge jener Anträge stattfanden, die Minorität des Ausschusses und die bisherige Majorität der Versammlung würden durchaus nachgeben, wenn sie glaubten, daß die Statthalterchaft irgend eine Hoffnung hätte, daß diese Behandlung mit Dänemark zu irgend einem günstigen Ende führen könne; nur weil sie das, belehrt durch den ersten Versuch mit den Vertrauens-Männern, nicht glaube, wolle sie neben den Unterhandlungen zugleich ernstliche Maßregeln, und besonders die Lossagung von Preußen.

Am 2. April erklärte sich die Regierung über die Anträge. Viele hatten gehofft, daß bei diesem halben Nachgeben jetzt auch die Regierung ihrerseits der Landes-Versammlung entgegen kommen werde; allein, diese hatte durchaus nicht die Absicht, das Prinzip einer konstitutionellen Verfassung als eine Verpflichtung der Regierung, sich nach dem Willen der Landes-Versammlung zu richten, anzusehen.

Sie erklärte vielmehr geradezu, die Regierung würde weder die halbe Bewilligung nach dem Antrage der Majorität annehmen, noch auch sich nach dem Minoritäts-Antrage irgend welche Bedingungen vorschreiben lassen. Dieses sollte also mit andern Worten gesagt so viel heißen, als die Landes-Versammlung möge sich einfach unterwerfen.

Es wäre schwer zu sagen gewesen, was jetzt geschehen wäre, wenn nicht an demselben Tage, an welchem die Regierung diese Erklärung abgab, der General Bonin seinen Abgang angezeigt, und der General Willisen als General in Kiel angekommen wäre, wovon am 9. April der Kriegs-Minister die Anzeige machte.

Dieser bemerkte, daß Willisen ein ganz unabhängiger Mann sey, durchaus sich von seinen preussischen Verhältnissen losgerissen habe, um sich allein

der schleswig-holsteinischen Sache anzunehmen. Jetzt sey also die Hauptforderung der Landes-Versammlung erreicht; die Armee sey schlagfertig, und jetzt müsse man das Geld haben.

In der That würde es außerordentliche Kraft erfordert haben, in diesem Augenblicke der Regierung nicht nachzugeben, denn wer wußte am Ende, ob Willisen nicht gar zurücktreten würde, wenn die Regierung ihr Amt niederlege?

Die Opposition brachte dieserwegen sich selbst zum Opfer, und stellte einen abgeänderten Antrag, nach welchem die Geldbewilligung zugestanden ward, jedoch, da die neue Versammlung berufen werden sollte, nur bis zu dem Zeitpunkte, wo dieselbe zusammen kommen sollte; und dieses ward auch angenommen.

Dann wurde auch die Vorlage zur Wahl der ordnungsmäßigen Versammlung mit einigen Abänderungen angenommen; und so hatte die Regierung entschieden gesiegt. Die Opposition schied mit einem schweren Herzen; das Ganze machte mehr einen trüben als einen erhebenden Eindruck.

Zwei Dinge waren gewiß; erstlich daß von jetzt an die Landes-Versammlung, in welcher Form sie immer zusammen kommen möge, ohne allen Einfluß auf die Politik der Herzogthümer bleiben werde; dann daß die Regierung den unseligen Weg der nutzlosen, von Preußen durchaus abhängigen Verhandlungen so lange verfolgen werde, als es Dänemark gefalle.

Ein hervorragendes Mitglied der Versammlung sprach gegen den Schluß der Sitzung mit tiefer Rührung die Worte aus: »Ich habe mich gefragt, ob es vereinbart werden kann mit der Stellung eines Abgeordneten, dem Lande so große Abgaben aufzulegen, wenn das Geld so verwendet wird, wie es geschieht;« und dieses Mitglied gehörte nicht zur entschiedenen Opposition.

Allein in der That war nach der ganzen Sachlage kein weiterer Kampf, kein weiterer Einfluß der Versammlung auf die Regierung mehr möglich. Es war umsonst, daß noch einmal alle bisherigen Täuschungen, welche die Landes-Versammlung erfahren hatte, dargelegt wurden.

Die Rechte und das Centrum fingen an, vor Anarchie Furcht zu bekommen, und so wurden alle Forderungen der Regierung bewilligt, wenn auch nicht mit einer sehr großen Stimmenmehrheit. So war nun die Sache entschieden, und die Regierung hatte von diesem Augenblicke an allein die Gewalt so wie auch die Verantwortung.

Die kommende Landes-Versammlung hätte, auch wenn sie es wollte, nichts mehr ändern können, denn die Entwicklung der Dinge, welche bis dahin ein innerer Kampf waren, wurden jetzt ein äußerer Kampf.

Während in dieser Weise die Statthalter die Leitung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten ganz allein in die Hände nahmen, gingen in Berlin die Verhandlungen ihrem Ende entgegen.

Preußen auf das Aeußerste gedrängt von den übrigen Mächten, mußte doch als Vertreter des deutschen Bundes darauf bestehen, daß die Rechte Deutschlands gewahrt würden; dänischerseits aber mußte man sehr gut, daß Preußen trotz dieser Nothwendigkeit dennoch am Ende werde nachgeben müssen; und so wollte man sich dieserwegen auf einen solchen Vorbehalt durchaus nicht einlassen.

Am 17. April 1850 gab Usedom eine Darlegung, daß eine Art von Ultimatum seyn sollte; es sollte nämlich einfacher Friede zwischen Preußen und Dänemark angenommen werden, aber unter Wahrung der Rechte des deutschen Bundes.

Zugleich bekam die Statthalterschaft in Kiel den Auftrag, den durch die Bewältigung der Landes-Versammlung jetzt möglichen Versuch mit Vertrauens-Männern in Kopenhagen zu machen, und dieselbe ließ daher schon am 14. April ein Schreiben abgeben, worin sie um Wiedereröffnung der Verhandlungen bat.

Darauf erhielt sie Anfangs gar keine Antwort. Sie erließ daher eine Art von Denkschrift für die verschiedenen Höfe, vom 20 April, worin sie erklärte, was für sie die äußerste Basis ihrer Verhandlungen sey, nämlich Aufgeben der Verbindung von Schleswig mit Deutschland, Herstellung einer gemeinsamen Volksvertretung für beide Herzogthümer und eine selbstständige Verwaltung.

Daß Niemand weiter darauf Rücksicht nahm, störte sie in ihrem Systeme der Abwartung nicht, Preußen aber erhielt nun eine so energische Aufforderung von Rußland, daß es wohl oder übel nachgeben mußte.

Am 28. April hatte die letzte Konferenz in Berlin Statt gefunden; in welcher Dänemark die Vorschläge des Usedom bestimmt ablehnte.

Jetzt mußte Preußen sich dazu verstehen, gegen Dänemark den ersten Schritt, einen Schritt des äußersten Nachgebens eines besiegten Feindes zu machen.

Am 6. Mai mußte es den General von Bellow nach Kopenhagen schicken, und hier kaum 14 Tage nach seiner letzten Angabe, mußte er erklären, daß er den Frieden mit der Weglassung der Klausel, welche das Recht Deutschlands auf die Herzogthümer bewahrt, von Dänemark annehmen wolle.

Wahrhaft ein trauriges Schauspiel für diesen Staat Friedrichs des Großen und für das große Deutschland. Indessen freueten sich die Feinde Preußens dieser seiner zweiten, vielleicht allerärgsten Niederlage.

Am 14. Mai kehrte der preußische General nach Berlin zurück, und konnte jetzt dem Berliner Hofe Hoffnungen machen, daß Dänemark es zum Frieden zulassen werde. Die Basis der weitem Verhandlungen war von da an der einfache Friede zwischen Preußen in seinem Namen, und im Namen des deutschen Bundes und Dänemark.

Die Herzogthümer waren jetzt aufgegeben; was thaten aber diese in diesem entscheidenden Augenblicke? Die Statthalterschaft schickte den Grafen Reventlow-Farve und Heinzelmann dann Preha nach Kopenhagen, mit dem Auftrage, die Verhand-

lungen auf der Basis der vereinigten Herzogthümer, der vereinigten Landes-Versammlung und eines gemeinschaftlichen Statthalters zu eröffnen.

Wie war es aber doch nur möglich von Dänemark mit Unterhandlungen von Kiel aus erreichen zu wollen, was Deutschland und Preußen nicht hatten erreichen können — zu befördern, daß Dänemark Schleswig gutwillig an die Insurgenten abgeben sollte, daß es gegen Preußens Heer zwei Jahre hindurch vertheidigt hatte? Die Abgeordneten wurden in Kopenhagen mit Nichtachtung empfangen, und mit einem leisen Spotte hingehalten.

Kein Mensch dachte dänischerseits auch nur einen Augenblick daran, auch nur in wirkliche Verhandlungen einzutreten. Bis zum 29. Mai hatte das dänische Ministerium, wie die Statthalterschaft selbst es eingestand, in gewisser, wenn auch bis jetzt noch in sehr entfernter Weise eine Neigung kundgegeben, ein Provisorium eintreten zu lassen.

Der König, bei dem die Abgeordneten am 24. April eine Audienz gehabt, verwies sie an den Grafen Moltke, dessen sehr entfernte Neigung zur weitem Verhandlung sich allerdings dadurch kund gab, daß er sich kaum Gesprächsweise mit den Abgeordneten einließ.

Auf alle Bitte um wirkliches Eingehen erhielten diese die regelmäßige Antwort, daß die Statthalterschaft erst ihre Friedensliebe durch Permittirung der Armee bethätigen müsse.

Die Abgesandten fanden diese Forderung höchst wunderbar, die Dänen fanden sie sehr natürlich. In Kopenhagen verhöhnte man Jene öffentlich. Sie machten noch einmal eine Eingabe am 7. Juni, dann verließen Heinzelmann und Preha die Stadt Kopenhagen.

Graf Reventlow, der die Friedensliebe der Statthalterschaft durch erneuerte Versicherungen bethätigen zu können glaubte, wurde zuletzt am 13. Juni polizeilich weggewiesen.

Dieser ganze Vorgang erschien so natürlich, daß es der Landes-Versammlung sehr leicht gewesen war, ihn ganz genau vorherzusagen; die Stellung der Statthalterschaft aber war so schief überhaupt, daß sie jetzt auftrat, als hätte sie nun endlich das Aeußerste versucht. Sie sah aber oder wollte nicht sehen, was um sie hervorging.

In Warschau hatte indessen die Konferenz der drei Fürsten des Ostens Statt gefunden, und das preussische Kabinet hatte die direkte Weisung erhalten, jetzt den Frieden mit Dänemark abzuschließen.

Um der Weisung mehr Nachdruck zu geben, waren in London weitere Verhandlungen eröffnet worden, bei welchen es sich zwar nicht betheiligte, die aber von einem großen Einflusse in Berlin wurden, wiewohl dort alle Orbsmächte sich gegen Erneuerung der preussischen Angriffe auf Dänemark erklärten.

Preußen beillte sich jetzt die Sache zu beendigen. Am 2. Juli wurde endlich jener Friede unterzeichnet, der einfach die Rechte, welche jede Macht vor dem Kriege gehabt, denselben reservirte, und dem Könige von Dänemark im Artikel 4 das Recht gab,

die Intervention des Bundes zu reklamiren; im Falle dieselbe ohne Wirkung bliebe, sollte es berechtigt seyn, seine militärischen Operationen auch auf Holstein auszudehnen.

Nach Artikel 5 sollten innerhalb sechs Monaten Kommissäre für die Grenzregulirung zwischen Schleswig und Holstein eintreten. Fast gleichzeitig erschien das Londoner-Protokoll vom 4. Juli, in welchem Rußland, England, Frankreich und Dänemark gemeinsam erklärten, es sey ihr Wunsch den Frieden im Norden hergestellt zu sehen.

Preußen war damit isolirt. Das Natürlichste war jetzt eine Verbindung der Herzogthümer mit Preußen.

Aber Preußen hatte durch seinen Frieden auch die Herzogthümer aufgegeben, und jetzt ständen diese ganz allein da. Zwar ließ die Ratifikation des preussischen Friedens von Seiten der einzelnen deutschen Mächte auf sich warten, aber sie kam doch.

Was jetzt geschehen mußte war klar. Holstein mußte jetzt den Krieg gegen Dänemark unter den ungünstigsten Bedingungen allein führen, denselben Krieg, den man mit Aufopferung Schleswigs länger als ein halbes Jahr von Kiel aus vermieden hatte, und an den man nicht hatte glauben wollen, bis endlich Dänemark ihn mit allen Vortheilen aufnahm, die aus der Beherrschung Schleswigs entstehen mußten. Dieses war die Frucht der Verzögerungspolitik.

Jetzt konnte nur noch außerordentliches Glück oder ein außerordentliches Talent helfen, aber Schleswig-Holstein hatte weder Glück noch Genius.

Wenn man den General Willisen als den bloßen General der Herzogthümer Schleswig-Holstein's ansieht und seine Thätigkeit, sein Glück und sein Unglück aus diesem Gesichtspunkte beurtheilt, so täuscht man sich. General von Willisen war der unbedingte Herrscher in Schleswig-Holstein, sobald er den Krieg wollte; er war zugleich eine politische und militärische Macht.

Alles, was die Herzogthümer für den Norden von Europa bedeuteten, lag in seiner Hand; er war für kurze Zeit, nach dem Abschlusse des Berliner-Friedens und des Londoner-Protokolls, die wichtigste Person vielleicht in ganz Europa.

Wenn er seine Stellung begreifen wollte, so konnte er für die Herzogthümer, für sich selbst und für das ganze Deutschland das Außerordentlichste eringen. Aber es gibt Menschen, die nur zum Nachdenken über dasjenige geboren sind, was Andere in ihrer Stelle vollbracht haben würden.

Gerade zur Zeit als Willisen in den Herzogthümern ankam, hatte die Statthalterschaft zum Theil durch seine Erwerbung die letzte Opposition der Landes-Versammlung besiegt: sie hatte Geld, Truppen, Macht und Leitung der Angelegenheiten zugleich in ihren Händen, ohne irgend ein Gegengewicht. Sie hatte die ganze Macht einer halb zivilen und halb militärischen Diktatur.

Der Ernst der Dinge ließ die Gefahr einer Erörung der höchsten Leitung noch größer erscheinen, als die Mangelhaftigkeit der Einsicht, welche in ihr herrschte. Das Volk der Herzogthümer gehorchte unbedingt, obgleich ein sehr großer Theil desselben auf das innigste von der Verkehrtheit der Grundsätze und der Energielosigkeit der Regierung überzeugt war, wie nun daselbst die sonst so gehorsame, zu zwei Fünfteln aus Beamten zusammengesetzte Landes-Versammlung gezeigt hatte.

Diese allein herrschende Statthalterschaft aber hatte sich bis jetzt, wie wir gesehen haben, Preußen ganz in die Arme geworfen, trotz der entschiedenen Opposition der Majorität des Landes.

Bis zum Abschluß des Friedens vom 2. Juli war es daher Preußen, das in den Herzogthümern allein die faktische Gewalt hatte. So lange konnte auch der preussische General Willisen zu seinem ganzen Einflusse nicht gelangen. Jetzt aber hatte Preußen das Feld geräumt.

Der Hauptvertreter der preussischen Politik von Harbou, dessen Klugheit mit dem Rücktritte Preußens das Ende der schleswig-holsteinischen Erhebung kommen sah, nachdem es durch Preußens Theilnahme vorbereitet war, hatte seine Entlassung eingereicht, und Franke, bekannt aus der Frankfurter National-Versammlung, ein Mann von großer Gewandtheit, aber durchaus ein Verwaltungs-Beamter und nichts mehr, ohne tiefen Blick in die Verhältnisse und zufrieden mit der Thatsache seiner Verwaltung, war in den auswärtigen Angelegenheiten an seine Stelle getreten.

Schleswig-Holstein stand allein; es hatte in seiner ganzen Regierung nicht einen einzigen Mann, der den kommenden Dingen auch nur entfernt gewachsen gewesen wäre. Aber diese Regierung war unter Bonin gut gewöhnt geworden, dem kommandirenden Generale absolut zu gehorchen.

Im Felde mußte dieses doppelt der Fall seyn; und so war schon darum Willisen durch die Natur der Verhältnisse an die Spitze aller Dinge in den Herzogthümern gedrängt. Dazu kam noch, daß er wirklich ein hochbegabter Mann war, der sie Alle über sah, und seine Persönlichkeit vollendete, was die Verhältnisse begründeten. Er war der eigentliche Regent von Schleswig-Holstein, besonders in Allem, was die äußern Verhältnisse anbelangte.

Es ist unbestimmt, ob Willisen das wußte, als er nach Schleswig-Holstein kam; aber drei Momente hatten es ihn vollständig gelehrt.

Die Gewißheit davon nöthigte ihn, fast ohne Rücksicht auf die Regierung eine selbstständige Politik sich auszudenken. Er fing an, sich selbst ein Ziel zu bilden, und seine ganze militärische Stellung nur als Mittel für diesen Zweck zu betrachten.

Die Auffassung aber, die ihm ward, — war in jeder Weise eine verhängnißvolle. Er kam zu der Ueberzeugung, daß mit den Waffen der Herzogthümer auch im allergünstigsten Falle, auch bei völliger Vernichtung des dänischen Heeres, durchaus nichts Bestimmtes für die erstern gewonnen werden könne,

da dieselben doch immer alle Mächte Europa's gegen sich haben würden.

Er betrachtete daher sein Heer als das Mittel zur Verhandlung mit Dänemark, und hat mit demselben niemals so sehr den Feind militärisch bewältigen, als den Gegner diplomatisch zur Annahme möglichst günstiger Bedingungen bestimmen wollen.

So geschah es, daß diesem General sein Heer das Untergeordnete ward; der Feldzug war ihm ein Friedens-Versuch, nicht ein Ringen um den Sieg. Je weiter die Hoffnung auf diplomatisches Nachgeben schwand, desto weiter sank ihm das Vertrauen zu seinem Heere, er achtete es nur in dem Maße, in welchem es seinen politischen Planen Nachdruck zu geben vermochte.

So entstand ein Verhältnis, welches zu nichts Guten führen konnte. Und dazu kam, neben einer beständigen Verbindung mit Berlin, welche, an sich durchaus natürlich und tadellos, doch großen indirekten Einfluß ausübte, noch ein anderes, welches nicht geringere Bedeutung hatte.

Willisen war, um kurz die Sache zu bezeichnen ein militärischer Doktrinär; er war überall kein Soldat. Von jeher mit der reinen Generalstabs-Wissenschaft beschäftigt, ohne eigentliches Kommando, kannte er weder den Soldaten noch auch die Mittel, sein Vertrauen und seine Liebe zu gewinnen.

Er hat nie gewußt, wie mächtig diese beiden Dinge sind, er hat nie begriffen, daß ein Heer mit seiner Persönlichkeit, mit der Persönlichkeit seiner Abtheilungen, ihrer gemeinschaftlichen Angewöhnung, ihrem Regiments- oder Bataillonseigenthum etwas eigentümlich Lebendiges selbstständig Wirkendes ist.

Er beging daher den großen Fehler, nie sich mit dem Soldaten bekannt zu machen; er beging den zweiten nicht weniger großen Fehler, die alte Eintheilung der Bataillone und Brigaden nicht bloß als er kam, sondern auch später vor dem Feinde, beständig umzugestalten, und durch diese immer neue Schichtung der Massen und Elemente jenen eigentümlich bindenden Kitt der Heeresglieder, der in der Schlacht so oft mehr werth ist, als auch der beste Führer, besonders wo keine großen Ebenen regelmäßige Schlachten gestatten, vollkommen aufzulösen.

Dieses war um so gefährlicher, als man sehr viele Freiwillige aus Deutschland aufnehmen mußte, und sich so das alte Band, die Tradition der Schlachtengemeinschaft des vorigen Jahres, fast vollständig löste.

So groß war der Einfluß dieser unglückseligen Maßregel, daß der gemeine Soldat sich den General Bonin trotz der unverantwortlichen Schlacht von Fredericia zurückwünschte.

Und endlich besaß der General durchaus keinen Generalstab. Preußen hatte indirekt dafür gesorgt, daß die Herzogthümer ohne allen Generalstab blieben.

Wer ein Heer kennt, weiß, daß man 30,000 Mann tüchtiger Leute und selbst ein ganz tüchtiges Offiziers-Korps in einem Jahre ausbilden kann; aber ein Generalstab ist die Frucht langer Arbeit.

Dänemark dagegen besaß einen sehr guten, mit allen Verhältnissen auf das Genaueste bekannten Generalstab, neben einer bedeutenden numerischen Uebermacht. So erschien nun auf dem Kampfsplatze ein doktrinärer General mit einem doktrinär umgewandelten Heere, ohne eigentlichen Generalstab, daneben mit etwa hundert Offizieren weniger, als es nöthig hatte, ohne ausreichende Artillerie, mit Vernachlässigung des schon von Napoleon anerkannten Grundsatzes, daß man bei neuen Truppen auf tausend Mann wenigstens drei Geschütze haben müsse, mit ziemlich starker Kavallerie, die in dem vorliegenden Terrain gar nicht zu benutzen war, und ohne persönliche Zuneigung zu seinem General, gegenüber einem stärkeren Feinde, der die See zugleich beherrschte.

Die Aussichten waren also nicht glänzend; aber der Muth der Truppen und eine energische Führung konnten Alles wieder gut machen.

Der erste Bericht, den der General von Willisen an die Statthalterschaft machte, und alle Freunde der schleswig-holsteinischen Sache zu einem ernstlichen Nachdenken brachte, war des Inhalts: »Daß man, in der Erwartung eines friedlichen Ausgangs, die Bataillone des Heeres auf 500 Mann reduziert habe; daß man selbst noch nach dem 27. Juni die Formation auf den Kriegsfuß aufgeschoben; und sie erst dann angeordnet habe, als am 2. Juli plötzlich und unerwartet die Nachricht von dem wirklich abgeschlossenen Frieden eingegangen, so, daß man in dem kurzen Zeitraume von acht Tagen die Armee auf den großen Kriegsfuß haben setzen müssen. Das war durchaus nicht geeignet, die weiter Lebenden irgendwie zu beruhigen.

Man wußte im ganzen Lande, schon seit langer Zeit her, daß Dänemark aus aller Macht rüste; man klagte, daß es alle, irgend nur waffenfähige Mannschaft aus Schleswig ausbob; man war im Stande, wie sich das später zeigte, als es nichts mehr nützte, die schleswig-holsteinische Armee auf 40,000 Mann zu bringen; man ging dem entscheidenden Augenblicke für das ganze Schicksal der Herzogthümer, und einem stärkeren Feinde entgegen — und man war acht Tage vor dem Ausrücken noch auf dem Kantonnementsfuße. So lagen jetzt die Sachen in den ersten Tagen des Monats Juli, als der Krieg unvermeidlich geworden war.

Das Land war übrigens voll von Begeisterung und dem besten Willen, und so kamen auch trotz der dänischen Gewaltmaßregeln viele Wehrpflichtige selbst von dem Haderslebischen Bezirke zur Armee.

Die Statthalterschaft erließ am 8. Juli eine Proklamation, worin sie erklärte, daß jedem dänischen Einbruche, unter welchen Versicherungen er auch geschehen möge, die Gegenwehr Folgen werde.

Am 10. Juli löste sich die Landes-Verwaltung auf, und Tillisch so wie Eulenburg verließen Flensburg. Van der Lannen, berühmt und geliebt in den Herzogthümern, kam mit mehreren bairischen Offizieren in Rendsburg an; die preussischen Truppen zogen ab, und die dänischen Beamten im Süden Schleswigs flüchteten sich.

Der König von Dänemark aber erließ eine Proklamation an die Schleswiger, und ein Manifest an die Holsteiner, in welchem er sie zum letzten Mal zur Unterwerfung aufforderte.

Un ein Nachgeben war aber indessen nicht mehr zu denken. Die dänischen Kriegsschiffe legten sich vor den Häfen, und eine Abtheilung besetzte Fehmarn welches von den schleswig-holsteinischen Truppen gänzlich verlassen war.

Vor dem Kieler-Hafen erschien ein starkes russisches Geschwader, das neben dem dänischen in zwei Seemeilen Entfernung vom Lande ankerte. Die dänischen Streitkräfte setzten sich in Bewegung vom Norden, die deutschen Streitkräfte vom Süden.

Am 15. Juli kam der General Willisen aus Rendsburg selbst in Schleswig an, und ließ Eckernförde und seine berühmten Schanzen besetzen.

Am 14. Juli war der Haupttheil der Armee in Schleswig; — am 15. Juli rückte die Avantgarde in die Stellung von Jdstedt und Wedelspang, und am 16. Juli konzentrierte sich die ganze Armee auf diesem Punkte.

Am 20. Juli nahm Willisen selbst sein Hauptquartier in Falkenberg, eine halbe Stunde südlich, und erließ von hier aus eine Proklamation an das Herz, in welcher er mit den Worten schloß: »Ich wiederhole Euch, daß ich mit dem letzten Mann ausbarren werde. »Aber wie hat dieser General Wort gehalten! —

Schon diese ganze Bewegung hatte für diejenigen, welche die Bewegung der dänischen Armee und die Verhältnisse des Terrains kannten, etwas unheimlich Beunruhigendes; und es war schon jetzt der Grund des Zweifels, der über die militärischen Fähigkeiten und den Willen des Generals entstand, darzulegen.

Die dänische Streitmacht bestand aus zwei Hälften, von welchen die erste Hälfte auf Alsen konzentriert war, während die zweite Hälfte noch in Jütland stand.

Der General von Willisen war ein großer militärischer Schriftsteller, und wußte doch, daß man den Feind nicht seine getheilten Kräfte verbinden lassen darf.

Die Stellung bei Flensburg, die wenigstens ebenso fest war als die bei Jdstedt, würde also eine solche Verbindung der beiden dänischen Armee-Korps unmöglich gemacht haben, weil sie den Uebergang von Alsen nach dem Festlande beherrschte; und die Nord-Armee der Dänen wäre dann ganz außer Stande gewesen, sich mit jener zu verbinden.

Befestigt auch, man wollte einen bloßen Defensiv-Krieg führen, so wäre die Führung desselben durch die Befestigung dieses Punktes von selbst gegeben gewesen; es war also ganz unmöglich für die Dänen, im Norden weiter als bis nach Hadersleben zu kommen; und Schleswig wäre also so gerettet gewesen.

Von Kolbing aber nach Flensburg ist die Entfernung um einen Tagmarsch weiter als von Rendsburg. Die Nacht von Alsen konnte sich nicht allein

nach Flensburg wenden, um nicht von der Uebermacht erdrückt zu werden.

Im ungünstigen Falle für die Schleswig-Holsteiner war bei Bilschau und Oeversee eine starke Rückzugs-Linie; zwei Meilen südlicher die Stellung von Jdstedt; dann die Schlei und endlich Rendsburg.

Es war also absolut unmöglich, alles dieses nicht anzuerkennen; aber was that der General Willisen? Er blieb bei Jdstedt stehen, erlaubte dem Feinde, sich zu verbinden, Flensburg, die wichtigste Stadt von Schleswig einzunehmen, und ganz Angeln bis zur Schlei zu besetzen. Er ließ ihm — was fast unglücklich ist — die ganze Westküste offen, so daß die dänische Kavallerie bis nach Husum kam, während er immer noch ganz ruhig bei Jdstedt stehen blieb, ohne sich zu bewegen.

Noch immer hat es Niemand begriffen, wie der General von Willisen, der weder den Auftrag noch das Recht dazu hatte, die ihm anbefohlenen militärischen Bewegungen politischen Ansichten unterzuordnen; es zu verantworten gedenkt, daß er gegen seine eigene Ansicht von der Wichtigkeit jener Bewegung nach Bau dieselbe nicht ausführte.

Der General von Willisen, den Niemand berufen hatte, nach zweijährigen nutzlosen Verhandlungen noch einmal den Unterhändler zu spielen, erlaubte sich, von Schleswig aus, an den General der dänischen Armee von Krogh ein Schreiben zu richten, in welchem er es für seine Pflicht erklärte, noch einmal einen Versuch zur Lösung des unseligen Streites zu machen; in welchem er es wagte, dem feindlichen Generale offen zu gestehen, daß er seit vielen Tagen die Bewegung seiner Armee angehalten und große militärische Vortheile aus der Hand gegeben habe; um eine Versöhnung anzubahnen, die aber zu suchen nicht seine Sache war.

Eben so gestand er in einem veröffentlichten Armeeverichte vom 16. Juli mit folgenden Worten: »Dürften nur militärische Rücksichten über Das entscheiden, was zunächst zu thun ist, so wäre nichts vortheilhafter, als die Bewegung schnell bis Bau fortzusetzen, und so dem Feinde seinen wahrscheinlichen strategischen Aufmarsch zu stören.

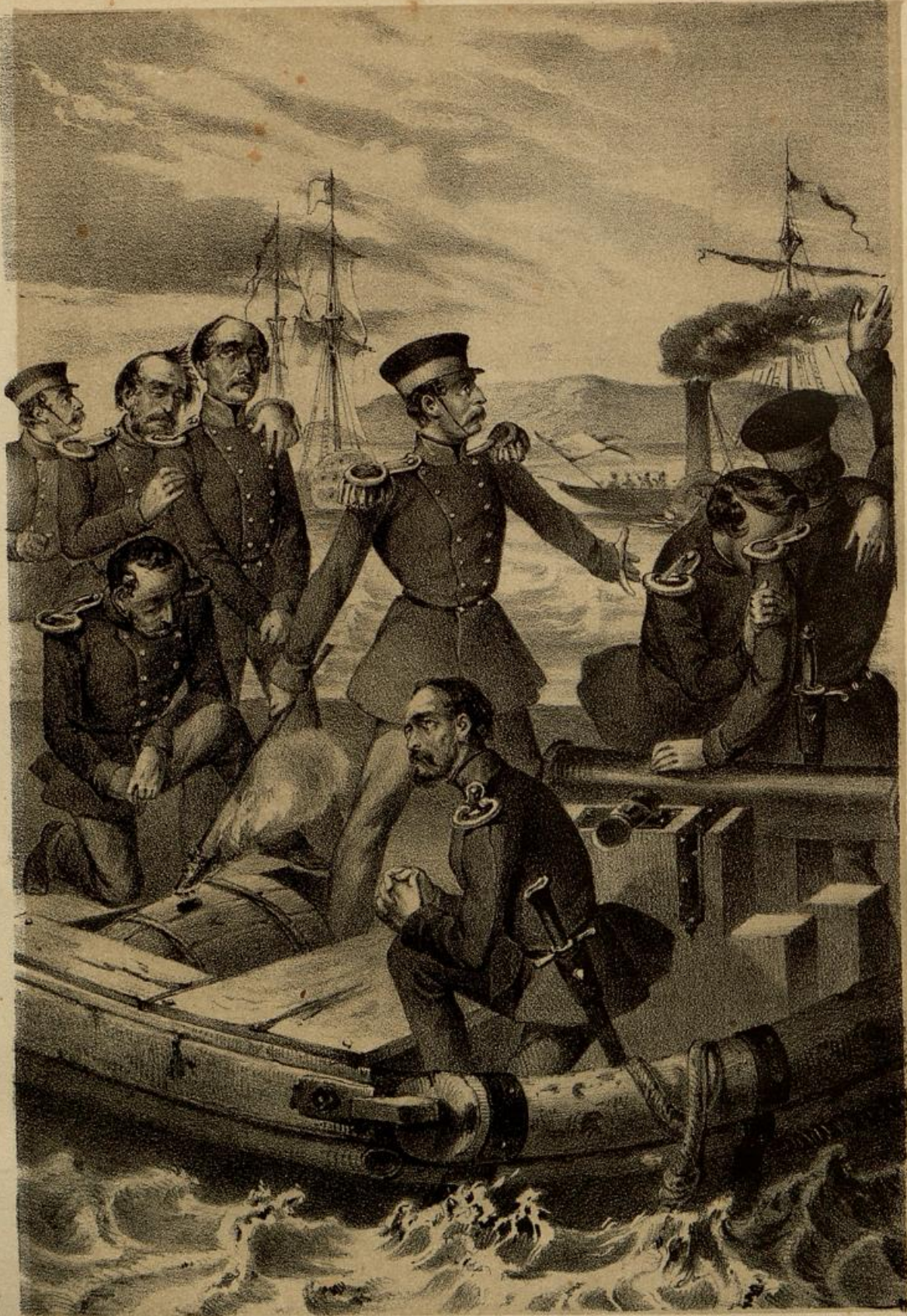
Es scheint aber angemessen, diesen großen militärischen Vortheil zu opfern, um die Aufrichtigkeit der Gesinnung, welche eine friedliche Lösung stets gewollt hat und noch will, auf das unwiderleglichste darzuthun.«

Als jener Armeevericht vom 16. Juli bekannt wurde, entstand eine tiefe geheime Verstimmlung unter den vernünftigeren, und ruhig überlegenden Männern, denn Schleswig schien unter solchen Umständen preisgegeben.

Zimmerhin war dadurch die Lage des schleswig-holsteinischen, in acht Tagen auf den Kriegsfuß gesetzten Heeres eine sehr bedenkliche, denn beide Flanken im Osten und Westen waren den Dänen offen, und ganz Angeln lieferte ihnen seine reichen Vorräthe und viele Rekruten.

General Willisen aber, der mehrere Tage ganz unthätig bei Jdstedt stand, ließ nicht einmal eine





La piccola battaglia navale avanti il porto di Nerstadt.

Á kistengeri csata az Újhelyi rév előtt.

Verschänzung an den Hauptpunkten seiner Vertheidigung oder Defensions-Linie anlegen.

Ja man mußte mit den neuen Truppen noch den Tag vor der Schlacht exerciren, um sie zu gewöhnen, und sie zugleich mit ihren Offizieren bekannt zu machen.

Ob schon sich der General selbst wenig um die Soldaten kümmerte, so war die Stimmung dennoch frisch, jedoch sahen sehr Viele der Entscheidung mit einem großen Bedenken entgegen.

Indessen rückte das dänische in schönster Ordnung gesammelte Heer heran; welches nach ihrer Angabe 38,000 Mann unter Waffen, und gegen 90 Kanonen zählte.

Das Heer der Herzogthümer wurde auf ungefähr 27,000 Mann mit 72 Kanonen angegeben, doch fehlten gegen hundert Offiziere.

Wohl hatten sich viele tüchtige auswärtige zum Theil auch österrreichische und ungarische Offiziere angebothen; allein man ließ lieber die Truppen ohne Führer, als daß man ihnen Offiziere gegeben hätte, die im Geruche liberaler Ansichten standen.

Eben so fehlte auch ein eigentlicher Generalstab, denn van der Lann, der zum Partheigänger wie geschaffen war, ward unverständiger Weise Chef desselben. So waren also hier große Gebrechen auf allen Seiten, allein das Heer war gut.

Bereits am 19. und 20. Juli nahmen die Plänkelen und Scharmützel ihren Anfang. Die Dänen zogen sich ungestört nach dem Westen, um den linken Flügel zu beherrschen, und auch im Osten besetzten sie alle wichtigen Punkte.

Die Armee hatte, ehe die Schlacht kam, nur eine Rückzugs-Linie. Das Haupt-Korps mußte über Schleswig; der ganze rechte Flügel, der voraussichtlich am meisten gefährdet war, sollte eine Meile von Schleswig, getrennt vom Hauptkorps bei Missunde über die Schlei gehen. Die Entscheidung rückte heran und das Land erwartete diese in einer athemlosen Spannung.

Während die Dinge so auf dem Lande standen, hatten sich zur See schon die Kräfte gegenseitig in kleinen Gefechten gemessen. Eines dieser See-Gefechte hatte einen zu eigenthümlichen Charakter und darf deswegen hier nicht übergangen werden.

Von geringer Bedeutung war es, daß am 21. Juli die dänische Dampfkriegs-Fregatte »Holger Danske« mit dem schleswig-holsteinischen Dampfschiffe »Bonin« ein kurzes Gefecht bestand, in welchem die erstere zum Rückzuge genöthigt ward.

Auch bei Heiligenhafen wurden die dänischen Kanonenboote mit einigem Verluste zurückgeschlagen. Trauriger aber war der Untergang des kleinen Schraubendampfschiffes »Van der Lann«, welches unter der Führung des Lieutenant Lange von Neustadt ausgehend, eine dänische Prise (Beute) gemacht hatte, und damit in den Hafen zurückkehren wollte.

Plötzlich erblickte der Kommandant ein großes dänisches Dampfschiff, daß zwischen seinen Kurs und dem Neustädter-Hafen hinsteuerte.

Der Uebermacht weichend, kehrte der Lieutenant Lange um, und lief mit seinem gemachten Fang in den travemündner Hafen ein. Hier erklärte man aber demselben, von Seiten Lübeck's, daß er auf einem neutralen Boden sey, und daß er seine Beute fahren lassen müsse, zugleich wurde ihm auch plötzlich von Seite der deutschen Hansestadt, nämlich der Nachbarin des ohnehin bedrängten Schleswig-Holstein eröffnet, daß er nun entweder sein Schiff desarmiren, oder es von den Lübecker Behörden besetzen lassen müsse.

Umsonst protestirte jetzt der Lieutenant gegen dieses, alles Völkerrecht auf schreiende Weise verletzende Verfahren; umsonst machte er geltend, daß man ja doch in Lübeck nicht bei Russen und Dänen, sondern bei Deutschen sey, die nachbarlich mit den Herzogthümern verbunden seyen.

Aus denselben Hafen, aus welchem einst vor nicht dreihundert Jahren deutsche Flotten ausgesegelt hatten, um Kopenhagen zu erobern und Stockholm zu bändigen, mußte jetzt ein schleswig-holsteinisches Kanonenboot, vertrieben von Deutschen, die See suchen, wo der Feind mit Uebermacht lauerte; denn indessen hatte das dänische Dampfschiff eine Korvette und einen Kutter herbeigeholt und sich vor den Neustädter-Hafen gelegt; wodurch also der Untergang des Kleinen, nur mit zwei Kanonen bewaffneten Schiffes ganz gewiß war.

Lieutenant Lange, in der Alternative oder Nothwahl, entweder den Lübeckern oder den Dänen sein Schiff lassen zu müssen, zog es vor, den Kampf mit den Dänen zu versuchen. Er lichtete seine Anker und steuerte gerade auf den Neustädter Hafen zu.

Jetzt griff ihn die dänische Flottille an; aber das kleine Boot wehrte sich mit aller Kraft. Das dänische Dampfschiff wurde kampfunfähig; die Korvette konnte nicht so nahe an das Ufer, inzwischen trat auch die Nacht ein, und schon hoffte Lange mit seinem Schiffe den Hafen erreichen zu können; als es aber das Unglück wollte, daß der Lootses de m Ufer zu nahe brachte.

Das Hintertheil des Schiffes stieß auf; die Maschine arbeitete eine Minute lang fort, und jetzt neigte sich das Schiff auf die Seite, wodurch die Kanonen unbrauchbar und jede weitere Vertheidigung unmöglich gemacht wurden.

Die Dänen konnten nun herankommen, aber Lange, in der Voraussetzung, daß der Feind jetzt das unbewehrte Fahrzeug in seiner Gewalt habe, entschloß sich, dasselbe in die Luft zu sprengen.

Die dänische Korvette verlor während des Kampfes das Steueruder, und wurde außerdem an Rumpf und Takelage so stark beschädigt; daß sie am folgenden Tage von einem dänischen Dampfschiffe in's Schlepptau genommen werden mußte.

So endete dieses kleine Seegefecht unglücklich, aber nicht unrühmlich für die schleswig-holsteinische Flagge.

Dieses geschah am 22. Juli und den nächstfolgenden Tag waren bei Jöstedt die beiden Armeen einander gegenüber getreten.

Alle Vorbereitungen von Seite der Dänen waren getroffen, und so näherte der entscheidende Tag.

Die Schlacht von Idstedt gehört zu den blutigsten, welche die Geschichte der neuern Zeit kennt; denn der zehnte Mann auf beiden Seiten wurde gefangen, verwundet, oder blieb todt auf dem Schlachtfelde.

Diese Schlacht hat über das Schicksal des Herzogthums Schleswig entschieden, aber dennoch ist sie in ihrer Anlage, in ihrem Verlaufe und in ihrem Ende nur die unglückselige Konsequenz unglückseliger Voraussetzungen.

Sie zeigt im kleinsten Bilde alle Elemente der ganzen schleswig-holsteinischen Erhebung: Tapferkeit des Volks, Festigkeit desselben im Unglück, aber Zersplitterung seiner Kräfte, dargestellt in der ganzen Schlachtordnung, Halbheit in der Ausführung, und Kraftlosigkeit der höchsten Führung — vor Allem aber dasjenige, was jenes Jahr in allen Theilen auszeichnete, die entscheidende Ungunst des Geschicks.

Wenn man die Karte von dem Herzogthume Schleswig-Holstein vor sich ausbreitet, so findet man fast in der Mitte von Süden nach Norden hinaufgehend eine Linie, welche durch die Treene, den Hauptzufluß der Eider, gebildet wird. Die Treene ist fast ihrer ganzen Länge nach mit Sümpfen und Morästen umgeben, die nur an einzelnen Stellen einen Uebergang möglich machen.

Der Osten der Treene war von beiden Heeren fast ganz frei gegeben. Im Norden von Schleswig geht die Straße in der Nähe von zwei Seen vorbei, des kleineren Idstedter See's, der in nordwestlicher Richtung vor dem langen aber schmalen Langsee liegt, und nur durch einen ziemlich schmalen Landweg von dem Leptern getrennt ist.

Links am Idstedter-See liegt Idstedt und der Idstedter-Krug, mit dem kleinen Idstedter-Holze, wo die Straße nach Norden hinunter das Schlachtfeld verläßt.

Hinter dem Idstedter und dem westlichen Theile des Langsee's ist das Westerholz; im Norden des Langsee's ist das Grydterholz, am östlichen Ende des Langsee's liegt Wedelspang.

Der ganze Westen dieser Stellung ist durch die Treene und ihre Sümpfe gedeckt; im Südosten der Idstedter-Stellung liegen die Dörfer Silberstedt, und noch weiter hinauf Schuby. Dieses war die Stellung, in welcher der General Willisen den Feind erwartete.

Da nun der Langsee den ganzen rechten Flügel seiner Armee und die Treene den ganzen linken Flügel deckte, so waren die beiden Punkte, auf die es für die Vertheidigung ankam; zuerst die Straße besonders bei Idstedt-Krug, wo der Hauptangriff zu erwarten war, und dann die Passage zwischen dem Idstedter und dem Langsee; jener Punkt lag in der Fronte, dieser bot, wenn er forcirt war, eine große Gefahr für die ganze Linie überhaupt dar.

Es war daher fast mit absoluter Nothwendigkeit gegeben, daß während der neun oder zehn Tage, in welchen die Armee diese Stellung in Besitz hatte, diese beiden Punkte wenigstens einigermaßen verschanzet werden mußten.

Wenn die Aufrichtigkeit der Gesinnungen des Generals von Willisen überall eine Defensiv zu ließ, so mußte sie auch Verschanzungen zulassen, wo sie der Natur der Verhältnisse nach geboten waren.

Es ist schwer zu erklären, aber es ist Thatsache, daß diese Verschanzungen in der Hauptstellung gar nicht, und in der zweiten Stellung zwischen beiden Seen gleichfalls nicht in irgend einer nennenswerthen Weise Statt gefunden haben.

Es ist ganz unbestritten, daß, wenn dieses geschehen wäre, daß der letzte Angriff der dänischen Garde, der nur den Rückzug der bereits geschlagenen dänischen Armee decken sollte, nimmer das ganze Schicksal der Schlacht gewendet hätte.

Diesem ersten und vielleicht größten Fehler des Generals von Willisen hat er selbst niemals, ja nicht einmal zu entschuldigen, viel weniger zu erklären versucht.

Die Anordnung des Generals von Willisen war folgende. Die erste Brigade war die westlichste, und hatte zur Aufgabe, den linken Flügel durch die Vertheidigung der Treene-Uebergänge, besonders bei der Fähre von Sollbrück zu decken.

Nordöstlich von dieser, hinter Idstedt-Krug, stand die Avantgarde. Die vierte Brigade, das eigentliche Centrum stand hinter dem Idstedter-See in konzentrischer Stellung.

Die dritte Brigade unter den General von der Horst stand in der Mitte des Langsee's, wo eine Laufbrücke über denselben ging — die für Geschütz nicht anwendbar war und keinen Brückenkopf hatte, so daß die ganze Brigade in Zügen von zwei zu zwei Mann hinüber seinen Stand verlassen mußte. Die zweite Brigade stand am äußersten Ende des Langsee's.

So entwarf der General eine Stellung, denjenigen ähnlich, welche er selbst den österreichischen Generalen in den italienischen Kriegen unter Napoleon zum Vorwurf gemacht hatte; — er trennte nämlich die Armee in drei große Theile, die miteinander in sehr geringer Verbindung standen, wovon die Folge war, daß die dritte und zweite Brigade bei dem Hauptstoße der dänischen Armee gar nicht benutzt werden konnten, und als Sieger selbst besetzt wurden.

Die Dänen, welche sehr tüchtige Offiziere hatten, erkannten sogleich die Schwäche dieser Stellung, und warfen sich mit ihrer ganzen Kraft auf das Centrum, welches nur aus zwei Brigaden bestand.

General Willisen hatte seinen ganzen rechten Flügel aus der Hand gegeben, und auch den General von der Horst vom Haupt-Korps getrennt. Es war große Wahrscheinlichkeit, daß das Gros der dänischen Armee das Centrum brechen werde, wenn auch mit großen blutigen Opfern. Die zwei Brigaden des Langsee's waren dann nutzlos, auch wenn sie ganz unbeschädigt waren, denn nur auf solche Weise konnte die Schlacht von den Dänen gewonnen werden.

Die Dänen fingen den Kampf bereits am 24. Juli an. Sie griffen zunächst den linken Flügel an, nachdem sie eine Abtheilung im Norden über die Dreene setzten, um wo möglich die Fähre bei Sollbrück zu forziren; zugleich griffen sie auch die Stellung des Centrums bei Idstedt an.

Ihre Absicht war, wenn dieses gelingen würde, sich den Angriff auf die Fronte zu ersparen, und die ganze Stellung der schleswig-holsteinischen Armee von Westen her aufzurollen. Allein hier trafen sie auf einen der tapfersten Offiziere der letztern, nämlich den General Baudissin.

Das Gefecht fing des Morgens gegen 8 Uhr an; bald rückten mehrere Truppen heran; Artillerie wurde von beiden Seiten aufgeföhrt und der Kampf dauerte mit großer Hartnäckigkeit bis Abends um 6 Uhr; um welche Zeit die Dänen geworfen waren, und Idstedt war von den Deutschen wieder gewonnen.

Um 10 Uhr stand das Gefecht bei Helligbek mehrere Stunden, bis ein konzentrierter Angriff der Avantgarde den Feind warf. Eine kleine Jäger-Abtheilung von hundert Mann hielt während dieses Tages die Fähre von Sollbrück mit einem unerschütterlichen Muthe gegen die Angriffe mehrerer dänischer Bataillone den ganzen Tag, bis erst der Abend sie ablöste.

Die Dänen hatten einen starken Verlust erlitten, hatten dabei eingesehen, daß der linke Flügel auf diesem Wege nicht zu forziren sey; und mußten daher die Stellung in der Fronte angreifen. Diesen entscheidenden Angriff durfte man für den nächsten Tag den 25. Juli erwarten, wozu die ganze dänische Armee bereit war.

Der General Willisen, in der Voraussicht des Hauptkampfes hatte sich für denselben folgende Anordnungen gemacht. Der linke Flügel sollte einfach mit der ersten Brigade und der Avantgarde sich halten, ohne über Idstedt weit hinauszugehen; die Avantgarde besonders sollte Idstedt um jeden Preis halten.

Die ganze vierte Brigade sollte mit dem frühesten Tage aus ihrer konzentrirten Stellung am Idstedter-See austrücken, und die obige Stellung der Avantgarde unterstützen. Diese ganze Heeresmasse sollte dabei sich wesentlich vertheidigungsweise verhalten.

Den eigentlichen Angriff auf die Dänen, von denen man mit Sicherheit erwarten konnte, daß sie ihrerseits ihren Hauptangriff gegen die oben bezeichnete Position bei Idstedt richten würden, sollte nun nach dem ursprünglichen Plane des Generals von der Brigade von der Horst, welche hinter dem Langsee stand, und von der Brigade Abercron, die bei Wedelspang aufgestellt war, ausgehen.

Beide Brigaden sollten um 3 Uhr früh ausmarschiren. Die Brigade Horst sollte die Laufbrücke des Langsees passiren, und gerade nordwärts auf Stolk und Oberstolk marschiren, um dem Feind, der das Centrum angriff, hier in die Flanke zu fallen. Die östlichste Brigade Abercron sollte gleichfalls von Wedelspang aus auf Stolk und Oberstolk um 3 Uhr

Morgens vordringen, und sich dort mit der Brigade von der Horst vereinigen.

Wirft man einen Blick auf diesen entworfenen Schlachtplan, so hatte er offenbar zwei sehr große Fehler, welche einen Sieg von vorneherein höchst unwahrscheinlich machen mußten.

Endlich hatte das eigentliche Centrum bei Idstedt mit nur drei Brigaden die Aufgabe, der ganzen feindlichen Macht zu widerstehen; und dieses war bei der entschiedenen Ueberlegenheit derselben an Mannzahl und Kanonen ein höchst gefährliches Unternehmen mit Truppen, welche erst acht Tage vor dem Ausmarsche gesammelt worden sind. Dann aber war der Kern der Schlacht eigentlich der Sieg der östlichsten, Abercron'schen Brigade.

Kam diese in Unordnung, und gelang es ihr nicht bis nach Oberstolk zu kommen, und dort sich mit der Brigade von der Horst zu verbinden, so war nicht etwa bloß die Offensive des Tages verloren, und die Brigade von der Horst in einem hohen Grade gefährdet, sondern es war auch gar keine Möglichkeit mehr vorhanden, in diesem Falle das Centrum durch jene Brigade zu unterstützen.

Sie konnte vollständig unverlegt bleiben, und doch die ganze Schlacht verloren werden, da das Centrum entschieden zu schwach war, um dem Feinde zu widerstehen, und da auch Willisen dieses Centrum nicht mit einer einzigen Schanze gegen die anerkanntesten Regeln der Kriegskunst versehen hatte.

Wäre aber gar jene Brigade Abercron im Norden des Langsees geschlagen worden, so hatte sie keine gesicherte Rückzugs-Linie, da die Laufbrücke über den Langsee ohne alle schützende Verschanzung geblieben, und, wie gesagt, nur für zwei und zwei Mann gangbar war. Die Brigaden Horst und Abercron hatten daher die Ehre, aber auch die sehr große Gefahr des Tages zu tragen; und so mußten die Fehler jener Anordnung des Generals Willisen durch seine Brigadiers wieder gut gemacht werden.

Kaum hatte der Feind um 3 Uhr Morgens den Kampf auf der ganzen Linie eröffnet, als auch schon dem General Willisen die Angst vor den Bedenklichkeiten, die jener Plan allerdings hatte, überfiel.

Als die Brigade Schleppegrell das Bryderholz im Norden des Langsees besetzt hatte und von da aus einen ersten heftigen Angriff auf die Brigade Abercron eröffnete, ließ der General Willisen die letztere Brigade fast ohne alle weitem Befehle.

Abercron drang nicht vor, und als er wohl vordringen konnte, stand derselbe still, da der General Willisen ihm keine Ordonnanz zukommen ließ.

Von der Horst, ein Soldat im höchsten Sinne des Wortes, hatte den Plan vollkommen aufgefaßt, und ging sofort über den Langsee mit seiner ganzen Brigade, marschirte mit seinen Bataillonen gegen 5 Uhr geradezu auf Oberstolk und durchschnitt auf diese Weise die Brigade Schleppegrell.

Wenn jetzt Abercron von Osten her über den Langsee gekommen wäre, so wäre die ganze Brigade Schleppegrell verloren, der linke dänische Flügel vernichtet, und schon des Morgens um 7 Uhr die Schlacht

gewonnen gewesen. Es war der erste entscheidende Moment des Tages.

Schleppereggell ein tüchtiger Offizier, erkannte auf den ersten Blick die ganze äußerste Gefahr der dänischen Armee; sammelte, was er finden konnte, und rückte jetzt mit den Bataillonen Lassoë und Trepka auf Oberstoll, um dieses Dorf dem von der Horst wieder zu entreißen.

Alein von der Horst warf das fünfte Jägerfors nach Oberstoll, und das neunte und zehnte Bataillon folgte nach Schleppereggell wurde geschlagen; er selbst fiel hier und mit ihm die Obersten Trepka und Lassoë.

Wenn jetzt Abercron gekommen wäre, so wäre der Tag gewonnen gewesen; aber Abercron kam nicht. Hier zeigte sich also auf die klägliche Weise der ganz entschiedene Mangel in Allem, was man eine Einheit des Oberkommando's nennen konnte.

Abercron hatte seine Stellung natürlich leicht behauptet, als Schleppereggell abmarschirte; aber er hatte keine weitem Befehle. Horst hatte den Befehl, Oberstoll zu nehmen, er nahm es auch, schlug den Feind, nahm ihm vier Kanonen mit dem Capitain von Baggesen, doch auch er hatte für jetzt keine weitem Befehle mehr; denn der General Willisen kümmerte sich weiter nicht mehr um diese beiden Haupt-Brigaden, sondern verlor alle seine Aufmerksamkeit im Centrum, das er durch zu starke Schwächung in die höchste Gefahr gebracht hatte.

So wurde von der Horst vollständig isolirt in Oberstoll — die dänische Brigade Trminger rückte gegen seine Rückzugs-Linie, und er mußte gegen den Langsee zurück.

Aber hier war für die ganze Brigade, wie schon gesagt worden ist, nur eine Laufbrücke für zwei und zwei Mann gangbar, mithin sah der Sieger von Oberstoll keine Möglichkeit, einen geordneten Rückzug anzustellen; und die Brigade von der Horst wurde somit in gänzliche Unordnung gebracht.

Sie verlor gegen tausend Mann Gefangene, die nicht über den Langsee kommen konnten, und konnte auch ihre vier eroberten Kanonen nicht zurücknehmen. Sie kam gegen 7 Uhr ganz erstaunt über ihr Schicksal hinter dem Langsee wieder an, während der rechte Flügel den ganzen übrigen Tag trotz seiner Stärke von mehr als 5000 Mann in Plänkelleien zubrachte; ja die Einhaltlosigkeit war so groß, daß bei dieser Brigade noch am Nachmittage um 4 Uhr, als das Centrum schon lange zurückgezogen war, Niemand etwas von dem Schicksale dieses Centrums wußte.

Es war weder Nachricht noch Befehl vorhanden; der General Willisen hatte sich den ganzen Tag um diese fast den vierten Theil der Armee betragende Brigade, die für den Hauptangriff bestimmt war, durchaus nicht gekümmert. Ja wie erstaunt war man, als diese 5000 Mann plötzlich den Befehl erhielten, über die Schlei zurück, und gar bis nach Wittensee zu marschiren.

Während in dieser Weise das rechte Centrum und der rechte Flügel sich ganz allein überlassen blieben, hatten die Dänen ihren Hauptangriff gegen die Haupt-

stellung bei Idstedt mit großer Kraft eröffnet und nahmen Idstedt mit Uebermacht.

Die vierte Brigade hatte ihre Zeit nicht gehörig innegehalten; denn Willisen brachte sie erst gegen 7 Uhr nach Idstedt; und jetzt sollte das Dorf wieder genommen werden.

Der Major Garrelt ließ das dreizehnte Bataillon in Sektions-Kolonnen das stark besetzte Dorf angreifen, statt wie es sich gehört hätte, erst die Schützen voraus zu schicken.

Das Bataillon wurde mit einem fürchterlichen Feuer empfangen; die ersten Sektionen stürzten nieder, die folgenden kehrten um und warfen das vierzehnte Bataillon, das hinter ihnen stand. Diese Zögerung rächte sich bitter, obwohl man sie so leicht hätte vermeiden können.

Der Angriff auf Idstedt ward gänzlich abgeschlagen, und der erste große Theil der Schlacht, die Offensiv-Bewegung der schleswig-holsteinischen Armee war um ungefähr 8 Uhr Morgens zu Ende.

Doch war im Grunde noch nichts verloren; denn die vom General Willisen vergessenen Brigaden von der Horst und Abercron hatten ihre Stellung behauptet; ja die Letztere war sogar kaum recht im Feuer gewesen, und von der Horst konnte, nachdem er hinter dem See aufgestellt war, nicht mehr angegriffen werden.

Die Dänen hatten auf ihrem linken Flügel viel mehr gelitten, als sie auf dem rechten Flügel gewonnen hatten. Sie entwickelten jetzt neue Massen, um die Hauptstellung anzugreifen.

Willisen sah dieses kommen, aber statt von Abercron Verstärkung für sein Centrum kommen zu lassen, da der versäumte Angriff derselben nicht mehr nachzuholen war, ließ Willisen ihn, so wie von der Horst ruhig stehen, und fing an, jetzt mit drei Fünftheilen seines Heeres den ganzen Rest der dänischen Macht aufhalten zu wollen.

Nachdem die Dänen Idstedt behauptet hatten, ließen sie nun ihre Artillerie gegen das Centrum Willisen's aufahren. Dagegen fuhr auch die schleswig-holsteinische Artillerie auf, und es entwickelte sich jetzt in der Mitte der Stellung ein fürchterlicher Artillerie-Kampf.

Zugleich verfolgten die Dänen ihren Angriff auf den linken Flügel. Hier war ein kleines Gehölz westlich von Idstedt, das Buchholz genannt, und um dieses Gehölz wurde jetzt wüthend gekämpft.

Dreimal nahmen es die Dänen mit Uebermacht, und dreimal wurde es ihnen von der Avantgarde und der vierten Brigade wieder genommen.

Zum vierten Male endlich waren die schleswig-holsteinischen Truppen gezwungen es aufzugeben, und eine Stellung südlich gegen Schuby zu fassen. Die Dänen gingen nun vor bis nach Silberstedt; allein sie zogen sich rasch wieder zurück, und ließen, nachdem das Centrum noch immer fest stand, nur eine Abtheilung Tirailleurs auf diesem Punkte.

Das lebhafteste Kleingewehrfeuer zog sich bis nach Schuby hin. Es war an sich ganz ohne Bedeutung; denn bei Idstedt stand noch immer das Centrum.

Allein jetzt zeigte sich besonders der Mangel eines tüchtigen Generalstabs. Als die Truppen fast in ihrem Rücken bei Schuby schießen hörten, wurden sie unruhig; dieses wurde dem General gemeldet, daß dort schon zwei Bataillone Dänen stehen, er glaubte es aber noch nicht.

Ein Offizier nach dem Andern wurde hingeschickt; endlich ein höherer Offizier aus dem Generalstabe, aber Alle ließen sich täuschen. Da gab der General nach, nahm selbst zwei Bataillone und ging damit nach der bedrohten Gegend, zugleich gab er auch den Befehl, daß die Artillerie aus dem Centrum, die bisher seit dreihalb Stunden gegen das Gros der dänischen Artillerie und der Infanterie das Feld siegreich behauptet hatte, langsam abfahren, und daß die Bagage aus Schleswig aufbrechen solle.

Die Nachricht war aber falsch gewesen, würde man eine halbe Stunde länger bei Idstedt stehen geblieben seyn, und würden sich zwei Bataillone mehr in der Hand des Generals im Centrum befunden haben, statt daß man sie nutzlos bei Wedelspang stehen ließ, wo sie gar keinen Feind mehr sahen — so wäre die Schlacht für Schleswig-Holstein gewonnen gewesen; aber so arbeiteten Unglück und Verkehrtheit einander in die Hände, und während der General gegen Schuby ging, um einen Feind zu schlagen, der nicht da war, schlug der Feind sein Centrum, welches bisher ungebrochen da gestanden war.

Die Dänen hatten nämlich während der furchtbaren Schlacht, die nun seit neun Stunden gewüthet hatte, ungeheuere Verluste erlitten. Sie hatten gehofft im Centrum mit ihrer Artillerie durchzubrechen; allein die Kanoniere hatten mit ihren Geschützen bis 12 Uhr Stand gehalten.

Die Dänen, im rechten Flügel geschlagen, im linken Flügel zwar siegreich, aber doch ohne entscheidenden Erfolg und im Centrum unfähig vorzudringen, gaben jetzt den weitem Angriff auf und bereiteten sich zum Rückzuge.

Die Bagage fuhr bereits nach Flensburg ab, und die Gefangenen gleichfalls; der linke Flügel mußte hinter Silberstedt zurück, und es kam nur noch darauf an, den Rückzug des dänischen Centrums zu decken.

Zu dem Ende mußte die Garde vorrücken und einen Angriff auf die Artillerie im Centrum Willisen's machen. Gerade in diesem Augenblicke kam jener unglückselige Befehl, die Artillerie aus dem Centrum zurückzuziehen.

Dem Befehle gehorchend, marschirten zwei Batterien ab, und nur vier Kanonen blieben stehen. Die dänische Garde rückte heran. Jetzt — es war um 1 Uhr — erkannte General Willisen erst seinen verhängnißvollen Irrthum über die Besetzung Schuby's durch den Feind, und befahl, im Centrum Stand zu halten.

Die letzten vier Kanonen wehrten sich mit Verzweiflung gegen die Garde; drei Angriffe derselben wurden abgeschlagen; bei dem vierten Angriffe gingen aber plötzlich jener halben Batterie die Kartätschen

aus, und jetzt drang die dänische Garde vor, und nahm die Kanonen.

Zwei Schwadronen Dragoner machten einen zweifelten Versuch, wenigstens die Geschütze zu retten, aber sie wurden geworfen, und nur der Hauptmann ward befreit. Die Dänen hatten der ganzen Stellung ihre Spitze genommen, und die schleswig-holsteinische Armee ging langsam zurück.

Auch diese Bewegung war im Grunde nicht ganz entscheidend; allein es gab, wie gesagt, einen Paß zwischen dem Idstedter-See und dem Langsee in der rechten Flanke des schleswig-holsteinischen Centrums.

Dieser Paß war unbeschußt und vom General Willisen vergessen worden. Hierauf richtete nun sofort der dänische Oberst Trminger seinen Haupt-Angriff, und nahm ihn mit einigen Kartätschenschüssen, da nur einige Tirailleurs an demselben standen. Nun mußte das ganze Centrum zurück, und die Schlacht war nach 1 Uhr Mittags entschieden.

So endete dieser blutige Kampf, denn in der That war er mit dem Aufgeben des Centrums bei Idstedt vorbei.

Die Dänen waren durch den glücklichen Erfolg ihres Rückzug-Angriffs überrascht; sie hatten so große Verluste erlitten, daß sie gar nicht daran dachten, den ruhigen Rückzug der Schleswig-Holsteiner auch nur im geringsten zu stören.

Sie glaubten, daß sie mit der Behauptung des Schlachtfeldes das Aeußerste errungen hätten, während die schleswig-holsteinischen Bataillone mit klingendem Spiele in Schleswig einzogen. Die Reihen waren geordnet, der Muth war frisch, der Verlust war nicht so groß als jener der Dänen; der ganze rechte Flügel 5000 Mann stark, war vollkommen noch kampffähig.

Viele meinten, es würde sogar am folgenden Tage wieder zur Schlacht kommen, denn die Stellung bei Schleswig war durch die Deckung, welche die Schlei darbot, eben so gut als jene bei Idstedt; überdieß waren die Dänen vollständig erschöpft.

Dieses war für Schleswig-Holstein eben mehr eine verlorene Stellung als eine verlorene Schlacht; und hatte Willisen bei Idstedt ohne Verschanzungen sich aufgestellt, warum nicht auch bei Schleswig vor einem gänzlich erschöpften Feinde?

Aber dieser General war keineswegs der Meinung, daß er, der die Arme in diesen zwei Tagen erst kennen gelernt hatte, in denen er nicht siegreich gewesen ist, künftig mit derselben siegreich seyn werde.

Mit einem großen Erstaunen, zu Theil mit einem wahren Grimme hörten die Armee und das Land den Befehl dieses Generals, alle Stellungen aufzugeben und sich bis zur Sorge, also bis auf Rendsburg zurück zu ziehen.

Aberecron mußte über Missunde zurück, und von da nach Wittensee; der General selbst ging nach Rendsburg. Eckernförde ward also aufgegeben, ohne nur einen Feind gesehen zu haben.

Die Schanzen wurden demolirt, und die Geschütze in solcher Eile abkommandirt, daß man einige derselben sogar vergraben hatte, welche dann später dem Feinde in die Hände fielen.

Die Dänen dachten indessen gar nicht daran, auch nur mit einem Flintenschusse ihren Feind zu beunruhigen. Nachdem sie um 2 Uhr Zöstedt und Falckenberg besetzt hatten, rückten sie mit höchster Vorsicht erst gegen Abend nach Schleswig.

Zwei Bataillone derselben nahmen Besitz von dem nördlichen Theile der Stadt, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß sie hier den Feind nicht mehr treffen würden. Fast um 9 Uhr Abends kamen ihre Vorposten bei Gottorf an, während das Hauptquartier der Schleswig-Holsteiner bei Fleckebye stand; ja nicht ein einziger Bagage-Wagen wurde von ihnen erbeutet.

Aber Willisen's Friedensliebe ließ sich nicht halten; er gab ganz Schleswig preis, und die Armee stand drei Tage später an der Serge schlagfertig, um unter dem General einen Winterfeldzug zu machen, der Alles, nur nicht jene aufrichtige Friedensliebe erschöpfen mußte.

Die Folge aber blieb, daß die Dänen sofort sich in Schleswig festsetzten, daß sie Danevirke zu einer fast uneinnehmbaren Stellung machten, wozu ihnen der General von Willisen mit einer schlagfertigen Armee, zwei Meilen von ihnen stehend, die stärkste Festung im Rücken, und von Allem unterstützt, was ein reiches und starkes Land bietet, die volle Zeit von drei Monaten ließ, ohne anders, als mit Streifpatrouillen seine Gegenwart und die von 38,000 Mann zu dokumentiren.

Die Schlacht von Zöstedt war furchtbar blutig gewesen; denn die Dänen selbst gaben nach ihren eigenen Berichten ihren Verlust auf ungefähr 3800 Mann an. Ihre Stärke war 38,000 Mann, also hatten sie in diesem blutigen Kampfe den zehnten Mann verloren.

Der Verlust der schleswig-holsteinischen Armee betrug ungefähr 2800 Mann, worunter etwa 1200 Gefangene waren, die hauptsächlich von der Brigade Horst wegen der mangelnden Rückzugs-Linie über den Langsee verloren gingen.

Die vier Stück Kanonen, welche diese Brigade erobert, hatte sie wieder aufgeben müssen, da die Laufbrücke nur für die Infanterie eingerichtet war; jedoch den gefangenen Kapitain von Waggesen konnte sie dagegen mitnehmen.

An Geschütz waren nur die vier Kanonen verloren gegangen, die auf der Straße zuletzt den Angriff der Garde eine Zeit lang allein abgehalten hatte; alles Uebrige war aber vollkommen in Sicherheit.

Die ganze schleswig-holsteinische Armee betrug ungefähr 28,000 Mann und war daher um ein Viertel schwächer als die dänische Armee.

Die Nachricht von dieser Schlacht und ihren nähern Umständen brachte bei den Gebildeten eine geheime Entrüstung, bei der Masse des Volkes einen von da an unauslöschlichen Zweifel an dem Talente und dem guten Willen des Generals Willisen hervor.

Die allgemeine Stimme war — die Schlacht hätte nicht verloren werden müssen! Das allgemeine Urtheil war — die Schlacht wäre nicht verloren wor-

den, wenn der General Willisen zu rechter Zeit seine Friedensliebe hintan gesetzt, die Wehrpflichtigen, so wie Dänemark dieses gethan hatte, mit dem Aufgebot aller Kräfte zu rechter Zeit unter die Fahne gerufen, und den Gang der Schlacht selbst zu übersehen im Stande gewesen wäre.

Die Kundigen, nachdem sie Alles zusammenhielten, was bisher von diesem General geschehen und unterlassen worden ist, verloren jetzt den letzten Funken von Hoffnung.

Schleswig-Holstein war also verloren. Und die kommenden Dinge sollten in einer nur zu traurigen Weise diese Befürchtungen bestätigen; obgleich das folgende Halbjahr in glänzendster Weise die Behauptung bestätigte, daß mit allem dem bisherigen Unglück weder der Muth noch die Kraft dieses unglücklichen Volks gebrochen waren.

Mit dem Abzuge des schleswig-holsteinischen Heeres aus Schleswig, zogen nun auch Hunderte von Deutschen ab, welche jetzt die Verfolgungen der Dänen fürchten mußten.

Holstein war voll von Flüchtlingen, die ferne von ihrem heimatlichen Boden fast ohne Hoffnung umherzogen; denn noch war ja die ganze Armee, die starke Festung, die ungeschwächte Kraft des Landes vorhanden — was ließ sich nicht Alles damit wieder gut machen? Aber freilich gehörte dazu Eines, nämlich ein fester und entschiedener Wille, und ein klares Verständniß der Verhältnisse. Und unter allen Dingen war es gerade das, was das General-Kommando und die Statthalterschaft am wenigsten hatten.

Wirft man einen Blick zurück auf den ganzen Feldzug der Dänen und besonders auf ihren Haupt-Angriff bei Zöstedt, die äußerste Anstrengung aller ihrer Kräfte, die sehr nahe liegende Möglichkeit, jene Schlacht und damit Schleswig zu verlieren, so muß man annehmen, daß Dänemark Alles dieses nicht gewagt haben, nicht sein ganzes Schicksal auf einen Wurf gesetzt haben würde, wenn es nicht einen starken Rückhalt von Außen gehabt hätte. Und in der That war es wirklich so.

Schon gleich nach der Unterzeichnung des Friedens vom 2. Juli, hatte Rußland in Voraussicht der Waffenerhebung der Herzogthümer gegen Dänemark, das Letztere seiner ganz entschiedenen Beihilfe versichert, und demselben feierlich versprochen, daß es eine Trennung Schlesiens von Dänemark niemals zugeben werde.

Während die beiden Heere im Felde standen, kam eine starke russische Flottille vor dem Kieler-Hafen an; 14 Linienschiffe legten sich in einer ansehnlichen Reihe vor die Bucht neben die zwei dänischen Blockadeschiffe, und es war eigenthümlich zu sehen, wie diese mächtigen Schiffe den kleinen Seegefechten, welche die schleswig-holsteinischen Kanonenboote den dänischen Dampfgeschiffen lieferten, gleichsam in der Nähe zusahen.

Allein noch wichtiger war es, daß zugleich eine russische Note sehr ernstlichen Inhalts nach Berlin abging, in welcher der Friede mit Dänemark auf

das bestimmteste gefordert, und das Recht Dänemarks auf Schleswig ganz ausdrücklich anerkannt, und die Versicherung ausgesprochen wurde, daß Rußland die Verbindung beider Theile mit allen Mitteln aufrecht erhalten werde.

Schon dadurch kam Preußen in eine höchst unbequeme Lage. Zu gleicher Zeit aber bereitete sich auch von einer andern Seite ein Ungewitter vor.

Die Spannung zwischen Preußen und Oesterreich stieg täglich; die Diplomaten sahen den Augenblick kommen, wo der Bruch unvermeidlich, und dann unheilbar seyn werde.

Oesterreich aber beurtheilte die ganze Stellung Preußens mit einem eigenthümlich richtigen Blicke.

Preußen hatte seinen Frieden im Namen des Bundes geschlossen. Der Bund hatte also als solcher die Verpflichtung, die schleswig-holsteinische Sache beizulegen.

Preußen nahm aber von seiner Seite dieses Recht in Anspruch, das Recht jedes Andern ausschließend. Oesterreich forderte seinerseits von Frankfurt aus wenigstens eben so viel an der Exekution.

Der Streit zog sich hin, und schon damals ward der Gedanke einer gemeinsamen Intervention auf Grund der Bundes-Verschlüsse vom Jahre 1846 zum Vorschlag gebracht.

Allein noch war unter dem Ministerium Radowiz-Schleinitz die Kraft Preußens nicht vollständig gebrochen; Oesterreich mußte in Deutschland noch Preußen als gleich mächtig und gleich berechtigt anerkennen.

Wollte Oesterreich daher das Uebergewicht über Preußen gewinnen, so mußte dieses zunächst im Gebiete der auswärtigen Politik geschehen; und hier war nun jenes Londoner-Protokoll ein trefflicher Anhaltspunkt. Allerdings hatte dasselbe durch den Nichtbeitritt aller deutschen Mächte an sich keinen Sinn; trat aber Oesterreich bei, so hatte es damit die ganze europäische Diplomatie in der wichtigsten Frage auf seiner Seite.

Es kam nur darauf an, diesen Beitritt in der Weise geschehen zu lassen, daß zugleich der deutsche Bund dabei durch Oesterreich vertreten ward; dann war Preußen auch auf dem Gebiete der Bundesfrage von Oesterreich entschieden verdrängt.

Der Punkt, auf welchem Oesterreich dieses mit Recht erhalten zu können glaubte, lag nahe. Man mußte die Rechte des deutschen Bundes in das durch dieses Protokoll halb und halb garantierte Verhältnis hineinbringen.

Der österreiche Kommissär erhielt den Auftrag, dieses den Bevollmächtigten der übrigen Staaten anzuzeigen, und diese waren gerne bereit eine solche Veränderung anzuerkennen, um dadurch den Beitritt Oesterreichs zu erhalten.

Es wurde demnach im Artikel II. der Satz aufgenommen; daß die Großmächte die Absichten des Königs von Dänemark, die Erbfolge zu ordnen, anerkennen, insofern dieselben nicht, die Beziehung des Herzogthums Holstein zum deutschen Bunde beeinträchtigen.

Damit erklärte sich auch der dänische Abgeordnete unter der ausdrücklichen Bemerkung freilich, daß sich dieses nur auf Holstein und Lauenburg beziehen könne. Die Unterzeichnung dieses Protokolls geschah am 23. April, und somit hatte Oesterreich dem Könige von Preußen den Vorrang abgewonnen, und Preußen stand jetzt ganz allein.

Die einzige Macht, die ihm noch geneigt war, war England; allein England hatte das Vertrauen zu allem selbstständigen Auftreten Preußens verloren. Es sah ein, daß Preußen einem allgemeinen Sturme Europa's nicht gewachsen sey, und daß dieser Sturm dennoch ausbrechen werde, so wie sich Preußen länger widersetze.

Es fing daher, zum Theil auch aus Ueberdruß an der gänzlich prinziplosen Politik Preußens, geradezu dem preussischen Kabinete zu erklären, daß es seinerseits jetzt der schleswig-holsteinischen Sache ein Ende mache.

England hatte auch keine Lust, gerade damals mit Rußland einen Krieg anzufangen, und doch sah es vollkommen ein, daß dieses die unmittelbare Folge eines Sieges der Schleswig-Holsteiner seyn müsse.

Schon am 31. Juli trat daher England in diesem Sinne mit großer Bestimmtheit gegen Preußen auf; und eine zweite spätere Depesche war in einem noch bündigerem Tone abgefaßt.

Allein noch war auch Schleinitz am Ministerische. Er antwortete in ganz gleicher Bestimmtheit, daß er durchaus nicht auf irgend eine Maßregel eingehen könne und werde, welche die Rechte Deutschlands beeinträchtige.

Eben so vergeblich war auch eine Note Frankreichs, welche die vollständigste Einseitigkeit und Selbstständigkeit der Herzogthümer aussprach, aber dafür auch eine vollständige Trennung von Deutschland forderte.

Es war demnach klar, daß so lange Preußen diesen Rest seiner Selbstständigkeit mit wirklicher Energie vertheidigte, eine Beendigung der schleswig-holsteinischen Frage nicht auf diesem Wege erreicht werden konnte.

Von jetzt an mußten die übrigen Mächte Preußen, welches weder Ja noch Nein sagte, aufgeben, und es war klar geworden, daß die Beilegung der schleswig-holsteinischen Frage nur noch durch die Bewältigung Preußens von Oesterreich und dann im Namen des Bundes auf der Basis des alten Bundesrechts zu erreichen war; denn in der That würde England gewiß das Ministerium Radowiz gegen Oesterreich und Rußland mit derselben Kraft aufrecht gehalten haben, mit der es Friedrich den Großen im siebenjährigen Kriege unterstützte, wenn es irgend eine bestimmte Aussicht auf Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage durch Preußen vorausgesehen hätte.

England wußte also besser als die deutschen Mächte, in wie einem hohen Grade die schleswig-holsteinische Frage den Anstoß zu einem baltischen Kriege geben mußte.

Allein jetzt war England in der Lage, Preußen in seiner Opposition unterstützen zu müssen, ohne doch durch dieselbe zu irgend einem Ziele kommen zu können. Es hatte daher die Wahl, die haltlose Lage noch länger hinzuhalten, oder Preußen aufzugeben. Es that das Letztere; und nun nahte sich jetzt durch die kurhessische Frage der Fall des Ministeriums Radowiz, dieses Mittelstück von Wollen und Nichtwollen, und damit auch der Sieg Oesterreichs in Deutschland.

Mit diesem aber war nun auch das Ende der schleswig-holsteinischen Erhebung gegeben.

Während dieses geschah wurde die Lage der Herzogthümer immer unbestimmter; und mit einem schmerzlichen Interesse verfolgt man die Entwicklung der Widersprüche, die sich der ganzen Leitung, sowohl der militärischen als der politischen immer entschiedener bemächtigten.

Obwohl im Monate August 1850 absolut gar nichts äußerlich geschah, so ward derselbe dennoch für die folgende Zeit durch dasjenige entscheidend, was man unterließ.

Was zuerst die militärische Leitung des Generals Willisen betrifft, so war diese von der Art, daß es gewiß Wenige gibt, welche so herbe und wohlverdiente Vorwürfe auf sich laden möchten, als dieser zum Unglück Schleswig-Holsteins geborne Mann mit sich genommen hat.

Man braucht durchaus kein Soldat zu seyn, um zu verstehen, wie es kam, daß Einige ihn des offenen Verraths, Viele des entschiedensten bösen Willens, Alle aber der gänzlichen Unfähigkeit zur Führung eines Heeres offen beschuldigten.

Er hatte sich nämlich, — wie gesagt wurde — ohne Noth bis an die Eider zurückgezogen. Seine unglückselige aufrichtige Friedensliebe, die wahrlich schon hinreichend dokumentirt war durch Schritte, welche jeden andern General vor ein Kriegsgericht geführt hätten, gab ihm jetzt die Ueberzeugung, daß es richtig sey, erstlich die Dänen an der Schlei, am Danevirke und bei Eckernförde eine Stellung nehmen und besetzen zu lassen, die selbst für ein größeres Heer als das seinige uneinnehmbar erscheinen wußte.

Die Dänen, welche noch immer an einen solchen Plan an der Spitze des schleswig-holsteinischen Heeres nicht recht glauben wollten, arbeiteten mit außerordentlicher Thätigkeit an ihren Verschanzungen.

Das alte Danevirke wurde zu einer Festung, die rechts von den Sümpfen der Treene, links von der Schlei und von vorne durch Moräste und Gräben auf das stärkste geschützt war.

Der General Willisen hütete sich wohl, sie in dieser Beschäftigung zu stören, obwohl das Heer in wenigen Tagen seine Verluste wieder ersetzt hatte. Die Dänen gingen weiter.

Sie fingen an, erdrückende Requisitionen auszusprechen in ganz Südschleswig an Pferden, Lebensmitteln u. d. ja sie nahmen systematisch dem Lande die Mittel, auch im Falle eines Rückzugs ihres Heeres, der schleswig-holsteinischen Armee dienen zu können.

General Willisen sah immer ruhig zu, und obgleich er die Macht dazu hatte, so störte er die Dänen auf keinem Punkte in ihrem Vorhaben. Umsonst klagte und jammerte das Volk, umsonst knirschte das Heer: Willisen hielt jede Bewegung an, um zu beweisen, wie er die Diplomatie verstehe.

Umsonst sprach die öffentliche Stimme davon, daß Willisen wenigstens den Westen des Herzogthums Schleswig decken möge; Willisen blieb aber ruhig bei Rendsburg.

Indessen zeigten sich nach und nach dänische Partouillen auf dem linken Treene-Ufer. Die Dänen besetzten mit einigen hundert Mann Husum am 6. August, Friedrichstadt am 7., und Ebnningen am 10. August.

Die Einwohner schickten Deputationen über Deputationen nach Rendsburg nur um einige hundert Jäger bittend; den sie konnten sich damit hinter ihren tiefen Gräben mit einigen Kompagnien gegen eine große Uebermacht halten, wenn aber die Dänen so ganz frei kommen würden, so sind sie nicht nur verloren, sondern auch die Regierung verliert dann ihre junge Mannschaft, ihre Steuern und ihre Lieferungen.

Dieserwegen wollten sie gerne jedes Opfer bringen, und baten, man möge nur das Allergeringste thun. Willisen that aber nichts.

Er ließ vielmehr ruhig jeden wichtigen Punkt besetzen, und gestattete besonders, ohne einen Schuß zu thun, länger als einen Monat die vollständigste Befestigung Friedrichstadts durch die Dänen.

Friedrichstadt, berühmt durch sein unglückliches Schicksal, liegt zwischen der Treene und der Eider, an ihrem Zusammenflusse. Es ist fast von Natur eine Festung; gegen den Osten, gegen Rendsburg ist es geschützt durch die Deiche, die von tiefen und breiten Gräben umgeben sind, und nur zwei Wege führen bis an die Stadt.

In Kopenhagen wird jeder Kadett entlassen mit dem Grundsatz aller defenstren Kriegführung Dänemarks gegen den Süden, daß auf schleswigischem Boden Friedrichstadt im Westen und Danevirke im Osten die natürlichen Schutzwälle Dänemarks sind.

Willisen ließ den Dänen Friedrichstadt und Danevirke, und gab ihnen die volle Zeit, sie mit allen Mitteln der Kunst zu besetzen. Der Verdruß des Landes über den General stieg daher immer mehr, denn die Dänen drückten dabei das Herzogthum immer härter.

Schon im Monat August berechnete man die Zahl der flüchtigen Familien auf tausend, endlich fingen die Dänen an, auch die Frauen auszuweisen; und so wurden aus Husum allein 56 Frauen und Kinder ausgewiesen; nach Verhältniß noch mehr oder weniger an andern Orten.

Aber diesen General den das Unglück der Herzogthümer an die Eider gebracht hat, rührte dieses Unglück, daß ihm folgte, und welches er hätte ändern können durchaus nicht, und er stand immer ruhig bei Rendsburg; ja es gab sogar noch Einige, die ihn in seinem Nichtsthun noch vertheidigten.

Sie sagten nämlich, er lasse die Dänen im Westen festsetzen um die Hauptstellung schwächer zu machen, und sie dann am Daneverke anzugreifen. Aber er hatte bereits das ganze Vertrauen verloren, und die öffentliche Meinung hatte nur zu sehr recht; denn wirklich ließ er die Dänen sich ausbreiten, verstärkte seine Armee — aber er griff dennoch keineswegs die Dänen an.

Immer hofften die Herzogthümer auf einen Angriff, und dieses am meisten den 7. August, als das Laboratorium in Rendsburg mit einem solchen furchtbaren Stöße aufflog, daß die ganze Stadt erschütterte, die Dächer zerrissen, die Fenster zerschlagen und mehrere Häuser demolirt wurden.

Es war eine furchtbare Katastrophe die nicht weniger als 87 Menschen das Leben kostete. Die Dänen welche glaubten, diese Verwirrung benutzen zu können, machten jetzt einen Angriff längs der ganzen Linie; als sie aber die Armee auf ihren Posten fanden, zogen sie sich wieder zurück.

Eben so resultatlos war das Gefecht bei Duvensiedt und bei der Stentermühle, wo die Dänen geworfen wurden.

Hier sah man zum ersten Male Heinrich von Gager n als Major im schleswig-holsteinischen Dienste. Der Staatsmann aus der Pauluskirche und aus Gotha, hatte sich dieses Ende seiner Laufbahn gewählt, jedoch erweckte er mehr Neugierde als Erstaunen; seine Zeit war dahin, denn er konnte mehr weder nützen noch schaden.

Hätte er die Lage der Armee unter Willisen zu beurtheilen verstanden, so hätte er gewiß nicht seine Dienste angeboten; denn in der That verschlimmerte sich die Sache von Tage zu Tage; und doch war noch lange nicht das Maß voll, welches dieser General den Herzogthümern zu bieten hatte.

Die Statthaltertschaft war indessen, wenn auch mit Mühe zu der Einsicht gekommen, daß die Führung Willisen's in jeder Weise eine verderbliche sey; sie war aber jetzt in einer peinlichen Lage.

Sie hatte nicht den Muth sich zu sagen, daß die Herzogthümer verloren seyen, wenn sie unter diesem General bleiben würden, und eben so wenig den Muth, denselben zu entscheidenden Maßregeln zu zwingen. Sie belagerte ihn freilich fast täglich mit Witten um Angriffe; allein sie kam natürlich damit nicht weiter.

Die Spannung stieg, aber der General wußte von Bonin's Zeit her, daß er dieser Regierung ohne Gefahr alles bieten könne. Er glaubte außerdem, daß die Herzogthümer dennoch verloren seyen, da ganz Europa gegen sie stehe.

Er hatte endlich wohl den Muth in Proklamationen und Versprechungen sein Wort zu geben, daß er mit dem letzten Manne ausbarren werde, aber zu halten, was er auf diese Weise versprochen hatte, beabsichtigte er kaum, wie die Folge auch zeigte.

Im Gegentheile suchte er eifrig nach einer Gelegenheit, seine Entlassung zu bekommen; zu irgend etwas Entscheidendem war er aber durchaus nicht zu bringen.

Er setzte jeder Forderung die Behauptung entgegen, daß die Armee zu schwach sey, und die Regierung hatte nichts darauf zu erwidern; so daß der General immer die Oberhand behielt.

Die beiden obersten Gewalten der Herzogthümer entfremdeten sich täglich mehr, und so war bei der Lage dieser Verhältnisse ganz bestimmt vorauszusehen, daß an einen glücklichen Ausgang nicht mehr zu denken sey.

Indessen stieg der Unmuth des Landes immer mehr. Es trug bisher eine ungeheure Last ohne Murren, aber es wollte auch, daß seine Kräfte nicht unnützer Weise vergeudet würden.

Ueber kurz oder lang mußte die Statthaltertschaft der öffentlichen Meinung nachgeben, was ihr offenbar das Peinlichste vor Allem war.

Sie hatte einmal das Prinzip, es, wenn es seyn mußte, mit Allem, nur nicht mit der Meinung der Höfe verderben zu wollen, daß sie Allem, was demokratische oder liberale Tendenz genannt wurde, entschieden feindlich gesinnt sey.

Sie kam dadurch nach und nach in eine Lage, die nicht besser als durch die Worte der »Daily News« geschildert werden kann, welche Zeitung in einem Artikel sagte: »Ein großer Theil der demokratischen Parthei unterstützte die Statthaltertschaft, jeden Groll und jede Zwietracht vergessend.

Aber gerade diese Thatsache scheint die Diplomaten und mit ihnen die Statthaltertschaft beunruhigt zu haben. Gewiß ist, daß die Statthaltertschaft es für passend erachtete, öffentlich und offiziell Garantien zu geben, um zu zeigen, daß ihre Tendenz die Demokratie nicht begünstige.

Sie hat die Reihem der Armee fast aller Welt eröffnet, aber zu gleicher Zeit hat sie speziell alle Deutschen ausgeschlossen, die in Baden, Ungarn und Italien gedient haben.

Bei der Anstellung von Offizieren hat sie die Dienste zurückgewiesen von hervorragenden und ausgezeichneten Soldaten, weil sie als Demokraten in den verschiedenen deutschen Kammern oder in den Schlachten der Armeen der neuesten Zeit kompromittirt waren.

Der Moment nach der Schlacht bei Zstedt wurde benutzt, um einen Steckbrief gegen Konge zu erlassen, und Prozesse zu beginnen nach der Weise derjenigen, die von der Central-Kommission des alten Bundestags gegen Demokratie und Demagogie eingeleitet wurden.

Folgendes in wenigen Worten ist die Lage der Angelegenheiten. Die Parthei Gager n, das Justemilieu *) herrscht mit ihren halben Maßregeln, ihrem halben Muth und ihrer halben Hingebung.

Dieser Geist der Unentschlossenheit, oder vielmehr der Wunich, halbwegs zwischen Energie und Lästigkeit, zwischen dem Schwerte und der Diplomatie stehen zu bleiben, braucht nur noch etwas länger anzuhalten — und die schleswig-holsteinische Sache ist verloren — So urtheilten Fremde, und sie urtheilten auch richtig.

*) Die richtige Mitte, Spottname für die gemäßigte politische Parthei im neuesten Frankreich.

Hatte doch unter dieser Regierung abgesehen von den demokratischen Richtungen, daß im Allgemeinen gewiß hochgebildete Schleswig-Holstein nicht einmal ein Geschworenengericht und eine Landgemeinde-Ordnung erhalten können.

Welche Hoffnungen konnte die äußere und innere Entwicklung des Landes von diesem Systeme haben? Indessen trat aber eine dringende Frage immer näher, und dieses war die Heffrage.

Die bisherigen Mittel waren erschöpft, und das Heer war vermehrt worden. Das Land mußte eine außerordentliche Anstrengung machen, wozu man die Landes-Versammlung berufen mußte.

Wohl war dieses keine angenehme aber dennoch eine unumgängliche Nothwendigkeit, und so erließ nun die Regierung das Patent, auf welches am 9. September 1850 die Landes-Versammlung zusammen kam.

Die Elemente der Erhebung waren aufs Aeußerste in Anspruch genommen, und die Hoffnungen aufs äußerste getäuscht — und was schon im April und Mai 1848 den Freunden der schleswig-holsteinischen Sache von Männern, welche die Verhältnisse kannten gesagt, und immer wiederholt worden ist — Schleswig-Holstein ging verloren; es ging verloren durch die Schuld seiner Regierung und durch die Schuld Preußens.

Nur eines war trauriger als dieser beklagenswerthe Untergang Schleswig-Holsteins durch Preußen, und dieses war der Niedergang eben dieses Preußens selbst.

Aber freilich das war ja gerade von jeher der Grund des Zweifels an dem glücklichen Ausgange der schleswig-holsteinischen Sache gewesen, daß man gerade von der Unfähigkeit Preußens, seinen hohen Beruf in Deutschland zu erfüllen und sich selbst nicht zu verlieren, indem es sich an Deutschland hingab, überzeugt gewesen.

Wie traurig, daß man Recht haben mußte — mehr selbst, als man es erwartete. Werfen wir zunächst einen Blick auf die Konstellation oder Stellung der Elemente, wie sie bei dem Zusammentritte der neuen Landes-Versammlung der kommenden Bewegung zum Grunde lag.

Was zuerst die Statthalterschaft betrifft, so hielt sie trotz des Abgangs des Herrn von Harbou und trotz der dringendsten Abmahnungen der Freunde der schleswig-holsteinischen Sache, trotz der Niederlage ihrer Politik in der frühern konstituierenden Versammlung, absolut an Preußen fest in der Meinung, daß die preussische Politik noch immer ein Interesse an den Herzogthümern als solchen habe.

Es störte sie dabei nicht, daß Preußen durchaus die Regierung Schleswig-Holsteins außer aller Kunde der Verhältnisse ließ, eben so wenig daß Preußen die Ratifikation des Friedens vom 2. Juli, dem sie sich widersetzt hatte, mit allem Eifer betrieb. Zugleich aber wollte diese Regierung dennoch auch eine selbstständige Politik befolgen.

Sie beabsichtigte neben dem Anschlusse an Preußen, welches die Unterwerfung der Herzogthümer unter Dänemark ganz offen betrieb, zugleich die Fortsetzung des Krieges mit demselben Dänemark. Ein solcher Widerspruch konnte also zu keinem glücklichen Resultate führen.

Die Landes-Versammlung, in welche durch die Wahl viele neue Elemente hineingekommen waren, war mit dem Volke der Herzogthümer zugleich im höchsten Grade unmuthig über die Kriegführung, aber bereitwillig die größten Opfer zu bringen, wenn nur irgend etwas geschah.

Diese Opfer forderte die Regierung und die Versammlung brachte sie, aber es geschah dennoch nichts. Der General Willisen war der Einzige der ganz klar wußte, was er wollte.

Er wollte unter keiner Bedingung mit dem ihm zur Kriegführung anvertrauten Heere wirklich Krieg führen; dagegen wollte er, nachdem er die Schlacht von Joldedt verloren hatte, jetzt seine aufrichtige Friedensliebe dadurch an den Tag legen, daß er bei der ersten besten Gelegenheit den Platz als kommandirender General verließ, auf dem er sein Wort gegeben hatte, mit dem letzten Mann ausbarren zu wollen.

Er drängte die Statthalterschaft beständig um seinen Abschied, denn er wußte, daß es sehr schwer seyn würde, jetzt einen neuen Kommandanten zu finden; aber ihm kam es ja auch nicht darauf an, die Herzogthümer zu vertheidigen, sondern persönlich in keine ernstliche Kollision, besonders mit der preussischen Politik zu kommen.

Die Statthalter dagegen, welche theils es für sich selbst wünschten, theils auch der Landes-Versammlung gegenüber sich genöthigt sahen, doch irgend etwas zu thun, drängten wieder den General zum Angriff.

Dieser fand endlich den Ausweg, in den Kämpfen bei Missunde und Friedrichstadt einen Theil des schleswig-holsteinischen Heeres sich ruiniren zu lassen, und dadurch der höhern Politik, sich selbst und den Feinden von Schleswig-Holstein zu genügen, wenn er auch, wie er selbst gesteht, recht gut wußte, daß er seinen militärischen Ruf dabei gänzlich einbüßen werde.

In Preußen selbst breitete sich indessen im tiefsten Geheimnisse die Katastrophe des Eintritts von Manteuffel in das auswärtige Ministerium, und damit das gänzliche Aufgeben der Politik Preußens als Großmacht vor. Dieses mußte jetzt in jedem Falle bestimmt über die Herzogthümer entscheiden.

So lange das Ministerium Radowig noch in Berlin war, hatten die Herzogthümer noch einen gewissen freien Spielraum; es hatte noch einen Sinn, wenn die Statthalter, jede Intervention durch Preußen für unmöglich haltend, auf rasche und selbstständige Aktion des Generals von Willisen drangen.

Allein schon während dieser Zeit bereitete sich der Sieg der neupreussischen Partei und die Unterordnung Preußens unter Oesterreich vor.

Willisen war viel besser über diese Verhältnisse in Berlin unterrichtet als die Statthalterschaft,

denn er stand ja in einer beständigen und vertraulichen Korrespondenz mit dem General Storchhausen, nämlich dem preussischen Kriegs-Minister.

So wenig aber auch die Verständigen in den Herzogthümern Vertrauen zu Willisen hegen konnten, so waren doch die Dinge von der Art, daß es gefährlich schien, die Stellung dieses Mannes anzugreifen; da man keinen andern General finden konnte, und die Regierung selbst keine andere Kraft hatte, als ihn gewähren zu lassen was er wollte.

Daher nun das Schweigen in den Herzogthümern über diesen Mann; ein Schweigen, was gewiß ein großes Opfer war, welches man dem Ganzen brachte.

Der Graf Reventlow eröffnete die Landes-Versammlung mit einer sehr angemessenen Rede, worin er sagte, daß die Herzogthümer an den zu Frankfurt wegen Neugestaltung des deutschen Vaterlandes eingeleiteten Verhandlungen nicht betheiligt seyen, und daß das Département der auswärtigen Angelegenheiten in keiner ämtlichen Verbindung mit fremden Regierungen stehe.

Weiters sagte er: »Wir entbehren ihres Schutzes, sind aber in unsern Entschlüssen unbehindert und vertrauen in dieser vereinzeltten Stellung auf die Gerechtigkeit unserer Sache, und unser gutes Schwert.«

Im übrigen forderte er die Versammlung auf, die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu bewilligen. Wunderbar aber, wie er daneben ganz unverhohlen sagte: »An dem fernern Ausbau der Organisation zu arbeiten, erscheine der Regierung nicht gerathen.«

Das Land hatte aber noch gar keine Spur einer neuen Organisation erhalten, und die Schleswig-Holsteiner schämten sich, die Einzigen in ganz Deutschland zu seyn, die weder ein Strafgesetz noch einen Strafprozess, weder eine Schwurgerichts-Ordnung noch ein Gemeinde-Gesetz, weder außer jener im Jahre 1814 im dänischen Sinne gegebenen Schulordnung eine neue Schulordnung noch eine Gerichts-Versaffung im Geiste der neuern Zeit hatten.

Noch immer bestanden hier in diesem Lande der Ruhe und Ordnung die alten Privilegien, die alten Verhältnisse; und wenn sie also jetzt nicht einer neuern Gestaltung der Dinge Platz machten, was sollte dann erst werden, wenn Dänemark zur Herrschaft kommen würde.

Und welch ein klägliches Verhältniß, wenn das so viel verhasste und verklagte Dänemark endlich gar den Herzogthümern diese Institute geben wird, die ihre eigene Regierung ihnen drei Jahre beharrlich versagt hatte? Und doch mußte man jetzt der Regierung gegenüber schweigen, denn sie war zwar nicht besser, aber wohl unentbehrlicher als alle diese Institute.

Der Anfang der Sitzung zeichnete sich dadurch aus, daß der Graf Reventlow-Fersbeck einst Mitglied der gemeinschaftlichen Regierung nach dem Staatsgrundgesetze, jetzt die auf ihn gefallene Wahl der großen Grundbesitzer zwar annehmen, aber dabei erklären zu müssen glaubte, daß er die Gültigkeit des Staatsgrundgesetzes nicht anerkenne.

Dieses war aber ein bedenkliches Zeichen; und daher schloß ihn nach einer kurzen und heftigen Debatte die Versammlung aus.

Am 10. September nahmen die geheimen Sitzungen über die Kriegserfordernisse ihren Anfang. Die Bedürfnisse des Landes wurden der Versammlung vorgelegt, und eine Kommission darüber niedergesetzt.

Die Regierung beantragte eine gezwungene Vermögensanleihe und zwar von ungefähr vier Prozent des gesammten Vermögens, auch beantragte sie eine Staatsanleihe und endlich die Herausgabe eines neuen Papiergeldes.

Die allgemeine Stimmung in der Landes-Versammlung war sehr bestimmt und entschieden. Sie drückte das Absolute und allgemeine Mißtrauen mit der Kriegsführung des Generals aus. Sie wollte dem Lande die größten Opfer auferlegen, sie wußte, daß das Land dieselben tragen könne und werde; aber sie wollte dafür auch Handlungen — Versuche des Generals wenigstens, die Dänen anzugreifen sehen.

Dieses wurde mit großer Bestimmtheit bereits im Anfange der Sitzung ausgesprochen, und die Statthalterschaft theilte diese Ansicht.

Der General Willisen wurde jetzt gedrängt, und er entschloß sich endlich, dem Lande diese Genugthuung zu geben; jedoch in der Art, daß er selbst nicht siegte. So entstand nun der Tag bei Mißunde.

Der Feind hatte nämlich, seit dem 26. Juli in ganz ungestörter Ruhe, sich in Eckernförde festgesetzt, die Stadt befestigt, seine Schiffe in den Hafen gelegt, und diese Stellung sehr schwer einnehmbar gemacht.

Die Fregatte Gesion lag hier seit anderthalb Jahren. Preußen hatte sie, ein Schiff, welches die Schleswig-Holsteiner erobert hatten, für sein Eigenthum erklärt, und hatte die preussische Flagge darauf aufgezogen.

Als die Dänen ankamen, forderten sie, daß Preußen seine Flagge streiche, und — kaum glaubbar, — Preußen strich seine Flagge und zog die weiße neutrale Flagge auf.

Die Dänen quälten nun die Besatzung der Fregatte in jeder Weise, aber Preußen kümmerte sich nicht darum. So lag dieses schöne Schiff zum Ruhme von Schleswig-Holstein und zur Schmach von Deutschland im Hafen von Eckernförde.

Die Eckernförder Schanzen waren demolirt. Zwischen Eckernförde und Mißunde hatten die Dänen, um die Verbindung herzustellen, bei Kochendorf eine starke Verschanzung mit einem Hüttenlager angelegt; doch waren keine Kanonen aufgeföhren.

Der Uebergang über die Schlei, der einzige Punkt, von welchem aus die Stellung der Dänen bei Schleswig angegriffen werden konnte, und den Willisen am 27. Juli mit 5000 Mann ganz frischer Truppen geräumt hatte, ohne einen Feind zu sehen, war jetzt von den Dänen besetzt, eine Brücke gebaut, ein Brückenkopf angelegt und mit starken Geschütz versehen worden.

Dieses war die Stellung, welche von den schleswig-holsteinischen Truppen am 12. September ange-

griffen ward. Die Armee hatte sich lange, fast mit Verzweiflung, nach irgend einer militärischen Bewegung gesehnt. Die Begeisterung war groß als man hörte, daß ein Angriff beabsichtigt werde.

Das Offiziers-Korps und die Gemeinen begriffen dasjenige, was sie für den Plan des Generals hielten, er hatte aber die Meinung verbreitet, daß das Centrum der Dänen bei Danevirke angegriffen sey.

Man glaubte jetzt, daß es sich darum handle, durch die Eroberung von Missunde es zu umgehen, die feindliche Stellung bei Eckernförde unhaltbar zu machen, und so die Hauptschlacht vorzubereiten.

Man glaubte wenigstens die halbe Armee werde zu diesem Zwecke marschiren, — aber was geschah? — Die halbe Armee war allerdings unter Waffen, aber nur ein Bataillon, nämlich das erste bekam Befehl, einen Angriff vorzunehmen; und das zweite und fünfte Jäger-Korps wurde ihm beigegeben nebst einigen Kanonen.

Das Bataillon rückte aus, und marschirte auf Kochendorf, nahm die Schanze wie im Sturmwind mit gefälltem Bajonette, schlug eine dänische Infanterie Kolonne, die von Missunde her vorrückte, jagte sie vor sich her und stürzte sie mit einem so gewaltigen Stoße auf den Brückenkopf, daß es diesen im ersten Anlaufe nahm.

Jetzt eröffneten die Dänen ein mörderisches Feuer von dem andern Ufer; aber die schleswig-holsteiner ließen sich keinen Augenblick aufhalten. Mit dem Bajonette Alles vor sich niederwerfend, drangen sie auf die Brücke, wo ein heftiger Kampf Statt fand; aber der Sieg war nicht zweifelhaft. In zehn Minuten hatte der zehnte Theil des Heeres den Uebergang erobert, Missunde war den Schleswig-Holsteinern, und das uneinnehmbare, unangreifbare Danevirke war nicht mehr zu halten.

Zu gleicher Zeit war Eckernförde genommen worden. Die Dänen welche hier nicht stark waren, flüchteten sich auf ihre Schiffe, und schossen von da aus einige Häuser in Brand.

Die Fregatte Gession lag so nahe am Strande, daß sie hofften, sie würde mit verbrennen, da eine Bombe auf ihrem Verdecke platzte; aber sie litt dennoch keinen Schaden.

Jetzt kam die Nachricht von Missunde her; wo es nun klar war, daß der ganze rechte Flügel der Dänen vollständig geschlagen sey. Der Jubel war schon ungeheuer; da eilte aber in demselben Augenblicke eine Ordonnanz des Generals Willisen herbei mit dem Befehle, um jeden Preis sich von Missunde und Eckernförde zurückzuziehen.

Der Oberst Gerhard an dem dieser Befehl gekommen war, weigerte sich, aber Alles blieb umsonst, er mußte sich zurückziehen.

Die Dänen merkten jetzt, wie die Sachen eigentlich stehen und landeten wieder bei Eckernförde, — gingen bei Missunde vor, — nahmen jene 70 Mann, welche den Brückenkopf und die Brücke behaupteten gefangen — brannten das Hüttenlager bei Kochendorf ab, und verließen die Verschanzung.

Eine tiefe Empörung bemächtigte sich jetzt der Gemüther über diesen Verlust, und wer bisher noch gezweifelt hatte, dem ward jetzt die Sache klar.

Das Heer gehorchte nur noch aus Gesellichkeit — der gemeine Soldat fing an, dem General zu fluchen, die Offiziere schwiegen — und so wurde die Stimmung immer düsterer, aber das Heer hielt dennoch festen Stand, es wußte wohl, daß sein Glück dahin sey; aber es wollte mit Ehren fallen.

Die Statthalter waren, so weit ihre Stellung und ihre Auffassung das erlaubten, sehr unzufrieden mit dieser Operation; Graf Reventlow ging wieder nach Rendsburg. Es kamen Deputationen aus Westen, welche das Unglück desselben erzählten.

Die Landes-Versammlung wollte gleichfalls um jeden Preis eine ernsthaftere That, und so belagerte man den General Willisen auf alle mögliche Weise, er aber weigerte sich standhaft mit den Worten: »Er könne mit seiner Armee nichts ausrichten, sie sey an der Zahl zu schwach, — ihm fehlten die nöthigen Geschütze, Pontons, Train und noch mehr anderes Kriegsgeräthe.

Die Statthalter erklärten dagegen, daß sie sich nur wundern müßten, warum er dieses nicht früher gesagt habe; übrigens solle er noch immer Alles haben, was er nur fordern wolle, jedoch solle er angreifen.

General Willisen gab jetzt auch dieser Erklärung nach; allein die Tage von Friedrichstadt bewiesen, in welchem Sinne er nachgegeben hatte.

Friedrichstadt war, wie gesagt, von den Dänen stark besetzt, wobei ihnen die natürliche Lage noch in jeder Weise zu Hilfe kam.

Sie hatten im Grunde nur die Ostsee im Auge, denn im Süden schützte sie die Eider. Im Norden hatten sie die Verbindung mit Hufum aufrecht gehalten, im Westen waren sie durch die eiderstedter Marsch geschützt. Auf der Ostsee aber führt nur ein einziger Weg zur Stadt, und dieser Weg, die Straße nach Sneh, ist ein Damm.

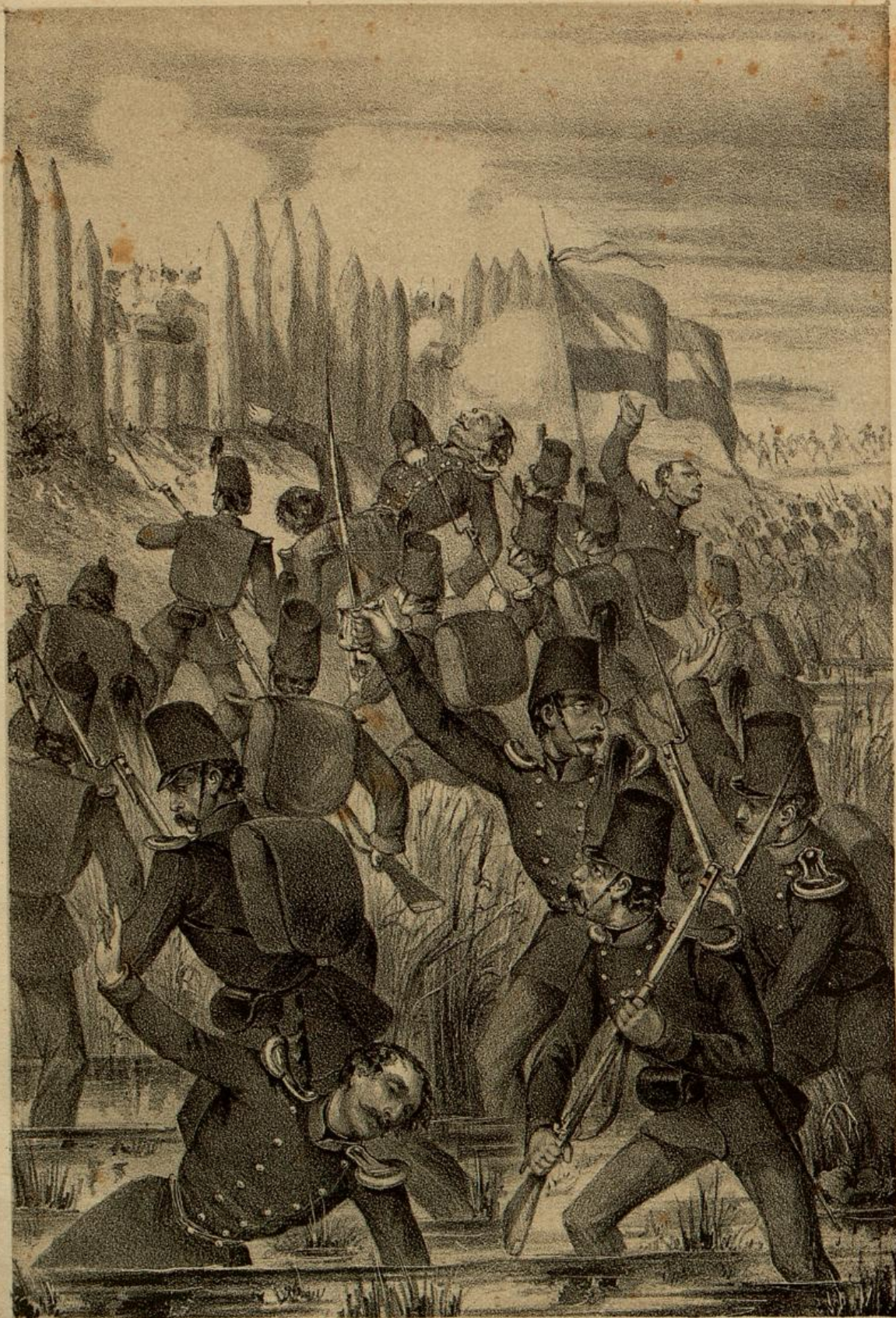
Hier schoben die Dänen eine kleine Batterie vor; — hinter derselben war eine starke Schanze, hinter dieser ein Blockhaus, wieder eine Infanterie-Schanze, und dann erst kam der Treene-Deich mit seinem Graben. Hier hinter diesem Deiche singen erst die Hauptwerke der Dänen an, nämlich ein langer Schanzwall mit Infanteriemassen und Batterien besetzt.

Alles dieses war mit Gräben, Palissaden und andern Mitteln der Vertheidigung wohl versehen; und hinter allem diesen kam erst die Stadt selbst mit einem Graben von ansehnlicher Breite.

Auf diesem Punkte, der in der That fast uneinnehmbar genannt werden mußte, beschloß nun der General Willisen — wie er sagte — gegen seinen Willen, die Stadt anzugreifen.

Es war schlechtes regnerisches Wetter in dieser Zeit, der Marschboden war aufgeweicht; die Truppen mußten im Freien bivouakiren, und die Geschütze konnten nur mit äußerster Anstrengung vorwärts gebracht werden.





Lattacco presso Friedrichstadt.

A megtámadás Friedrichvárosnál.

Am 29. September, während die Landes-Versammlung in Kiel tagte, fing der Angriff an. Es konnte natürlich nichts seyn als ein furchtbarer Artilleriekampf und zu nichts führen als zur Einäscherung und Zerstörung der armen Stadt.

Es wurden Geschütze auf der Straße aufgefahren, vier Kanonenboote auf der Eider stationirt, und eine schwere Batterie der Friedrichstadt gegenüber auf dem südlichen Ufer der Eider hergestellt; worauf ein fürchterliches Feuern und Kanonendonnern anfang, welches vom 29. September bis zum 4. October fast ununterbrochen fortdauerete.

Die halbe Stadt lag schon in Asche; Alles war vernichtet, nur nicht die Befestigungen der Dänen. Es war bekannt und auch Thatsache, daß das Hauptwerk der Dänen überall noch gar nicht berührt worden war, und dennoch kommandirte man den Sturm, was auch wirklich am 4. October geschah.

Die schleswig-holsteinischen Truppen mit dem halben Leibe im Wasser, drangen auf die Außenwerke vor; welches man wahrhaft den tollkühnsten, aber noch besser gesagt, den unvernünftigsten Angriff, der jemals geschehen ist, nennen konnte.

Die Truppen wußten es, daß man sie zur Schlachtbank führe, aber sie stürmten mit einem Muthe, den selbst ihre feindlich gesinnten Landsleute bewunderten, ja sogar die Dänen bedauerten, da kein Mensch auch die entfernteste Möglichkeit sah, mit diesem Sturme etwas auszurichten.

Nicht einmal die Palissaden der Vorwerke waren vernichtet, und dagegen mußten die Truppen mit dem Bajonette marschiren.

Die brennende Stadt im Hintergrunde erleuchtete das traurige Schauspiel. Nachdem schon über 300 Mann, und darunter mehrere der tapfersten Offiziere gefallen waren, hielt man erst an, und somit war der Sturm abgeschlagen.

General Willisen war gar nicht gegenwärtig, da er es in vordinein schon wußte, daß auf diesem Punkte die Stadt nicht zu nehmen sey, auch wußte er, daß die offene Verbindung mit Husum jeden Verlust der Dänen in Friedrichstadt wieder gut machen konnte.

Indessen stellte er seine Truppen vor der schleswigischen Stellung der Dänen auf, als erwarde er, daß die Dänen zum Schutze der Friedrichstädter-Befestigung eine Diversion machen würden; die Dänen aber wußten sehr gut, wie sicher Friedrichstadt sey, und ließen den General ruhig stehen.

So endete der Kampf bei Friedrichstadt; er war der letzte Kampf, den das schleswig-holsteinische Heer zu bestehen hatte. Von jetzt an glaubten auch die Freunde Preußens nicht mehr an diesen General; es blieb aber noch Eines, er hatte nämlich zum Vorwande seiner Unthätigkeit die Schwäche des Heeres genommen.

Es war an der Landes-Versammlung, hier zu helfen. Sie wollte Anfangs als Bedingung ihrer Bewilligung eine bestimmte Erklärung über die militärischen Operationen. Sie gab sich aber zufrieden, als man ihr erklärte, daß man eine solche Mittheilung nicht machen könne, und bewilligte ohne alle weiteren

Bedingungen statt der viel niedrigeren Anforderung der Regierung aus eigenem Antriebe die Mittel zur Vermehrung des Heeres um zehntausend Mann.

Sie legte dem Lande die Vermögens-Anleihe von durchschnittlich vier Prozent des Gesamt-Vermögens auf, welche das Land unweigerlich bezahlte; ja sie ließ zugleich alle weitem Untersuchungen über die politischen Verhältnisse fallen; übergab noch einmal die Sache der Regierung, und vertagte sich dann am 5. October, nachdem sie zugleich eine Ansprache an das deutsche Volk erließ.

Doch am 3. October war der preussisch-dänische Friede in Frankfurt ratifizirt, die Bregenzer-Verträge waren geschlossen, Oesterreich und Preußen waren einig über die Nothwendigkeit einer gemeinschaftlichen Intervention in Holstein; es handelte sich also nur noch um die Form derselben.

Die Statthalter aber, froh über den Verlauf der Sachen in der Landes-Versammlung, eilten nach Rendsburg, um dem General die Bewilligung des Geldes und der Truppen mitzutheilen.

Der aber von Berlin her schon früher sehr gut unterrichtete General von Willisen, über die Vorgänge in Bregenz und Frankfurt antwortete den Statthaltern mit der Bitte um seine Entlassung.

Er äußerte dabei, daß er an seinem Rufe durch die Unternehmung auf Friedrichstadt wesentlich benachtheiligt sey, könne nicht angriffsweise verfahren, und kann überhaupt die Ansichten der Statthalter nicht durchführen. Die Rücksicht auf seinen Ruf, eben so sehr als die auf die edle und gerechte Sache nöthigten ihn, um einen Wechsel im Ober-Kommando zu bitten.

Die Statthalterschaft, die im Namen des Landes so große Opfer gebracht hatte, um diesen General zu gewinnen, war jetzt wohl sehr erbittert, allein für den Augenblick war ihr wirklich unmöglich, einen neuen General zu bekommen. Sie gab also nach, mußte aber versprechen, nicht mehr auf angriffsweise Bewegungen dringen zu wollen.

Der General konnte also jetzt ruhig bleiben, und konnte den Verlauf der Dinge in Deutschland ruhig ansehen. Würde der Minister Radowiz in Berlin siegen, und würde der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich ausbrechen, so wäre er mit dem schleswig-holsteinischen Heere, welches jetzt auf 38,000 Mann gebracht ward, der wichtigste preussische General im Norden gewesen.

Würde der Minister Mantuffel siegen, und Preußen die Sache als verloren aufgeben, so ist der General von Willisen durch nichts kompromittirt, die schleswig-holsteinische Sache blieb vollkommen führerlos in den Händen der neuen Politik. Willisen würde dann endlich wirklich seinen Abschied nehmen, und konnte, nachdem er somit die Herzogthümer entwaffnete, des Dankes von Preußen und Oesterreich gewiß seyn.

Die neuern Schriften über die österreichisch-preussischen Verhandlungen, die damals Niemand durchschaute, die aber dem Generale Willisen sehr wohl bekannt waren, haben den Herzogthümern erst die Augen geöffnet.

Willisen wartete also unbekümmert um jene edle und heilige Sache ruhig den Zeitpunkt ab, wo die Entscheidung zwischen Radowiß und Mantouffel gefallen war.

Und kaum hatte er von dem General von Stocckhausen den Bericht über die Niederlage der Kriegspartei und des Ministeriums Radowiß am 2. November in seinen Händen, als er sich auch gleich hinsetzte, und nochmals um seine Entlassung bat, nachdem er erklärte, daß er zurücktreten würde, wenn die Centralgewalt die Sistirung des Krieges befehlen, die Statthaltertschaft aber die Fortsetzung desselben fördern sollte.

Dieses war sehr schlaue Berechnung, denn Willisen, welcher Mantouffel und Stocckhausen von Berlin, und die Oesterreicher noch von Italien her sehr gut kannte, wußte, daß nach dem Falle von Radowiß, Oesterreich und Preußen den schleswig-holsteinischen Krieg inhibiren oder untersagen würden.

Er wußte auch, daß die Statthalter, wie dieses die sogleich anzuführenden Verhandlungen zeigen, wahrscheinlich dem sich widersetzen werden.

Er selbst hatte sich also, wie das mit seiner ganzen politischen und sittlichen Denkweise zusammenhing, bei Zeiten in den Fall gesetzt, nicht gegen deutsche, am wenigsten gegen preußische Truppen zu kämpfen. So war Willisen in Sicherheit, und jetzt entschieden ganz einfach die Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen.

Nachdem nun am 3. October 1850 der Friede vom 2. Juli in Frankfurt von allen deutschen Mächten ratifizirt war, kam es darauf an, ihn wirklich auszuführen. Die Herzogthümer hatten aber diesen Frieden nie anerkannt. Der Krieg derselben gegen Dänemark war in den Augen von ganz Europa ein höchst gefährlicher Zustand im Norden.

Die Beschlüsse des Bundes mußten Holstein gegenüber zur Geltung gebracht werden. Es kam darauf an, welches von Beiden, ob Preußen oder Oesterreich das Ziel erreichen würde.

Der General Radowiß, damals noch am Ruder in Berlin, wußte durch seine persönlichen Verbindungen in Holstein, daß die großen Grundbesitzer und besonders die Ritterschaft den Frieden dringend wünschten; in welchem Sinne, davon hatte Graf Reventlow-Jersbeck, ein Verwandter des Generals durch seine Erklärung gegen das Staatsgrundgesetz ein bedeutsames Zeichen gegeben.

Er schickte dieserwegen den General Hahn, der in den Herzogthümern durch sein Kommando in Schleswig unter der Landesverwaltung in einem hohen Grade beliebt war, nach Kiel mit einer Note, worin er die Statthaltertschaft aufforderte, sich jedes weiteren Angriff-Verfahrens zu enthalten, und sich bereit zu erklären zu einem neuen militärischen Waffenstillstande die Hand zu bieten.

Die Statthalter beeilten sich zu antworten, daß sie sehr gerne zu einem Waffenstillstande die Hand bieten würden, wenn die dänischen Truppen das süd-

liche Schleswig bis zur Demarkationslinie räumen wollten.

Radowiß, der die Macht hatte, dieses von Dänemark zu erreichen, antwortete schon am 30. October, daß er das Schreiben der Statthaltertschaft mit Befremden erhalten habe; daß das Aufgeben jedes regressiven Verhaltens die erste und unerläßlichste Bedingung sey dafür, daß irgend ein Organ des deutschen Bundes dem Bundesgebiete des Herzogthums Holstein wirksamen Schutz angedeihen lassen kann, daß es sich bloß um einen militärischen Waffenstillstand handle, und daß die preussische Regierung, wenn die Statthaltertschaft darauf bestehen würde, einen weiter gehenden Vertrag schließen zu wollen, sich jeder weitem Vermittlung zu enthalten habe.

Darauf antwortete die Statthaltertschaft, daß die Lage der Herzogthümer es ihr unmöglich machte, einen rein militärischen Waffenstillstand abzuschließen; daß überdies in Deutschland kein gemeinsames Organ, durch einen solchen Waffenstillstand werde erreicht werden können.

Zugleich mit der preussischen Note vom 30. October war aber auch eine Note des Grafen Thun von Frankfurt aus im Namen des Bundestags in Kiel angelangt, in welcher der Statthaltertschaft unter Anfügung der betreffenden Bundesprotokolle erklärt wurde, daß die Bundesversammlung im Willen sey, den Friedensvertrag vom 2. Juli zur wirklichen Ausföhrung zu bringen, wie dieses in der Sitzung vom 25. October beschloffen worden sey.

Die Bundesversammlung erklärte daneben, daß sie den Bundesbeschluß vom 17. September 1846 als Grundlage ihrer Thätigkeit betrachten, und daß sogleich eine Kommission des Bundes nachfolgen werde, um für den Vollzug jenes Beschlusses vom 25. October zu sorgen.

Die Statthaltertschaft antwortete, daß sie keinen dringenden, und wie sie glaube, keinen verwegenern Wunsch auszusprechen habe, als Schleswig-Holstein und seinen Kampf mit Dänemark sich selbst überlassen zu sehen.

Diese Antwort wurde nun am 5. November an den Grafen Thun abgeschickt.

So hatte die Statthaltertschaft jetzt endlich den kühnen Gedanken zur Ausföhrung gebracht, eine wirklich selbstständige Politik zu befolgen, was die Opposition so lange und so inständig gefordert hat. Allein es ist nicht hinlänglich, kühn zu seyn, sondern man muß es auch zu rechter Zeit seyn.

Die Zeit, welche die Statthaltertschaft gewählt hatte, war eine sehr ungünstige, denn gerade als sie jene Antwort auf das Schreiben des Grafen von Thun erlassen, hatte in Berlin die Politik des Ministers Mantouffel gesiegt.

Das preussische Kabinet war nicht ohne Antheil an der obigen Antwort an den Bundestag — und dasselbe Kabinet unterwarf sich in denselben Tagen dem österreichischen Kabinete in einer Weise, die zum gänzlichen Untergange alles dessen führen mußte, was sich bisher an Preußen angeschlossen.

Schon am 9. November machte von Stockhausen den ersten Schritt, nachdem er auf die Aufforderung Oesterreichs alle Beurlaubten des preussischen Heeres, die im schleswig-holsteinischen Heere dienten, gegen 2000 Mann, wieder abberief.

Dieses war wohl ein harter Stoß; aber er konnte ertragen werden, wenn nur der General wollte. Die Statthalter hatten jedoch gerade auf diesem Punkte ihre Macht verloren; denn der General hütete sich wohl, jetzt gegen das siegende Oesterreich aufzutreten.

Am 29. November wurden die Olmüger-Punktationen unterzeichnet, nach welchen Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich Kommissäre nach Holstein schicken, von der Statthaltertschaft die Einstellung der Feindseligkeiten, die Zurückführung der Truppen hinter die Eider und die Reduktion der Armee auf ein Drittheil der jetzt bestehenden Stärke verlangen, und zugleich auf das königlich dänische Gouvernement dahin einwirken zu wollen beschloßen, daß dasselbe im Herzogthume Schleswig nicht mehr Truppen aufstelle als zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich wäre.

In Folge dieser Punktation wurde von Seite Preußens der General von Thümen, von Seite Oesterreichs der Graf Mensdorf-Pouilly zum Kommissär ernannt.

Das Korps des Feldmarschall-Lieutenants Ledigewitz ward bestimmt in Holstein einzurücken. Ein preussisches Bataillon erhielt die Erlaubniß, dieses Korps zu begleiten, und die preussischen Gardes-Pioniere hatten die Aufgabe, die Brücke bei Artlenburg über die Elbe zu schlagen, auf welcher die Oesterreicher hinüberzogen.

Braunschweig weigerte sich zwar scheinbar, die Oesterreicher durchzulassen, allein Preußen forderte es auf nachzugeben, und so war die Sache entschieden. Der Bundes-Beschluß vom 25. October kam unter österreichischer Anführung zur Vollziehung.

In den Herzogthümern war am 25. November die Landes-Versammlung noch einmal zusammengetreten, und beschloß sich zunächst mit den Landes-Angelegenheiten.

Es machte einen eigenthümlich niederschlagenden Eindruck, wie selbst jetzt noch die Regierung zum zweiten Male der Majorität der Landes-Versammlung erklärte, daß sie auf ihren Antrag um Amnestirung der politischen Verbrecher nicht eingehen könne; wie ferner ein Antrag auf Herstellung von Schwurgerichten von der Majorität noch einmal verworfen ward, und wie man sich mit umfangreichen Gesetz-Vorlagen abmühte, die nie zur Ausführung kommen konnten.

Ein Ausschuß wurde niedergesetzt, um über die allgemeine Sachlage zu berathen. Demselben theilte nun das Departement des Auswärtigen mit, daß die Olmüger-Punktationen abgeschlossen seyen, und daß man in zehn bis zwölf Tagen die Ankunft der Kommissäre erwarten könne; worin nun der Ausschuß erkannte, daß es mit dem selbstständigen Schleswig-Holstein zu Ende sey.

Nur ein Einziges könne noch helfen und dieses sey ein entscheidend kräftiger Angriff auf die Dä-

nen, welche Meinung auch die Statthalter theilten. Beide begaben sich jetzt nach Rendsburg stellten dem General Willisen die Sachlage vor, erinnerten ihn, daß sie jeden seiner Wünsche erfüllt haben, und boten ihm um einen kraftvollen Angriff.

Der General aber, der von den Olmüger-Punktationen schon in Kenntniß war, hütete sich wohl und gab — obwohl er früher versprochen hatte, bis auf den letzten Mann auszuharren, — seinen Abschied ein; der nun auch angenommen ward.

Willisen ging jetzt fort aus diesem Lande in welchem sein Name unter denjenigen genannt werden wird, die zum Unglück eines deutschen Stammes geboren sind.

Die Erbitterung des Heeres und des Volkes gegen ihn war groß, doch ließ sich dasselbe nicht herab, ihm seinen Haß zu zeigen, und nur in Neu-Münster wurde er unter einem heftigen Geschrei, Zischen und Pfeifen, welches von dem zusammengeströmten Volke am Bahnhofe ins unendliche getrieben wurde, fortgebracht.

Der General von der Horst übernahm jetzt das Ober-Kommando, allein es war nicht mehr möglich, jetzt der Sache eine andere Wendung zu geben.

Die Landes-Versammlung erhielt indessen den Antrag des Ausschusses, welcher folgenden Inhalts war. 1) »Die Landes-Versammlung möge gegen die Statthaltertschaft aussprechen, daß sie eine kräftige eingreifende Kriegführung gegen Dänemark für dringend nothwendig halte, und erwarte, daß diese ergriffen werde, sobald die äußern Umstände es irgendwo zulassen. 2) Die Landes-Versammlung möge den Beschluß fassen, eine Reduktion des schleswig-holsteinischen Heeres, in seinem gegenwärtigen Bestande dürfe nicht ohne Einwilligung der Landes-Versammlung verfügt werden, und diesen Beschluß der Statthaltertschaft mit dem Ersuchen vorlegen, demselben ihre Zustimmung in dem Sinne zu geben, daß er dadurch gesegnete Kraft erhalte.«

Dieses war am 9. Dezember, worauf schon am nächstfolgenden Tage die Regierung die Antwort ertheilte, daß sie zwar die Uebereinstimmung der Landes-Versammlung mit der Politik der Regierung mit Genugthuung vernehme, aber in Beziehung auf die Reduktion des Heeres eine Theilung der Gewalt in diesem Augenblicke am wenigsten zugeben könne.

Der Ausschuß berichtete dann wieder über jenen Antrag der Regierung. Die Majorität gab nach wie immer, die Minorität bestand aber auf dem obigen Antrage.

Dann nahm die Landes-Versammlung selbst den ersten Antrag des Ausschusses an, und lehnte den zweiten Antrag ab. Dieses Alles geschah in geheimen Sitzungen.

Indessen stieg die Spannung immer mehr und mehr im Lande. Man wußte, daß die deutschen Truppen bald kommen würden; — man hatte die einzige Hoffnung auf einen Angriff des Heeres gesetzt, und dieser Angriff kam nicht.

In der That war es jetzt aber auch unmöglich; denn ein unglaublich milder Winter war über das Land

gekommen; kein Fuß bedeckte die Gewässer, kein Schnee kam vom Himmel; — ein beständiger Nordost, wechselnd mit dem Südwestwinde brachte einen unendlichen Regen, die Wege waren tief aufgeweicht und fast grundlos zum befahren, — an ein fortschaffen der Kanonen war also gar nicht zu denken, ja nicht einmal das Linien-Militär konnte auf den Kolonnenwegen fortkommen.

Die Verschanzungen der Dänen waren auf diese Weise wie von einem großen Moraste umgeben, und so blieb es wirklich unthunlich, nur irgend etwas vorzunehmen.

Tausende von Blicken richteten sich nach dem Himmel, Tausende von Hoffnungen knüpften sich an jeden kleinen Wechsel des Wetters; aber Alles war umsonst, und so überlieferte mit gebundenen Händen die Jahreszeit das schleswig-holsteinische Heer der deutschen Exekution.

Indessen war zur Mitte des Monats Dezember 1850 die Lage noch immer nicht ganz klar geworden. Die Statthalter, welche so viele Millionen in Händen hielten, hatten es nicht einmal verstanden sich genaue Berichte von den Konferenzen und Verhandlungen der Höfe zu verschaffen.

Sie konnten daher nichts weiter thun, als die Landes-Versammlung um die Mittel angehen, das Heer noch ferner zu erhalten, und die Landes-Versammlung bewilligte sie auch bis zum Anfange des neuen Jahres. Damit schloß sie jetzt ihre Sitzung, kam aber am 3. Jänner 1851 wieder zusammen.

Die brennenden Fragen traten aber sogleich wieder hervor, nämlich wie stehen die Verhandlungen mit den Höfen, — war noch immer kein Angriff denkbar.

Die Regierung hatte über das Erste keine Nachricht, und das Zweite blieb noch so wie früher unmöglich. Dagegen verlangte die Regierung die Bewilligung von einem halben Prozent der Vermögens- und der Steuern bis zum April des Jahres 1851.

Während diesen Verhandlungen waren die Kommissäre angekommen. Die Linke der Landes-Versammlung erklärte jetzt, daß sie ihrerseits nicht früher über die Steuern abstimmen werde, als bis man über die Verhandlungen der Kommissäre etwas Bestimmtes wisse.

Als aber die Rechte der Versammlung dennoch auf die Abstimmung bestand, so verließ die Linke den Saal, und machte dadurch die Versammlung beschlußunfähig.

Indessen gingen die Verhandlungen der Kommissäre mit der Statthaltertschaft in dem einen Theile des Schlosses zu Kiel ihren ordentlichen Weg fort; während die Landes-Versammlung in dem andern Theile des Schlosses ihre Sitzungen hielt.

Am 9. Jänner 1851 machte die Regierung der Landes-Versammlung die weitere Mittheilung über den Gang der Verhandlungen, um ihre Entscheidung zu veranlassen.

Es war Abend; die beiden Statthalter nahmen ihren Sitz neben dem Präsidenten. Der Departements-Chef fing nun an die Mittheilung der einzel-

nen auf die Verhandlung mit den Kommissären bezüglichen Aktenstücke, ihre Forderungen und Versprechungen vorzutragen.

Die Vollmachten waren für den österreichischen Kommissär von Seiten Oesterreichs im Namen und im Auftrag des deutschen Bundes, für den preussischen Kommissär im Namen Preussens und seiner Verbündeten ausgefertigt.

Die Forderungen der Kommissäre bestanden in folgenden fünf Punkten: 1) Die Feindseligkeiten sofort einzustellen. 2) Zu diesem Zwecke sämmtliche Truppen hinter die Eider zurückzuziehen. 3) Die Armee auf ein Drittel der jetzt bestehenden Truppenstärke zu reduzieren. 4) Die Landes-Versammlung aufzulösen, und 5) alle zum Behufe der Fortsetzung der Feindseligkeiten angeordneten Maßregeln einzustellen.

Dagegen erklärten die Kommissäre, daß die dänische Regierung bereit sey, gleichzeitig ihre Truppen aus Südschleswig zurückzuziehen; — so daß nur die zur Aufrechthaltung der materiellen Ordnung unerläßlichen kleinen Abtheilungen dort zurückblieben.

Die Rechtsfrage wurde von den Kommissären als außerhalb ihrer Aufgabe liegend, spätern Verhandlungen zwischen dem deutschen Bunde und dem Landesherren vorbehalten.

Als den Zweck ihres Wirkens erklärten die Kommissäre die Herstellung eines Zustandes, welcher dem Bunde erlaube, die Rechte des Herzogthums Holstein und das altherkömmlich berechnete Verhältniß zwischen Holstein und Schleswig zu bewahren.

Dagegen wurde für den Weigerungsfall mit dem Einrücken einer österreichisch-preussischen Exekutions-Armee von 25,000 Oesterreichern und 25,000 Preussen gedroht. Für die Entscheidung der Statthaltertschaft auf diese Forderungen war eine dreitägige Frist bis zum 9. Jänner Nachmittags um 2 Uhr festgesetzt, welche indessen später bis zum 11. Jänner um 2 Uhr Nachmittags verlängert wurde.

Nachdem der Departements-Chef diese Mittheilungen beendet hatte, nahmen die beiden Mitglieder der Statthaltertschaft, welche sich nicht zu einigen im Stande waren, das Wort.

Auf der einen Seite stand der Graf Reventlow mit sämmtlichen Departements-Chef, welche für eine Unterwerfung unter die Forderungen der Kommissäre einverstanden waren.

Das andere Mitglied der Statthaltertschaft dagegen, Namens Beseleer, war gegen die Annahme der österreichisch-preussischen Forderung und für die Fortsetzung des Kampfes, für welche er eine schleunige Geldebewilligung in Antrag brachte.

Die beiden Statthalter legten jetzt, jeder mündlich, ihre Ansicht der Versammlung vor, und Beseleer übergab noch überdies eine schriftliche Darlegung. Graf Reventlow beantwortete die Frage, ob eine Fortsetzung des Kampfes rathsam sey, mit dem entschiedensten Nein.

Das Motiv seiner Ansicht war vorzugsweise die Stellung in Deutschland — nämlich »Wer sich den deutschen Regierungen mit den Waffen in der Hand

entgegensetzt, kann nicht länger behaupten, daß er eine deutsche Sache führt. <

Das Versprechen der Großmächte, den status quo ante bellum herzustellen, wurde hervorgehoben. Etwas Anders hätte Schleswig-Holstein auch nicht verlangt. Eine Fortsetzung des Kampfes sey nicht möglich; sie führe nicht zur Erhaltung des Rechts, sondern zur Vernichtung.

Ähnlich erklärte sich eine von Franke unterzeichnete Mittheilung des Ministeriums, welche der genannte Departements Chef gleichfalls noch mündlich erläuterte.

Der Statthalter Bejeler hingegen stützte sich auf die mangelhafte Legitimation der Kommissäre, welche als Bevollmächtigte Deutschlands nicht zu betrachten seyen.

Er motivirte ferner seine auf Fortsetzung des Kampfes gerichtete Ansicht, durch die Chancen welche die politischen Verhältnisse im gegenwärtigen Augenblicke für Schleswig-Holstein darbieten, durch die unabsehbar traurigen Folgen einer Unterwerfung unter die Forderungen der Kommissäre.

>Wir sind nach göttlichen und menschlichen Gesetzen Widerstand zu leisten verpflichtet.< Beide Statthalter gaben nun der Versammlung die Entscheidung anheim.

Die Versammlung erwählte noch an demselben Abende einen Ausschuß, und dieser Ausschuß arbeitete die ganze Nacht, so wie den folgenden Tag.

Am 10. Jänner Abends nahm die entscheidende Sitzung ihren Anfang. Die Statthalterchaft war wieder gegenwärtig; — und so wurde jetzt der Bericht des Ausschusses vorgelegt, welcher abermals ein Majoritäts- und ein Minoritäts-Votum enthielt.

Das Votum der Majorität lautete auf folgende Weise. >Die Landes-Versammlung wolle beschließen, über die in der geheimen Sitzung vom 9. dieses Monats regierungsseitig gemachten Mittheilungen, sich gegen die Staatsregierung dahin auszusprechen, daß 1) die Landes-Versammlung die von einem Mitgliede der Statthalterchaft dem Grafen Reventlow und dem Gesamtministerium vertretene Ansicht als die Ansicht der Staatsregierung betrachte, 2) daß die Landes-Versammlung mit dieser Ansicht übereinstimme, 3) daß die Landes-Versammlung den Wunsch und die Erwartung begehre, die Statthalterchaft werde nach einem freien und dem besten Ermessen dazu beitragen, daß bei der Ausführung der von den österreichisch-preussischen Kommissären im Auftrage und im Namen des Deutschen Bundes hinsichtlich eines interimistischen Zustandes zu treffenden Anordnungen und bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen dem deutschen Bunde und dem Landesherrn die Rechte und Interessen der Herzogthümer und der Staats-Angehörigen Geltung und möglichste Förderung finden; 4) daß die Landes-Versammlung ihrerseits die Landesrechte im Ganzen und im Einzelnen bei einer definitiven Ordnung der Verhältnisse gegen jedwede Verletzung verwahre, 5) daß sie das Präsidium ermächtige, diese Verwahrung nebst Vorbehalt auf geeignete Weise zur öffentlichen Kunde zu bringen.<

Die Minorität dagegen brachte in Antrag. Die Landes-Versammlung wolle beschließen: 1) An die Statthalterchaft die Erklärung zu richten, daß sie der von den verantwortlichen Departementschef in der geheimen Sitzung am 9. Jänner vorgelegten Politik ihre Billigung nicht ertheilen könne; 2) daß die Statthalterchaft auf die Forderungen der österreichisch-preussischen Kommissäre nicht eingehe, vielmehr sogleich das Erforderliche wahrnehme, um den angedrohten gewaltsamen Exekutionsmaßregeln durch den entschiedensten Widerstand begegnen zu können.

Der eventuelle Antrag der Minorität lautete. >In Veranlassung der Eröffnungen der Statthalterchaft, die an sie von den Kommissären Oesterreichs und Preussens gestellten Anforderungen betreffend, beschließt die Landes-Versammlung die Statthalterchaft aufzufordern; den gedachten Kommissären die Antwort zu ertheilen, daß in Folge des Beschlusses der deutschen National-Versammlung und mit ausdrücklicher Zustimmung sämmtlicher deutscher Regierungen im Vor-Sommer des Jahres 1848 die Bundes-Versammlung zu existiren aufgehört habe, daß die derselben zuständig gewiesenen Rechte auf die Reichsgewalt übergegangen sind, daß eine verfassungsmäßige Reichsgewalt zur Zeit in Deutschland nicht vorhanden sey, mithin auch keine Vollmachten ertheilen könne, daß nur Anordnungen einer solchen Reichsgewalt, nicht aber Beschlüsse einzelner deutscher Reichsregierungen die schleswig-holsteinischen Staatsgewalten oder Staatsbürger zur Nachachtung verpflichten, daß also die Kommissäre als Bevollmächtigte des Deutschen Bundes für legitimirt nicht zu achten, und daß ihnen als Mandatoren einzelner Regierungen, jede Verechtigung abgehe, Gehorsam von den hiesigen Staatsgewalten zu verlangen.<

Diese Verhandlungen dauerten durch die ganze Nacht bis zum frühen Morgen des 11. Jänner, nämlich des Tags, an welchem die von dem Kommissären gestellte Frist zu Ende ging.

Das Bewußtseyn, daß es sich hier um die Entscheidung über die Lebensfrage für Schleswig-Holstein handle, hatte viele Mitglieder sichtbar ergriffen.

Man hörte Stimmen zittern, die sonst von einem klaren sichern Ton waren. Es war eine traurige ergreifende Verhandlung. Das Resultat konnte nach dem Ausfall der Entscheidung im Ausschusse kaum zweifelhaft seyn.

Nach dem Berichte sprachen die Abgeordneten Dr. Gülich, Rosenhagen, Olshausen, Fock, Wiggers, Heilberg, Lafourie, Kieven und Dreis für den Widerstand, hoben alle Chancen, oder Möglichkeitsfälle hervor, welche derselbe bei der gegenwärtigen politischen Verlage hätte, machten auf die verderblichen Folgen aufmerksam, welche eine Unterwerfung unter die Forderungen der Kommissäre haben würden, Folgen, die man gegenwärtig in Schleswig bereits vor Augen sehe; sie hielten der Versammlung die Gebote der Ehre und Pflicht vor, die es nicht erlaube, an der Spitze einer wahrhaft gerüsteten und muthigen Armee von 40,000 Mann sich auf

Gnade und Ungnade zu ergeben, während der Gegner noch 50 Meilen und weiter noch entfernt sey, und uns drohe, daß er kommen werde; sie beschworen die Versammlung, nichts zu übereilen, nicht zu früh die Waffen zu strecken, besonders erinnerte Wigger die Schleswiger an ihre Pflicht, gegen die Majoritäts-Anträge zu stimmen.

Dieses hatte aber zur Folge, daß von Ahlfeld und nach ihm mehrere andere Schleswiger dagegen protestirten, als sey eine Abstimmung für die Majorität eine Pflicht-Verletzung.

Der Berichtstatter Schmidt, der Herzog von Augustenburg, Francke, Stein, der Präsident Bargum, und der Regierungsrath Lüders sprachen mehr oder weniger ausführlich für die Unterwerfung und gegen den Widerstand, den sie für unmöglich erklärten, unmöglich wegen der deprimirten Stimmung des eigenen Volks, der Armee, des deutschen Volks, unmöglich wegen der Schwierigkeit, sich nach Norden so wie nach Süden zu vertheidigen, unmöglich wegen der dominirenden Macht des Absolutismus.

Sie hielten die Folgen der Unterwerfung für nicht so gefährlich, wie die Minorität meinte, und hatten immer noch mehr oder weniger Vertrauen theils zu Preußen, theils zu dem deutschen Bunde.

Auch in den Reihen der Linken fand die Ansicht, daß nur Unterwerfung übrig bleibe, an Claussen einen beredten Vertheidiger, der es für unmöglich erklärte, daß von Schleswig-Holstein eine größere revolutionäre Bewegung ausgehen könne, was nur von Paris zu erwarten sey.

Wir würden — sagte er — uns bei den obwaltenden Umständen nur unnütz opfern. Claussen war hoffnungslos, seit die Bewegung im Frühjahr

1849 mißglückt; — auch mehrere andere Mitglieder der Linken traten ihm bei; und so fand die Abstimmung gegen 5 Uhr Morgens statt.

Der Präsident stellte die, Alles entscheidende Frage voran: »Ob die Versammlung sich mit der in dem Schreiben des Gesamt-Ministeriums hinsichtlich der Forderungen der Kommissäre vom 9. dieses Monats ausgesprochenen Politik einverstanden erkläre? In namenweiser Abstimmung gaben 47 Stimmen ihr Ja, und 28 Stimmen dagegen ihr Nein. Der Antrag der Majorität des Ausschusses wurde dann in seinen einzelnen Punkten angenommen.

Es war eine ernste tiefergreifende Nacht, denn von 8 Uhr Abends bis zum anbrechenden Morgen 5 Uhr, hatte die Debatte gedauert. Die Lichter der Kronleuchter waren herabgebrannt; der große Saal war düster; die Stimmung war eine trübe. Das Urtheil der schleswig-holsteinischen Erhebung war unterschrieben, sie hatte ihre Bahn durchgelaufen, und zuletzt trennte sich die Versammlung schweigend.

Am folgenden Tage wurden die Beschlüsse öffentlich bekannt gemacht, Beseleer gab seine Entlassung als Statthalter ein und Reventlow veröffentlichte die Proklamation, durch welche er die Landesrechte unter den Schutz des deutschen Bundes stellte.

Die österreichischen und preussischen Truppen rückten ein — es wurde ihnen Rendsburg übergeben, — die bisherige Regierung trat ab, — eine oberste Civil-Behörde wurde eingesetzt — ein dänischer Kommissär kam nach Kiel — die Truppen wurden reduziert — das Staatsgrundgesetz wurde aufgehoben — das Kronwerk wurde den Dänen überlassen — Friedrichsort von den Dänen besetzt — General von der Horst legte das Kommando nieder, und so war nun die schleswig-holsteinische Erhebung zu Ende.